

DAS ARGUMENT 79

Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung Genese und Perspektive

Probleme der Entwicklungsländer (VII)

Joachim Moebus Bestimmung des Wilden und Entwicklung des Verwertungs- standpunkts bei Kolumbus	273
Baber Johansen Religiöse Traditionen und koloniale Struktur	308
Dieter Ernst Entwicklung durch importsubstituierende Industrialisierung?	332
Tilmann Tönnies Evers und Peter von Wogau Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung	404
* * *	
Baber Johansen Zum Verbot der UNFP in Marokko	455
<u>Diskussion</u>	
Frank Niess Kuba und der „linke“ Antisozialismus	465
Aragon, Roland Barthes, Etiemble, Robert Merle u. a. Antrag an den Deutschen Romanisten-Verband	472
<u>Besprechungen</u>	475
Schwerpunkte: Literatur und Politik; Medizinbetrieb; Entwicklungs- und Wachstumstheorie	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Kairo), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/555955
Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Bernd Schüngel, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48a

Telefon: (03 11) 831 49 15

Besprechungen

Philosophie

- Völker, Klaus: Brecht-Chronik (Claas)* 475
Jens, Inge: Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste (H. M. Lohmann) 477

(Fortsetzung auf Seite II)



Das Argument erscheint 1973 in 12 Heften mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise siehe beiliegende Bestellkarte. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1973. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinststraße 122, Tel. 555955. — 1.—15. Tausend Juli 1973.

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages sowie Prospekte vom C. H. Beck-Verlag, München; Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. und teilweise vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M.

Joachim Moebus

Über die Bestimmung des Wilden und die Entwicklung des Verwertungsstandpunkts bei Kolumbus

Man müßte zunächst untersuchen, wie die Kolonisation daran arbeitet, den Kolonisator zu entzivilisieren, ihn im wahren Sinne des Wortes zu ver-rohen.

Aimé Césaire

In mannigfacher Verbindung mit Spekulationen des Kolumbus, in denen er die Indios wie durch die Nabelschnur angewachsen mit dem Irdischen Paradies gleichermaßen wie mit dem Ursprung und der Natur des Goldes in Beziehung gesetzt hatte, findet sich auch eine größere Zahl von Aufzeichnungen, worin er über Friedensliebe und, damit in Zusammenhang, Waffenlosigkeit der Eingeborenen informiert. Durch eine tiefwurzelnde Gewißheit, was die eigene Weitsicht betrifft und ein durchdringendes, umfassendes diagnostisches Erkenntnisvermögen der Sehkraft anlangt, einmal mehr ausgezeichnet, trägt Kolumbus scharfäugig und im Handumdrehen aus seinen sprunghaften Fortbewegungen von einer Insel nach der andern herüber Bestandteile einer ostentativen Szene der Wehrlosigkeit zusammen, die, zwischen teils mirakelhafter, teils pejorativer Beleuchtung hin und her schwankend, er bei den Eingeborenen reko-gnosziert und in seinem Tagebuch niederschreibt. Wie von Voraus-schätzungen über die zu erwartenden Einkünfte, eingerahmt von einer fortlaufenden Erörterung des Kostenaufwandes, welchen die Ver-wirklichung der vielfachen Integrations- und Transformationsvorha-ben würde zu gewärtigen haben, hat diese Phänomenologie der Friedfertigkeit, die Kolumbus auf dem Boden konstitutionsgebunden-er Einfachheit und „Ignoranz“ in bezug auf „alle Kunstfertigkeiten des Krieges“ aufstellt (obwohl sie in der Regel mit Ratschlägen für eine maßvoll temperierte Behandlungsmethode verbunden ist), künftigen Praktiken zur Unterwerfung und Ausbeutung im Hinblick auf Verfahrensweise und Stoßrichtung einen Weg gebahnt.

* Abdruck eines Teils der Habilitationsschrift des Verfassers in über-arbeiteter Fassung, deren gewichtiger Anmerkungs- teil aus Raummangel leider erheblich gekürzt werden mußte. Wir verweisen auf die gesamte Arbeit, die dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin vorgelegen hat (Anm. der Red.).

Textgrundlage ist die neueste französische Ausgabe der Werke des Ko-lumbus, herausgegeben und kommentiert von Alexandre Cioranescu, Paris 1961. — Die Zitate sind Übersetzungen des Verfassers.

Kolumbus setzte, und zwar am Tag des ersten Zusammentreffens, über Eingeborene folgendermaßen ins Bild: „Sie haben keinerlei Waffen und wissen auch nicht, was das ist.“ Anschließend erläutert er: „Ich zeigte ihnen Schwerter, und ihre Unwissenheit war dermaßen groß, daß sie an ihre scharfen Schneiden faßten und sich schnitten¹.“ Durch diese präscientifische Gestalt eines behaviouristischen Tests trachtete Kolumbus, entsprechend den Instruktionen des Arbeitgebers, über statistische Ermittlungen und topographische Untersuchungen hinaus und zu den Auskünften über militärische Schlagkraft, Zahlenstärke und organisatorische Leistungen hinzu, das Maß an Erfahrung und den Grad der Lernfähigkeit zu eruieren, welche einzusetzen die Eingeborenen für den Fall von kriegsmäßigen Auseinandersetzungen in der Lage waren. Dazu kamen Schießvorführungen und schließlich Kanonenrodontaden, mit denen Kolumbus vor den Eingeborenen den Willen der Könige von Kastilien, die Vernichtung der Kariben anzuordnen, die traditionelle Feinde der Arawaken waren, „per signum“ beurkundete. So wie Kolumbus, am Stammesgegensatz einhakend, Kanonen in Betrieb setzte, um einen geräuschvollen Werbungfeldzug in Gang zu bringen (so daß die Spanier, hingestellt im Besitz von ungeheurer Schlagkraft, als prospektive Alliierte nachdrücklich empfohlen wurden), läßt er Schießvorführungen im gleichen Zusammenhang fernerhin auch im umgekehrten Sinn fungieren, zu dem Zweck, daß „die Hiesigen die Ingeniösität der Menschen Eurer Hoheiten kennenlernen und merken, was sie zu machen imstande sind, damit sie sich unterwerfen aus Liebe und aus Furcht auf einen und denselben Schlag²“. Mit diesen Formulierungen, durch die Kolumbus die Funktion erläutert, unterstrich er gleichzeitig und in zugespitzter Form, daß die Entstehung eines erotischen Interesses, auf der Seite des Objekts, zur Voraussetzung hat, vom Standpunkt des Kolumbus aus, daß es zuvor in hinlänglichem Grad in Angst versetzt werde, während die Entwicklung einer tragfähigen Kommunikationsstruktur in den Beziehungen zwischen Subjekt und Objekt allenfalls unter Bedingungen der Liebe, ebenfalls von der Seite des letzteren her, begründet werden könnte; sie führen weiterhin, indem Angstentwicklung und Liebesempfindung gepaart, als Doppelreaktion, vorgestellt werden, Kolumbus' Autoritätsverständnis vor, das sich auch in seinem Gottesbegriff reproduziert. Die Einrichtung von Schießvorführungen hat eine größere Reihe von Überlegungen zusätzlicher Art ausgelöst, die, über die Herbeiführung einer allgemeinen Unterwerfungsbereitschaft, „Fortschreckung“ oder schiere Einschüchterung hinaus, sich auf ein breites Spektrum sowohl von Untersuchungsgegenständen als auch von (durchgängig instrumentalisierten) Ausdrucksfunktionen stützen können — aufgrund eines kompakten und vorerst nur in geringem Maß arbeitsteilig spezialisierten Interessenzusammenhan-

1 Eintragung ins Bordbuch vom 12. 10. 1492, in: A. Cioranescu (Hrsg.), *Oeuvres de Christophe Colomb*. Paris 1961, S. 44.

2 Eintragung ins Bordbuch vom 16. 12. 1492, a.a.O., S. 133 f.

ges, wie er im Zeitalter der geographischen Entdeckungen weithin herrschte³. In diesen Examinierungen und Tests entledigte Kolumbus sich weitestgehend eines obligatorischen Teiles der Untersuchungen. Während er sich daher auf der einen Seite demjenigen Felde exploratorischer Ermittlungstätigkeit zunächst zuwandte, das durchzuarbeiten zum Zwecke eines planvollen Organisationsaufbaus und der wohlkalkulierten Berechnung von Investitions- und Betriebskosten regulärerweise, von einem jeden Entdeckungsreisenden der Zeit, erheischt wurde, unter Gesichtspunkten der Fortführung des Unternehmens und der Erorberung des Landes, der Unterwerfung der Landeigentümer oder der Verteidigung von Stützpunkten — während also Kolumbus insoweit instruktionsgemäß verfuhr, machte er auf der anderen Seite von der effektivsten Maschine innerhalb dieses primitiven Instrumentariums für die Erforschung von Aggressions- und Widerstandspotentialen in einem gleichermaßen umfangreicheren wie spezifischen Interesse Gebrauch: dem an der Konstruktion (und zugleich Reproduzierbarkeit) der Bedingungen, unter denen ein friedlicher, fortsetzbarer Verkehr sowie geregelte und sichere Tauschbeziehungen sich würden entwickeln können. Ihm war Kolumbus in starkem Maße auf eine Zeitlang, obschon mit großen Schwankungen, nachgegangen. Solange Kolumbus imstande war, die entdeckte Natur, sei es menschliche oder sei es äußere Natur, anstatt unter dem Gesichtspunkt ihrer Eroberung überwiegend in dem Be-

3 Ein Beispiel für die Fortführung, zugleich auch die Modifikation dieser ebenso primitiven wie aggressiven Einrichtung von Schießvorführungen zum Zwecke transkultureller Untersuchungen auf Experimentalgrundlage stellt die Diagnose dar, die Darwin aus Anlaß seines Aufenthaltes bei den Feuerländern stellte. Unter Bedingungen einer fortgeschrittenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung durchgeführt und mit dem Schein eines zweckfreien wissenschaftlichen Forschungsinteresses bekleidet, hat sie den Eingeborenen, die zwischen Ursache einerseits, dem Abschuß eines Gewehrs, und Wirkung andererseits, dem Aufprall der Gewehrkugel, keine gesetzmäßige Verbindung herzustellen wußten, ein tierisches Unvermögen zu kausalen Schlußfolgerungen attestiert und Darwin dazu verleitet, zwischen den verschiedenen Menschenrassen einen naturhaften Leistungsunterschied von Bewußtseinstätigkeit festzustellen. Ebenso wenig, meinte Darwin, wären die Eingeborenen dazu imstande, von der Durchschlagkraft eines Geschosses, die ihnen, an einem Objekt veranschaulicht, vorgeführt worden war, auf eine ebensolche Wirkung infolge eines auf ihren Körper abgegebenen Schusses durch Vorstellungstätigkeit zurückzuschließen (siehe Charles Darwin, Reise eines Naturforschers um die Welt. Stuttgart 1962, S. 384 f. u. S. 408). — Das Bewußtsein über den Kausalzusammenhang hängt freilich in Beziehung auf Ursache und Wirkung eines Gewehrschusses nicht nur in diesem Fall notwendig vom Grad der Bekanntschaft mit dem Gewehr ab, so daß es lediglich, durch Erlernen seiner Funktionsweise, einer Erweiterung des Bewußtseins bedurfte, um die Zweckmäßigkeit des Gewehrs zu begreifen. Hierzu siehe die ausführliche Erörterung eines Entmystifizierungsprozesses auf diesem waffentechnischen Felde bei B. Traven, Ein General kommt aus dem Dschungel. München o. J., S. 205.

wußtsein zu betrachten, er habe einen glücklichen Fund bewerkstelligt, und dementsprechend Kategorie der Entdeckung und Begriff der Eroberung notdürftig auseinanderhielt, genau solange erscheinen auch Schießvorführungen in den Dienst dieses differenzierenden und kombinierenden Interesses gestellt. Auf der einen Seite abstrakte Funktion (aufgrund der Notwendigkeit, den naturwüchsig, unter den Bedingungen einer ebenso flüchtigen wie primitiven Kontaktaufnahme herrschenden, objektiven Schein zu durchbrechen), ist der Aufbau eines allgemeinen, obzwar vorwissenschaftlichen, Simulationszusammenhanges auf der anderen Seite mit der Funktion verknüpft, geeignete, zu prognostischen Voraussagen befähigende Erkenntnisse einzusammeln — durch Beobachtung von Reaktionsbildungen auf den in dieser Weise gesteuerten, im Rahmen einer projizierten Drohszene und im Zuge eines taktischen Bluffs entfalteten Lebenszusammenhang hin!

Über die Ergebnisse der exploratorischen Ermittlungen — und insofern zeigt sich in der Beobachtung von der Unkenntnis des „Bösen“ und der Inaggressivität der Eingeborenen von Natur aus ein gefährlicher Hintersinn — erhalten wir einigen Aufschluß aufgrund der wiederholten Umkehrung von Kolumbus' Beurteilungen infolge seiner waffentechnischen und verhaltenssoziologischen Untersuchungen. „Wenn Eure Hoheiten die Anordnung beschließen würden“, so äußerte er (und verbindet mit der Bestimmung der Blöße, die die Indios dem Einsatz von Militärgewalt boten, zugleich die des Ansatzpunktes, bei dem auch die Begründung eines Nutzungsverhältnisses einhaken kann), „wenn Eure Hoheiten die Anordnung beschließen würden, so könnte man sie alle sämtlich nach Kastilien fortbringen oder sie auf ihrer eigenen Insel in der Sklaverei halten, denn fünfzig Mann reichen aus, um sie in Respekt zu halten und sie zu zwingen, alles zu machen, was man haben will⁴.“ Und: „Ich habe auch schon gesehen, daß drei von unseren Männern, die ans Land stiegen, einen Haufen von Indios in die Flucht geschlagen haben, bloß durch ihre Gegenwart, obwohl sie nicht die Absicht hatten, ihnen Böses zuzufügen. Sie besitzen keine Waffen, und sie gehen ganz nackt. Sie verfügen über keine Kenntnisse von der Kunst des Krieges, in diesem Punkt sind sie Feiglinge, so daß ihrer tausend es nicht riskieren würden, drei von den unsrigen auf stehendem Fuß zu erwarten. Man ersieht daraus, daß sie geeignet sind, daß man sie kommandiert und arbeiten läßt⁵.“

4 Eintragung ins Bordbuch vom 14. 10. 1492, a.a.O., S. 47. — „Man müßte“, kombinierte Kolumbus zwei Tage vorher, anlässlich des ersten Zusammentreffens, ihre Anstelligkeit betreffend, „durchaus dazu in der Lage sein, aus ihnen hervorragende Handlanger zu machen; sie haben einen aufgeweckten Geist, denn ich sah, wie sie alles, was ich ihnen sagte, sogleich repetierten“: Eintragung ins Bordbuch vom 12. 10. 1492, a.a.O., S. 45.

5 Eintragung ins Bordbuch vom 16. 12. 1492, a.a.O., S. 113. Ein anderemal, während seines Aufenthaltes auf Kuba, gruppierte Kolumbus das

Die Phänomenologie der Friedfertigkeit, wie sie Kolumbus vor den Augen der Zeitgenossen aufbaut und ausführt, erhält durch die Erwähnung der Nacktheit, kombiniert mit Waffenlosigkeit, einen beziehungsreichen und mehrdeutigen Zusatz. Spätestens seit der Eroberung der Kanarischen Inseln in Umlauf, bringt Kolumbus durch wiederholten Gebrauch des in seiner zusammengesetzten Gestalt und Schlagwortmäßigkeit instruktiven, zugleich signalhaften Stereotyps, das Waffenlosigkeit (d. h. Verteidigungsunfähigkeit sowie Unvermögen zu offensiven Akten) mit Nacktheit des Körpers (d. h. physischer Verletzlichkeit) systematisch verband, technische Unterausstattung einerseits und Naturzustand andererseits in einen wesentlichen Zusammenhang.

Simplizität des Geistes, autoritätsfixierte und mechanisch repetierende willfähige Verstandestätigkeit, Schüchternheit in extremem Grad, Waffenlosigkeit und Nacktheit (dabei Wohlproportioniertheit) der Leibesgestalt — Eigenschaften, wie sie Kolumbus auf den verschiedenen Inseln während kurzer Besichtigungen zusammentrug —, konstituieren infolge ihres wechselseitigen und systematischen Zusammenhanges die Naturnähe, die Kolumbus ihrer paradiesischen Konnotationen wegen durchaus als verklärungswürdige erscheint. In dem Maße allerdings, in dem der Naturzusammenhang, im Lichte der Selbsterhaltung betrachtet, als der Parameter figurierte, an dem ein Unvermögen in Erscheinung tritt zu Selbstbehauptung und Widerstand von Grund auf (Eingeborene, wie es jetzt heißt, die „allerfurchtsamsten Menschen auf der Welt“, „Hasenherzen“, „exzessiv lasch“ und „unheilbar“⁶), wird ein Komponiergeist wirksam, der den Naturzustand, als konstitutionelle Negativität und als exzessive Mangelausstattung betrachtet, wie Greifwerkzeuge in Szene setzt. In Hinsicht auf die Fortführung der Unternehmung war der Inhalt dieser Bestimmungen (vorzugsweise die Nacktheit in ihrem naturhaften Zusammenhänge mit Waffenlosigkeit), und zwar in beiden entgegengesetzten Beziehungen — der eines utopischen, von sinnlichen Affektionen getragenen Bedeutungsüberschusses einerseits und der einer aus dem Bereich politisch-ökonomischer Antizipationen entstammenden militärischen Informationstätigkeit andererseits —,

Mengenverhältnis in den diesbezüglichen Vorausschätzungen in womöglich noch vorteilhafterer Weise um „Hunderte“, so imaginierte er sich, würden „ausrücken vor bloß einem einzigen von unseren Männern, selbst wenn dieser sich ihnen nur im Scherz näherte“: Eintragung ins Bordbuch vom 12. 11. 1492, a.a.O., S. 75. Also: Wer jetzt, wie ein Freund, mit einem Scherz, daherkäme, dürfte erwarten, zwar vom Feinde nicht unterschieden, aber auch nicht als Feind behandelt zu werden. Er müßte daher leicht hundert dieser Hasenherzen fangen können. Am 3. 12. nochmals eine veränderte Berechnung der Kräfte, die dranzugeben wären. Jetzt sind zehn Männer genug, um Zehntausend in die Flucht zu schlagen: a.a.O., S. 97.

6 Eintragungen ins Bordbuch vom 4. 11., 12. 11., 3. 12., 21. 12. u. 25. 12. 1492, Brief an Santangel (a.a.O., S. 182 f. u. S. 185 f.), sowie Brief an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 281.

Ursache vor allem dafür, daß Kolumbus sich zunächst auf den Standpunkt der Arbeitsteilung stellte. Auf dieser Grundlage fordert er zwecks Lösung dieses Gegensatzes auf der einen Seite, und zwar mit Rücksicht auf die Naturnähe, Missionare, die die Natur, in Gestalt ihrer Materialität, unter den Veränderungen der gesellschaftlichen Form hindurch, erhalten und mit christlichem Inhalt ergänzen, und auf der anderen Seite, in Hinsicht auf ihre Formalität, zur Verwandlung des „natürlichen“ Menschen in die Gestalt des Lohnarbeiters oder Sklaven, Soldaten, die sie unterwerfen sollen⁷. — Den Darlegungen des Tagebuches, die Kolumbus bei der Arbeit des Hin- und Herwendens zeigen, folgte zu einem späteren Zeitpunkt eine Festlegung des Objekts, die herrschaftstechnische Zurichtung, auch in bezug auf Körpernacktheit — aus Anlaß und im Zusammenhang des Massakers von Navidad. Ein Beispiel für ungeschminkt waffentechnische und, ebenfalls unter militärischem Gesichtswinkel, kleidungstechnische Erwägungen im Gewande opportunistischer Kalküle von Unterwerfungsstrategien stellen Kolumbus' Anweisungen für die Gefangennahme Cahonaboas dar, der für verantwortlich gehalten wurde für das Massaker von Navidad. Kolumbus erscheint hier von der hemmenden Last eines bisher eher ambivalenten Verhältnisses den Indios gegenüber emanzipiert. „Das Vorgehen, das erheischt ist, um den Cahonaboa zu fangen“, so trägt Kolumbus vor, „ist [...] das folgende: Besagter Contreras wird in großer Nähe von ihm Aufstellung nehmen, und er wird nach dem Mittel suchen, ihn zu überzeugen, damit man ihn auf ruhigere Art zum Gefangenen macht.“ Stets ist Kolumbus, die Zahlenstärke und Landeskenntnis der Eingeborenen bedenkend, für vorsichtige und unauffällige Methoden bei, sofern unvermeidlich, Verstößen gegen das Interesse und das Verständnis der Eingeborenen, zwischen denen er sich bewegt. „Da er ganz und gar nackt geht“, fährt Kolumbus fort und schlüpft in die Gestalt des Fallentellers und Wildbeuters, „und es daher schwierig ist, ihn festzuhalten, falls er Erfolg damit hat, sich loszumachen und zu flüchten, könnte man nicht mehr so leicht Hand an ihn legen, aufgrund der Gestalt der Insel. Bei dieser Zusammenkunft werdet Ihr ihm ein Hemd geben lassen, das er daraufhin überstreifen wird, dazu einen Kasack. Ihr laßt ihn einen Gürtel umschnallen und eine Toga an-

7 Den Strukturaufbau jener unentbehrlichen militärischen Nachricht, Nacktheit in ihrem naturhaften Zusammenhange mit Waffenlosigkeit, die Kolumbus jetzt nach den beiden Indien exportiert, bezeichnete bereits Las Casas als die „Quelle“, welche die vernichtende Behandlung der Indios nach sich zieht. Die Tatsache, daß sie „keine Waffen hatten und nackt gingen“, heißt es bei ihm, und der Umstand, daß Kolumbus sie zu kurz-sichtigen Agitationszwecken bedenkenlos nutzte, hätten „die Spanier dazu aufgestachelt [...], daß sie sie geringschätzten. Das ist der Grund, weshalb man sie den allerhärtesten Arbeiten unterworfen hat, die sie unter Zwang haben ausführen müssen, und daß man sich dem hingab, sie zu vernichten“: *Historia de la Indias*, I, 54; zitiert nach Cioranescu, a.a.O., S. 409, Anm. 271.

legen, damit man daran ein Mittel hat, ihn zu greifen, ohne daß er Euch zwischen den Händen hindurchschlüpfen kann⁸.“

*

Inwiefern Kolumbus dem Hang frönte, beim Anblick von Natur, zumal von kreatürlichem Überfluß ebenso an Produkten wie an Kräften der Produktion, deren Auswertung berechnend in Anschlag zu bringen, lehrt sein Umgang mit ihr. In einer Reihe von ausführlichen Schilderungen bezeugt er, oft von leidenschaftlichem Enthusiasmus getragen, die Wirkungen, welche das Anschauen des ebenmäßigen (und muskelkräftigen) Wuchses der unbewehrten, nackten Menschengestalt und einer unerhört verschwenderischen, fruchtbaren vegetativen Natur verursacht hatte, und nennt sie verschiedentlich einen Zauber. Diesen Verzauberungen gegenüber, die allerdings vielfach den Eindruck erwecken, sie seien eher ein Stupor, der ihn in den Bann geschlagen hat, hält Kolumbus als Auskunftsmittel bereit, sich ihrer gleichsam wie des Anblicks des Hauptes der Medusa zu entledigen, von dem man, wie es heißt, nur indem man es abhaut sich befreit.

„Obstgärten voller Bäume, den schönsten, die ich jemals gesehen habe“, voller „Blätter in einem sehr intensiven Grün“, das an die „Bäume Kastiliens in den Monaten April und Mai gemahnt“, so preist er, vorderhand noch in unverfänglichen Formulierungen, am Anfang die exotische Natur⁹, um bald, vierzehn Tage danach, nochmals vom „veritablen Vergnügen“ redend, das „die Betrachtung all dieses schönen Grüns und der Baumbuketts mitsamt den Vögeln“ hervorrief, weniger harmlos dies als den „Punkt“ zu bezeichnen, wo er sich nicht „entschließen kann, [die Betrachtung] abzubrechen, um aufs Schiff zurückzukehren¹⁰.“ An einem andern Tag untersucht er das Land zunächst unter dem Gesichtspunkt der praktischen Vorteile, die es für Schiffahrtzwecke bereithält, und er klettert dazu auf einen Hügel, „um die Umgebung ein wenig zu examinieren; aber er konnte nichts sehen aufgrund des großen Waldes, der sowohl grün war als auch voll starken wohlriechenden Dufts [. . .]. Er sagt, daß alles, was man sah, von solcher Schönheit war, daß er nicht ans Ende

8 Instruktionen für Margarit, a.a.O., S. 210 ff. — Cahonaboa wurde nicht infolge seiner Nacktheit, sondern seiner traumhaften Habgier gefangen — mit dem Versprechen, ihn in den Besitz der „große(n) Bronzeglocke der Kapelle von Isabella“ zu setzen und, indem ihm vorgespiegelt wurde, er lege damit die Insignien des Königs von Spanien an, durch Einschließung in stählerne Handschellen und Fußketten (Ch. Verlinden, Christoph Kolumbus. Berlin/West-Frankfurt/M. 1962, S. 70). Form eines glänzenden Geschenks — Verspiegelung des Gebrauchszwecks der Schließwerkzeuge durch den Fetischcharakter der Metalle — hatten auch die Fußseisen, in denen Magellan mehrere Patagonier fing (J. Hale, Die Reisen der Entdecker. Reinbek 1971, S. 95 f.).

9 Eintragung ins Bordbuch vom 14. 10. 1492, a.a.O., S. 47 f.

10 Eintragung ins Bordbuch vom 28. 10. 1492, a.a.O., S. 64.

hinfand, sich von so vielen schönen Dingen zu entfernen, noch vom Gesang der Vögel, großen wie kleinen¹¹.“ Er sagt, daß jenes Land „viel schöner sei als Kastilien, auch wenn man es mit den schönsten Teilen desselben würde vergleichen wollen“, und daß die „Campagna von Cordoba, hiermit in Beziehung gesetzt, wie die Nacht dem Tage gleiche“¹²; die Dinge „in diesen Erdstrichen“ seien „wahrhaft wie ein Traum“¹³, und schließlich: Wahrhaft wie ein Traum sei es, „die Baumbuketts zu betrachten und sich zu freuen wegen ihrer Frische, wegen des vollkommen klaren Wassers, der Vögel und Lieblichkeit der Landschaft, so daß er, wie er sagt, nicht wußte, ob er sich davon detachieren könnte [. . .]. Es schien ihm, daß alles das Wirkung irgendeiner Verzauberung sein müsse“¹⁴.

Das Prinzip, mittels dessen Kolumbus den Zauber, der ihn umfassen hält, zerbricht, derart, daß es den Naturbann exstirpiere, ist das der Verwandlung der Natur in die Warenform. Am 25. November ist die Rede von einem Gehölz Pinien, „groß wie ein Traum, so daß er nicht genügend imstande war, ihre schönen Dimensionen und graden Wuchs zu loben. Es gab dort dicke sowohl als auch schlanke, grade wie Spindeln; und er stellte in Rechnung, daß man daraus Schiffe zimmern könnte und eine unbegrenzte Menge Bootswände und Mastbäume für Schiffe, so groß wie die größten Spaniens“¹⁵. Zu unverhültem, ja stechendem Ausdruck erhebt sich Kolumbus' leitendes Prinzip, Stoffverwandlung und Umrechnung in Warenwerte, wo es zur Anwendung gelangt auf die gepriesene und für zauberisch erklärte Natur. Am 21. Oktober, auf Kuba, schreibt er sich auf: „Die Inseln, die ich vorher sah, waren wahrhaftig überaus schön, grün belaubt und fruchtbar; doch diese hier, mit ihren großen Bäumen vom sornbren Grün, ist's noch viel mehr. Es gibt große Lagunen, um die breitet sich ein wundersamer schöner Wald im Kreise. Hier, und überhaupt auf der Insel, ist alles grün, das Gras ist wie in Andalusien im Monat April. Der Gesang der Vögel ist derart, daß man diesen Ort niemals verlassen möchte; und es gibt dermaßen viele Papageien, daß sie die Sonne verdunkeln, wenn sie fliegen. Es gibt so vielerlei Arten von Vögeln, großen wie kleinen, und dermaßen verschieden von unseren, daß es ein Wunder ist. Auch Bäume findet man in tausend verschiedenen Arten vor, alle voll mit Früchten, jede mit der ihr entsprechenden specie; und sie durchdringen das Ganze mit wohlriechendem Duft, so daß es wahrhaftig ein Vergnügen ist. Ich bin der allerbekümmertste Mensch auf der Welt, weil ich sie nicht kenne, denn ich habe mich davon überzeugt, daß sie alle von großem

11 Eintragung ins Bordbuch vom 3. 11. 1492, a.a.O., S. 69 f.

12 Eintragung ins Bordbuch vom 13. 12. 1492, a.a.O., S. 108 f.

13 Eintragung ins Bordbuch vom 23. 12. 1492, a.a.O., S. 128.

14 Eintragung ins Bordbuch vom 27. 11. 1492, a.a.O., S. 91.

15 a.a.O., S. 86 u. 87. Bei den dort angeführten Erläuterungen ist zwischen einem von Kolumbus eingenommenen Tauschwertstandpunkt einerseits und Gebrauchswertgesichtspunkt andererseits noch nicht deutlich zu unterscheiden.

Wert sind; aber ich nehme von allen diesen Bäumen Musterproben mit und verfare entsprechend mit den Kräutern¹⁶.“

Die Affektationen der Sinnlichkeit des Kolumbus erscheinen im Vorstehenden ausschließlich an einladende Ansichten gebunden, wie sie eine schöngeordnete, geräumige, gartenförmige Natur darbietet. Sie hängen, gefesselt vom Reiz absichtsloser Ruhe und mühelosen Unterhalts und Genusses, ab von Befriedigungen, hervorgerufen von wohlklingendem Vogelgesang und appetitlichen Früchten, Parfümen und Farben¹⁷. Die ruhevollen Stimmungen indessen, die Einbildung-

16 a.a.O., S. 58.

17 An dieser Stelle sei ein Hinweis eingeschaltet, unter dem Gesichtspunkt der Symptombildung, auf Veränderungen, die das „Naturgefühl“, zum Teil in Verbindung mit Kolonisierungsprozessen, seit dem Zeitalter der Entdeckungen durchmacht. Ihm wird, vielfach im Zusammenhang mit puritanischen Projekten der Landnahme, mit weidwirtschaftlicher und mit bäuerlicher Kolonisation, ein Weg zum Genuß von panoramaartigen Ansichten überwiegend bizarr formierter, nackter und steriler Szenen gebahnt (zumeist Felsen bzw. Steppen, Sandmassen und -flächen). Ein frühes Beispiel dafür, authentischer Erfahrung entstammend, bietet Mungo Park, *Travels in the interior districts of Africa* (1795—1797). London u. New York 1963. „[...] Beautiful beyond imagination, with all the possible diversities of rock, some thing towering up like ruined castles, spires, pyramids, etc.“, leitet er die impressivste dieser Schilderungen ein. „We passed one place so like a ruined Gothic Abbey, that we halted a little, before we could satisfy ourselves that the niches, windows, ruined staircase, etc., were all natural rock. A faithful description of this place would certainly be deemed a fiction“: a.a.O., S. 319. Georg Forster bezeichnet in seinem Bericht über Cooks Weltumseglung (1772—1775) eines der künstlerischen Vorbilder, welches das Publikum, um die Naturszene zu vergegenwärtigen (und der Autor, um sie ästhetisch wahrzunehmen und zu mediatisieren), assoziieren mußte: Salvator Rosa, so wie Park die ästhetische Wahrnehmung auf dem Hintergrund der Schottenromantik gebildet hat (G. Forster, *Reise um die Welt*, in: *Werke*, Bd. I. Frankfurt/M. 1967, S. 137; vgl. auch S. 578). Forster hat die Resonanz, die derartige Naturszenen im Subjekt in Bewegung setzten, in klassischer Tradition mit dem Namen Melancholie bezeichnet (a.a.O., S. 165) und sie andererseits mit objektivem Chaos verknüpft (a.a.O., S. 179 ff. u. S. 387). Ein Ton spontanerer Beteiligung klingt deutlich aus wortreichen Schilderungen, die Forster aus dem gesellschaftlichen Naturverhältnis der Aufklärung heraus von der bewohnbaren und freundlichen Natur gibt — obschon er historisch auf dem Punkt steht, wo, so wie auch ihm selbst, die gleichzeitige Beherrschung der disparaten Genres, die Vielfalt des Angebotes in einheitlicher Form, objektiv möglich geworden ist. Auch Forster gebraucht, freilich rhetorischer als Kolumbus, den Topos von den „bezauberten Inseln“ (a.a.O., S. 387 f. u. S. 548). Die agrikulturalen, zugleich durch verhältnismäßig wenig Arbeitsaufwand ausgezeichneten Szenen, die Forster in Polynesien sah, erfüllten ihn „natürlicherweise mit dem herzerhebenden Gedanken an Freundschaft und Volksglückseligkeit“ (a.a.O., S. 796 ff.). Forster wendet im folgenden das Stilmittel des wohlberechneten Kontrasts an und kündigt, in Gestalt dieses Kontrastes, vom bevorstehenden Bruch: Das Bild jenes physio-kratischen Glücks verdunkelt sich unter der Ägide von Konflikten, seine Vernichtung folgt auf dem Fuß, und es erscheint jetzt wie ein Gaukelbild.

(Wie ein Nachzügler erscheint in bezug auf sein „Naturgefühl“, so wie übrigens auch im Hinblick auf seine gesellschaftlichen Prinzipien, Herman Melville in seinem Frühwerk *Typee* (1846; in: *Typee, Omoo und Weißjackette*. München 1970), wo der Terminus Paradiesesgarten vorkommt in Verknüpfung mit romantischen Naturszenen und mit einem architektonischen Bildaufbau (z. B. S. 33 f. u. S. 61 f.), und wo die Erscheinung jenes Szenenbilds „Furcht“ hervorruft, „wie in den verwunschenen Gärten im Märchen [durch] eine einzige Silbe den Zauber [zu] lösen“; vgl. dagegen seine Schilderung der Galapagosinseln, in: *Die Encantadas* [1854]). — Kolumbus steht mit seiner Bevorzugung des schöngeordneten, fruchtesspendenden, wohlriechenden Naturgartens in ungebrochenen, bis weit in die Antike zurückreichenden Überlieferungszusammenhängen. (Hierzu, besonders zum Topos des *locus amoenus* bzw. *hortus clausus*, vgl. E. R. Curtius, *Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter*. Bern u. München ³1961, S. 116 ff. u. S. 191 ff.) — Zwecklos, weil von falschen historischen und kategorialen Voraussetzungen ausgehend, erscheint die Differenzierung zwischen einer „individuellen“ Naturanschauung einerseits und einer „konventionellen“ andererseits, derzufolge Kolumbus als Landschaftsschilderer „im Typischen“ befangen ist: so neuerdings H. Brunner, *Die poetische Insel*. Stuttgart 1967, S. 58 f., Anm. 3. Zu einem entgegen gesetzten Urteil, dem eines „tiefe(n) Naturgefühl(s) des großen Entdeckers“, war übrigens Alexander von Humboldt gelangt, in: *Kosmos*, Bd. II. Stuttgart u. Augsburg 1847, S. 55 ff. Humboldt nennt dort auch die Voraussetzung seines Urteils: eine „Schönheit und Einfachheit des Ausdrucks [. . .], die nur diejenigen ganz zu schätzen vermögen, welche mit der alten Kraft der Sprache jener Zeit vertraut sind“ (ebd.). Zur Funktion dieser kraftvollen Naturdarstellung, wie sie mit dem Affektleben der Entdecker und seinen Ausdrucksformen verbunden ist, s.w.u. Ein anderes Beispiel für Abwehr unbearbeiteter und unbewohnbarer Natur führt vor der Bericht des florentinischen Kaufmanns Francesco Carletti. Carletti geht nach Ausdrücken der Verwunderung, die ihn beim Anblick der Urwälder ergriffen hatte, eilends dazu über, Vorzüge, Brauchbarkeit und Geschmack der außerhalb derselben hervorgebrachten Früchte zu erörtern. Bemerkungen über unfruchtbare Gebiete und dichte Urwälder tragen lakonischen Charakter. Die das Innerste von Wäldern betreffenden Auskünfte beruhen auf allgemeinen Annahmen (Reise um die Welt 1594. Herrenalb 1966, S. 38 u. S. 46). — Was, seit dem Bruch mit dieser Überlieferung, die ästhetische Naturanschauung nunmehr in Angriff nahm, waren im Gegenteil sensationelle Prospekte von Meer und Wüste, Urwald und Hochgebirge, deren maßlose Großartigkeit Unheimlichkeit mit Sterilität vereinigte. Im besonderen wäre zu untersuchen, inwieweit das „Naturgefühl“, im Zusammenhang mit der Zersetzung von Vernunft (für das Denken der Aufklärung: die auch im natürlichen Universum anzuschauende logische Struktur, die jetzt in zwei antinomische Gegensätze auseinanderfällt, in bloße Vernunft unzugängliche, bald als urweltlich beschworene, bald als gefährlicher Explosionsherd abgewehrte Natur einerseits und in mechanische, bald zunehmend terroristische Vernunft herrschaft andererseits), die Funktion der ästhetischen Affirmation dieses logischen Entqualifizierungsprozesses zum Ziel hatte. Das „Naturgefühl“, das sich nicht mehr in Gestalt von Emotionen, sondern gewissermaßen physiologisch, in Nerven realisiert, prägt sich angesichts der Naturszene, auf kolonialen Schauplätzen, jetzt Symbole des anorganischen Tods und organischer Gewalt ein, unter dem Stichwort „Fiktion“ (anstelle von „Verzauberung“). Die theoretische Reflexion auf die ästhetische Antinomie als einen noch unentschiedenen Konflikt führt

gen von Sattheit und Zurückgefundenhaben, die Kolumbus affizierten (und ihn bewegten, sich der Übereinstimmungen, die zu seiner Heimat bestehen, in ihren naturhaften Zügen zu erinnern); die Intensität des Impulses, derartige Orte, die Glück erzeugen, niemals wieder zu verlassen; die Entschlußlosigkeit, bevor er auf das Schiff zurückkehrt; der Eindruck von Zaubermacht — sie finden gleichwohl rasch vermittelt der Vorstellung einer allgemeinen, der präzisen, detaillierenden Berechnung nicht näher bedürftigen Profitbildung aus Natur in ihrem prospektiven Handelswert, der Umwandlung ins Rohmaterial und in die Warenform, ihre ebenso unvermittelte wie scheinbar reibungslos handelskapitalistische Ersetzung¹⁸.

So wie im Hinblick auf äußere Natur, Natur in Gartenformen, erscheint die Verknüpfung von Preisgegebensein und Preiswürdigkeit in Beziehung auf die schöne, unbewehrte Gestalt der Eingeborenen, die Kolumbus im quasi gattungsmäßigen Zusammenhang mit der äußeren Natur betrachtete, als ein einheitstiftender, gleichwohl weithin widersprüchlicher Gesichtspunkt. Kolumbus, wie auch anderen Reisenden im Zeitalter der Entdeckungen, ist in Verbindung mit einem antikisierenden Stil der ästhetischen Sehgewohnheit eine vergleichsweise Unbefangenheit in der Betrachtung von körperlicher Nacktheit für gewöhnlich nicht abzusprechen. Indem er die Armut der Lebensausstattung dabei in desto rücksichtsvollere Beleuchtung zeigt — wie einen Goldgrund, der die Fülle bewußtlosen Besitzes stärker erstrahlen mache —, erscheint er, sofern nicht vom Geiste der Antikentradition, wie von milderer Strömungen christlicher Gesinnung bewegt. „Sie gingen“, notiert er (am 12. 10. 1492), „allesamt, Männer und Frauen, vollständig nackt“, „so wie ihre Mütter sie in die Welt gesetzt haben.“ „Sie waren“, fährt er fort, „gut gemacht in

Kant in seiner Analytik des Schönen und des Erhabenen durch. — Symptomatisch für den seitdem erfolgten Umschlag, spätestens vom Beginn des 19. Jahrhunderts an: die sowohl gegenständliche als auch imaginative Faszination durch Urwald- und Dschungellandschaften. Dazu sei aufmerksam gemacht auf Schilderungen, wie sie, mit introspektiver Analyse ihrer Affektreaktion verbunden, im Blick auf Urwaldumgebungen von Reisenden gegeben wurden, sowie auf literarische Darstellungen (z. B. bei G. Forster, J. F. Cooper, F. R. de Chateaubriand, A. de Tocqueville, N. Lenau, Ch. Darwin, H. M. Stanley u. a.); weiterhin auf ihre metaphorische Verwendung, z. B. als Identifizierungsformel für Metropolen (bei H. Melville u. a.), als Formel für Identität des kleinbürgerlichen Fortschrittsglaubens mit strotzend wachsender Vegetation (G. Flaubert); als Identitätsformel für den Willen zur Macht (F. Nietzsche); als Identitätsformel für kannibalistische Konkurrenz (B. Brecht); ebenso, sowie als organisches Muster für erinnerungslose, infolge davon mächtige Selbstreproduktion der Lebenskraft (B. Traven); als Formel für sexuelle Vereinigung (V. Baum); als Identitätsformel des Tauschs (W. Cordan); als Identitätsformel für Inzest (M. Frisch); als Identitätsformel für terroristische Indifferenz (V. Páral).

¹⁸ Ein weiteres Beispiel für die ökonomische Organisation des ästhetischen Enthusiasmus in Anbetracht der Naturschönheit: Raleighs Beschreibung des Orinokotals, eine der „einladendsten der ganzen Reise-prosa dieser Zeit“ (bei J. Hale, a.a.O., S. 168).

ihrem Körper und ein wohltuender Anblick¹⁹.“ Am 13. 10. fügt er der Beobachtung einer hohen Gestalt, eines ebenmäßigen Wuchses, eines wohlgebildeten Gesichts sowie vorherrschender Jugendlichkeit Bemerkungen über Schönheit und Größe ihrer Augen hinzu²⁰. Harmonische Komposition des Körperbaus, Robustheit und Größe der Männer, „superbe Körper“ der Frauen, dazu ein zimtfarbiger und zarter Teint²¹ — so trägt er verdeutlichend nach. In diese einladende, sensualistische und pittoresk gestaltete Szene setzt Kolumbus außerdem bestimmte, dem Sozialverhalten entnommene, charakteristische Details ein, wie z. B. „einzigartig zärtliche Manieren“, aufgezeigt als sinnliches Kommunizieren der einzelnen. Und er instruiert weiterhin, einen bzw. drei Tage vor den Schießvorführungen, über eine Sprache von vollkommen „süßem Gepräge“, die „süßeste von der Welt“²² — wie als wären sie Singvögel. Begründung und Aufbau des Bildes vom Guten Wilden, hier konträr der aus militärischem Gesichtswinkel als mangelhaft beurteilten Lebensausstattung entgegenstehend, bringen einen begeisternd glückverheißenden, nunmehr von Überschuss und Fülle gezeichneten Naturzusammenhang ausgesprochen überschwänglich zum Ausdruck — wobei Kolumbus aus dem Körperbau, indem dessen Muskelkraft ihm unverhüllt vor Augen steht, gleichzeitig mit seiner Seelenhaftigkeit, Fingerzeige allenthalben mehr auf Funktionstüchtigkeit denn auf Widerstandskraft entnimmt²³. Den „Guten Wilden“ — bildhaftes Ensemble prononciert erotisch stimmender Details — kann Kolumbus grundsätzlich freilich nur für Augenblicke, nur unter der Voraussetzung nahezu widerspruchsfrei festhalten, daß er von Ableitungen aus dem Gesichtspunkt stofflicher Verwertungsprozesse abzusehen und die Idylle von ihrer praktischen Metamorphose abgespalten und gereinigt

19 a.a.O., S. 44; vgl. auch die Eintragungen ins Bordbuch vom 6. 11., 16. 12., 21. 12. u. 25. 12. 1492.

20 a.a.O., S. 45.

21 Eintragungen ins Bordbuch vom 3. 10., 6. 11., 13. 12., 16. 12., 21. 12. u. 23. 12. 1492, sowie Brief an Santangel, a.a.O., S. 185, und Bericht an die Könige von seiner Dritten Reise, a.a.O., S. 227 f.

22 Eintragungen ins Bordbuch vom 23. 12. u. vom 25. 12. 1492.

23 Zum entgegengesetzten Verhalten — es erscheint wie eine Umkehrung jener oftmals begrüßten entspannten Sinnlichkeit und setzt tiefreichende historische Veränderungen des Triebinteresses auf der Seite des kolonialistischen Subjekts voraus — vgl. die von Engels wiedergegebene Beobachtung eines englischen Malers. Ein Augenzeuge mit verblüffend scharfer Detailauffassung, äußerte er sich in folgender Weise über einen Zulu-Guerillero: „Der kleinste Muskel springt vor, hart und gestählt, wie Peitschenschnur“ — unverblühte Bekleidung des nackten Wilden im Zustand der Spannung mit der phallischen Virilität des Aggressors (Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. Berlin/DDR 7 1964, S. 110). Engels zitiert diese Beobachtung seinerseits in Zusammenhang mit der Erörterung der historischen Dialektik von Gentilverfassung und Staatsorganisation, hier der Guerillataktik und des „Geschlossenen Gefechts“.

zu betrachten in der Lage ist²⁴. (Einige Male bricht, zum Teil unterschwellig, zum Teil unverhüllt, die Gegenteilendenz durch. Sie tritt in

24 Zur Autorenschaft des Kolumbus am Bilde vom Guten Wilden, wie es von nun an Schule macht, vgl. G. Chinard, *L'Exotisme Américaine dans la Littérature Française au XVI^e Siècle*. Genf 1970 (Reprint), S. 7: „La légende américaine . . . apparait déjà dans les lettres de Colomb et d'Améric Vespucci“; R. Gonnard, *La Légende du Bon Sauvage*. Paris 1946, S. 28: Kolumbus „parmi les premiers auteurs responsables de la légende“; H. N. Fairchild, *The Noble Savage*. New York 1961, S. 9 f.: „The narratives of Columbus illustrate [neben einem ‚stark ästhetischen Element‘] the first step in the formation of the Noble Savage Idea“, „the Noble Savage is originally a Carib“; D. Lowenthal, *West Indian Societies*. London-New York-Toronto 1972, S. 13: „The myth of West Indian tropical felicity originated with Columbus.“ — Die Hypothek, wie sie, Ursache vielfacher Deformationen, hieraufhin, infolge des Mythos vom „Eden ohne Äpfel“, auf die Eingeborenen gewälzt wird, machte neuerdings, mit Rücksicht auf die außerordentliche Dauerhaftigkeit der Form und Auswechselbarkeit der Objekte, die er transportiert, der letztgenannte Autor kenntlich. Lowenthal behandelt die identitätszerstörenderen Folgen von Kolumbus' „Paradiesesversprechen“ weniger im Hinblick auf die unmittelbaren Auswirkungen — obgleich er die Apotheose der „westindischen tropischen Glückseligkeit“ als Indiz auffaßt auf eine gesellschaftlich, durch die Eigentümer vermittelte, schrankenlose Zugänglichkeit der „sources of fortune“ und die Darstellung der „schönen Szenerie“ und des „tropischen Überflusses“ sowie eines „luxurierenden Baumbestandes“ ihrem ursprünglichen Effekt nach als Köder begreift, dazu als progressiv wirkenden Stachel im Rahmen der ursprünglichen Akkumulation —, vielmehr stellt er die grundlegende Bedeutung des beatifizierten Wilden im Zusammenhang mit dem neuzeitlichen Tourismus in den Mittelpunkt einer Analyse unter Gesichtspunkten des Identitätszwangs und seiner geschäftsmäßigen Ausbeutung großen Stils. (Lowenthal führt als „staple Caribbean appeal“, der, „je besser die Mythen reüssieren“, desto zuverlässiger ein explosionsartiges Anschwellen des Touristenstromes garantiere, folgende attraktive Aspekte am Image Westindiens auf: „devotion to sensual pleasures“, „uninhibited sexuality“, „a supposed concomitant of tropical clima and [. . .] virility“, „uninhibited vitality to tragic violence“). Das „Kodachrome Syndrom“ (Trippett), gelegentlich auch Kolumbus nachgesagt (Ramón Iglesia: „promotion literature of a tourist bureau“; zitiert nach C. O. Sauer, *The Early Spanish Main*. Berkeley u. Los Angeles 1966, S. 29; dazu, als einer Verkennung der „Handfestigkeit“ der Entdecker, als „perspektivische Täuschung“: H. M. Enzensberger, *Eine Theorie des Tourismus*, in: *Einzelheiten I*. Frankfurt a. M. 1962, S. 186 f.), steht heutzutage, seitdem durch die Vernichtung der Eingeborenenengesellschaften der Pauperismus der Menschen und die Schönheit der Natur in einen schreienden Kontrast gebracht sind, in einem für die voyeuristische Ausbeutung veränderten konstitutiven Verdrängungszusammenhang, der idolatrische Blick bedient sich der „üppigen grünen Natur“ nunmehr in der Funktion eines „Fokus“, um die „menschliche Misere“ zu ignorieren. „The paradisaical image“, bemerkt Lowenthal, über die Rückwirkung ins Bild setzend des Paradiesesverlangens auf Identität wie politisch-ökonomische Lage der Eingeborenen, — „the paradisaical image also arouses bitter tensions because it resembles a portrait drawn by masters of slaves [. . .]. Far from promoting progress, it seems to relegate the West Indies to perpetual backwardness“

der Versicherung der Sittenreinheit der Indios²⁵ als Trennungsschnitt zwischen voyeuristischem Genuß und Geschlechtstätigkeit auf; im Fall des von Kolumbus dunkel angedeuteten Zusammenhangs des Wertbewußtseins mit Scham²⁶ in der Form einer Projektion und Bestätigung des eigenen Sittengebots, beide Male als ein Fingerzeig auf produktivitätverheißende, weil nicht durch regellosen Geschlechtsverkehr ausgezehnte Körperkraft.)

Sinnliche Affiziertheit und ein Überschuß an Bedeutung, wie sie Kolumbus in seinem Tagebuch und in seinen Briefen mit hinlänglicher Beredsamkeit hatte zu Wort kommen lassen, im Zusammenhang mit seinen beiden ersten Reisen, tragen, unbeschadet des durch die Darstellungsform erweckten Anscheins einer auf weite Strecke und zumindest auf der Oberfläche ungebrochen qualifizierenden Betrachtungsweise, einen in mehrerlei Hinsicht von spezifischen Schicksalen gezeichneten, geschichtlichen Charakter. Tropischer, phantastischer Überfluß an Naturprodukten, ein schöngewachsener, kommunizierfreudiger, unbewehrter, sinnlicher Bewohner der Natur, Produktivkraft und Produkt, leichthändigen Zugriff, kaum behinderten Zutritt indizierend, werden in einem vielfach kunstvoll gehandhabten Verschleierungsverfahren unentwirrbar mit der Absicht verbunden ausgesprochen, das Unternehmen zu legitimieren, dazu zur Fortsetzung aufzustacheln und zu Investitionen anzuregen. In dem Grade, in dem die Reputation des Entdeckers und die Erhaltung seiner Amtswürde überhaupt von Vorkommen und Verfügbarkeit von Reichumsquellen in Abhängigkeit standen, hatten jene animierenden Naturdarstellungen, über die Funktion eines schieren „Köders“ und „Lockmittels“ hinaus, geradewegs kompensatorischen Sinn²⁷. — Auch in Hinsicht auf weitergehende Erwartungen, wie sie sich an diesen durch die Darstellungsweise erweckten Anschein eines sinnlicher Qualifizierungen in ungehemmtem Maße fähigen Affektlebens,

(a.a.O., S. 12—17 u. S. 33). — Als bemerkenswert rückständige Interpretationsvariante in bezug auf die Bestimmung der Eingeborenen als „unbefleckt von Adams Fall“ vgl. J. Hale, a.a.O., S. 62, der Nacktheit, von der sexuellen Zutat gereinigt, als „heroische Schönheit und Freiheit“ bezeichnet.

²⁵ Eintragungen ins Bordbuch vom 24. 12. 1492, a.a.O., S. 131. Kolumbus versäumt keinesfalls, Hinweise zu geben, sofern es möglich ist, auf Stoffzipfelchen, die von den Frauen verwendet würden, „um ihre Natur zu kaschieren“: Eintragungen ins Bordbuch vom 6. 11. und vom 21. 12. 1492.

²⁶ Eintragung ins Bordbuch vom 16. 10. 1492, a.a.O., S. 52.

²⁷ Auf seiner Dritten Reise schränkt Kolumbus den Gewinnutzen der Entdeckungen unter dem unabweislichen Eindruck schwerer Rückschläge, die seine Unternehmungen erleiden, ein, wobei er gleichzeitig gezielt ihren ästhetischen Wert hervorkehrt (A. Cioranescu, a.a.O., S. 449, Anm. 27). Zur Köder- wie auch Kompensationsfunktion der auf Hochglanz gebrachten Naturansichten und zur vielfach absichtlich übertriebenen Darstellung (zu der die Vorsicht gegenüber dem Förderer und der Argwohn gegenüber den Rivalen rät), siehe z. B. J. Hale, a.a.O., S. 52 ff., S. 100 u. S. 169, mit Bezug auf Raleigh, Kolumbus und White.

abgesehen von allen ihren Zwecken, knüpfen könnten, erscheint es zweckmäßig, sich noch einmal vor Augen zu führen, inwiefern auch diese und zuvörderst aus ihren unauftrennlichen Verflechtungen mit dem Tauschwertstandpunkt heraus, auf dem Kolumbus steht (daneben auf dem Standpunkt des Sklavenhalters), getroffen und eingeschränkt wurden. Kolumbus wandte, die ästhetische Organisationsweise betreffend, so wie auch andere Reisende im Zeitalter der geographischen Entdeckungen, vordringlich ein auf enumerative oder auch akkumulative Verfahrensweisen gestütztes Prinzip an bei der Darstellung seines Gegenstandes, dem Inventar der prospektiven Warengattungen, das die Produkte, die dieses enthält, allenfalls in Gestalt von stilvollen Arrangements zusammenfügt. Insoweit wie das *totum* der Gegenstände in Kolumbus' Verzeichnis der sachlichen Entdeckungen durch Addition derselben zustande kommt — insoweit hat er in seiner sinnlichen Organisation allerdings noch allenthalben diejenigen Züge von Überdetermination und Brutalisierung entbehren können, wie sie die Naturbeziehung, als sinnliche Beziehung auf das Imperium des abstrakten Reichtums, in Zukunft prägen. Kolumbus steht bei der Äußerung seines Wohlbehagens nicht in einer schlechterdings folgenlosen Form still, in Hinsicht auf den Körperbau der Indios ebensowenig wie im Hinblick auf die äußere Natur. Während dieser faszinierte und überschwängliche Charakter, den seine Naturanschauung trägt, zwar auf der einen Seite, gemäß der historischen Struktur der Ich-Bildung, nicht als diejenige zynische Betrachtungsweise sich identifizieren läßt, die sich an Vorstellungen der Zugrunderichtung eines menschlichen Arbeitsmaterials weidet (und an Antizipationen der Vernichtung der Sinnlichkeit), setzt sich auf der anderen Seite, indem Kolumbus aus der Natur der Tauschwert und die Warenform entgegenblicken, gegenüber dieser Natur unverzüglich und fortgesetzt der Gesichtspunkt der Notwendigkeit ihres Gestaltwandels fest²⁸. (Dadurch, daß im Hinblick auf den Tausch als grundlegenden Faktor der Reichtumserzeugung sich ein Vorgeuß entwickelt hat bzw. die Natur, bezüglich ihrer Verführungskräfte, vermittels des ihr bestimmten Verwertungszwecks gebrochen ist, stellt der warenkapitalistische Gesichtswinkel nunmehr auch eine Sanktionsweise dar, wie in unmerklichem Übergang, die Elemente einer triebhaften Sicherstellung der Qualifizierung mit sich führt.) So wie Kolumbus als das Resultat, das er herauszieht aus der ästhetischen, qualitativen Betrachtung der mannigfaltigen Naturschönheit — die Körperkraft und kollektive Moral der Indios eingeschlossen —, nicht allein das interesselose Wohlgefallen, sondern vielmehr das Profitversprechen vorführt; wie die Warengattungen ordnende Struktur werden und der Geldwertausdruck Synthese der Naturerscheinungen in ihrer Zusammenhanglosigkeit ist, springt ein weiterer in Richtung auf Entkonkretisierung wirkender Faktor in die

28 Gelegentlich, zum Teil ununterschieden, wie zum Beispiel in bezug auf Schiffsbau, faßt Kolumbus unter dem Einfluß von unmittelbarem Bedürfnis auch Gebrauchswerte ins Auge.

Augen infolge von Kolumbus' monetaristischer Zielsetzung: In dem Maße, in dem sowohl die physische Gestalt der Menschen als auch die entdeckten Naturprodukte, über Spezifikation und Zweckbestimmung hinaus, in der Funktion von Richtungsanzeigern dienen, Zugangswege indizieren zu den materialen Ursprüngen der Goldvorkommen, in demselben Maße enthält auch dieses Identifikationsverfahren im Reisesystem von Kolumbus — abstrakte Homogenisierung der Körper — tiefgreifende Tendenzen zur Entqualifizierung der konkreten Mannigfaltigkeit der Naturserscheinungen. Es hebt Kolumbus auf den in diesem Sinne von Grund auf konflikthaltigen Standpunkt der Zusammenziehung, Entkörperung und Vereinheitlichung empor, in Hinsicht auf die unzusammenhängende Körperwelt. — Zu dieser Blockade des sinnlichen Qualifizierungsvermögens aufgrund von Kolumbus' taxierendem Blick (Resultat des geld- und warenkapitalistische Identität erzwingenden Interessenstandpunktes) ist vor allem anderen auch eine seine Erfahrungsweise aufs Einschneidendste einschränkende Organisation der sinnlichen Grundausrüstung als solche in Rechnung zu stellen — infolge der Spezialisierung von Erkenntnistätigkeit auf Sehschärfe. Es ist diese, an dieser spezifischen Späherqualität der Entdecker — am, wie die Formulierung des Explorators Marc Lescabot lautet, Gesichtswinkel des „reconnaitre la terre oculairement“²⁹ — hervortretende Spezialisierung (zumindest im Hinblick auf die menschliche Körperwelt, insoweit wie sie ins Medium der Darstellung eintritt und hierbei Werte entwickelt werden), durch die, indem das Auge das Ganze in weiten Dimensionen von ferne her erfaßt, die Sinnestätigkeit stigmatisiert, Kolumbus' qualitative Denkungsort nicht bloß abgeblockt erscheint.

*

Unbeschadet der Sympathien, wie Kolumbus sie im Hinblick auf die Leibesgestalt der Indios empfunden hat, und im Gegensatz zum Bedeutungsüberschuß, wie er, gereinigt von Praxis, die *prima materia* bei der Komposition, Ausarbeitung und Etablierung des Topos vom Guten Wilden bildete, gewinnen das Bild der nackten (obschon muskelkräftigen) Körperschönheit und die Feststellung des aufgeweckten (wenn auch mechanischen) Geistes einen spezifisch veränderten, von Widersprüchen des praktischen Bedürfnisses erzwungenen Sinn. In den strategischen Konstruktionen und Antizipationen treten Unbewehrtheit und Körperkraft, Intelligenz und Friedensliebe der Indios — an der säkularen Perspektive, der Multiplikation bloßer Körperkraft, gemessen, zureichende Bedingungen für ihre Verwertung als Arbeitskräfte — jetzt als Faktoren eines Prozesses, der sie als Rohprodukte faßt und als produktive Naturkräfte anstellt, als Gegenstand von Berechnungen des kraftmäßig erforderlichen Quantums Zwang in das Licht von Kalkulationen der Investitions- und

29 Zitiert nach R. Gonnard, a.a.O., S. 30.

Betriebskosten ein³⁰. Zur Begründung für diese Handlungsweise hat bereits Las Casas mit leidenschaftlichen Worten auf das unvergleichliche Maß an Druck hingewiesen, das auf Kolumbus in dieser Hinsicht gelastet habe. In seiner Kritik, die er zugleich auch als Apologie des Kolumbus vorträgt, führt er hierfür an, daß Kolumbus vor allem anderen durch den Willen des übermächtigen Teilhabers dazu gezwungen worden sei, vorzugsweise kurzfristige Gewinnrealisierungen ins Auge zu fassen, wenn er die Etablierung der Unternehmung sicherstellen und somit auch seine eigenen außergewöhnlichen Vorrechte in die Tat umsetzen wollte. „Der Admiral“, heißt es bei Las Casas, „fürchtete sich insbesondere davor, daß ein Unternehmen von so großer Bedeutung im ersten besten Augenblick suspendiert werden könnte; denn er begriff, daß die Könige, wenn sie genug aufgewendet hätten, irgendwann es wieder fallenlassen könnten. Dadurch wurde bewirkt, daß der Admiral sich mehr als er sollte damit befaßte, damit er keine Zeit verlor, für die Könige Renten und Benefizien herbeizuschaffen³¹.“

Eine Vielzahl von Klagen, wie sie Kolumbus vor allem vom Zeitpunkt der Zweiten Reise an den Königen im Ton wachsender Verbitterung zu Ohren bringt, spiegeln in der Tat Widersprüche ab, wie sie zwischen der Spekulation auf kurzfristige einerseits und andererseits auf langfristige Gewinnabschöpfung aufgetreten waren. Von den der Unternehmung weitgehend konträr entgegenstehenden, voreingenommenen oder auch offen feindseligen Kräften, welche, am Hofe konzentriert, mit der Forderung nach sofortiger Gewinnreali-

30 Daß die Eingeborenen, wie der Vergleich mit Urteilsstereotypen, die in späterer Zeit im Kurs stehen, es würde erwarten lassen, nicht unterm Maßstab der Arbeitsmoral gemessen wurden, entspricht den sozialen Normen der damaligen spanischen Gesellschaft. Kolumbus' Bestimmung der Indios als sanftmütig und friedfertig hängt hier zunächst von einer Attraktion ab, nämlich daß sie ein unversehrt Geschöpfliches, Kreatürliches und Urwüchsiges repräsentieren. Indem er sie außerdem als Wehrlose betrachtet und mit dem Zusatz: lernfähig, versieht (Lernfähigkeit begriffen als Imitationsverhalten) und insoweit gerade ihre exploitationsfähigen Eigenschaften fixiert, und zwar kategorisch, tut er ihnen allerdings ein Gleiches an wie Arbeitspflicht, nämlich Arbeitszwang. Kolumbus' Inspektionen der physischen Stärke, der imitatorischen Beweglichkeit und der repetitorischen Gedächtnisleistungen sowie der Tauglichkeit nach den Maßstäben der Kriegermoral, der allgemeine militärische Beurteilungsgesichtspunkt, hängt hier davon ab, daß Arbeitende vorbürgerlich, und insbesondere im Hinblick auf die Verwendung und den Verkauf als Sklaven, mit militärischen Mitteln zusammengetrieben, erbeutet werden, während die innerliche Aneignung des Arbeitszwangs, Arbeit als Pflicht, zunächst noch ihrer historischen Bedingungen ermangelt. Kolumbus ist daher zunächst noch auf die Bestimmung von Eigenschaften beim zukünftigen Zwangsarbeiter notwendig angewiesen, bevor auch diese, nach vollzogener Eroberung, irrelevant werden, um schließlich, nach Entwicklung des freien Lohnarbeiters und der entsprechenden Institutionen, gleichgültig zu sein — zumindest fürs erste.

31 *Historia de las Indias*, I, 41; zitiert nach A. Cioranescu, a.a.O., S. 388, Anm. 79.

sation auf die Könige Einfluß nahmen, vorderhand, auf seiner Ersten Reise, noch weithin unbehelligt, erscheint Kolumbus davon präokkupiert, diejenigen Objekte, die im Laufe der Durchsuchungen hauptsächlich ins Auge sprangen und sei es als Gebrauchs-, sei es als Tauschobjekte vorzugsweise in Frage kamen, zu registrieren, sie nach Quantitäts- und Qualitätsgesichtspunkten durchzurechnen und dabei die zu berücksichtigende Verdienstspanne (entsprechend seiner Erfahrung mit der Marktgängigkeit und Absatzfähigkeit dieser Produkte³²) einzuschärfen. Zuchtorte für Perlen, Bauholz, kolorierte Steine und Mastix, Baumwolle und Ackerboden, vor allen Dingen aber Gold, Gewürze und Edelsteine — die „Gattung der starken Reize“ (W. F. Haug) — werden, katalogmäßig zusammengefaßt, aus Kolumbus' handelskapitalistischen Gesichtspunkten und aus seinem Interesse an einem breiten Spektrum warenfähiger Rohprodukte als wertvolle Indizien angeführt, die Versprechungen auf „große Besitztümer und Reichtum“ ermöglichen, und zwar „sowohl für Euch selbst“ — wie Kolumbus hervorhebt, unter Anspielung auf die Monopolorganisation, die er für die Könige im Auge hat³³ — „als auch für die Spanier im allgemeinen“³⁴, auf eine „Unendlichkeit der ausbeutungsfähigen Reichtümer“³⁵. „Ich sage“, prophezeit er, nachdem er die Entwicklung eines blühenden Zwischenhandels vorhergesagt hat³⁶, die koloniale Profitbildung jetzt auch in internationaler Sicht vor Augen rückend, „die ganze Christenheit wird Geschäfte machen können; aus stärkstem Grunde Spanien, dem das Ganze unterworfen sein muß“³⁷.“ Obwohl Kolumbus zu diesem Zeitpunkt dar-

32 Kolumbus urteilt z. B. über Mastix: „Produkt, das man müßte aufs beste exploitierten können [. . .], denn man findet ihn nirgendwo außer auf der Insel Chios, wo man ihn für den Gegenwert von 50 000 Dukaten bezieht, sofern ich ein gutes Gedächtnis habe“: a.a.O., S. 76. — Mit dem „guten Gedächtnis“ spielt Kolumbus auf seine Teilnahme am Versand von Mastix von Chios nach Flandern im Jahre 1476 an (Ch. Verlinden, a.a.O., S. 9).

33 z. B. von Baumwolle sagt er, falls größere Mengen davon zu erwarten seien, wolle er den Handel damit unterbinden, um ihn für die Könige zu monopolisieren: Eintragung ins Bordbuch, a.a.O., S. 46.

34 a.a.O., S. 75.

35 a.a.O., S. 91.

36 a.a.O., S. 76.

37 a.a.O., S. 92. Zur Geläufigkeit dieses Aufstachelns der „ganze(n) Christenheit“ vgl. z. B. die Verwendung desselben Ausdrucks in einem Schreiben König Manuels von Portugal an Isabella und Ferdinand nach der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien, enthaltend verlockende Versorgung- und Gewinnperspektiven (J. Hale, a.a.O., S. 43). — Im Brief an Santangel hat Kolumbus noch einmal das Fazit der dinglichen, werthaltigen und warenfähigen Produkte gezogen, welche Westindien produzierte. Er weist hier, außer auf Sklaven, „soviel man davon wird fangen wollen“, und hinzu zu den oben aufgeführten Produkten, zu denen jetzt noch Zimt, Aloe und Rhabarber kommen, ausdrücklich auf die guten Siedlungs- und agrikulturnellen Bedingungen hin ebenso wie auf günstige Voraussetzungen für den Stadt- und Hafenaufbau: a.a.O., S. 180 ff.

auf verzichtet hatte, Schätzungen, die ins einzelne gingen, von den Gewinnen, die ihm seine Unternehmung in Aussicht stellte, vorzunehmen, hat er immerhin allein aus im Tauschverfahren erhältlichen Goldquantitäten und Gewürzverkäufen Kapitaleinnahmen errechnet, hinreichend umfangreich, um insbesondere die universale Idee zu subventionieren, der die Renditen, die aus den Indien sich würden ziehen lassen, zu unterwerfen waren — die Befreiung des Heiligen Grabes³⁸. Diese in so großzügiger Ausmalung vorgeführte Ertragsperspektive, die Kolumbus zunächst in seiner Funktion als Entdecker und als Tauschhändler entwirft, enthält den Widerspruch bereits im Keim, wenn auch nicht im Zusammenhang mit der Perspektive eines bevorstehenden Abbruchs des Unternehmens. In dem Maße nämlich, in dem das Verlangen nach Gold im Angesicht der nurmehr minimalen Mengen des beigetriebenen Metalles Kolumbus veranlaßte, die Belieferung damit auf sein Gottvertrauen zu gründen und die Habsucht in Gebete einzukleiden — der Gott, so heißt es z. B., „möge sichtbar machen reichlichere Quantitäten“ und möge ihn, „worüber er die Verfügung hat“, zu deren zentralem Fundort, „wo man es aus der Erde zieht“, dirigieren³⁹ —, im gleichen Maße schickte er sich auch an, Forderungen aufzustellen nach raschem Handeln (gestellt an die Könige), und trug er in beschwörender Form die Bitte vor (gerichtet an Gott), „Willen und Disposition“ für die Unternehmung, also Konstanz der Unternehmensabsichten⁴⁰, den Königen in desto stärkerem Grade einzupflanzen, je mehr er die Möglichkeit eines unbefriedigenden Ertrages ins Auge faßte. In diesem Zusammenhang rechnete Kolumbus, um der Belastung mit der Verantwortung für einen Rückschlag vorzubeugen, vor, auf welchen Umfang Einkünfte und Gewinne zur Stunde hätten angeschwollen sein müssen, wären sie nicht durch einen siebenjährigen Aufschub der Unternehmung verlorengegangen: auf ein „Supplement durch Ressourcen im Werte von hundert Millionen Maravedis [. . .], außer dem Surplus, den sie dem künftighin hätten hinzufügen können“⁴¹. Im Hinblick auf die Beurteilung der Eingeborenen in ihrer Eigenschaft als Arbeitskräfte, die Kolumbus sozusagen als eine Warenprobe mit sich führt (im Hinblick auf die Sklavenmärkte Europas, solange wie er weder über die erforderlichen Arbeitsgeräte noch über die Lebensmittel verfügte, um sie an Ort und Stelle einzusetzen⁴²), und in Hinblick auf die Berechnung des Quantums militärischen Zwangs sowie der geldlichen Aufwendungen, die dazu erheischt wurden, erscheinen Indianerfang und Propaganda für die Versklavung der Indios wie das

38 Eintragung ins Bordbuch vom 26. 12. 1492, a.a.O., S. 135.

39 a.a.O., S. 102 u. S. 126 f.

40 Eintragung ins Bordbuch vom 6. 11. 1492, a.a.O., S. 74; ferner a.a.O., S. 179 (Schlußworte des Reisetagebuchs), und Brief an Santangel, a.a.O., S. 187.

41 Eintragung ins Bordbuch vom 14. 1. 1493, a.a.O., S. 153.

42 Dazu siehe F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Bd. 20. Berlin/DDR 1972, S. 150.

Ausschlagen eines Kapitalrechnungsreflexes, unter Druck des Erfolgswanges im zunehmenden Maße als kompensatorische Funktion⁴³. In seinen mannigfachen Rechtfertigungen des Sklavensfangs und -handels macht sich dabei, einer destruktiven und internen Gegenströmung zufolge, zum ersten Male die Tendenz zur Spaltung der Indios, zur Unterteilung in „gute“ (Arawaken) und „schlechte“ Indianer (Kariben) bemerkbar — vor jeder Erfahrung. Dieses operationelle Spaltungsverfahren, das schon in der dünnen Begründung, die Eingeborenen hätten sich der Sklaverei gegenüber längst als dem ihnen auch von ihresgleichen zukommenden Schicksal akkomodiert⁴⁴, Ausdruck fand und vor allem im Brief an Santangel einen abrupten Durchbruch erfuhr⁴⁵, hat in den im Reisetagebuch herrschenden Konstruktionen die Einstellung zu den Eingeborenen zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs aus dem Gleichgewicht gebracht. Sie hat ihren ambivalenten Charakter, der Gegensätzliches unvermittelt vereinigte, Affirmation eines paradiesischen Naturzustands und Totalität der Ausbeutung desselben als eines Rohprodukts zusammenknüpfte, vorderhand, wenn auch zunehmend auf die Arawaken eingeschränkt, nicht eingebüßt.

Im Bericht von der Zweiten Reise, der abermals die Resultate sorgfältigster exploratorischer Ermittlungstätigkeit in puncto Naturprodukte, zumal des Goldes und der Gewürzvorkommen, zusammenfaßt⁴⁶, hat eine magere und enttäuschende Ausbeute Kolumbus zum ersten Male die Möglichkeit eines Abbruchs des Projektes vor Augen gerückt. Im Zuge der Überlegungen, wie sie aus diesem Anlaß zwingend geboten waren, inwiefern dem zu steuern sei, wie spektakuläre und gleichermaßen dauerhafte Entschädigungen für die Aufwandsverluste in einleuchtender Form versprochen werden könnten, for-

43 Außerdem, wie allgemein üblich, in der politisch-administrativen Perspektive der Ausbildung zu Dolmetschern und der Schulung zu Propagandisten, in den Worten von Kolumbus: „damit sie bei Rückkehr den Christen dienen können als Interpreten und die Einführung unserer Sitten und Glaubensangelegenheiten begünstigen“ (Eintragung ins Bordbuch vom 12. 11. 1492, a.a.O., S. 75; hierzu siehe J. Hale, a.a.O., S. 87).

44 Eintragungen ins Bordbuch vom 12. 10., 23. 11., 26. 11., 5. 12. u. 11. 12. 1492.

45 Daß Kolumbus die „Unterscheidung“ in Gang gesetzt habe „zwischen guten und schlechten Indianern“, hebt C. O. Sauer hervor. Als Kolumbus während der Rückreise den Brief an Santangel verfaßte, so fährt der Autor fort, in diesem Punkt allerdings mit erheblicher Ungenauigkeit, „traten die Kariben in seine Kalkulationen ein als eine potentielle Quelle des Profits als Sklaven“; Kolumbus habe, heißt es weiterhin, auf dieser Reise „niemals einen Kariben gesehen“ (a.a.O., S. 31).

46 Vgl. hierzu die Übersicht, die der Begleiter des Kolumbus, der Arzt Chanca, angefertigt hat: Gold, Mastix, Ingwer, Zimt, Aloe, Wachs, Muskat, Terpentin, Wolle werden, ihres überreichen Vorkommens wegen, aus den Königen von Kastilien die reichsten Herren der Erde machen — wie dieser Arzt, im Hinblick auf eine nunmehr allgemeine Form der Profitbildung, schlußfolgert. E. G. Jacob (Hrsg.), Christoph Columbus. Bremen o. J., S. 247 ff.

dert er, erstmals im Blick auf langfristige Einkunfts- und Verdienstgesichtspunkte die Kategorie Arbeit zu Felde führend, erfahrene Goldwäscher und Grubenarbeiter an⁴⁷ — während er im Bericht von der Ersten Reise noch „Gold im Überfluß und beinahe ohne Kosten“ verheißen hatte⁴⁸. Indem er aus dem innerhalb des Rahmens der Zirkulationssphäre naturgemäß äußerst eng begrenzten Umfang des Goldvorkommens schließt, daß „Reichtümer“, in Ausmaßen, „wie sie nicht zu glauben sind“, wie sie von den Eingeborenen, als den Besitzern des Goldes, auch weiterhin, so wie von jeher, indiziert werden und wie er sie nunmehr glaubte „in einem jeden der Flüsse“ zu entdecken, Arbeit voraussetzten, damit sie realisiert würden⁴⁹, tritt der Gesichtspunkt der Ausbeutung der Natur direkt in den Gegensatz zu dem des gewinnbildenden Handels (wo Profite wie im Handumdrehen gemacht worden waren) und zugleich damit in eine höhere Organisationsstufe ein — wozu, weil das Gold sich nicht in jenen Flüssen, „sondern in der Erde hervorbringt“, nicht nur Laveure, die wissen, wie man Gold „vom Sande scheidet“, benötigt werden würden, sondern mehr noch Mineure, „die verstehen, es im Inneren der Erde aufzuspüren, wo man besseres und in größeren Mengen finden muß“⁵⁰. Auf der anderen Seite jedoch veranlaßten Kolumbus „Verpflichtungen“, die er gegenüber den Königen eingegangen war, nach seinen eigenen Worten: mit Rücksicht auf den „Zeitplan“⁵¹, die Eingeborenen in grundlegender und rücksichtslosester Form als Zahlungsmaterial in Anschlag zu bringen: Nicht nur die Sachen, die von den Königen zur Behebung der dringendsten Bedürfnisse und drückendsten Notzustände in ihre überseeischen Enklaven entsendet werden sollten, so z. B. Vieh, würden so, mittels Verkaufes der Eingeborenen, bezahlt, sondern die Könige auch ihrerseits zweifelsfrei dazu instand gesetzt werden können, extraordinäre Profite einzustreichen, durch Gebühren, die sie bei deren Eintritt in Spanien einziehen könnten (nach Vorschlag von Kolumbus: auf der Basis eines königlichen Monopols)⁵². Kolumbus hat den Reiß, wie er auf der Ersten Reise aufgrund der Differenzierung zwischen friedlichen und kooperationswilligen Arawaken auf der einen Seite und Kariben bzw. Kannibalen auf der anderen Seite deutlich zutage getreten war, damals allerdings auf pures Hörensagen hin, nicht bloß auf dem Wege des ökonomischen Realisierungszwanges, sondern auch, und zwar mit zusätzlich entfesselnder Wirkung, aufgrund bestimmter Widerstandserfahrungen um ein großes Stück erweitert — in Folge des Massakers von Navidad⁵³ und des Zusammenstoßes mit Kariben,

47 Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 207.

48 Eintragung ins Bordbuch vom 23. 12. 1492, a.a.O., S. 126.

49 Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 192.

50 a.a.O., S. 206 f.

51 a.a.O., S. 200.

52 a.a.O., S. 198 f.; siehe auch A. Cioranescu, a.a.O., S. 435, Anm. 16.

53 Kolumbus stellt infolge davon strenge, im hohen Maße durch-rationalisierte Anforderungen an Selbstzucht und Disziplin der Expeditionsteilnehmer. Die Indios, so führt er im Hinblick auf die in diesem

die ihn nötigten, die „Unlenksamkeit“ der Eingeborenen von jetzt an fest in Rechnung zu stellen, und die ihn zu einer unterschiedlichen Behandlungsweise veranlaßten in praktischer⁵⁴ ebenso wie in juristischer Hinsicht. Vor dem Hintergrund dieses Bedürfnisses, Sicherheitsmaßnahmen vorzubereiten mit Rücksicht auf die zukünftige Extraktion der Bodenschätze, wies Kolumbus auf den umfassend stabilisierenden Effekt hin, den die Versklavung der Eingeborenen, hauptsächlich der Kariben, unter den Arawaken zur Folge haben würde⁵⁵, und schlug dementsprechend vor, sie mit Stumpf und Stiel nach Spanien auszusiedeln. Im Zusammenhang mit seinen Ratschlägen zur Technik ihrer Domestizierung (wie z. B. Auseinanderreißen der Familien und sprachliche Isolierung, zu Behuf der Integration ins spanische Sprachsystem)⁵⁶, sprach er darüber hinaus die Empfehlung aus, sie als Dienstarbeiter anzustellen — und bezeichnet es als die „Manier“, „wie man der unmenschlichen Gepflogenheit, die sie haben, sich von Menschenfleisch zu ernähren, kurzerhand ein Ende set-

Stützpunkt zurückgebliebenen und inzwischen umgebrachten Spanier aus, „würden es niemals gewagt haben, sich gegen sie zu erheben, wenn sie nicht ihre Desorganisation hätten beobachten können“ (Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 194; siehe auch Instruktionen für Margarit, a.a.O., S. 210 ff., besonders die Warnung, daß es „nichts Schlimmeres gibt als Lasche, die erbarmungslos sind, wann immer sie können“). — A. Ciuraru hat darauf aufmerksam gemacht, „daß die größten Sorgen des Admirals, nach seiner Rückkehr auf die Insel Hispaniola, aus dem Geiste der Resistance herrührten, der sich unter den Eingeborenen zu manifestieren begonnen hatte“. Auf die Konversion anspielend, wo Kolumbus, der Geschäftsmann, sich in einen Konquistador verwandelt, fährt der Verfasser fort: „Gekommen, um sich in Besitz des Goldes zu setzen, sieht sich Kolumbus verpflichtet, gegen die Eingeborenen militärische Maßnahmen einzuleiten“: a.a.O., S. 438.

54 „Alle diese Leute, auf dieser großen Insel wie auch auf den andern“, heißt es wörtlich, „richten ihr Augenmerk auf die gute Behandlung, die wir uns für die Guten vorbehalten, sowie auf die Züchtigung, die wir den Böartigen zufügen“ (a.a.O., S.198). „Wenn ihr Indios findet, die sich irgendwelches Diebstahls schuldig gemacht haben, züchtigt sie, indem ihr ihnen Nase und Ohren abschneidet, denn das sind diejenigen Teile ihres Körpers, die sie nicht verbergen können“, heißt es an anderer Stelle. „Auf diese Weise kann man friedlichen Handel aufbauen mit den Einwohnern der ganzen Insel und ihnen begreiflich machen, [. . .] daß die Guten immer gut behandelt und die Schlechten bestraft werden“: Instruktionen für Margarit, a.a.O., S. 210. — Die Arawaken, darauf sei hier kurz hingewiesen, praktizierten ebenso wie die Kariben Agrikultur (Mais, Yams und andere Knollengewächse), ergänzt von Jagd und Fischfang. Sie waren gegenüber den Kariben (die, ihrerseits Neuankömmlinge, aggressiv und mobiler waren) sesshaft, bevölkerungsreicher und technologisch fortgeschritten (Weberei, Töpferei, Werkzeugbau). D. Lowenthal, a.a.O., S. 31, u. E. G. Jacob, a.a.O., S. 227, Anm. 3.

55 Umgekehrt erscheinen Kolumbus die Arawaken „in ihren Beziehungen zu den Exploratoren“ nach wie vor „sehr offen und ohne Malignen“: Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 193.

56 a.a.O., S. 197 f.

zen kann⁵⁷“. Kolumbus' Empfehlung, aufgrund der Blockierung, die vor seiner Unternehmung der durchaus unbeträchtlichen Menge der Goldansammlungen wegen auf den Druck seiner Gegner hin sich aufgetan hatte, auf die nach Spanien einzuführenden Indios eine Importsteuer zu erheben zu dem Zweck, für irgendwelche entgangenen Gewinne zu entschädigen, rückt den realen Druck der mächtigen Interessen auf Kolumbus in dieser seiner ständig wachsenden Größe in den Gesichtskreis. Mit dem Auftreten politischer Konflikte und der dementsprechend erschwerten imaginativen Aktivität, mit Desillusionierung und Zerfall von Kolumbus' Vermögen, den guten Schein entweder zu bilden oder zu bewahren, erhält die Veränderung des materiellen Interesses im zunehmenden Maß Bedeutung auch für die Kategorienbildung, deren grundsätzlicher Umbau sich im Zusammenhang mit der Zweiten Reise vorbereitet.

Wie keine anderen Dokumente des Kolumbus hinterläßt die Berichterstattung von der Dritten Reise — deren gesammelte Ausbeute, zumindest an Gold und Perlen, bequem in einen Briefumschlag sich soll haben stecken lassen — den Eindruck, daß hinter den Kalamitäten und Jeremiaden, die sich durch sie hinziehen, der Widerspruch stehe, der zwischen einerseits der Erschließung eines sofortigen Zuflusses an Einkünften und Gewinnen und andererseits einer längerfristigen Investitions- und Entwicklungsplanung offen zutage getreten war⁵⁸. Mit Rücksicht auf die „endemische povreté“ (A. Cioranescu) des spanischen Staatshaushalts und mit dem Bewußtsein, daß er, was die Ausbeute betreffe, gegenwärtig nichts vorzuweisen imstande sei, verwirft Kolumbus die Spekulationen, die auf einer blitzschnellen Anhäufung von Reichtum auf dem Wege des Tauschhandels oder infolge von Entdeckerglück fußten, ebenso wie die Reichtumsbildung, die auf Raubzügen beruhte, während er auf der anderen Seite fortfährt, Beispiele für eine aufreizende Ausstoßungs-, gewissermaßen Schleuderkraft des annoncierten Fundus aufzuführen.

„Notwendig ist“, so lautet eine aufschlußreiche, von Las Casas zitierte Stellungnahme des Kolumbus, „daß das Gold extrahiert

57 Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 197. — Die These, damit nehme Kolumbus eine Schwenkung vor und bringe er neuerdings den Volksreichtum, hier: der Kannibaleninseln (a.a.O., S. 197), in Anschlag als die „wahren Reichtümer Westindiens“, vertritt u. a. E. Williams, *From Columbus to Castro: The History of the Caribbean 1492—1969*. London 1970, S. 31.

58 Las Casas, a.a.O., I, 156 (Cioranescu, a.a.O., S. 467, Anm. 7). „Allgemein hieß es“ mit Blick auf die Dritte Reise: „Viele Unkosten und wenig Profit“ (F. A. Kirkpatrick, *Die spanischen Konquistadoren*. München o. J., S. 24), im scharfen Gegensatz zur Ersten Reise, wo z. B. Pedro Alonso Nino, wie es hieß, „in Perlen wühlte, als wäre es Häcksel“: a.a.O., S. 28. „Die Ausgaben waren groß, die Profite zum gegenwärtigen Zeitpunkt unbedeutend“, schrieb Bernáldez. „Es hat Persönlichkeiten gegeben, die den Königen zu verstehen gaben, daß der Aufwand stets größer als der Profit sein werde“: *Historia de los Reyes Católicos*, Cap. CXXXI (zitiert nach Cioranescu, a.a.O., S. 444, Anm. 12).

werde mit Erfahrung, Industrie und Arbeit⁵⁹.“ Kolumbus führt die auf Arbeit (und auf Ausbeutung von Arbeit) gegründete Voraussage eines riesenhaften Unternehmensgewinns näherhin aus wie folgt: „Am Ende vierer Jahre [wird man] Eigentümer sein von einem Kapital, das nach vorsichtigster Schätzung 200 000 Maravedis beträgt“, und zwar, wie er hinzusetzt (wobei er verschleiert, wer diese kapitalbildende Arbeit tut), „ohne daß man auch nur einen einzigen Schlag mit der Hacke wird führen müssen⁶⁰.“ An anderer Stelle äußert er sich folgendermaßen: „Ich glaube, daß es keinen Erdstrich auf der Welt gibt, angenehmer für Drohnen als hiesiger; und insbesondere für solche, die begierig sind, sich ein Kapital zu bilden⁶¹.“ „Die Welt wird hier im Überfluß leben können“, signalisiert er wiederum, „wie man bald sehen wird⁶².“ Denn zwar „hatte ich begriffen, daß der ganze Erdstrich, auf eine Tiefe von 80 Meilen, mit Goldgruben gefüllt war“, aber jetzt „bestätigt man es mir, daß das Ganze eine einzige Mine bildet⁶³“.

Im Gegensatz zu den früheren Spekulationen auf einen profitablen Zustrom von Einkünften aus den natürlichen Ressourcen des Landes bzw. den Schätzen der Eingeborenen ohne Arbeitsaufwand und mit geringen Kosten, hat die Erschließung eines demgegenüber langanhaltend strömenden und gleichmäßigen Quells der Reichtumsbildung auf der Grundlage von organisierten Arbeitsprozessen (jetzt nur noch nebenher auch des Tauschverkehrs) und mit Hilfe des Aufbaus einer Infrastruktur die Etablierung des Gewaltverhältnisses in Gestalt einer weitgreifenden und umfassenden Besitzordnung zur notwendigen Voraussetzung. „Ich habe das Land nicht ausplündern wollen, um keine Unordnung hervorzurufen“ (oder, an anderer Stelle, um „die gute Ordnung in die Affäre der Indien“ zu pflanzen⁶⁴). „Denn die Vernunft verlangt, daß man es in Besitz nimmt, und daraufhin wird man über das ganze Gold mit Leichtigkeit, ohne irgendwelche Unordnung, disponieren können⁶⁵.“ Diesem Standpunkt des neuerdings notwendigen langfristigen Zeit- und langwierigen,

59 a.a.O., I., 148 (Cioranescu, a.a.O., S. 463, Anm. 83).

60 Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 259.

61 Brief an die Könige, a.a.O., S. 250.

62 a.a.O., S. 252.

63 Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 263. Zu solcher Größenbemessung der Ressourcen vgl. auch Brief an die Könige, a.a.O., S. 244, u. Bericht an die Könige, a.a.O., S. 238, wo er eingesteht, daß er nicht imstande wäre, Schiffe abzufertigen, „voll beladen mit Gold“, trotzdem aber den Schluß zieht — aus einwandfrei „hinreichenden Proben von diesem Metall sowie andren Wertobjekten“ —, daß man „daraus in kurzer Zeit werde beträchtliche Profite herausziehen können“.

64 Brief an den Sohn Don Diego, a.a.O., S. 330.

65 a.a.O., S. 325. Kolumbus hat aus dem gleichen Grunde, „um nicht Unordnung zu provozieren“, auch in der Regel untersagt, Gefangene zu machen (Las Casas, a.a.O., I, 130; Cioranescu, a.a.O., S. 450, Anm. 30), und Geschäftspraktiken wie den Zwangshandel unterbunden, weil man damit „überall Unordnung aussäe“ (Las Casas, a.a.O., I, 130; Cioranescu, a.a.O.,

mühevollen Arbeitsaufwandes gegenüber treten freilich gezwungenermaßen augenblicklich diejenigen Kräfte, die, mit großartigen Versprechungen von Kolumbus dermaleinst selbst aufgestachelt, am Gesichtspunkt eines in unmittelbarer Weise, durch Handausstrecken, erhältlichen Reichtums festhielten, in den schärfsten Gegensatz. Mit finsternen Sarkasmen gewürzt und mit theologischen Überhöhungen durchsetzt, lehrte Kolumbus infolgedessen vor allen Dingen den tiefen Unterschied kennen, der zwischen einer von Planungsgesichtspunkten geleiteten, vorausschauenden Aufbauarbeit auf der einen Seite, die Kolumbus mit der Unterstützung der Könige von Spanien nebst der Majestät Gottes als auch mit der von bereits seßhaft gewordenen Kolonisten, die arbeitsam den Boden bebauen⁶⁶, leistete, und den Aventurieren, Projektmachern und Plünderern auf der anderen Seite bestehe, die „ausziehen, um Fortüne zu machen mit dem großen Präjudiz meiner Ehre und mit schweren Ausfällen für das Unternehmen⁶⁷“. Kolumbus hebt dazu die beispiellose Unbelehrbarkeit hervor, mit der die entfesselte Habgier der aufklärenden Ermunterung zu einer entbehrungsreichen und ruhmvollen Form des Handelns trotz, indem er erklärt: „Sowie sie hier ankamen und sahen, daß ich ihnen die Wahrheit gesagt hatte und ihre Begehrlichkeit keine große Chance hatte, gestillt zu werden, haben sie es vorgezogen, sofort zurückzukehren, ohne abzuwarten, um zu sehen, ob es möglich wäre oder nicht, alles hiesige zu erobern und zu beherrschen⁶⁸.“ Die „Drohnen“, entrüstete er sich, sobald sie ins Land geströmt waren wie mit Kübeln ausgegossen, seien hierhergekommen „in der Hoffnung, daß sie das Gold würden mit der Schaufel aufsammeln können“, und sie „bildeten sich ein, daß die Gewürze sie bereits erwarteten, als wohlgeordnete Ballen in Reihe und Glied am Uferande, und sie nichts zu tun hätten, als sie in die Schiffe werfen: so

S. 446, Anm. 20). „Die guten Formen, zu prozedieren“, so faßt er an anderer Stelle zusammen, „vermeiden Skandale und schlechte Reputation und werden infolgedessen bewirken, daß all dies Gold hier in Schatz verwandelt wird, ohne daß ein einziges Karat davon verlorengeht“: Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 283. „Man sieht leicht ein [. . .], daß es das gute Renommee ist, was die Dinge tut und vertut, nächst Gott“: Brief an die Könige, a.a.O., S. 245. Vgl. auch die Verwendung dieses Arguments gegenüber den Königen (Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 285) sowie gegenüber den genuesischen Bankiers (Brief an Herrn Nicoló Oderigo, a.a.O., S. 310).

⁶⁶ Die Infolge von Bearbeitung des Bodens bereits „Provisionen im Überfluß besitzen. Sie kennen das Land und dessen Möglichkeiten schon und beginnen, seine Schönheit und Fruchtbarkeit hoch zu schätzen“: Brief an die Könige, a.a.O., S. 250. Vgl. dazu A. Cioranescu, a.a.O., S. 475, Anm. 22.

⁶⁷ Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 284. „Heutzutage gibt es niemanden“, heißt es näherhin, „bis runter zu den Schneidern, der nicht eifrigst um Lizenz nachsuchte, auf Entdeckungen auszuweichen. Dabei ist es noch das Gewisseste, daß sie hin wollen, um zu plündern; und trotzdem autorisiert man sie“.

⁶⁸ Brief an die Könige, a.a.O., S. 249.

waren sie verblendet in ihrer Begehrlichkeit. Sie bedachten nicht, daß das Gold, obschon es davon beträchtliche Mengen gibt, sich in Minen befindet, so wie die andern Metalle, und die Gewürze auf Bäumen, so daß notwendig ist, zuvor die Erde auszuschachten, um das Gold herauszuziehen, und die Gewürze zu pflücken und zu konservieren⁶⁹.

Die von ihm im Vorstehenden gleichsam wie in einer szenischen Abbildung eindringlich aufgeführten und überaus scharf gezeichneten Störkräfte, die dem Unternehmen in einer ebenso exzessiven Form wie mit außerordentlicher Gründlichkeit entgegenwirkten, im Hinblick auf den Aufbau einer tragfähigen Ordnungsstruktur wie gleichermaßen auch auf die Konsolidierung eines ungestörten, langfristigen und ertragreichen Wachstumsprozesses, werden, in diesem Teile der kolonialen Unternehmungen, in der Folge die Hauptursache der heftigsten Beschwerden von Kolumbus, des Inhalts, daß „die ganze Welt diese Länder wieder verlieren wird“⁷⁰, daß sie „im Begriffe stehn, verloren zu gehen“ (vorgestellt unter der Metapher des Brands, der die Indien von allen Seiten erfasse)⁷¹. „Das hier ist kein Kind“, äußert er anderer Stelle, ebenfalls mit Bezugnahme auf dergartig triebhaft operierende Wirkungskräfte, wie sie ihm in den plündernden Schneidern verkörpert entgegengetreten, „das man, zum Zwecke der Bildung, irgendeiner Rabenmutter anvertrauen dürfte“⁷².

69 Brief an die Könige, a.a.O., S. 248 f. — Zu Kolumbus' Kennzeichnung der Spanier als „Arbeitsscheue“, als „Unbotmäßige“, als „Abenteurer von niedriger Intelligenz“ siehe auch Brief an die Könige, a.a.O., S. 242, Brief an die Könige, a.a.O., S. 249 f., u. Brief an Don Diego, a.a.O., S. 330. Vgl. außerdem die Darstellung dieses Genres sowie Hinweise auf eine prinzipielle Ersetzung der Entdeckungs- (und Plünderungs)tätigkeit durch Arbeit bei R. Konetzke, Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. Frankfurt a. M. 1965, S. 297 f.

70 Memorial für die Katholischen Könige, a.a.O., S. 218.

71 Brief an Don Diego (nach Rückkehr des Kolumbus von seiner Vierten Reise), a.a.O., S. 327.

72 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 284. Zu den Abenteurern werden übrigens auch Teile der Arbeiterschaft gerechnet, jedoch hingestellt als erst auf kolonialem Boden unter dem Druck verschiedener Umstände Demoralisierte: infolge der feudalen Agitation einerseits und ihrer nur erst im geringen Grade verfestigten Interessenstruktur andererseits (Schwäche des Kalküls mit einem trotz Aufschubs der unmittelbaren Gewinnbildung per Arbeit wachsenden Lohnumfang). Hierzu sowie über die sexuelle Hemmungslosigkeit der Spanier in ihrer Bedeutung als politischer Störfaktor siehe A. Cioranescu, a.a.O., S. 467 f. u. S. 474, Anm. 11–13; zur politisch-ökonomischen Begründung der letzteren siehe F. Engels, Der Ursprung der Familie, S. 90 ff. Über die Beteiligung von Arbeitern am Aufstand des Francisco Roldán, einem „wahren Exzeß der Zerstörung“ (Las Casas, a.a.O., I, 154; Cioranescu, a.a.O., S. 466, Anm. 3), der Hauptursache für seine düstere Lagebeurteilung, legt Kolumbus ausdrücklich Rechenschaft ab: „es waren die Arbeiter, die ich in Lohn gesetzt hatte, um ihnen Arbeit zu geben“. „Dieser Roldán“, fährt Kolumbus fort, „hatte das Mittel entdeckt, sie zu überzeugen, daß sie sich mit [ihm] vereinigten, indem er ihnen versprach, daß sie nicht mehr zu arbeiten

Und schließlich, noch einmal mit dem Ausdruck der Angst, wie sie der vorzeitig Gealterte, die drohende Vereitelung der Unternehmung vor Augen, durch die von ihm eigenhändig angestellten Kräfte, bis ans Lebensende reproduzieren muß: Die Indien „sind im Zuge, verloren zu gehen“, „ohne Frucht zu tragen“⁷³, „alle Welt kennt Kunst und Prozedur, wenn es sich darum handelt, zu demolieren“⁷⁴.

Wie mit der Einarbeitung von empirischen Gesichtspunkten in die vom gouvernementalen Standpunkt aus mit Sorgfalt analysierten Realitätsverhältnisse in versteckter Weise, wird nun die Argumentation mit dem Zeitfaktor als dem Multiplikator sowie der Garantie zuverlässiger und großer Reichtumsbildung auf längere Sicht offen ins Feld geführt. Seine Opponenten (diesesmal Hochadel und höherer Klerus am Hofe von Kastilien) hätten sich, erläutert er, in gleicher Weise wie auf der anderen Seite, auf kolonialem Boden, jene „mediokren Intelligenzen“, die zersetzt durch ihre Habgier die Unternehmung mit unerhörter Zerstörungskraft „zur Gänze ruinieren“, bei ihrer Prüfung der Unternehmung auf den Standpunkt gestellt, die unverzügliche Realisierung von Reichtümern zu verlangen, „und es ist dies der Punkt, wo sie stehen geblieben sind“⁷⁵. Kolumbus ist sich dabei durchaus darüber im klaren, daß Argumentationen gegenüber, daß die Aufwandskosten zur Geringfügigkeit der tatsächlichen Entschädigung in keinem angemessenen Verhältnis ständen, einfache Erklärungen wie die wenige Zeit, die hierfür zur Verfügung gestanden habe, kaum verschlagen⁷⁶. Er bedient sich mit der Absicht, kon-

brauchten [. . .]. Er hat ihnen zum gleichen Zeitpunkt versprochen, daß sie viele Lebensmittel und Frauen haben würden, und vor allem, daß sie volle Freiheit hätten, alles zu machen, was ihnen gefiele“ (Brief an die Könige, a.a.O., S. 248; ein weiteres Zeugnis von Kolumbus zum sexuellen Problem findet sich im Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 259 f.). Kolumbus war im übrigen nicht in der Lage, die Zwangsläufigkeit von Triebenthemmung unter den Bedingungen der primären kolonialen Ausbeutungsverhältnisse zu durchschauen, die darüber hinaus jene von ihm ehemals gezogene Grenzlinie zwischen voyeuristischem Genuß einerseits und Geschlechtstätigkeit andererseits überschreitet, und die er mit der Forderung nach Wiederherstellung des Ehestandes zu steuern suchte.

73 Briefe an Don Diego, a.a.O., S. 331 u. S. 335.

74 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 284.

75 Bericht an die Könige, a.a.O., S. 219.

76 Bericht an die Könige, a.a.O., S. 220 u. S. 237, u. Brief an die Könige, a.a.O., S. 243 u. S. 244; vgl. auch Las Casas, a.a.O., I, 136 (Cioranescu, a.a.O., S. 456 f., Anm. 53). Nicht nur am „ungeheure(n) Bedarf an Edelmetallen für Münzzwecke“, der zur Folge hatte, daß zu jeder Zeit mit dem Erlöschen des Interesses an einer Weiterführung der Entdeckungen gerechnet werden mußte, sobald die Ausbeutung der Minen geregelt war oder ihre Unergiebigkeit feststand (Hale, a.a.O., S. 11 ff.), sondern auch an der aus Rivalitätsgründen Widerstand leistenden Feudalität, die inzwischen allein mit Gold zu beschwichtigen war, hat das Bewußtsein von Kolumbus wie späterhin auch das Cortés' seinen Bestimmungsgrund. Hierzu siehe H. Matis, Hernan Cortés. Göttingen-Berlin-Frankfurt 1962, S. 36 ff.

stant Einfluß auf die Willensbildung der Könige zu erhalten und sie in ihren Beteuerungen, an der Unternehmung festzuhalten, zu bestärken, für sein Argumentieren mit dem Zeitbegriff als dem zuverlässigsten Faktor der Reichtumsbildung infolgedessen zunächst und vor allen Dingen eines Einkleidungsverfahrens, das humanistische und teils messianische, teils traditionelle theologische Begründungsformen umfaßt und zur Geltung zu bringen versucht. Wie angebliche Zusicherungen, Ihre Hoheiten würden das Unternehmen aufrecht erhalten, selbst wenn es „zu Steinen und Felsen führte“, wird so der Apostel Petrus in Anspruch genommen, als Musterbeispiel, wie einer sich „hienieden an Arbeit und Ermüdung“ stößt und doch, „am Ende der Rechnung“, den Sieg erringt, sofern er „vom Heiligen Geist entflammt ist“⁷⁷. Unendliche Quantitäten von Wertobjekten und im Überfluß Gold würden in angemessener Zeit zu Tage gefördert werden, „obzwar man das, was ich im Begriff stehe, anzuzeigen, auf evidente Weise noch nicht sieht“, und, zur Verdeutlichung, wo die Garantiemacht Wohnsitz habe, und zur Berechnung des Zeitaufwands: „sofern Derjenige, welcher es uns gezeigt hat [. . .], geruht, es uns zu geben, wenn die Zeit gekommen ist“⁷⁸. „Es steht auf dauerhafte Weise fest“, unterstreicht Kolumbus an einer anderen Stelle, gleichfalls mit Bezugnahme auf den offenbarten Gott und mit Anspielung auf die Weissagung des Jesaias, seines Mundstücks, als deren Ausführung er sich versteht, „daß alles, was Er gesagt hat, sich erfüllen wird“, und die „sieben Jahre des für das Gold angesetzten Termins“, spricht der Herr, „sind noch nicht vorüber“⁷⁹. — Auf einer

77 Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 255.

78 Eine von Las Casas, a.a.O., I, 136, zitierte Formulierung von Kolumbus (Cioranescu, a.a.O., S. 457, Anm. 53) und Brief an die Könige, a.a.O., S. 240.

79 Bericht an die Könige, a.a.O., S. 220, und Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 263. Es wird auch erinnert an die absolute Macht des Gottes, der, gegenüber widrigsten Umständen, Festigkeit und Durchhaltekraft dem unternehmerischen Willen verleihe, Sache wie Mensch aufrechthalte und vorwärtsbringe, sowie Befürchtungen um Geschäftsverluste grundlos mache: Es ist Er, der Gott selbst, „der uns das Ganze gegeben und der die absolute Macht hat darüber und über die Welt im allgemeinen“, „der uns führen wird zu dem Ziel, zu dem Er uns den Anfang in die Hand gegeben hat, und man sieht wohl, daß Er das Unternehmen unterstützt und es Fortschritte machen läßt“ (Brief an die Könige, a.a.O., S. 243; vgl. auch den Ausdruck: Gott „exekutiert sein Versprechen buchstabengetreu“, im Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 277, und: „Gott ist gerecht, und es ist Er, der macht, daß man das Wie und Warum weiß“, im Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 262). — Kolumbus reklamiert hier darüber hinaus für sich Subjektqualität mit emphatischem, durchaus übersteigertem Charakter im Bewußtsein der Brüchigkeit seiner materiellen Basis unter Gesichtspunkten einer autonomen Handlungsstruktur. Er bringt, seiner materiellen Stellung entsprechend, einer Dienstleistungsfunktion, das Bewußtsein der Auserwähltheit als Vermögen höherer, medialer Spiritualität zur Geltung. Vom „Geiste der Durchschauungskraft“ erleuchtet (in diesem Punkt übrigens durchaus der Patronin der Unternehmung, der

zweiten Linie äußert sich Kolumbus zur Begründung der Nützlichkeit einer langfristigen Investitions- und Entwicklungsplanung ferner mit großer Apodiktizität und mithilfe eines Appells an den (hier: idealen) Konkurrenzinstinkt der Könige, indem er eine maßstabbildende Antike in ungemein aufreizender Weise gleichzeitig als überrundungsfähige Konkurrenzmacht zu Felde führt: „Es ist unmöglich, daß nicht ganz Spanien mit der Zeit hier große Profite herauszuziehen imstande ist“, aus dieser „anderen Welt [. . .], die die Römer und Alexander und die Griechen um den Preis großer Arbeiten und Anstrengungen vergeblich in Besitz zu nehmen getrachtet hatten“, aus diesem „äußersten Hintergrund des Orients“, wohin Salomon geschickt hatte, „um den Berg Sopora zu visitieren [. . .], den Eure Hoheiten heute in dieser Insel Hispaniola in ihrem Besitz haben⁸⁰“.

Im Instrumentarium, mit dem Kolumbus auf Zeitgewinn spielt und um Erhaltung des Unternehmens kämpft (Anwendung eines in theologische Form gekleideten Garantieversprechens; ein gegenüber herrschender Vorstellung konträres, sie überschreitendes Maß von Entwicklungszeit; dazu Winken mit der Ewigkeit des Verdienstes der Könige um die Ausbreitung des Christentums und die Rettung der Seelen in ihrer, gleich den materiellen Wertgegenständen, Unendlichkeit⁸¹; Hinweise auf den Umfang der territorialen Entdeckungen, auf die Masse der Eingeborenen, damit auch auf die im Laufe der Zeit großen Einkünfte aus dem Zustrom an Tribut; Versprechungen auf Zusatzgewinne durch Fortschritte bei der Pazifizierung und infolge der Verbesserung des Transportsystems) — innerhalb dieses propagandistischen Arsenal von Aufreizungs- und Durchhalteparolen ist es jedoch vor allen Dingen der mit den Titeln Glorie, Ehre und Benefizien reich ausgestattete Nebenbuhler Portugal, der zur Aufstachelung einer Politik der langfristigen Entwicklungen und Gewinnrechnungen auf lange Sicht in Funktion gesetzt wird. Die große und erfolgreiche Firma Portugal dient — in umgekehrter Absicht wie bei Las Casas, der den gleichen Hinweis verwendete zur Entlastung der Könige von Spanien und des Kolumbus — dem Zweck, die Gewalt eines entfesselten Wettbewerbs in den Geist der Könige zu injizieren. „Nutzlos sei es“, führt Kolumbus, nach der Erwähnung

Königin, vergleichbar, unbeschadet des Standesunterschiedes), sei er imstande gewesen, die Durchführbarkeit eines im übrigen phantastischen und unwahrscheinlichen Plans und dessen Begründetsein in einer vorerst noch allgemein verborgenen Wirklichkeit zu durchschauen, ihn mit Kraft ins Werk zu setzen und in objektiven Früchten zu realisieren. Siehe z. B. Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 254 f., Majorat, a.a.O., S. 345, und Brief an die Allerchristlichsten und Sehr Hohen Fürsten, a.a.O., S. 298 f., mit dem Ausdruck: Der „Herr öffnete mein Erkenntnisvermögen wie mit einem Handgriff“.

80 Bericht an die Könige, a.a.O., S. 221 u. S. 236; Brief an die Könige, a.a.O., S. 243.

81 Vgl. z.B. Bericht an die Könige, a.a.O., S. 219 ff., Brief an die Könige, a.a.O., S. 243, dazu Las Casas, a.a.O., I, 136 (Cioranescu, a.a.O., S. 457, Anm. 53), sowie Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 263.

der auf seine Entdeckungen hin bereits auf schmeichelhafte Weise gewachsenen Autorität der Könige, an, mit der Nadelspitze des berechneten Lamentos, „nutzlos sei es auch, daran zu erinnern, daß, in unserer Zeit, die Könige von Portugal den Mut hatten, Unternehmungen, die die Entdeckung Guineas bezweckten, zu subventionieren; und daran, daß sie dafür so viel Gold und Menschenleben aufgewandt haben, daß man, sofern man die Einwohner ihres Königreiches alle zusammenzählte, die Entdeckung machen würde, daß an Lebenden kaum zweimal so viel sind wie solche, die in Guinea den Tod gefunden hatten. Trotzdem haben sie ihr Unternehmen nicht fallengelassen, bevor es ihnen Früchte gebracht hat, die nun jedermann sehen kann. All das hat angefangen vor sehr langer Zeit; und es sind auch erst wenige Jahre, daß es beginnt, Resultate hervorzubringen⁸²“. Die Könige von Portugal, heißt es an anderer Stelle, in einer Variante des Bordbuchs der Dritten Reise, die Las Casas überliefert hat, „hatten sehr wohl den Mut, Gold und Menschenleben an Guinea dranzuwenden durch vier oder fünf Jahre hindurch, ohne daß auch nur der mindeste Profit sich hat herausziehen lassen; und seitdem hat Gott ihnen Gold und Benefizien gegeben⁸³“.

In Verbindung mit seiner Dritten Reise erhält — stärker noch als auf der Zweiten, die die westindische Unternehmung in die Krise brachte — die Aneignung der Eingeborenen als Zahlungsmittel ihren härtesten und kältesten Ausdruck, unter dem anhaltenden Zwang, die notwendigen Investitionen hauptsächlich aus diesen Unternehmungen selbst und ohne Verzug beizusteuern: „Von hier aus könnte man, im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit, ebensoviele Sklaven zum Versand bringen, die man daraufhin verkaufen kann, wie Brasilholz“, führt Kolumbus im Brief an die Könige im Jahre 1498 aus und fährt fort: „Wenn die Auskünfte, über die ich verfüge, zuverlässig sind, so könnte man, wie man mir sagt, viertausend Sklaven verkaufen, die einen Wert von 20 Millionen und mehr haben dürften. Auf der anderen Seite würden viertausend Doppelzentner Brasil ungefähr zum gleichen weggehn; und der Aufwand, welchen man hier dafür zu machen hat, beträgt 6 Millionen. So daß, bei oberflächlicher Kalkulation, man daraus 40 Millionen herausziehen könnte, wenn die Sache läuft.“ Kolumbus benennt im Anschluß daran die Grundlage, auf die seine Gewährsmänner, Kaufleute und Seemänner, ihre Berechnungen einleuchtenderweise gestützt hatten: die verschiedenen Märkte, auf die sich ihr Einfluß erstreckt — Kastilien und Aragon, Portugal und Italien sowie Sizilien und die portugiesischen, aragonischen und Kanarischen Inseln. Der Kaufpreis der Eingeborenen („lächerlich billig“) ist mit Hinsicht auf die Nachfrage und im Hinblick auf die Qualität des Materials weiterhin als Stimulus eingesetzt, um die Berechtigung einer Vergrößerung der Betriebsorganisation und Erhöhung der Betriebskosten einzuschärfen. Sowohl die Körperkräfte als auch die intellektuelle Qualität dieser Produkte West-

82 Bericht an die Königin, a.a.O., S. 221 f.

83 a.a.O., I, 136 (Cioranescu, a.a.O., S. 457, Anm. 53).

indiens würden zum Beispiel im Vergleich mit den hervorragendsten menschlichen Erzeugnissen Guineas das Dreifache des aus ihrer Arbeitsleistung zu ziehenden Werts garantieren, bei demgegenüber ca. nur einem Fünftel des Kaufpreises. „Ich glaube daher“, setzte Kolumbus hinzu, „daß man nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher aus Guinea kommen läßt; und selbst wenn einer von daher käme, der Sklave von hier hat den Wert dreier von dort [. . .]. Ich bin selber vor kurzem auf den Kapverdischen Inseln gewesen, deren Einwohner sich viel mit Sklavenhandel beschäftigen und ununterbrochen Schiffe ausschicken, um sich damit zu versorgen, was ihnen leicht fällt, denn sie sind davon nur zwei Schritte weg; und trotzdem, man bot dort 8000 Maravedis für den Verkümmertsten. Was ich sagen möchte: Diese hier lohnen die Mühe.“ Um im Hinblick auf das „Unternehmen einer so profitablen Reise [. . .] die Revenuen zu erzielen, die ich erwähnte, fehlt hier nichts als die Ankunft von Schiffen in größerer Anzahl, um diejenigen Sachen, über die ich jetzt spreche, zu verfrachten. Im übrigen meine ich, daß die Seeleute sehr rasch auf den Geschmack kommen werden. Selbst jetzt laufen Herren und Seemänner umher [. . .], die drüben erzählen, daß sie, als sie von hier abreisten, allesamt reich geworden seien, und mit der Absicht, wiederzukommen, um Sklaven aufzugreifen, 1500 Maravedis das Stück [. . .]. Es ist wahr, von ihnen sterben jetzt viele weg; aber das wird nicht immer so sein. Mit Negern und Kanaren hat es in genau der gleichen Weise angefangen; und diese hier sind um vieles vorteilbringender, so daß, falls einer von ihnen entwischte, sein Herr ihn gekauft hätte für nichts⁸⁴“.

Die Ungeschminktheit, Brutalität und ob ihres Sprachausdrucks Fähigkeit, wie sie aus diesen hastigen Bemühungen sprechen, dem in den Augen von Kolumbus Kapital darstellenden Wert der Eingeborenen einen präzise erscheinenden Ausdruck zu geben, zeigen das Ausmaß, bis zu dem das Gleichgewicht von theologischen und politischen, ökonomischen und sozialen Bestimmungen seinen ehem, in Verbindung mit der Ersten Reise, substantiellen Zusammenhang eingebüßt hat — unbeschadet, daß Theoriebildungsprozessen schon damals eine kontingente Praxis des Indianerfangs vielfach unvermittelt gegenüberstand. Zum Zeitpunkt der Zweiten Reise hat Kolumbus aufgrund von Erfahrungen mit dem sich versteifenden Widerstand auf der Seite der Eingeborenen hingearbeitet auf eine

84 a.a.O., S. 240 f. Siehe auch A. Cioranescu, a.a.O., S. 464, Anm. 3—5, mit Beurteilungen dieses Schriftsatzes durch Las Casas. Renditen in Höhe von 40 Millionen Maravedis, und zwar „alle Jahre“ und „mit nichts als Sklaven“, errechnet Kolumbus einmal mehr im Brief an die Könige, a.a.O., S. 252. — Kolumbus hat die Eingeborenen gegen den Widerstand, den die Königin und der Indienrat seinem Sklavenhandelsprojekt entgegengesetzten, als Zahlungsmittel zum ersten Mal auf der Zweiten Reise in Anschlag gebracht. Sie treten in seinen Kalkulationen nunmehr als einzige sichere und direkte Quelle kurzfristiger Profitbildungen hervor. Vgl. Brief an die Könige, a.a.O., S. 244, sowie Las Casas, a.a.O., I, 155 (Cioranescu, a.a.O., S. 467, Anm. 6).

tiefgreifende und scharfe Trennung. Sie hat, obschon er von jeher dazu inklinierte, die feindseligen Beziehungen zwischen den Arawaken und den Kariben überzuinterpretieren und sich zunutze zu machen, in dieser ihrer grundlegenden Form in der Folgezeit der vollständigen Umwälzung des Kategorienapparates den Boden bereitet — vorläufig allerdings ausschließlich zum Schaden der Kariben, mit der anzüglichen Begründung, daß sie „dazu disponiert“ sind, „Böses zu tun“⁸⁵. Auf- und Ausbau einer tragfähigen, stabilen Ausbeutungsstruktur, der von der Einrichtung befestigter Brückenköpfe und Hafengebäude bis hin zur Organisation des Transportwesens und überseeischen sowie lokalen Versorgungsdiensten sich zu erstrecken hat, stellt genauso wie die Etablierung eines wirksamen administrativen, militärischen, juristischen und kirchlichen Unterdrückungsapparats eine harte Notwendigkeit dar, infolge derer Kolumbus in wachsendem Maße sich verhärtete und, der Unproduktivität und Erfolglosigkeit seiner Unternehmungen wegen von Realisierungszwängen beherrscht, gezwungen ist, die Indios als einzige direkte, daher unersetzliche Quelle der Reichtumbildung unausgesetzt in Betracht zu ziehen. Die Entwicklung eines Instrumentariums kunstvoll ausgefilterter ideologischer Argumentationen in dem Vorhaben, längerfristige Perspektiven sowie Opferleistungen zu stimulieren, im Maße, wie Kolumbus an trockener Einsicht gewonnen hatte in die nurmehr ephemeren Gewinnaussichten bei jederart von kurzzeitig betriebenen Projekten, veränderte, zusammen mit den Rückwirkungen, welche die Praxis, die er gegenüber den Indios einschlug, auf sein Bewußtsein hatte, aufs einschneidendste die kategorialen Bestimmungen, die er für die Natur der Eingeborenen brauchte, ebenso sehr wie die, die er auf seine Unternehmungen anwandte.

„Ich wäre als ein Capitano zu richten“, schreibt er in Erwartung seines Prozesses, im Zusammenhang mit der Dritten Reise, „der Spanien verlassen hat, um Eroberungen zu machen in weit abgelegenen Ländern so wie die Indien, und nicht wie der Gouverneur einer großen bzw. überhaupt einer Stadt, vielmehr um wilde und kriegerische Leute, die in den Bergen und im Busch leben, unter die Befehlsgewalt Eurer Hoheiten zu stellen“⁸⁶. Und, in prononcierterer Fassung: „Man richtet drüben über mich wie man über einen Gouverneur richtet, den man nach Sizilien geschickt hat oder irgendeiner polizierten Stadt, wo man es einigermaßen ausreichend zuwegebracht, daß das Gesetz aufs pünktlichste respektiert wird [. . .]. Es ist nicht diese Art und Weise, wie man über mich richten sollte, sondern wie über einen Capitano, der aus Spanien ausgezogen ist, um in einer so großen Entfernung wie die Indien Eroberungen zu machen, unter zahlreichen und kriegerischen Völkerschaften, mit Religion und Sitten, die [diese Feststellung trifft Kolumbus hier zum ersten Male] unseren ganz und gar entgegengesetzt sind, und die (genau wie wir selbst) auf den Ber-

⁸⁵ Eintragung ins Bordbuch vom 13. 1. 1493, a.a.O., S. 152.

⁸⁶ Brief an die Herren, a.a.O., S. 265.

gen und am Grunde von Schluchten leben, ohne Städte und das organisierte Leben zu kennen⁸⁷."

Kolumbus hatte im Hinblick auf seine beiden ersten Reisen seine Entdeckungen als auf der einen Seite durch Prädispositionen und Direktiven des offenbarten Gottes und als auf der anderen Seite selbsttätig und im „Geist der Durchschauungskraft“ ins Werk gesetzten und glücklichen Fund dargestellt. Während er auf seiner Ersten Reise zum Beispiel mit dem Gebrauch des Ausdrucks „Sieg“ infolgedessen das Bewußtsein verband, daß die „Gnade“, die ihm Gott erwiesen hatte, darin bestand, ihm zu erlauben, „alles das zu entdecken, was er entdeckt hatte⁸⁸“, verwandelte sich dieser Inhalt des Bewußtseins des Siegs im gleichen Augenblick, in dem „Arbeit“ und „Ordnung“, „langfristige Kalkulation von Zeitfaktoren“ und „Entwicklungsplanung“ an die Stelle von „Entdeckung“ oder „Fund“, „Schenkungs-“ und „Tausch“ (der Form nach partizipatorische Objektbeziehungen) getreten sind. „Der Herr hat mir abermals den Sieg gegeben, denn ich habe erobert“, so lautet der Ausdruck für jene Verschiebung bei der Bestimmung des Siegs, „und ich habe die Bewohner der Insel Hispaniola zu Tributpflichtigen gemacht.“ Und an einer anderen Stelle heißt es, mit Blick auf die Könige: „Ich selbst, mit dem Willen Gottes, habe die Länder dieser Breitengrade, die alle reich ausgestattet sind, um mit großer Revenue zu versorgen, Eurer hohen und königlichen Gewalt unterworfen⁸⁹.“

An den ständig wachsenden und, gegen Ende von Kolumbus' Unternehmungen, schließlich unüberwindlichen Schwierigkeiten — „Diese Widrigkeiten sind in Marmor eingraviert“, notierte er, aber (wie Gott es ihm im Traum einschärft) „nicht ohne raison d'être“⁹⁰ — hat dieses übersteigerte, verhärtete und im Grunde, in seiner Substanz, ausgehöhlt erscheinende Selbstbewußtsein seine äußere Bedingung. Der Kolumbus, der ein Imperium gründete und sich die Siegeskrone als die Insignie des triumphalen Werkabschlusses aufs Haupt setzte, war der gleiche Kolumbus, dem seine reale Erniedrigung, die Enthüllung seines Subjektsbewußtseins als Schein, unverrückbar vor Augen stand. In dem Maße, wie der Gegensatz zwischen der Wildheit einerseits, die aus dem Naturreich entspringt, und andererseits der Barbarei, die aus den realen, geschichtlichen Interessen hervorgeht, Kolumbus (der in beiden wurzelt) zu zerreißen drohte, erschöpften sich auch jene erstaunlichen, scheinbar unverwüstlichen Reproduktionskräfte, die die affirmative, zugleich bildhaft naturhafte Bestimmung des Wilden über die Widersprüche der Praxis hinweg so lange

87 Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 262. — Zum naiven synonymen Gebrauch von „poliziert“ und „zivilisiert“, von „Zivilisation“ und „Polizei“, siehe F. Engels, a.a.O., S. 132 f.

88 Eintragung ins Bordbuch vom 14. 2. 1493, a.a.O., S. 165. Siehe auch Brief an Santangel, a.a.O., S. 180 u. S. 187.

89 Institution des Majorats, a.a.O., S. 345, u. Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 285.

90 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 277.

und immer wieder von neuem wiederhergestellt hatten — bis Kolumbus' Phantasietätigkeit sie schließlich in ihr — im gleichen Maße perhorresziertes wie entbildlichtes — Gegenteil verkehrt⁹¹.

Unter der Einwirkung vielfältig illusionszerstörender Choks hat Kolumbus auf seiner Vierten Reise, wo das Pathos des Kampfes mit der Natur seinen großartigsten Ausdruck fand, in einem gleichermaßen zunehmend verdüsterten wie, seiner ursprünglichen erotischen Reaktionsweise gegenüber, fortschreitend entfremdeten Blick, und in der Erwartung anhaltender kriegsmäßiger Auseinandersetzungen⁹² die Eingeborenen in blinden und starren Gegenkategorien dargestellt. Während er auf seiner Ersten Reise und auch noch auf der Zweiten über die Anthropophagen ausdrücklich festgestellt hatte, sie seien „nicht unförmiger“ als die anderen Eingeborenen und von ebenso schöner Proportion des Körperbaues⁹³, verfügt er neuerdings über außerordentliche Divinationskräfte und Kunstfertigkeiten, um Kannibalismus aus Physiognomien herauszubuchstabieren. „Man kann ihn ihnen fast auf den Kopf zusagen“, imaginiert er sich, „in Anbetracht der Widerlichkeit ihrer Gesichter⁹⁴.“ „Die Leute sind große Zauberer und sehr feige“, äußert er im gleichen Zusammenhang, „meine Männer infizierten sich mit der Häresie, [...] sich zu imaginieren, daß wir verhext sind“, und fügt dem, mit wachsamen, geschärften Sinnen, hinzu, es seien gefährliche, infektiöse, zerstörerische Ausstrahlungen⁹⁵. Mit der Erklärung, die Kolumbus für die Verführungskraft gab, die die Indianermädchen während ihrer Schiffsbesichtigungen zeigten (nämlich als durch Zauberstoffe be-

91 Zum Doppelkonflikt siehe Brief an Doña Juana, a.a.O., S. 256 u. S. 259 f., wo Kolumbus (typischer Kampf des Kolonialheroen gegen den äußeren und gleichzeitig gegen den inneren Feind) sich eingezwängt sieht zwischen Indianern, die ihn „so hart bekämpfen“, auf der einen Seite und Kolonisatoren, „die in Aufruhr sind“, auf der anderen Seite. Im gleichen Sinn äußert er sich im Brief an die Könige, a.a.O., S. 244: „Das Unternehmen steht gegenwärtig auf einem schlechten Punkt, denn die Männer wollen nicht dienen und die Indios nicht Tribut zahlen.“ Vgl. auch Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 276.

92 Dazu siehe Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 269 ff., und Bericht des Mendez, in: E. G. Jacob, a.a.O., S. 311 ff. Las Casas hat die gleiche Perspektive auch aus einem im Blick auf fortgeschrittene Kolonisation angefertigten Bericht von Kolumbus überliefert: „Er sagt“, daß die Lebensweise der Kolonisten „im Augenblick sehr süß ist, in Beziehung auf das, was vorausgegangen ist, denn sie arbeiten nicht [...], weil die Indios für sie arbeiten und alles, Häuser, Bohrlöcher und jede Arbeit machen, die man für notwendig erachtet. Er sagt, daß man an nichts notleide, außer an Männern, die sie am Boden hielten; denn wenn sie sehen (sagt er), daß wir nicht sehr zahlreich sind, werden sie sich erheben; und es sind sie, die uns das Brot [...] bereiten“ (a.a.O., I, 155; Cioranescu, a.a.O., S. 467, Anm. 5).

93 Brief an Santangel, a.a.O., S. 186, u. Memorial des Antonio da Torres, a.a.O., S. 199.

94 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 281.

95 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 280 u. S. 281.

wirkt), kehren sich schließlich auch die erotischen Befriedigungen, die er einmal aus ihrer Erscheinung gezogen hatte, um in zwanghafte Angst vor magischen Strategien destruktiver Aggressivität, weil sie aus Voyeurslust erzeugenden bildhaften Objekten ihrerseits in Akteure sich verwandelt hatten, die sich mit solcher „Schamlosigkeit“ und „Tollheit“ in Szene setzten, „daß Huren es nicht besser machen könnten“⁹⁶. Und die Faszination, die ihn ergriff, weil er sich unter diesen Menschen ungeschützt und frei hatte bewegen können — in Erinnerung wie Beobachtung der antagonistischen, brutalisierten sozialen Beziehungen in der beginnenden Konkurrenzgesellschaft —, macht nun nackter Verfolgungsangst Platz bei der Erwägung der „Nezessität, in der man, einmal an Land, sich befindet, sein Leben Wilden anzuvertrauen“⁹⁷.

Im Zuge der Theologisierung seiner Unternehmungen bringt Kolumbus — Reaktionsbildung auf die Summe der Widerstände, die sich ihm entgegenstellten — zuletzt die Identifizierung aller Widersprüche mit Hilfe ihrer Bestimmung als Totalität zuwege: „Es ist Satan, der all dies vereitelt hat und der, mit seinen Listen, die ganze Affäre in einen Zustand versetzt hat, der eins wie’s andre vereiteln wird, wenn der Herr keine Vorsorge trifft“, schreibt er, der, auf Jamaica, den Tod erwartet hatte „von einem Tag zum andern, umgeben von einer Million grausamer Wilder, die uns den Krieg machen, und so weit entfernt von den Heiligen Sakramenten“⁹⁸, an Papst Alexander VI. Borgia⁹⁹.

96 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 280.

97 Bericht an die Könige von der Vierten Reise, a.a.O., S. 282.

98 a.a.O., S. 286.

99 Brief an Papst Alexander VI., a.a.O., S. 307. Siehe auch Brief an Don Diego, a.a.O., S. 323, sowie Brief an die Könige, a.a.O., S. 243.

Baber Johansen

Religiöse Traditionen und koloniale Struktur in Marokko

Dieser Aufsatz soll nicht eine historische Darstellung geben, sondern eine Entwicklung interpretieren. Es soll nicht untersucht werden, ob im Führungskreis der Nationalbewegung nach 1930 vorwiegend religiöse oder politische Motive das Handeln bestimmten. Das zu lösende Problem heißt vielmehr: Warum sichert die spezielle Form der religiösen Legitimation der marokkanischen Nationalbewegung ihr die Unterstützung der Massen?

Gefragt wird also nach den Ursachen des politischen Erfolgs des Salafiyya-Islam¹, des Islam der frommen Vorfahren, in Marokko. Der Salafiyya-Islam ist die Form urbaner religiöser Artikulation, die in vielen arabischen Ländern die erste Antwort auf die koloniale Situation darstellt.

Ich wähle Marokko, weil alle Beobachter sich einig sind, daß der Salafiyya-Islam — in den Worten von Abun-Nasr — „die religiöse Grundlage des marokkanischen Nationalismus“^{1a} gebildet hat. Ich schränke das Thema zeitlich auf die Entwicklung bis 1937 ein, weil bis dahin die Vertreter des Salafiyya-Islam die nationalen Organisationen bestimmen²; weil dieser Islam der frommen Vorfahren bis dahin von den sozialen Schichten getragen wird, die auch die vorkoloniale marokkanische Gesellschaft kannte, und weil die Einbeziehung des Proletariats in die Unabhängigkeitsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedeutung des Salafiyya-Islam relativiert hat; schließlich, weil 1937 die führenden Vertreter des Salafiyya-Islam und der Nationalbewegung verhaftet und verbannt werden

* Geringfügig veränderte Fassung des im Februar 1972 vor dem Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin gehaltenen Habilitationsvortrags.

1 Aus drucktechnischen Gründen sind die Zeichen für die arabische Umschrift nicht verwendbar. Auch hätten sie dem Leser ohne arabische Vorkenntnisse zweifellos die Lektüre erschwert. Die Umschrift entspricht also nicht den wissenschaftlichen Regeln. Sie ist vielmehr ein Kompromiß, der dem deutschen Leser eine annähernd richtige Lesart der genannten Worte ermöglichen soll. Auf Längungszeichen, die fast durchgehend notwendig wären (chassa, 'amma, zawiya, etc.) ist aus drucktechnischen Gründen verzichtet worden. Das ' vor 'amma soll den ersten Konsonanten des Worts, einen Laryngallaut, andeuten.

1a Jamil Abun-Nasr: The Salafiyya Movement in Morocco: The Religious Bases of the Moroccan Nationalist Movement, in St. Anthony's Papers Nr. 16.

oder ins Ausland fliehen und ihre Aktivität in organisierter Form erst 1943 wieder aufnehmen können.

Aber nach den Ursachen des Erfolgs der Salafiyya, dieser reformierten Form des sunnitischen, d. h. an der Lebenspraxis des Propheten orientierten Islam zu fragen, impliziert im Kontext der marokkanischen Geschichte auch die Frage, warum der im präkolonialen Marokko so mächtige mystische Islam keine positive Rolle bei der Ausbildung des marokkanischen Nationalismus spielen konnte.

Die Anerkennung des doppelten Aspekts der Frage impliziert zugleich die Benennung der thematischen Ebene dieses Vortrags: die Frage nach der politischen Funktion religiöser Traditionen in Marokko. Tradition soll dabei verstanden sein als die Einheit von theologischen Prämissen, der durch sie legitimierten Funktionen und der Organisationen, die diese Funktionen wahrnehmen.

Das vorkoloniale Marokko ist beherrscht von einer schwachen Zentralgewalt, dem machzan, an dessen Spitze der Vertreter der regierenden Dynastie, der Sultan, steht. Es ist bestimmt durch den Gegensatz der beiden wichtigsten sozialen Organisationstypen, der Städte und der Stämme³. Die Städte sind die detribalisierten Sektoren der Gesellschaft. In ihnen vollzieht sich soziale Stratifikation unter dem Nenner der Arbeitsteilung. Die Produzenten der Waren, d. h. die Handwerker, stellen das Kleinbürgertum. Die Vertreter der religiösen Wissenschaften, die Repräsentanten des Regierungsapparats und des Militärs sowie die Groß- und Fernhändler stellen die drei Gruppen der politisch und religiös einflußreichen Bourgeoisie der Residenz- und Handelsstädte.

2 Diese Aussage befindet sich im Widerspruch zu dem bisher besten Werk über die marokkanische Nationalbewegung, nämlich John P. Halstead: *Rebirth of A Nation, The Origins and Rise of Moroccan Nationalism*, Cambridge Mass. 1967.

Halstead geht davon aus, daß in den dreißiger Jahren sowohl die Autoren des Reformplans als auch die Mitglieder in den Führungsgremien der Nationalbewegung in ihrer Mehrzahl Intellektuelle mit französischer Ausbildung waren. Das muß in sich nicht ein Widerspruch zum Salafiyya-Islam sein, der selbst ja auch eine Reaktion auf die durch Europa geschaffene historische Situation ist. Dazu kommt aber, daß das von ihm vorgelegte Material über die Herkunft und Ausbildung der Vorstandsmitglieder zeigt, daß nach der Spaltung von 1936 und der Gründung der Nationalpartei der Vorstand aus 3 Mitgliedern mit islamischer Ausbildung und 2 Intellektuellen französischer Erziehung bestand. Im Exekutivkomitee und im Obersten Rat sitzen jeweils 5 Mitglieder mit islamischer Ausbildung 3 Mitgliedern mit französischer Ausbildung gegenüber; rein zahlenmäßig also ein Übergewicht der ‚islamischen‘ Gruppe in allen Führungsgremien. Es ist vielleicht kein Zufall, daß diese Neugewichtung in eine Phase der Politik der Nationalbewegung fällt, in der a) der Nachdruck nicht mehr auf die Gewinnung der französischen Öffentlichkeit, sondern auf die Tätigkeit in Marokko gelegt wird und b) der Schritt vom Intellektuellenzirkel zur Massenpartei getan wird.

3 Bernard G. Hoffman: *The Structure of Traditional Rural Society*, Den Haag und Paris 1967, S. 10—14, 162.

Unter den Stämmen sollen hier die Berber-Stämme verstanden sein. Es ist die gemeinsame Verfügungsgewalt des Stammes über ein bestimmtes Territorium⁴, die seine politische Einheit ausmacht. Seine politische Organisation ist die Gama'a, die Ratsversammlung, in die jede Untergruppe des Stammes ihren Vertreter wählt. Die Funktion der Gama'a ist die Aufrechterhaltung des unteilbaren Landbesitzes des Stammes und sein Schutz vor den fiskalischen Übergriffen der Zentralgewalt.

Dem Gegensatz zwischen diesen sozialen Organisationstypen entspricht der ökonomische Gegensatz zwischen den Wirtschaftsformen des Großhandels, des Handwerks und der Landwirtschaft der Ebenen einerseits, der Viehzucht und der Landwirtschaft der Berge andererseits; politisch manifestiert sich der Gegensatz als der zwischen Territorien und Stämmen, die der Herrschaft und Besteuerung der Zentralgewalt unterstehen, den bilad almachzan, und denen, die sich ihr entziehen, den bilad as-siba. Sprachlich entspricht ihm der Gegensatz zwischen Arabern und Berbern⁵.

Zwei operationale Begriffssysteme dienen im vorkolonialen Marokko zur Festlegung und Bestimmung dieser Gegensätze. Das eine, soziologisch, trennt zwischen chassa und 'amma, zwischen Elite und ‚vulgärer Menge‘, und dient nicht nur dazu, den Gegensatz zwischen sozialen Schichten, sondern vielmehr noch den zwischen den sozialen Organisationstypen zu bezeichnen⁶. Das zweite Begriffs-System, theologisch-juristischer Natur, trennt zwischen Gläubigen, Muslimen und Ungläubigen. Es ist das theologisch-juristische Begriffssystem, das die religiöse Legitimation für den Herrschaftsanspruch der chassa, der Elite, gegenüber der 'amma, der vulgären Menge, darstellt. Die politische Bedeutung des Unterschieds zwischen sunnitischem und mystischem Islam liegt in ihren unterschiedlichen Definitionen dieser Begriffs-Triade⁷. Diese Definitionen sind abhängig von verschiedenen theologischen Prämissen.

4 F. De La Chapelle: Les tribus de haute montagne de l'Atlas occidental: organisation sociale et évolution politique, *Revue des Etudes Islamiques* 1928, Heft III, S. 345—56, 355; Hoffman, a.a.O., S. 59—61.

5 Diese Trennung ist nicht gleichzusetzen mit der zwischen Städten und Stämmen und verläuft auch nicht immer auf der gleichen Linie wie die Trennung zwischen bilad as-siba und bilad al-machzan. Sie markiert ursprünglich die Trennungslinie zwischen arabischen Eroberern in den Städten und der ländlichen Berber-Bevölkerung. Im Laufe der Jahrhunderte gibt es aber eine Ausbreitung arabophoner Stämme, die auch in siba-Gebieten, etwa im Rif, siedeln.

6 R. Montagne: Les Berbères et le Makhzen dans le sud du Maroc, *Essai sur la transformation politique des Berbères sédentaires (groupe chleuh)*, Paris 1930, S. 45; zum Begriff der 'amma siehe auch Hoffman, a.a.O., S. 143.

7 J. Berque: *Al-Yousi, Problèmes de la culture marocaine au XVIII^e siècle*, Paris 1958, S. 52—56, weist auf die fundamentale Bedeutung des Gegensatzes zwischen chassa und 'amma für das Verständnis des Konflikts zwischen sunnitischem und mystischem Islam hin.

Der Gott des sunnitischen, d. h. an der Sunna, der Lebenspraxis des Propheten, ausgerichteten Islam ist dem Menschen nicht erreichbar. Seine Einheit kann nur durch die bestimmte Negation definiert werden, durch das tanzih, die Formel, daß Gott keinem seiner Geschöpfe gleiche und seine Transzendenz absolut sei. Er offenbart sich nur durch das Wort und nur den Propheten. Aber mit Muhammad endet das Prophetentum in der menschlichen Geschichte. Daher ist der Koran der Abschluß der Offenbarungen Gottes, und das Zentrum dieser Offenbarung ist das Gesetz.

Die Unterwerfung unter das Gesetz ist daher die einzig legitime Form des Verhältnisses des Gläubigen zu Gott. Das islamische Gesetz aber basiert auf der individuellen Verantwortung. Es steht damit allen tribalen Rechtsformen, die auf der kollektiven Verantwortlichkeit der Gruppe beruhen, entgegen. Das heißt, es ist in einer überwiegend tribalen Gesellschaft auf deren detribalisierte Sektoren zugeschnitten: es ist ein urbanes Recht⁸.

Wenn das Zentrum des Islam aber das urbane Recht ist, dann impliziert die Annahme des Islam eine radikale Umwälzung der ökonomischen und politischen Strukturen der Stämme. Würde der Boden — was im islamischen Gesetz selten ist — als Privateigentum anerkannt, dann würde er durch das Erbgesetz des Islam fragmentiert; die ökonomische Basis der Einheit der Stämme wäre gefährdet. Die Alternative wäre nach islamischem Gesetz die Anerkennung der Zentralgewalt als der Instanz, die im Auftrage der gesamten islamischen Gemeinde den Grundbesitz als gemeinsames Eigentum der Muslime verwaltet. Das würde die Anerkennung der Steuerpflicht der Stämme bedeuten. Die Ratsversammlung würde sich in ein fiskalisches Organ der Zentralverwaltung verwandeln, sie würde nicht mehr den Stamm gegenüber dem machzan, sondern den machzan gegenüber dem Stamm repräsentieren⁹.

Der sunnitische Islam verlangt also die Herrschaft des urbanen Gesetzes über das Land. Die Bewahrung und Auslegung dieses Gesetzes obliegt den städtischen Gelehrten des sunnitischen Islam. Seine Verteidigung ist Aufgabe der Zentralgewalt. Sie hat dafür zu sorgen, daß dieses Gesetz in ihrem Herrschaftsbereich angewandt wird. Nur dadurch legitimiert sie sich als islamische Autorität. Aus diesem Grunde ist auch die Kenntnis des Gesetzes die notwendige Qualifikation für den Eintritt in die Verwaltungshierarchie des machzan. Das ist die Basis der Allianz zwischen der Zentralgewalt und den Vertretern des sunnitischen Islam.

Der Status des Gläubigen impliziert die Befolgung des Gesetzes. Die Wahrer und Verteidiger des Gesetzes sind die sunnitischen Gelehrten und die Administratoren des machzan. Beide Gruppen sind Vertreter der urbanen Bourgeoisie. Der sunnitische Islam identi-

8 J. Schacht: *Bergsträssers Grundzüge des islamischen Rechts*, Berlin und Leipzig 1935, S. 81.

9 L. Milliot: *Introduction à l'Étude du Droit Musulman*, Paris 1953, S. 156—57, 507, 517, 520—21, 524—25.

fiziert also de facto die Gläubigen mit den Vertretern der Zentralgewalt und den Vertretern der urbanen Bourgeoisie, der chassa der Städte. Als Gläubige setzen diese das Gesetz gegen die Praxis der Stämme, die heilige Sprache der Offenbarung und Theologie, des Gesetzes und der Verwaltung, das Arabische, gegen die barbarischen Dialekte der Berber. Als Vertreter der chassa setzen sie die arbeitsteilige, urbane Organisation der Zivilisation gegen das scheinbar naturwüchsige, wilde Zusammenleben der Stämme; den Reichtum und die Bildung der städtischen Bourgeoisie gegen die Unwissenheit des Landes, das Interesse der Zentralgewalt und des Handels an der Unterwerfung des Landes unter die Städte gegen das Interesse der Stämme an der Erhaltung ihrer politischen und fiskalischen Autonomie.

Durch die Identifizierung der Gläubigen mit der urbanen chassa wird die Stellung der 'amma im sunnitischen Islam doppeldeutig: zwar kann man sie als Muslime bezeichnen, weil sie sich zum Glauben an den Einen Gott und die Offenbarung bekennt; aber ihre Verwerfung des Gesetzes macht es zweifelhaft, ob sie nicht tatsächlich ungläubig ist. Je nach der politischen Situation stuft der sunnitische Islam sie in die eine oder andere Kategorie ein. In diesem Schwanken drückt sich zugleich ein historischer Sachverhalt aus. Die insulare Situation der Städte und die Schwäche der Zentralgewalt lassen — wie Berque ausgeführt hat — die 'amma, die vulgäre Menge, als die Kategorie der Bewegung der Geschichte erscheinen. Sie kann Gutes und Schlechtes hervorbringen. Ihr gegenüber wird die chassa, die Elite, nicht mehr zu beherrschenden, sondern nur noch zur legitimierenden oder die Legitimierung entziehenden Instanz¹⁰.

Die Identifikation von urbaner chassa und Gläubigen hat eine zweite Konsequenz. Die sunnitischen Gelehrten sind Richter, Rechtsexperten, die Gutachten in schwierigen Fragen geben, Prediger, Legitimation der politischen Gewalt. Alle diese Funktionen sichern ihnen religiöses und soziales Ansehen. Aber sie sind zu ihrer Ausübung angewiesen auf den Schutz der Zentralgewalt. Es hat nie einen Versuch der sunnitischen Gelehrten gegeben, die nicht-urbane 'amma unter ihrer Leitung zu organisieren. Der sunnitische Islam bleibt in seinen organisatorischen Formen stets abhängig von der Kooperation mit der Zentralgewalt.

Der mystische Islam geht von der Prämisse eines immanenten Gottes aus, der sich nicht aus der Geschichte zurückgezogen hat, sondern den Gläubigen zugänglich geblieben ist. Die Unterwerfung unter das Gesetz ist daher nicht das allein legitime Verhältnis zwischen Gott und Mensch. Das Erlebnis der Erfahrung Gottes definiert den wahren Gläubigen. Dieses Erlebnis ist zugleich Erkenntnis, die eine psychische und intellektuelle Veränderung des Menschen mit sich bringt, die ihm Einsicht in und Herrschaft über die Realität vermitteln, die auf andere Weise nicht erreichbar sind.

¹⁰ Berque: *Al-Yousi*, a.a.O., S. 42—57.

Ein solcher Begriff des immanenten und erreichbaren Gottes und das Insistieren auf der erlebten Erkenntnis stellen den Wissensbegriff des sunnitischen Islam in Frage. Die Bedeutung des Gesetzes als Grundlage der religiösen und politischen Gemeinde wird relativiert, die stillschweigende Identifikation von Gläubigen und urbaner chassa in Frage gestellt. Ohne daß der Allgemeinheitsanspruch des sunnitischen Islam und des Gesetzes negiert würde, entwickelt der mystische Islam auf dieser Basis ein System theologischer Begrifflichkeit, das der exoterischen Theologie des sunnitischen Islam seine esoterischen und individuellen Parallelen entgegenstellt, der Theologie der Herrschaft des Allgemeinen die Theologie der Rechtfertigung des Individuellen und Partikularen¹¹.

Die theologischen und politischen Implikationen einer solchen Doppelung liegen auf der Hand. Der sunnitische Gelehrte weiß nur von der exoterischen Seite der Offenbarung Gottes, der Mystiker vereint mit diesem Wissen die esoterische Kenntnis des lebendigen Gottes. Er steht damit über den Gelehrten und erst recht über den einfachen Gläubigen, die nur das Gesetz befolgen. Damit wird der Gegensatz chassa versus 'amma von seiner juristischen Grundlage abgelöst und in die einer anderen Hierarchie transponiert¹².

Diese Hierarchie ist die der mystischen Bruderschaften; sie entspricht dem hierarchischen Erkenntnis- und Erfahrungsbegriff der Mystik. Die Bruderschaften sind strikt hierarchisch organisiert und verlangen den absoluten Gehorsam der unteren Grade der Hierarchie gegenüber den oberen. Ihre politische Bedeutung als Organisationsform liegt darin, daß sie die einzigen von der Zentralgewalt unabhängigen religiösen Organisationen sind und daß sie in *einer* Hierarchie chassa und 'amma miteinander verbinden, einer Hierarchie der erfahrenen Erkenntnis, die prinzipiell Mobilität verspricht¹³.

Eine der wichtigsten politischen Funktionen, die sie wahrnehmen, ist die islamische Legitimation der Stammesstrukturen. In dem doppelten theologischen Begriffssystem, das sie entwickeln, wird das urbane Gesetz durch die esoterische Erkenntnis relativiert. Das erlaubt es ihnen, Formen des islamischen Gesetzes mit denen der Stammestradiation, sei es durch Nebenordnung, sei es durch Interpretation, miteinander auszusöhnen. Die Annahme des Islam in seiner mystischen Form impliziert also für die Stämme nicht mehr die Zerstörung ihrer ökonomischen und politischen Strukturen. Die Mystik

11 a.a.O., S. 74; J.-L. Michon: L'Autobiographie (Fahrassa) du Soufi marocain Ahmad Ibn Agiba (1747—1809), Leiden 1969, S. 42—44, 53—54, 130, 140; siehe auch J. Spencer Trimingham: The Sufi Orders in Islam, Oxford 1971, S. 26, 108, 145, 192.

12 Berque: Al-Yousi, a.a.O., S. 56; Michon, a.a.O., S. 42—44, Trimingham, a.a.O., passim.

13 Trimingham, a.a.O., S. 71—73, 102—03, 176—90, 237; Louis Rinn: Marabouts et Khouan, Étude sur l'Islam en Algérie, Alger 1884, S. 78—82, 88—90; O. Depont et X. Coppolani: Les Confréries religieuses, Alger 1897, S. 199—200, 249, 346, 379—80.

wird so zur islamischen Legitimation der tribalen Organisation gegenüber dem urbanen Gesetz¹⁴.

Die konkreten Erfordernisse der Ausbildung der Stämme in den Grundlehren des Islam verlangt die Anerkennung der Berber-Dialekte als Sprache der islamischen Ausbildung. Gegen die Auffassung des Arabischen als einer Heiligen Sprache, die allein dem Islam adäquat sei, wendet sich die Mystik und betont, daß sich die Einheit der Ideen durch das Partikulare hindurch manifestiere und daher jede Sprache den Inhalt des Islam ausdrücken könne¹⁵.

Das politische und fiskalische Autonomiestreben der Stämme gegenüber der Zentralgewalt erhält ebenfalls eine mystische Legitimation. Der Mystiker hat die exoterische und esoterische Kenntnis Gottes. Er ist also der höchste Richter über die Legitimität einer Regierung. Die mystische Politologie — Jacques Berque hat darauf hingewiesen — kennt ein prinzipielles Recht zur Erhebung gegen eine tyrannische Regierung, die nicht, wie es in der mystischem und sunnitischem Islam gemeinsamen Legitimationsformel heißt: „das Gute befiehlt und das Böse verbietet“. Im Gegensatz zum sunnitischen Islam hat sie mehr als einmal dieses prinzipielle Recht auch in die Praxis umgesetzt¹⁶.

Im Namen des Islam verteidigt so die Mystik den Partikularismus der Stämme. In ihren Bruderschaften stellt sie die nicht-tribalen Zentren der religiös-politischen Organisation, die zu den Kristallisationspunkten großer Stammeskonföderationen werden¹⁷.

Aber es gibt zwei immanente Widersprüche in der Politik der Bruderschaften, von denen sie sich nie haben befreien können. In dem Moment, in dem sie versuchen, ihre Partikularität zum neuen Allgemeinen zu erheben, d. h. die Zentralgewalt zu übernehmen, vereinigen sie notwendig alle anderen Partikularitäten, seien es Bruderschaften oder Stämme, gegen sich. — Der zweite Widerspruch ist von der gleichen Art, aber anderer Form. In dem Maße, in dem eine Bruderschaft ihren Einflußbereich erweitert, gewinnt sie Mitglieder und Finanzquellen in den Gebieten, die der Zentralgewalt unterstehen. Um diese zu schützen, sucht sie die Allianz mit dem machzan. Die Dynastie entsendet ihre Mitglieder in die Bruderschaft und beginnt bei der Besetzung der höheren Grade der Hierarchie mitzusprechen. Die Bruderschaft wird abhängig von der Zentralgewalt. Dann wendet sich ihr eigenes partikulares Prinzip gegen sie: die lokalen Orga-

14 Berque: *Al-Yousi*, a.a.O., S. 42—43, 72—75, 96—99, 108; Michon, a.a.O., S. 42—44; Trimmingham, a.a.O., S. 1, 142—43.

15 Berque: *Al-Yousi*, a.a.O., S. 53—54; Michon, a.a.O., S. 143—44; Trimmingham, a.a.O., S. 238.

16 Berque: *Al-Yousi*, a.a.O., S. 52—56, 91—92, 129; Georges Drague: *Esquisse d'Histoire Religieuse du Maroc, Confréries et zaouias*, Paris 1951, S. 67, 233, 254—55, 87—92, 170—175; Trimmingham, a.a.O., S. 239—41.

17 Drague, a.a.O., S. 129—36, 70—72, 87—88, 172—75, 210—13; Berque: *Al-Yousi*, a.a.O., S. 42, 71, 86.

nisationen der Bruderschaft distanzieren sich von der Spitze der Hierarchie und gründen eigene Bruderschaften¹⁸.

Fast alle großen Bruderschaften geraten im 19. Jahrhundert in die Abhängigkeit vom *machzan*; nur vereinzelt gelingt es ihnen, unter diesen Bedingungen einen neuen Typ sozialer Organisation zu schaffen: nämlich die einzige Form eines ‚klerikalen‘ Feudalismus, den die marokkanische Gesellschaft je gekannt hat¹⁹. In ihrer Mehrheit vertreten die großen Bruderschaften im 19. Jahrhundert eine Politik des *juste milieu*: religiöse und sprachliche Rechtfertigung des Partikularen bei Anerkennung der Gehorsampflicht gegenüber der Zentralgewalt.

Gleichzeitig tritt regional schon im 19. Jahrhundert eine Schwächung der Bruderschaften ein. In einem wenig erforschten Prozeß, der im 19. Jahrhundert zur Ausbildung dynastischer Strukturen unter den Stämmen des Hohen Atlas führt, bilden sich dort *de facto* unabhängige Fürstentümer unter der Leitung der großen Stammeschefs, der großen *qaid-s*. In dem von ihnen beherrschten Gebiet fällt die Zerstörung der republikanischen Strukturen der Stämme mit dem Niedergang des politischen, juristischen und religiösen Einflusses der mystischen Orden zusammen²⁰. Aber die Vielzahl der kleinen Bruderschaften und der örtlichen Mystiker halten am Prinzip der Stammesdemokratie und der Stammesautonomie fest. Sie sind es auch, die ab 1912 den Widerstand der Stämme gegen die einrückende Protektormacht organisieren²¹.

Das also sind die beiden Traditionen, mit denen das französische Protektorat zu rechnen hat: ein sunnitischer Islam, der das Postulat der Herrschaft des Allgemeinen vertritt und in seinen politischen Aktionen an die Zentralgewalt gebunden ist; ein mystischer Islam, der die Rechtfertigung des Partikularen zum Inhalt hat und über seine eigenen Organisationen und damit Aktionsmöglichkeiten verfügt.

Die großen Bruderschaften bleiben bei ihrer Politik des *juste milieu*: sie alliierten sich mit den Franzosen. Nach der Okkupation von 1912 helfen sie die Generalisierung des Widerstands gegen die neue Zentralgewalt in ihren Einflußgebieten zu verhindern²². Der sunnitische Islam kapitulierte zugleich mit der Zentralgewalt.

Aber mehr als 20 Jahre nach der Niederlage des *machzan* und der Unterzeichnung des Protektoratsvertrags von 1912 setzen Stämme, lokale Mystiker und örtliche Organisationen der großen Bruderschaften den bewaffneten Widerstand fort. Das Ausmaß dieses Wi-

18 Drague, a.a.O., S. 67, 84—88, 92—94, 99—100, 191—93, 211, 213, 256; Berque, Al-Yousi, a.a.O., S. 85—86.

19 Drague, a.a.O., S. 231—33, 211.

20 Das nach wie vor beste Werk ist Montagnes Untersuchung (siehe Fußnote 6), zur Schwächung der Bruderschaften siehe besonders S. 405—12.

21 Montagne, a.a.O., S. 407—11; Drague, a.a.O., S. 101—02, 105—07, 175—77, 256, 261—62.

22 Drague, a.a.O., S. 95—99, 106—07, 195, 214—15, 235—38, 256—57.

derstands, der erst 1934 endgültig gebrochen ist, kann aus den Verlustzahlen der französischen Armee abgelesen werden: 27 000 gefallene Franzosen. Es handelt sich also um einen regulären Kolonialkrieg, nicht um Polizei-Aktionen, wie es der offizielle Name ‚Pacification‘ suggerieren will²³.

Das historische Ergebnis dieses Kriegs ist die Aufhebung der politischen und fiskalischen Spaltung des Landes. Der Ausbau einer Infrastruktur, die den Einsatz des französischen Militärs in allen Teilen des Landes in kürzester Zeit ermöglicht, wird zur Basis für ein vereinheitlichtes Steuersystem, dem sich kein Stamm und keine Bruderschaft entziehen kann. Aber diese historische Leistung wird durch das Protektorat selbst rückgängig gemacht. An die Stelle der politischen und fiskalischen Spaltung tritt die tiefergehende und bis heute die gesamte Geschichte Marokkos bestimmende Trennung zwischen dem — in den Worten Lyauteys, des ersten französischen Generalresidenten — ‚Nützlichen Marokko‘ und dem ‚Unerläßlichen Marokko‘. Das ‚Nützliche Marokko‘ umfaßt die Bodenschätze, die fruchtbaren Ländereien der Ebenen und Flußtäler des Westens und die Häfen der atlantischen Küste. Es deckt sich geographisch fast mit dem alten Territorium des machzan. Das ‚Unerläßliche Marokko‘ ist das Marokko, dessen militärische Kontrolle zum Schutze des ‚Nützlichen Marokko‘ notwendig wird. Es sind dies die ehemaligen bilad as-siba, die sich der Herrschaft der Zentralgewalt entziehenden Gebirgsgebiete Marokkos²⁴.

Das „unerläßliche“ Marokko wird, soweit sie daran interessiert sind, der Herrschaft der großen qa'id-s, der lokalen Dynasten überlassen. Sie errichten hier ein System, das Claude Bourdet zu Recht den Feudalkapitalismus genannt hat: mit der finanziellen und politischen Unterstützung der Protektoratsverwaltung und französischen Finanzwelt eignen sie sich den Boden der Stämme als Privateigentum an; die in der Stammesrepublik vorgeschriebene kostenlose Arbeit auf dem Boden des Stammes wird zur kostenlosen Arbeit auf dem Boden des Feudalkapitalisten. Der gesamte Handel mit den Produkten seines Administrationsbereichs untersteht seinen Befehlen. Jede Opposition gegen diese Macht der großen qa'id-s wird von ihnen gewaltsam erstickt. Dabei hilft ihnen die Struktur der Protektoratsadministration. Sie überträgt den lokalen Administratoren die Kompetenz der Rechtsprechung. Alle Macht der Verwaltung, das ist die Losung des Protektorats²⁵. Da der Ausnahmezustand während des

23 John Waterbury: *The Commander of the Faithful*, London 1970, S. 37.

24 Muhammad Khair Faris: *tanzim al-himaya al-firansiya fi'l-maghrib*, Damaskus 1972, S. 86 ff.; J. Abun-Nasr: *A History of the Maghreb*, Cambridge 1971, S. 355.

25 Waterbury, a.a.O., S. 36; Faris, a.a.O., S. 214—15; Abun-Nasr: *History*, S. 357; Claude Bourdet: *El-Glaoui ou le Féodale-Capitalisme*, in: *Temps Modernes*, Juli 1953; Abdallah Laroui: *l'histoire du maghreb*, Paris 1971, S. 316.

gesamten Protektorats herrscht, bestimmt sie, was öffentliche Rechte sind. Da es bis 1953 kein Strafrecht gibt, entscheidet sie, was individuelle Rechte sind²⁶.

Im ‚nützlichen‘ Marokko wird diese Macht der qa'id-s über die Stämme und der Pascha-s über die Städte einer resoluten Aufsicht des commissaire du gouvernement und des contrôleur civil unterworfen. Denn hier siedelt sich die europäische Wirtschaft an und hat ihre eigenen Interessen zu verteidigen.

Nach dem Ersten Weltkrieg beginnt die Administration mit der Enteignung des Stammeslandes zugunsten französischer colons, d. h. mit der weitgehenden Zerstörung der Stammesstrukturen. Bis 1936 erwerben die colons ca. 10 % des bebaubaren Bodens, die etwa 50 % des ständig bewässerten Landes darstellen²⁷. Die ursprünglichen Besitzer werden an den Rand der fruchtbaren Gebiete abgedrängt, wo ihre traditionelle Produktion, der Getreideanbau, wie Stewart bemerkt, zu einem Glücksspiel wird, in dem die Chancen hoch gegen den Spieler stehen. Gleichzeitig wird durch ihre Abdrängung in die Randgebiete der Landwirtschaft das für die Viehzucht der nomadisierenden Stämme notwendige Weideland reduziert, die Kopfzahl der Herden geht zurück, die Existenz der nomadisierenden Stämme ist bedroht²⁸.

In der Zeit zwischen 1921 und 1936 wächst die marokkanische Bevölkerung von 3,2 auf 6,0 Millionen. Das heißt, es entsteht ein wachsender Bevölkerungsdruck auf eine geringer werdende Landwirtschaftsfläche. Die Konsequenz ist eine zunehmende Abwanderung in die Städte, die in der Mitte der 30er Jahre zur Landflucht wird. Aber die Landflüchtigen geraten in Städte, die selbst in der Krise sind. Sie können nicht integriert werden und siedeln in den Bidonvilles, den Blech- und Papphütten vor den Städten²⁹.

Die Krise der Städte resultiert aus dem Import europäischer Konsumgüter und ihrem Absatz auf den Märkten, die früher das städtische Handwerk belieferte. Ein zweiter Faktor der Krise ist der Aufbau einer aus französischen Beamten bestehenden Administration und die Amputation der islamischen Zentralgewalt. Sie reduziert die Berufsaussichten der Absolventen der religiösen Bildungsinstitutionen, einer Gruppe, die in der Geschichte der islamischen Städte stets zur urbanen chassa gehört hat. Nur die Handels- und Finanz-Bourgeoisie ist von dieser Krise nicht betroffen. Aber die durch das Protektorat geschaffene Negation ihrer ökonomischen und sozialen Existenz vereint die absteigenden Teile der urbanen Bourgeoisie mit dem Kleinbürgertum und den Bidonville-Einwohnern.

26 Halstead, a.a.O., S. 52—54; R. Rézette: *Les Partis Politiques Marocains*, Paris 1955, S. 29—37.

27 Halstead, a.a.O., S. 83—89; Waterbury, a.a.O., S. 140; Charles F. Stewart: *The Economy of Morocco*, Cambridge Mass. 1964, S. 77.

28 Stewart, a.a.O., S. 102—04.

29 ebd., S. 79—80; Halstead, a.a.O., S. 95—96.

Keine von diesen Gruppen kann ernsthaft hoffen, im Bereich der europäischen Ökonomie und Administration eine neue Funktion zu finden. Die europäische Ökonomie verhält sich während der Protektoratszeit exklusiv zur marokkanischen Gesellschaft. Nur in numerisch unbedeutender Zahl und nur auf der untersten Ebene der Beschäftigung läßt sie Marokkaner zu. 1952 waren von drei Millionen arbeitsfähiger Marokkaner 70 000 als Landarbeiter auf den Gütern der colons und 100 000 als Hilfsarbeiter in der europäischen Industrie beschäftigt. Die Zahlen müssen in den dreißiger Jahren, über die keine Statistiken existieren, wesentlich geringer gewesen sein. Dieser relativ kleinen Gruppe standen nach Schätzungen der Generalresidenz bereits 1937 20 % der Bevölkerung gegenüber, die im wahrsten Sinne des Wortes ohne Subsistenzmittel waren³⁰.

Das Erziehungssystem, das den Übergang zur europäischen Wirtschaft oder zumindest die Übernahme neuer Wirtschaftsformen hätte erleichtern können, wird von der Protektormacht statt dessen als Trennwand zwischen den beiden Ökonomien und Gesellschaften, der marokkanischen, die man die traditionelle nennt, und der französischen, die man die moderne nennt, errichtet. Die französischen Schulen nehmen nur in Ausnahmefällen Marokkaner auf. Von ihren 22 000 Schülern waren 1931 144 Marokkaner; von den 1400 Abiturienten, die an ihnen bis 1940 ihre Prüfung ablegten, stellten die Marokkaner 43³¹.

Für die Söhne von quaid-s und Pascha-s stellt die Protektormacht die ‚Schulen der Söhne von Notabeln‘ zur Verfügung. Für alle anderen Marokkaner sind die écoles urbaines, die auf den Beruf des Handwerkers, und die écoles rurales, die auf den Bauernberuf vorbereiten sollen, gedacht. 1931 sind von 500 000 schulpflichtigen marokkanischen Kindern ganze 11 000 in diesen Schulen erfaßt, 1600 auf Notabelnschulen. 98 % der marokkanischen Jugend bleiben ohne jede Ausbildung³². — Über die Funktion, die dem Schulwesen und den ‚Notabeln‘ zukommen sollte, hat sich General Lyautey klar geäußert: „Wir sollten am Prinzip der Erziehung festhalten. Diese sollte für die Massen berufsvorbereitend sein, für die Elite allgemeinbildend. Aber wir müssen Sorge dafür tragen, daß diese jungen Menschen nicht Propagandisten revolutionärer Gärung und Unruhe werden. Sie müssen überzeugt werden, daß es ihre erste Pflicht ist, uns zu helfen, ihr Erbe zu bewahren³³.“

Die Art, in der die Protektormacht das marokkanische Erbe bewahrt, zeigt die Funktion, die es einnehmen soll. Von marokkanischer Seite aus gesehen stellt sie sich als eine Summe von Absurditäten dar. Sie enthüllt ihre Vernunft nur, wenn man sie vom Standpunkt der europäischen Kolonie aus betrachtet. Der Sultan und die Institu-

30 A. Waterston: *Planning in Morocco*, Baltimore 1962, S. 4; Halstead, a.a.O., S. 93, 247; Abun-Nasr: *History*, a.a.O., S. 372.

31 Halstead, a.a.O., S. 102—04.

32 ebd., S. 102—111.

33 ebd., S. 101.

tion der islamischen Zentralgewalt, der machzan, werden erhalten, aber sie delegieren de facto alle ihre Befugnisse an die französische Administration. Sie haben nur die Funktion, als Verkörperung der islamischen Tradition die Praxis der Protektoratsmacht zu legitimieren³⁴. Im Namen der Tradition erklärt die Protektoratsmacht falscher- aber opportunerweise, der Islam kenne keine Trennung zwischen richterlicher und exekutiver Gewalt und schaffe daher eine administrative Gerichtsbarkeit. Sie schränkt den materiellen Geltungsbereich des islamischen Gesetzes auf das Personenstands- und Erbrecht ein, den geographischen auf Städte und arabische Stämme. Letzteres, um, wie sie sagt, das Erbe der Berber vor dem islamischen Gesetz zu schützen³⁵. Aber im Namen des islamischen Gesetzes verbietet sie die Drucklegung der Menschenrechte im gesamten Marokko; sie könnten den theokratischen Gesetzesbegriff des Islam verletzen, den zu bewahren sie verpflichtet sei³⁶.

Sie enteignet den Boden der Stämme³⁷; aber im Namen der Tradition erhält sie ihre Ratsversammlungen. Allerdings werden deren Mitglieder jetzt nicht mehr gewählt, sondern von den französischen Behörden ernannt; sie schützen nicht mehr das Eigentum des Stammes gegen die fiskalischen Übergriffe der Zentralgewalt, sondern sie legen die Höhe des zu versteuernden Betrags fest und sind am Steuereinkommen prozentual beteiligt. Unter Ausnutzung ihrer administrativen Befugnisse eignen sie sich den Stammesbesitz, dessen Bewahrung die zentrale Funktion der Ratsversammlung war, als ihr Privateigentum an. Sie stellen die Schicht der ländlichen Notabeln, auf die sich die Protektoratsverwaltung stützt³⁸. — Arabisch wird in den Schulen der Berber-Notabeln nicht unterrichtet, weil es gilt, deren sprachliche und kulturelle Tradition zu wahren; im Namen dieser Tradition wird das Französische zur alleinigen Unterrichtssprache³⁹.

Im Namen der Tradition werden also die Marokkaner gegen ihre Rechte, die Stammesrepräsentanten gegen die Stämme, die Monarchie gegen ihre Funktionen, die Berber gegen ihre Sprache verteidigt, vor allem aber das ‚nützliche‘ Marokko gegen das ‚unerläßliche‘⁴⁰. Es ist nur konsequent, wenn man in späteren Jahren den Gegensatz

34 ebd., S. 33—40.

35 ebd., S. 52—54, 65—70.

36 *Rézette*, a.a.O., S. 29.

37 Stewart, a.a.O., S. 71—81.

38 Halstead, a.a.O., S. 87—89; Waterbury, a.a.O., S. 41, 111—112. Abun-Nasr, *History*, a.a.O., S. 358.

39 Abun-Nasr, *History*, a.a.O., S. 358.

40 Laroui, a.a.O., S. 352 „Quant au Maroc, réduit à la situation d'un vaste ‚parc national‘, la tradition y fut défendue contre les traditionalistes, la monarchie contre les monarques, la coutume contre ses bénéficiaires présumés“. Die folgenden Ausführungen über die Funktionalisierung des Traditionsbegriffs durch das Protektorat sind bis in die Terminologie Laroui verpflichtet.

‚nützlich‘ versus ‚unerläßliches‘ Marokko durch den Gegensatz modernes gegen traditionelles Marokko austauscht. Das Erbe, von dem Lyautey spricht, ist, soweit es durch die sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen verkörpert wird, in denen sich die marokkanische Geschichte bis zum 20. Jahrhundert artikuliert hat, unter dem Protektorat in seine Todeskrise geraten. Konfrontiert mit einer europäischen Landwirtschaft und Industrie, einer französischen Verwaltung und Militärmacht, einem neuen Wissensbegriff, der die alleinige Qualifikation für den Eintritt in diese europäische Welt bedeutet, ist es auf allen Ebenen unfähig, Widerstand zu leisten. Sich auf dieses Erbe verpflichten zu lassen, hieße eine Situation zu akzeptieren, in der innerhalb *eines* territorialen und administrativen Zusammenhangs die europäische Kolonie sich als die Verkörperung der Geschichte etabliert und der marokkanischen Gesellschaft die Rolle der Repräsentantin einer zukunftslosen Tradition zuweist. Die Tradition wird hier zum Limes, der die Marokkaner im unnützen Bereich ihrer negativen Geschichte festhalten soll, d. h. einer Geschichte, deren Progress sich nur noch im fortschreitenden Effektivitätsverlust ihrer Institutionen als negative Bewegung manifestiert. Tradition dient hier dazu, den Anspruch der Marokkaner auf die Inbesitznahme der Institutionen der europäischen Kolonie, deren fortschreitende Expansion ihnen das Gesetz der negativen Geschichtsbewegung diktiert, abzuwehren.

Die historische Erfahrung der absteigenden urbanen Bourgeoisie, des städtischen Handwerks, der Bidonville-Einwohner und der ruinierten Kleinbauern spricht gegen die Möglichkeit einer Nebenordnung von Geschichte und Tradition. Sie zu akzeptieren, hieße die historische Niederlage als endgültig und den materiellen und physischen Ruin als unausweichbar anzusehen.

Aber auf welcher Grundlage kann der organisierte politische Protest gegen diese Abdrängung in die negative Geschichte erfolgen, wenn nicht auf der Basis der religiösen Tradition? Sie allein stellt einen Begriffsapparat und Organisationsformen, die in allen Schichten der marokkanischen Gesellschaft verstanden werden.

Die Organisationsformen, die von der Zentralgewalt unabhängige Aktionen erlauben, sind die des mystischen Islam. Aber die Bruderschaften nehmen die Aufgabe, im Namen der historischen Dimension der Tradition den politischen Widerstand gegen die Nebenordnung von Tradition und Geschichte zu organisieren, nicht wahr. Sie rechtfertigen vielmehr durch ihre Haltung die Hoffnungen kenntnisreicher französischer Administratoren, den mystischen Islam als politische Kraft gegen die marokkanische Unabhängigkeitsbewegung einzusetzen zu können⁴¹. Aber eben weil sie das tun, verlieren sie ihre Funktion als Organisationen der Massen.

⁴¹ Waterbury, a.a.O., S. 44, 52. Es handelt sich hier um eine traditionelle Konstante der französischen Kolonialpolitik in Nordafrika. Rinn, der

Schon 1939, als Drague sein Material über die Bruderschaften zusammenstellte, enthielt dies einen deutlichen Hinweis auf den zunehmenden Funktionsverlust der Bruderschaften. 1902 hatte Edouard Montet, der zu diesem Zweck im Auftrag der französischen Regierung nach Marokko gereist war, die Zahl der in den Bruderschaften organisierten Marokkaner auf 75 % geschätzt. 1929 stellt Drague fest, daß dieser Anteil auf 3,9 % gesunken ist⁴².

Drague gibt zwei Gruppen von Ursachen für diesen Rückgang an. Die erste bezieht sich auf ökonomische und administrative Faktoren. Das vereinheitlichte Steuersystem habe die Stämme so belastet, daß die Einnahmen der Bruderschaften zurückgegangen seien. Durch das vereinheitlichte Verwaltungssystem sei ihre Rolle als Schlichter von Streitfällen in den lokalen Gemeinden hinfällig geworden⁴³. Das ist wenig überzeugend. Es würde weder den Rückgang der Mitgliederzahlen noch den Verlust des politischen Einflusses hinreichend erklären. Die Nationalbewegung ist 1937 mit nur 7000 eingeschriebenen und Beiträge zahlenden Mitgliedern⁴⁴ die einflußreichste politische Organisation des Landes, obwohl sie die uneingeschränkte Unterstützung der städtischen Handels- und Finanzbourgeoisie erst nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten wird⁴⁵. Die acht größten Bruderschaften des Landes aber haben 1939 über 200 000

führende Funktionär des algerischen „Service Central des Affaires Indigènes“ hat 1884 noch eine unklare Linie. Er möchte einmal die lokalen Mystiker gegen die Bruderschaften ausspielen (a.a.O., S. 19—20), die er für gefährlich hält (a.a.O., S. 101 f., 521). Andererseits spielt er mit dem Gedanken, eine Bruderschaft zur „algerischen muslimischen Kirche“ zu erheben (a.a.O., S. 450).

Depont und Coppelani haben 1897 schon viel klarere Vorstellungen. Sie wollen die Bruderschaften, indem sie die Besetzung der höheren Ränge der Hierarchie der Bruderschaften durch die Kolonialverwaltung genehmigungspflichtig machen, zu „einem regulären Klerus“ machen, „der sich völlig in unseren Händen befindet“ (a.a.O., S. 283). Die zaouias wollen sie, „notfalls durch Subvention“, dazu veranlassen, Häuser für Regierungsbeamte an ihre Heiligtümer anzubauen, damit die Regierungsbeamten eine bessere Möglichkeit zur Arbeit mit der Bevölkerung haben (a.a.O., S. 284). Die internationalen Beziehungen der Orden wollen sie zu „Nachrichtenagenturen“ ausbauen (a.a.O., S. 289—90).

Die zweite Vorstellung ist immer ein Plan geblieben. Die erste aber ist zweifellos in Marokko realisiert worden; kein wichtiges Amt in den Bruderschaften wird vergeben, ohne daß die Regierung über den machzan ihr Einverständnis erklärt. Siehe Paul Marty: *Les zaouias marocaines et le makhzen*, in: *Revue des Études Islamiques* 1929, Heft IV. Daß der dritte Programmpunkt ebenfalls in die Tat umgesetzt wurde, wird von Depont und Coppelani bereits ausführlich illustriert (z. B. a.a.O., S. 265—75).

42 Edouard Montet: *Les Confréries Religieuses de l'Islam Marocain, Leur Rôle Religieux, Politique et Social*, in: *Revue de l'Histoire des Religions*, 23. Jahr, 45. Band; Drague, a.a.O., S. 118.

43 Drague, a.a.O., S. 110—11.

44 Rézette, a.a.O., S. 279, 283.

45 Waterbury, a.a.O., S. 42.

Mitglieder, von denen offensichtlich regelmäßig ein Beitrag erhoben wird⁴⁶. Jede dieser Bruderschaften verfügt über ausgedehnte Ländereien, die ihr zusätzliche Einkommen sichern⁴⁷. Finanzielle Schwierigkeiten können also kaum die Ursache für die zunehmende politische Bedeutungslosigkeit der Bruderschaften sein.

Eine solche Interpretation würde ein anderes wichtiges Faktum, das *Drague* Material enthält, vernachlässigen. *Drague* hat die geographischen Differenzen in der Organisationsstärke der Bruderschaften überprüft. Nach seinen Ergebnissen liegt die Prozentzahl der in Bruderschaften Organisierten in den algerisch-marokkanischen Grenzgebieten hoch über dem Landesdurchschnitt. Sie nimmt dann von Osten nach Westen progressiv ab und liegt in den westlichen Ebenen und den atlantischen Küstenstädten weit unter dem Landesdurchschnitt⁴⁸.

Dieser Westen aber ist das Zentrum europäischer Landwirtschaft und Industrie. Die geographische Differenz zwischen dem Westen und dem Osten drückt zugleich die historische Differenz zwischen dem ‚nützlichen‘ und dem ‚unerläßlichen‘ Marokko aus und ist ein Index für die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der marokkanischen Gesellschaft. Die Antwort auf die Frage nach dem politischen Mißerfolg der Bruderschaften hat dieser Differenz Rechnung zu tragen.

Das tut eher die zweite Gruppe von Gründen, die *Drague* benennt. Der Ausbau der Infrastruktur des Landes, so sagt *Drague*, der zu einem erhöhten Warenaustausch führe, bringe auch einen verstärkten Nachrichten- und Erfahrungsaustausch mit sich. Dadurch entstehe ein verstärkter Einfluß des Nahen Osten auf den Maghreb. Dies zusammen mit einer vereinheitlichten Verwaltungs- und Herrschaftsstruktur führe zu einem klareren Bewußtsein von nationaler Einheit. Diese Tendenz würde durch die Vertreter der *Salafiyya* verstärkt, die jetzt auch in den ländlichen Gebieten Einfluß gewonnen⁴⁹.

Diese Faktoren sind sicher entscheidend. Aber die Frage ist, warum die ländlichen Massen, die sich vor der französischen Besetzung und auch unter dem französischen Protektorat bis 1934 gegen die Vereinheitlichung des Landes unter urbaner Vorherrschaft zur Wehr gesetzt hatten, jetzt die Idee dieser Vereinheitlichung begrüßen? Warum sie den Vertretern der *Salafiyya*, die zur *chassa*, d. h. der urbanen Elite gehören, der die ländliche *'amma* immer mißtraut hat, jetzt den Vorzug vor den ländlichen Mystikern geben?

Diese Frage ist nicht schlüssig zu beantworten. Einer der Faktoren dürfte die Einsicht in die Machtlosigkeit des partikularen Prinzips sein, die aus der historischen Erfahrung der marokkanischen Landbevölkerung in diesem Jahrhundert resultiert. Nach mehr als 20jährigem Krieg gegen die französische Armee hatte die Niederlage die

46 Marty, a.a.O., S. 576.

47 ebd., S. 587—592.

48 *Drague*, a.a.O., S. 118—19.

49 ebd., S. 110, 123—24.

Unfähigkeit partikularer Gruppen zur militärischen Selbstbehauptung gezeigt. Eine unerbittliche Verwaltungspraxis löst in der Folge den Inhalt und die Form der alten Formen tribaler Selbstverwaltung auf und zerstört damit die tribale Solidarität. Sie unterwirft das gesamte ökonomische und administrative Leben der Politik der französischen Résidence, die an den Interessen der Metropole und der französischen Siedler ausgerichtet ist. Diese Politik bewirkt die zunehmende Verelendung der ländlichen Massen.

In den ländlichen Gebieten hatten die Bruderschaften ihre soziale und politische Bedeutung als Vertreter des partikularen Prinzips erworben. Ihre Aufgabe war die Verteidigung des Autonomieanspruchs der Stämme gegen den allgemeinen Herrschaftsanspruch der städtischen Zentralgewalt. Aber unter dem Protektorat gehen die ländlichen Notabeln eine Koalition mit den großen qaid-s und den Vertretern des französischen Protektorats ein, die sich zu Lasten der ländlichen Massen auswirkt.

Das einfache Festhalten an einem horizontalen Abgrenzungsschema, das die Unabhängigkeit der sozialen Organisationstypen gegeneinander sichern soll, wird dieser Situation nicht mehr gerecht. In dem Moment, in dem Stratifikation innerhalb der Stämme zum Herrschaftsinstrument der französischen Zentralgewalt wird, muß der Vertreter des partikularen Prinzips eine Antwort auf die Probleme geben, die sich aus dieser neuen Funktion der vertikalen Gliederung der Stämme ergeben. Er muß Auskunft darüber geben, ob er den Schutz der lokalen Notabeln, die gleichzeitig Repräsentanten der französischen Verwaltung sind, oder der örtlichen Bauern wahrnehmen will, ob er zum Alliierten der Protektoratsverwaltung oder der ländlichen Massen werden will.

Weder der Theologie- noch der Traditionsbegriff der Bruderschaften erlauben ihnen, eine Antwort zu finden, die der neuen Funktion der tribalen Stratifikation gerecht wird. Sie halten daher am Prinzip des horizontalen Abgrenzungsschemas fest. Sie fügen sich damit widerstandslos in die Politik der französischen Generalresidenz gegenüber den Stämmen ein und verzichten darauf, die realen Interessen der Mehrzahl der Stammesmitglieder gegen die Notabeln zu vertreten.

Das einzige, was sie jetzt der Landbevölkerung noch an Schutz bieten können, ist ein geistliches Refugium, das eine Konfrontation mit dem Bewußtsein der Niederlage verhindern soll⁵¹. Sie akzeptieren mit dieser Haltung jenes marginale Verhältnis zur europäischen Ökonomie und Verwaltung, das der von der Protektoratsmacht gewünschten Nebenordnung von Tradition und Geschichte entspricht. Deshalb fördert die französische Administration — Paul Marty hat das 1929 in einem längeren Aufsatz dargestellt — auch die Bruderschaften. Sie sichert ihnen den Erhalt ihrer Ländereien, genehmigt

50 Marty, a.a.O., S. 580 ff.

51 J. Berque: *French North Africa — The Maghrib Between Two World Wars*, London 1967, S. 73—74.

ihnen das Einziehen der Gaben der Adepten, hilft mit, die höheren Grade der Bruderschaften zu besetzen, entfernt unliebsame Kandidaten, subventioniert lokale Institutionen der Bruderschaften und verbietet gegen sie gerichtete Bücher⁵².

Die Bruderschaften halten zwar noch an ihren religiösen Prämissen und ihren Organisationsformen fest, aber sie geben die durch diese legitimierten und wahrgenommenen Funktionen auf. Die objektiven Grundlagen partikularer politischer Organisationsformen sind zerfallen. Ihre religiösen Vertreter beschwören noch deren Namen, aber diese sind längst nichts mehr als operationale Verwaltungstermini⁵³. Wie die Bruderschaften selbst sind sie Symbole, denen keine Realität mehr entspricht. Wie die Bruderschaften sind sie Instrumente der neuen Zentralgewalt geworden.

Das Bewußtsein davon setzt sich naturgemäß dort am ehesten durch, wo die französische Herrschaft am frühesten hergestellt ist, d. h. im ‚nützlichen‘ Marokko. Hier sind am frühesten die Stammesräte zu Repräsentanten der Zentralgewalt gegenüber dem Stamm geworden. Hier hat sich die Machtstellung der von der Protektoratsverwaltung ernannten Mitglieder dieser Institutionen gegenüber dem Stamm am schnellsten gefestigt. Hier ist am ehesten aus Stammesbesitz Privateigentum an Grund und Boden geworden. Hier war man am schnellsten mit den Konsequenzen der Niederlage konfrontiert. Hier war man daher am dringendsten auf eine Organisation angewiesen, die den Schutz der lokalen Gemeinden gegenüber der Zentralgewalt zu ihrer Aufgabe machte.

Die Bruderschaften aber waren dieser Aufgabe nicht gewachsen. Sie übernahmen die Rolle der subventionierten Vertreter einer Tradition, die den Islam mit den historischen Institutionen der Vergangenheit identifiziert; den Muslim mit der negativen Geschichte, den Kolonisierten mit der Niederlage und den Stamm mit den Notabeln. Das Verhältnis der nostalgischen Erinnerung erklären sie zum einzig möglichen Verhältnis des Muslims zur Geschichte. Ganz konsequent führt sie dieser Traditionsbegriff in den 50er Jahren in das offene politische Bündnis mit den Notabeln der Protektoratsmacht gegen die marokkanische Unabhängigkeitsbewegung. Aber als sie in dieses Bündnis eintreten, sind sie bereits keine politische Kraft mehr. Ihre Identifizierung mit einem Traditionsbegriff, der das Verbleiben in der negativen Geschichte zur Folge hat, ist die Ursache ihres sich in knapp vier Dezennien vollziehenden politischen Niedergangs.

Die neue Artikulation des Islam, die sich diesen Gefahren entzieht, ist die Salafiyya. Diese fundamentalistische Interpretation des Islam hatte im 19. Jahrhundert — unter dem Einfluß der Wahhabiten — eine eher instrumentale Funktion in der Auseinandersetzung zwischen dem Sultan und den mystischen Orden gehabt. Die Sultane sahen in ihr ein willkommenes Werkzeug, unabhängige oder rebel-

52 s. Anm. 41 und Nasr, *Salafiyya*, a.a.O., S. 102.

53 Berque: *Maghrib*, a.a.O., S. 130.

lierende Bruderschaften als häretische Organisationen einzustufen und so ihre militärischen oder Polizei-Aktionen gegen sie auch theologisch zu rechtfertigen.

Nach der französischen Okkupation des Landes erlosch die Auseinandersetzung zwischen Sultan und Bruderschaften, und der Salafiyya-Islam wurde, wie Allal al-Fassi ausführt, zu einer Beschäftigung von Intellektuellen⁵⁴. Noch in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts besteht er in seiner organisierten Form aus zwei Intellektuellenzirkeln in Fes und Rabat. Diese setzen sich zusammen aus Mitgliedern der absteigenden Bildungsschicht, Absolventen islamischer Bildungsinstitute, und der aufsteigenden Bildungsschicht, Intellektuellen mit französischer Ausbildung.

Ihre Tätigkeit während der zwanziger Jahre besteht zum einen aus Angriffen auf die vom religiösen Gesetz abweichenden rituellen Praktiken der mystischen Orden, zum anderen in Wohltätigkeitsaktivitäten. Erst unter dem Eindruck der Zerschlagung der Rif-Republik durch die vereinten französischen und spanischen Armeen beginnen sie, ihre politischen Ziele zu formulieren⁵⁵. Die Angriffe auf die Mystik bleiben jetzt nicht mehr im theologischen Rahmen, sondern erhalten ihren politischen Hintergrund durch die Tatsache, daß die Bruderschaften im Rif mit den Franzosen kollaborierten. Sie erscheinen jetzt nicht mehr nur als Häretiker, sondern auch als Verräter. Gleichzeitig wird der Salafiyya-Islam nicht mehr nur als eine Abwendung von den falschen Praktiken und Denkgewohnheiten späterer Zeiten und eine Rückkehr zu den Ursprüngen der offenbarten Religion angesehen, sondern als ein Mittel, Araber und Berber, Städter und ‚Stämme‘, chassa, urbane Elite, und ‚amma, ländliche Masse, gegen die Gefahr des französischen Protektorats zu vereinen. In der Mehrzahl der großen Städte Marokkos bilden sich in der Zeit zwischen 1926 und 1930 Zellen, die in mehr oder weniger klaren Begriffen diese Ziele artikulieren.

Selbst dieser rudimentären Form der Organisation und Artikulation gelingt es überraschend schnell, politische Bedeutung zu gewinnen. Der Anlaß ihrer ersten Aktion auf nationaler Ebene ist der Berber-Erlaß von 1930. Er konstituiert Berber-Gerichtshöfe, die auf der Basis der Stammes-Tradition Recht sprechen sollen, und die als unterste Stufe in das französische Justizwesen eingegliedert werden. Französische Gerichte werden in allen Fällen zu den Appellationsinstanzen der Berber-Gerichtsbarkeit⁵⁶.

Dieser Erlaß versucht die Marokkaner in solche ethnischer und solche religiöser Bestimmtheit aufzuteilen, die Berber gegen die Muslime auszuspielen. Die Berber können nichts dabei gewinnen, wenn man ihnen statt des islamischen das französische Gesetz als allgemeines überordnet. Gleichzeitig würden sie ihre islamische Identität,

54 Allal al-Fassi: *hadith al-maghrif fi'l-maschriq*, Kairo 1956, S. 10.

55 Zur Bedeutung des Rif-Kriegs für die Entwicklung der Salafiyya siehe al-Fassi: *hadith*, a.a.O.

56 Text des Erlasses in Halstead, a.a.O., S. 276—77.

das Ergebnis der jahrhundertelangen Arbeit der Bruderschaften, verlieren und in den Status der kultur- und religionslosen Wilden versetzt werden: ein Status, dessen Makel und Gefahren sie durch ihre Form der Adaption des Islam überwunden hatten.

Auf der anderen Seite impliziert der Erlaß, daß der Islam nicht mehr sei als eine partikulare, lokale Tradition. Auch vor 1930 war der Geltungsbereich des islamischen Gesetzes materiell und geographisch eingeschränkt worden, aber es hatten ihm nur die partikulare Berber-Tradition und ein sich exklusiv verhaltendes Justizwesen der europäischen Kolonie gegenübergestanden. Jetzt aber konstituiert sich das französische Gesetz als allgemeingültig für Franzosen und Berber und weist damit dem islamischen Gesetz die Rolle zu, die früher das Gewohnheitsrecht der Berber hatte: die einer lokalen Tradition, die sich zum neuen Allgemeinen partikular verhält.

Gegen diesen Erlaß setzen die Vertreter des Salafiyya-Islam die demonstrative Macht des Ritus ein. In allen größeren Städten des Landes, in Rabat, Salé, Fes, Meknès, Marrakesch, Safi und Casablanca gehen sie in die Moscheen und fordern die Betenden auf, mit ihnen gemeinsam Gott um die Abwendung des Berber-Erlasses anzurufen. Der Ritus, diese von der Protektoratsverwaltung und ihrem Traditionsbegriff offengehaltene Fluchtburg in der negativen Geschichte, wird so zum Mittel der Agitation und Information, der Demonstration der Einheit der Marokkaner und zu einer Form, in der man den Beginn der Auseinandersetzung mit den Okkupanten des historischen Bereichs ankündigt.

Das ist die erste Form des Widerstandes des städtischen Islam seit dem Beginn des Protektorats. Sie hat einen alle Beteiligten überraschenden Mobilisierungseffekt. Es kommt zu Demonstrationen und in Fes zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Protektoratsmacht weiß sich nicht anders zu helfen, als durch die Verhaftung der Prediger in den Moscheen. Aber daß die Protektoratsmacht gegen Gesetz und Ritus gleichzeitig vorgeht und damit die letzte, scheinbar unhistorische und wirklich traditionelle Bastion der Muslime unter ihre Kontrolle zu bringen versucht, verstärkt nur den Widerstand. Der rituelle politische Protest wird im ganzen Lande fortgesetzt, und auch das islamische Ausland gibt ihm seine propagandistische Unterstützung. Unter dem Eindruck der anhaltenden Kampagne macht die Protektoratsverwaltung 1934 den Berber-Erlaß rückgängig und führt die administrative Gerichtsbarkeit, die wenigstens nominell dem machzan untersteht, auch in den Berber-Gerichtshöfen wieder ein⁵⁷.

Unter dem Eindruck dieses politischen Erfolgs erkennen die Intellektuellen-Zirkel die Notwendigkeit einer besseren Organisation, um effektive und mobilisierende Arbeit auch kontinuierlich zu leisten. Führende Mitglieder der Salafiyya beginnen intensiv, die Organisationsstrukturen der kommunistischen Partei zu studieren, um die

57 Halstead, a.a.O., S. 187.

geplante Organisation so effektiv wie möglich zu gestalten⁵⁸. Für diese Organisation selbst aber übernehmen sie die Nomenklatur der Bruderschaften und zeigen damit, daß sie die wesentliche Funktion der Bruderschaften, die Organisation und Mobilisierung der ländlichen Massen, übernehmen wollen.

Der innere Führungskreis, der sich 1931 konstituiert, gibt sich den Namen, der normalerweise das organisatorische Zentrum einer Bruderschaft kennzeichnet: er nennt sich die *zawiya*⁵⁹. Er hat auch deren Initiationsriten: den Eid, die Geheimnisse der *zawiya* nicht zu verraten. Neue Mitglieder, die nicht den alten Intellektuellenzirkeln angehörten und nicht in die *zawiya* kooptiert werden, werden in die ebenfalls 1931 gegründete *ta'ifa* aufgenommen. Im traditionellen Sprachgebrauch steht dieses Wort für die Gesamtorganisation einer Bruderschaft. Hier wird es verwandt, um die Ebene der mittleren Kader, die nicht zur Führungsgruppe, aber auch nicht zu den einfachen Mitgliedern gehören, zu bezeichnen. *Zawiya* und *ta'ifa* operieren bis 1937 als Geheimgesellschaften. Einfache Mitglieder werden nur in dem 1933 gegründeten „Block für die Patriotische Aktion“ organisiert, der de facto ein Komitee der *zawiya* darstellt, und der öffentlich agiert.

So wie sich die Vorläufer der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung die Nomenklatur der Bruderschaften aneignen, so orientieren sie ihre Aktivitäten auch weitgehend an deren Beispiel. Der „Block für die Patriotische Aktion“ gründet Schulen und sorgt für den Aufbau religiöser Unterrichtszentren; er organisiert Gesellschaften zur Bewahrung des Koran, die gleichzeitig zu politischen Zentren werden; er arbeitet Texte für Predigten aus, die im ganzen Land gehalten werden; er schafft neue Festtage, in denen der großen Taten der frühislamischen Gemeinde gedacht wird, ganz offensichtlich mit dem Ziel, von den Festen der Bruderschaften für ihre Heiligen abzulenken; er übernimmt die Speisung der Armen in den Bidonvilles — allein in Fes werden täglich 3500 Mahlzeiten ausgegeben — und er leistet bei den traditionellen islamischen Familienfesten den Armen auch finanzielle Hilfe⁶⁰. In der Krisensituation der dreißiger Jahre hat das natürlich politische Wirkungen. Aber es ist sicher nicht die maßgebliche Ursache für den politischen Erfolg des Salafiyya-Islam. Auch eine andere, oft vorgebrachte Erklärung scheint mir nicht ausreichend. Man kann unterstellen, daß Rézette Recht hat, wenn er angibt, die Landbevölkerung habe die Vorläufer der Unabhängigkeitsbewegung für eine neue und bessere Bruderschaft gehalten⁶¹. Die Frage ist, warum bessere? Auch Jacques Berque konstatiert zur gleichen Zeit das wachsende Interesse der Berber an einem neuen Stamm, dem ‚Vaterlandsstamm‘⁶². Die Frage ist, warum

58 ebd., S. 151.

59 ebd., S. 190—94.

60 Allal al-Fassi: *The Independence Movements in Arab North Africa*, Washington 1954, S. 172, 186, 196; siehe auch al-Fassi: *hadith*, a.a.O., S. 14.

61 Rézette, a.a.O., S. 282.

62 Berque, *Maghrib*, a.a.O., S. 130.

wachsendes Interesse? Was der Salafiyya gleichermaßen in der städtischen Intelligenz, dem Kleinbürgertum, den Bidonville-Einwohnern und durch sie unter den Kleinbauern politischen Einfluß sichert, ist ihre Definition des Islam, die eine spezifische Antwort auf die Fragen gibt, die die koloniale Situation stellt.

Der Salafiyya-Islam, der Islam der frommen Vorfahren, wird in dem einzigen systematischen Versuch, ihn auf seinen theologischen Begriff zu bringen, von Walther Braune als der Versuch definiert, Grundprinzipien der Offenbarung gegen die Einzelvorschriften eines mittelalterlichen Gesetzes zu wenden, ohne dabei das Prinzip der Bindung an ein göttliches Gesetz aufzugeben, das Kult und weltliche Beziehungen in gleicher Weise regele^{62a}. Diese aus der Analyse des ägyptischen Modernismus gewonnene Definition trifft im wesentlichen auch auf den marokkanischen Salafiyya-Islam zu. Der transzendente Gott und die abgeschlossene Offenbarung bleiben für ihn Zentrum des Islam. Sie bezeichnen die sunnitische Tradition, in der er steht⁶³. Dadurch, daß die Salafiyya nur drei verbindliche Quellen des Gesetzes anerkennt: den Koran, die Lebenspraxis des Propheten (sunna) und den consensus jeder Epoche⁶⁴, schaltet sie die Lehrmeinungen einer Epoche der islamischen Geschichte als allein verbindlich aus. Gleich ob in Recht, Koranexegeese oder anderen Zweigen der islamischen Wissenschaften: die Salafiyya gewinnt unmittelbaren Zugang zur Offenbarung, indem sie die historischen Lehrmeinungen immer dann als unverbindlich erklärt, wenn sie dem Interesse an immer dann als unverbindlich erklärt, wenn sie dem Interesse an politischen, rechtlichen und ökonomischen Formen entgegenstehen, die den neuen ökonomischen und sozialen Bedingungen besser angepaßt sind.

Andere Formen des Fundamentalismus haben die Rückwendung zu den Ursprüngen vollzogen, um eine stärkere Bindung an das Gesetz zu erzielen. Aber die Salafiyya interpretiert die Quellen des Gesetzes unter dem Zwang, das islamische Gesetz den Erfordernissen einer neuen historischen Situation anzupassen. Sie kommt daher zu dem Ergebnis, daß das Gesetz detaillierte Regelungen der weltlichen Beziehungen immer nur für eine bestimmte Periode erhalten könne, da es nicht gemacht sei, um die islamische Gesellschaft ein für allemal an Rechtsformen zu binden, die nur einer gegebenen historischen Phase der sozialen Entwicklung adäquat sein könnten. Für alle Perioden verbindlich seien nur die Regelungen des Kults und die grundlegenden Prinzipien⁶⁵. Der Salafiyya-Islam setzt sich so

62a Walther Braune: *Der Islamische Orient zwischen Vergangenheit und Zukunft*, Bern und München 1960, S. 118—37.

63 Allal al-Fassi: *maqasid asch-schari'a al-islamiyya wa-makarimuha*, Casablanca o. J., S. 3, 49.

64 ebd., S. 80, 91; zur Einengung des consensus und zur Abrogierung jedes vorhergehenden consensus S. 119—20.

65 ebd., S. 4, 41—43, 49—52, 62—63, 77, 123, 182, 216.

die Befreiung von der Gesetzlichkeit zum Ziel, und das unterscheidet ihn von allen vorhergehenden Formen des Fundamentalismus.

Die Prinzipien, die die Vertreter des Salafiyya-Islam durch eine kühne Interpretation sprachlicher und historischer Sachverhalte aus den Gesetzesquellen ableiten, lassen sich in ihren Grundformen auf drei Postulate reduzieren: auf Naturbeherrschung durch die vom Islam geforderte Anerkennung der Vernunft, auf Klassenharmonie durch die vom Islam geforderte soziale Gerechtigkeit und auf einen ständigen materiellen und moralischen Fortschritt der islamischen Gesellschaft auf diesen beiden Grundlagen⁶⁶.

Aber alle diese hier vorgestellten Aspekte: Befreiung von der Gesetzlichkeit, Versöhnung von Vernunft und Offenbarung, Reform des sunnitischen Islam, haben ihr Ergebnis zugleich als ihre historische Voraussetzung: sie verwerfen die nachmittelalterliche islamische Geschichte als eine Geschichte der Abweichungen von den Prinzipien des Islam⁶⁷ und artikulieren damit eine allgemeine Erfahrung: die, daß kein Muslim sich in der kolonialen Situation mit den Institutionen identifizieren kann, in denen sich islamische Geschichte bis zum 20. Jahrhundert artikuliert hat. Sie geben damit die einzige Antwort, die in der kolonialen Situation ein Festhalten am Islam ermöglicht, ohne die Aufgabe des Anspruchs auf eine historische Existenz zu implizieren.

Diese Antwort akzeptiert den Islam als Trennungslinie zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten und negiert im Namen seiner Prinzipien gleichzeitig den Herrschaftsanspruch der Protektormacht.

Durch ihre Negation der islamischen Geschichte im Namen des Islam verwirft sie den Begriff und die Funktion der Tradition, die ihren entscheidenden Rechtstitel, nämlich die Gestaltung der Geschichte auf der Basis einer Kontinuität der sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen, verloren hat. Sie setzt damit den Islam und die Muslime frei von der Bindung an historisch unterlegene Formen der gesellschaftlichen Organisation.

Sie verkörpert die Weigerung der Muslime, sich in die negative Geschichte abdrängen zu lassen, und sie sichert den Islam davor, die falsche Funktion einer Rechtfertigung der Nebenordnung von Geschichte und Tradition zu übernehmen. In ihrer Reinterpretation des Koran und der Frühgeschichte des Islam entwirft sie das Bild der nachkolonialen Gesellschaft der Muslime, die die Beherrschung der Natur mit der Aufhebung der sozialen Widersprüche vereinigen wird.

Sie beinhaltet neben der Negation der kolonialen Situation die Affirmation der durch sie importierten Formen der Ökonomie und Technik. Sie ist damit die religiöse Basis des politischen Anspruchs der Marokkaner auf den Austritt aus der negativen Geschichte und auf die Eroberung des ihnen vorenthaltenen historischen Bereichs.

66 ebd., S. 182, 216, 258—62.

67 ebd., S. 212—13.

Diese Reininterpretation des Islam ist die religiöse Legitimation der von der Zentralgewalt unabhängigen politischen Bewegung, die sich ihre eigenen Organisationen und Handlungsmöglichkeiten schafft. Damit durchbricht der Salafiyya-Islam das Verhältnis von chassa, städtischer Elite, zur 'amma, der ländlichen Masse; zum erstenmal werden die Vertreter des städtischen Islam zu den Organisatoren auch der ländlichen Massen⁶⁸. Die Nationalbewegung ist die einzige sich auf die Religion berufende Organisation, die gegenüber der Zentralgewalt die Forderungen der Kleinbauern, Bidonville-Einwohner und des Kleinbürgertums artikuliert.

Zum erstenmal vollzieht sich die Mobilisierung der Massen nicht auf der Basis partikularer Traditionen gegenüber dem Herrschaftsanspruch des Allgemeinen. Die durch die koloniale Situation produzierte Allgemeinheit der negativen Geschichte schafft die Grundlage dafür, daß sich der Widerstand gegen sie im Namen eines — wenn auch sehr abstrakten — Allgemeinen organisiert.

Der Salafiyya-Islam vereint die Affirmation der Solidarität aller Kolonisierten mit der Negation der gesamten kolonialen Situation, und zwar auf der Basis der Einheit der religiösen Gemeinde. Es ist diese Einheit der drei Aspekte, die nach dem Zweiten Weltkrieg, in der entscheidenden Phase der Auseinandersetzung der marokkanischen Kommunisten und der nationalen Unabhängigkeitsbewegung, des Istiqlal, um die Führung der Gewerkschaftsbewegung, und damit der Arbeiterschaft, den Ausschlag zugunsten des Istiqlal geben wird, der auf der Grundlage der Gleichsetzung von nationaler und religiöser Gemeinde operiert.

Aber wenn die Allgemeinheit der negativen Geschichte zur Grundlage der Einheit der islamischen Gemeinde und der Nation wird, wenn sie es erlaubt, die islamische Gesellschaft als die schlechte Vergangenheit abzutun, die einer besseren Zukunft im Wege steht; wenn die scheinbare Aufhebung des Gegensatzes von chassa und 'amma gebunden ist an die historische Situation, in der die Mehrzahl der Muslime aus dem Bereich der fortschreitenden Geschichte ausgeschlossen ist, dann ist die religiöse und politische Bedeutung des Salafiyya-Islam an die koloniale Situation gebunden.

In dem Moment, in dem die Marokkaner als handelnde Subjekte ihrer eigenen Geschichte auftreten, hat jede lebendige Form des Islam ihre eigenen Traditionen zu entwickeln. Einfache Negation der Geschichte ist keine Antwort auf die Probleme der nachkolonialen Situation.

Ob es in Marokko eine neue Form des politischen Islam geben wird und wie sie aussehen wird, ist nicht vorherzusagen. Wenn sie entstehen sollte, so wird sie determiniert sein durch die Tatsache, daß

68 Rézette, a.a.O., S. 282—83.

69 ebd., S. 283.

70 Berque: Maghrib, a.a.O., S. 122.

Monarchie und Agrarbourgeoisie in den Jahren nach der Unabhängigkeit eine Politik der ‚Marokkanisierung‘ des Protektoratssystems betrieben haben. Immer noch steht ein moderner Sektor in Wirtschaft und Verwaltung einem traditionellen Sektor gegenüber; immer noch sind die Implikationen, die diese Termini haben, die des ‚nützlichen‘ und des ‚unerläßlichen‘ Marokko, die des Gegensatzes zwischen Geschichte und negativer Geschichte.

Dieter Ernst

Wirtschaftliche Entwicklung durch Importsubstituierende Industrialisierung?

Das Beispiel Lateinamerika

Vorbemerkungen

Industrialisierung ist für jene Länder, die man im allgemeinen der sogenannten „Dritten Welt“ zurechnet, ein relativ neues Phänomen. Zwar lassen sich in einigen von ihnen bereits lange vor dem Einsetzen der „industriellen Revolution“ in England die Existenz von manufakturrell betriebenen Produktionsaktivitäten, vor allem im Bereich der Textilfabrikation und die darin enthaltenen Möglichkeiten für einen Übergang zu industriellen Produktionsformen nachweisen¹. Aber erst seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Europa, vor allem aber verbunden mit dem Einbruch der „Großen Krise“ in das bisherige Weltwirtschaftsgefüge, lassen sich zumindest in einigen der Länder, die bisher fast ausschließlich als Primärgüterproduzenten und -exporteure in Erscheinung getreten waren, Anzeichen für signifikante Änderungstendenzen der Sektorenstruktur beobachten.

Auch das gilt zunächst nur für die Gruppe der „wirtschaftlich großen“² Entwicklungsländer — also für die lateinamerikanischen ABC-Länder (Argentinien, Brasilien, Chile), Mexiko und, in gewis-

* Der vorliegende Aufsatz ist die überarbeitete und literaturmäßig ergänzte Fassung eines im Februar 1971 abgeschlossenen Manuskriptes. Umfangreiches empirisches Datenmaterial zur spezifischen Problematik der lateinamerikanischen Industrialisierungsversuche mußte aus Platzgründen entfallen. Die Eingrenzung des Themas auf Lateinamerika dient hier also dem Hinweis, daß für den diskutierten Typus nachholender kapitalistischer Industrialisierung insofern vom „Modellfall Lateinamerika“ gesprochen werden kann, als in diesen Ländern Strukturspezifika und Bewegungsgesetze der „abhängig kapitalistischen Produktionsweise“ besonders weitgehend entfaltet sind. Auf einen Nachweis der verwendeten lateinamerikanischen Literaturquellen wurde, soweit nicht entsprechende Übersetzungen vorlagen, bewußt verzichtet.

1 Zahlreiche Beispiele dafür u. a. in Mandel, pp. 122 ff. Hinweise auf einige Etappen der früheren Industrialisierungsgeschichte Indiens in Baran, pp. 144 ff. Zur frühen Industrialisierungsgeschichte Lateinamerikas s. Konetzke, pp. 322 ff.

2 Zur Grundlegung und kritischen Diskussion dieses Begriffes vgl. Robinson, E. A. G.

sen Grenzen, Kolumbien³; dazu das koloniale Indien, Ägypten, der Iran und die niederländischen Besitzungen im Bereich des heutigen Indonesien. Erst viel später, im Einzelfall nach 1945, in der Mehrzahl der Fälle jedoch erst zu Beginn der sechziger Jahre, werden solche erste, noch tastende und mit grundlegenden Widersprüchen belastete Industrialisierungsversuche Allgemeingut der Länder der Peripherie, wenn auch unter Beibehaltung bzw. Verschärfung der extrem ungleichmäßigen Aufteilung auf unterschiedliche Ländergruppen⁴.

Die Mehrzahl der im Kontext der peripheren Länder realisierten Industrialisierungsversuche lassen sich im wesentlichen einordnen unter das Schema der Importsubstituierenden Industrialisierung. Dieses Industrialisierungsmuster, spezifisch in seiner marktwirtschaftlichen Lösungsvariante, hat sich als die neue *Industrialisierungsothodoxie*⁵ etabliert.

Unbestreitbar sind die ursprünglich positiven Auswirkungen dieses Ansatzes auf das entwicklungstheoretische Denken. Die, wenn auch verspätete, Erkenntnis, daß im Rahmen des traditionellen „Export Economy“-Modells⁶ latent vorhandenes Entwicklungspotential zunehmend frustriert werden würde, bewirkte ein zumindest teilweises Abrücken von den Positionen der „alten“ Entwicklungsothodoxie⁷, in denen das Festhalten an der vorgegebenen internationalen Arbeitsteilung zwischen Primär- und Industriegüterproduzenten zum Garanten der Wachstumsfähigkeit der Entwicklungsländer emporstilisiert worden war. Damit wurde es möglich, die „Industrialisierung im Entwicklungsländer-Fall“-Diskussion von einigen Scheinalternativen zu befreien und die Fragestellung auf das Kernproblem zu konzentrieren: Industrialisierung ist notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung.

Betrachtet man die mit der Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung erzielten Resultate, so erweisen sich diese in aller Regel als äußerst dürftig⁸. Der Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und zunehmend sich selbst tragender Industrialisierung wurde in keinem Fall verwirklicht. Selbst in jenen lateinamerikanischen Ländern, die noch vor kurzem als Modellbeispiele dafür betrachtet wurden, was im Rahmen einer Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung in kapitalistischen Ländern der Peripherie zu erreichen sei, treten in zunehmendem Maße unlösbare strukturelle Brüche und frühzeitige Stagnationstendenzen hervor. Der von Pre-

3 Auch Uruguay zeigte frühzeitig partielle Industrialisierungsansätze, muß aber auf Grund seiner Pufferstaat-Funktion als Sonderfall gelten.

4 Vgl. Maizels, 1970, vor allem Kap. I; s. a. Maddison, pp. 34 ff. und pp. 161 ff.

5 Diese Formulierung stammt von Munoz, pp. 137.

6 Vgl. dazu p. 362 dieser Arbeit.

7 Vgl. Anmerkung II/2.

8 Vgl. u. a. den unter der Überschrift „Rasches, aber nicht zielkonformes Wachstum der Industrieproduktion“ in: Die Weltwirtschaft 1970 (Heft 1), pp. 107—110 abgedruckten Bericht über die neueren Ergebnisse der Industrialisierungsversuche in Entwicklungsländern.

bisch in den ersten Nachkriegsjahren eingeläuteten Periode der Industrialisierungseuphorie⁹ folgte spätestens zu Beginn der sechziger Jahre die Phase der großen Ernüchterung. „In Latin America ... there is a general consciousness of living through a period of decline ... The phase of ‚easy‘ development, through increasing exports of primary products or through import substitution has everywhere been exhausted¹⁰.“

Dieser Periode der Ernüchterung folgte jedoch nicht eine Phase der Rückbesinnung auf das, was als eigentliche Aufgabenstellung von Industrialisierung unter den Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ zu bestimmen sei, und welche Anforderungen daraus für entsprechende Industrialisierungs- und Entwicklungsstrategien zu ziehen seien. In der Mehrzahl der Fälle führte die Erkenntnis, daß es in den eingefahrenen Gleisen nicht weitergehen konnte, zum offenen Durchbruch der politischen Reaktion. Die Errichtung von Militärjuntas in Brasilien (1964), Argentinien (1966) und die blutigen „Olympia“-Unruhen in Mexiko (1968) sind dabei nur die wichtigsten Stationen¹¹.

Aber selbst wenn man einmal unterstellt, daß es in diesen Ländern dynamische einheimische Kapitalistenklassen gäbe¹² und daß diese im Bündnis mit aufgeklärten und fortschrittswilligen Regierungsbürokratien ein wirkliches Interesse an sozioökonomischer Entwicklung hätten und daß schließlich beide, insoweit sie aus den Fehlern der bisherigen Industrialisierungsmisere gelernt hätten, auch in der Lage seien, dieses konstitutive Interesse an Entwicklung umzusetzen in zweckgerichtete und konsistente Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategien, so stellt sich doch die Frage, inwieweit solche, nach dem Verständnis der bürgerlichen Entwicklungstheorien optimale entwicklungsstrategische Vorstellungen unter den heute in peripheren Ländern vorherrschenden Strukturbedingungen überhaupt als durchsetzbar einzustufen sind. Denn die bisher abgelaufenen Industrialisierungsprozesse, mit all ihren offen zutage liegenden Defekten und Fehlentwicklungen, sind eben *nicht* folgenlos geblieben für diese Länder, haben sich vielmehr spürbar und z. T. unwiderruflich

9 S. dazu vor allem Prebisch 1962.

10 Furtado 1966, p. 375. Siehe auch die in diesem Zeitraum veröffentlichten, grundlegenden und zumindest partiell kritischen Arbeiten der U.N. — Economic Commission for Latin America (ECLA): UN — ECLA 1964 a und Macario. Spätestens seit 1968 läßt sich dieser Bewußtseinsumschwung noch erkennbarer ablesen in einer Fülle selbstkritischer Veröffentlichungen zahlreicher bürgerlicher Entwicklungstheoretiker Lateinamerikas. Symptomatisch sind u. a.: Ferrer; Furtado 1970 a, 1970 b, 1972; Sunkel 1969 und 1972.

11 Zur Einordnung und Beurteilung abweichender Entwicklungstendenzen in Peru einerseits, Chile andererseits, vgl. u. a.: Quijano; Boris, Ehrhardt; Debray; Petras; Rossanda; und die Chile-Diskussion im „Monthly Review“, Hefte 23/8, 10 und 24/1.

12 Die „indigenous capitalists“ der selbstkritischen bürgerlichen Entwicklungstheorie, etwa: Hymer 1971.

in der Struktur der Produktionsverhältnisse und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte niedergeschlagen. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, lassen sich folgende hauptsächliche Entwicklungstendenzen benennen:

(a) die im Rahmen eines idealtypischen kapitalistischen Entwicklungsprozesses zu erwartenden *Umstrukturierungen der Produktionsverhältnisse* wurden entweder überhaupt nicht oder doch so unvollständig und einseitig in Gang gesetzt, daß man zu Recht, in Abgrenzung von den entwickelteren kapitalistischen Systemen, von einer eigenständigen Spielart des Kapitalismus, der „kapitalistischen Produktionsweise der Peripherie“¹³ spricht, die sich u. a. durch besonders krasse Brüche in und zwischen den einzelnen Gesellschaftsformationen („formations sociales“¹⁴) auszeichnet, durch einen hohen und tendenziell wachsenden Grad der Desintegration zwischen den unterschiedlichen Regionen und Sektoren des Systems und schließlich generell durch die strukturell bedingte Unfähigkeit zur eigenständigen und dauerhaften Reproduktion und Entwicklung eben dieser Produktionsverhältnisse (also der Eigentumsverhältnisse, Organisationsformen und Verhaltensweisen des Systems). Die entscheidende Folge: die im Rahmen „normaler“ kapitalistischer Entwicklung zu erwartende Erweiterung des Spielraums für die Entfaltung der Produktivkräfte findet nicht statt, im Gegenteil.

(b) Umgekehrt blieb Industrialisierung aber auch für den *Entwicklungsstand der Produktivkräfte* dieser Länder nicht ohne im Kern negative Folgen. Zwar lassen sich auf den ersten Blick scheinbar positive Wirkungssequenzen ausmachen: ohne Zweifel haben selbst die einseitigsten und unvollständigsten Industrialisierungsprozesse u. a. dazu geführt, daß der Zugang zu und die technische Beherrschbarkeit von im jeweiligen Land vorhandenen Rohstoffen verbessert wurde, daß, zumindest in einigen verstreuten Enklave-Sektoren, „moderne“ Techniken mit den in ihnen eingeschlossenen Möglichkeiten des „learning by doing“ eingesetzt wurden und daß schließlich, wenn auch nur für einige wenige privilegierte Gruppen der Arbeiter, grundlegende Verbesserungen der Qualifikationsstruktur und der allgemeinen Verhaltensweisen induziert wurden. Diese Erscheinungen undifferenziert als Entwicklung der Produktivkräfte des entsprechenden peripheren Landes zu interpretieren, wäre aber offensichtlich absurd. Denn entscheidend ist doch folgender Sachverhalt: die Kontrolle über die in dem jeweiligen geographischen Raum eines peripheren Landes vorhandenen Produktivkräfte, also seine Bodenschätze, Maschinen, Anlagen, technische und organisatorische Fähigkeiten und die diese Fähigkeiten und Verhaltensweisen wiederum bestimmenden Ausbildungsstätten und Ideologiefabriken etc. liegt, zumindest in den strategisch entscheidenden Bereichen, bei „ausländischen Wirtschaftseinheiten“, im Kern: bei wenigen multinatio-

13 Amin, Kapitel II.

14 Terminologie nach Palloix 1971, Band 1, Kapitel 1.

nalcn Konzernen¹⁵. Dies hat aber erstens zur Folge, daß Entscheidungen darüber, wie jeweils Volumen und Struktur der Produktivkräfte eines Landes zu verändern seien, sich nicht an den Bedürfnissen dieses Landes orientieren, sondern an der Zielkonzeption der jeweils betroffenen Koalition von „multinationalen Konzernen“ und imperialistischen Regierungen¹⁶. Solcherart zustande gekommene Produktivkraft-„Entwicklungen“ werden also in aller Regel die Entwicklungsmöglichkeiten des betreffenden Landes nicht nur nicht erweitern, vielmehr entscheidend eingrenzen. Zum zweiten gibt aber die Verfügungsgewalt über die einheimischen Produktivkräfte den ausländischen Wirtschaftseinheiten und den hinter ihnen stehenden Regierungen ein umfassendes Droh- und Erpressungspotential an die Hand, das diese in jeweils unterschiedlicher Abstufung gegen jeden möglichen Versuch einer autonomen Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategie einsetzen können. Festzuhalten bleibt, daß es sich bei den hier beschriebenen Erscheinungen nicht um einen vorübergehenden Zustand handelt, sondern daß diese Tendenz zur fortschreitenden „Denationalisierung“ der Produktivkräfte peripherer Länder zunehmend an Bedeutung gewinnt¹⁷.

Es kann also kein Zweifel bestehen, daß der Handlungsspielraum für aufgeklärtere und fortschrittswillige Industrialisierungsstrategien sich als Resultat der bisherigen Industrialisierungsmisere grundlegend verengt hat. Bevor wir aber die Analyse auf dieses Primärproblem richten können, bleibt zunächst ein weites Feld von Vorfragen zu bearbeiten. Es handelt sich dabei nicht nur um begriffliche Vorarbeiten, sondern überhaupt um die ersten Ansätze eines Versuchs, zu einem neuen Verständnis des Entwicklungsproblems unter den spezifischen Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ zu gelangen.

Als Einstieg dient uns dabei die Überlegung, daß eine vorzeitige Fetischisierung von Industrialisierung entscheidend zu der heute für die peripheren Länder symptomatischen Industrialisierungsmisere beigetragen hat. Auf eine kritische Durchleuchtung von Grundprämissen und Hauptthesen der „Industrialisierungsdiskussion im Entwicklungsländer-Fall“ kann also nicht verzichtet werden.

Wir werden uns im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes auf die folgenden spezifischen Fragestellungen konzentrieren: Was ist wirt-

15 Vgl. dazu u. a. Hymer 1970 und 1972; Perroux 1972; Sunkel 1972; Vernon.

16 Zur Analyse des Wechselverhältnisses von Staat und Kapital unter den Bedingungen der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals vgl. u. a.: Poulantzas 1968 und 1969; Murray; Palloix 1971, Band II, Kapitel 3; Alavi 1972.

17 Vgl. dazu p. 394 f. dieser Arbeit und die dort angegebene Literatur. Als neuere Fallstudie zu diesem Problemkreis siehe u. a. Giannibis, A. — „Ausländische Privatkapitalien im Entwicklungsprozeß Griechenlands (1953—1971)“, Berlin, Dissertationsmanuskript, voraussichtliche Veröffentlichung 1973.

schaftliche Entwicklung, und wie lassen sich ihre Besonderheiten unter den Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ kennzeichnen? Was kann Industrialisierung in peripheren Ländern zu wirtschaftlicher Entwicklung beitragen? Auf welche Eingrenzungen und kennzeichnende Anforderungen stoßen auf wirtschaftliche Entwicklung gerichtete Industrialisierungsversuche unter den für kapitalistische Länder der Peripherie symptomatischen Strukturgegebenheiten? Was läßt sich, gemessen am Ziel wirtschaftlicher Entwicklung, über Beitragsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten eines relativ weit verbreiteten Industrialisierungskonzeptes sagen, das üblicherweise als Importsubstituierende Industrialisierung bezeichnet wird?

Um auf diese Fragen zumindest einige begrifflich schlüssige und empirisch testbare Antworten geben zu können, werden wir zunächst im Rahmen einer Ableitung des *historisch-strukturellen Konzepts wirtschaftlicher Entwicklung*¹⁸ nach der allgemeinen Wechselbeziehung von Industrialisierung und wirtschaftlicher Entwicklung unter den Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ fragen. Es werden dann im zweiten Teil einige *Grundbausteine des Konzeptes der Importsubstituierenden Industrialisierung* vorgeführt. Schließlich wird drittens versucht, ausgehend von der Situation der „Export Economy“ ein *historisch-strukturelles Ablaufmodell fortschreitender Importsubstituierender Industrialisierung* und der unter den gegebenen Strukturbedingungen mit großer Wahrscheinlichkeit auftretenden Begrenzungen zu formulieren. Abschließend soll auf dieser Grundlage erneut die Frage diskutiert werden, was und unter welchen Bedingungen Importsubstituierende Industrialisierung zu wirtschaftlicher Entwicklung beitragen könnte.

1. Wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung in unterentwickelten und abhängigen Ländern

1.1 Das spezifische Industrialisierungsproblem in Ländern der Peripherie

Wie läßt sich Industrialisierung allgemein kennzeichnen? Was augenscheinlich hervortritt, sind signifikante Änderungstendenzen der Sektorenstruktur. Industrialisierung ließe sich so als ein Prozeß der fortlaufenden Vergrößerung vor allem des Sektorenanteils der verarbeitenden Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auf Kosten der Sektoren der Primärgüterproduktion und der gewerblichen Handwerks- und Manufakturproduktion bestimmen¹. Mit einer solchen Kennzeichnung des Industrialisierungsproblems würden wir uns auf die schlichte Beschreibung einiger Erscheinungsformen beschränken, das Wesentliche aber nicht erfassen.

¹⁸ Siehe pp. 341 ff. dieses Aufsatzes.

¹ Vgl. entsprechende Definitionen bei Kaldor, p. 7.

Als Kern des allgemeinen Industrialisierungsproblems wird hier die Tatsache angesehen, daß Industrialisierung, sei es als Wachstum und Ausweitung des Industrieoutputs, sei es als qualitative Veränderung der Industriestruktur, für jedes Gesellschaftssystem die dominante Bestimmungsgröße der jeweils realisierbaren wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Industrialisierung als Träger wirtschaftlicher Entwicklung — das ist der Ausgangspunkt. Oder anders formuliert: Industrialisierung ist notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung. Notwendige Bedingung insoweit, als nur über Industrialisierung die zur Durchsetzung von wirtschaftlicher Entwicklung notwendige Steigerung der Systemdynamik und die entsprechenden Änderungen der Struktur der wirtschaftlichen, technologischen, institutionellen und sozialen Beziehungen realisierbar werden. Nicht hinreichende Bedingung, da offensichtlich Industrialisierung *ohne* grundlegende Veränderungen des Agrar- und Bergbausektors und wiederum — bedingt durch grundlegende Interdependenzbeziehungen — *ohne* grundlegende Änderungen der Gesellschaftsstruktur und der damit verbundenen internen und externen Machtbeziehungen nicht zum gewünschten Ergebnis führen wird.

Alternativen wie: Industrialisierung oder Ausbau des Agrarsektors; „... a blood, sweat and tears' programme of industrialization...“² oder der „Luxus“ sozialer Verbesserungen und Einkommensumverteilung³ sind Scheinalternativen. Es handelt sich hier um „... complementary aspects of the same process“⁴. Es geht eben gerade darum, die Zwischenbeziehungen von Industrialisierung und entsprechenden Änderungen der Agrar-, Sozialstruktur etc. aufzudecken und jeweils den Beitrag zu bestimmen, „... that each can make to the other...“⁵, und zwar im Hinblick auf zunehmende Realisierbarkeit von wirtschaftlicher Entwicklung.

Wo setzt man an, wenn man die Determinanten der Industrialisierungsmöglichkeiten in der Weise beeinflussen will, daß Industrialisierung rasch und kontinuierlich abläuft und zu optimalen Resultaten führt? Also: Welche Veränderungen der Nachfrage- und Angebotsstruktur sind anzustreben, d. h. wie sollen sich einerseits die Strukturen von Konsumentennachfrage, Nachfrage nach Investitionen und externem Sektor⁶ verändern und andererseits das jeweils

2 Diaz-Alejandro, 1966/67, p. 174.

3 Johnson, H. G., p. 156.

4 Prebisch, 1959, p. 252. Vgl. dazu neuerdings Sutcliffe, Kap. 3.

5 Meier, G. M. — „Industrialization and Agriculture“, Eigenbeitrag in: Meier 1964, pp. 285 ff.

6 Externer Sektor wird hier definiert als die Gesamtheit der Handels- und Zahlungsbeziehungen mit Drittländern. Entsprechende Transferprozesse von technologischem und organisatorischem „know how“ und unterschiedliche Formen ökonomischer, politischer und technologischer Abhängigkeit werden zunächst beiseite gelassen und wenn, dann explizit, in die Betrachtung eingeführt.

erreichbare Güterangebot und das Angebot an Arbeitskräften⁷? Oder anders formuliert: In welcher Reihenfolge sollen die unterschiedlichen Gütergruppen — nichtdauerhafte und dauerhafte Konsumgüter, Zwischengüter und Kapitalgüter⁸ — produziert werden, und welchem Typus von Industrialisierung ist, und unter welchen Bedingungen, der Vorzug zu geben: einer überwiegend am Binnenmarkt orientierten Strategie der Importsubstitution, einer primär auf den Ausbau der Grundstoff- und Kapitalgüterbereiche ausgerichteten Strategie oder jenen im wesentlichen exportorientierten „outward-looking strategies of industrial development“⁹? Und schließlich: an welchem konkreten Stufenschema hätte sich der einmal gewählte Industrialisierungstypus zu orientieren?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen eine Reihe von weiteren Fragen geklärt werden.

Zunächst: Wie lassen sich die Bestimmungsgrößen der Industrialisierungsmöglichkeiten kennzeichnen, und nach welchen „Gesetzen“ läuft Industrialisierung ab? Dazu ist einmal zu fragen, ob es so etwas wie ein universell gültiges Industrialisierungsmuster gibt, ein „... definite pattern in the progress of industrialization...“¹⁰, das für wie auch immer unterschiedene Ländergruppen Gültigkeit besitzt und das von jeder dieser Ländergruppen, wenn auch mit entsprechender zeitlicher Phasenverschiebung, durchlaufen wird. Bejaht man diese Frage, dann wäre die logische Konsequenz, bei den heute in peripheren Ländern auftretenden Industrialisierungsprozessen von Transferprozessen zu sprechen „... of industrial knowledge, experience, and equipment from those places in the world where these elements exist to those places where they do not exist“¹¹. Die Industrialisierungsalternativen wären so a priori eingegrenzt. Es ließe sich ein und nur ein Stufenschema fortschreitender Industrialisierung und, auf der Basis von gleichartigen „universal factors“¹², nur

7 Vgl. Kaldor, pp. 27 ff.

8 Klassifizierung nach UN-ECLA 1966, pp. 136 ff.

9 Vgl. p. 365 dieser Arbeit.

10 Grunwald, p. 840; s. a. Chenery's Konzept des „normal industrial growth pattern“ in: Chenery 1960.

11 Bryce, p. 20. Dieses Buch ist übrigens ein besonders gutes, da unfreiwillig ehrliches Dokument für die vom U.S.-Imperialismus mit den sog. „neuen Industrialisierungsstrategien“ verfolgten Zielvorstellungen.

12 Chenery 1960, p. 626, nennt als solche „universal factors“: (1) „common technological knowledge“, also die Nichtexistenz eines grundlegenden technologischen Gefälles zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern; (2) Annahme ähnlicher Wertesysteme; (3) Importe und Exporte haben Zugang zu den gleichen Märkten, was vollständige Konkurrenz auf den Weltmärkten voraussetzt; (4) die Annahme, daß steigendes per capita-Volkseinkommen und Rate der Kapitalakkumulation notwendig positiv miteinander korrelieren; (5) eine entsprechende Annahme über den Zusammenhang von p. c. Volkseinkommen und dem jeweils auftretenden „increase of skills“. Bei Gültigkeit dieser „universal factors“ würde dann folgen, daß Änderungen der Produktionskosten und der Güterpreise

minimal unterschiedene Systeme von Industrialisierungsdeterminanten bestimmen.

Aber zeigt nicht bereits die historische Erfahrung, daß es für unterschiedliche strukturelle und historische Ausgangsbedingungen grundverschiedene Industrialisierungstypen und -determinanten gibt, daß neben den klassischen Industrialisierungstypus Englands das Modell der frühen Nachzügler Deutschland, Frankreich tritt, zusammen mit dem wiederum andersartigen Industrialisierungstyp der europäischen Siedlungskolonie USA, und daß davon sich das Industrialisierungsmodell Japans abhebt, ganz zu schweigen von den Industrialisierungsmodellen der Sowjetunion und Chinas¹³? Folglich gilt: „... one must be on guard against studies purporting to show that the history of industrialization is substantially the same in all countries...“¹⁴

Industrialisierungstypus und -determinanten werden also für die je betrachtete Ländergruppe zu bestimmen sein. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit der spezifischen Industrialisierungsproblematik in kapitalistischen Ländern der Peripherie¹⁵ und versucht diese Problemstellung am Beispiel Lateinamerikas zu konkretisieren. Was kennzeichnet das Industrialisierungsproblem für diese Ländergruppe?

Industrialisierung ist in diesen Ländern überfällig. Armut, Strukturverzerrungen und steigende Erwartungen — all das macht Industrialisierung schon lange unausweichlich. Der Nachholcharakter von Industrialisierung bedeutet aber, „... daß nicht *irgendein* Weg zur Industrie, sondern ein möglichst *kurzer* dahin in Betracht kommt“¹⁶. Zugleich gilt aber, daß unter den spezifischen Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ die je realisierbaren Industrialisierungsmöglichkeiten spezifisch eingegrenzt sind. Damit wirtschaftliche Entwicklung überhaupt erreichbar wird, muß Industrialisierung hier verstärkten Anforderungen genügen.

Industrialisierung in kapitalistischen Ländern der Peripherie kann also als Versuch gekennzeichnet werden, in Reaktion auf bestimmte Verschlechterungen der Struktur der wirtschaftlichen, technologischen, institutionellen und sozialen Beziehungen und der damit verbundenen Verschärfung des negativen Entwicklungstrends jenen von den heutigen Metropolen in der Vergangenheit durchlaufenen Indu-

primär bestimmt würden durch Änderungen der Faktorpreise, das System also vollständig den Gesetzen ökonomischer Rationalität folgen würde.

13 Zur Grundlegung der historisch unterschiedlichen Industrialisierungstypen siehe u. a. Gerschenkron 1952 und 1962; Baran pp. 151 ff. und pp. 285 ff.; Furtado 1964, pp. 77 ff. Als Fallstudien: Hobsbawm (Großbritannien); North (USA); Carr (UdSSR); Shinohara (Japan); Cho-Ming Li (China). Generell dazu Sutcliffe, Kap. 2.

14 Hirschman 1968, p. 7.

15 Terminologie nach Amin, Kap. 2 und Palloix, Band II, Kap. 2.

16 Hofmann, W., p. 295.

strialisierungsprozeß nachzuholen, wenn auch unter grundlegend anderen Bedingungen.

Eine weitere Konkretisierung des für die peripheren Länder spezifischen Industrialisierungsproblems setzt eine explizite Klärung der „grundlegend anderen Bedingungen“ voraus. Dies wird aber von der Mehrzahl der Beiträge zur Industrialisierungsdiskussion im sog. Entwicklungsländer-Fall versäumt. Dem soll im Rahmen dieser Arbeit dadurch Rechnung getragen werden, daß im folgenden eine grundlegende Kennzeichnung des spezifischen Entwicklungsproblems unterentwickelter und abhängiger Länder und der daraus ableitbaren Anforderungen an Industrialisierungsstrategien versucht wird. Zu fragen ist also: Was bedeutet wirtschaftliche Entwicklung überhaupt, und wie stellt sich das Problem wirtschaftlicher Entwicklung auf Grund der dort vorgegebenen strukturellen und historischen Ausgangsbedingungen in kapitalistischen Ländern der Peripherie? Nur so läßt sich nach unserer Auffassung eine hinreichende Kennzeichnung des Zielkatalogs nachholender Industrialisierung gewinnen, die dann als Grundlage für die Darstellung und Bewertung des Konzepts der Importsubstituierenden Industrialisierung verwendet werden kann.

1.2 Zur Definition wirtschaftlicher Entwicklung

Spricht man von wirtschaftlicher Entwicklung, dann scheint dies zunächst zu implizieren: Im Rahmen von Entwicklungsprozessen lassen sich Änderungen der ökonomischen Struktur zumindest so weit von Änderungen der nichtökonomischen Variablen trennen, daß es zur Kennzeichnung der *wirtschaftlichen* Entwicklungsvorgänge ausreicht, Änderungen der Produktwachstumsraten und deren „ökonomischen“ Bestimmungsgrößen herauszugreifen und zu analysieren. Dies aber wird heute von fast allen entwicklungstheoretischen Schulen zunehmend in Frage gestellt. Als Kern von Entwicklungsprozessen wird eben gerade der als Ursache für und Wirkung von Änderungen der ökonomischen Variablen auftretende *Prozeß der gesellschaftlichen Umstrukturierungen und der damit verbundenen Änderungen der politischen Machtverhältnisse* angesehen¹⁷. Daraus folgt, daß die aus postkeynesianischen und neoklassischen Wachstumstheorien ableitbaren Entwicklungskonzeptionen zwar wesentliche Bestimmungsgrößen von denkbaren wirtschaftlichen Entwicklungssequenzen er-

17 Festzuhalten ist dabei, daß jede brauchbare Definition wirtschaftlicher Entwicklung vom Marx'schen Konzept des spezifischen und dialektischen Wechselverhältnisses von Produktivkraftentwicklung und Änderungen der Produktionsverhältnisse auszugehen und zu prüfen hat, wie dieses Konzept unter den Bedingungen der Peripherie operational und empirisch gehaltvoll zu formulieren ist. Erste Ansatzpunkte dazu u. a. bei Amin; Szentes; Palloix 1971. Die unerläßlichen Vorarbeiten einer hinreichenden Abgrenzung vom Konzept des „social change“ der bürgerlichen Entwicklungssoziologie (symptomatisch u. a. Bendix; Eisenstadt; Hagen; Lerner; McClelland) u. a. bei Bernstein 1971 und 1972.

fassen können, nicht aber zur hinreichenden Kennzeichnung des Entwicklungsproblems ausreichen. Benötigt wird ein umfassenderes Entwicklungskonzept, das explizit die Wechselwirkungen zwischen Änderungen in der Struktur der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Grundbeziehungen einerseits und alternativen Entwicklungsmöglichkeiten andererseits erfaßt.

Man wird sich an dieser Stelle verdeutlichen müssen, daß jeder Versuch, mit einem solch umfassenderen Entwicklungskonzept im Rahmen der vorliegenden ökonomischen Theorie zu arbeiten, zu grundlegenden Schwierigkeiten führen wird. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß ökonomische Theorie nichtmarxistischer Provenienz ihrem eigenen Selbstverständnis nach es zunächst und auf absehbare Zeit mit vorgegebenem Gesellschaftssystem und entsprechend vorgegebenen Institutionen und Verhaltensweisen und den dadurch bestimmten Realisierungsgrenzen für wirtschafts- und entwicklungspolitische Instrumentarien zu tun hat und entsprechend ihre Fragestellungen und Instrumentarien wählt. Änderungen der Sozialstruktur und der politischen Machtverhältnisse werden so in aller Regel in die *ceteris-paribus*-Klausel verbannt, deren Auflösung, wenn überhaupt, im Rahmen nachgefügt, mehr oder weniger unverbindlicher Schlußbemerkungen erfolgt. Diese Schwierigkeiten sind in Rechnung zu stellen.

Allgemein läßt sich dann wirtschaftliche Entwicklung so kennzeichnen: Sie schafft über steigende Wachstumsraten des per-capita-Bruttosozialprodukts *und* über grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur die Voraussetzungen für signifikanten und kontinuierlichen Fortschritt sowohl auf materieller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Was ist darunter zu verstehen? Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Ziel an sich. Die gängige Orientierung am quantitativen Aspekt der aggregierten Produktwachstumsraten, der Investitionskoeffizienten etc. reicht nicht aus. Dies gilt auch für Versuche, den qualitativen Aspekt wirtschaftlicher Entwicklung zumindest partiell zu erfassen in Form von isolierter Betrachtung der aggregierten Angebots- und Nachfragestrukturen. Wirtschaftliche Entwicklung zielt auf qualitative Veränderungen, die wesentlich umfassender sind und die hier ungenügend, weil mehr oder weniger leerformelhaft als materieller und gesellschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden. Auf eine inhaltliche Kennzeichnung dessen, worauf wirtschaftliche Entwicklung zielt, kann nicht verzichtet werden.

Akzeptiert man als Ziel jeder Wissenschaft, also auch der auf wirtschaftliche Entwicklung gerichteten Sozialwissenschaften, „... die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse aller Art, oder, umgekehrt formuliert, die Befreiung von möglichst vielen Zwängen, die die vollständige Bedürfnisbefriedigung beschränken...¹⁸“, dann lassen sich zumindest in Umrissen Zielrichtung und potentielle Zielkonflikte wirtschaftlicher Entwicklung inhaltlich konkretisieren. Wirtschaft-

liche Entwicklung soll zum einen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß durch zunehmende Herrschaft über die Natur die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für höchstmögliche Bedürfnisbefriedigung realisierbar wird. Wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage steigender technischer¹⁹ Beherrschbarkeit von Natur und vom Menschen geschaffener Umgebung — das ist die eine Seite. „Die gleiche technologisch gesicherte Herrschaft kann jedoch, wird sie unkritisch im sozialen Bereich, also als Herrschaft von Menschen über Menschen, angewendet, ihre Bedeutung als Bedingung von freier Entfaltung verlieren und gerade umgekehrt zur Bedingung der Verhinderung dieser Entfaltung, also zur Bedingung von Zwang und Ungleichheit werden.“ Wirtschaftliche Entwicklung hat also in der Weise abzulaufen, daß die Tendenz zur möglichen Befreiung von materiellen Zwängen durch Herrschaft über die Natur nicht durch „... die Tendenz zur Hemmung der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten durch Herrschaft über Menschen...“²⁰ in Frage gestellt wird. Oder anders formuliert: Die durch steigende Dynamik des Systems und Änderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur freigesetzten technischen Beherrschungsmöglichkeiten mögen noch so verbessert werden. Solange nicht durch entsprechende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur gesichert ist, daß diese steigenden technischen Beherrschungsmöglichkeiten zu fortschreitender Befreiung von materiellen und sozialen Zwängen nicht nur für eine Minderheit führen, wird man *nicht* von wirtschaftlicher Entwicklung sprechen können.

Steht diese Definition wirtschaftlicher Entwicklung nicht im Widerspruch zur historischen Erfahrung, die zeigt, daß sich stets Bemühungen um steigende technische Beherrschbarkeit der Natur und der Kampf um die materielle und soziale Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen im Wege standen und daß das erste nur unter zumindest vorübergehendem Verzicht auf Befreiung von materiellen und sozialen Zwängen erreichbar zu sein schien?

Eben diesen scheinbaren Widerspruch versucht die hier gewählte Definition wirtschaftlicher Entwicklung aufzunehmen und zu lösen. Gesagt wird, daß, wenn sich auch die beiden Zielgrößen wirtschaftlicher Entwicklung oft genug im Konflikt miteinander befinden mögen, wirtschaftliche Entwicklung gerade darauf zielt, zumindest in der langen Frist jenen Zustand zu erreichen, in dem beides — steigende technische Beherrschbarkeit plus Befreiung von materiellen und sozialen Zwängen — miteinander zu vereinbaren ist.

1.3 Das Entwicklungsproblem in unterentwickelten und abhängigen Ländern

Was bedeutet wirtschaftliche Entwicklung im Fall eines unterentwickelten und abhängigen Landes, genauer: In welcher spezifischer

¹⁹ „technisch“ wird hier als Sammelbegriff für „technologisch“ und „organisatorisch“ verwendet.

²⁰ Huffschnid, p. 167.

Form stellt sich für die Gruppe der peripheren Länder das Problem wirtschaftlicher Entwicklung? Oder anders gefragt: Gibt es qualitative Unterschiede zwischen Anforderungen an und Erfolgsbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung, je nachdem, ob es sich um die Gruppe der hochindustrialisierten Metropolen oder um arme, aber fortschrittswillige Länder der Peripherie handelt? Um diese Fragen beantworten zu können, sind einige Bestimmungsgrößen und Kennzeichen des gegenwärtig in den peripheren Ländern erreichten Entwicklungsstandes und deren neuere Veränderungstendenzen zu benennen.

Die gegenwärtige sozioökonomische Realität der sog. Entwicklungsländer bestimmt sich aus den Folgen der kolonialen Vergangenheit, die von Anfang an die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung entscheidend eingegrenzt haben. Dies gilt auch für die lateinamerikanischen Länder, die zwar dem Namen nach bereits in der Periode von 1810—1825 ihre politische Unabhängigkeit erhielten, wobei es sich jedoch um eine „... Unabhängigkeit ohne Entkolonialisierung handelte...“, da „... die Revolution in erster Linie ein Aufstand der Kolonisten gegen die Mutterländer war...“, von dem die kolonisierten Klassen und Bevölkerungsgruppen keinen größeren Nutzen hatten²¹. Die sog. politische Unabhängigkeit brachte hier, wie auch später in Afrika und Asien keine Auflösung der grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und technologischen Abhängigkeitsbeziehungen zu den jeweiligen Metropolen²². Zwar wechselten deren Namen: Für Lateinamerika trat an die Stelle Portugals und Spaniens spätestens ab 1810 England, und bereits 1823 machten die USA mit der von ihnen verkündeten *Monroe*-Doktrin deutlich, daß sie sich einen beträchtlichen Teil der Einflußmöglichkeiten auf das ehemalige Spanischamerika zu sichern gedachten²³. Auch wandelten sich die Formen und Mechanismen der jeweiligen Abhängigkeitsbeziehungen.

Waren es in der Merkantilperiode administrativ festgelegte und im Zweifelsfall mit Waffengewalt durchgesetzte Ge- und Verbote zwecks Sicherung des Handelsmonopols der Metropole, die bestimmten, was jeweils in den lateinamerikanischen Ländern produziert und gehandelt werden durfte, und übernahm mit zunehmendem Einfluß Englands die „Öffnung der Häfen“ als Kernstück der Freihandelspolitiken die gleiche Funktion, so lassen sich heute unschwer entsprechende Abhängigkeitsformen und -mechanismen zum einen in den unmittelbar zwischen peripheren Ländern und multinationalen

21 Beyhaut, p. 34.

22 „Hence the use of the term neocolonial for the history of the area... (Latin America, Einfügung des Verfassers)... ever since independence.“ Stein, p. 43. Zur Analyse von neo- bzw. postkolonialen Abhängigkeitsbeziehungen und deren Folgen für die „Entwicklung der Unterentwicklung“ vgl. u. a. Frank; Magdoff 1968; Alavi 1964 und 1972; Szentes; Amin; Palloix 1971; Dos Santos. Wesentliche Einzelaspekte bei: Merhav; Arrighi; Magdoff 1970.

23 Vgl. Lao. S. a. Beyhaut, pp. 33 ff.

Konzernen stattfindenden Wechselbeziehungen wiedererkennen, zum anderen in bestimmten vom Internationalen Währungsfonds (IMF), der Weltbank (IBRD) und dem GATT (General Agreement on Trade and Tariffs) aufgestellten Regeln und in einer, wenn auch modifizierten erneuten Freihandelsgläubigkeit, die vor allem von den USA propagiert wird²⁴.

Die zu leistende Befreiung aus grundlegender Abhängigkeit von den Metropolen fand in der überwiegenden Mehrzahl der Entwicklungsländer nicht, oder doch nur unvollständig, statt. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, ist festzuhalten: Das Fortbestehen struktureller Abhängigkeitsbeziehungen hat in den peripheren Ländern bewirkt — und bewirkt noch heute —, daß bei allen grundlegenden Entscheidungen über den für wirtschaftliche Entwicklung einzuschlagenden Weg meist nur begrenzte Möglichkeiten offenstehen, entsprechende Entscheidungen an einem wie auch immer zu definierenden *eigenständigen*, d. h. aus den Interessen des jeweiligen Landes abgeleiteten Zielkatalogs zu orientieren.

Der Spielraum für *autonome* Entscheidungsmöglichkeiten über das, was als wirtschaftliche Entwicklung anzusehen und wie sie unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen anzustreben sei, ist also in den Ländern der Peripherie grundlegend eingegrenzt. Dies hat u. a. bewirkt, daß viele der auf wirtschaftliche Entwicklung gerichteten Maßnahmen der sog. Entwicklungsländer ziellos und widersprüchlich erscheinen müssen. Dies hat aber vor allem dazu geführt, daß im Verlauf des Entwicklungsprozesses statt kumulierter Entwicklungsstärke fortlaufend verschärfte Strukturverzerrungen auf wirtschaftlicher, sozialer und regionaler Ebene zu verzeichnen sind; daß die vorgegebenen, extrem engen materiellen und institutionellen Grenzen für Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nicht nur nicht durchbrochen, sondern z. T. noch wesentlich verstärkt und ausgebaut wurden. Und dies hat schließlich dazu geführt, daß an die Stelle fortschreitender Befreiung von extremer sozialer Ungleichheit und politischer Unmündigkeit die Tendenz zu verschärfter Ungleichverteilung und politischer Repression getreten ist.

24 Das heißt natürlich nicht, daß Gewalt in der Gestalt von Drohung, präventiv errichteten Erpressungs- und Unterdrückungsapparaten und/oder direkten militärischen Interventionen nicht nach wie vor zum Alltagsinstrumentarium der imperialistischen Mächte gehörte, im Gegenteil. Zur Untersuchung einiger neuerer Entwicklungstendenzen und der ihnen zugrunde liegenden Ursachen s. Magdoff 1970; als materialreiche Fallstudie vgl. Albrecht und Sommer.

Zur Grundlegung der unterschiedlichen Stufen der für Lateinamerika kennzeichnenden Abhängigkeitsbeziehungen s. Frank, vor allem pp. 168 ff. und pp. 181 ff.; Laclau 1971.

Zu den Wechselbeziehungen: Peripherie — multinationale Konzerne vgl. u. a. Arrighi; Adám; Hymer 1970 und 1972; Palloix 1971. Funktionen und Stellenwert der „Internationalen Organisationen“ für den Ausbau der postkolonialen Abhängigkeitsmechanismen neuerdings dokumentiert bei Hayter.

Was als Anstoß zu wirtschaftlicher Entwicklung gedacht war, bewirkte einen „... Prozeß des wirtschaftlichen Rückschritts (process of retrograde economic evolution) ...“²⁵, und zwar in doppelter Beziehung: Zum einen wurden die jeweils gegebenen objektiven Möglichkeiten nicht oder nur unzureichend genutzt; zum anderen wurden die Bedingungen für die zukünftige Lösbarkeit des Entwicklungsproblems zunehmend erschwert. Bezeichnet man die objektiven Möglichkeiten als das, „... was einer Gesellschaft an natürlichen Ressourcen, an technischen Mitteln, an Wissen, an Ausbildungsmöglichkeiten und an organisatorischem Spielraum zur Verfügung steht, um der optimalen materiellen Bedürfnisbefriedigung und der möglichst weitgehenden Befreiung von sozialen Zwängen näherzukommen ...“²⁶, dann läßt sich als Kern des Entwicklungsproblems im Fall unterentwickelter und abhängiger Länder bestimmen: Die Tendenz zu wachsender Diskrepanz zwischen steigenden objektiven Möglichkeiten und stagnierender bzw. sich rapide verschlechternder sozioökonomischer Realität. Die Tendenz also zu wachsender Diskrepanz zwischen dem, was unter den gegebenen Umständen aus eigener Kraft, also durch Reorganisation des Wirtschafts- und Gesellschafts-systems als dem Hebel und Ziel wirtschaftlicher Entwicklung plus entsprechender „Hilfe von außerhalb“²⁷ an Produktivkraftentwicklung zu erreichen wäre und dem sich in stagnierenden bzw. fallenden per-capita-Produktwachstumsraten, sich verschlechternden „social welfare“-Indikatoren und Verschärfung bereits vorhandener struktureller Entwicklungshindernisse konkretisierenden negativen Entwicklungstrend. Oder anders, bezogen auf die spezifische Themenstellung dieser Arbeit formuliert: die tendenziell wachsende Kluft zwischen steigenden objektiven Beitragsmöglichkeiten von Industrialisierung zu wirtschaftlicher Entwicklung und dem, was als Resultat bisheriger Industrialisierungsversuche in kapitalistischen Ländern der Peripherie zu verzeichnen ist.

1.4 Zielgrößen wirtschaftlicher Entwicklung und Anforderungen an eine Industrialisierungsstrategie — einige Grundvoraussetzungen

Im Fall der unterentwickelten und abhängigen Länder läßt sich also die Zielrichtung wirtschaftlicher Entwicklung folgendermaßen

²⁵ Furtado 1965 a, p. 70. Präzise erfaßt der von Frank geprägte Begriff der „kapitalistischen Entwicklung der Unterentwicklung“ das Wesen dieser Erscheinung. Eine weitere Entwicklung und Klärung dieser Begriffsbildung findet sich bei Amin.

²⁶ Huffschmid, p. 169; vgl. auch Anm. I/17.

²⁷ Hierunter wird ein am Zielkatalog wirtschaftlicher Entwicklung im betreffenden peripheren Land orientiertes Programm von Überbrückungsmaßnahmen finanzieller, organisatorisch-technologischer Art und der Bereitstellung knapper Gütergruppen verstanden, das sich von dem, was heute üblicherweise als „Entwicklungshilfe“ firmiert, grundlegend unterscheiden müßte. Zum idealtypischen Konzept einer solchen Hilfe von außerhalb s. Szentes, Teil II, Kap. 4. Zu einigen praktischen Erfahrungen am Beispiel Cubas s. Boorstein.

kennzeichnen: Es gilt, die Voraussetzungen für die Überwindung der Diskrepanz aus steigenden objektiven Möglichkeiten und negativem Entwicklungstrend in möglichst kurzer Zeit und in einer Weise zu realisieren, daß langfristig der Übergang zu materiellem und gesellschaftlichem Fortschritt erreichbar wird. Wir gehen hier vereinfachend davon aus, daß sich materieller und gesellschaftlicher Fortschritt daran ablesen läßt, ob es jeweils gelingt,

1. die allgemeinen „social welfare“-Indikatoren — also: Ernährung, Wohnungslage, Gesundheit, Analphabetenquote, Ausbildung — weitgehend zu verbessern;
2. zahlenmäßig hinreichende und produktive Beschäftigungsmöglichkeiten für das explosiv anwachsende und durch extrem niedrigen Ausbildungsstand gekennzeichnete Arbeitskräftepotential zur Verfügung zu stellen²⁸;
3. die extreme Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und damit der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel plus der jeweils vorhandenen Privilegiensysteme einerseits und die extrem einseitige geographische Konzentration von Entwicklungszentren und Armutsgebieten andererseits abzubauen und deren institutionelle Sicherungen zu beseitigen;
4. das System soweit von unlösbaren Zielkonflikten und Instabilität freizuhalten, daß zunehmend Formen politischer Repression vermeidbar werden²⁹.

Hebung des materiellen Lebensstandards, Lösung des Beschäftigungsproblems, Abbau von Ungleichverteilung und sozialer Diskriminierung als Voraussetzungen für die Beseitigung politischer Repression — das sind die konkret ableitbaren *Zielgrößen* wirtschaftlicher Entwicklung in unterentwickelten und abhängigen Ländern. Industrialisierung als die dominante Antriebsgröße wirtschaftlicher Entwicklung wird also daran zu messen sein, wie weit sie über steigende Systemdynamik und Strukturwandel die Lösbarkeit dieser Zielgrößen verbessert und hinreichend widerspruchsfrei hält.

Das bedeutet aber nichts anderes, als daß jeweils alternative Industrialisierungsstrategien danach zu beurteilen sein werden, wie weit es mit ihrer Hilfe gelingt,

- (a) den Entwicklungsstand der Produktivkräfte des betreffenden peripheren Landes hinreichend voranzutreiben³⁰ — Basis jedes dauerhaften Prozesses materiellen und gesellschaftlichen Fortschritts³¹;

28 UN-ECLA 1969, pp. 40, 41. Vgl. neuerdings den grundlegenden Aufsatz von Arrighi; auch: Sutcliffe, Kap. 4.

29 wobei 4. davon abhängt, in welcher Weise 1. bis 3. verändert werden konnten.

30 Vgl. p. 335 dieser Arbeit.

31 Zur Einführung in das Marx'sche Entwicklungskonzept u. a. Lange 1968, Kap. 1—3. Zur Grundlegung u. a.: Marx — „Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Buches des ‚Kapitals‘“, MEW 23, pp. 15 ff.; „Das Kapital“, Band I, MEW 23, pp. 512 ff.; — Band III, MEW 25, pp. 251—277.

- (b) grundlegende Änderungen der Eigentumsverhältnisse, Organisationsformen, Institutionen und Verhaltensweisen des Systems durchzusetzen, um so zu verhindern, daß obsoleete und erstarrte Formen von Produktionsverhältnissen zum wesentlichen Hindernis einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte werden;
- (c) die Voraussetzungen für den Abbau der wirtschaftlichen, politischen und technologischen Abhängigkeitsbeziehungen zu schaffen, um so zum einen eine hinreichende Zugriffsmöglichkeit auf das „Entwicklungspotential“ des eigenen Landes zu erhalten, zum anderen, um auf diese Weise einen adäquaten Handlungsspielraum zu sichern für Entscheidungen über den anzustrebenden Ziel-Mittel-Katalog autonomer Entwicklung und für die dazu notwendige Durchsetzung grundlegender Änderungen von Gesellschaftsstruktur und politischer Machtverhältnisse.

Eine Quantifizierung der so ableitbaren Anforderungen an die Ziel-Wachstumsrate und an entsprechend notwendige grundlegende Änderungen der Struktur der wirtschaftlichen, technologischen, institutionellen und sozialen Beziehungen ist hier nicht möglich. Wohl aber können wir eine Vorstellung über die Größenordnung der zu leistenden Entwicklungsaufgabe selbst dann gewinnen, wenn wir, wie hier aus Platzgründen, willkürlich einen Aspekt — das Beschäftigungsproblem — herausgreifen und uns einige für Lateinamerika symptomatische Indikatoren vor Augen führen.

Eine verlässliche Bestimmung aggregierter lateinamerikanischer Quoten der Arbeitslosigkeit und/oder Unterbeschäftigung³² ist auf Grund völlig unzureichender Informationen nicht möglich. „Few who know the area put any confidence in published estimates, and, in fact, few countries even bother to publish estimates³³.“ Die wenigen ernst zu nehmenden Schätzungen beschränken sich auf die Bestimmung der städtischen Arbeitslosigkeit und wurden bisher auch nur in den entwickelteren Ländern in Angriff genommen³⁴. So ergaben sich bei den von 1961 bis 1966 in Chile durchgeführten Untersuchungen über die Beschäftigungssituation im Santiago-Raum Schwankungen der Arbeitslosenquote zwischen 4,3 und 7,6 %. In Argentinien waren im April 1966 6,5 % der Erwerbstätigen im Raum Buenos Aires und den vier anderen Zentren arbeitslos³⁵. Schätzungen des

32 Zur Begriffsabgrenzung s. Robinson, J.

33 Landsberger, p. 289. Dort auch allgemeine Kennzeichnung der definitorischen und konzeptuellen Schwierigkeiten.

34 Als einziges lateinamerikanisches Land veröffentlicht Chile seit einigen Jahren einen systematischen Überblick über die Arbeitslosensituation in den größeren Ballungszentren, s. dazu die von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Universidad de Chile unter dem Titel „Ocupacion y desocupacion, Gran Santiago“ herausgegebenen Berichte.

35 Angaben über Chile s. Anm. 34. Für Argentinien aus dem entsprechenden Länderbericht des Inter-American Committee on the Alliance for Progress (CIAP) — Sekretariats, zitiert nach UN-ECLA 1969, p. 42.

Lateinamerika-spezifischen Anteils der entweder arbeitslosen oder unterbeschäftigten Personen an der gesamten städtischen Arbeitskraft allein schwanken zwischen 10 und 20 %, wobei neuere Untersuchungen die größere Wahrscheinlichkeit der höheren Schätzungen betonen³⁶. Wenn man sich verdeutlicht, daß noch 1961—65 ca. 46 % der Gesamt-Beschäftigtenzahl auf den Agrarsektor entfällt³⁷ und daß für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder mehr als 50 % der Agrarbeschäftigten — sei es als landlose Landarbeiter oder Mini-Minifundisten — ihren Lebensunterhalt im wesentlichen aus Saisonarbeit bestreiten, also fast $\frac{3}{4}$ des Jahres ohne hinreichende Beschäftigung sind³⁸, wird deutlich, daß in Lateinamerika der Anteil der Arbeitslosen plus Unterbeschäftigten an der Gesamt-Beschäftigtenzahl wesentlich über 20 % liegen wird.

Das Entscheidende des Lateinamerika-spezifischen Beschäftigungsproblems ist aber, daß zu einem Zeitpunkt, zu dem lediglich 13,8 % der Gesamtbeschäftigtenzahl auf den „manufacturing sector“ und davon wiederum nur 7,3 % auf den „factory sector“ entfallen³⁹ — was etwa der Beschäftigtenstruktur Englands, Frankreichs, Deutschlands um 1865 entspricht⁴⁰ — die Fähigkeit des Industriesektors zur Schaffung zahlenmäßig hinreichender *und* produktiver Arbeitsplätze rapide sinkt. Dies läßt sich u. a. daran erkennen, daß das Verhältnis von Gesamt-Industriebeschäftigung zur städtischen Beschäftigung zwischen 1925 und 1960 für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder von 35 auf 25 % absinkt. Bei langfristiger Konstanz des Ausgangsniveaus von 1925 hätte der lateinamerikanische Industriesektor 1960 statt 10 ca. 12,8 Mio. Arbeitskräfte beschäftigen können. Wäre dieser Koeffizient im gleichen Zeitraum auf dasjenige Niveau angestiegen, das die europäischen Industrieländer bereits um 1900 erreicht hatten, hätten 1960 sogar ca. 15 Mio. Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt werden können, also etwa 50 % mehr als in der Realität⁴¹.

Das so entstandene „surplus manpower bottleneck“⁴² konnte bei unverändertem Industrialisierungsmuster nur auf Kosten einer wei-

36 Chenery und Eckstein sprechen von einem „... level of under-employment equivalent to 10 percent of the labor force...“, p. 981. Landsberger von 15—20 %. Siehe auch UN-ECLA 1969, p. 42.

37 UN-ECLA 1969, p. 40.

38 Stavenhagen, p. 57.

39 Angabe für 1962 nach Grunwald, table 1, p. 832. Zur verwendeten Terminologie ist zu sagen, daß „manufacturing sector“ der übergeordnete Begriff ist und sowohl Handwerksbetriebe (artisan und cottage industries) als auch die eigentlichen Fabrikbetriebe (factory industry) enthält. Im Rahmen der von der UN-ECLA durchgeführten Untersuchungen gilt als „factory industry“ jeder Betrieb mit mehr als fünf Beschäftigten, s. dazu UN-ECLA 1966, p. 57.

40 Kuznets, Appendix table 4, pp. 92—95.

41 UN-ECLA 1966, p. 37. Siehe auch Grunwald, table 3, p. 837.

42 UN-ECLA 1963 a, p. 26. Vgl. auch Anm. III/14.

teren Verschärfung der sektoralen Strukturverzerrungen wenn schon nicht gelöst, so doch notdürftig gemildert werden. Zum einen führte dies trotz fallendem Anteil des Agrarsektors an der Gesamtbeschäftigung — 1950: 54 %, 1961: 46 %⁴³ — zu einem absoluten Anstieg der landwirtschaftlichen Beschäftigung⁴⁴. Entsprechend entfielen von der Beschäftigungszunahme der Periode 1955—62 ca. 27 % auf den Agrarsektor, gegenüber nur 12 % auf den Gesamt-Industriesektor⁴⁵. Zum anderen führte dies zu einem wasserkopffartigen Anschwellen des Beschäftigungsanteils des Tertiärsektors von 21 % im Jahre 1945 auf 32 % im Jahre 1962⁴⁶. 1955—62 entfiel sogar mehr als die Hälfte der Beschäftigungszunahme auf den Tertiärsektor⁴⁷.

Die Folgen dieser Entwicklung finden jedoch ihre hervorstechendste Konkretisierung in dem explosiven Wachstum jener „... unorganized and impoverished masses, very numerous in many of the countries which have not benefited at all from the kind of economic growth that is taking place...“⁴⁸. Ob es sich dabei um jene mehr als 50 % der Agrarbeschäftigten handelt, die ihren Lebensunterhalt überwiegend in vorübergehenden Saisonarbeiten suchen müssen, oder um jene 25 % der städtischen Bevölkerung, die als Slum-Bewohner außerhalb der traditionellen Sozialbeziehungen und Beschäftigungsmöglichkeiten stehen und deren Zahl sich pro Jahr um ca. 10—15 % vermehrt⁴⁹ —, entscheidend ist, daß beide Gruppen in dem Sinne *marginal* sind, d. h. am Rande der Gesellschaft stehend, daß sie in nahezu umfassender Weise von einer Teilnahme am bisherigen Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung ausgeschlossen blieben⁵⁰.

Festzuhalten bleibt, daß sämtliche der genannten Zielgrößen sich gegenwärtig selbst in den fortgeschrittensten Ländern Lateinamerikas auf einem so verheerend niedrigen Ausgangsniveau befinden, daß man ohne Übertreibung von einer nahezu unlösbaren Aufgabe

43 UN-ECLA 1969, p. 41.

44 Für 1950—60 ergab sich in Lateinamerika eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Agrarbeschäftigung von + 1,8 %. Dies steht im Widerspruch zu den Entwicklungstendenzen der meisten europäischen Länder, in denen, mit Ausnahme Griechenlands, negative Beschäftigungsraten im Agrarsektor von 1 % (Spanien, Portugal, Polen) bis 4,4/4,5 % (Italien, BRD, Belgien) zu beobachten sind, s. Grunwald, p. 836, note 15. Siehe auch Kaldor, table 3, p. 36.

45 Grunwald, table 3, p. 837.

46 UN-ECLA 1963 a, p. 26.

47 Grunwald, table 3, p. 837.

48 UN-ECLA 1969, p. 41.

49 UN-ECLA 1969, p. 44.

50 Der Begriff „marginale“ Bevölkerungsgruppen wird üblicherweise nur auf die *städtischen* Randgruppen angewandt. Dies hat methodische, praktische und ideologische Gründe. Zur Grundlegung der „marginality“-Diskussion: UN-ECLA 1969, pp. 43 ff. S. a.: Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) — „Vivienda y desarrollo urbano integrado: perspectivas en América Latina“, Washington D.C., Sept. 1966.

sprechen kann⁵¹. Wenn sie überhaupt realisierbar sein soll, dann erfordert dies eine bewußte, planvolle und umfassende Mobilisierung aller Ressourcen und Fähigkeiten des entsprechenden Landes.

Nehmen wir an dieser Stelle die Aussagen der selbstkritischen bürgerlichen Entwicklungstheorie⁵² beim Wort, so lassen sich im Rahmen kapitalistischer Systeme der Peripherie folgende *Grundvoraussetzungen* für die Durchsetzung der angegebenen Zielgrößen benennen:

1. die Existenz dynamischer einheimischer Kapitalistenklassen, die in Koalition mit aufgeklärten und fortschrittswilligen Regierungsbürokratien an der Durchsetzung eines autonomen Prozesses sozioökonomischer Entwicklung interessiert sind⁵³;
2. eine Entwicklungsideologie, die in der Lage ist, wesentliche Änderungen der gesellschaftlichen und ichbezogenen Leitbilder anzustoßen als Grundlage für veränderte Verhaltensweisen⁵⁴;
3. eine Vorstellung darüber, in welcher Richtung und in welchem Umfang grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, der regionalen Struktur und der politischen Machtverhältnisse zu erfolgen haben;
4. die Fähigkeit, das vorhandene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Instrumentarium in Richtung auf möglichst umfassende sozioökonomische Entwicklungsplanung, orientiert an gesamtgesellschaftlichen Rationalitätskriterien, auszubauen und durchsetzbar zu machen.

Ob dies unter den historischen und strukturellen Bedingungen der „kapitalistischen Produktionsweise der Peripherie“ widerspruchsfreie und realitätsnahe Voraussetzungen sind, wird im weiteren Verlauf der Arbeit am Beispiel eines spezifischen Industrialisierungstypus der Importsubstituierenden Industrialisierung, zu prüfen sein.

51 Auf eine systematische empirische Dokumentierung des Elends kapitalistischer Entwicklung in peripheren Ländern kann hier verzichtet werden, da die Bestandsaufnahme und Katalogisierung der wichtigsten Oberflächenerscheinungen selbst in solch reaktionären Machwerken wie dem Rockefeller-Report bereits ausgiebig erfolgt sind.

Als materialreiche Quellen für Lateinamerika seien genannt: UN-ECLA 1964, 1966 und 1967; Grunwald, Magdoff sowie die monatlich erscheinenden NACLA (= North American Congress on Latin America) -Veröffentlichungen, die auf der Basis eines marxistischen Forschungsprogramms z. T. hervorragend dokumentierte Situationsberichte liefern. Zur generellen Auseinandersetzung mit dem Indikatorenproblem vgl. Sutcliffe, Kap. 2 und die Veröffentlichungen der Projektgruppe über Entwicklungsprobleme am Max-Planck-Institut für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Starnberg.

52 Vgl. die Anmerkungen Vorbem. 12 und 2/16.

53 Hymer 1972; Merhav.

54 Bruton 1970, pp. 124.

2. Das Konzept der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI)

2.1 Das externe Engpaßproblem als Kern der ISI-Diskussion

Wir haben die Notwendigkeit von Industrialisierung in unterentwickelten und abhängigen Ländern abgeleitet. Auch haben wir die Größenordnung der für diese Länder kennzeichnenden Entwicklungsaufgabe umrissen — wir kennen also Art und Umfang der für den Kontext der peripheren Länder typischen Anforderungen an Industrialisierung.

Umgekehrt wurde bereits festgestellt, daß auf Grund struktureller Unterentwicklung jeder Industrialisierungsversuch im sog. Entwicklungsländer-Fall auf grundlegende Begrenzungen stoßen wird.

In welcher Form, so ist zu fragen, soll Industrialisierung in unterentwickelten und abhängigen Ländern ablaufen, damit sie mit einer nicht nur minimalen Durchsetzungswahrscheinlichkeit konfrontiert bleibt? Also: Zu welchen Änderungen der Produktions- und Nachfragestruktur, der Struktur des externen Sektors, der technologischen, institutionellen und sozialen Beziehungen muß Industrialisierung führen, will sie mehr als nur ephemere und folgenlose „Industrialisierungsbooms“ bewirken? Welche Gestalt Industrialisierung anzunehmen hat, bestimmt sich aus der Kennzeichnung der spezifischen Engpässe (bottlenecks)¹, mit denen es wirtschaftliche Entwicklung jeweils zu tun hat. Es kommt also darauf an, welchem Engpaß, welcher Gruppe von Engpässen jeweils Vorrangstellung zugebilligt wird.

Kennzeichnend für den Ansatz jener Industrialisierungspositionen, die im allgemeinen unter das Konzept der Importsubstituierenden Industrialisierung subsumiert werden, ist, daß hier aus der komplexen Vielfalt von strukturellen Engpässen, die jeweils wirtschaftliche Entwicklung behindern bzw. in Frage stellen können, ein ganz bestimmtes Engpaßproblem, das des „externen Engpasses“, herausgegriffen und als das Haupthindernis für wirtschaftliche Entwicklung angesehen wird.

Ausgangspunkt der hier angesprochenen Konzeption des „externen Engpaß“-Problems war die im Rahmen der neoklassischen Theorie des Internationalen Handels überfällig gewordene Auseinandersetzung mit einigen Thesen zum Verhältnis von Außenhandel, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung, wie sie im Rahmen der „alten“ Orthodoxie² als allgemein verbindlich, also auch für den Ent-

1 Zur Grundlegung des Engpaß-Konzeptes s. Myrdal, pp. 16 ff.; vgl. auch Baldwin und Meier 1957, pp. 319 ff.

2 Als „alte“ Orthodoxie wird hier im wesentlichen die neoklassische Reallokationstheorie, ergänzt durch einige postkeynesianische Erweiterungen, bezeichnet. Sie war sowohl für die Außenhandelstheorie der frühen fünfziger Jahre als auch für die zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden entwicklungstheoretischen Ansätze kennzeichnend. Die Hauptvertreter sind: Haberler; Viner; Meade; Johnson, H. G.

wicklungsländer-Fall gültig, festgelegt worden waren. Es handelte sich dabei zum einen um die „engine of growth“-Doktrin³ und die auf ihr basierende Freihandelsgläubigkeit, zum anderen um jene im Rahmen der „absorption approach“-Diskussion durchgeführten Versuche, jeweils auftretende externe Ungleichgewichte generell auf durch Überinvestition im Inneren bewirkte inflationäre Prozesse zurückzuführen. Diese beiden Hauptsätze der „alten“ Orthodoxie waren mit den sich seit 1930 abzeichnenden grundlegenden Strukturänderungen des Internationalen Handels und vor allem mit der sich verschlechternden Situation des Entwicklungsländer-Außenhandels zu konfrontieren, welche sich vor allem in sinkenden Exporteinnahmen, fallendem Anteil am entsprechenden Welthandel und minimaler Fähigkeit zur Änderung der Gütergruppenstruktur der Exporte konkretisierte⁵. Daß sich hinter diesen Oberflächenerscheinungen die Tendenz zu zunehmend ungleichmäßiger Verteilung der „gains of trade“ und damit wiederum verbunden die sich verschärfende Tendenz zu ungleichmäßiger Entwicklung im kapitalistischen Weltmaßstab immer deutlicher abzuzeichnen begann, konnte dem aufmerksamen Beobachter des Zeitgeschehens, soweit er sich noch nicht in der „heilen Welt“ der neoklassischen Glasperlenspiele verschanzte hatte, schwerlich verborgen bleiben. Und daß sich aus diesen Tendenzen letztlich verheerende Folgen ergeben könnten für Stabilität und Überlebensfähigkeit des kapitalistischen „Weltwirtschafts-systems“, dieser mit den Axiomen der Neoklassik unvereinbaren Erkenntnis konnten sich zumindest die aufgeklärten Vertreter der bürgerlichen Ökonomie nicht länger verschließen.

Am Beginn jener Überlegungen, die schließlich die Position der Importsubstituierenden Industrialisierung begründen sollten, stand also der Versuch, zu einer realitätsbezogeneren Neuformulierung der Wechselbeziehungen zwischen externem Sektor und wirtschaftlicher Entwicklung unter Berücksichtigung einiger struktureller Besonderheiten des sog. Entwicklungsländer-Falles beizutragen. Dieser Versuch einer Neuorientierung brachte als das wesentliche Resultat die Behauptung, daß als Kern jeder Entwicklungsanalyse die Untersuchung des „externen Engpaß“-Problems anzusehen sei. Gesagt wird ganz allgemein, daß die quantitative und qualitative Zusammensetzung des externen Sektors — also der Handels- und Zahlungs-

3 Quelle dafür: Robertson. Kritische Auseinandersetzung und Widerlegung u. a. bei: Sachs, pp. 25 ff.

4 Quelle dazu: Alexander. Ausführliche Grundlegung u. a. bei Meier 1963, pp. 66 ff., Kritische Auseinandersetzung und Widerlegung u. a. bei Furtado, C. — „External Disequilibrium in Underdeveloped Structures“, in Furtado 1964, pp. 154 ff., s. vor allem p. 165; Sachs, pp. 97 ff.

5 Zur grundlegenden Kennzeichnung des Haupttrends der Verschlechterung des Entwicklungsländer-Außenhandels seit 1930 siehe u. a. UN 1963 a; s. a. Maizels 1963. Für Lateinamerika u. a. UN-ECLA 1964, pp. 17—22.

beziehungen mit Drittländern⁶ — auf Grund vorgegebener Strukturverzerrungen nicht hinreicht, jenen Bestand an Hartwährungsdevisen zu realisieren, der als Grundlage für eine entsprechende Fähigkeit zur Ersparnisbildung und/oder eine entsprechende Importkapazität notwendig wäre zur Durchsetzung der jährlichen Zielwachstumsrate. Dabei wird, zumeist implizite, unterstellt, daß alle anderen Anforderungen zur Realisierung der entsprechenden Zielwachstumsrate in der Periode hinreichend erfüllbar seien und daß es praktisch keine Möglichkeit gebe, die zur Realisierung der Zielwachstumsrate benötigten Hartwährungsbestände durch andere Faktoren zu substituieren⁷. Industrialisierung wird also bei Dominanz des solcherart gekennzeichneten externen Engpaßproblems vor allem darauf gerichtet sein, jene Änderungen des externen Sektors anzustoßen und langfristig zu tragen, die zu einer Verkleinerung bzw. Schließung des „foreign exchange gap“⁸ führen können. Solchen Änderungen der Handels- und Zahlungsbeziehungen komme deshalb strategische Bedeutung zu, da nur auf diesem Weg Industrialisierung die vom externen Sektor ausgehenden Behinderungen der Entwicklungsmöglichkeiten beseitigen und darüber hinaus den externen Sektor als dynamischen Faktor der Gesamtentwicklung in der Weise substituieren könne, daß zum ersten Mal wirtschaftliche Entwicklung in der beschriebenen Weise erreichbar würde.

Zumindest kann dieser Ansatz für sich verbuchen, daß mit seiner Hilfe die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und der daraus ableitbaren Anforderungen an Industrialisierung beträchtlich vereinfacht werden könnte. Ob umgekehrt ein solch überwiegend monokausaler Erklärungsversuch zur „... abstraction from the secondary attributes of a phenomenon and concentration on its basic scaffolding ...“⁹ führen kann, ob er also zur Aufdeckung der für den Entwicklungsprozeß der peripheren Länder entscheidenden Züge beitragen kann, bleibt fragwürdig. Entsprechend wird man auch von Anfang an die Erwartungen an Aussagemöglichkeiten und Anwendbarkeit der ISI-Position einschränken müssen.

2.2 *Die strategische Bedeutung des externen Engpaßproblems für wirtschaftliche Entwicklung*

Geht man davon aus, daß periphere Länder bei ihren Versuchen, wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen bzw. voranzutreiben,

6 Definition des Externen Sektors nach: UN-ECLA 1969, p. 4. Zu beachten ist, daß dabei wesentliche Aspekte von Außenbeziehungen unberücksichtigt bleiben, so die internationalen Bewegungen des Faktors Arbeit („brain drain“, Migrationsprozesse der relativ unqualifizierten Arbeitskräfte), die Transferprozesse von „r + d“ (Forschung und Entwicklung) -Aktivitäten und des damit verbundenen technologischen und organisatorischen „Know-how“ und schließlich die durch die Gesamtheit aller Außenbeziehungen vermittelten Interdependenz- und Abhängigkeitsmechanismen. Vgl. auch Anm. I/6.

7 Diaz-Alejandro 1966/67, Part I, p. 23.

8 Vgl. dazu u. a. Vanek; Chenery und Eckstein 1970, p. 968.

9 Baran, p. 134.

notwendig auf ein externes Engpaßproblem stoßen, und nimmt man weiterhin an, daß diesem externen Engpaßproblem zentrale Bedeutung zukommt, dann heißt das vor allem: die auf wirtschaftliche Entwicklung gerichteten Anstrengungen mögen noch so umfassend und intensiv sein; solange sie nicht zu einer Veränderung jener Bestimmungsgrößen führen, die konstitutiv sind für das externe Engpaßproblem, werden potentiell vorhandene Wachstumsmöglichkeiten nur in begrenztem Umfang realisiert werden können. Brachliegendes Wachstumspotential bedeutet aber im Entwicklungsländer-Fall nichts anderes, als daß die Kluft zwischen steigenden objektiven Möglichkeiten und negativem Entwicklungstrend nur noch verstärkt wird. Entwicklungsanstrengungen ohne Abbau des externen Engpasses würden also statt wirtschaftlicher Entwicklung die Fortschreibung des Prozesses wirtschaftlichen Rückschritts bewirken.

Die Existenz eines externen Engpasses führt nach der hier vorgetragenen Auffassung also zum einen dazu, daß die jeweils durchsetzbaren Wachstumsraten des per-capita-Bruttosozialproduktes weit hinter dem zurückbleiben, was den durch Ressourcenstand, Entwicklungsbereitschaft und -fähigkeit gekennzeichneten objektiven Möglichkeiten entspräche. Ein Vergleich mit dem Fall der kapitalistischen Industrieländer verdeutlicht dies. Das dort realisierte Entwicklungsmuster¹⁰ ermöglichte es diesen Staaten, „... both to take advantages of the opportunities offered by the external market and to diversify and integrate domestic production capacity“¹¹. Entsprechend gilt, daß „... for a given rate of increase in world trade the rate of growth compatible with external stability is far higher in developed than in underdeveloped structures“¹². Eine Annäherung der entsprechenden Produktwachstumsraten an diejenigen der Industrieländer und, darüber hinaus, an die durch objektive Möglichkeiten und Zielsetzung festgelegten Werte setzt also in den peripheren Ländern c. p. die Lösung des externen Engpaßproblems voraus.

Zum anderen — und das ist der entscheidende Aspekt — verhindert die Existenz eines externen Engpasses, daß die Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung in Angriff genommen werden kann: die stufenweise und umfassende Aufhebung der bisher kumulierten Strukturverzerrungen und ihre fortschreitende Transformation in Richtung auf ein optimales Muster der wirtschaftlichen, technologischen, institutionellen und sozialen Interdependenzbeziehungen.

Eine Entwicklungsanalyse, die dem externen Engpaß einen solchen strategischen Stellenwert zuschreibt, wird, ausgehend von dieser

10 Determinanten dieses Entwicklungsmusters waren im wesentlichen die durch ein funktionsfähiges incentive-System in hinreichendem Maße hervorgerufenen autonomen Investitionen, eine entsprechende Wachstumsrate technologischer Innovationen und die durch „Freihandels“- und/oder imperialistische Expansionspolitiken gesicherte „Freiheit“ der Exporte, der Importe strategischer Rohstoffe und die damit verbundene „Bewegungsfreiheit“ für entsprechende Kapalexporte dieser Länder. Vgl. u. a. Baran, pp. 45 ff. und pp. 141 ff.

Prämisse, zwei Fragen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen haben:

1. Wie läßt sich das externe Engpaßproblem kennzeichnen, und anhand welcher empirisch testbaren Größen kann seine Existenz nachgewiesen werden?
2. Wie wirkt sich der solcherart gekennzeichnete externe Engpaß auf die Entwicklungsmöglichkeiten aus, und welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit der externe Sektor im Fall der peripheren Länder einen hinreichenden und positiven Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung leisten kann?

Im folgenden werden wir uns auf die Behandlung der relativ fortgeschrittenen Erklärungsansätze zum Problem des externen Engpasses konzentrieren. Denn zum einen ist die Auseinandersetzung mit den Erklärungsversuchen der „alten“ Orthodoxie sowohl von bürgerlicher als auch von marxistischer Seite nahezu umfassend erfolgt¹³. Zum anderen aber, und das scheint uns der entscheidendere Gesichtspunkt zu sein, hat der hier vorzutragende Ansatz der strukturalistischen Entwicklungstheorie¹⁴ die Grundlage abgeben für einige aufgeklärtere und ausgefeiltere Varianten der ISI-Position, die wiederum ihren Niederschlag gefunden haben in den vermutlich konsequentesten Versuchen, einen Prozeß nachholender Industrialisierung in kapitalistischen Ländern der Peripherie unter strikter Beibehaltung der gegebenen internationalen und internen Machtstrukturen durchzusetzen (Typus der nationalistisch-technokratischen Industrialisierungsversuche)¹⁵.

2.3 *Der strukturalistische Erklärungsversuch des externen Engpaßproblems*

Der strukturalistische Erklärungsversuch des externen Engpaßproblems¹⁶ greift auf einen von Marx ausgehenden Gedankengang zurück, der auf die spezifische Transformationsfunktion abstellt, die der Außenhandel im Verlauf des Entwicklungsprozesses erfüllen kann¹⁷. Wenn man sich verdeutlicht, daß der Finanzierungsaspekt

11 UN-ECLA 1964 a, p. 1.

12 Furtado 1964, p. 154. Vgl. dazu auch Seers, pp. 50 ff.

13 Vgl. dazu Myrdal; Linder; Furtado 1964, 1965 b, 1970 einerseits — Sachs; Bettelheim 1971 und Palloix 1969 und 1971 andererseits.

14 Quellen vgl. Anm. 16. Es sei darauf hingewiesen, daß der Begriff „strukturalistisch“ im Rahmen der hier vorgeführten entwicklungstheoretischen Ansätze nicht im Sinne des philosophischen Strukturalismus, etwa bei Lévi-Strauss, zu verstehen ist.

15 Vgl. dazu Quijano.

16 Zur Grundlegung s. Furtado 1964; Felix 1964. Zur Kritik des strukturalistischen Entwicklungskonzeptes siehe Frank; Laclau 1971.

17 Marx, K. — „Das Kapital“, Band III, MEW 25, p. 247: „Soweit der auswärtige Handel teils die Elemente des konstanten Kapitals, teils die notwendigen Lebensmittel, worin das variable Kapital sich umsetzt, verwohlfelert, ... erlaubt ... (er es, d. Verf.) ... , die Stufenleiter der Produktion zu erweitern. Damit beschleunigt er die Akkumulation.“ Zur Ausarbei-

eine wesentlich geringere Bedeutung für den Entwicklungsprozeß hat als der güterwirtschaftliche Aspekt¹⁸, daß also vor allem der Mangel an spezifischen Produktionsmitteln und -materialien als Wachstumshemmnis wirkt, wird klar, daß der Außenhandel in erster Linie als ein Mittel anzusehen ist, die Knappheit an bestimmten für wirtschaftliche Entwicklung grundlegenden Gütergruppen zu beseitigen¹⁹. Der Außenhandel soll es also dem betreffenden Entwicklungsland ermöglichen, seine Produktionsstruktur in der Weise zu verändern, daß schließlich ein solches „commodity pattern“ erreichbar wird, das zum einen die geplante Aufteilung des Volkseinkommens auf Investitionen und Konsum, zum anderen die sektorale Harmonisierung der Produktionsfaktoren ermöglicht. Ausgedrückt in der Marx'schen Terminologie geht es also darum, einen Teil des potentiellen „Konsumtionsfonds“ auszutauschen für einen entsprechenden „Akkumulationsfonds“, indem Güter der inländischen Konsumtionsabteilung (hier allerdings fast nur Primärgüter) für ausländische Güter der Abteilung I (Produktionsmittel) gehandelt werden. Solange dieses spezifische Güterknappheitsproblem vom Außenhandel nicht gelöst wird, mag wohl ein bestimmter Teil des Volkseinkommens „gespart“ werden. Es fehlen jedoch die Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Ersparnisse in produktive Investitionen²⁰.

Verdeutlichen wir uns das Grundschemata dieser Argumentation. Wenn Industrialisierung notwendige Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung ist, dann läßt sich zeigen, daß der wachsende Industriesektor eine zunehmende Menge an Gütern benötigt, die außerhalb des industriellen Sektors des betreffenden peripheren Landes hergestellt werden²¹. Diese Gütergruppen bezeichnen wir als die *grundlegenden Inputs fortschreitender Industrialisierung* und fassen darunter jene Maschinen, Ausrüstungssysteme, industrielle Rohstoffe und Zwischengüter, Nahrungsmittel und Konsumgüter zusammen, ohne die ein kontinuierlicher und zunehmend sich selbst tragender Aufbau des Industriesektors undenkbar ist²². Industrialisierungs-

tung dieses Gedankengangs vgl. u. a. die Diskussion um das Feldman-Mahalanobis-Modell (übersichtlich in Freyssinet), Bettelheim 1959, Merhav; Szentos. Ähnliche Argumentation bei Kaldor, pp. 33 ff.

18 Vgl. dazu Hofmann „Das Aufbringungsproblem (= Fähigkeit zur realen Kapitalbildung, d. Verf.) ist wesentlich nicht ein geldwirtschaftliches, sondern ein naturalwirtschaftliches“, p. 298, der daraus folgert: „Daß uns das Eindenken in den naturalwirtschaftlichen Charakter des Aufbringungsproblems im allgemeinen so schwer fällt, bezeichnet die Inadäquanz einer geldwirtschaftlich orientierten Theorie ... gegenüber den Fragen des Entwicklungsraumes“, ebenda.

19 Analoge Argumentation bei Kitamura, pp. 47 ff. Vgl. auch Sachs, pp. 100 ff., Furtado 1964, p. 150.

20 Vgl. hierzu Lange 1961, pp. 13 ff.; Griffin 1969 und 1971.

21 Kaldor, pp. 33 ff. und Hofmann, pp. 299 ff.

22 Eine solche Definition ist natürlich äußerst problematisch, denn die damit aufgeworfenen Probleme der Aggregation und Trennung des Heterogenen sind praktisch nicht lösbar. Umgekehrt ist sie insoweit sinn-

Inputs sind also all jene Gütergruppen, die zur Auslastung der vorhandenen industriellen Kapazitäten (Operations-Inputs), entsprechenden Reinvestitionen (Reinvestitions-Inputs) und zur geplanten Expansion der Industrieproduktion (Expansions-Inputs) notwendig sind²³. Gesagt wird nun, daß der Zugang zu diesen Industrialisierungs-Inputs die Hauptbegrenzung wirtschaftlicher Entwicklung darstelle, daß sich also die Wachstumschancen und Art und Intensität des durchsetzbaren Strukturwandels auf diejenigen Faktoren zurückführen ließen, die das Angebot an eben diesen Gütergruppen bestimmen.

Prinzipiell lassen sich diese Industrialisierungs-Inputs auf zwei Wegen beschaffen: zum einen direkt durch Auf- und Ausbau der inländischen Produktion; zum anderen auf dem Umweg über den Außenhandel, d. h. durch den Versuch, die entsprechenden Gütergruppen als Importe entweder über eine Steigerung der Exporteinnahmen oder durch entsprechende Änderungen in der Struktur der getätigten Importe zu erreichen. Mit fortschreitender Entwicklung wird sich dabei das Mischungsverhältnis, in dem diese Gütergruppen aus Außenhandel und Eigenproduktion stammen, grundlegend verändern, und zwar in der Weise, daß die inländische Produktion auf einem höheren Entwicklungsniveau zumindest eine untere kritische Schwelle der Eigenversorgung mit Industrialisierungs-Inputs überschritten haben wird²⁴.

Für beide Wege lassen sich im Fall peripherer Länder grundlegende Begrenzungen ableiten, die den spezifischen Stellenwert der

voll, als dadurch eine einseitige Orientierung am Kapitalgüterengpaß, wie sie in der Literatur häufig auftritt (vgl. Sheahan, pp. 97 ff.), vermieden werden kann. Eigentlich sollte man unter den Begriff der Industrialisierungs-Inputs auch jene für wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbaren Dienstleistungen (services) fassen — seien es Kredit- und Finanzierungsdienste, Vermittlung von technologischem und organisatorischem know-how, etc. Eine solch umfassende Darstellung des für die Entwicklungsländer kennzeichnenden „Input“-Knappheitsproblems mit den daraus ableitbaren Anforderungen an Industrialisierung und Änderungen der Struktur des externen Sektors scheidet aber an grundlegenden konzeptuellen Schwierigkeiten.

23 Die Kategorisierung erfolgte in Anlehnung an die von Linder, pp. 11 ff., gewählte Terminologie mit dem Ziel einer Erweiterung des dort erarbeiteten Konzeptes des Entwicklungsländer-spezifischen Güterknappheitsproblems. Zur Problematik einer solchen Kategorisierung vgl. ebenda, p. 13.

24 Vgl. u. a. Kaldor, p. 30, wo als Erfolgskriterium einer auf wirtschaftliche Entwicklung gerichteten Industrialisierungsstrategie genannt wird: „Once a country attains that level of industrialization at which it can satisfy its own needs, *not just in consumption goods, but in plant and machinery as well* [Hervorhebung vom Verfasser], the stage is set for a faster rate of growth of the manufacturing sector.“ Analog: UN-ECLA 1966, pp. 114 ff., wo auf den steigenden Anteil der einheimischen Produktion am erreichbaren Angebot an Industriegütern (available supply of manufactured products) abgestellt wird.

Transformationsfunktion des Außenhandels für eben diese Länder verdeutlichen und so zu einer realitätsnäheren Kennzeichnung des externen Engpaßproblems beitragen können.

Für den Weg der Eigenproduktion gilt, daß den Entwicklungsländern auf Grund spezifischer, im traditionellen Entwicklungsmuster kumulierter Angebots- und Nachfragebegrenzungen dieser Weg auf absehbare Zeit nur für eine begrenzte Zahl von Gütergruppen offensteht²⁵. Neben jenen Agrar- und Bergbauprodukten, die bereits im Stadium der „export economy“²⁶, sei es im Export- oder Subsistenzsektor, hergestellt wurden, gilt dies für solche Industrieprodukte, die einerseits durch einfache Technologie, minimale Anforderungen an Betriebsgröße und Ausbildungsgrad der Arbeitskräfte gekennzeichnet sind, andererseits aber nur einen geringen Stellenwert für die reale Kapitalbildung besitzen²⁷. Die Möglichkeiten der Eigenversorgung mit Industrialisierungs-Inputs beschränken sich also bei der derzeitigen Struktur der Angebots- und Nachfragebedingungen auf spezifische industrielle Rohstoffe, traditionale Industriegüter²⁸, die als „Lohngüter“ Verwendung finden und — soweit nicht grundlegende Verzerrungen des Agrarsektors selbst dies verhindern²⁹ — auf die Produktion von Subsistenznahrungsmitteln. Umgekehrt verlangt fortschreitende Industrialisierung zunehmend nach industriellen Kapital- und Zwischengütern. Es läßt sich also eine Tendenz zu

25 Vgl. dazu neuerdings die hervorragende Arbeit von Merhav (vor allem Kap. 1).

26 Zur Grundlegung des im wesentlichen durch Konzentration auf Primärgüterproduktion, Monoexportstruktur und Dominanz des ausländischen Kapitals gekennzeichneten Entwicklungsmodells der „Export Economy“ s. Levin, vor allem Kap. 4.

27 Vgl. dazu Hirschman 1958, pp. 131, 132.

28 Als „traditionale“ Industriegüter werden für Lateinamerika im allgemeinen genannt: Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, Textilien, Bekleidung und Schuhwerk, Holzprodukte und Möbel; vgl. UN-ECLA 1966, p. 86. Dabei ist zu beachten, daß die Unterscheidung zwischen „dynamischen“ und „traditionalen“ bzw. „stagnierenden“ Industrien zumindest insoweit problematisch ist, als dabei unverändert regressive Einkommens- und Vermögensverteilung unterstellt wird. Da jedoch der Ausgangspunkt für sämtliche Länder Lateinamerikas und für fast alle Güter unterschiedslos ein äußerst niedriger Pro-Kopf-Konsum ist, bleibt ein beträchtlicher „margin of expansion“ (p. 86) auch und gerade für die Nachfrage nach „traditionalen“ Industriegütern, der genutzt werden könnte durch eine planvolle „... policy of income redistribution, opening the way for a dynamic development of demand for many of the manufactures produced by what are now termed slow-growth industries“, p. 86. Vgl. auch pp. 124—126, wo eine empirische Schätzung des potentiellen Umverteilungseffektes für „traditionale“ Industriegüter versucht wird. Analoge Argumentation in UN-ECLA 1963 a, pp. 13 ff.

29 Vgl. Kaldor, pp. 53 ff. Eine umfassende Analyse des externen Engpaßproblems muß also die strategische Bedeutung des Nahrungsmitteldefizits mit einbeziehen. Zur Kennzeichnung der Situation Lateinamerikas vgl. UN-ECLA 1963 b.

wachsender Disproportionalität zwischen der Struktur des internen Bedarfs und dem bei vorgegebener Produktionsstruktur realisierbaren Gütergruppenangebot ableiten. Oder anders ausgedrückt: die Kluft zwischen dem steigenden Bedarf an Industrialisierungs-Inputs und der ebenfalls wachsenden Unfähigkeit, die fortschreitenden Industrialisierungsniveaus jeweils entsprechenden Input-Gütergruppen in Eigenproduktion zu erstellen, wird zumindest so lange wachsen, wie es nicht gelingt, die für den Ausgangspunkt der Industrialisierungsversuche kennzeichnenden Strukturverzerrungen abzubauen. Eine solche wachsende Kluft vermindert aber zunehmend die Industrialisierungschancen. Umgekehrt ist fortschreitende Industrialisierung die notwendige Bedingung für den Abbau der Strukturverzerrungen.

In dieser Situation wird die Hauptlast bei der Deckung des Input-Bedarfs entsprechenden Importen zufallen. Wir bezeichnen diese Importe als Input-Importe M_I und fassen darunter jene Gütergruppen zusammen, auf die ein Entwicklungsland nicht verzichten kann, will es suboptimale Ressourcenauslastung und Vergeudung des latent vorhandenen Wachstumspotentials verhindern, wobei umgekehrt diese Gütergruppen beim erreichten Entwicklungsstand nicht, bzw. noch nicht in Eigenproduktion erstellt werden können³⁰. Aus dem, was über die c. p. begrenzten Möglichkeiten der Eigenproduktion von Industrialisierungs-Inputs gesagt wurde, ergibt sich, daß „... for all practical purposes, it can be simply argued that imported capital goods and industrial raw materials constitute input imports“³¹. Entsprechend gilt auch, daß diese Input-Importe zumindest auf absehbare Zeit fast ausschließlich aus dem Handel mit Industrieländern gewonnen werden können³².

Die Erfüllung entsprechender „input-import requirements“³³ wird so zur grundlegenden Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung. Bestimmen wir den Minimalbedarf an Input-Importen M_I^+ als dasjenige Importvolumen, das zur Realisierung eines gemessen am Ziel wirtschaftlicher Entwicklung hinreichenden und störungsfreien Industriewachstums ausreicht. Dann gilt, daß, solange die in der betrachteten Periode realisierbaren Input-Importe M_I hinter M_I^+ zurückbleiben, weder vollständige Auslastung der vorhandenen industriellen Kapazitäten noch eine umfassende Nutzung des latent vorhandenen industriellen Wachstumspotentials möglich sein wird³⁴.

Kann, so fragt der strukturalistische Erklärungsversuch des externen Engpaßproblems nun weiter, dieser Minimalbedarf an Input-

30 Linder, pp. 12, 13.

31 ders., p. 12.

32 Von entsprechenden Möglichkeiten, die Versorgung mit Input-Importen durch volumenmäßige und strukturelle Änderungen des Intra-handels der Entwicklungsländer zu verbessern, wird hier also abstrahiert.

33 ders., p. 13.

34 Auf den Nachweis dieser Aussage muß hier verzichtet werden; vgl. dazu u. a. Linder, pp. 16—22.

Importen im Fall der peripheren Länder durch hinreichende Exporteinnahmen gedeckt werden, so daß im Grenzfall gilt:

$$X \geq M_I = M_I^+ ?^{35}$$

Es läßt sich nun zeigen, daß die Erfolgsbedingungen für M_I gegen M_I^+ zumindest so lange nicht hinreichend erfüllbar sind, als nicht der Versuch unternommen wird, an die Stelle des bisherigen Entwicklungsmodells der „Export Economy“ ein grundlegend anderes, an eben diesem strukturellen Importengpaß orientiertes Entwicklungsmodell zu setzen, das im folgenden als das Modell der „Import Sensitive Economy“³⁶ bezeichnet wird.

Die Notwendigkeit des Übergangs vom Modell der „Export Economy“ zum Modell der „Import Sensitive Economy“ wird in der Literatur üblicherweise mit dem Hinweis auf die Existenz eines strukturell bedingten Maximums für traditionale Exportmöglichkeiten begründet. Neben die *Theorie des Importminimums* tritt also die Theorie des *Exportmaximums*³⁷. Diese besagt ganz allgemein, daß auf Grund bestimmter entwicklungsländerspezifischer Disparitäten zwischen externer Nachfrage und inländischen Produktionsbedingungen die Steigerungsmöglichkeiten für Einnahmen aus Primärgüterexporten auf eine Obergrenze stoßen und daß in aller Regel die diesem Exportmaximum äquivalente Importkapazität hinter dem für den Anstoß eines Industrialisierungsprozesses benötigten Minimalbedarf an Input-Importen zurückbleibt. Bei Existenz eines solchen Exportmaximums werden die peripheren Länder externes Gleichgewicht nur durch einen zumindest teilweisen Verzicht auf vollständige Deckung des Minimalbedarfs an Input-Importen erkaufen können, d. h.: es müßten Entwicklungsmöglichkeiten preisgegeben werden.

Es muß allerdings generell bezweifelt werden, daß eine solche Theorie des Exportmaximums, und mag sie auch von einigen der für sie kennzeichnenden formalen Engstirnigkeiten befreit werden³⁸, allein dazu ausreichen würde, den Übergang von einem Entwicklungsmodell, das dominant auf die jeweils gebotenen Exportmöglichkeiten ausgerichtet war, zu einem Entwicklungsmodell zu begründen, in dem ein strukturelles Güterknappheitsproblem in Form eines Importengpasses im Mittelpunkt steht.

Denn selbst wenn man die inzwischen empirisch hinreichend abgesicherte Existenz eines durch tendenziell fallende externe Nachfrage bewirkten Maximums an traditionellen Exportmöglichkeiten zugesteht und darüber hinaus den durch säkulare terms-of-trade-Effekte bewirkten Verlust an externer Kaufkraft³⁹ in Rechnung

35 X steht hier für die in der betrachteten Periode getätigten Exporte, ausgedrückt in Werteinheiten. $X \geq M_I$, da angenommen wird, daß $M_{NI} > 0$.

36 Zum Begriff der „Import Sensitive Economy“ s. Sachs, p. 56.

37 Begriff bei Linder, pp. 34 ff.

38 Vgl. dazu Linder, pp. 36 ff., Sachs, pp. 9 ff., und Furtado 1964, pp. 161 ff.

39 Vgl. dazu Prebischs Modell in: ders. 1959, pp. 253, 254.

stellt, ist nicht unmittelbar einzusehen, warum nicht im Rahmen dieses von der „Export Economy“ realisierbaren Exportmaximums zumindest ein nicht unerheblicher Teil der zu fortschreitender Industrialisierung notwendigen M_1^+ realisierbar sein sollte. Solange diese Erwartung aber nicht schlüssig widerlegt wird, wird auch nicht hinreichend begründet, warum der Übergang zu einem neuen Entwicklungsmuster notwendig sein soll.

Kennzeichnend für das Entwicklungsmodell der „Export Economy“ ist, daß in ihm Entwicklungsimpulse, wenn überhaupt, von außen an das jeweilige Gesellschaftssystem herangetragen werden. Im Rahmen eines solchen „externally-g geared development pattern“⁴⁰ können Wachstum und Strukturwandel ausschließlich durch steigende Exporteinnahmen erreicht werden. Die spezifische Struktur des für die „Export Economy“ typischen Exportsektors bringt es jedoch mit sich, daß selbst bei relativ günstigen aggregierten Exporteinnahmen ein hinreichender Anstoß zu fortschreitender Diversifikation und Integration der inländischen Produktionsstruktur praktisch nicht vermittelt werden kann.

Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen⁴¹, lassen sich die Hauptursachen dieser für die „Export Economy“ typischen Unfähigkeit, auf hinreichenden Exporteinnahmen einen fortschreitenden und dauerhaften Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung aufzubauen, u. a. folgendermaßen kennzeichnen:

1. die Struktur der exportierten Gütergruppen, — d. h. also die Dominanz der Primärgüter und die Beschränkung auf ganz wenige Hauptexportgüter, was zu der hochgradig einseitigen und instabilen *Monoexportstruktur*⁴² führte;
2. die Besitzstruktur im Exportsektor, — d. h. zum einen die zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellte faktische Vorherrschaft des ausländischen Kapitals in der Plantagen- und Bergbauproduktion und entsprechenden Export-Import-Aktivitäten⁴³, zum anderen der extrem hohe Konzentrationsgrad des einheimischen Eigentums an den verbleibenden, zumeist strategisch sekundären Produktionsmitteln⁴⁴;
3. die Art des Produktionsprozesses im Exportsektor, der im Rahmen vollständig von der übrigen Volkswirtschaft isolierter „Enkla-

40 Begriff in UN-ECLA 1963 a, pp. 17 ff.

41 Ausführliche Grundlegung u. a. bei: Levin; Baran, pp. 134 ff.; Furtado 1965 b; Arrighi, Amin, Kap. 2.

42 Zur Kennzeichnung der Monoexportstruktur für die lateinamerikanischen Länder vgl. Magdoff 1968/II, table 20, pp. 50, 51.

43 Vgl. dazu u. a. Frank, pp. 76 ff. und 175—178; Magdoff 1968.

44 Dies setzt auch von Anfang an das Kräfteverhältnis fest, in dem sich später bei potentiellen Konfliktsituationen, z. B. bei Versuchen der nationalen Bourgeoisien, einen autonomen Industrialisierungsprozeß durchzusetzen, ausländisches und einheimisches Kapital gegenüberstehen werden; vgl. p. 48 und pp. 65 ff. dieser Arbeit.

ven“⁴⁵ mit transplantierte Technologie und ohne die geringsten linkage-Effekte⁴⁶ abläuft;

4. ein entsprechend minimaler Beschäftigungs- und Einkommenseffekt, der, soweit überhaupt vorhanden, in personaler, funktionaler und regionaler Hinsicht extrem ungleichmäßig verteilt ist.

Bei Konstanz dieser Strukturspezifika ist sichergestellt, daß die jeweils realisierbaren Exporteinnahmen, mögen sie noch so hoch sein, nicht oder doch nur in verschwindendem Ausmaße in eine Kapazität zur Realisierung entwicklungsstragender Input-Importe M_I transformiert werden können, da unter diesen Bedingungen Exporteinnahmen überwiegend durch entsprechende Profit- und Schuldendiensttransfers nach Industrieländern und durch den Luxuskonsum der einheimischen Exportoligarchien aufgezehrt werden⁴⁷.

Soweit überhaupt externe Kaufkraft in Investitionen transformiert werden kann, bleibt dies dem Ausbau der Exportenklaven, entsprechenden Bauinvestitionen und fragmentarischen Ansätzen eines auf Versorgung der wachsenden Stadtbevölkerung ausgerichteten „residential industry“⁴⁸-Kerns vorbehalten, Allokationsalternativen also, die faktisch wenig für den Ausbau der Entwicklungsmöglichkeiten im betreffenden Land, dafür um so mehr für die Expansionsmöglichkeiten der an diesen Investitionen beteiligten ausländischen Gesellschaften und/oder für den Ausbau des Privilegiensystems der einheimischen Eliten bedeuten. Eine auch nur minimale Verbesserung des Grades der Eigenversorgung mit Industrialisierungsinputs ist also im traditionellen „Export Economy“-Modell nicht denkbar.

2.4 Der Lösungsansatz: ISI als eine „anti-trade biased strategy“

Wenn $M_I < M_I^+$ in der beschriebenen Weise als die strategische Bestimmungsgröße der Entwicklungsmöglichkeiten angesehen wird, liegt die Frage nach den Bedingungen nahe, unter denen sich M_I und M_I^+ unter Beibehaltung der Zielwachstumsrate so weit aneinander annähern lassen, daß im Grenzfall gilt: $M_I = M_I^+$.

Für eine solche gegenseitige Annäherung von M_I und M_I^+ gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder werden die Bedingungen für die je realisierbaren Input-Importe verbessert, d. h. es werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die tatsächlich realisierten Input-Importe möglichst nahe an den zur Aufrechterhaltung der „sozial akzeptablen“⁴⁹ Wachstumsrate benötigten Bedarf an Input-Importen herangerückt werden können. Oder es werden entsprechende Anstrengungen unternommen, den Anteil der M_I^+ am jeweiligen Vollbeschäftigungseinkommen Y unter Beibehaltung der projizierten

45 Begriff in UN-ECLA 1963 a, pp. 37 ff.

46 „linkage“-Effekte werden hier definiert als die Fähigkeit, zusätzliche Investitionssequenzen anzustoßen; ausführlich bei: Hirschman 1958, pp. 98 ff.

47 Myint, pp. 57 ff.

48 Begriff in UN-ECLA 1964 a, p. 3.

49 Linder, p. 18.

Zielwachstumsraten langfristig zu senken, so daß also M_I^+ sich an die jeweils maximal erreichbaren M_I annähern würde.

Wir haben gesehen, daß im Rahmen der „Export Economy“ die Erfolgsbedingungen für eine gegenseitige Annäherung von M_I und M_I^+ auf beiden Wegen nicht hinreichend erfüllbar sind, daß vielmehr auf Grund struktureller Besonderheiten eine Tendenz zu zunehmendem Auseinanderklaffen von M_I und M_I^+ festzustellen ist. Eine Lösung des externen Engpaßproblems setzt also grundlegende strukturelle Änderungen voraus. Solche Änderungen des Entwicklungsmusters können, wenn überhaupt, durch Industrialisierung angestoßen werden. Der Lösungsansatz der Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung stellt dabei auf jene Änderungen der Allokationsstruktur und der Struktur des externen Sektors ab, mit deren Hilfe Industrialisierung zumindest in der langen Frist zu einem Abbau der hier aufgezeigten gütergruppenspezifischen Importabhängigkeit beitragen könnte.

Die Industrialisierungsstrategie, die sich unter den strukturellen Bedingungen einer „Import Sensitive Economy“ anbietet, läßt sich als eine „anti-trade biased strategy“⁵⁰ kennzeichnen. Das heißt aber nicht, daß es sich um eine auf Autarkie gerichtete Strategie handelt⁵¹. Eine konsistente Strategie der Autarkie hätte den Außenhandel als ein vorübergehendes Phänomen anzusehen, das, je längere Zeiträume betrachtet werden, um so mehr an Bedeutung verlieren würde. Die Strategie, die im Rahmen einer „Import Sensitive Economy“ naheliegt, zielt hingegen darauf ab, den Außenhandel und die aus ihm zu gewinnenden Industrialisierungsimpulse bis zu demjenigen „ceiling“ voranzutreiben, das ihm von exogenen Faktoren gesetzt ist. Maximierung der Kapazität für Input-Importe — das ist der eine Aspekt einer auf Durchbrechung des strukturellen Importengpasses gerichteten Industrialisierungsstrategie.

Da sich aber zeigen läßt, daß die von exogenen Faktoren gesetzten Grenzen c. p. nur einen bescheidenen Spielraum für entsprechende Erweiterungsversuche der M_I -Kapazität zulassen, hat die Industrialisierungsstrategie im Falle einer „Import Sensitive Economy“ noch eine weitere Anforderung zu erfüllen. Sie muß versuchen, unter allen Umständen eine Wachstumsrate des Volkseinkommens zu realisieren, die jene der Importkapazität für Industrialisierungsinputs überschreitet. Eine Maximierung der Wachstumsrate des Volkseinkommens im Rahmen vorgegebener Kapazität für Input-Importe verlangt aber, daß über steigende Eigenversorgung mit Industrialisierungsinputs eine Senkung und/oder eine strukturelle Änderung der Input-Importkoeffizienten sowohl der Produktionsfaktoren als auch der Komponenten der Endnachfrage bewirkt wird.

Die Abgrenzung vom Konzept der Autarkie ist insofern notwendig, als häufig eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Ansatz

50 Sachs, p. 104.

51 Vgl. UN-ECLA 1964 a, p. 4.

52 ebenda, p. 4.

der ISI allein dadurch verhindert wird, daß als das Hauptanliegen dieser Strategie unterstellt wird: „... to eliminate imports altogether, in other words, to achieve self-sufficiency“⁵². Typische Vertreter für solche Versuche, ISI mit Autarkiestreben gleichzusetzen, sind Keesing und Balassa⁵³. Um so leichter fällt es diesen Autoren dann, das Kernproblem von Industrialisierung in unterentwickelten und abhängigen Ländern: den Übergang nämlich zu einem Prozeß fortschreitender und autonomer Industrialisierung — zu übersehen und alternativ zur „... offensichtlich absurden...“⁵⁴ Autarkiestrategie die Vorzüge von „... outward-looking strategies of industrial development...“⁵⁵ anzupreisen. Verschwiegen wird dabei, daß bei Nichtexistenz von ausreichender Eigenversorgung mit Industrialisierungsinputs und/oder von hinreichender Kapazität für Input-Importe der direkte Übergang zur Förderung von Industriegüterexporten die Voraussetzungen für einen dauerhaften und autonomen Industrialisierungsprozeß notwendig verschlechtern wird. Denn solange es dem betreffenden Land nicht gelingt, aus eigener Kraft⁵⁶ die jeweils zu fortschreitender Industrialisierung benötigten Gütergruppen zu beschaffen, werden die Versuche einer Steigerung der Industriegüterexporte notwendig auf jene Gütergruppen beschränkt bleiben, die als überwiegend rohstoff- und/oder arbeitsintensiv zu kennzeichnen sind und nur begrenzten Stellenwert für die reale Kapitalbildung besitzen. Unter den genannten Ausgangsbedingungen würde selbst im Rahmen eines solch begrenzten Industrialisierungsmusters ein Überschußbedarf an entsprechenden Input-Importen entstehen, der, wenn überhaupt, durch Nettokapitalimporte aus Industriestaaten gedeckt werden müßte. Die daraus resultierenden Anforderungen an die in solchen Industriegüterexportaktivitäten zu realisierenden Produktivitätsniveaus, d. h. an deren Wettbewerbsfähigkeit⁵⁷ könnten auf absehbare Zeit ausschließlich von Unternehmen/Unternehmensgruppen aus den hochentwickelten Ländern getragen werden⁵⁸.

Ein solches „nach außen gerichtetes“ Industrialisierungskonzept würde also nicht nur einen vorzeitigen Verzicht auf zumindest latent vorhandene Möglichkeiten fortschreitender Expansion und Diversifikation der industriellen Produktionsstruktur bedeuten. Es würde darüber hinaus die Perpetuierung der bereits im „Export Economy“-

53 Keesing; Balassa 1970.

54 Balassa 1970, p. 27.

55 ders., p. 24.

56 d. h. aus Eigenproduktion und/oder durch entsprechende Exporteinnahmen gedeckte Importkapazität.

57 Vgl. dazu die von Meier im Rahmen des Konzepts der „debt servicing capacity“ abgeleiteten Anforderungen, in: ders. 1963, pp. 107—109.

58 Vgl. dazu UNCTAD 1969, pp. 23 ff. Spätestens an dieser Stelle wird auch der ideologische „bias“ dieser Konzepte deutlich und „outward-looking strategies of industrial development“ entpuppen sich als willkommene Komponente im strategischen Zielkatalog multinationaler Konzerne.

Modell angelegten Tendenz zu sich verschärfender Abhängigkeit bewirken, da auch im Rahmen einer solchen Strategie gelten würde: „... most of the benefits of ... export expansion are fed back into the foreign-dominated export sector or transformed abroad with little forward, backward, or lateral linkages with the rest of the economy⁵⁹.“

Die im Rahmen einer „Import Sensitive Economy“ ableitbare Industrialisierungsstrategie läßt sich also als ein Versuch kennzeichnen, in Reaktion auf bestimmte Verschlechterungen der Außenhandelsbedingungen und im Rahmen eines unvollständigen und auf Grund exogener Faktoren weitgehend „geschlossenen“ Entwicklungsprozesses den für den Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und zunehmend sich selbst tragender Industrialisierung konstitutiven Bestand an Industrialisierungsinputs zu maximieren. Die unmittelbaren strategischen Variablen dieses Industrialisierungskonzeptes sind dabei: Änderungen der Importstruktur und langfristige Senkung der aggregierten Importkoeffizienten, wobei gilt, daß beides allein auf der Grundlage einer fortschreitenden Expansion und Diversifikation der industriellen Produktionskapazität zu erreichen ist.

Importsubstitution bedeutet also im Rahmen einer solchen Industrialisierungsstrategie zweierlei: Zum einen die kontinuierliche Ersetzung von Non-Input-Importen M_{NI} ⁶⁰ durch jene Gütergruppen, die als Input-Importe fortschreitender Industrialisierung bestimmt wurden, so daß also die jeweils vorhandene Gesamtimportkapazität zunehmend zur Deckung des M_I^+ verwendet werden kann. Da umgekehrt die durch optimale Nutzung der vorhandenen Importkapazität durchsetzbare Steigerung der Kapazität für Input-Importe unweigerlich auf die von den vorgegebenen Begrenzungen des externen Sektors gesetzte Obergrenze stoßen wird, wird zum zweiten die langfristige Senkung der entsprechenden Importgehaltskoeffizienten (import content coefficients)⁶¹ von Konsum- und Investitionsnachfrage angestrebt. Als erfolgreich läßt sich eine auf Importsubstitution gerichtete Industrialisierungsstrategie dann kennzeichnen, wenn es, zumindest in der langen Frist, gelingt, den Eigenbeitrag zu einem wachsenden Gesamtangebot an Industrialisierungsinputs (= Summe aus Input-Importen plus Eigenproduktion) signifikant zu steigern.

59 Theberge, J. D. — Einleitung zum Kapitel „The Historical Context“, in: ders., p. 9.

60 M_{NI} sind jene Gütergruppen, die nicht als „essentials“ fortschreitender Industrialisierung gelten können, also im wesentlichen Luxusimporte der Exportoligarchien. Hinzu kommen in zunehmendem Maße jene Gütergruppen, die zumindest bei der städtischen Mittelklasse einschließlich Teilen der Industriearbeiter als Anreiz und Garant für weitgehende Loyalität gegenüber dem vorhandenen Gesellschaftssystem wirken sollen, die also de facto die entwicklungsnotwendigen Änderungen des Bewußtseins und der Verhaltensweisen verhindern.

61 Sachs, p. 55.

3. Das historisch-strukturelle Ablaufmodell der Importsubstituierenden Industrialisierung und immanente Begrenzungen

3.1 Problemstellung und Grundannahmen

Auf welchem Weg läßt sich dieser doppelte Lösungsansatz der Strategie der ISI unter den für den sog. Entwicklungsländer-Fall typischen historischen und strukturellen Ausgangsbedingungen verwirklichen, d. h. nach welchem Muster sollen entsprechende Änderungen der Außenhandelsstruktur und die dazu interdependenten Änderungen der industriellen Produktionsstruktur in Gang gesetzt werden bzw. ablaufen?

Die Suche nach dem historisch-strukturellen Ablaufmodell der ISI impliziert einige grundlegende Annahmen. Wir betrachten hier den Fall eines Entwicklungslandes, das noch überwiegend die für das Modell der „Export Economy“ typischen Strukturspezifika aufweist. Wirtschaftliche Aktivität wird also fast ausschließlich durch externe Nachfrage angetrieben und verläuft in den durch das marktwirtschaftliche System gesetzten Grenzen. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel liegt in den Händen von privaten Wirtschaftssubjekten, d. h. ausländischen Unternehmensgruppen und/oder einheimischen Oligarchien¹.

In dieser Situation ist die Produktionsstruktur dadurch gekennzeichnet, daß mehr als die Hälfte des Bruttosozialproduktes aus der Primärgüterproduktion stammt², wobei der Hauptteil dieser Produktionsaktivitäten im Primärgütersektor auf den Export einiger weniger Gütergruppen gerichtet ist³. Soweit es überhaupt Formen industrieller Produktion gibt, handelt es sich dabei zumeist um handwerkliche und/oder manufaktuell betriebene Tätigkeiten, die auf „... the processing or simple transformation of primary products...“⁴ gerichtet sind. Produziert wird dabei fast ausschließlich für den Export. Ausländisches Kapital ist tonangebend und bestimmt, was, wo, wofür und unter welchen Bedingungen produziert wird⁵. Es handelt sich also bei diesen Formen industrieller Tätigkeit genau wie bei den auf die Erstellung von Primärgüterexporten gerichteten Produktionsarten um „... islands ... cut off from the rest of the internal economy as far as the distribution of their output and the supply of their inputs are concerned“⁶. Für den Binnenmarkt werden, wenn überhaupt, produziert:

1 Vgl. dazu unter p. 362 dieser Arbeit die dort vorgelegte Kennzeichnung der wesentlichen Strukturspezifika des „Export Economy“-Modells.

2 Vgl. ein entsprechendes Schema der sektorenspezifischen Aufgliederung des Bruttosozialprodukts in Abhängigkeit vom erreichten Entwicklungsstand in *Organization of American States (OAS)*, table 2—3, p. 21.

3 S. dazu p. 362 dieser Arbeit.

4 UN-ECLA 1966, p. 18. Im Rahmen des dort aufgeführten Lateinamerika-spezifischen Industrialisierungsschemas als Stufe I, die sog. „pre-factory phase“, gekennzeichnet.

a) die zur Deckung des Subsistenzminimums unverzichtbaren „Lohnsgüter“ — also neben Nahrungsmitteln, soweit sie industrieller Verarbeitung bedürfen, Getränke, Tabak, Textilien, Bekleidung, Schuhwerk etc.;

b) Zement und einige andere einfache Baumaterialien zur Deckung entsprechender Bauvorhaben der in- und ausländischen Export-Import-Gruppen;

c) vereinzelt auch einfache chemische und pharmazeutische Produkte⁷.

Auf Grund der zu diesem Zeitpunkt noch günstigen Importkapazität geht der Hauptteil der inländischen effektiven Nachfrage in Importe. Das heißt aber nichts anderes, als daß ein hinreichender Anreiz für fortschreitende Expansion und Diversifikation der Binnenmarktproduktion nicht besteht. Erkennbar ist vielmehr eine Tendenz zu suboptimaler Auslastung entsprechender vorhandener Produktionskapazitäten⁸. Die im „Export Economy“-Modell realisierbare industrielle Produktionsstruktur ist also in keiner Weise dazu geeignet, „... to impart to the domestic economy a vigorous growth of its own“⁹. Darüber hinaus lassen sich die Strukturen von Produktion und Außenhandel als derart einseitig und inflexibel kennzeichnen, daß von außerhalb angestoßene Änderungen der Daten einen hohen Grad von Instabilität erwarten lassen.

Wir wollen nun weiter annehmen, daß ein solches Land auf exogen bedingte, d. h. von ihm c. p. nicht beeinflussbare Begrenzungen seiner traditionellen Exportmöglichkeiten stößt¹⁰. Schließlich unterstellen wir drittens, daß es trotz fallender Exporteinnahmen gelingt, mit

5 UN-ECLA 1966, p. 18; s. a. Furtado 1964, pp. 142 ff.; Myint, p. 48; Magdoff 1968, p. 65; Frank; Amin.

6 UN-ECLA 1966, p. 18; s. a. UN-ECLA 1963 a, pp. 54 ff.

7 UN-ECLA 1966, ebenda.

8 Daß es überhaupt zur Errichtung entsprechender industrieller Produktionskapazitäten kam, ist unter den Bedingungen der „Export Economy“ eben nicht auf einen endogenen Transformationsprozeß der Produktionsstruktur zurückzuführen, sondern auf Anstöße von außerhalb, in Form von Kriegen, allgemeinen Wirtschaftskrisen etc., siehe dazu: Hirschman 1968, p. 5. Ein historischer Abriß dieser exogenen und zumeist hochgradig einseitigen Industrialisierungsimpulse von außerhalb für Lateinamerika in: Frank, Kap. 1, 3 und 5.

9 UN-ECLA 1964 a, p. 1.

10 Diese Annahme deckt sich mit dem für die lateinamerikanischen Länder zur Zeit der Weltwirtschaftskrise zu beobachtenden Abfallen der externen Kaufkraft, der für die Hauptexportgüter nahezu 50% betrug, vgl. dazu UN-ECLA 1964 a, p. 2. Als die historisch für Lateinamerika relevanten Anstoßgrößen des Verfalls der traditionellen Exportmöglichkeiten sind neben der Weltwirtschaftskrise zu nennen: a) das Ende des Kautschuk-Booms in Brasilien (1906—12), b) die Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten für Nitrate, die vor allem Chile betraf, c) der Beginn der restriktiven Außenhandelspolitik der USA mit der Verabschiedung des „Smoot-Hartley-tariff“ (1930), d) die Einführung eines eigenen Präferenzsystems für den britischen Commonwealth; s. UN-ECLA 1966, p. 21.

Hilfe entsprechender Subventionierung des Exportsektors die bisherige inländische effektive Nachfrage zu erhalten¹¹. Diese Nachfrage wird aber unter den Bedingungen der „Export Economy“ auf eine inländische Produktion stoßen, die weder volumenmäßig noch strukturell zu ihrer Deckung ausreicht. Da der Anteil der Investitionsnachfrage im „Export Economy“-Modell notwendig gering ist¹², interessiert uns hier vor allem die inländische Konsumnachfrage. Diese ist zum einen dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil des wirksam werdenden Massenkonsums am Gesamtkonsum extrem niedrig ist und daß dieser überwiegend auf „inferiore“ Güter gerichtet ist. Den Hauptanteil stellt der Konsum der Export-Import-Eliten, der an „europäischen“ Konsummustern orientiert und auf dauerhafte und hochwertige Konsumgüter gerichtet ist. Während also, wie wir gesehen haben, die Binnenmarktproduktion kaum mehr als die teilweise Deckung des Subsistenz- und Bauinvestitionsbedarfs zu leisten vermag, ist umgekehrt die für die „Export Economy“ typische Konsumnachfrage zum einen durch die Nichtexistenz eines, das Stadium der „basic requirements“ übersteigenden Massenkonsums, zum anderen durch einen hochgradig diversifizierten Elitekonsum gekennzeichnet.

Prinzipiell könnte ein Ausgleich einer solchen Kluft zwischen Produktionsmöglichkeiten und wirksamer Nachfrage über eine ex-ante-Anpassung durch Außenhandel, d. h. durch entsprechende Importe erreicht werden. Der durch sinkende Exporteinnahmen bewirkte Fall der Importkapazität läßt jedoch dafür nur einen begrenzten Spielraum, der noch dazu, auf Grund der getroffenen Annahmen, tendenziell abnehmen wird.

In dieser Situation wird das betreffende Entwicklungsland folgerichtig versuchen, durch spürbare Verteuerung zumindest einiger Importgütergruppen wenigstens einen Teil der wirksamen Nachfrage von den Importen weg auf entsprechende im Entwicklungsland selbst produzierte bzw. produzierbare Gütergruppen umzulenken. Denn nur so könnte zumindest ex post eine Anpassung zwischen den Strukturen von Angebot und Nachfrage erreicht werden. Zugleich würde dadurch aber „... a sharp stimulus to domestic import-substitution production“¹³ geschaffen.

11 Vgl. dazu die grundlegende Darstellung des in Brasilien zur Stützung der Kaffee-Exportinteressen verwendeten Instrumentariums bei Furtado 1965 a, pp. 193 ff., das faktisch eine Vorwegnahme des Keyneschen Instrumentariums der Einkommenskompensationspolitiken darstellt. Daß Maßnahmen zur Erhaltung der effektiven Nachfrage in der „Export Economy“ nur diese spezifische Gestalt annehmen konnten, impliziert die vorhandene gesellschaftliche und politische Machtverteilung.

12 Vgl. dazu das von Furtado 1965 b vorgelegte Modell der Kapitalakkumulation.

13 UN-ECLA 1964 a, p. 2.

3.2 Die Anfangsphase der Importsubstituierenden Industrialisierung: das Stadium der „einfachen“ ISI

Verdeutlichen wir uns die für die Anfangsphase der ISI kennzeichnende Problemstellung. In einer Situation, in der, bewirkt vor allem durch exogene Faktoren, die traditionellen Exportmöglichkeiten sich tendenziell verschlechtern und in der zugleich die wirksame interne Nachfrage der Exporteliten kaum oder doch nur mäßig absinkt, jedoch nicht importwirksam werden kann, müssen neue Wege gefunden werden, diese vorhandene monetäre Nachfrage zu befriedigen. Dies erfordert Expansion des inländischen Angebots.

Eine solche Ausdehnung des inländischen Angebots kann zum einen durch vollständige und/oder exzessive Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten, zum anderen durch Neuerrichtung solcher Produktionseinheiten erfolgen, die auf die Ersetzung von bisherigen Importen gerichtet sind. Daß im Rahmen des „Export Economy“-Modells eine Tendenz zu suboptimaler Auslastung von Kapazitäten für die Binnenmarktproduktion bestand, haben wir bereits aufgezeigt. Zum anderen bietet die Existenz von „surplus labor“¹⁴ im Subsistenzagrarsektor und anderen unausgelasteter Ressourcen¹⁵ die Möglichkeit, die reale Kapitalbildung und den industriellen Output zu steigern. Einer Expansion und Diversifikation der einheimischen Industrieproduktion stünden also auf der Angebotsseite zumindest keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen.

In einem marktwirtschaftlichen System finden aber entsprechende Investitionen erst dann statt, wenn für die lange Frist hinreichend gesicherte Profitmöglichkeiten bestehen, zumindest in den Erwartungen der potentiellen Investoren¹⁶. Potentielle Investoren sind unter den beschriebenen sozioökonomischen Bedingungen die jeweiligen in- und ausländischen Export-Import-Gruppen. Zum einen könnte nun die Politik der Subventionierung des Exportsektors, die dort zumindest eine unmittelbare Verschlechterung der Ertragslage verhindert, die Bereitschaft hemmen, nach neuen, profitableren Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Jedoch werden die „weitsichtigeren“ Exportkreise sehr bald erkennen, daß, solange nicht das betreffende Land ein Angebotsmonopol für das entsprechende Exportgut besitzt¹⁷, Preisstützungsmaßnahmen über die dadurch in der

14 Zum Konzept des „surplus labor“ vgl. u. a. Lewis; Fei und Ranis; Baer und Hervé; kritische Würdigung in Sutcliffe, pp. 120 ff. Zur Weiterentwicklung dieses Konzeptes: Arrighi, pp. 228 ff.

15 Vgl. dazu Hirschman 1958 und den dort unter p. 6 aufgeführten Katalog der latent vorhandenen Ressourcen.

16 S. dazu: Scitovsky und das dort entwickelte Modell des Investitionsverhaltens unter den für periphere Länder symptomatischen Oligopolbedingungen. Vgl. dazu neuerdings die grundlegende Arbeit von Merhav.

17 Aber selbst für Brasilien, das bis 1930 ein Quasi-Angebotsmonopol für Kaffee besaß, mußten sich entsprechende Preisstützungsmaßnahmen langfristig negativ auswirken, denn das Quasimonopol war eben gerade auf Grund der bis dahin konkurrenzlosen Preise zustande gekommen.

langen Frist induzierte Tendenz zur Überproduktion unweigerlich zu einer weiteren Verschlechterung der Ertragslage führen müssen¹⁸, daß also langfristig die Suche nach alternativen Investitionsmöglichkeiten unausweichlich ist.

Schwerer wiegt die Überlegung, daß die entsprechende „importables“-Produktion der hochentwickelten Länder auf Grund signifikanter Wettbewerbsvorteile¹⁹ mühelos die gesamte interne Nachfrage des betreffenden Entwicklungslandes an sich ziehen könnte, sobald nur eine hinreichende Verbesserung des externen Sektors die Transformation von inländischer monetärer Nachfrage in Importnachfrage erlaubte. Ein entsprechender Schutz vor konkurrierenden Importen stellt also eine notwendige Bedingung für den Beginn importsubstituierender Industrialisierung im Entwicklungsländer-Fall dar²⁰. Ein solcher Schutz- oder „Protektions“-Effekt kann durch eine signifikante Erhöhung der relativen Importpreise in Form von Zöllen, quantitativen Restriktionen und/oder Wechselkursmanipulationen²¹ erfolgen.

Ein hinreichender Anstoß für die Errichtung von Importsubstituierenden Industrien wird jedoch erst dann gegeben sein, wenn der ungehinderte Zugang zu den für den Aufbau dieser Produktionsarten grundlegenden Input-Importen gesichert ist. Die angestrebte Veränderung der relativen Importpreise wird also neben dem Protektionsaspekt auch den Aspekt der hinreichenden Versorgung mit Produktionsgüterimporten berücksichtigen müssen. Entsprechend läßt sich das Instrumentarium der Anfangsstufe der ISI kennzeichnen als eine „... combination of selective protection plus assured supplies...“²².

Welche Gütergruppen bieten sich unter den durch das Erbe der „Export Economy“ festgelegten Ausgangsbedingungen für Importsubstituierende Industrialisierung an?

Es gilt: „... nothing could prevent the policy of defense of prices from encouraging coffee growing in other countries with land and manpower available under conditions similar to those in Brazil but less advantageous“, Furtado 1965 a, p. 200.

18 Furtado, ebenda.

19 Vgl. dazu vor allem Merhav, pp. 49 ff.

20 Das gilt natürlich prinzipiell auch für konkurrierende Importe aus anderen Entwicklungsländern. Eine entsprechende Ausgangsposition der ISI würde also c. p. von Anfang an die Expansions- und Diversifikationsmöglichkeiten des Handels zwischen den Entwicklungsländern grundlegend einschränken. Dieser Gedankengang hat in der neueren Diskussion, vor allem im Rahmen der auf „regionale Kooperation“ zielenden Entwicklungsstrategien zunehmend Beachtung gefunden, kann hier aber nicht weiter verfolgt werden. Vgl. dazu u. a. Balassa 1965, Furtado 1970 a, Teil 7; Griffin 1969, Kap. 6; Sutcliffe, pp. 269 ff.

21 Zur Kennzeichnung des konventionellen Instrumentariums der ISI siehe u. a. Macario; Bergsman, Teil II.

22 Sheahan, p. 94.

Typischerweise beginnt die Substitution auf dem „einfachsten“ Gebiet, der Produktion von zunächst überwiegend nichtdauerhaften, dann auch dauerhaften Konsumgütern, zum einen, weil deren Technologie im allgemeinen weniger kompliziert und weniger kapitalintensiv ist, dann aber auch, weil unter den beschriebenen Bedingungen nur für sie auf absehbare Zeit hinreichende Nachfragemöglichkeiten gegeben sind²³.

„Einfach“, d. h. relativ unproblematisch durchsetzbar, ist dieser Einstieg in ISI aber vor allem deshalb, weil für die bei gegebener politischer Machtverteilung dominanten in- und ausländischen Export-/Importinteressen die potentiellen Nachteile eines solchen Industrialisierungskonzeptes wesentlich weniger ins Gewicht fallen werden als entsprechende Vorteile. Für die inländischen Exportoligarchien läßt sich das relativ einfach belegen. Für sie bedeutet ISI in der beschriebenen Form zum einen die Schaffung neuer, profitabler Investitionsmöglichkeiten als Ersatz für die sinkende Rentabilität der traditionellen Exportaktivitäten. Zum zweiten kann so zumindest ein Teil ihrer sonst nicht zu deckenden Konsumnachfrage doch noch befriedigt werden. Und schließlich bedeutet die Möglichkeit, langfristig die wachsende Stadtbevölkerung in zunehmendem Maße mit Konsumgütern versorgen zu können und dabei von Schwankungen des externen Sektors unabhängig zu sein, eine Garantie für hinreichende Systemstabilität.

Zumindest die ausländischen Importinteressen könnten sich aber durch eine auf Konsumgüterproduktion zielende Importsubstitution bedroht fühlen, denn gegen ein stringent gehandhabtes Protektionismussystem könnten auch noch so umfangreiche Wettbewerbsvorteile nichts ausrichten. Es bietet sich jedoch ein eleganter Ausweg aus diesem Dilemma. Wenn schon die Protektionismusmauern sich für Importe als unüberwindbar erweisen sollten, dann könnte die Errichtung entsprechender Produktionsaktivitäten innerhalb dieser Protektionismusmauern — die sog. „tariff factories“²⁴ — die gleichen, wenn nicht gar bessere Profitmöglichkeiten²⁵ garantieren. Wenn es also im Rahmen einer solchen Gegenstrategie gelingt, über direkte Investitionen solche „tariff factories“ neu aufzubauen und/oder durch Beteiligungsinvestitionen zunehmend die Kontrolle über bestehende Unternehmen zu erweitern, wird die Stufe der „einfachen“ ISI kaum noch in Widerspruch zu entsprechenden Export-

23 UN-ECLA 1964 a, p. 5. Analog bei Hirschman 1968, p. 3 und Kaldor, p. 31.

24 Zur Grundlegung des Konzepts der „tariff factories“, s. Mikesell, R. — „The Theory of Common Markets as Applied to Regional Arrangements among Developing Countries“, in: Harrod und Hague, pp. 226 ff. Zur Einordnung in das strategische Gesamtkonzept multinationaler Konzerne s. Palloix 1971, pp. 150 ff.

25 Mikesell, p. 228.

interessen von Unternehmensgruppen aus hochentwickelten Ländern geraten²⁶.

3.3 Die immanenten Begrenzungen der „einfachen“ ISI

Bei der für die „Export Economy“ kennzeichnenden Struktur der gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung wird also nachholende Industrialisierung in ihrer Anfangsphase notwendig auf die Substitution von nichtdauerhaften und dauerhaften Konsumgütern konzentriert sein. Denn nur für ein solches Industrialisierungsmuster besteht zumindest zu diesem Zeitpunkt eine hinreichende Motivation.

Unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Entwicklung läßt sich die Notwendigkeit einer Änderung bzw. Erweiterung eines solchen Industrialisierungsmusters unschwer ableiten. Damit ist aber noch gar nichts darüber gesagt, ob und unter welchen Bedingungen jeweils solche Änderungen des Industrialisierungsmusters eintreten werden bzw. durchsetzbar sind. Das historisch-strukturelle Ablaufmodell fortschreitender ISI im Entwicklungsländer-Fall kann sich aber nicht auf die logisch konsistente Ableitung idealtypischer Industrialisierungsstufen beschränken. Zumindest wird die Bestimmung derjenigen Erfolgsbedingungen verlangt, die an den jeweiligen potentiellen Umschlagspunkten den Übergang von einer Industrialisierungsstufe zur nächsten anstoßen bzw. verhindern können.

Eine Änderung bzw. Erweiterung des Industrialisierungsmusters der einfachen ISI setzt also zweierlei voraus: Entweder lassen sich entsprechende Veränderungen der Interessenlage von einheimischen und ausländischen Export-Importgruppen nachweisen, die eine solche Erweiterung des Industrialisierungsmusters nahelegen. Einheimische und ausländische Interessen können dabei in Widerspruch zueinander geraten. Folglich sind hier zwei Varianten der Erweiterungsanstöße zu unterscheiden: Zum einen die „nationalistische“ Variante vom Peron-Vargas-Typ²⁷, die unter Festhalten am gesellschaftlichen status quo²⁸ den Übergang zu einem autonomen Indu-

26 Es liegt auf der Hand, daß auf Grund der für das Erbe der „Export Economy“ abgeleiteten Strukturspezifika die Erfolgswahrscheinlichkeit für entsprechende Gegenstrategien der Industrieländerkonzerne zumindest als ausreichend eingestuft werden kann.

27 Perón, Juan (Regierungszeit: 1946—55) und Vargas, Getulio (1930—45) und die von ihnen in Argentinien bzw. Brasilien eingeleiteten Industrialisierungsstrategien sind die markantesten Beispiele für den Versuch, gestützt auf Teile der nationalen Bourgeoisien und abgesichert durch das Militär, einen Prozeß autonomer Industrialisierung in Gang zu setzen, „... by confiscating a substantial proportion of agricultural profits...“ und unter wenn auch begrenzten Zugeständnissen an die städtische Arbeiterklasse. Zitat aus: Laclau 1970, p. 5; daneben als Grundlagenliteratur: Diaz-Alejandro 1966/67. Vgl. dazu auch die neuere Entwicklung in Peru und die dazu vorgelegte Analyse von Quijano. Zur theoretischen Grundlegung: Poulantzas 1969 und Alavi 1972.

28 Die von Perón und Vargas jeweils in den Anfangsphasen ihrer Herrschaft verfolgte Politik der hohen Löhne und der verbilligten Grund-

strialisierungsprozeß versucht; zum anderen die auf der Interessensidentität von in- und ausländischen status-quo-Gruppen beruhende Erweiterungsmotivation, die notwendig den Aspekt der Autonomie des Entwicklungsprozesses vernachlässigen wird.

Oder es kann nachgewiesen werden, daß das Festhalten an einem für den erreichten Entwicklungsstand zu eng und einseitig gewordenen Industrialisierungsmuster selbst die Voraussetzungen für seine qualitative Erweiterung schafft, und zwar derart, daß durch die für das ursprüngliche Industrialisierungsmuster ableitbare Tendenz zu fortschreitender Verschärfung des negativen Entwicklungstrends über zunehmende soziale Spannungen eben jene gesellschaftlichen Kräfte freigesetzt werden, die simultan den Abbau externer Abhängigkeit und eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsstruktur anstreben werden.

Entsprechend werden wir im folgenden bei der Ableitung der auf das Stadium der einfachen ISI folgenden Industrialisierungsstufen nicht nur deren Notwendigkeit bestimmen, sondern auch nach den jeweils relevanten Realisierungsbedingungen und immanenten Begrenzungen fragen.

„Einfache“ ISI als ein mehr oder weniger spontanes, am vorhandenen Binnenmarkt orientiertes und damit auf die sukzessive Ersetzung von Konsumgüterimporten gerichtetes Industrialisierungsmuster mag zwar als „defensive mechanism“²⁹ zur Wahrung unterschiedlicher, kurzfristiger status-quo-Interessen geeignet sein. Eine ganz andere Frage ist es jedoch, ob auf der Grundlage der in diesem Industrialisierungsmuster realisierbaren Änderungen der Produktions- und Außenhandelsstrukturen ein hinreichender Anstoß für den Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und zunehmend sich selbst tragender Industrialisierung erwartet werden kann. Lassen sich im Verlauf der „einfachen“ ISI jene Änderungen der Produktions- und Außenhandelsstrukturen durchsetzen, die zu einer dauerhaften Durchbrechung der für das Ende der „Export Economy“ typischen Nachfrage- und Angebotsbegrenzungen ausreichen könnten? Ist ISI auf einfacher Stufenleiter also in der Lage, zum einen über fortschreitende Substitution von Non-Input-Importen durch Input-Importe die jeweils erreichbare Kapazität für Input-Importe an den parallel zu fortschreitender Industrialisierung rapide anwachsenden Bedarf an Input-Importen anzunähern, und lassen sich zum anderen die Voraussetzungen für eine kontinuierlich verbesserte Eigenversorgung mit Industrialisierungsinputs realisieren?

nahrungsmittel kann in keiner Weise als Versuch einer Umgestaltung des gesellschaftlichen status quo betrachtet werden, stellt sie doch eine der strategischen Variablen der auf Neutralisierung der städtischen Arbeiterklasse gegenüber der Mehrzahl der unterdrückten Landbevölkerung und den jeweiligen rassischen Minderheiten gerichteten Politik des „Populismus“ dar.

²⁹ Zur Grundlegung des Konzeptes des „defensive mechanism“ siehe u. a. Penrose 1959.

Wohl führte die Anfangsperiode der ISI zu signifikanten Änderungen der Importstruktur. Ein weitgehender Abbau des Anteils der nicht-dauerhaften, später auch der dauerhaften Konsumgüter an den Gesamtimporten ist erreichbar³⁰. Jedoch läßt sich dieser Abfall der überwiegend als Non-Input-Importe zu kennzeichnenden Gütergruppen³¹ unter dem von der Strategie der einfachen ISI geschaffenen Entwicklungsmuster kaum unmittelbar transformieren in einen entsprechend anwachsenden Anteil an solchen Kapital- und Zwischengüterimporten, die für den weiteren Ausbau des Industriesektors benötigt werden. Denn zunächst wird ein c. p. rapide hochschnellender Bedarf an Nahrungsmittel- und industriellen Rohstoffimporten, die überwiegend als Operationsimporte für die inländischen Konsumgüterindustrien einzuordnen sind³², einen wachsenden Anteil der knappen externen Kaufkraft absorbieren.

Ein solch überproportionales Ansteigen der Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte wird verursacht durch das Fehlen einer hinreichenden Veränderung von Produktions- und Besitzstruktur des Primärgütersektors. Der weitgehende Verzicht auf grundlegende Änderungen der wirtschaftlichen, technologischen, sozialen und sonstigen Beziehungen in den Sektoren der Export- und Subsistenzproduktion macht aber gerade das Wesen der „einfachen“, auf bequeme Industrialisierungsgewinne für die herrschenden status-quo-Gruppen zielenden Strategie der ISI aus.

Verdeutlichen wir uns den Zusammenhang am Beispiel des Agrarsektors. Nur eine grundlegende Umgestaltung von Besitzstruktur und Produktionsbedingungen ermöglichte dort die Erwirtschaftung eines „agricultural surplus“³³, definiert als Überschuß der Nahrungsmittelproduktion über den entsprechenden Nahrungsmittelkonsum der Nahrungsmittelproduzenten selbst. Wachsender „agricultural surplus“ stellt nun in doppelter Weise einen Schlüssel zu fortschreitender Industrialisierung dar. Einmal hängt die Wachstumsrate der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung von der Zuwachsrate der auf den Markt gebrachten Nahrungsmittel ab. Der jeweils realisierbare „agricultural surplus“ gibt also einen brauchbaren Indikator für den von fortschreitender Industrialisierung zu tragenden Beschäftigungszuwachs ab, also für das industrielle „Entwicklungspotential“ einer Volkswirtschaft. Zum zweiten ist ein wachsender „agricultural surplus“ eine notwendige Bedingung für steigende Massenkaufkraft, die wiederum von der Nachfrageseite her die Grundvoraussetzung für

30 Vgl. dazu u. a. die Angaben zur Entwicklung der Importstruktur während der Phase der „einfachen“ Importsubstituierenden Industrialisierung in Brasilien, in: UN-ECLA 1964 a, pp. 18—38.

31 Um welche Gütergruppen es sich dabei heute in aller Regel handeln wird, macht das von Felix gewählte Beispiel deutlich, für den Restriktion der Non-Input-Importe u. a. bedeutet: „... forcing local capitalists to make do with last year's Cadillac ...“ zitiert nach: ders. 1968, p. 57.

32 Zur Begriffsbildung vgl. p. 357 dieser Arbeit.

33 Kaldor, p. 35.

fortschreitende Industrialisierung im kapitalistischen Entwicklungsmodell darstellt.

Stoßen nun, wie im Muster der „einfachen“ ISI, unveränderte Agrarstruktur und die durch die Anfangserfolge der Industrialisierung bewirkte überproportionale Urbanisierungsrate und ein damit einhergehender, beträchtlicher Anstieg der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung³⁴ zusammen, stehen sich also volumenmäßig stagnierendes und ungünstig strukturiertes Nahrungsmittelangebot und eine rasch ansteigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln gegenüber, dann läßt sich dieses tendenziell anwachsende Nahrungsmitteldefizit³⁵ im Rahmen dieses Entwicklungsmusters nur durch entsprechende steigende Importe decken, wenn auch zumeist nur notdürftig. Fortschreitende Industrialisierung hängt unter diesen Bedingungen davon ab, wie weit jeweils entsprechende Nahrungsmittelimporte realisierbar sein werden.

Bereits an dieser Stelle wird also deutlich, daß der Versuch der Strategie der „einfachen“ ISI ohne grundlegende Revolutionierung des Agrar- bzw. des gesamten Primärgütersektors³⁶ auszukommen, faktisch jede Aussicht auf fortschreitende, autonome Industrialisierung verbaut.

Nun mag im Rahmen des bisherigen Industrialisierungsmusters der „einfachen“ ISI der Bedarf an Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten notwendig in der beschriebenen Weise ansteigen. Dann könnte die durch Senkung der Konsumgüterimporte freiwerdende externe Kaufkraft zumindest dann zur Deckung entsprechender Kapital- und Zwischengüterimporte verwendet werden, wenn es gelänge, den Handel mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln zwischen den Entwicklungsländern selbst signifikant zu erweitern. Dabei könnten im Rahmen von multilateralen Handels- und Zahlungsvereinbarungen grundlegende Verbesserungen von Preishöhe und -struktur der relevanten Primärgütergruppen und eine entsprechende Senkung der mit dem ausschließlichen Gebrauch von Hartwährungen verbundenen Kosten erreicht werden³⁷. Ein Blick auf die für die Anfangsphase der ISI unterstellte Struktur der gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung zeigt jedoch, daß ein solcher Ausweg keinerlei Realisierungsaussichten hat³⁸.

34 Dabei ist zu beachten, daß ein wachsender Anteil am Zuwachs der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung nicht in produktive Tätigkeiten, vielmehr in den wasserkopffartig anschwellenden Tertiärsektor geht.

35 Vgl. dazu u. a. die in UN-ECLA 1963 a unter pp. 36 ff. zusammengetragenen Indikatoren eines „explodierenden“ Nahrungsmitteldefizits.

36 Zur systematischen Grundlegung der für fortschreitende Industrialisierung grundlegenden Änderungen des Agrarsektors s. Furtado 1965 b, pp. 163 ff. Vgl. auch Hofmann, pp. 299 ff. Neuerdings dazu Sutcliffe, Kap. 3.

37 S. dazu Kitamura 1966; Triffin, pp. 70—104.

38 Belegt wird diese Vermutung durch die bisherige Praxis der regionalen Integration in Lateinamerika (Lateinamerikanische Freihandelszone, ALALC) und in Zentralamerika (Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt, CACM), wo auf spärliche Anfangserfolge zunehmend sich

Der für das Stadium der „einfachen“ ISI ableitbare Freisetzungseffekt an zusätzlicher, für die wachsende Deckung des Input-Importbedarfs verwendbarer Importkapazität bleibt also notwendig minimal. Es läßt sich nun aber zeigen, daß

a) allgemein mit fortschreitendem Industrialisierungsniveau der Bedarf an Input-Importen rapide, sprunghaft und auf lange Frist ansteigen muß; und daß

b) auf Grund des für die ISI auf einfacher Stufenleiter typischen Verzichts auf signifikanten Ausbau der Kapital- und Zwischengüterindustrien ein solcher Bedarf an Input-Importen noch um ein Wesentliches verstärkt anwachsen wird.

Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen³⁹, lassen sich die wesentlichen Anhaltspunkte dafür aufzeigen, warum zumindest für die Anfangsstufen der Industrialisierung notwendig steigender Industrialisierungsgrad und rapider Anstieg des Importbedarfs korrelieren.

Zum einen bedeutet der Übergang zu Industrialisierung, daß im Rahmen der internen Nachfrage die Bedeutung der Investitionen zunimmt. Unter den für das Ende der „Export Economy“ typischen Strukturbedingungen ist nun aber der Importgehaltkoeffizient der Investitionen notwendig höher als der entsprechende Koeffizient des Konsums. So ergab ein Vergleich der für Brasilien um 1955 typischen Importgehaltkoeffizienten von produktiver Investition (creating productive capacity) und Konsum, daß diese sich wie zehn zu eins verhalten⁴⁰. „It is this great difference between the coefficient of import in the investment sector and that in the consumption sector that accounts for the tendency to increased pressure on the balance of payments whenever favorable circumstances permit intensification in the rate of ... [industrial, Einfügung des Verfassers] ... growth“⁴¹.

Zum anderen bedeutet fortschreitende Industrialisierung generell den Übergang zu höheren, zunehmend komplexeren Produktionsverfahren, wobei wiederum auf Grund der angenehmen Ausgangsbedingungen mit zunehmender technologischer Komplexität der benötigten Inputs die jeweiligen Importgehaltkoeffizienten rapide ansteigen werden. So wird also der Importbedarf der Industrieproduktion generell höher sein als derjenige der Agrarproduktion⁴², und wiederum werden industrielle Aktivitäten mittlerer und höherer Technologie einen jeweils höheren Importbedarf als traditionale Industrieaktivitäten besitzen.

verschärfende Stagnations- und Auflösungserscheinungen folgten. Vgl. dazu Wionczek 1969 a; Griffin 1969, Kap. 6; Marini 1965 und 1971.

³⁹ Grundlegung und kritische Diskussion bei Meier 1963, pp. 70—74; Furtado 1964, pp. 152 ff.; Seers.

⁴⁰ Furtado 1964, p. 151.

⁴¹ ders., p. 152.

⁴² Furtado 1965 b, p. 164.

Der hier abgeleitete allgemeine Nachfrageeffekt fortschreitender Industrialisierung nach Input-Importen⁴³ vergrößert also c. p. den Anteil des Minimumbedarfs an Input-Importen M_1^+ am Vollbeschäftigungseinkommen γ . Dem könnte jedoch im Rahmen eines rational konzipierten Industrialisierungsmusters, zumindest nach der Überwindung der grundlegenden Startschwierigkeiten, ein entgegenstretender Angebotseffekt fortschreitender Industrialisierung⁴⁴ entgegen treten, und zwar dergestalt, daß mit zunehmender Diversifikation und Integration des Industriesektors — das heißt aber konkret: mit dem fortschreitenden Ausbau von Kapital- und Zwischengüterindustrien — c. p. die Möglichkeit eröffnet würde, solche Güter in Eigenproduktion zu erstellen, die dann den Platz entsprechender Inputimportgruppen einnehmen könnten. Der Angebotseffekt würde also c. p. den Anteil des Minimumbedarf an Input-Importen am Vollbeschäftigungseinkommen senken.

Die Realisierbarkeit eines solchen Angebotseffektes setzt aber in zunehmendem Maße planvolle Gestaltung der industriellen Akkumulationsrate und Allokationsstruktur voraus. Eine vollständige Kompensation des beschriebenen Nachfrageeffektes könnte nämlich nur unter der folgenden Bedingung erfolgen: die Investitionen der Vorperiode $t-1$ müßten in der Periode t_0 zur Inbetriebnahme einer solchen Zahl zusätzlicher und produktionsreifer Kapazitäten führen, die ihrerseits ausreichen würden, den durch die Investitionen der Periode t_0 induzierten Importbedarf volumenmäßig und strukturell zu decken⁴⁵. Es liegt auf der Hand, daß unter den Bedingungen einer ISI auf einfacher Stufenleiter die Erfolgswahrscheinlichkeit für eine Minimierung des Nachfrageeffektes bzw. für eine entsprechende Maximierung des Angebotseffektes notwendig gering sein wird.

Umgekehrt ist „einfache“ ISI durch das folgende grundlegende Paradoxon gekennzeichnet: Substituiert werden, wenn überhaupt, Konsumgüterimporte. Der ursprünglich für die „Export Economy“ typische Importgehaltkoeffizient der Konsumnachfrage war aber immer noch wesentlich niedriger als der jetzt durch entsprechende Investitionen in den Konsumgütersektor induzierte Importbedarf. ISI auf einfacher Stufenleiter bietet also eine hinreichende Gewähr dafür, daß die für die Anfangsphase der Industrialisierung sowieso unvermeidbar anwachsende Importintensität bei weitem das durch die vorhandenen technologischen und natürlichen Begrenzungen gesetzte Maß übersteigt.

Auch unter dem Aspekt eines möglichen Beitrags zur Eigenversorgung mit Industrialisierungs-Inputs lassen sich grundlegende Begrenzungen der einfachen ISI aufzeigen. Solange sich ISI auf den Ausbau der Konsumgüterindustrien beschränkt, werden die Voraus-

43 Linder, p. 21.

44 ders., ebenda.

45 Zur Ableitung des quantitativen Aspektes eines solchen Erfolgskriteriums für abnehmende Importintensität fortschreitender ISI s. Diaz-Alejandro 1965.

setzungen für eine steigende Eigenversorgung nur insoweit verbessert werden können, als es jetzt gelingt, einen zunächst vorhandenen Überschußbedarf an zumeist nichtdauerhaften „Lohngütern“ fortschreitend zu decken.

ISI auf einfacher Stufenleiter wird also, sowohl von der Import-, als auch von der Produktionsseite her, früher oder später notwendig auf unüberwindbare Grenzen stoßen, die sich darin konkretisieren, daß eine hinreichende Versorgung mit den für fortschreitende Industrialisierung konstitutiven Industrialisierungs-Inputs nicht mehr erreicht werden kann.

Umgekehrt lassen sich autonome Impulse aus wachsender interner Nachfrage bei gegebener Einkommensverteilung zumindest von dem Zeitpunkt an nicht mehr erwarten, von dem an ISI zunehmend in die Produktion dauerhafter Konsumgüter⁴⁶ geht. Schließlich können von der Angebotsseite her kaum wirksame linkage-Effekte ausgehen, derart, daß ein genügend großer Anreiz zur hinreichenden Expansion und Diversifikation des Kapital- und Zwischengütersektors bestünde⁴⁷.

Unter diesen Umständen bedeutet also ein Festhalten am Industrialisierungsmuster der „einfachen“ ISI, daß auf einige wenige Boom-Jahre des Industrialisierungsbeginns unausweichlich ein Stadium der frühzeitigen Stagnation und des Niedergangs folgt. „Thus industries . . . (will move, d. Verf.) . . . rapidly from high profit and growth to precocious maturity, at which point they . . . (will fall, d. Verf.) . . . back to monopolistic quiescence with lower profit rates, a reduced level of investment, and aging plant and equipment“⁴⁸. Der Übergang vom Entwicklungsmodell der „Export Economy“ zum Modell der „einfachen“ ISI würde folglich nichts anderes bedeuten als „... the take-off into *unsustained* . . . (Hervorhebung vom Verf.) . . . growth . . .“⁴⁹.

3.4 Der Übergang zum Stadium des Nettoexporteurs von industriellen Konsumgütern

Unter welchen Voraussetzungen läßt sich, wenn überhaupt, die solcherart im Stadium der „einfachen“ ISI feststellbare Tendenz

46 UN-ECLA 1966, p. 124; vgl. auch Felix 1968.

47 Dies ist im wesentlichen auf die Struktur der vorhandenen Protektionismussysteme zurückzuführen, die zumindest der immanenten Logik des ISI-Ansatzes zufolge so konstruiert sein sollten, daß sie die zum Ausbau der Konsumgüterindustrien benötigten Kapital- und Zwischengüterimporte möglichst preisgünstig und reibungslos sichern können. Die in der Realität oft anzutreffenden Widersprüche sind weniger auf den planvollen Versuch zurückzuführen, diese Begrenzung des Protektionismussystems zu durchbrechen, als auf den bei der gegebenen Gesellschaftsstruktur unvermeidbar hohen Irrationalitätsgrad der wirtschaftspolitischen Entscheidungskriterien.

48 Felix 1964, p. 384.

49 ders., p. 399.

zum „... kinked pattern of ... (industrial, d. Verf.) ... output growth ...“⁵⁰ durchbrechen?

Ein Ausweg aus dieser offensichtlichen Circulus-Vitiosus-Situation könnte dann eröffnet werden, wenn es dem betreffenden Entwicklungsland gelänge, in zunehmendem Maße zu einem Nettoexporteur für industrielle Konsumgüter zu werden⁵¹. Auf die Substitution von Konsumgüterimporten durch inländische Produktion müßte also eine fortschreitende und kontinuierliche Steigerung der Exporte an industriellen Konsumgütern folgen.

Daß der Übergang zu einer solchen zweiten Stufe nachholender Industrialisierung im Entwicklungsländer-Fall im Bereich des Möglichen liegen könnte, dafür scheinen zunächst einige im Rahmen der *Theorie des komparativen Vorteils* ableitbare Überlegungen zu sprechen.

Danach könnten vor allem rohstoff- und/oder arbeitsintensive Produkte c. p. mit relativ günstigen Exportmöglichkeiten rechnen. Hinter diesen Erwartungen stehen zum einen der Heckscher-Ohlin-Ansatz der neoklassischen Theorie des Internationalen Handels, der auf die jeweilige Ausstattung mit Faktoren (factor endowment-Kriterium) abstellt, zum anderen die von Kravis formulierte Variante, die die Erreichbarkeit bestimmter Gütergruppen (availability-Kriterium) zur Hauptdeterminante der Exportmöglichkeiten macht⁵². Entsprechend könnte ein Entwicklungsland Kostenvorteile bei der Produktion von Konsumgüter-„exportables“ unter folgenden Bedingungen realisieren:

a) der Anteil der Rohstoffkosten an den gesamten „manufacturing costs“⁵³ spielt eine entscheidende Rolle, vorausgesetzt, die entsprechenden Rohstoffe werden in hinreichenden Mengen im betrachteten Entwicklungsland produziert⁵⁴;

b) der Anteil der Lohnkosten ist hinreichend groß, wobei das Nominallohnniveau auf einem solch niedrigen Standard liegen muß,

50 Hirschman 1968, p. 11.

51 Vgl. dazu: Kaldor, p. 31: „To maintain... [industrial, d. Verf.] ... development, it is necessary for the industrializing country to enter a second stage during which it becomes a growing net exporter of manufactured consumer goods.“

52 Grundlegung und kritische Würdigung dieser beiden Ansätze der neoklassischen Theorie des Internationalen Handels bei Bhagwati; vgl. auch Palloix 1969.

53 Vgl. UN-ECLA 1966, p. 145, wo „manufacturing costs“ definiert werden als die Summe aus 1. Rohstoff-, 2. Arbeits-, 3. Abschreibungskosten-, 4. Sonderbelastungen (surcharges), 5. Absatz- und Verteilungskosten (distribution costs).

54 Zur Grundlegung dieser Konzeption und den daraus ableitbaren praktischen Konsequenzen vgl. u. a. Lewis, W. A. — „Report on Industrialization and the Gold Coast“, Accra 1953, teilweise wiederabgedruckt in: Meier 1964, pp. 322 ff.

der ausreicht, den negativen Einfluß der zumeist noch extrem niedrigen Arbeitsproduktivität mehr als auszugleichen⁵⁵.

Es wird dann weiter unterstellt, daß das betreffende Entwicklungsland mit solch günstigen Bedingungen der Weltmarktstruktur rechnen könne, daß es ihm in ausreichendem Maße möglich sei, entsprechende Kostenvorteile in absehbarer Zeit in signifikante Preis- und Nichtpreiswettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten zu transformieren.

Wir wollen zunächst einmal annehmen, es bestünden tatsächlich hinreichend positive Angebots- und Nachfragebedingungen für den Export der genannten Konsumgütergruppen durch Entwicklungsländer. Im Rahmen einer solchen auf stufenweise Expansion und Diversifikation der Industriegüterexporte gerichteten Erweiterung des ursprünglichen Industrialisierungsmusters ließen sich dann c. p. die beiden für das Stadium der „einfachen“ ISI abgeleiteten Begrenzungen durchbrechen.

So könnte zum einen das grundlegende Angebotshemmnis — die abnehmende Erreichbarkeit von Industrialisierungsinputs — auf zwei Ebenen überwunden werden. Auf der einen Seite würde die durch steigende Exporteinnahmen getragene Steigerung der externen Kaufkraft die Voraussetzung dafür schaffen, daß ein zunehmend wachsender Spielraum für die zum Ausbau bzw. zur Modernisierung der inländischen Konsumgüterproduktion benötigten Kapital- und Zwischengüterimporte zur Verfügung stünde. Die spätestens mit dem Übergang zur Produktion von dauerhaften Konsumgütern notwendig steigende Importintensität der industriellen Investitionsnachfrage könnte also in wachsendem Umfang gedeckt werden. Zugleich würde auf diese Weise die Basis für steigende Exportfähigkeit erweitert. Denn erst ein hinreichend verbesserter Zugang zu den für die laufenden Aktivitäten benötigten industriellen Rohstoffen und Zwischengütern würde es ermöglichen, die für die Entwicklungsländer typische Unsicherheit von Produktionsbedingungen und -ablauf in Form von periodisch wiederkehrenden Produktionsunterbrechungen, unrationeller Beschaffungs-, Produkt- und Absatzplanung⁵⁶ etc. abzubauen. Schließlich könnte der Zugang zu modernen und leistungsfähigen Maschinen- und Ausrüstungssystemen c. p. neben einem entsprechenden Spielraum zur Preissenkung vor

55 Daß der Aspekt der extrem niedrigen Arbeitsproduktivität in Lateinamerika wesentlich ins Gewicht fällt, zeigt ein von der ECLA durchgeführter Vergleich der relativen Kostenstrukturen der Textilindustrien in Brasilien/Chile einerseits und USA andererseits. Dabei ergibt sich, daß trotz wesentlich niedrigerer Nominallohniveaus in den betreffenden lateinamerikanischen Ländern die höhere Arbeitsproduktivität in den USA den Kostenvergleich signifikant zu deren Gunsten entscheidet, s. UN-ECLA 1966, table 32, p. 153.

56 Vgl. dazu die von Johnson, L. J., plastisch beschriebenen Mißstände in der chilenischen Autoindustrie, die als symptomatisch für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder zu werten sind, s. ders. 1967, pp. 202—216.

allem die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Produktqualität⁵⁷ schaffen.

Auf der anderen Seite bestünde jetzt eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß in verstärktem Maße auch die zur Grundlegung von Kapital- und Zwischengüterindustrien benötigten Input-Importe realisiert werden könnten.

Von der Nachfrageseite her könnte die c. p. unzureichend anwachsende interne Nachfrage durch eine Steigerung der Exportnachfrage nach industriellen Konsumgütern zumindest vorübergehend kompensiert werden. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß ein rascher und dauerhafter Anstieg der entsprechenden externen Nachfrage erwartet werden kann⁵⁸.

Man wird jedoch davon ausgehen müssen, daß die hier unterstellten positiven Angebots- und Nachfragebedingungen für industrielle Konsumgüterexporte — von einigen atypischen Ausnahmen wie z. B. Hong Kong, Taiwan etc. abgesehen — im Kontext der Entwicklungsländer nicht bzw. nicht mehr gegeben sind.

So gelten für die Angebotsseite folgende Überlegungen: Man wird prinzipiell die Möglichkeit absoluter bzw. relativer Kostenvorteile bei den sog. arbeitsintensiven Produkten bezweifeln müssen. Denn erstens haben empirische Untersuchungen ergeben, daß die tatsächlich auftretende Gewichtung der einzelnen Posten der „manufacturing costs“ nicht mit den von der Theorie der komparativen Kosten vorgetragenen Erwartungen übereinstimmt. So liegt für Lateinamerika der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten der Industrieproduktion (10 %) noch um ein Wesentliches unter dem entsprechenden Lohnkostenanteil der USA (14 %) und bleibt damit weit hinter dem Anteil der Rohstoffkosten (Lateinamerika: 50 %, USA: ca. 40 %) zurück⁵⁹. Entscheidend ist aber zweitens, daß auf Grund der extrem niedrigen lateinamerikanischen Arbeitsproduktivität, die auf absehbare Zeit eher noch weiter absinken als anstei-

57 Zur Kennzeichnung der Problemstellung s. Linder, pp. 37 ff.

58 Daß mit einer rein quantitativen Betrachtung der aggregierten Größen der „internen“ und „externen“ Nachfrage das Problem nicht zu lösen ist, erhellt die folgende Überlegung: Produktion auf Dauer setzt die Möglichkeit einer Verbesserung der Kostenstruktur voraus; eine solche Verbesserung der Kostenstruktur verlangt wiederum die Möglichkeit eines Übergangs zu Massenproduktion, denn nur so werden „economies of scale“ und „external economies“ in hinreichendem Maße realisierbar. Übergang zu Massenproduktion verlangt aber die Existenz eines großen, homogenen und über die Zeit stabilen Marktes. Es ist nun mehr als fraglich, ob bei starrer interner Nachfrage die Exportnachfrage diese Anforderungen erfüllen kann. Unter den für die Nachfolgeperiode der „Export Economy“ beschriebenen Bedingungen ist das so gut wie auszuschließen. S. dazu u. a. Scitovsky 1960, pp. 283, 284. Zum Konzept der „economies of scale“ s. u. a. Balassa 1965. Zum Konzept der „external economies“ Bardhan.

59 Zahlen aus: UN-ECLA — „Problemas y perspectivas del desarrollo industrial latinoamericano“ (E /CN. 12/ 664), o. D., hier zitiert nach: UN-ECLA 1966, p. 148.

gen wird⁶⁰, das Nominallohniveau weit unter das Substistenzminimum gesenkt werden müßte, sollten entsprechende, erkennbare Kostenvorteile wirksam werden.

Für die Gruppe der rohstoffintensiven Konsumgüter wären zwar auf Grund des hohen Anteils der Rohstoffkosten an den industriellen Gesamtkosten entsprechende Kostenvorteile theoretisch denkbar. Die Tatsache aber, daß die Rohstoffgewinnung und vor allem die für industrielle Aktivitäten grundlegende Produktion von NE-Metallen nahezu vollständig in der Hand ausländischen Kapitals liegt, verhindert ein Wirksamwerden solcher potentieller Kostenvorteile. Denn in aller Regel werden die ausländischen Rohstoffgruppen, deren Hauptziel noch immer die Deckung des Rohstoffbedarfs der „Mutter“-Konzerne in den Industriestaaten darstellt, kaum bereit sein, die betreffenden Rohstoffe im Entwicklungsland selbst weiterverarbeiten und dann gar unter der Eigenregie des Entwicklungslandes exportieren zu lassen⁶¹. Aber selbst wenn diese Möglichkeit bestünde, das Entwicklungsland also nominal eine Steigerung seiner Industriegüterexporte zu verzeichnen hätte, gilt nach wie vor das zur Kritik der „... outward-looking strategies of industrial development...“ Gesagte, daß nämlich positive Rückwirkungen daraus auf wirtschaftliche Entwicklung nur in sehr begrenztem Umfang erwartet werden können⁶².

Noch deutlicher läßt sich zeigen, daß bei gegebenen Weltmarktbedingungen und bei den aus den Resultaten der neueren GATT- und UNCTAD⁶³-Verhandlungen ableitbaren Veränderungstendenzen in keiner Weise von hinreichenden Absatzmöglichkeiten für Konsumgüterexporte aus Entwicklungsländern gesprochen werden kann. Denn damit der Anteil entsprechender Exporte aus Entwicklungsländern am Gesamtwelthandel steigen könnte, wäre eine notwendige Voraussetzung, daß die Industrieländer zunehmend bereit wären, „... to surrender some sectors of light manufacturing to new industries in the developing countries...“⁶⁴.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Gerade die Gruppe der dauerhaften Konsumgüter wird, soweit sie auf „dynamische“ Nachfragebedingungen stößt, nach wie vor in großem und tendenziell steigendem Umfang in den Industriestaaten produziert. Es besteht, wie

60 Vgl. dazu u. a. Bruton 1968 und 1969.

61 Vgl. dazu Magdoff 1968 /III, pp. 52 ff. Als Fallstudie (Erdöl) Penrose 1968.

62 Vgl. dazu p. 365 f. dieser Arbeit.

63 GATT = General Agreement on Trade and Tariffs; UNCTAD = United Nations Conference on Trade and Development.

64 White, E. W. (früherer Generalsekretär des GATT) — „Commercial Policies for the Nineteen Sixties“, hrsg. von der Zentrale des GATT, Genf 1960, p. 14, wo versucht wird, einen entsprechenden Verzicht durch den Hinweis schmackhaft zu machen auf die Möglichkeit einer entsprechenden „... compensation in concentrating on the more specialized and dynamic forms of industrial production on which their economic growth in any case depends“, ebenda.

Hicks gezeigt hat, sogar eine allgemeine „... tendency for international trade to be setting into a form in which it consists of an exchange of capital goods for materials, of capital goods for other capital goods, and materials for other materials; each country endeavouring to make its own consumption goods for itself but relying on trade to provide it with the variety of materials that it needs, and with the capital goods which it could not make for itself in the quantities it requires, except at prohibitive cost“⁶⁵.

Da folgerichtig die Struktur des Industrieländer- Protektionismus gerade so konstruiert ist, daß die auf den einfacheren Stufen der industriellen Produktionsskala erstellten Exportgüter der Entwicklungsländer besonders stark diskriminiert werden — Prinzip des progressiv ansteigenden Zollschatzes einerseits, asymmetrisch wirksame Quoten- und Kontingentierungssysteme und entsprechende Wechselkursmanipulationen andererseits⁶⁶ — wird man unter den gegebenen Umständen die Nachfragebedingungen für industrielle Konsumgüterexporte aus Entwicklungsländern als äußerst negativ bezeichnen müssen⁶⁷.

3.5 Die Endstufen fortschreitender ISI

Wie auch immer man die Möglichkeit einer hinreichenden Steigerung der Konsumgüterexporte aus Entwicklungsländern beurteilt, so läßt sich doch folgendes zeigen: Wenn, ausgehend von der Stufe der „einfachen“ ISI der Übergang zum Stadium des Nettoexporteurs von Konsumgütern erfolgen soll, setzt dies notwendig ein Fortschreiten der ISI im Bereich der Kapital- und Zwischengüterindustrien voraus. Stufe III des historisch-strukturellen Ablaufmodells der ISI ist also die fortschreitende und kontinuierliche Expansion und Diversifikation des Input-Industriesektors.

Selbst bei noch so günstiger Entwicklung der Einnahmen aus Konsumgüterexporten würde die dadurch freigesetzte Importkapazität notwendig nicht zur Deckung der zum weiteren Ausbau des Konsumgütersektors benötigten Industrialisierungsimputs ausreichen können. Ein steigender Anteil dieser Inputs müßte also aus Eigenproduktion stammen, oder der Prozeß nachholender Industrialisierung würde erneut zum Stehen gebracht.

⁶⁵ Hicks, p. 185.

⁶⁶ Zum Prinzip der „Zollprogression“ vgl. u. a. Bachmann, pp. 20—23, wo es zusammenfassend heißt: „The conclusion, almost an economic law, is that the tariff system presently applied in the industrial as well as in the less-developed countries deploys higher protective effects against the exports of less-developed countries than against those of the industrial countries; progressive tariffs discriminate against the former and favor the latter“, p. 22. Zur steigenden Bedeutung der nichttarifären Protektionsinstrumentarien für die Warenexportströme aus Entwicklungsländern siehe u. a. Walter, J.; Chung, J. W. — „The Pattern of Non-Tariff Obstacles to International Market Access“, in: Weltwirtschaftsarchiv, XVIII/1 (1972).

⁶⁷ S. dazu u. a. Maddison, pp. 208, 209.

Darüber hinaus gilt aber zweitens, daß, wenn als Zielsetzung von ISI angegeben wurde: den Übergang zu einem fortschreitenden und autonomen Industrialisierungsprozeß *trotz* Existenz eines strukturellen Importengpasses zu erreichen, per definitionem die Beschränkung auf Konsumgüterproduktion und/oder -exporte nicht ausreichen kann. Nur über den zunehmenden Ausbau der Kapital- und Zwischengüterindustrien wird langfristig jener Diversifikations- und Integrationsgrad der industriellen Produktionsstruktur zu erreichen sein, der letztlich von der Angebotsseite her die Grundvoraussetzung abgibt für die Möglichkeit signifikanter Beschleunigung des Industrialisierungstempos. Denn erst wenn „... a country attains that level of industrialization at which it can satisfy its own needs, not just in consumption goods, but in plant and machinery as well, the stage is set for a faster rate of growth of the manufacturing sector⁶⁸“. Unter diesen Bedingungen wäre nämlich der Industriesektor der Entwicklungsländer erstmals in der Lage, zugleich mit dem Bereitstellen eines entsprechenden industriellen Angebots c. p. die Nachfrage nach ihren eigenen Produkten hervorzurufen. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten im Input-Industriesektor weist also eine Art „feed-back“-Effekt auf, indem nämlich durch diese Expansion unmittelbar die Wachstumsrate der Nachfrage nach ihrem eigenen Output vergrößert wird, wodurch wiederum die entsprechenden „incentives“ und Finanzierungsmittel für eine weitere Expansion des industriellen Outputs bereitgestellt werden. „The establishment of an investment goods sector thus provides for a built-in element of acceleration in the rate of growth of demand for manufactured goods⁶⁹.“

Fortschreitende ISI auf dem Gebiet der Kapital- und Zwischengüter stellt wohl eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung für den Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und autonomer Industrialisierung dar. Denn „explosive“ Wachstumsraten, die aus eigener Kraft aufrechterhalten werden können, lassen sich c. p. erst dann erreichen, wenn es gelingt, Nettoexporteur von Kapital- und Zwischengütern zu werden. Denn erst auf dieser Industrialisierungsstufe gilt: „... a fast rate of growth of external demand for the output of the heavy industries combines with the self-generated growth of demand which their own expansion has caused⁷⁰.“

Als vierte und Endstufe des hier abgeleiteten historisch-strukturellen Ablaufmodells fortschreitender ISI läßt sich also der Ausbau jener industriellen Aktivitäten kennzeichnen, die auf einen fortlaufend steigenden Anteil der Input-Exporte an den gesamten Industriegüterexporten der Entwicklungsländer abzielt.

68 Kaldor, p. 30.

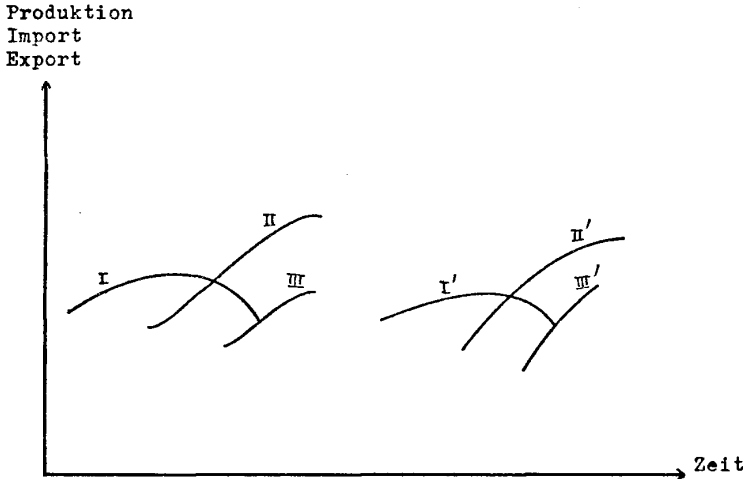
69 ders., ebenda.

70 ders., p. 32.

4. Wirtschaftliche Entwicklung durch Importsostituierende Industrialisierung: Zur Neuformulierung des Problems

4.1 Das „Japan-Modell“ und die Konsequenzen

Betrachten wir an dieser Stelle anhand der folgenden Graphik¹ noch einmal die Gesamtheit der im Rahmen des historisch-strukturellen Ablaufmodells der Importsostituierenden Industrialisierung abgeleiteten Industrialisierungsstufen.



Im Verlauf dieses Industrialisierungsmusters ersetzt zunächst die inländische Produktion an industriellen Konsumgütern (Kurve II) die Importe eben jener Güter (die fallende Kurve I) und führt schließlich zu entsprechenden Exporten (die steigende Kurve III). Dem schließt sich ein zweiter Zyklus an, der die entsprechenden Stufen im Hinblick auf Kapital- und Zwischengüter durchläuft. Dabei können sich erster und zweiter Zyklus zumindest teilweise überlappen. Erst wenn für beide Zyklen sämtliche Stufen mit Erfolg in Angriff genommen wurden, kann vom „take-off“ zu einem Prozeß fortschreitender und autonomer Industrialisierung gesprochen werden. Man sollte sich außerdem verdeutlichen, daß bei den vorgegebenen Bedingungen des ISI-Modells gilt: „... it is practically impossible for the industrialization process to proceed from the base to the apex of the production pyramid, that is, to start with the more simply processed consumer goods and progress gradually until it includes capital goods².“ Vielmehr sollte man sich den Gesamtablauf

¹ nach Ahamatsu, Diagram 4, p. 199.

² UN-ECLA 1964 a, pp. 6, 7.

des ISI-Prozesses vorstellen als ein vielschichtiges Nebeneinander der unterschiedlichen Industrialisierungsstufen und -zyklen, „... as a building of which every storey must be erected simultaneously, although the degree of concentration on each varies from one period to another“³.

Dieses Industrialisierungsmuster, das als „... the flying geese pattern ...“ in die Literatur einging⁴, hat tatsächlich in einem Fall eine ungefähre Entsprechung in der Realität gefunden. Es beschreibt, zumindest in groben Zügen, die für Japan seit Beginn des Industrialisierungsprozesses um 1870 typischen Wechselbeziehungen der Änderungen von Produktions- und Außenhandelsstruktur des industriellen Sektors⁵.

Einige bürgerliche Entwicklungstheoretiker haben daraus reichlich unvermittelt den Schluß gezogen, die japanische Industrialisierungserfahrung und die ihr zugrunde liegende Industrialisierungsstrategie seien generell zum Lehr- und Modellfall für Strategien nachholender Industrialisierung prädestiniert. In Lateinamerika und dort wieder vor allem in Kreisen der UN-ECLA ist dieser Rekurs auf das „Japan-Modell“ in den letzten Jahren immer mehr in Mode gekommen⁶. Gerade weil ein solcher Vergleich von willkürlich herausgegriffenen Teilaspekten völlig unterschiedlich strukturierter „Entwicklungsmuster“ zumindest vordergründig einen Schein von Plausibilität für sich beanspruchen kann, hat sich dieses Verfahren als besonders erfolgreich darin erwiesen, die Industrialisierungsdiskussion in den betreffenden lateinamerikanischen Ländern erneut auf Scheinalternativen zu konzentrieren und die relevante Problemstellung nachholender Industrialisierung unter den Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ mit klangvollen Begriffsfetischen zu verdecken.

Dies in Rechnung gestellt, kommt dem Nachweis, daß es sich bei dem Rückgriff auf das „Japan-Modell“ um einen Vergleich des Nichtvergleichbaren handelt, durchaus praktische-politische Bedeutung zu. Ein solcher Nachweis setzt die Analyse der für das Japan-Modell typischen Ausgangsbedingungen und Determinanten voraus. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, lassen sich folgende Strukturspezifika benennen, die im Falle Japans zu einem Gelingen des beschriebenen Industrialisierungsmusters von sich überlagernder Importsubstitution und Exportpromotion sowohl im Bereich der Konsum- als auch der Produktionsgüter beigetragen haben. Zum einen erfolgte von Anfang an eine grundlegende Umgestaltung von Produktions- und Besitzstruktur im Agrarsektor, dergestalt, daß ein hinreichender „agricultural surplus“ für den nichtagrarischen Bereich zur Verfügung

3 ebenda, p. 7.

4 Ahamatsu.

5 S. dazu die grundlegenden Untersuchungen von Lockwood und Shinohara.

6 Vgl. dazu vor allem die seit 1965 in den Economic Bulletins for Latin America (Hrsg. UN-ECLA) geführten Diskussionen.

gestellt werden konnte⁷. Zum zweiten wurde zunächst die Grundsteuer, später auch andere Teile des Steuersystems so umstrukturiert, daß ein wachsender Fonds von Finanzierungsmitteln für staatliche Investitionen bereitstand, wobei von Beginn der Meiji-Revolution an diese Mittel auch in wachsendem Umfang zu den für den Industrialisierungsprozeß grundlegenden Investitionen in Infrastruktur, Produktionsgütersektor etc. verwendet wurden⁸. Zum dritten wurde von Anfang an das Nominallohniveau auch für nichtlandwirtschaftliche Aktivitäten auf einem extremen Minimumwert gehalten. Flankierende fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, die über kalkulierte Inflationswellen zu einer Umverteilung des Einkommens zugunsten der potentiellen Investoren führten, trugen zu einer Beschleunigung des Akkumulationstempos bei. Und viertens übernahm der Staat schon relativ früh in eigener Regie die Errichtung von Grundindustrien, deren Ausbau neben den positiven Anstoßwirkungen auf das Industrialisierungsmuster die rapide Ausweitung des japanischen Militärapparates ermöglichte und damit, sowohl nach innen (Unterdrückungsapparat) als auch nach außen (Expansionsmaschinerie) das Instrument zur wirksamen Absicherung der erreichten Industrialisierungsfortschritte schuf.

Alle diese staatlichen Maßnahmen zur planvollen Förderung des kapitalistischen Wachstums waren nur auf der Basis weitgehender gesellschaftlicher Veränderungen möglich, deren Kern die bedingungslose Reorganisation und Modernisierung des Staatsapparates im Interesse der „neuen“ Bourgeois-Klasse darstellte, die im wesentlichen mit der alteingesessenen Großgrundbesitzerelite, den *jinushi*, identisch war. Denn sowohl die Abpressung des „agricultural surplus“ als auch die planvolle Allokation dieser Kapitalfonds in die für die kapitalistische Akkumulation relevanten Anlagensphären und erst recht die brutale Ausbeutung des rapide anwachsenden städtischen Industrieproletariats setzten die Existenz eines starken, zentralisierten und durch die Kapitalistenklasse hinreichend kontrollierbaren Staates voraus⁹. Ohne hier auf die Besonderheiten dieser japanischen Variante des Übergangsprozesses von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise eingehen zu können, läßt sich deren

7 Vgl. dazu Baran, pp. 154/155: „If the share of the agricultural output retained by the direct producers was 39 percent during the first half of the nineteenth century, it fell to 32 percent after the agrarian reform promulgated by the Meiji government, not to exceed 42 percent until 1933—35. It is thus no exaggeration to say that the main source of primary accumulation of capital in Japan was the village which in the course of its entire modern history played for Japanese capitalism the role of an internal colony.“ S. a. Ohkawa und Rosovsky und das Grundlagenwerk von Nakamura.

8 Zu diesem und den folgenden Punkten vgl. vor allem Smith, Kap. 4; auch Baran, pp. 155—157.

9 Zur spezifischen „Staatsfunktion“ des Meiji-Staates vgl. u. a. Jansen und Smith.

Charakter am ehesten mit der Formel der technokratischen „Revolution von kapitalistischen Aristokraten“ (Smith) kennzeichnen.

Die Frage, was es denn Japan schließlich ermöglichte, mit Hilfe eines schlagkräftigen und effizienten Staatsapparates den Weg einer nachholenden und relativ autonomen kapitalistischen Entwicklung zu gehen, läßt sich aber nur dann schlüssig beantworten, wenn man sich verdeutlicht, daß es der japanischen Kapitalistenklasse gelang, trotz vorausgegangener gewaltsamer „Öffnung der Häfen und Handelswege“ und der daraus resultierenden nahezu vollständigen Dominierung des japanischen Außenhandels durch eine Koalition kolonialer Mächte, das Entstehen einer spürbaren externen Abhängigkeit während der Anfangsphasen der Industrialisierung durch planvolle Gegenstrategien im Keim zu ersticken und so die Voraussetzungen zu schaffen für die geschilderte spezifische Rolle des Staates als Träger des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und damit auch für die besonderen Industrialisierungserfolge Japans. Drei historische Ursachen lassen sich für den Erfolg japanischer Autonomiebestrebungen benennen: 1. Japan besaß weder Rohstoffe in hinreichenden Mengen und genügender Qualität noch ausgebildete Arbeitskräfte, war also zunächst für die westlichen Industrien wenig attraktiv; 2. Die expansionistischen Fähigkeiten der alten Kolonialmächte, Englands an der Spitze, waren durch die vorhandenen Besitzungen bereits hinreichend absorbiert; 3. Die wachsende Rivalität der alten Kolonialmächte verhinderte, daß eine von ihnen im Alleingang das „Einflußgebiet“ Japan an sich reißen konnte. Zum anderen war die neu hinzukommende Kolonialmacht USA noch nicht stark genug, ihre beginnende Vormachtstellung über Japan weiter auszubauen¹⁰. Nur so ist zu verstehen, warum nicht von Anfang an durch „Druck von außen“ die Entstehung einer nationalen Kapitalistenklasse und damit verbunden die Errichtung eines von ihr kontrollierten funktionstüchtigen Verwaltungs- und entwicklungspolitischen Lenkungsapparates verhindert wurde. Umgekehrt ermöglichten diese beiden Elemente des japanischen „Entwicklungsmusters“ — „dynamische“ einheimische Kapitalistenklasse und starker, nicht fremdbestimmter Staatsapparat — ihrerseits die Erfüllung jener weiteren Bedingung für die Aufrechterhaltung der relativen Autonomie des japanischen Entwicklungsweges auch nach Überschreiten der Anfangsphasen der Industrialisierung und gerade zum Zeitpunkt grundlegender Änderungen der genannten weltpolitischen Machtkonstellation: die Fähigkeit nämlich zu eigener imperialistischer Expansion¹¹.

¹⁰ Vgl. u. a. Baran und Iriye.

¹¹ Zu Geschichte und strukturell bedingten Besonderheiten des japanischen Imperialismus (u. a. Konzepte der „relativen Autonomie“ und der „Juniorpartnerfunktion“) vgl. Iriye, pp. 133 ff. Umfassende Dokumentierung und laufende Situationsberichte in der monatlich in Tokyo erscheinenden Veröffentlichung „Ampo — A Report from the Japanese New Left“.

Daß diese Ausgangsbedingungen und Determinanten des japanischen „Entwicklungsmusters“ sich grundlegend von den für „abhängige“ und „unterentwickelte“ Länder typischen Strukturspezifika unterscheiden, liegt auf der Hand. In diesen Ländern setzte eben die Existenz einer „dynamischen“ einheimischen Kapitalistenklasse und eines starken und funktionstüchtigen Staatsapparates bereits die Lösung des Problems: „Durchbrechung der sozioökonomischen Unterentwicklung“ voraus, und zwar auf eine Weise, deren faktische Realisierbarkeit gerade zur Diskussion steht. Die Suche nach den Erfolgsbedingungen nachholender Industrialisierung in peripheren Ländern kann also nicht bei der Betrachtung der japanischen Industrialisierungserfahrungen stehenbleiben. Schematische Vergleichung vordergründiger und partieller Analogien haben notwendig begrenzten Aussagegehalt. Nichts Geringeres als die Entscheidung zwischen alternativen sozioökonomischen Entwicklungsstrategien steht zur Diskussion, und eine solche Entscheidung ist eben nur auf der Grundlage einer vergleichenden Analyse der unterschiedlichen Industrialisierungsprozessen zugeordneten Änderungen der Gesellschafts- und Machtstrukturen zu fällen. Im folgenden Abschnitt kann lediglich die Richtung der weiteren Fragestellung angedeutet werden. Eine inhaltliche Diskussion, die den Katalog der Ziele, Instrumente und Erfolgsbedingungen von Strategien des Übergangs aus „abhängig kapitalistischer Reproduktion“ zu einem Prozeß dauerhafter sozioökonomischer Entwicklung thematisieren würde, ist an dieser Stelle noch nicht möglich¹².

4.2 Gesellschaftlicher Wandel und Abbau von Abhängigkeit als grundlegende Erfolgsbedingungen: das Konzept des Handlungsspielraums für Industrialisierungsstrategien

Was lehrt uns das Beispiel des historisch-strukturellen Ablaufmodells der ISI, welche Folgerungen lassen sich daraus für die Minimalanforderungen an eine erfolgreiche Strategie nachholender Industrialisierung in unterentwickelten und abhängigen Ländern ziehen?

Zumindest zwei grundlegende, den wirtschaftspolitischen Entscheidungsinstanzen der peripheren Länder unmittelbar zugänglichen Erfolgsbedingungen müßten hinreichend erfüllt werden.

Zum einen wird man auf eine grundlegende Umgestaltung von Produktionsbedingungen und Besitzstruktur im Primärgüter- und wiederum vor allem im Agrarsektor nicht verzichten können. Es liegt auf der Hand, daß unter den veränderten historischen Bedingungen ein Übergreifen solcher Strukturveränderungen auf den „modernen“ Sektor¹³ kaum zu vermeiden sein wird. Denn, wie Frank gezeigt hat, kommt dem schematischen Entwicklungsmodell

¹² Vgl. dazu u. a. Palloix 1971, Bd. 2, pp. 228 ff. und Aldana, pp. 189 ff.

¹³ S. dazu vor allem: Furtado 1965 b, pp. 167 ff. und ders. 1964, pp. 142 ff. Vgl. auch Hirschman 1968, pp. 125 ff.

der Strukturalisten¹⁴, das von der Möglichkeit einer säuberlichen Scheidung von auf der einen Seite präkapitalistischen, demnach also feudalistischen Produktions- und Besitzstrukturen im Subsistenzsektor und bei der Mehrzahl der agrarischen Exportaktivitäten und auf der anderen Seite von entsprechend hochkapitalistischen Strukturen im Industrie- und Bergbausektor ausgeht, zwar insofern ein gewisser Erklärungswert zu, als gegenüber den aggregierten Modellen der nationalökonomischen Entwicklungstheorien auf die Vielschichtigkeit des Entwicklungsproblems verwiesen wurde. Jedoch wird in diesem Ansatz das Kernproblem verdeckt, daß nämlich scheinbar „archaische“ Strukturen und hochtechnisierte Entwicklungsphasen nichts weiter als die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind¹⁵, daß also eine Durchbrechung der entwicklungsfeindlichen Strukturen im sogenannten „traditionalen“ Bereich notwendig voraussetzt grundlegende Strukturänderungen im sog. „modernen“ Sektor und daß dies wiederum nur auf der Basis grundlegender Veränderungen der Gesellschaftsstruktur und der Struktur der politischen Machtverteilung erfolgen kann. Das heißt aber nichts anderes, als daß diese erste Erfolgsbedingung fortschreitender Industrialisierung nur dann hinreichend erfüllt werden kann, wenn sie im Rahmen einer auf die Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung zielenden Gesamtstrategie erfolgt. Eine solche Strategie verlangt nach der exakten Analyse der bestehenden „distribution of power“¹⁶.

Betrachten wir aber das Problem zunächst noch einmal von einer anderen Seite. Man wird nämlich zweitens davon ausgehen können, daß nur über eine grundlegende Änderung der bisherigen Industrialisierungspolitiken der Weg zu einem dauerhaften und autonomen Industrialisierungsprozeß geöffnet werden kann. Wie weit, das ist nun die Frage, können durch technische Verbesserungen des jeweils verwendeten Instrumentariums bestehende Widersprüche beseitigt werden und die Voraussetzungen für ein Fortschreiten der Industrialisierung geschaffen werden?

Konkret heißt das: Wie weit können Änderungen der Produktionsstruktur, Manipulation der fiskal- und geldpolitischen „incentive“-Systeme und die Neugestaltung einiger der im System der „... indirect administrative control of foreign trade...“¹⁷ verwendeten Instrumente zu einer Verbesserung der Industrialisierungsmöglich-

14 Grundlagenliteratur vgl: Anm. II/16.

15 Frank, p. 22; vgl. dazu neuerdings Laclau 1971.

16 Daß eine Analyse der grundlegenden Bestimmungsgrößen fortschreitender ISI letztlich nach der zugrunde liegenden „distribution of power“ zu fragen hat, wird auch von Hirschman 1968 anerkannt. Nur wird dort das Problem entwicklungsfeindlicher Machtverteilung auf die Dichotomie zwischen inländischem Industriekapital und traditionellen Exportoligarchien reduziert. Daß die Aussparung des ausländischen Kapitals hier ideologische Funktion besitzt, braucht nicht weiter betont zu werden.

17 Sachs, p. 117.

keiten beitragen? Lassen sich die für die Anfangsstufen der ISI abgeleiteten Begrenzungen tatsächlich auf eine inkonsequente Realisierung potentiell im gegebenen Gesellschaftssystem vorhandener Möglichkeiten zurückzuführen, lag es also an prinzipiell vermeidbaren Widersprüchen des Ziel-Mittel-Katalogs?

Technische Veränderungen in der angedeuteten Form werden nur dann etwas zu einer Verbesserung der Industrialisierungsmöglichkeiten beitragen können, wenn sie im Rahmen einer auf die bewußte, planvolle und umfassende Mobilisierung aller Ressourcen und Fähigkeiten zielenden sozioökonomischen Entwicklungsplanung erfolgen. Die Durchsetzung einer solchen, an gesamtgesellschaftlichen Rationalitätskriterien orientierten Entwicklungsplanung setzt aber wiederum grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Machtstruktur voraus.

Wir können uns im folgenden auf die Darstellung der Hauptthesen einer Untersuchung der U.N. beschränken, die, wenn auch in verklausulierter Diktion, die Unvereinbarkeit von gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsplanung und privatem Besitz an Produktionsmitteln zum Gegenstand hat¹⁸. Solange gilt, daß „... a major part of output and investment is subject to private decisions...“¹⁹, handle es sich dabei nun um Industrieländer-Konzerne oder um Industriegruppen der nationalen Bourgeoisien, muß notwendig gelten, daß „... many of the quantified changes set forth in plans are not within the power of Governments to realize“²⁰. Bei Konstanz einer solchen Machtverteilung gilt notwendig: „In order to maximize and spread the benefits of a soundly based development plan, it is most desirable to involve the private sector — and especially the key productive elements²¹ — in the planning process“²². Wie weit die Privaten jeweils zur Planmitarbeit bereit sind, „... depends very largely on the confidence generated by the whole environment, political, institutional, and social as well as economic“²³. Was sich hinter der Leerformel „confidence“ verbirgt, macht vollends das folgende Zitat deutlich: „The more closely the private sector identifies itself with the general objectives and specific targets of the plan, the better are the prospects for successful implementation“²⁴.

Eine Teilnahme des Privatkapitals und damit eine auch nur minimale Realisierungschance wird ein „Entwicklungsplan“ unter den gegebenen Bedingungen nur dann erreichen können, wenn er weitgehend auf die zur Durchsetzung wirtschaftlicher Entwicklung not-

18 UN 1967.

19 ebenda, p. 13.

20 ebenda, p. 13.

21 Daß diese „key productive elements“ unter den Strukturbedingungen der kapitalistischen Länder der Peripherie überwiegend in der Hand ausländischen Kapitals sein werden, ist offensichtlich.

22 ebenda, p. 51.

23 ebenda, p. 53.

24 ebenda, p. 51.

wendigen Strukturänderungen verzichtet. Im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems gibt es eben keine verlässlichen Instrumentarien, den privaten Sektor in seine Schranken zu verweisen, wie manche technokratische, d. h. grundsätzlich von gesellschaftlichen Strukturgegebenheiten abstrahierende Entwicklungstheoretiker glauben machen wollen. Denn es gilt: „The instruments available for influencing the private sector are relatively blunt in the circumstances of most developing countries²⁵.“

Darüber hinaus wird die Frage nach den Erfolgsbedingungen für Strategien nachholender Industrialisierung unter einem allgemeineren und umfassenderen Aspekt erneut zu formulieren sein. Wie, so wird zu fragen sein, wirken sich „Entwicklung der Unterentwicklung“, tendenzielle Verschärfung der Abhängigkeitsmechanismen und die für beide Erscheinungen kennzeichnenden Wechselwirkungen aus auf die Möglichkeit, einen Industrialisierungsprozeß in Gang zu setzen, bzw. in möglichst kurzer Zeit bis zu jenem Niveau voranzutreiben, von dem aus der Übergang zu fortschreitender und zunehmend sich selbst tragender Industrialisierung zu erwarten ist?

Es stellt sich also die Frage nach dem Handlungsspielraum für Strategien nachholender Industrialisierung unter den Bedingungen von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“. Das Konzept des Handlungsspielraums für Industrialisierungsstrategien soll dabei die Fähigkeit eines beliebigen Gesellschaftssystems bezeichnen, sich bei Entscheidungen darüber, was als optimaler Ziel-Mittel-Katalog für Industrialisierungsstrategien zu bestimmen und wie ein solcher Ziel-Mittel-Katalog unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen durchzusetzen sei, gegenüber Steuerungs- und Eingriffsversuchen seiner „Umwelt“ zu behaupten. Dabei mag der Restgrößenbegriff „Umwelt“ hier als Kürzel stehen für das komplexe Geflecht von direkten und indirekten Wirkungszusammenhängen, die u. a. resultieren aus Änderungen des Weltwirtschaftssystems bzw. des internationalen Staatensystems, entsprechenden Aktionen bzw. Reaktionen der „anderen“ Nationalstaaten und solchen unterschiedlicher „Subsysteme“, also vor allem der multinationalen Konzerne. Erweiterung des Handlungsspielraums bedeutet also, daß ursprünglich begrenzte Möglichkeiten, entsprechende Entscheidungen an einer wie auch immer zu definierenden *eigenständigen*, d. h. aus den Interessen des jeweiligen Gesellschaftssystems abgeleiteten Zielkonzeption zu orientieren, c. p. verbessert werden können. Verengung des Handlungsspielraums bedeutet umgekehrt die tendenzielle Verhinderung *autonom*er sozio-ökonomischer Entwicklung.

Wie, so wird zu fragen sein, sind Industrialisierungsstrategien zu gestalten, die einerseits mit den Ausgangsbedingungen eines signifikant eingegrenzten Handlungsspielraums konfrontiert sind (hoher Grad der Unterentwicklung, spürbarer Einfluß der Abhängigkeitsmechanismen), andererseits aber gerade zu einer grundlegenden und dauerhaften Erweiterung dieses Handlungsspielraums führen sollen?

25 ebenda, p. 52.

Die Beantwortung dieser Fragen setzt zweierlei voraus:

(a) die inhaltliche Bestimmung von Funktion und Stellenwert der „Abhängigkeit“ für den Prozeß sozioökonomischen Rückschritts. Aufzudecken ist dabei zum einen, daß sich die gegenwärtige sozioökonomische Realität der Unterentwicklung bestimmt aus den Folgen der kolonialen Vergangenheit, die von Anfang an die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung entscheidend eingegrenzt haben. Zum anderen ist zu verdeutlichen, daß die im Rahmen grundlegender Veränderungen des „kapitalistischen internationalen Systems“ (der „Economie mondiale capitaliste“ von Palloix²⁶) hervorgetretenen neuen Formen und Mechanismen der Abhängigkeit deren Eingriffs- und Wirkungsintensität entscheidend verstärkt haben;

(b) die Untersuchung der umgekehrt von der „Entwicklung der Unterentwicklung“ auf Struktur und Intensität der Abhängigkeitsbeziehungen rückwirkenden Veränderungstendenzen. „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ stehen eben in einem spezifischen und dialektischen Wechselverhältnis zueinander, derart, daß z. B. Industrialisierungsstrategien, denen es nicht gelingt, die für die sozioökonomische Unterentwicklung kennzeichnenden Strukturverzerrungen aufzubrechen, unweigerlich zu einer Verschärfung der unterschiedlichen Abhängigkeitsbeziehungen führen werden²⁷.

Beim augenblicklichen Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion wäre es vermessen, zu behaupten, daß es eine begrifflich schlüssige und empirisch testbare Theorie des Wechselverhältnisses von „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ gäbe. Dies gilt — trotz der Arbeiten von Szentes, Amin, Palloix, Arrighi, Sutcliffe Merhav u. a. — auch und gerade für die marxistische Entwicklungstheorie. Wir befinden uns noch im Vorfeld der relevanten Problemstellung. Folgerichtig ist auch die Frage, wie sich „Unterentwicklung“ und „Abhängigkeit“ als die grundlegenden Bestimmungsgrößen des Handlungsspielraums für Industrialisierungsstrategien auf diesen auswirken und wie umgekehrt Industrialisierungsstrategien, die auf die Erweiterung dieses Handlungsspielraums gerichtet sind, auszu- sehen hätten, zumindest an dieser Stelle noch nicht zu beantworten.

4.3 Ausblick

Fassen wir also zusammen: Damit die genannten Erfolgsbedingungen für einen Übergang zu einem entwicklungstragenden Industrialisierungsmuster erfüllt werden können, müssen grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, der Regionalstruktur und der politischen Machtverhältnisse vorausgehen. Dies also ist die notwendige Grundvoraussetzung nachholender Industrialisierung in peripheren Ländern. Ein entsprechender Strukturwandel setzt aber voraus: den fortlaufenden und kontinuierlichen Abbau der vorhandenen wirtschaftlichen, technologischen und politischen Abhängigkeitsbeziehungen.

²⁶ Palloix 1971.

²⁷ Szentes, pp. 129 ff. Fallstudien: Arrighi, Quijano.

Ohne eine solche Befreiung aus Abhängigkeit und entwicklungsfeindlicher Gesellschaftsstruktur wird eine auch mit noch so technisch verbesserten Instrumenten ausgerüstete Industrialisierungsstrategie nichts weiter als eine Verstärkung des „... process of industrial denationalization ...“²⁸ in den peripheren Ländern erreichen.

Wie weit dieser Prozeß der Denationalisierung der Entwicklungsländer-Industrien bereits vorangeschritten ist, mögen die folgenden Zahlen verdeutlichen. So gilt für 1968 in Brasilien, daß das ausländische Kapital 40 % des Kapitalmarktes, 62 % des Außenhandels, 82 % des Schiffstransports²⁹, 77 % der das Ausland anfliegenden Fluggesellschaften, 100 % der Automobilproduktion, 100 % der Reifenproduktion, mehr als 80 % der pharmazeutischen Industrie, nahezu 50 % der chemischen Industrie, 59 % der Maschinenbauproduktion, 62 % der Produktion von Einzel- und Ersatzteilen für die Automobilproduktion, 48 % der Aluminiumproduktion und 90 % der Zementproduktion kontrolliert³⁰.

Daß umgekehrt nach erfolgter Durchbrechung neoimperialistischer Abhängigkeit und den damit einhergehenden Veränderungen der Gesellschaftsstruktur das Problem der entwicklungstragenden Industrialisierung auch nicht in *einem* Schritt, d. h. unter Vernachlässigung grundlegender „Vorarbeiten“ zu erreichen ist, beweist hinlänglich das Beispiel Cubas. Dort erwies sich, daß die in den Jahren 1960—62 übereilt in Gang gesetzte industrielle Diversifikation um jeden Preis, auch um den Preis einer Vernachlässigung des Agrarexportsektors „... keine lebensfähige Strategie der Wirtschaftsentwicklung lieferte“³¹, auch gar nicht liefern konnte. Wenn es allerdings dort gelingen sollte, die unvermeidbare Übergangsperiode einer radikalen Umorganisation des Agrarexport- und -subsistenzsektors³² mit hinreichenden Erfolgen zu überstehen, dann wird für dieses Land auf dieser Grundlage in der Tat zum ersten Mal die Möglichkeit bestehen, eine entsprechend langfristig am Ziel wirtschaftlicher Entwicklung konzipierte Industrialisierungsstrategie in Angriff zu nehmen.

28 Galeano 1970, p. 33; ders. 1969.

29 Zu beachten ist dabei die strategische Bedeutung des Schiffstransports für Lateinamerika, der nahezu 90 % des Gesamttransports auf sich vereint, vgl. de Mello, M. M. — „Die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation“, in: „Integration in Lateinamerika“, hrsgg. vom Lateinamerika-Institut an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, St. Gallen o. J., p. 38.

30 Sämtliche Angaben stammen aus einem Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission über die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen einheimischen und ausländischem Kapital, als Drucksache herausgegeben am 6. Sept. 1968 von der Abgeordnetenversammlung in Brasilia. Dieser Bericht wurde jedoch kurz darauf im Zuge der von der Militärjunta verfügten Schließung des Parlaments eingezogen und vernichtet. Einige Exemplare gelangten jedoch ins Ausland. Wir zitieren hier nach: Galeano 1969, p. 13.

31 Sweezy und Huberman 1970.

32 d. h. im konkreten Fall: der Zucker-, Milch- und Fleischproduktion, vgl. Sweezy und Huberman 1970, vor allem pp. 160 ff.

Literaturverzeichnis

- Adám, G. — „The World Corporation Problematics“, Budapest 1971.
- Ahamatsu, K. — „A Theory of Unbalanced Growth in the World Economy“, in: *Weltwirtschaftsarchiv*, Vol. 26/2 1961.
- Alavi, H. — „The State in Post-Colonial Societies — Pakistan and Bangladesh“, *new left review* no. 74, July/August 1972.
- Ders.: — „Imperialism, Old and New“, in: Miliband, R. und Saville, J. (eds.) — „*Socialist Register*“ 1964.
- Albrecht, U. u. Sommer, B. A. — „Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik“, Hamburg-Reinbek, rororo-aktuell 1535, 1972.
- Aldana, R. L. — „La dialectique du sous-développement“, Paris 1972, Anthropos.
- Alexander, S. S. — „The Effects of a Devaluation on a Trade Balance“, in: *International Monetary Fund (IMF) Staff Papers*, April 1952.
- Amin, S. — „L'accumulation à l'échelle mondiale“, Paris 1971² Editions Anthropos (Erstauflage 1970).
- Arrighi, G. — „International Corporations, Labor Aristocracies, and Economic Development in Tropical Africa“, in: Rhodes, R. I. (ed) — „*Imperialism and Underdevelopment*“, New York 1970.
- Bachmann, H. — „The external Relations of Less-Developed Countries. A Manual of Economic Policies“ Praeger Special Studies in International Economics and Development, New York, Washington, London 1968.
- Baer, W. u. Hervé, M. E. A. — „Employment and Industrialization in Developing Countries“, *The Quarterly Journal of Economics*, February 1966.
- Balassa, B. — „Growth Strategies in Semi-Industrial Countries“, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 84/1970.
- ders.: — „*Economic Development and Integration*“, Mexico 1965.
- Baldwin, R. E. und Meier, G. M. (eds) — „*Economic Development, Theory History, Policy*“, New York, London 1957.
- Baran, P. A. — „The Political Economy of Growth“, *Monthly Review Press*, New York 1957; zitiert nach der „*Modern Reader Paperback Edition*“ 1968.
- Bardhan, P. — „External Economics, Economic Development, and the Theory of Protection“, *Oxford Economic Papers*, Vol. 16/1964.
- Bergsman, J. — „Brazil — Industrialization and Trade Policies“, *OECD-Development Centre and Oxford University Press*, Paris/London/New York/Toronto 1970.
- Bernstein, H. — „Breakdown of Modernization. Review-Article“, *The Journal of Development Studies* Vol. 8/2, Jan. 1972.
- ders.: — „*Modernization Theory and the Sociological Study of Development*“, *The Journal of Development Studies*, Vol. 7/2, Jan. 1971.
- Bettelheim, Ch. — „Planification et croissance accélérée“, *Petite Collection Maspéro*, Paris 1971.
- ders.: — „*Studies in the Theory of Planning*“, *Asia Publishing House*, London 1959 (Neuauf. 1971).
- Beyhaut, G. — „Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart“, erschienen als Band 23 der Reihe „*Fischer Weltgeschichte*“, Frankfurt a. M. 1965.
- Bhagwati, J. — „The Pure Theory of International Trade: A Survey“, in: *Surveys of Economic Theory*, Vol. II, London/Melbourne / et al 1966.

- Bognár, J. — „Economic Policy and Planning in Developing Countries“, Budapest 1968.
- Boorstein, E. — „The Economic Transformation of Cuba“, Monthly Review Press, New York and London 1968.
- Boris, D.; Boris, E.; Ehrhardt, W. — „Chile auf dem Weg zum Sozialismus“ — Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1971.
- Bruton, H. J. — „The Import-Substitution Strategy of Economic Development: A Survey“, in: The Pakistan Development Review, Vol X/1970, No. 2.
- ders.: — „Import Substitution and Productivity Growth“, The Journal of Development Studies, April 1968.
- ders.: — „Productivity Growth in Latin America“, American Economic Review, Dezember 1967.
- Bryce, M. D. — „Policies and Methods for Industrial Development“ Mc Graw-Hill Series in International Development, New York, London 1965.
- Carr, E. H. — „Some Random Reflections on Soviet Industrialization“ in: H. C. Feinstein (ed) — „Socialism, Capitalism, and Economic Growth“, Cambridge 1967.
- Chenery, H. B. — „Patterns of Industrial Growth“, American Economic Review, Sept. 1960.
- Chenery, H. B. und Eckstein, P. — „Development Alternatives for Latin America“, Center for International Affairs, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1967, wiederabgedruckt in: Journal of Political Economy, Vol. 78/4, Supplement to July/August 1970.
- Cho-Ming Li (ed) — „Industrial Development in Communist China“, Cambridge/Mass. and London 1966.
- Debray, R. — „Entretiens avec Allende. Sur la situation au Chili“, éditions français maspéro/cahiers libres 200, Paris 1971.
- Diaz-Alejandro, C. F. — „An Interpretation of Argentine Economic Growth since 1930“, The Journal of Development Studies, Teil I: Vol. III/1, 1966/67, pp. 14—41; Teil II: Vol. III/2, 1966/67, pp. 115—177.
- ders.: — „On the Import Intensity of Import Substitution“, Kyklos, Vol. XVIII, 1965.
- Dos Santos, Th. — „The Structure of Dependence“, American Economic Review 1970/Papers and Proceedings; deutsch: „Über die Struktur der Abhängigkeit“, in: Senghaas, D. (Hrsg.) — „Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen zur abhängigen Reproduktion“, edition suhrkamp, Frankfurt a. M. 1972.
- Ellis, H. S. und Wallich, H. C. (eds.) — „Economic Development for Latin America“, Proceedings of a Conference Held by the International Economic Association (I.E.A.), London, New York 1961 (Neuaufll. 1962).
- Fei, J. C. H. und Ranis, G. — „Development of the Labour Surplus Economy: Theory and Policy“, Homewood/Illinois 1964.
- Felix, D. — „The Dilemma of Import Substitution — Argentina, in: Papanek, G. F. (ed) — „Development Policy — Theory and Practice“, Harvard University Press, Cambridge/Mass, 1968.
- ders.: — „Monetarists, Structuralists, and Import-Substituting Industrialization: A Critical Appraisal“, in: Baer, W. u. Kerstenetzky, I. (eds.) — „Inflation and Growth in Latin America“, A Publication on the Economic Growth Center, Yale University, Homewood/Ill., 1964.
- Ferrer, A. — „La Economía Argentina“, Mexico 1963; english edition: „The Argentine Economy“, Berkeley, University of California Press 1967.

- Frank, A. G. — „Capitalism and Underdevelopment in Latin America — Historical Studies of Chile and Brazil“, Monthly Review Press, New York/London 1967; deutsche Übersetzung: „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika“, EVA, Frankfurt a. M. 1969.
- Furtado, C. — „External Dependence and Economic Theory“, Beitrag zum Internationalen Symposium über „Imperialism — Its Place in Social Science Today“, Elsinore, Dänemark, April 1971; deutsch: „Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie“, in: Senghaas, D. (Hrsg.) — „Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen zur abhängigen Reproduktion“, edition suhrkamp, Frankfurt a. M. 1972.
- ders.: — „Economic Development of Latin America“, Cambridge University Press 1970 a.
- ders.: — „Théorie du Développement Economique“, Paris, Presses universitaires de France 1970 b.
- ders.: — „U.S. Hegemony and the Future of Latin America“, The World Today, Vol. 22, Sept. 1966.
- ders.: — „The Economic Growth of Brazil“, University of California Press, Berkeley and Los Angeles 1965² (1965 a).
- ders.: — „Development and Stagnation in Latin America: A Structuralist Approach“, Studies in Comparative International Development Vol. 1/ no. 11, 1965, pp. 159—165, Yale Growth Center, New Haven 1965 b.
- ders.: — „Development and Underdevelopment“, University of California Press, Berkeley and Los Angeles 1964.
- Freyssinet, J. — „Le concept de sous-développement“, Paris 1970².
- Galeano, E. — „Latin America and the Theory of Imperialism“, Monthly Review 21/11, April 1970, pp. 25—44.
- ders.: — „The De-Nationalization of Brazilian Industry“, Monthly Review Vol. 21/7, Dezember 1969, pp. 11—30.
- Gerschenkron, A. — „Economic Backwardness in Historical Perspective“, in: Hoselitz, B. F. (ed.) — „The Progress of Underdeveloped Areas“, Chicago 1952.
- ders.: — „Typology of Industrial Development as a Tool of Analysis“, in: Second International Conference on Economic History, Aix-en-Provence, Vol. II, The Hague 1962.
- Gordon, L. und Grommers, E. — „U.S.-Manufacturing Investment in Brazil 1945—60“, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1962.
- Griffin, K. (ed.) — „Financing Development in Latin America“, London 1971.
- ders.: — „Underdevelopment in Spanish America“, London 1969.
- Grunwald, J. — „Some Reflections on Latin American Industrialization Policy“, Journal of Political Economy, Vol. 78/4, Supplement to July/August 1970.
- Haberler, G. — „International Trade and Economic Development“, Cairo 1959.
- Harrod, R. und Hague, D. (eds.) — „International Trade Theory in a Developing World“, London/New York 1963.
- Hayter, T. — „Aid as Imperialism“, Penguin Books 1971.
- Hesse, H. — „Imports substitution und Entwicklungspolitik“, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 124/1968.
- Hicks, J. R. — „Essays in World Economics“, Oxford 1959.
- Hirschman, A. O. — „The Political Economy of Import-Substituting Industrialization in Latin America“, Quarterly Journal of Economics, Vol. 82/1968.

- ders.: — „The Strategy of Economic Development“, Yale University Press, New Haven 1958.
- Hobsbawm, E. J. — „Industry and Empire“, The Pelican Economic History of Britain Vol. 3, Penguin Books 1970².
- Hofmann, W. — „Zur Theorie der Industrialisierung von Entwicklungsländern: Eigenbeitrag“, in: ders. (Hrsg.) — „Theorie der Wirtschaftsentwicklung“, erschienen als Band 3 der Sozialökonomischen Studientexte, Berlin 1966.
- Huffschnid, J. — „Die Stellung der Daten als Methodenproblem der Sozialwissenschaften (unter besonderer Berücksichtigung einer Theorie der Entwicklungsländer)“, Dissertation, Berlin 1968.
- Hyder, S. — „The multinational corporation and the law of uneven Development“, in: Bhagwati, J. (ed.) — „Economics and World Order“, New York 1972; deutsch: „Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung“, in: Senghaas, D. (Hrsg.) — „Imperialismus und strukturelle Gewalt“, Frankfurt a. M. 1972.
- ders.: — „The Political Economy of the Gold Coast and Ghana“, in: Ranis, G. (ed.) — „Government and Economic Development“, New Haven/London 1971.
- ders.: — „The Efficiency (Contradictions) of Multinational Corporations“, American Economic Review Band 60, 1970, Papers and Proceedings.
- Iriye, A. — „Imperialism in East Asia“, in: J. B. Crowley (ed.) — „Modern East Asia: Essays in Interpretation“, New York et al 1970.
- Jansen, M. B. — „The Meiji State: 1868—1912“, in: J. B. Crowley (ed.) — „Modern East Asia: Essays in Interpretation“, New York et al 1970.
- Johnson, H. G. — „Trade and Economic Growth“, London 1962.
- Johnson, L. J. — „Problems of Import Substitution: The Chilean Automobile Industry“, Economic Development and Cultural Change, Vol. 15/2, Jan. 1967.
- ders.: — „United States Private Investment in Latin America — Some Questions of National Policy“, RAND Corp., Memo RM-40, 92-ISA, Juli 1964.
- Kaldor, N. — „Strategic Factors in Economic Development“, New York 1967.
- Keesing, D. B. — „Outward-looking policies and economic development“, Economic Journal, Vol. 77/1967.
- King, T. — „Mexico. Industrialization and Trade Policies since 1940“, OECD-Development Centre and Oxford University Press, Paris/London et al 1970.
- Kitamura, H. — „Economic Theory and the Economic Integration of Underdeveloped Regions“, in: Wionczek, M. S. (ed.) — „Latin American Economic Integration — Experience and Prospects“, New York 1966.
- Konetzke, R. — „Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft“, erschienen unter dem Titel „Süd- und Mittelamerika I“, als Bd. 22 der Reihe „Fischer Weltgeschichte“, Frankfurt a. M. 1965.
- Kuznets, S. — „Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations. Part II“, Economic Development and Cultural Change, Vol. 5/4, Suppl., July 1957.
- Laclau, E. — „Feudalism and Capitalism in Latin America“, new left review, Vol. 67/May, June 1971.
- ders.: — „Argentina — Imperialist Strategy and the May Crisis“, new left review, Vol. 62, July/August 1970.

- Landsberger, H. — „The labour elite: is it revolutionary?“, in: Lipsey, S. M. und Solari, A. (eds.) — „Elites in Latin America“, New York/Oxford University Press 1967.
- Lange, O. — „Politische Ökonomie“, 2 Bände, Berlin 1968.
- ders.: — „Economic development, planning and international cooperation“, Cairo 1961.
- Lao, M. F. — „Lateinamerikanische Annalen“, in: Kursbuch 11, Jan. 1968.
- Leff, N. H. — „The Brazilian Capital Goods Industry 1929—64“, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1968.
- ders.: — „Economic Policy-Making and Development in Brazil 1947—64“, New York/London et al 1968.
- Leff, N. H. und Netto, D. A. — „Import Substitution, Foreign Investment and International Disequilibrium in Brazil“, The Journal of Development Studies, Vol. 2/3, April 1966.
- Levin, J. V. — „The Export Economies. Their Pattern of Development in Historical Perspective“, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1960.
- Lewis, W. A. — „Economic Development with Unlimited Supplies of Labour“, in: Agarwala, A. N. u. Singh, S. P. (eds.) — „The Economics of Underdevelopment“, London 1958.
- Linder, S. B. — „Trade and Trade Policy for Development“, London 1967.
- Lockwood, W. W. — „The Economic Development of Japan: Growth and Structural Change, 1868—1938“, Princeton, N.J. 1955.
- Macario, S. — „Protectionism and Industrialization in Latin America“, Economic Bulletin for Latin America, Vol. IX/1, 1964.
- Mac Bean, A. I. — „Foreign Trade Aspects of Development Planning“, in: Stewart, J. G. (ed.) — „Economic Development and Structural Change“, University Press Edinburgh 1969.
- Maddison, A. — „Economic Progress and Policy in Developing Countries“, London 1970.
- Maizels, A. — „Growth and Trade“, abbreviated version of: „Industrial Growth and World Trade“, Cambridge 1970.
- ders.: — „Recent Trends in World Trade“, in: Harrod und Hague 1963.
- Magdoff, H. — „Militarism and Imperialism“, American Economic Review Vol. 60/1970, Papers and Proceedings.
- ders.: — „The Age of Imperialism“, Monthly Review Press, New York 1969; hier zitiert nach: Vorabdruck in Monthly Review, Vol. 20/Hefte 4 bis 6, 1968.
- Mamalakis, M. u. Reynolds, C. W. — „Essays on the Chilean Economy“, The Economic Growth Center at the Yale University, Homewood/ Ill. 1965.
- Mandel, E. — „Marxistische Wirtschaftstheorie“, Frankfurt a. M. 1968.
- Marini, R. M. — „Brazilian Subimperialism“, Monthly Review 23/9, 1970.
- ders.: — „Unterentwicklung und Revolution in Lateinamerika. Versuch einer marxistischen Interpretation“, in: Echeverria, B. u. Kurnitzky, H. (Hrsg.) — „Kritik des bürgerlichen Antiimperialismus“, Rotbuch 15, Berlin 1969.
- ders.: — „Brazilian Interdependence and Imperialist Integration“, Monthly Review, Dez. 1965.
- Meade, J. E. — „The Theory of International Economic Policy. Vol. I: The Balance of Payments“, London/New York 1951.
- Meier, G. M. (ed.) — „Leading Issues in Development Economics“, New York 1964.

- ders.: — „International Trade and Development“, New York, Evanston 1963.
- Merhav, M. — „Technological Dependence, Monopoly, and Growth“, Oxford/London et al 1969.
- Munoz, O. E. — „An Essay on the Process of Industrialization in Chile since 1914“, Yale Economic Essays, Vol. 8/1968.
- Murray, R. — „The Internationalization of Capital and the Nation State“, new left review no. 67, May/June 1971.
- Myint, H. — „The Economics of the Developing Countries“, London 1964.
- Myrdal, G. — „Economic Theory and Under-Developed Regions“, London 1957.
- NACLA (North American Congress on Latin America) — „Latin America and Empire Report“ (früher: „NACLA Newsletter“), New York und Berkeley, monatlich.
- Nakamura, J. I. — „Agricultural Production and the Economic Development of Japan, 1873—1922“, Princeton, N.J. 1966.
- North, D. — „Industrialization in the United States“, in: Habakkuk, H. J. und Postan, M. (eds.) — „Cambridge History of Europe, Vol. 6. The Industrial Revolution and After. Part 2“.
- Ohkawa, K. u. Rosovsky, H. — „The role of agriculture in modern Japanese economic development“, Economic Development and Cultural Change, October 1960.
- Organization of American States (OAS) — „The Alliance for Progress and Latin-American Development Prospects. A Five-Year Review, 1961—65“, Bericht der Departments of Economic and Social Affairs of the Pan American Union, Baltimore/Maryland 1967.
- Palloix, Ch. — „L'économie mondiale capitaliste“, 2 Bände, Paris 1971, Maspero.
- ders.: — „Problèmes de la croissance en économie ouverte“, Paris 1969, Maspero.
- Penrose, E. — „The Large International Firm in Developing Countries“, London 1968.
- dies.: — „The Theory of the Growth of the Firm“, Oxford 1959.
- Perroux, F. — „Indépendance de l'économie nationale et interdépendance des nations“, Paris 1972².
- Petras, J. — „The Transition to Socialism in Chile: Perspectives and Problems“, Monthly Review 23/5.
- Poulantzas, N. — „The Problem of the Capitalist State“, new left review, no. 58, Nov./Dec. 1969.
- ders.: — „Pouvoir Politique et Classes Sociales“, Paris 1968, Maspero.
- Prebisch, R. — „Towards a New Commercial Policy for Development“, Report to the UNCTAD, UN, New York 1964.
- ders.: — „The Economic Development of Latin America and its Principal Problems“, Economic Bulletin for Latin America, Vol. VII/1, Febr. 1962.
- ders.: — „Commercial Policy in the Underdeveloped Countries“ American Economic Review, Vol. XLIX/2, Mai 1959, Papers and Proceedings.
- Preobrazenskij, E. — „Die neue Ökonomik“, Verlag Neuer Kurs, Berlin 1971.
- Quijano, A. — „Nationalism and Capitalism in Peru: A Study of Neo-Imperialism“, Monthly Review 23/3, July, Aug. 1971 (Sonderheft).
- Robertson, D. H. — „The Future of International Trade“, in: Ellis, H. S. u. Metzler, L. S. (eds.) — „Readings in the Theory of International Trade“, London 1957.

- Robinson, E. A. G. (ed.) — „Economic Consequences of the Size of Nations“, London 1960.
- Robinson, J. — „Essays in the Theory of Employment“, Oxford 1947.
- Rockefeller, N. A. — „Quality of Life in the Americas“, Rockefeller-Report, Washington D.C. 1969.
- Rossanda, R. — „Chili, An I“, *Les Temps Modernes*, Jan. 1972.
- Sachs, I. — „Foreign Trade and Economic Development of Under developed Countries“, London 1965; Übersetzung der polnischen Originalausgabe, Warschau 1963.
- Scitovsky, T. — „International Trade and Economic Integration as a Means of Overcoming the Disadvantage of a Small Nation“, in: Robinson, E. A. G. 1960.
- Seers, D. — „A Model of Comparative Rates of Growth in the World Economy“, *Economic Journal*, March 1962.
- Sheahan, J. — „Imports, Investment, and Growth — Colombia“, in: Papanek, G. F. (ed.) — „Development Policy, Theory and Practice“, Harvard University Press, Cambridge/Mass. 1968.
- Shinohara, M. — „Growth and Cycles in the Japanese Economy“, Tokyo 1962.
- Smith, Th. C. — „Political Change and Industrial Development in Japan: Government Enterprise, 1868—1880“, Stanford, Calif., 1955.
- Stavenhagen, R. — „Siete tesis equivocadas sobre América Latina“, in: „Desarrollo“ (Kolumbien), Vol. I/4 1966; eine verkürzte deutsche Fassung als: „Sieben falsche Thesen über Lateinamerika“, in: Echeverría, B. und Kurnitzky, H. (Hrsg.) „Kritik des bürgerlichen Antimperialismus“, Rotbuch 15, Berlin 1969.
- Stein, B. S. u. Stein, St. S. — „The Colonial Heritage of Latin America“, *Monthly Review*, Vol. 22/4, Sept. 1970.
- Sunkel, O. — „Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika“, in: Senghaas, D. (Hrsg.) — „Imperialismus und strukturelle Gewalt“, Frankfurt a. M. 1972.
- ders.: — „National Development Policy and External Dependence in Latin America“, *The Journal of Development Studies*, Vol. 6/Oct. 1969.
- Sutcliffe, R. B. — „Industry and Underdevelopment“, London/Reading/Mass. et al 1971.
- Sweezy, P. M. u. Hubermann, L. — „Sozialismus in Kuba“, edition suhrkamp Bd. 426, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1970. Amerikanische Originalausgabe: „Socialism in Cuba“, *Monthly Review Press*, New York 1969.
- Szentes, T. — „The Political Economy of Underdevelopment“, Budapest, Akadémiai Kiadó 1971.
- Theberge, J. D. (ed.) — „Economics of Trade and Development“, New York, London etc. 1968.
- Triffin, R. — „International Monetary Arrangements, Capital Markets and Economic Integration in Latin America“, *Journal for Common Market Studies*, Vol. IV/1, Oct. 1965.
- UN — „World Economic Survey 1969—70. The Developing Countries in the 1960's: the problem of appraising progress“, New York 1971.
- UN — „The Growth of World Industry 1958—1967“, New York 1970.
- UN — „Foreign Investment in Developing Countries“, New York 1968.
- UN — „Implementation of Development Plans: Problems and Experience“, in: UN — „World Economic Survey 1966 — Part I“, New York 1967.
- UN — „World Economic Survey 1962 — Part I. The Developing Countries in World Trade“, New York 1963 a.

- UN — „A Study of Industrial Growth“, New York 1963 b.
- UNCTAD — „Trade in Manufactures of Developing Countries. 1968 Review“, New York 1969.
- UNCTAD — „The Role of Private Enterprise in Investment and Promotion of Exports in Developing Countries“, New York 1968.
- UNCTAD — „Towards a New Commercial Policy for Development“, Prebisch-Report, New York 1964.
- UNECLA (U.N. — Economic Commission for Latin America) — „Economic Survey of Latin America 1967“, New York 1969.
- UNECLA — „The Process of Industrial Development in Latin America“, New York 1966.
- UNECLA — „The Growth and Decline of Import Substitution in Brazil“, Economic Bulletin for Latin America, Vol. IX/1, March 1964 (1964 a).
- UNECLA — „The Economic Development of Latin America in the Post-War Period“, New York 1964 b.
- UNECLA — „Towards a Dynamic Development Policy for Latin America“ (Prebisch-Report), New York 1963 a.
- UNECLA — „Agriculture in Latin America: Problems and Prospects“, Economic Bulletin for Latin America, Vol. VIII/2, Oct. 1963.
- Vanek, J. — „Estimating Foreign Resources for Economic Development“, New York 1967.
- Vernon, R. — „Sovereignty at Bay: The Multinational Spread of U.S. Enterprises“, New York, Basic Books 1971.
- Viner, J. — „International Trade and Economic Development“, Oxford 1953.
- Weintraub, S. — „The Foreign-Exchange Gap of the Developing Countries“, Princeton University Press 1965.
- Wionczek, M. — „Present Status and Prospects of Economic Integration Movements in the Developing Countries“, in: ders. (ed.) — „Economic Cooperation in Latin America, Africa and Asia. A Handbook of Documents“, Harvard University Press, Cambridge/Mass. and London 1969 a.
- ders.: — „Lateinamerika und das ausländische Kapital“, Hamburg 1969 b.

Tilman Tönnies Evers und Peter von Wogau

„dependencia“: lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung

1. Einleitung

Relevante Beiträge zur Erklärung von Unterentwicklung kamen in den letzten Jahren vor allem von zwei Seiten: einmal von französisch-sprachigen, zum anderen von lateinamerikanischen Autoren. Die französische Richtung, zu der vor allem Amin, Bettelheim, Emmanuel, Jalée und Palloix gehören, legt den Schwerpunkt der Untersuchung auf den offenen oder verdeckten Werttransfer aus der „Dritten Welt“ in die Erste. Sie behandeln also die *Wechselbeziehung* zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Metropolen und ihren unterentwickelten Peripherieländern, und zwar *aus der Sicht der Metropolen* und vorwiegend unter *ökonomischen* Aspekten. Wenngleich dies den entscheidenden materiellen Kern der Beziehungen zwischen der reichen und der armen Welt trifft, so läßt sich damit allein nur ein *Weniger* an Entwicklung, nicht aber eine grundsätzlich *andere* Entwicklung erklären. Demgegenüber konzentrieren sich die Lateinamerikaner auf die Auswirkungen des Imperialismus *im Inneren* der unterentwickelten Länder, die sie *aus der Sicht der Peripherieländer* und vorwiegend in *soziologischer* und *politikwissenschaftlicher* Hinsicht untersuchen: Ihnen geht es darum, nachzuweisen, wie die ausländische Beherrschung und Ausplünderung alle internen Sozialstrukturen dieser Länder *deformiert* und sie in eine „Entwicklung der Unterentwicklung“¹ abdrängt. — Diese unterschiedlichen (wenn auch komplementären) Blickwinkel spiegeln sich wider in den Kennworten beider Richtungen: „l'échange inégal“ hier, „dependencia“ dort.

Der Begriff der „Abhängigkeit“ hat in Lateinamerika während der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine rapide Verbreitung erlebt. „Dependencia“ wurde zum obligaten Bestandteil von Publikationstiteln, Kongreßprogrammen und politischen Manifesten. Die Liste der Veröffentlichungen zu dem Thema ist kaum noch überschaubar².

Von da drang das Wort in die Industrieländer vor, wo nicht nur Vertreter der intellektuellen Linken³, sondern auch die Hochburgen

1 Frank 1969 b, S. 3.

2 Die bisher vollständigste Bibliographie der Dependenz-Literatur (nicht nur für den deutschen, sondern auch für den lateinamerikanischen Raum) gibt Senghaas 1972, S. 390—399.

3 In den USA u. a. Bodenheimer 1970; die englische Übersetzung der Arbeiten von Frank; und als Anwendung z. B. Stanley J. Stein and Bar-

der bürgerlichen Sozialwissenschaft davon Notiz nahmen: Auf den letzten Jahreskongressen der American Economic Association und der American Political Science Association beschäftigten sich mehrere Arbeitsgruppen mit der Dominanz-Abhängigkeits-Problematik⁴. Internationale Organisationen von anerkannter „Neutralität“ griffen das Thema auf⁵.

Den entscheidenden Anstoß für die Rezeption in Deutschland gab die deutsche Übersetzung einer Aufsatzsammlung von A. G. Frank⁶. Inzwischen sind schon die ersten deutschen Arbeiten auf dem Markt, die „Abhängigkeit“ im Titel oder in Kapitelüberschriften tragen⁷. An mehreren Instituten der westdeutschen Lateinamerikaforschung und der Friedensforschung wird derzeit mit dem Konzept der „Abhängigkeit“ experimentiert. Für den nächsten Jahreskongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft ist eine Arbeitsgruppe unter diesem Thema geplant. Für Senghaas steht fest, daß „die lateinamerikanische dependencia-Debatte ein solides Fundament für die differenzierte Analyse“ von Unterentwicklung abgibt⁸.

bara H. Stein: *The Colonial Heritage of Latin America. Essays on Economic Dependence in Perspective*. New York: Oxford University Press, 1970. In der französisch-sprachigen Literatur beruft sich z. B. Samir Amin auf die Lateinamerikaner (*L'accumulation à l'échelle mondiale*. Paris: Éditions Anthropos, 2. Aufl. 1971, S. 615), in Italien z. B. Giovanni Arrighi (*Sviluppo Economico e Sovrastrutture in Africa*. Turin: Giulio Einaudi Ed., 1969, S. 10).

4 American Economic Association, XXVIII Annual Assembly, Dic. 1969, veröffentlicht in: *American Economic Review* Vol. LX No. 2 May 1970, S. 225—246; American Political Science Association, 67th Annual Meeting 1971, Programm S. 23 und 68th Annual Meeting 1972, Programm, Workshops No. 1—9, 4—7, 7—1 und 9—10. Die Prominenten-Zeitschrift „Foreign Affairs“ bat Sunkel um einen Beitrag zu dem Thema; vgl. Sunkel 1972 b. Das *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* — die wichtigste sozialwissenschaftliche Lateinamerika-Zeitschrift der USA — widmet ihre No. 1 Vol. 15, February 1973, dem Thema „Foreign Investment and Dependence in Latin America“, allerdings mit überwiegend abwehrender Tendenz.

5 Die FAO titulierte die März/April-Ausgabe 1972 ihrer Zeitschrift „ceres“: „Trade: interdependence or dependence“.

6 Frank 1969 a. Im selben Jahr erschienen in deutscher Sprache auch Echeverría-Kurnitzky 1969 mit mehreren Aufsätzen lateinamerikanischer Autoren sowie Córdova-Silva Michelena 1969. Diese Arbeiten reflektieren alle einen Stand der Diskussion, der noch vor der eigentlichen Dependenz-Debatte liegt. Erste Ausschnitte des Dependenz-Ansatzes liegen nun in deutscher Übersetzung vor, vgl. die Arbeiten lateinamerikanischer Autoren in Senghaas 1972 und in Grabendorff 1973 sowie Córdova 1973. Ribeiro 1971 ist ein Sonderfall, der nur am Rande zur Dependenz-Literatur gehört.

7 Senghaas 1972; Wolfgang Hirsch-Weber: *Abhängigkeit und Selbstbestimmung*. Opladen: Leske-Verlag 1972; als Kapitelüberschrift z. B. Grabendorff 1973, S. 206 u. 315 und bei Dirk Berg-Schlosser (Hrsg.): *Die politischen Probleme der Dritten Welt*. Hamburg: Hoffmann und Campe 1972. S. 349.

Wie solide ist dieses Fundament wirklich? Und was davon ist in Deutschland „angekommen“? Offenbar fehlt ein Konsens über die Bedeutung des neuen Zauberworts, wenn Vertreter unterschiedlicher wissenschaftstheoretischer Standpunkte ihn gleichermaßen verwenden⁹. Auf dem Titelblatt des „Argument“ Nr. 51 vom April 1969 kommt der Begriff zweimal, jedoch in verschiedenen Bedeutungen vor¹⁰.

In Wahrheit geht bisher die deutsche Rezeption überwiegend „auf der Grundlage totalen Unverständnisses“¹¹ vor sich. Wenn daraus ein „solides Fundament“ werden soll, ist es notwendig, sich zunächst die Entstehung des Begriffs und seine Verwendung in Lateinamerika zu verdeutlichen; dies soll in den folgenden Abschnitten versucht werden, wobei die Fülle des Materials dazu zwingt, das komplizierte Diagramm individueller Meinungen und Terminologien auf seine „Generallinie“ zu reduzieren. Die anschließende Kritik wird zeigen, daß auch in Lateinamerika noch erhebliche Unklarheit über den theoretischen Ort des Konzepts und seine Konsequenzen besteht, andererseits aber auch wichtige Ansätze für eine Theorie der Unterentwicklung existieren, die es auszubauen gilt.

2. Zentrale Aussagen

In der Dependenz-Literatur lassen sich einige Grundgedanken feststellen, in denen alle Autoren übereinstimmen. Dieser gemeinsame Nenner lautet (in „neutralisierter“ und damit notwendig untheoretischer Formulierung):

1. Die Situation der unterentwickelten Länder kann nur erklärt werden, wenn dabei die entscheidende Rolle externer Faktoren berücksichtigt wird. Die Sozialstrukturen dieser Länder sind nicht das Ergebnis eines autonomen historischen Prozesses, sondern wesentlich geprägt durch die Dominanz ausländischer Hegemonialmächte, so daß endogene Faktoren mit exogenen in einem unauf löslichen Erklärungszusammenhang stehen.

2. Unterentwicklung ist kein der Entwicklung zeitlich vorausgehendes Stadium, sondern beide sind historisch gleichzeitige, funk-

8 Senghaas 1972, S. 19. Für Heinz Rudolf Sonntag (Nachwort zu Ribeiro 1971, S. 242) wird „die Theorie der Abhängigkeit immer mehr zu einem Angelpunkt und damit zu einem zentralen Anliegen der historisch-totalen Theorie“ (?).

9 Z. B. Urs Müller-Plantenberg, Technologie und Abhängigkeit, in: Senghaas 1972, S. 335–355, auf der einen, Hirsch-Weber a.a.O. auf der anderen Seite.

10 Einmal ist die Rede von der Abhängigkeit der „Dritten Welt“ von der Ersten, dann umgekehrt von der Abhängigkeit der Industriestaaten von den Rohstoffen der „Dritten Welt“.

11 Hanns-Albert Steger: Stand und Tendenzen der gegenwartsbezogenen Lateinamerika-Forschung in der BRD, in: Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung, 8. Jg. Heft 1, Januar 1973, S. 18.

tional aufeinander bezogene Seiten desselben historischen Prozesses der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. Abzulehnen sind daher alle Theorien, die in den heute unterentwickelten Ländern Frühformen der modernen westlichen Industriegesellschaften wiederzuerkennen glauben und daher Entwicklungsmodelle propagieren, die diese Industriegesellschaften zum Ziel und deren historische Entwicklungsetappen als nachzueifernden Weg setzen.

3. Unterentwicklung ist zwar extern begründet, ihre Auswirkungen sind aber interner Art: Die aufgezwungenen Insuffizienzen und Deformationen sind Wesensbestandteil aller internen Sozialstrukturen geworden.

4. Eine Überwindung der Unterentwicklung setzt also voraus, daß die verursachende externe Beherrschung aufgehoben wird.

Dieses Grundverständnis bedeutet eine radikale Abkehr von bestehenden bürgerlichen Theorien, deren Erklärungsansätze als zu eng erkannt werden: Unterentwicklung wird gesehen als fehlgeleitete, nicht bloß ungenügende Entwicklung. Ihr gesamtgesellschaftlicher Charakter fordert die Abkehr von einzeldisziplinären Erklärungsversuchen und die Hinwendung zu interdisziplinären Forschungen unter einer die Gesellschaft als Ganzes erfassenden Theorie. An die Stelle bisheriger statischer Beschreibungen muß eine die historische Entwicklung berücksichtigende Analyse treten. Die eigentlichen Ursachen der Unterentwicklung können nicht in den betroffenen Ländern selbst, sondern sie müssen in den Industriestaaten und darüber hinaus in dem beide Gruppen von Ländern verklammernden kapitalistischen System gesucht werden. Die Gesetzmäßigkeiten dieses Systems werden nicht mehr als bloße Randbedingungen, sondern als entscheidende verursachende Faktoren gesehen. An diesen Faktoren muß eine Überwindungsstrategie ansetzen, die Unterentwicklung nicht bloß reformieren will.

Der Dependenz-Ansatz wurde in Lateinamerika und für Lateinamerika entwickelt. Daß er seinem Anspruch nach auch für die unterentwickelten Länder Afrikas und Asiens gilt, wird zwar manchmal beiläufig erwähnt, aber nicht weiter verfolgt¹². Wenn in der Literatur von unterentwickelten Ländern die Rede ist, dann haben die Autoren Lateinamerika vor Augen, und danach soll auch hier verfahren werden. Wie der Ansatz auf Afrika und Asien übertragen werden kann, müssen weitere Untersuchungen klären¹³.

12 Die Geltung für die gesamte „Dritte Welt“ erwähnen u. a. Carmona de la Peña 1971, S. 10; Frank 1969 b, S. 371; Ianni 1970, S. 34. Anders Quartim de Moraes 1972, S. 13, der den Dependenz-Ansatz nur für die formal unabhängigen Länder gelten lassen und damit gerade die Unterschiede gegenüber Afrika und Asien erklären will. Stavenhagen 1969 stellt die einzige ausführliche Studie eines lateinamerikanischen Autors der Dependenz-Richtung über ein außerlateinamerikanisches Land (Elfenbeinküste) dar, ist aber wesentlich noch ohne Berücksichtigung des Dependenz-Ansatzes geschrieben.

13 Die Übertragung des Begriffs „Abhängigkeit“ auf Afrika versuchen z. B. Samir Amin: Underdevelopment and Dependence in Black Africa:

3. Genesis

Es ist kein Zufall, daß die Dependenz-Diskussion in der Mitte der 60er Jahre in Gang kam. Sie reflektiert eine Krise im Entwicklungsprozeß der lateinamerikanischen Gesellschaften und davon abgeleitet eine Krise der traditionellen Sozialwissenschaft, deren Prognosen und Strategien sich als nicht tragfähig erwiesen haben.

Der Dependenz-Ansatz ist in wesentlichen Grundgedanken keine Neuschöpfung: Er geht zurück auf die „klassischen“ Imperialismusanalysen vom Anfang des 20. Jahrhunderts, besonders die Arbeiten Lenins und Luxemburgs. Die marxistische Gesellschaftstheorie war jedoch während der 50er Jahre in Lateinamerika aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Wie in Europa, war auch in Lateinamerika die marxistische Diskussion Ende der zwanziger Jahre erstarrt und stagnierte seitdem unter dem doppelten Druck des Moskauer Ideologie-Monopols und der bürgerlichen Abschirm-Mechanismen. Die offiziellen lateinamerikanischen KPs — die oftmals nur ein Schattendasein in der Illegalität führten — beschränkten sich auf eine formelhafte Wiederholung feststehender Dogmen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen¹⁴, gab es keine Versuche einer selbständigen materialistischen Analyse der lateinamerikanischen Gesellschaften.

Als das Problem der Unterentwicklung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zum Gegenstand der internationalen Diskussion wurde, befand sich der Kalte Krieg auf dem Höhepunkt. Die ideologische Konfrontation der Blöcke erlaubte in der US-amerikanischen Sicherheitszone Mexico und Feuerland keine andere als die offizielle Interpretation der Hegemonialmacht. Nordamerikanische Autoren, wie Nurkse, Rosenstein-Rodan, Hirschman und Rostow, hatten in der folgenden Zeit entscheidenden Einfluß auf die Formulierung von Wachstumsstrategien für Lateinamerika. In Lateinamerika selbst war es vor allem die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika

Historical Origins, in: *Journal of Peace Research* 1972 Nr. 2, S. 105—119; Arrighi a.a.O.; Kalil Zamiti: *Système impérialiste contemporain, phénomène de dépendance et le rôle de la bourgeoisie nationale en Tunisie*, in: Anouar Abdel-Malek (Hrsg.) *Sociologie de l'impérialisme*. Paris: Editions Anthropos 1971, S. 521—543. Eine gemeinsame afrikanisch-lateinamerikanische Tagung zum Thema „Imperialismus“ fand im September 1972 in Dakar statt. — Auf Kanada wendet den Begriff „Abhängigkeit“ Karl Lewitt an: *Canada: Economic Dependence and Political Desintegration*, in: *New World Quarterly* Bd. 4 Nr. 2 1968; auf Japan: Kyoichi Maekawa: *Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung*, in: *Sozialistische Politik* 4. Jg. Nr. 19, August 1972, S. 29—40.

14 Zu erwähnen ist insbesondere der Peruaner José Carlos Mariátegui mit seinem 1928 erschienenen Buch „*Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana*“ (Lima: Ed. Librería Peruana, 2. Aufl. 1934), ferner der Argentinier Sergio Bagú, der Chilene Francisco Encina, der Brasilianer Caio Prado Junior und mehrere weitere Autoren, die meist dem Trotzkiismus entstammen.

CEPAL in Santiago de Chile unter Leitung von Raúl Prebisch, die diese Theorien für Lateinamerika ausspezifizierte und propagierte¹⁵. Über das Ziel gab es keine Zweifel: Es galt, in möglichst kurzer Zeit ein Industriestaat westlicher Prägung zu werden. Die Ansätze einer Industrialisierung, die in den größten Ländern Lateinamerikas seit den 30er Jahren stattgefunden hatten, galten als Beleg für die Gangbarkeit dieses Weges. Als wichtigste Träger dieser „nach innen gerichteten Entwicklung“¹⁶ galten das nationale Unternehmertum und ein milde dirigistischer Staat. Unterentwicklung war nichts als eine Anzahl von „Entwicklungshindernissen“, die es zu identifizieren und zu beseitigen galt.

Das schwerste Hindernis wurde im Kapitalmangel gesehen, der auf mehrere Weisen bekämpft werden sollte: Durch multilaterale Handelsabkommen (z. B. im Rahmen der UNCTAD) sollten bessere Bedingungen für die traditionellen Exportprodukte Lateinamerikas erreicht werden, um den Verfall der „terms of trade“ aufzuhalten. Neue Märkte und nicht-traditionelle Produkte sollten den Export diversifizieren und krisenfester machen. Die verbleibende Kapital-lücke war durch Auslandskapital in Form von Direktinvestitionen, Anleihen oder „Entwicklungshilfe“ zu schließen.

Für den Erfolg dieses Modells wurden eine Reihe von internen Reformmaßnahmen als unerlässlich erachtet: Eine Agrarreform sollte einen ländlichen Mittelstand schaffen und damit den Binnenmarkt erweitern. Der Staat mußte durch Rationalisierung seine unproduktiven Ausgaben kürzen und seine technische Effizienz steigern, um seine Funktionen als Orientierungsfaktor und subsidiärer Investor übernehmen zu können. Schließlich galt es, durch internationale Integration die Beschränkung der Binnenmärkte zu überwinden und eine rationale Arbeitsteilung zwischen den Ländern zu ermöglichen.

Diese als „desarrollismo“ bekanntgewordene Wachstumsideologie fand ihr Pendant im Bereich der Soziologie und der Politikwissenschaft in den verschiedenen Spielarten der Theorien vom sozialen Wandel und der Modernisierung. Auch diese Theorien stammten in ihren wesentlichen Formulierungen aus den USA¹⁷; bekannteste lateinamerikanische Vertreter waren der argentinische Soziologe Gino Germani¹⁸ und das DESAL (Centro para al Desarrollo Económico y Social de América Latina) in Santiago de Chile unter Leitung des belgischen Jesuiten Roger Vekemans. All diesen Theorien ist ge-

15 Raúl Prebisch: *El desarrollo económico de América Latina y sus principales problemas*. New York: UN, 1949.

16 „desarrollo hacia adentro“ im Gegensatz zu „desarrollo hacia afuera“, womit die exportorientierte Primärwirtschaft bezeichnet wird, die bis zur Weltwirtschaftskrise die dominierende Form lateinamerikanischer Wirtschaft gewesen war.

17 Hier sind Autoren wie Almond, Apter, Coleman, Deutsch, Easton, Lerner, Lipset und Pye zu nennen.

18 *Política y Sociedad en una Epoca de Transición*. Buenos Aires: Paidós, 1968. Weiter lateinamerikanische Autoren dieser Richtung sind Aldo Solari, Jorge Graciarena, Torcuato Di Tella, Federico Gil u. a.

meinsam, daß sie Entwicklung als eine Abfolge von Phasen entlang einem Kontinuum verstehen, das sich vom einen Extrem der Traditionalität zum anderen Extrem der Modernität erstreckt; die Kriterien für Modernität werden dabei wieder im Vorbild der heutigen kapitalistischen Industriestaaten gefunden. Die Länder Lateinamerikas befinden sich demnach auf Punkten zwischen beiden Polen in einer Übergangsphase, deren Kennzeichen der konfliktbetonte Dualismus von noch-traditionellen und schon-modernen Strukturen ist. Die richtige Strategie zur Überwindung dieses Dualismus wurde gesehen in einer Stärkung des modernen, kapitalistischen Sektors der Gesellschaft, der instandgesetzt werden sollte, allmählich den traditionellen in sich aufzunehmen.

Die politische und soziale Realität der 60er Jahre widerlegte diese Theorien. Die auf die Substitution von Konsumgüterimporten beschränkte Industrialisierung offenbarte ihre engen Grenzen. Ausländische Großunternehmen gewannen zunehmend Einfluß auf dem heimischen Markt und verdrängten die nationalen Unternehmen. Die traditionellen Exportprodukte konnten ihren Platz im Welthandel nur knapp halten. Eine Ergänzung der Devisenreserven war nur über den ausländischen Kapitalmarkt zu erreichen, wodurch der Schuldenberg schwindelerregend wuchs. Die zunehmend kapitalintensiven Produktionsmethoden führten verbunden mit dem Problem der Bevölkerungsexplosion zu einem immer krasserem Ausmaß an Arbeitslosigkeit. Agrarreformen wurden von den traditionellen Oligarchien verhindert. Der liberal-demokratische Staat vermochte nicht, zum zentralen Orientierungsfaktor zu werden, vielmehr verschärfte sich seine Legitimitätskrise; das äußerte sich in einer Reihe von Putschen, die u. a. gerade diejenigen Regierungen stürzten, die am konsequentesten das Modell des „desarrollismo“ aufgegriffen hatten (so die Regierungen Frondizi in Argentinien und Kubitschek-Goulart in Brasilien). Die „Allianz für den Fortschritt“, mit der die USA den „desarrollismo“ nach anfänglichem Mißtrauen zur offiziellen Lehre des *containment*¹⁹ machten, blieb wirkungslos. Statt sich zu verringern, vergrößerte sich die Kluft zwischen arm und reich im Innern wie im Äußern.

Mitte der 60er Jahre war das Scheitern des „desarrollismo“ unübersehbar geworden und zwang zur Kritik der ihn tragenden Theorien. Eine solche Diskussion war nun auch möglich geworden durch Verschiebungen im internationalen Rahmen, die den absoluten Führungsanspruch der USA in Frage stellten (Scheitern der *roll-back*-Strategie; erfolgreiche Befreiungsbewegungen in Kuba und Vietnam;

19 Die antikommunistische Zielsetzung des „desarrollismo“ wird z. B. von seinem argentinischen Vertreter Rogelio Frigerio (*Crecimiento económico y democracia*. Buenos Aires: Losada, 1963, S. 168) klar ausgesprochen: „Nur wenn sich die Länder der schwachentwickelten Welt mit dem Produktionskomplex der westlichen Märkte zusammenschließen, werden diese Länder in der Lage sein, sich dem ständig wachsenden Einfluß des sozialistischen Lagers auf die ‚Peripheriestaaten‘ zu entziehen.“

verschärfter Konkurrenzkampf und vermehrte Reproduktionsschwierigkeiten im kapitalistischen Lager). Die Wiederentdeckung der marxistischen Gesellschaftstheorie in Lateinamerika, aus der die Dependenz-Debatte hervorgeht, ist Teil der weltweiten Auswirkungen dieser Veränderungen.

Der Dependenz-Ansatz geht aus von einer doppelten Kritik: Einmal an den herrschenden bürgerlichen Theorien, deren Prognosen sich als unrichtig erwiesen hatten²⁰. Zum anderen wendet er sich auch gegen die erstarrten marxistischen Interpretationen der lateinamerikanischen Realität. Auch die offiziellen KPs übertrugen europäische Modelle und Begriffe auf Lateinamerika, ohne sie entsprechend den dortigen Situationen zu modifizieren. Die von Marx und Engels formulierte Folge von Produktionsweisen wurde als starres Gesetz auf Lateinamerika angewendet: Danach mußte alles, was nicht voll entfaltetem Kapitalismus war, Feudalismus sein. Die politische Konsequenz war, daß die lateinamerikanischen Kommunisten vorerst keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Revolution erwarteten und folglich ihr Hauptaugenmerk auf eine entsprechende Bündnispolitik mit allen potentiell fortschrittlichen Klassen einschließlich der „nationalen Bourgeoisie“ gegen die „feudale“ Oligarchie richteten. Die Annahme relevanter Gegensätze zwischen einer (in vielen Ländern inexistenten) „nationalen Bourgeoisie“ und der Kompradorenbourgeoisie erwies sich jedoch in der Praxis als nicht gerechtfertigt. Die darauf basierende Bündnisstrategie mit ihrem Streben nach Legalität führte zu substantiellen Konzessionen ohne entsprechende politische Resultate und verselbständigte sich häufig zu einer generellen Stillhaltepolitik^{21*}.

20 Der Argumentationsgang dieser Kritik braucht hier nicht wiedergegeben zu werden; er ist in der deutschen Literatur vor allem von Conrad Schuhler: *Zur politischen Ökonomie der Armen Welt*, München 1968, dargelegt worden. — Fast alle Autoren der Dependenz-Literatur geben zumindest in Stichworten eine Kritik dieser Theorien, z. B. Aguilar Monteverde 1971 b, S. 24—27; Caputo-Pizarro 1970, S. 43—146; Cardoso-Faletto 1969, S. 11—17; Córdova/Silva Michelena 1969, S. 63 f.; Dos Santos 1970 b, S. 281—290; ders. 1970 c, S. 13—37; ders. 1970 a, S. 150—173; Frank 1969 b, S. 21—94, 221—230, 403—405; Furtado 1972, passim; García 1970, passim; González Casanova 1969, S. 12—23; Ribeiro 1971, S. 47; Rodolfo Stavenhagen: *Sieben falsche Thesen über Lateinamerika*, in: Echeverría-Kurnitzky 1969, S. 15—30; Sunkel 1972 a, S. 258; Vasconi 1970 b, S. 19/20.

21 Zur Stellung der lateinamerikanischen KPs in der Mitte der sechziger Jahre vgl.: Carlos Lopez (*Die kommunistische Partei Venezuelas und die gegenwärtige Lage im Lande*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Nr. 10 (74) Okt. 1964, 7. Jg., S. 825—831): „Der Ausgangspunkt dieser (Bündnis-) Politik ist die Definition der heutigen Revolution als einer demokratischen, nationalen, antiimperialistischen und antifeudalen. An ihrem Sieg sind . . . die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Intelligenz, das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie interessiert.“ Die Zusammenarbeit mit letzterer dürfe nicht unterschätzt werden (831). — Im Hinblick auf Argentinien schreibt Alberto Ferrari (*Lehren der Volksfront und Lateinamerika*, in: *Probleme des Friedens*

Diese konservative Erstarrung wurde bereits vor der Dependenz-Debatte von kleinen Gruppen trotzkistischer Intellektueller bekämpft, die im Imperialismus die entscheidende Ursache der Unterentwicklung erkannten. Jedoch verstanden sie den Imperialismus als ausschließlich externen Faktor und überhöhten ihn zu einem alles bestimmenden und erklärenden Herrschaftsmechanismus. Diese Außenprojektion ließ den Imperialismus immer mehr zum lähmenden Schlagwort absinken, das jede konkrete Analyse der eigenen Situation überflüssig machte und jede eigene Gegenstrategie von vornherein aussichtslos erscheinen ließ²².

Der Dependenz-Ansatz geht demgegenüber davon aus, daß der Imperialismus kein bloß externes Phänomen ist, sondern gerade durch seine Präsenz innerhalb der beherrschten Gesellschaften wirkt und daher auch dort analysiert und bekämpft werden kann. Der Schwerpunkt liegt daher auf der Untersuchung der konkreten internen Sozialstrukturen, womit der Dependenz-Ansatz in einem entscheidenden Punkt über die „klassische“ Imperialismus-Theorie hinausgeht: Für Lenin und Luxemburg waren die „rückständigen Länder“ der auswärtige Markt, der nur insoweit interessierte, als er die Produktionsverhältnisse und den Kapitalbildungsprozeß in den Metropolen beeinflußte. Die konkreten Auswirkungen der Kapital- und Warenströme innerhalb der betroffenen Länder wurde nicht thematisiert;

und des Sozialismus, Nr. 1 [101] Januar 1967, 10. Jg., S. 72—74): „Nur die Einheit aller Kräfte, die für Frieden und nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten, vom Proletariat bis zur nationalen Bourgeoisie (d. h. zu jenem Sektor der Bourgeoisie, dessen Interessen nicht mit den Interessen des Imperialismus und der Agraroligarchie verbunden sind), kann der Herrschaft der heutigen Herren des Landes ein Ende setzen ... In Argentinien steht die demokratische, agrarische, antiimperialistische Revolution, die den Übergang zum Sozialismus als Perspektive hat, auf der Tagesordnung“ (74). — Vgl. auch: Der Parteitag der Kommunistischen Partei Mexicos (ohne Verfasserangabe) in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 3 (67) März 1964, 7. Jg., S. 225; Hugo Barrios Klee: Probleme der revolutionären Situation und der Befreiungskampf des guatemaltekischen Volkes, ebd., S. 192, 194; Rodney Arismendi: Einige aktuelle Aspekte des revolutionären Prozesses in Lateinamerika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 10 (74) Okt. 1964, 7. Jg., S. 820; Ruben Castellanos: Die Oktoberrevolution und einige Probleme der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 6 (106) Juni 1967, 10. Jg., S. 454; Roque Dalton: Die Kommunistische Partei Salvadors, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 10 (110) Okt. 1967, 10. Jg., S. 829.

* S. Anm. d. Red. am Schluß des Aufsatzes.

²² Zur Kritik an den offiziellen marxistischen Interpretationen der lateinamerikanischen KPs und an dem Imperialismus-Verständnis der trotzkistischen Linken siehe z. B. Cardoso 1970 a, S. 403 f.; Dos Santos 1970 a, S. 175—177; Frank 1969 b, S. 407; González Casanova 1969, S. 9 f. und 35—51; Stavenhagen ebd. S. 16—20, 23.

die grundsätzliche Andersartigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Peripherien wurde noch nicht erfaßt²³.

Entscheidende Anstöße empfing die lateinamerikanische Diskussion aus dem 1957 erschienen Werk von Paul Baran „The Political Economy of Growth“²⁴, wo Ansätze einer Weiterentwicklung der Imperialismus-Theorie und ihrer Anwendung auf die „Dritte Welt“ sichtbar werden. Ohne noch „Abhängigkeit“ als Oberbegriff zu verwenden, bemühten sich mehrere lateinamerikanische Autoren schon in den frühen 60er Jahren um eine selbständige materialistische Analyse Lateinamerikas²⁵. Im Jahr 1967 erschienen erstmals mehrere Publikationen, die „dependencia“ in den Mittelpunkt der Untersuchung stellten²⁶; damit war der Durchbruch zur großen Publizität erreicht. Erster Kristallisationspunkt der Diskussion war die CEPAL selbst und das ihr angeschlossene Forschungsinstitut ILPES, wo mehrere Mitglieder des Forschungsteams die Mängel der von ihnen selbst bisher vertretenen Theorien zu erkennen begannen. Auch in der Folgezeit blieb Santiago de Chile das Zentrum der Dependenz-Diskussion, wobei insbesondere das Centro de Estudios Socio-Económicos (CESO) der Wirtschaftsfakultät an der staatlichen Universität

23 Dies war auch in der damaligen Situation kaum möglich: Die Löhne waren auch in den Metropolen auf dem Existenzminimum, Agrarprodukte waren teuer im Verhältnis zu den noch relativ einfachen Industrieprodukten der damaligen Technologie. Der Primärgüterexport führte gerade um die Jahrhundertwende zu einer wirtschaftlichen Expansion in den größeren Ländern Lateinamerikas. Lenin glaubte daher, daß der Kapitalexport in den rückständigen Ländern zu einer rapiden Entfaltung der Produktivkräfte führen würde, während in den Metropolen sich die Entwicklung verlangsamen würde durch die Degeneration zu parasitären Kapitalrentner-Staaten; vgl. W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin-DDR 1970, S. 105—115 und 129 f. — Eine kritische Sichtung der „klassischen“ Imperialismustheorie im Hinblick auf das Problem der Unterentwicklung versuchen Caputo-Pizarro 1970, S. 147 bis 240 und Hinkelammert 1970 c.

24 P. A. Baran: The Political Economy of Growth, Monthly Review Press, New York 1957, dtsh.: „Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums“. Neuwied und Berlin, 1966. — Auf Baran beziehen sich u. a. Aguilar Monteverde 1971 b, S. 45 f.; kritisch: Córdova 1973, S. 119—126; Córdova/Silva Michelena 1969, S. 100; Durand Ponte 1972, S. 220; Frank 1969 a, Vorwort; Ianni 1970, S. 57; Reyna 1967, S. 660; Weffort 1970, S. 398/399. — Von den übrigen neueren marxistischen Autoren ist besonders Althusser in Lateinamerika bekannt geworden.

25 Z. B. Pablo González Casanova: Sociedad plural, colonialismo interno y desarrollo, in: América Latina, Año 6 No. 3 1963, S. 15—32; Rodolfo Stavenhagen: Clases, colonialismo y aculturación: Ensayo sobre un sistema de relaciones interétnicas en Mesoamérica, in: América Latina, Año 6 No. 4 1963, S. 89—103; und die bei Frank 1969 a und 1969 b abgedruckten früheren Arbeiten von Frank.

26 Zu erwähnen sind besonders das 1967 in Erstausgabe beim ILPES in Santiago erschienene „Desarrollo y Dependencia en América Latina“ von Cardoso und Faletto (vgl. Cardoso-Faletto 1969: Zweitausgabe im Verlag Siglo XXI) und der Aufsatz von Sunkel 1967.

mit mehreren Veröffentlichungen hervortrat. Ein zweiter Schwerpunkt bildete sich an der Nationalen Universität von Mexico und dort besonders im Instituto de Investigaciones Económicas (IIE). Aber auch in fast allen übrigen Hauptstädten Lateinamerikas und selbst in wichtigen Provinzstädten bildeten sich an den Universitäten Arbeitsgruppen zum Thema „dependencia“. Die ca. zwanzig Autoren, die internationale Bekanntheit erlangten, entstammen den Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie und Politologie sowie in Einzelfällen der Anthropologie und der Rechtswissenschaft. Stark vertreten sind unter ihnen die Brasilianer, von denen allerdings die meisten nicht in Brasilien, sondern (mindestens zeitweise) in Chile gearbeitet und auf Spanisch publiziert haben. Zu den wichtigsten „dependencistas“ gehören ferner mehrere Chilenen und Mexikaner und schließlich einzelne Vertreter anderer lateinamerikanischer Nationalitäten²⁷, aber auch ein Nordamerikaner (Frank) und ein Deutscher (Hinkelammert).

Der Begriff „Abhängigkeit“ selbst hat seine eigene Vorgeschichte: Neben seiner Verwendung in der Umgangssprache gibt es mehrere Ansätze zu einem theoretischen Gebrauch. Marx spricht beiläufig von „abhängigen Nebenlanden“²⁸. Lenin widmet mehrere Absätze seiner Imperialismusanalyse den „verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind“²⁹. In beiden Fällen wird Abhängigkeit noch ausschließlich als externes Unterordnungsverhältnis gesehen. 1953 zieht der französische Anthropologe Balandier den Begriff erstmals zur Analyse interner Strukturen heran³⁰, beschränkt ihn jedoch auf die Aspekte sozial-psychologischer und kultureller Entfremdung der Kolonialvölker. — Diese früheren Verwendungen des Begriffs haben keine unmittelbare Grundlage für seine Ausformulierung im Rahmen der Dependenz-Debatte abgeben können. Das Wort ist zwar alt, sein Bedeutungsinhalt aber ist neu geschaffen worden.

4. Der Dependenz-Ansatz

4.1 Der theoretische Rahmen

Jenseits der oben dargelegten Grundaussagen des Dependenz-Ansatzes teilen sich die Wege: Es gibt unter seinen Autoren keinen Konsens über die theoretische Einordnung, die genaue Definition und die konkreten Erscheinungsformen von „Abhängigkeit“.

Die Dependenz-Debatte ist in Lateinamerika unter der Bezeichnung „teoría de la dependencia“ bekannt geworden. Man könnte da-

27 Brasilianer sind z. B. Cardoso, Dos Santos, Furtado, Ianni, Jaguaribe, Marini, Ribeiro, Weffort. Chilenen sind z. B. Faletto, Pinto, Sunkel. Mexikaner sind u. a. Aguilar Monteverde, González Casanova, Stavenhagen.

28 Das Kapital Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 785.

29 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin-DDR 1970, S. 91.

her vermuten, es handele sich um eine selbständige Theorie, so daß die Frage der theoretischen Einordnung sich nicht stelle. Diese Ansicht wird jedoch von keinem namhaften Autor vertreten, „schon aus semantischen Gründen: Wer abhängt, hängt von etwas ab; er wird bedingt, er bedingt nicht. Den Begriff der Abhängigkeit in den Rang eines allumfassenden Konzepts erheben zu wollen, ist ein nonsens“³¹. Der Dependenz-Ansatz stellt vielmehr einen Satz von Erklärungshypothesen auf hoher Abstraktionsebene dar, deren theoretischer Zusammenhang außerhalb ihrer selbst bestimmt werden muß.

Im wesentlichen lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: eine bürgerliche „nationalistische“ und eine marxistische Richtung.

a) Die bürgerliche „nationalistische“³² Richtung, zu der Furtado, Jaguaribe, Pinto, Sunkel u. a. gehören, faßt unter „Abhängigkeit“ eine Summe von externen Variablen, die den äußeren Rahmen des nationalen Entwicklungsprozesses bilden und daher zusätzlich zu den internen Variablen berücksichtigt werden müssen. Unterentwicklung wird gesehen als das Ergebnis des kumulativen Wirkens von internen und externen Hindernissen. Eine Hierarchisierung der verschiedenen Arten externer Beeinflussung — sei sie wirtschaftlicher, politischer, kultureller, militärischer, technologischer Art — findet nicht statt, vielmehr werden alle diese Faktoren in einer Wechselwirkung „zirkularer Verursachung“³³ gesehen. Eine Einordnung dieser Beziehungen in einen größeren theoretischen Rahmen erscheint den Autoren dieser Richtung nicht zwingend erforderlich und wird auch nicht angestrebt. Dennoch finden sich in ihren Arbeiten Anleihen bei verschiedenen bürgerlichen Theorien, so insbesondere bei der strukturell-funktionalen Theorie, bei verschiedenen Theorien der internationalen Beziehungen oder bei den kritisierten Theorien der Modernisierung oder des wirtschaftlichen Wachstums; sogar aus dem Marxismus werden einzelne Begriffe und Theoreme übernommen³⁴.

Träger von Dominanz und Abhängigkeit sind für die „nationalistische“ Richtung in erster Linie Nationalstaaten und im erweiterten Sinne auch Teileinheiten innerhalb von Staaten — z. B. Schichten,

30 Georges Balandier: Contributions à une sociologie de la dépendance, in: Cahiers Internationaux de Sociologie, Vol. XII 1952, S. 47—69.

31 Cardoso 1970 a, S. 405.

32 Der lateinamerikanische „Nationalismus“ hat nichts mit dem rechtsgerichteten europäischen Nationalismus zu tun. In diesem Zusammenhang sind bürgerlich-antimperialistische Gruppen gemeint, deren Stellung im politischen Spektrum Lateinamerikas — vereinfachend — am ehesten dem europäischen Linksliberalismus vergleichbar ist.

33 Jaguaribe 1970, S. 42.

34 „Obwohl ich die verschiedenen Theorien vom Sozialen Wandel, besonders die marxistische, in allem ihrem Wert anerkenne und häufig auf sie zurückgreife ... beabsichtige ich, einem anderen Weg zu folgen. Statt von einer der anerkannten Theorien des sozialen Wandels auszugehen ... werde ich bei meiner Erkundung ausgehen von einigen empirisch zu beobachtenden Prozessen“, Sunkel 1970, S. 13.

Individuen, Wirtschaftssektoren, Städte, Regionen, Institutionen etc. Der Inhalt von Abhängigkeit ist eine wie immer geartete Beeinflussung oder „asymmetrische Interaktion“.

b) Für die mehrheitliche *marxistische Richtung*, zu der Cardoso, Córdova, Dos Santos, Frank, Marini, Quijano, Stavenhagen, Vasconi u. a. zählen, fügt sich der Dependenz-Ansatz ein in die Imperialismustheorie als derjenige — bisher noch nicht ausformulierte — Teil, der die Auswirkungen des Imperialismus auf die von ihm beherrschten Peripherieländer beschreibt. Für die Autoren dieser Richtung „gibt es keine Theorie der Abhängigkeit unabhängig von der Imperialismustheorie“³⁵. Dennoch betrachten sie ihren Ansatz nicht als bloße Spezifizierung vorhandener Formulierungen, sondern als ein in doppelter Hinsicht neues Element: An die Stelle der Blickrichtung „von oben“ aus der Sicht der Metropolen tritt die Blickrichtung „von unten“ aus der Sicht der beherrschten Länder; ihre internen Gesellschaftsstrukturen, die in der traditionellen Imperialismustheorie stets vernachlässigt wurden, stehen nun im Mittelpunkt der Untersuchung. Das „bedeutet, die Imperialismus-Theorie nicht nur zu erweitern, sondern auch zu ihrer Neuformulierung beizutragen“³⁶. Für die marxistische Richtung sind nicht Nationalstaaten die primären Träger von Dominanz und Abhängigkeit, sondern Klassen³⁷; Inhalt von Abhängigkeit ist daher nicht eine irgendwie geartete Beeinflussung, sondern die Aneignung von Mehrwert³⁸. Das ausbeuterische Grundverhältnis zwischen arbeitender und besitzender Klasse ist jedoch allgemeines Kennzeichen des kapitalistischen Systems und kann daher für sich genommen nicht die besondere Ausprägung des Kapitalismus in den Peripherieländern erklären. Für das Problem der Unterentwicklung werden abgeleitete Erscheinungen wie die Art der Verteilung von Überschüssen unter den verschiedenen Gruppen der lokalen und ausländischen Bourgeoisie sowie die nationalstaatliche Vermittlung von Herrschaftsverhältnissen relevant; diese Fragen stehen daher im Mittelpunkt einer marxistischen Theorie der Unterentwicklung, aber nicht — wie bei der bürgerlichen Richtung — als Addition von Einzelphänomenen, sondern als besondere Ausprägung von allgemeineren Phänomenen. Die Beherrschung im außerökonomischen Bereich, die für die bürgerliche Richtung gleichrangig neben der wirtschaftlichen steht, wird von der marxistischen als Herrschaftssicherung im Überbau eingeordnet — was nicht ausschließt, daß vom Forschungsinteresse eine übergewichtige Untersuchung von politischen gegenüber wirtschaftlichen Fragen geboten sein kann.

Der hier erarbeitete Gegensatz zwischen der marxistischen und der „nationalistischen“ Richtung tritt allerdings in der Literatur nur in

35 Cardoso 1970 a, S. 409.

36 Dos Santos 1970 a, S. 176.

37 Ianni 1971, S. 12; ausführlich auch Weffort 1970 in seiner Kritik des Dependenz-Ansatzes.

38 Dies wird zentral entwickelt bei Marini 1972.

verschwommener Form zutage. Die wenigsten Autoren der marxistischen Richtung nehmen bisher den Anspruch des eigenen theoretischen Ansatzes in der Weise ernst, daß sie ihre Fragestellung aus der Methode der politischen Ökonomie ableiten und ihre Terminologie in die dort geschaffenen Kategorien einordnen. Das neu entdeckte Feld von Zusammenhängen ist so groß, daß beim ersten Abschreiten nur „in Kladder gesprochen“ wird. Die mangelnde begriffliche und methodische Schärfe der marxistischen Autoren einerseits und die Anleihen beim Marxismus der bürgerlichen Autoren andererseits lassen die Dependenz-Literatur beinahe als ein Kontinuum zwischen marxistischen und bürgerlichen Formulierungen erscheinen. Bei manchen Autoren geht die Unschärfe so weit, daß eine klare Zuordnung zur einen oder anderen Gruppe unmöglich ist. Zu dieser Gruppe der „Unklassifizierbaren“ gehören Autoren wie Aguilar Monteverde, Carmona de la Peña und Kaplan.

c) Eine selbständige *evolutionistische Theorie der Unterentwicklung* hat Darcy Ribeiro erarbeitet³⁹. Sein „zivilisatorischer Prozeß“ umfaßt jedoch nicht nur die Geschichte der heute unterentwickelten Länder, sondern der Menschheitsgeschichte überhaupt. Statt von „Abhängigkeit“ spricht er von „historischer Eingliederung“, die jede Art der ethnischen Unterwerfung zu jedem geschichtlichen Zeitpunkt bezeichnen und für die die heutigen kapitalistischen Peripherienationen nur ein Beispiel sind. Indem Ribeiro von der konkreten historischen Situation und ihren gesellschaftlichen Bedingungen abstrahiert und allgemeine „soziokulturelle“ Kategorien schafft, bleibt seine Theorie unverbindlich für das konkrete Problem der heutigen Unterentwicklung.

4.2 Das Verhältnis von externen zu internen Faktoren

Breiten Raum nimmt in der Literatur die Frage ein nach dem Verhältnis von externen zu internen Faktoren. Nicht ohne Grund: Hier handelt es sich um einen zentralen Punkt für den Begriff „Abhängigkeit“, der in irgendeiner Weise auf den nationalstaatlichen Rahmen Bezug nimmt und dessen Funktion daher explizieren muß. Zudem entstand der Dependenz-Ansatz aus der doppelten Kritik an der Unter- wie an der Überbewertung externer Beeinflussung und muß daher seinen „Mittelweg“ gegen beides abgrenzen.

a) Für die „nationalistische“ Richtung stellt sich die Frage nicht als theoretisches, sondern als empirisches Problem: Da sie den Nationalstaat als nicht weiter hinterfragten Bezugsrahmen nimmt, ist das Begriffspaar „intern-extern“ identisch mit „inländisch-ausländisch“, und die Grenzen von Staatsgebiet und Staatsgewalt geben erschöpfende Auskunft über die Abgrenzung von beiden. Die exogenen Faktoren bleiben „äußere Grenzen, innerhalb deren sich die nationale Entwicklungspolitik bewegt“⁴⁰.

³⁹ Ribeiro 1971.

⁴⁰ Sunkel 1967, S. 44.

Daß innere Strukturen — z. B. Institutionen, Produktionszweige, Ideologien — das Ergebnis früherer ausländischer Überfremdung sein können, ändert nichts daran, daß sie heute zu den internen Faktoren rechnen⁴¹. Soweit das Ausland Brückenköpfe im Landesinneren besitzt — z. B. in Form von Auslandskapital, Militärmissionen, Konsummustern —, handelt es sich um „eine Art von Fünfter Kolonne“⁴², deren Identifizierung, Abgrenzung und Klassifizierung zwar empirische, nicht aber theoretische Probleme stellt.

b) Für die *marxistische Richtung* ist diese klare Trennung von extern und intern nicht möglich. Da Unterentwicklung auf die Wirkungsweise des globalen kapitalistischen Systems zurückgeführt wird, sind alle verursachenden Faktoren „interne“ Faktoren dieses Systems⁴³. Der Kapitalismus ist jedoch keine homogene Einheit, sondern geprägt von Widersprüchen; er ist auch keine reine Abstraktion, sondern wird in der Wirklichkeit getragen von sozialen Gruppen, zu deren wichtigsten Organisationsformen der Nationalstaat gehört.

Bisher fehlt in der Literatur — von bruchstückhaften Ansätzen abgesehen — eine stringente theoretische Ableitung der Funktion des nationalstaatlichen Rahmens für die Wirkungsweise des kapitalistischen Systems auf Weltmaßstab und seinen Ort in einer Theorie der Unterentwicklung. Unbefriedigend bleibt daher auch die Klärung des Verhältnisses von externen zu internen Faktoren. Es wird z. T. umschrieben als das Verhältnis vom Allgemeinen zum Besonderen, wobei das Allgemeine der Weltmarkt oder das internationale kapitalistische System, die Besonderheit das eigene Land darstellt⁴⁴; z. T. wird es auch gesehen als die Beziehung zwischen allen unterentwickelten Ländern auf der einen und allen industrialisierten Ländern auf der anderen Seite⁴⁵.

Einig sind sich die Autoren in der Beschreibung der *Art* der Interaktion zwischen externen und internen Faktoren: Es handelt sich

41 „Zu den internen Faktoren gehören: Die Strukturen der natürlichen Ressourcen und die Bevölkerungsstruktur, die politischen Institutionen und insbesondere der Staat; die soziopolitischen Gruppen und Klassen; die Ideologien und die Attitüden der verschiedenen Gruppen und Klassen; die jeweils spezifische Politik der öffentlichen Gewalt usw.“ Sunkel 1972 a, S. 260. In dieser 1970 geschriebenen Arbeit, die gegenüber der Arbeit von 1967 eine gewisse Annäherung an die marxistische Richtung zeigt, wird in der Fußnote darauf hingewiesen, daß diese internen Faktoren z. T. das Ergebnis des früheren Wechselspiels zwischen externen und internen Beziehungen darstellen.

42 Sunkel 1972 b, S. 519.

43 „Es ist klar, daß die allgemeinste theoretische Annahme ... die ist, daß die metaphysische Unterscheidung zwischen externen und internen Bedingungsfaktoren nicht besteht.“ Cardoso 1970 a, S. 404; siehe auch Cardoso-Faletto 1969, S. 26; Aguilar Monteverde 1971 b, S. 32; Vasconi 1970 a.

44 Cardoso 1970 a, S. 404; Dos Santos 1970 a, S. 174; Quartim de Moraes 1972, S. 13.

45 Cardoso-Faletto 1969, S. 28; Daniel Slutzky, Vorwort zu Torres Rivas 1971, S. 17 f.

um eine ungleiche Wechselbeziehung, bei der der eine Teil der vorherrschende und begünstigte, der andere der beherrschte und benachteiligte ist. Beide Seiten determinieren sich gegenseitig, aber die Bestimmung des schwachen Pols durch den starken ist ungleich zwingender und erdrückender als die Wirkungen in umgekehrter Richtung. Beispiele solcher Rückwirkungen sind: Die Ausrichtung der Produktionsstruktur der Industrieländer entsprechend einem gegebenen Zugang zu Rohstoffen oder Märkten; die Beeinflussung der Großmachtpolitik durch Staaten der „Dritten Welt“, sei es in der schwachen Form von „Meinungsmache“ in den Vereinten Nationen, sei es mit den weltweiten Auswirkungen des Befreiungskriegs in Vietnam; auch die Rezeption der Dependenz-Diskussion in Deutschland ist eine solche Rückwirkung.

Daraus ergibt sich für die konkrete Analyse und für politische Handlungsstrategien die wichtige Einsicht: „Die externe Aktion ist nicht der einzige in Betracht zu ziehende Faktor; sie wirkt auch nicht in einseitiger, unmittelbarer und mechanischer Weise⁴⁶.“ Vielmehr wird die Art und das Ergebnis dieser Einwirkungen mit bestimmt von den internen Gegebenheiten, in denen und auf die sie wirken. Die internen Strukturen können sich dem determinierenden Einfluß der externen nicht entziehen, aber sie transformieren sie, „definieren sie neu auf der Ebene ihres konkreten Wirkens⁴⁷.“

Diese Umformung externer Einflüsse durch interne „impliziert bis zu einem gewissen Punkt eine eigene Dynamik“, die „eine gewisse Marge von historischer Autonomie enthält“⁴⁸. Die Art der internen Ausformulierung kann daher durchaus auch in Widerspruch geraten zu der externen Konditionierung — bis zu dem Extremfall, daß ein Zusammentreffen günstiger Bedingungen einer Nation erlaubt, aus dem kapitalistischen Weltssystem auszuscheren. Diese dialektische Sicht der Beziehungen zwischen Metropolen und Satelliten, bei der die Herrschaft der Zentren das Geschehen in den Peripherien zwar generell, aber nicht mechanistisch determiniert, „ist der Schlüssel der Erarbeitung dieses Begriffs (Abhängigkeit) als erklärende wissenschaftliche Kategorie⁴⁹.“

46 Kaplan 1969, S. 193; siehe auch Cardoso-Faletto 1969, S. 163.

47 Dos Santos 1970 a, S. 183. Vgl. auch ders. ebd., S. 174: „Die internationale Situation ... wird als generelle Bedingung genommen, nicht als Demiurg des nationalen Prozesses.“ Ähnlich Kaplan 1969 S. 193: „Die interne Dynamik reflektiert und internalisiert die Aktion der Metropolen und des internationalen Systems, aber fügt außerdem seine soziohistorischen Besonderheiten hinzu ... und gleichzeitig beginnt sie, die Zusammensetzung, Orientierung und Wirkungsweise der ausländischen Faktoren und Kräfte zu durchdringen und zu verändern.“ Zur Dialektik von internen und externen Faktoren siehe weiter Aguilar Monteverde 1971 b, S. 32; Cardoso 1970 a, S. 404; Cardoso-Weffort 1970, S. 31/32; Cardoso-Faletto 1969, S. 20—32; Kaplan 1971, S. 60—65; Quartim de Moraes 1972, S. 9 f.

48 Cardoso 1971, S. 72. Siehe auch Kaplan 1969, S. 193.

49 Dos Santos 1970 a, S. 175.

Damit ist noch nicht geklärt, wie nun das Zusammenwirken externer und interner Faktoren im Inneren der Peripherieländer sich konkret vollzieht. Die heutigen Strukturen dieser Länder stellen sich dar als kumulative Internalisierung einer jahrhundertelangen „Beschließung“ mit ausländischen Einflüssen. Soll man z. B. die katholische Kirche, die Negerbevölkerung oder die Feuerwaffen in Lateinamerika noch als externe Faktoren betrachten? Je mehr man sich der Gegenwart nähert und je mehr man sich konzentriert auf diejenigen Bestandteile der Gesellschaft, die den unmittelbarsten Kontakt zu den Metropolen haben — die „nationale“ Bourgeoisie, die Exportsektoren, die Hauptstädte —, um so schwieriger wird die Unterscheidung zwischen „extern“ und „intern“.

In früheren Formulierungen des Dependenz-Ansatzes wurde das Problem schematisch durch eine Dreiteilung in extern-Mittelbereich-intern gelöst. Diejenigen Strukturen, die als Brückenköpfe der ausländischen Beherrschung im Landesinneren anzusehen waren, bekamen eine Mittlerstellung als „ausgebeutete Ausbeuter“ oder „beherrschte Beherrscher“ zugewiesen. Diese Zwischenkategorie von unklassifizierbaren Transformatoren stellte jedoch mehr eine modellhafte Orientierungshilfe als eine theoretische Lösung des Problems dar⁵⁰.

In der neueren Literatur der marxistischen Richtung wird intern-extern nicht mehr mit inländisch-ausländisch gleichgesetzt, sondern als historischer Bezug im Sinne von endogen-exogen verstanden. Im Inneren der abhängigen Länder sind die (ehemals) exogenen Einflüsse ebenso sehr konstitutiver Bestandteil der internen Sozialstrukturen geworden wie die (von Anfang an) endogenen; eine empirische Trennung ist am konkreten Objekt nicht mehr möglich. Das heißt aber nicht, daß der Widerspruch zwischen extern und intern aufgehoben ist; vielmehr hat er sich ins Innere der abhängigen Länder und ihre Sozialstrukturen hineinverlagert „und macht sie abhängig in ihrer eigenen Konstitution“⁵¹. Gerade diese zusätzlichen Widersprüche im Inneren abhängiger Gesellschaften unterscheiden den abhängigen Kapitalismus vom originären; er bietet den notwendigen internen Ansatz für die Fortsetzung der ausländischen Beherrschung und ist die Ursache für die Deformationen, die als Unterentwicklung in Erscheinung treten.

Für die wissenschaftliche Analyse von Unterentwicklung hat diese Sicht die Konsequenz, daß der theoretische Begründungszusammenhang die gesamte Breite von externen und internen Faktoren samt ihrer historischen Dimension erfassen muß, wenn er nicht unvollständig bleiben will — ein Anspruch, der freilich nur auf höchster Abstraktionsebene und nie mehr als lückenhaft erfüllt werden kann.

50 Der „colonialismo interno“ von González Casanova a.a.O. entsprach diesem Modell, ebenso Franks Kettenmodell eines mehrfach gestuften Metropolen-Satelliten-Verhältnisses, das eine ganze Hierarchie von Mittlern vorsieht (z. B. Frank 1969 b, S. 227).

51 Dos Santos 1970 c, S. 7.

Die empirische Fallstudie braucht dagegen nicht einen internationalen, grenzüberschreitenden Aspekt zum Gegenstand zu haben, wie der Dependenz-Ansatz oftmals mißverstanden wird. Für eine empirische Arbeit unter dem Konzept der Abhängigkeit ist eine mikrosoziologische Studie im agrarischen Hinterland ein ebenso legitimes (wenngleich u. U. weniger relevantes) Thema wie die Frage der Auslandsinvestitionen oder Exportwirtschaft⁵².

Einige Autoren sehen einen erheblichen (qualitativen oder quantitativen) Unterschied in der Intensität der exogenen Durchdringung zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Bereich. Während die abhängigen Länder wirtschaftlich voll in den Weltmarkt integriert seien und hier endogene Faktoren so gut wie nicht mehr zum Tragen kämen, bewirke die formale völkerrechtliche Souveränität einen erheblichen politischen Spielraum gegenüber den Metropolen. Das geht bei einigen Autoren so weit, daß sie den Begriff „Abhängigkeit“ nur für die formal unabhängigen Länder gelten lassen⁵³ und das Begriffspaar extern-intern fast gleichsetzen mit „wirtschaftlich“ bzw. „politisch“⁵⁴. Basis und Überbau sind nach dieser Ansicht in unterschiedlichem Maße von der ausländischen Beherrschung geprägt. Das hat entscheidende Konsequenzen für die wissenschaftliche und politische Praxis: „Die Untersuchungen ... müssen vorangetrieben werden in der Analyse der *außerwirtschaftlichen* Bedingungen und Konsequenzen der Abhängigkeit.“ Denn: „Die Veränderung der Beziehungen und Strukturen der Abhängigkeit ist kein wirtschaftliches Problem, sondern ein politisches Problem“⁵⁵.

4.3 Bedeutungen von „Abhängigkeit“

Die Differenzen in den theoretischen Grundlagen müssen dazu führen, daß auch die Bedeutungen von „Abhängigkeit“ variieren. Im folgenden soll versucht werden, die verschiedenen Inhalte zu umreißen, mit denen der Begriff in der Literatur auftaucht.

52 Cardoso-Faletto 1969, S. 20: „Das Externe ... findet seinen Ausdruck auch als eine besondere Art der Beziehungen zwischen sozialen Gruppen und Klassen innerhalb der unterentwickelten Nationen. Eben deswegen ist es zulässig und sinnvoll, die Analyse der Abhängigkeit auf ihre internen Ausprägungen zu konzentrieren“. Ein Beispiel für eine Detailstudie ist: Jürgen Golte; Carlos I. Degredori: Dependencia y desintegración estructural en la comunidad de Pacaros. Lima: Instituto de Estudios Peruanos. 1970.

53 So Quartim de Moraes 1972, S. 13.

54 Cardoso-Faletto 1969, S. 28 f., s. a. S. 162 f. Die relative Autonomie der Politik im Vergleich zu Wirtschaft betonen auch Durand Ponte 1972, S. 212 und 215 sowie Ianni 1970, S. 19 und 57. Hier ergeben sich Berührungspunkte zur „nationalistischen“ Richtung, die aus anderen Gründen ebenfalls auf die Entscheidungsfreiheit des eigenen Staates abstellt; siehe z. B. Jaguaribe 1970, S. 17.

55 Ianni 1970, S. 57/58; Hervorhebung d. Verf.

Die Schwierigkeit eines solchen Versuchs liegt weniger in der Gegensätzlichkeit der Meinungen als darin, daß die einzelnen Positionen nirgends scharf hervortreten und konsequent durchgeführt werden. Es gibt keine einzige theoretisch stringente und begrifflich scharfe Definition von „Abhängigkeit“. Die meisten Autoren begnügen sich damit, einzelne konkrete Erscheinungsformen von Abhängigkeit zu beschreiben, und verzichten auf eine Formulierung des zentralen Begriffs. Soweit Begriffsbestimmungen gegeben werden, handelt es sich stets um eine geraffte Beschreibung einiger wesentlicher Aspekte mit vorwissenschaftlichen Ausdrücken, nicht aber um eine theoretische Definition. — Die Dependenz-Diskussion befindet sich noch in einer Phase des Sammelns, in der „eine präzise und konkrete Definition zu geben praktisch unmöglich ist“⁵⁶, — und in der folglich auch jeder Versuch einer Klassifizierung vorläufig bleiben muß.

a) Die „nationalistische“ Richtung versteht unter „Abhängigkeit“ die Summe aller derjenigen externen Faktoren, die den Entscheidungsspielraum des eigenen Nationalstaates einschränken und seine Entwicklungsmöglichkeiten behindern⁵⁷. Ziel und Maßstab bleiben dabei die westlichen Industriestaaten. Der Begriff fungiert hier als Sammelbegriff für eine Vielzahl konkreter Abhängigkeiten, die grundsätzlich als gleichwertig betrachtet werden und untereinander in einem circulus-vitiosus-Verhältnis stehen⁵⁸. So gibt es *wirtschaftliche* Abhängigkeiten (z. B. die Abhängigkeit von ausländischem Kapital; von den Weltmarktpreisen, von ausländischer Technologie usw.), *politische* Abhängigkeiten (von ausländischen Großmächten, von Ideologien, von internationalen Organisationen usw.), *militärische* Abhängigkeiten (von Militärblocken, von ausländischen Waffenzulieferungen, von ausländischen Militärberatern usw.), *kulturelle* Abhängigkeiten (von ausländischen Kommunikationsmitteln, ausländischen Wertemustern, ausländischen Theorien usw.)⁵⁹.

Der Begriff ist also nicht theoretischer, sondern phänomenologischer Art. Er bezeichnet konkrete, meßbare Variablen, die zwei konkrete Staaten oder Staatengruppen miteinander verbinden. Diese Variablen werden als externe betrachtet; ihre internen Auswirkungen

56 Reyna 1967, S. 651.

57 „Die (nationale) Entwicklungspolitik ... bewegt sich innerhalb von externen Bedingungen, die in bestimmten Perioden ihren Handlungsraum einengen und in anderen ausweiten.“ Sunkel 1967, S. 44. Jaguaribe 1970, S. 1, S. 14 ff. ersetzt bisweilen „dependencia“ durch „desnacionalización“.

58 Sunkel 1967, S. 54.

59 „Die Abhängigkeit ist ein Bündel von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zwischen Ländern, zwischen den Regierungen oder zwischen den multinationalen Unternehmen der entwickelten Länder und der unterentwickelten, die das Vorzeichen der Ungleichheit tragen — eine Situation, die für die entwickelten Länder oder Unternehmen von Vorteil und zum Nachteil für die unterentwickelten sind.“ Lara Moreno, a.a.O. (Anm. 138), S. 118. Pinto 1972, S. 262—264, stellt eine Liste wirtschaftlicher Abhängigkeiten (im Plural) auf. Vgl. auch Sunkel 1967, S. 51.

gen werden entweder überhaupt nicht unter den Begriff gefaßt⁶⁰ oder als interne Folgewirkungen der externen Faktoren betrachtet⁶¹. Ein Systemcharakter wird nicht gesehen⁶². Abhängigkeit bleibt ein äußeres, akzessorisches Element der betroffenen Gesellschaften.

b) Wesentliches gemeinsames Merkmal aller Begriffsbildungen der *marxistischen Richtung* ist dagegen, daß sie „Abhängigkeit“ als *systembedingtes konstitutives* Merkmal der eigenen Gesellschaften auffaßt. „Abhängigkeit“ ist — grob gesprochen — die besondere Ausprägung des Kapitalismus in den unterentwickelten Ländern. Der Bezugsrahmen ist folglich in erster Linie das weltkapitalistische System als Ganzes und erst in zweiter Linie einzelne Gruppen von Ländern. Externe und interne Faktoren werden nicht getrennt, sondern als konkrete Erscheinungsformen eines einheitlichen widersprüchlichen Ganzen gesehen. Die Grundlage von Abhängigkeit ist ökonomischer Art.

Jenseits dieser Gemeinsamkeiten gibt es keine Übereinstimmung über die theoretische Verortung und genaue Füllung des Begriffes. Dabei geben die vorliegenden Rohformulierungen den Anschein, daß — bei aller Heftigkeit der Diskussion — keine wirklich konträren Ansichten bestehen, sondern daß letztlich dasselbe gemeint ist und die Definitionsansätze in Wirklichkeit verschiedene, aber komplementäre Ausschnitte derselben Sache betreffen, die als Ganzes bisher nicht „auf den Begriff gebracht“ werden konnte.

Folgende Bedeutungen können unterschieden werden:

1. Abhängigkeit als Ausbeutung und Herrschaft auf Weltmaßstab

Einige Autoren bezeichnen mit „Abhängigkeit“ die Beherrschung und Ausbeutung der eigenen durch die imperialistischen Länder. „Ausbeutung“ umfaßt hier außer der unmittelbaren Aneignung von Mehrwert im Verhältnis Arbeiter — Unternehmer auch die Übertragung von Überschüssen von schwächeren auf stärkere Teile der Bourgeoisie sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen; in Wirklichkeit ist also ein „komplexes System“⁶³ von Wertschöpfung und -verteilung zwischen und innerhalb von Klassen gemeint, wenn die Rede ist von der „Ausbeutung“ bestimmter „Länder“ durch

60 So Jaguaribe 1970, S. 1, 14 ff., der wirtschaftliche Stagnation und Marginalität als eigene Phänomene neben der externen Abhängigkeit nennt.

61 So Sunkel 1967.

62 Dies gilt nur mit Einschränkungen für die neueren Arbeiten von Sunkel, der (1970, S. 15 und 1972 a, S. 259, 261 f.) Unterentwicklung auf das normale Funktionieren des kapitalistischen Systems zurückführt. In seinen weiteren Ausführungen verzichtet er dann jedoch ausdrücklich auf eine theoretische Perspektive — s. o. Anm. 34 — und benutzt den Kapitalismus fast nur noch als raumzeitlichen Rahmen, innerhalb dessen sich eine Vielzahl von Variablen ohne erkennbare Gesetzmäßigkeiten miteinander verweben (vgl. z. B. S. 259 und 272). Der Systemcharakter wird also postuliert, aber nicht der Analyse zugrunde gelegt.

63 González Casanova 1969, S. 118.

andere. Und ebenso muß „Herrschaft“ verstanden werden als Summe aller Überbauphänomene, die dieses ausbeuterische Grundverhältnis absichern⁶⁴.

Dieses Begriffsverständnis erfaßt den materiellen Kern der Beziehungen zwischen den imperialistischen Ländern und ihrer Peripherie. Es macht zum Gegenstand der Begriffsbildung eine zwar sehr komplexe, aber immer noch konkret nachweisbare Beziehung zwischen bestimmten Akteuren. Betont wird der externe „internationale“ Aspekt; die internen Auswirkungen werden als davon getrennt und durch „Transformatoren“ vermittelt gesehen.

Alle folgenden Begriffsbildungen — die in der Geschichte der Dependenz-Debatte auch die späteren sind — setzen dies als Inhalt von „Abhängigkeit“ voraus, geben dem Begriff jedoch eine größere theoretische Reichweite: Er ersetzt nicht mehr bloß die bekannten Begriffe „Herrschaft“ und „Ausbeutung“, wobei deren besondere Ausprägung gesondert erklärt werden muß, sondern macht gerade diesen besonderen sozio-ökonomischen und historischen Zusammenhang zum Gegenstand der Definition. Im einzelnen:

2. Abhängigkeit als Determinierung durch die historische Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen

Eine Gruppe von Autoren, deren bekanntester Exponent Theotonio Dos Santos ist, bezieht „Abhängigkeit“ auf die ungleiche dialektische Beziehung zwischen Zentren und Peripherien, bei der die originäre Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus in den heutigen Industriestaaten die Entwicklung des subalternen Kapitalismus in den rückständigen Ländern erzwingt und konditioniert (nicht aber in allen Einzelheiten mechanistisch bestimmt)⁶⁵. „Abhän-

⁶⁴ Die beiden bekanntesten (untereinander sehr verschiedenen) Autoren, die von dieser Bedeutung ausgehen, haben ihre Terminologie vor der eigentlichen Dependenz-Debatte geschaffen und benutzen daher statt „Abhängigkeit“ andere Ausdrücke: González Casanova spricht von „colonialismo“, den er definiert als „eine Struktur von sozialen Beziehungen der Herrschaft und Ausbeutung“ (1969, S. 240). Frank verwendet den Begriff „Unterentwicklung“ (bzw. „unterentwickelt“), wenn er mehr auf die wirtschaftliche Seite abstellt, „Satelliten“ oder „satellisiert“, wenn er den Herrschaftsaspekt betont (z. B. Frank 1969 b, S. 9, 329 f.). — Erst in seiner jüngsten Arbeit (1971, S. 18) übernimmt er mit starken Vorbehalten den Ausdruck „dependencia“.

⁶⁵ „Unter Abhängigkeit verstehen wir eine Situation, in der die Wirtschaft bestimmter Länder bedingt ist durch die Entwicklung und Expansion der Wirtschaft eines anderen Landes, der sie unterworfen ist. Das Verhältnis der Interdependenz zwischen diesen und dem Weltmarkt nimmt die Form von Abhängigkeit an, wenn einige Länder (die beherrschenden) in der Lage sind, zu expandieren und sich aus eigener Kraft kontinuierlich zu entwickeln, während andere (die abhängigen) das nur als Reflex dieser Expansion tun können, was entweder positive oder negative Auswirkungen auf die unmittelbare Entwicklung letzterer haben kann“, Dos Santos 1972, S. 243.

gigkeit“ wird hier identisch mit historischer Determinierung (wieder im dialektischen, nicht mechanistischen Sinne)⁶⁶.

Diese Definition stellt auf die historische Dynamik der Unterentwicklung ab. Daraus erklärt sich das besondere Interesse der Autoren an Fragen der wirtschaftlichen Eingliederung Lateinamerikas in den „Weltmarkt“. Die Definition blendet jedoch die internen Auswirkungen von Abhängigkeit nicht aus, sondern verwirklicht die theoretisch geforderte Aufhebung von „externen“ und „internen“ Faktoren in einem größeren Zusammenhang.

3. Abhängigkeit als konstitutives Strukturelement der unterentwickelten Länder

Eine andere Gruppe von Autoren, deren bekanntester Vertreter Fernando H. Cardoso ist, versteht Abhängigkeit als „eine strukturelle Komponente aller in einer bestimmten Gesellschaft vorhandenen Elemente“⁶⁷. Die historische Dynamik wird hier vorausgesetzt als Teil des theoretischen Begründungszusammenhangs, nicht aber selbst zum Gegenstand der Definition gemacht. „Abhängig“ ist damit der theoretische Ausdruck für „unterentwickelt“.

Der Schwerpunkt dieser Begriffsbildung liegt nicht auf der Interaktion zwischen Zentrum und Peripherie, sondern auf den Auswirkungen im Innern der subaltern-kapitalistischen Länder, die konstitutiv geprägt sind von der jahrhundertelangen Unterwerfung unter die Bedürfnisse der Metropolen⁶⁸. Dem entspricht das Interesse dieser Gruppe von Autoren an den konkreten Ausprägungen von Abhängigkeit *im Innern* der betroffenen Länder, die besonders auch unter soziologischen und politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten untersucht werden.

4. Abhängigkeit als inhaltsgleiches Komplement zu „Imperialismus“

Einige Autoren setzen „Abhängigkeit“ inhaltlich gleich mit „Imperialismus“, wobei der Unterschied im Ausdruck einen Unterschied in der Blickrichtung anzeigen soll: Während „Imperialismus“ die Bedingungen des kapitalistischen Systems aus der Sicht der Metropolen erfaßt, bezeichnet „Abhängigkeit“ den „Imperialismus aus der Sicht des untergeordneten Landes“⁶⁹. In diesem Sinne kann auch von einer „Theorie der Abhängigkeit“ gesprochen werden⁷⁰.

66 Der Ausdruck „Determinierung“ kommt in der Literatur fast nur beiläufig vor, z. B. bei Carmona de la Peña 1971, S. 10, oder bei Frank 1971, S. 21. Dos Santos spricht untheoretisch von einer „bedingenden Situation“. — In diesem Sinn verwenden den Begriff auch Lessa 1970, S. 27 und Torres Rivas 1971, S. 93.

67 In der Formulierung von Vasconi 1970 a, S. 24/25.

68 So z. B. Cardoso 1970 a, S. 404—406 und 1971, S. 55; Cardoso-Faletto 1969, S. 29 und 161 f. Anklänge auch bei Quijano 1970.

69 Ianni 1971, S. 14 und 1970, S. 52, in Anklängen auch bei Durand Ponte 1972, S. 212 und in der ausländischen Literatur bei Bodenheimer 1970.

70 Nicht ganz deutlich wird in der Literatur, ob eine solche Dependenz-Theorie die gleiche Reichweite haben soll wie die Imperialismus-Theorie, also auch die Bedingungen in den Metropolen aus der Sicht der Peripherie-

c) Exkurs: Die historische Reichweite von „Abhängigkeit“

Eng mit der Frage der theoretischen Begriffsbildung verbunden ist die weitere Frage, wie weit die Geltung des Begriffs in die Vergangenheit zurückreichen soll. Drei „Anfangspunkte“ von Abhängigkeit sind denkbar: 1. Abhängigkeit entsteht gleichzeitig mit dem Imperialismus, also am Ende des 19. Jhd. 2. Die Abhängigkeit beginnt mit der formalen Unabhängigkeit. 3. Die Abhängigkeit beginnt mit der Entdeckung und Eroberung.

Die erste Möglichkeit entspricht der letztgenannten Interpretation von Abhängigkeit als Komplement von Imperialismus; alles was vor der Entstehung des Imperialismus liegt, könnte dann die Genesis der Abhängigkeit, nicht aber Abhängigkeit selbst sein.

Die zweite, paradox klingende These, daß die „Abhängigkeit“ mit der Unabhängigkeit beginnt, wird von mehreren Autoren vertreten, und zwar aus zwei Gründen: Einmal entspricht dies der Formulierung von Lenin, der von „abhängigen Ländern, die politisch-formal selbständig ... sind“⁷¹ spricht. Zum anderen ist diesen Autoren die relative politische Autonomie wesentlich, die die formale Unabhängigkeit verleiht: Während der Kolonialzeit könne nicht von Abhängigkeit, sondern nur von direkter Beherrschung gesprochen werden⁷². Andere Autoren halten dagegen, daß dieser Zuwachs an politischem Entscheidungsspielraum nur quantitativ zu sehen sei im Rahmen der seit der Eroberung bestehenden Beziehung von Ausbeutung und Herrschaft zwischen den Metropolen und ihren Peripherien. Sie setzen daher den Beginn von „Abhängigkeit“ mit der Eroberung durch Spanien und Portugal gleich⁷³.

länder untersucht, oder ob sie ein echtes Gegenstück (gleichsam die untere Halbkugel) mit einer eigenen zentralen Thematik — den Bedingungen in den Peripherieländern — darstellen soll, die sich mit der Imperialismus-Theorie durch die beiden gemeinsame Problematik des Weltmarkts verschränkt. — Einige Autoren definieren Abhängigkeit begrenzter als „beherrscht durch den Imperialismus“, so z. B. Quartim de Moraes 1972, S. 6; Durand Ponte 1972, S. 212. Wenngleich auch hier die „Dependenz-Theorie“ als „die ‚andere Seite‘ der Imperialismus-Theorie“ bezeichnet wird (Quartim de Moraes ebda.), so wird sie doch letztlich nicht als eigene Theorie auf gleicher Ebene wie die Imperialismustheorie gesehen, sondern als ein (bisher fehlender) Teil davon, womit sich diese etwas aphoristische Definition den Bedeutungen (1) oder (2) annähert.

71 S. o. Anm. 29. Hierauf bezieht sich vor allem Quartim de Moraes 1972, S. 10.

72 So z. B. Kaplan 1969, S. 194; Marini 1972, S. 37; nicht ganz eindeutig Cardoso, der mal die „situación colonial“ ausdrücklich ausnimmt (Cardoso 1971), dann wieder von „dependencia colonial“ im Unterschied zu „dependencia nacional“ spricht (Cardoso-Faletto 1969, S. 34/35).

73 So insb. Frank 1969 b, S. 7; auch Aguilar Monteverde 1971 b, S. 38; Pinto 1972, S. 257, der für die Kolonialepoche das Wort „supradependiente“ prägt; und implizit bei Dos Santos, Sunkel u. a.

d) Einzeldisziplinär-wirtschaftswissenschaftliche Definitionen

Einzelne Arbeiten aus der Frühphase der Dependenz-Diskussion oder aus der bürgerlichen Richtung verwenden „Abhängigkeit“ in einem rein wirtschaftswissenschaftlichen Sinn als „ungleiches Konkurrenzverhältnis“⁷⁴, als „Grad von Sensibilität, mit der ein Land auf (wirtschaftliche Entscheidungen anderer Länder) reagiert“⁷⁵ oder als „Imitation von Konsummustern“⁷⁶. Solche einzeldisziplinären Ansätze sind durch die neuere Diskussion überholt und werden z. T. auch von ihren Autoren nicht mehr vertreten.

e) Operationalisierte Definitionen

Neben dem Gebrauch von „Abhängigkeit“ als theoretischem Begriff kommt er in einigen Arbeiten auch als operationalisierter Ausdruck vor, der dann einen konkret-empirischen, je nach der Meßanweisung verschiedenen Inhalt hat.

So untersuchen z. B. Cardoso⁷⁷ sowie Petras-Cook⁷⁸ die „Abhängigkeit“ bestimmter argentinischer und brasilianischer Unternehmen vom Ausland, indem sie bestimmte Indikatoren der Auslandsverbindungen (Kapitalbeteiligung, ausländische Kredite, ausländische Muster, Patente und Lizenzen, Gewinntransfer etc.) erheben. Hier kann die Messung in Einzelfällen für die Abhängigkeit einen Wert Null ergeben, während unter einem theoretischen Verständnis auch solche Unternehmen, die selbst keine Auslandsbeziehungen haben, als Teil einer abhängigen Gesellschaft „strukturell abhängig“ sind.

f) Vorwissenschaftlicher Gebrauch

Schließlich lebt in der Literatur der vorwissenschaftliche Gebrauch des Wortes „Abhängigkeit“ neben seiner theoretischen Verwendung fort. Während letztere eine Beziehung zwischen *Gesellschaften* bezeichnet, ist in einer vorwissenschaftlichen Verwendung die Rede von einer Beziehung zu *Dingen* oder zu individualisierbaren Personen oder Personengruppen⁷⁹.

74 Aguilar Monteverde 1971 b, S. 60 f.

75 Córdova/Silva Michelena 1969, S. 113 (die Arbeit wurde 1967 geschrieben).

76 Furtado 1972, S. 317.

77 1971, S. 189.

78 1972, S. 41—45.

79 Beispiele für einen solchen vortheorietischen Gebrauch sind: Die Abhängigkeit

— nationaler Industrie von ausländischen Rohstoffen (Dos Santos 1970 b, S. 241),

— des Außenhandels vom Weltmarkt (González Casanova 1969, S. 233),

— der Volkswirtschaft von den Haupt-Exportprodukten (Sunkel 1972 a, S. 266),

— des Staatshaushalts von den in ausländischer Hand befindlichen Produktionszweigen (Cardoso-Faletto 1969, S. 52),

— der Investitionsentscheidungen vom Ausland (ebd., S. 53),

— der Bevölkerung von der Landwirtschaft (Reyna 1967, S. 659),

— der Wirtschaftsstruktur von den Konsummustern der oberen Einkommensgruppen (Furtado 1972, S. 329),

Das Nebeneinander von verschiedenen theoretischen, operationalisierten und vorwissenschaftlichen Verwendungen von „Abhängigkeit“ macht die Lektüre der Dependenz-Literatur streckenweise zum Geduldspiel, bei dem die jeweilige Bedeutung des Begriffs jedesmal neu erraten werden muß.

5. Einzelne Themenbereiche

In der Literatur wird das Problem der Abhängigkeit selten als selbständiges theoretisches Thema behandelt, sondern meist in Zusammenhang mit konkreteren Einzelfragen. Im folgenden sollen die wichtigsten Thesen zu einzelnen häufiger angesprochenen Einzelthemen umrissen werden, um bisherige Versuche und Möglichkeiten einer Konkretisierung zu illustrieren. Eine vollständige Wiedergabe der bisher angesprochenen Themenbereiche ist an dieser Stelle nicht möglich, geschweige denn eine kritische Stellungnahme zu Einzelaussagen⁸⁰.

a) Industrialisierung

Die Industrialisierung in Lateinamerika beginnt in der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise und verstärkt sich während des Zweiten Weltkrieges. Anlaß ist die Schwächung der Hegemonialmächte, die durch interne Krisen und durch den Krieg gezwungen werden, ihre Präsenz in Lateinamerika zu verringern. Die Depression hat geringere Importkapazität zur Folge, die mit geringen Waren- und Kapitalexporten der Zentren zusammentrifft. Dies läßt den Aufbau eigener Industrien notwendig und lukrativ werden. Durch Protektion der einheimischen Industrie, den Kauf von Kapitalgütern und durch eine stärkere staatliche Beteiligung an Infrastrukturleistungen wird erstmals eine industrielle Produktion für den internen Markt aufgebaut⁸¹. In der von populistischen Regimen getragenen Politik wird die geschwächte Kompradorenbourgeoisie in eine Koalition mit der neu entstehenden Industriebourgeoisie gezwungen, unterstützt von der Mittelklasse und von Teilen des manipulierten Stadtproletariats⁸².

- der Filialen von ihren ausländischen Mutterhäusern (Sunkel 1967, S. 66),
- der Industrialisierung von der Finanzkraft des Staates (Durand Ponte 1972, S. 233),
- der vorkapitalistischen Produktionsweisen von der Natur (Córdova 1973, S. 32).

⁸⁰ Das folgende gibt überwiegend die Gesichtspunkte der (quantitativ weit überwiegenderen) marxistischen Literatur wieder; der „nationalistische“ Standpunkt wird nur ausnahmsweise gesondert dargelegt. Eine durchgängige Unterscheidung zwischen beiden Richtungen ist in diesem Rahmen weder möglich noch sinnvoll: Nicht alle Themen sind von beiden Ansätzen her untersucht worden; in Teilbereichen decken sich die Aussagen.

⁸¹ Daniel Slutzky, Vorwort zu Torres Rivas 1971, S. 13; Dos Santos 1969 a, S. 26 ff.; García 1971, S. 735.

⁸² Dos Santos 1969 a, S. 27; diese Entwicklung zeichnet sich zunächst in den größeren lateinamerikanischen Ländern ab.

Eine solche Importsubstitutionspolitik konnte jedoch nicht zu einer selbsttragenden Industrialisierung führen. Aufgrund der kopflastigen Einkommensverteilung war die interne Nachfrage nach Konsumgütern beschränkt. Bei Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenstruktur konnte der Markt für diese Produkte nur beschränkt erweitert werden. Unter solchen Bedingungen konnte auch die Produktion von Kapitalgütern nicht in größerem Ausmaß aufgenommen werden. Diese mußten daher vom Ausland eingeführt werden. An die Stelle von Konsumgüterimporten traten nun Kapitalgüterimporte⁸³.

Zum anderen wird Lateinamerika seit Ende des Koreakrieges wieder interessant für Investoren aus den USA und später auch aus anderen kapitalistischen Industriestaaten als neu- bzw. wieder zu erschließender Markt. Industrialisierung in der „Dritten Welt“, also auch in Lateinamerika, bedeutete Absatz- und Anlagemöglichkeiten für den Kapitalgütersektor der Hegemonialmächte. Außerdem konnte neben moderner auch technisch veraltete und abgeschriebene Industrierausstattung und Maschinen, nicht zu vergessen Kriegsmaterial, in die Drittländer abgeschoben und verkauft werden⁸⁴.

Zum vorherrschenden Träger wirtschaftlicher Macht werden die multinationalen Konzerne, deren Kennzeichen die zentrale Planung der wirtschaftlichen Aktivitäten und die Kontrolle über die Verbreitung neuer Techniken im Hauptsitz ihrer Mutterländer ist⁸⁵. Sie dringen nun zunehmend in Wachstumsbranchen der Industrie ein. Ihre Filialen gehören zu den größten Unternehmen in den lateinamerikanischen Ländern, deren Produktion einen bedeutenden Anteil der Gesamtproduktion dieser Sektoren in Lateinamerika ausmacht⁸⁶.

Das erneute Interesse der Hegemonialmächte, an deren Spitze nun die Vereinigten Staaten getreten waren, führte zu einer Umorientierung der herrschenden Klasse Lateinamerikas.

Den multinationalen Konzernen gegenüber können sich die nationalen Industriebourgeoisien nicht eigenständig behaupten und werden zum Juniorpartner der Bourgeoisien der Hegemonialmächte. Eine nationalistische Politik wird obsolet. Teile der Mittelschicht werden Angestellte des Großkapitals. Die traditionelle Oligarchie verliert an Bedeutung, soweit sie sich nicht in diese Struktur eingliedern kann. Konsequenz dieser Entwicklung ist die Aufgabe der Politik der Industrialisierung und des „desarrollismo“ auf nationaler Basis und die Unterordnung der Politik unter die Interessen der multinationalen Konzerne⁸⁷. — Wenn diese Tendenzen auch unter-

83 Córdova 1973, S. 46; Dos Santos 1969 a, S. 23 f.; Frank 1969 b, S. 385 f.

84 Marini 1972, S. 24 f.; zur Importsubstitution auch Córdova 1973, S. 78—81; Frank 1969 b, S. 384 ff.; Hinkelammert 1970 c, insbes. S. 144 bis 149; Lessa 1970, S. 27 ff.; Quartim de Moraes 1972, S. 17.

85 Sunkel 1972 a, S. 290 ff.; Furtado 1972, S. 330 ff.

86 Fajnzylber 1973, S. 9—12; Dos Santos 1969 a, S. 52 ff. (Fallstudie Brasilien).

87 Dos Santos 1969 a, S. 106, 132. Den Sonderfall Brasilien untersucht Fernando H. Cardoso: Das „Brasilianische Entwicklungsmodell“: Daten und Perspektiven, in: Probleme des Klassenkampfes No. 6, Berlin 1973, S. 75—97.

schiedlich stark in den einzelnen Ländern ausgeprägt sind, so zeichnen sie sich doch für ganz Lateinamerika ab.

Die lateinamerikanischen Integrationsbestrebungen (der Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt und die Lateinamerikanische Freihandelszone) scheitern, da sie sich in einer Addition der begrenzten Binnenmärkte statt deren Ausweitung erschöpfen, während sich die Vorteile daraus die ausländischen Großfirmen aneignen⁸⁸.

Seit Mitte der 60er Jahre zeichnet sich somit für Lateinamerika der Ist-Bestand ab:

1. Die Industrialisierung hat nicht mehr als Wirtschaftsenklaven in einem sonst stagnierenden Umland hervorgebracht. Der hohe Stand der Technologie der hegemonialen Wirtschaftszweige entspricht nicht dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte Lateinamerikas⁸⁹.

2. Die technologisch fortgeschrittenen Industriebetriebe entwickeln sich immer weiter aus dem nationalen Wirtschaftsgefüge hinaus. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den multinationalen Konzernen führt zum Entstehen eines „transnationalen Komplexes“, in dessen Schaltzentren sich zunehmend eine international herrschende Klasse herausbildet.

3. Die Außensteuerung der in Lateinamerika entstehenden Industrien erfolgt auf verschiedene Arten: Es werden Technologien übertragen, deren Anwendung und Fortentwicklung von den internationalen Konzernen zentral gesteuert wird. Parallel hierzu werden Bedürfnisse entsprechend dem technologischen Entwicklungsstand der zentralen Länder aufgepfropft⁹⁰. Zum anderen führen die Kapitalverflechtungen mit der Möglichkeit des Gewinntransfers dazu, daß die interne Kapitalakkumulation in den lateinamerikanischen Ländern gering bleibt, was wiederum den Rückgriff auf zusätzliche ausländische Kapitalquellen erzwingt⁹¹.

4. Gegenüber den kapitalintensiven Wachstumsindustrien sinkt die Bedeutung der traditionellen, arbeitsintensiven Exportsektoren (Landwirtschaft und Bergbau), was Landflucht und anwachsende Marginalität zur Folge hat⁹².

5. Die Reorientierung der herrschenden Klasse auf die Industrienationen und die damit verknüpften Konsequenzen — Abkehr von einer nationalistischen Politik, Bruch des populistischen Paktes mit der Arbeiterschaft, Zunahme der krassen sozialen Gegensätze — ziehen Guerillabewegungen und Militärputsche nach sich⁹³.

88 Córdova 1973, S. 86, 94; Cardoso 1972 b, S. 11 f.; Dos Santos 1969 a, S. 131.

89 Córdova 1973, S. 46.

90 Vgl. unten den Punkt „Ideologie“.

91 Córdova 1973, S. 47; Furtado 1972, S. 330—333; Sunkel 1972 a, S. 304 f.

92 Z. B. Cardoso 1972 b, S. 9.

93 Dos Santos 1969 a, insbes. 26—28; siehe auch Petras-Cook 1972, S. 47 (für Argentinien); allgemein zu dem Thema Caputo-Pizarro 1970, S. 241 bis 324.

b) Marginalität

In den letzten Dekaden ist in Lateinamerika eine zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung zu beobachten. Diese sog. Marginalen sind durch mangelnde Partizipation am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft charakterisiert⁹⁴. Oft ist mit der sozio-ökonomischen eine rassische Diskriminierung verbunden⁹⁵. Marginalität wird von den Dependenz-Vertretern in ihrer Systembedingtheit gesehen⁹⁶. Die Außenorientierung und Fremdbestimmung der Wirtschaft läßt nur die auf das Ausland bezogenen hegemonialen Wirtschaftssektoren (exportorientierte Landwirtschaft und Bergbau sowie die modernen kapitalintensiven Industriebetriebe) und in deren Fahrwasser die damit verbundenen Zulieferer- und Dienstleistungsbetriebe an einer wirtschaftlichen Expansion teilhaben. Alle anderen Wirtschaftszweige werden durch den Abzug der notwendigen Ressourcen an der Entwicklung gehindert.

Die Art der Marginalität richtet sich nach der Ausprägung der hegemonialen Sektoren in den einzelnen Ländern. In Lateinamerika lassen sich zwei Grundtypen unterscheiden: In den traditionellen extraktiven Produktionszweigen (Landwirtschaft und Bergbau) besteht ein erheblicher Bedarf an Arbeitskräften, der jedoch nicht mehr — oder nur wenig — expandiert. Die Verelendung der Bevölkerung in diesem Bereich ist Folge ihrer konsequenten Überausbeutung⁹⁷ innerhalb des Wirtschaftssystems.

Davon zu unterscheiden ist eine „moderne“ Marginalität, die sich im Anwachsen der Elendsviertel seit dem Zweiten Weltkrieg manifestiert. Diese Gruppe von Marginalen ist im Gegensatz zur ersteren *nicht* in die Wirtschaft integriert und für diese auch überflüssig. Sie konnte dadurch entstehen, daß in den modernen, industriellen Wirtschaftszweigen durch den Einsatz hochentwickelter Technologien trotz z. T. erheblicher Expansion nur wenige zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, für die zudem noch eine qualifizierte Ausbildung erforderlich ist. Das hohe Bevölkerungswachstum und die Migrationswelle vom Binnenland können hierdurch nicht absorbiert werden. Durch den Einsatz kapitalintensiver Produktionsmethoden werden außerdem bereits in den Produktionsprozeß integrierte Arbeitskräfte wieder ausgestoßen. Dieses Ausmaß an Überausbeutung und Marginalität ist nur in einem Wirtschaftssystem möglich,

94 DESAL: *Marginalidad en América Latina. Un ensayo de diagnóstico*. Barcelona: Herder 1969; das DESAL ist ein Haupt-Vertreter der von der Dependenz-Literatur kritisierten Dualismus-These.

95 Zum Indio-Problem vgl. Frank 1969 a, S. 131—150; Guzmán Böckler-Herbert 1970, passim; González Casanova 1969, S. 240; Stavenhagen, a.a.O., sowie in der deutschen Literatur Manfred Wöhlcke: *Wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte der interethnischen Beziehungen in Lateinamerika*, in: Grabendorff 1973, S. 78—98.

96 Für viele: Córdova 1973, S. 17.

97 Vgl. Ceceña Cervantes 1970, im Titel.

dessen Markt hauptsächlich im Ausland liegt, das also einheimische Massenkaukraft nicht benötigt. Die Marginalen erfüllen zwar noch die Funktion einer industriellen Reservearmee, ihr Ausmaß ist jedoch durch diesen Begriff allein nicht mehr zu fassen, da es sich als dysfunktional für das System erweisen kann⁹⁸.

c) Die Stadt-Land-Dynamik

Die ausländischen Wirtschaftssektoren prägen auch die räumliche Dynamik, die durch den Kontrast zwischen der hypertrophen Hauptstadt einerseits (und einigen weiteren städtischen Zentren in den größeren Ländern Lateinamerikas) und dem weitgehend unerschlossenen Landesinneren andererseits gekennzeichnet ist. In diesem größeren Kontext wird die Urbanisierungsproblematik gesehen und nicht mehr als isoliertes Phänomen verstanden⁹⁹. Die metropolitane Agglomeration geht nicht organisch aus dem Land hervor, sie wird diesem vielmehr aufgezwungen. Entwicklungsimpulse gehen von hier nicht auf das Landesinnere aus.

Die Hauptstädte ziehen ihre Kraft aus der Ausplünderung und Konzentration aller Ressourcen des Landes¹⁰⁰. Diese Konzentration — etwa des Arbeitsmarktes, des Marktes für höhere Dienstleistungen, des geistigen, kulturellen und Vergnügungslebens — übt ihrerseits wieder eine Sogwirkung auf das Binnenland aus. So bilden sich Wohlstandsinseln heraus, die in ihrer sozio-ökonomischen Ausprägung mehr mit den imperialen Ländern als mit ihrem Hinterland gemein haben.

Das Landesinnere organisiert sich in einem mehrfach gestuften Radialsystem um die Hauptstadt. Der Stufenfolge Mittelstadt/Kleinstadt/Dorf/agrarisches Hinterland entspricht ein krasses Entwicklungsgefälle¹⁰¹. Diese räumliche Ausprägung von Unterentwicklung wird begründet gesehen in sozialen Beziehungen¹⁰².

d) Ideologie

Die Unterordnung unter das Ausland ist auch im Bereich der Ideologie ausgeprägt. Das geistige und kulturelle Leben der Länder der Dritten Welt wird nach der Regel, daß die herrschenden Meinungen die Meinungen der Herrschenden sind, durch die Ideologie der ausländischen Bourgeoisie bestimmt. Die grundsätzliche Interessidentität der ausländischen mit der einheimischen Bourgeoisie

98 Zur Marginalitätsproblematik siehe ferner Carlos Lessa: *Marginalidad y Proceso de Marginalización*, in: Cuadernos de la Sociedad Venezolana de Planificación, No. 82/83, 1970; José Nun: *Superpoblación relativa, ejército industrial de reserva y masa marginal*, in: Revista Latinoamericana de Sociología No. 2, Julio 1969; Rodrigo Parra Sandoval: *Marginalidad y Subdesarrollo*, in: Publicaciones de ASCOFAME, Bogotá 1972
99 Quijano 1968, S. 526.

100 Vgl. Stavenhagen, in: Echeverría-Kurnitzky 1969, S. 22; Kaplan 1971, und den Begriff des „colonialismo interno“ bei González Casanova.

101 Frank 1969 b, S. 6.

102 Guzmán Böckler-Herbert 1970, S. 62; vgl. auch Sunkel 1972 a, S. 278; Carmona de la Peña 1971, S. 359—383 (Fallstudie für México).

macht diesen Kulturimperialismus funktional für ihren Herrschaftsanspruch im Rahmen des abhängigen Kapitalismus¹⁰³. Da die nationale Bourgeoisie konsequent ihre Interessen als Juniorpartner der ausländischen Bourgeoisie vertritt, kann sie nicht als entfremdet bezeichnet werden¹⁰⁴. Diese Ideologie wird durch das einheimische Schulsystem, die Kirche, die Wirtschaftswerbung und im Rahmen von Film, Rundfunk und Fernsehen verbreitet. Die postulierte Superiorität ausländischer Kulturgüter hat ein unreflektiertes Nachbeten der von den Industrieländern kommenden Anschauungen und Meinungen zur Folge, das den abhängigen Völkern die Möglichkeit der Erkenntnis der eigenen Situation nimmt und ihnen ausländische Wertvorstellungen und Konsummuster¹⁰⁵ als eigene Bedürfnisse erscheinen läßt¹⁰⁶.

e) Feudalismusdebatte

Im Rahmen der „Feudalismusdebatte“ geht es um die Frage, welche Produktionsweise gegenwärtig in Lateinamerika vorherrscht, die feudalistische oder die kapitalistische. Die Antwort auf diese Frage bestimmt die Wahl der Überwindungsstrategien.

Die orthodoxen kommunistischen Parteien vertreten die Ansicht, es bestehe eine „Dualität zwischen Feudalismus und Kapitalismus“ in den Entwicklungsländern¹⁰⁷. In dieser Phase müsse der Feudalismus durch den fortschrittlicheren Kapitalismus ersetzt werden.

Am entschiedensten weist Frank diese These zurück. Seiner Meinung nach¹⁰⁸ ist Lateinamerika seit der Conquista als kapitalistisch zu bezeichnen: Europa befand sich in seiner merkantil-kapitalistischen Phase, als es Lateinamerika kolonisierte und zu einem Teil seiner eigenen Struktur machte. Es wollte (und konnte) kein feudales, d. h. geschlossenes System in Lateinamerika etablieren¹⁰⁹. Die lateinamerikanischen Länder wurden als Exportwirtschaften, als Extraktionswirtschaften organisiert. Sie produzierten nicht für den eigenen, sondern für fremden Konsum. Das kapitalistische Ausbeu-

103 Vasconi 1969 a, S. 144 ff.

104 Vasconi ebd. und Dos Santos 1970 a, S. 185 f.

105 Quijano 1968, S. 564; Furtado 1972, S. 321 ff.

106 Vasconi 1969 a, S. 134 ff.; Guzmán Böckler-Herbert 1970, S. 160; auch Marco Aurelio García de Almeida und Tomás Amadeo Vasconi: Entwicklung der in Lateinamerika vorherrschenden Theorien, in: Grabendorff 1973, S. 16—47. Speziell zur Ideologie der Unternehmer Cardoso 1971 und Vilmar E. Faria: Dependencia e ideología empresarial, in: Revista Latinoamericana de Ciencia Política (Santiago), Año 2 No. 1, 1971, S. 103 bis 132; zur Hochschulbildung Durand Ponte: Dependencia nacional y Universidad, in: Revista Mexicana de Sociología, Vol XXXI No. 1, enero-marzo 1969, S. 159—175; Orlando Fals Borda: Ciencia propia y colonialismo intelectual. México: Editorial Nuestro Tiempo, 1970.

107 Vgl. Stavenhagen, in: Echeverría-Kurnitzky 1969, S. 16. Siehe auch oben Anm. 21.

108 Ähnlich auch Sergio Bagú, zit. bei Frank 1969 a, S. 39 f.; Luis Vitale: Ist Lateinamerika feudal oder kapitalistisch?, in: Echeverría-Kurnitzky 1969, S. 67—91; Vasconi 1970 a, S. 26.

tungssystem erfaßt und bedingt die Lebenssituation auch der scheinbar nicht integrierten Bevölkerungsteile. Präkapitalistische Reststrukturen und Subsistenzwirtschaft gibt es nicht. Falls nicht für den Markt produziert wird, dann deshalb, weil dies unvorteilhaft für die Bauern ist¹¹⁰. Es ist falsch, Unterentwicklung mit Feudalismus zu verknüpfen. Gerade Gebiete, die früher einen blühenden Aufschwung genommen hatten¹¹¹, zählen heute zu den unterentwickeltesten Lateinamerikas¹¹².

Auch die anderen „dependencistas“ stimmen darin überein, daß in Lateinamerika das kapitalistische System das vorherrschende ist; die wenigsten leugnen jedoch die Existenz vorkapitalistischer Reststrukturen¹¹³. An Franks Analyse wird kritisiert¹¹⁴, daß er nur die Distributionsseite, also die Marktsphäre, aber nicht genügend die Produktionsseite, die konkreten Ausprägungen der Produktionsverhältnisse und -methoden berücksichtige. Unterentwicklung sei gerade dadurch gekennzeichnet, daß die herrschende kapitalistische Produktionsweise Reste präkapitalistischer Gesellschaftsformationen konserviert und sich nutzbar macht, wodurch eine „strukturelle Heterogenität“ bewirkt werde¹¹⁵.

f) Überwindungsstrategien

Einig sind sich alle dependencia-Vertreter, daß die kapitalistische Entwicklung der Industrieländer nicht einfach nachgeholt werden kann, sondern daß die Überwindung der — wie immer verstandenen — Abhängigkeit von außen und eine Veränderung der internen Strukturen notwendig ist¹¹⁶.

Die „nationalistische“ Richtung propagiert den Weg der „autonomen nationalen Entwicklung und lateinamerikanischen Integration“¹¹⁷ als geeignete Strategie, die sich als ein Kompromiß zwischen

109 Frank 1969 b, S. 353.

110 Ebda., S. 325 ff.; ders. 1969 a, S. 141.

111 Wie z. B. das Hochland von Bolivien und Peru, Minas Gerais, der Nordosten Brasiliens, Teile der Karibe.

112 Frank 1969 a, S. 244 f.; Frank 1971, S. 31.

113 Nach ihrer Auffassung sind präkapitalistische Formen nach der Conquista lange Zeit weitverbreitet, erst im 19. Jahrhundert setzt sich ein „Kapitalismus sui generis“ voll durch; vgl. Carmona de la Peña 1971, S. 39 f.; Fernández 1970, S. 1447; González Casanova 1969, S. 260 ff.; Marini 1972, S. 36; Aguilar Monteverde 1971 b, S. 40 ff.

114 Zur Kritik an Frank siehe die 79 Titel, die er selbst in seiner Antwort auf die Kritiker (1972, S. 66—70) aufführt, ferner Córdova 1973, S. 108—167.

115 Dieser Begriff wird zentral entwickelt bei Córdova, S. 63 f., S. 146 ff.; siehe auch Laclau, in: Frank-Puiggrós-Laclau 1972, S. 150 ff.

116 Córdova 1973, S. 148; Dos Santos 1970 a, S. 186 f.; Frank, z. B. 1969 a, S. 18; Jaguaribe 1970, S. 24, 50; Quijano 1968, S. 530; Vasconi 1970 a, S. 24.

117 Sunkel 1967, S. 56 f., lehnt sowohl den revolutionären Weg als den des „desarrollismo“ als nicht gangbar ab. „... die wirkliche Alternative ist meiner Meinung nach die nationalistische Entwicklung.“ Er hält die

dem „desarrollismo“, der abhängig kapitalistischen Entwicklung und dem revolutionären Weg versteht¹¹⁸. Jedes Mitgliedsland soll sich als Nation mit eigener Souveränität entwickeln; die nationale wie regionale Entscheidungsautonomie soll entsprechend den eigenen Bedürfnissen, Interessen und Perspektiven gesichert sein; durch eine regionale Integration, mittels derer Ressourcen und Märkte erschlossen, Produktion und Produktivität gesteigert und nationale wie regionale Sicherheit aus eigener Kraft gewährleistet werden können; soll eine endogene lateinamerikanische Entwicklung in Gang gesetzt werden¹¹⁹. Der potentielle Träger eines solchen Entwicklungsprozesses wird in dem „progressiven, nationalistischen, nicht korrupten“ Teil der Streitkräfte gesehen¹²⁰.

Die *marxistische Richtung* ist sich über die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution einig¹²¹. Die „Feudalismusdebatte“ machte klar, daß nicht erst dem Kapitalismus zum Durchbruch verholfen werden muß¹²². Die Sicht einer dialektischen Beziehung zwischen internen und externen Faktoren als konstituierenden Bedingungen der Unterentwicklung läßt andere Strategien notwendig erscheinen. Der Imperialismus wird nicht mehr als eine nur von außen oktroyierte, durch die Länder der Dritten Welt unbeeinflussbare Größe betrachtet.

Keine Einigkeit besteht in der konkreten Analyse der Situation, im taktischen Vorgehen und in der Beurteilung potentieller Träger der revolutionären Umwälzung. Für Frank ist der taktisch unmittelbare Gegner die einheimische Bourgeoisie. Die Mobilisierung des Volkes auf nationaler und regionaler Ebene trifft diese und damit auch den Imperialismus als strategischen Hauptfeind mehr als direkte antiimperialistische Maßnahmen im Rahmen politischer Allianzen auf breitester Front¹²³. Er sieht eine Chance für die Revolution am „schwächsten Glied der Kette“ und hofft dabei auf die ländlichen Massen¹²⁴. Demgegenüber hält Dos Santos die fortgeschrittensten Sektoren der Gesellschaft für den Schlüssel zu einer revolutionären Bewegung. Seiner Meinung nach müssen die Arbeiter in den großen Fabriken, in den städtischen Zentren, mobilisiert werden¹²⁵. Córdova schlägt eine „Integration der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf kontinentaler Ebene“ vor, „um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen“, und mißt der Wiederaufnahme des Konzepts einer proletarischen Internationale auf lateinamerikanischer Ebene eine

Integration Lateinamerikas für das grundlegende Instrument dieser Alternative (Sunkel 1967, S. 56 f.). Ausführliche Darstellung des „nationalistischen“ Standpunkts auch bei Jaguaribe 1970, S. 4, 63—85.

118 Jaguaribe 1970, S. 4.

119 Ebda. und S. 63 ff.; siehe auch Sunkel 1967, S. 55 ff.

120 Jaguaribe 1970, S. 75 f.

121 Für viele: Cardoso-Weffort 1970, S. 30 f.

122 S. o. den Punkt „Feudalismusdebatte“.

123 Frank 1969 b, S. 371 f.

124 Ebda., S. 371 f.

125 Dos Santos 1970 b, S. 297 f.

wichtige Bedeutung bei, um den „revolutionären Provinzialismus“ zu überwinden¹²⁶.

g) Periodisierung und Typisierung

Das Dependenz-Konzept verlangt notwendig eine historische Sicht, die den gesamten Entstehungsprozeß des weltkapitalistischen Systems umfaßt. Eine Periodisierung der abhängigen Entwicklung bestimmter Länder oder Regionen muß ihre Haupteinteilungskriterien aus den geschichtlichen Phasen der Metropolen entnehmen; historische Abläufe in den abhängigen Ländern haben demgegenüber nur die Funktion der Konkretisierung, der Feingliederung und — in Grenzen — der Variation¹²⁷. Die bisherigen Ansätze einer Periodisierung der lateinamerikanischen Geschichte in der Dependenz-Literatur führen diese Grundüberlegung einer „bipolaren“ Phasenbildung noch ziemlich unsicher durch. Aber bei aller Unterschiedlichkeit der Datierungen, der Bezeichnungen und der Untergliederungen¹²⁸ lassen sich einige Gemeinsamkeiten erkennen. Im wesentlichen sind es vier Phasen, die in allen Formulierungen in irgendeiner Form auftauchen:

Die *erste Phase* umfaßt die Kolonialzeit und erstreckt sich von der Entdeckung bis ca. 1810¹²⁹. Ihr entspricht in der europäischen Geschichte die Phase des Merkantilismus unter Einbeziehung des auslaufenden Feudalismus und des beginnenden Konkurrenzkapitalismus. Die dominierenden Länder sind Spanien und Portugal, die ihre lateinamerikanischen Kolonien direkt politisch beherrschen und wirtschaftlich ausbeuten, indem sie Güter extrahieren (Edelmetalle, Lebensmittel des Luxuskonsums). Differenzierungen in der Form kolo-

¹²⁶ Córdova 1973, S. 107.

¹²⁷ Zum Prinzip dieser zweiseitigen Periodisierung siehe z. B. Dos Santos 1970 a, S. 184 f.; Quartim de Moraes 1972, S. 11 und 13; Sunkel 1972 a, S. 261; Vasconi 1970 a.

¹²⁸ Die Bezeichnung der Phasen schwankt je nach dem für zentral erachteten Kriterium: Mal stehen die historischen Phasen der kapitalistischen Produktionsweise in den Metropolen im Vordergrund, mal das dominierende Land; einige Autoren stellen auf die Art der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Zentren und Peripherien ab (z. B. „primäre Exportwirtschaft“), andere auf politische Ereignisse (z. B. „Bürgerkriege“) oder auf Ideologien („desarrollismo“). „Imperialismus“ bezeichnet für einige die Zeit der Jahrhundertwende, für andere die Jetztzeit — die aber auch als „Neo-Imperialismus“ oder „Neo-Merkantilismus“ bezeichnet wird. — Diese Konfusion der Kriterien und Bezeichnungen spiegelt die reale Schwierigkeit, das komplexe Zusammenspiel von externen und internen Prozessen in ihrer wirtschaftlichen und politischen Dimension zu erfassen.

¹²⁹ Bei denjenigen Autoren, die den Begriff „dependencia“ nur für die Zeit nach der formalen Unabhängigkeit gelten lassen, erscheint diese Epoche als Vorstadium. — Einige Autoren fassen die Zeit von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zusammen als eine Übergangsphase zwischen Merkantilismus und Kapitalismus; vgl. Aguilar Monteverde 1971 b, S. 39; Fernández 1970; Sunkel-Paz, S. 272, und Frank 1971, S. 24—26.

nialer Produktionsbedingungen ergeben sich durch das Maß an Verfügbarkeit indianischer Arbeitskraft sowie durch die Art der Haupt-Extraktionswirtschaft, wobei drei Haupt-Typen unterschieden werden: Bergbau, tropische Landwirtschaft und Landwirtschaft in gemäßigten Zonen¹³⁰.

Die *zweite Phase* — meist Phase der „außengerichteten Entwicklung“ genannt¹³¹ — beginnt mit der formalen Unabhängigkeit und reicht bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929¹³². Das dominierende Land ist England, die vorherrschende Gesellschaftsformation der Konkurrenzkapitalismus und später der beginnende Imperialismus. Die Wirtschaftsbeziehung zwischen Metropole und Peripherie beruht auf dem Austausch von Industrieprodukten gegen Rohstoffe und Lebensmittel. Die Länder Lateinamerikas spezialisieren sich auf bestimmte Exportprodukte des primären Bereichs. Die kapitalistische Expansion dieser Haupt-Exportzweige führt in vielen Ländern zu einer vorübergehenden wirtschaftlichen Blüte, die den Aufbau einer partiellen Infrastruktur ermöglicht; hierbei ergeben sich Investitionsmöglichkeiten für den beginnenden Kapitalexport der Metropolen (z. B. die englischen Eisenbahnen in Argentinien). Innerhalb dieser historischen Phase ergeben sich vor allem zwei Alternativen, je nachdem, ob der zentrale Exportsektor von einer lokalen Bourgeoisie kontrolliert wird (z. B. Fleisch in Argentinien, Kaffee in Brasilien) oder ob die Exportprodukte direkt von ausländischen Unternehmen in Form der wirtschaftlichen Enklave produziert und abtransportiert werden (z. B. Bananen in Mittelamerika). Im ersten Fall kann sich eine „nationale“ Bourgeoisie entwickeln, die an der Zirkulation und Realisation des Kapitals teilhat; die Wirtschafts- und Sozialstruktur kann sich innerhalb gewisser Grenzen modernisieren. Im zweiten Fall bleibt es bei der Herrschaft traditioneller Landoligarchien, die an der Exportwirtschaft nur in Form von geringen Steuertributen der ausländischen Firmen beteiligt werden¹³³.

Die *dritte Phase* reicht von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende des Korea-Kriegs: Die intrainperialistischen Krisen und Rivalitäten ermöglichen eine begrenzte Industrialisierung durch Substitution von Importen¹³⁴.

Die *vierte Phase* reicht von der Korea-Krise bis zur Gegenwart. Die zentrale Macht sind nun die USA, die vorherrschende Form der wirtschaftlichen Penetration ist der Kapitalexport, der jedoch zunehmend internationale Züge trägt. Die Realisation findet zunehmend auch im Inneren der lateinamerikanischen Länder selbst statt, die

130 Pinto 1972, S. 256—257.

131 „desarrollo hacia afuera“, s. o. Anm. 16.

132 Einige Autoren lassen diese Phase bereits mit dem Ersten Weltkrieg enden.

133 Ausführlich hierzu Cardoso-Faletto 1969, S. 39 ff. und Cardoso 1971, S. 60 ff.

134 Siehe hierzu oben den Punkt „Industrialisierung“. Der Anfang der Phase wird von einigen Autoren schon mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, das Ende schon mit dem Zweiten Weltkrieg angesetzt.

Überschüsse werden weniger in Form von Waren, sondern als Gewinne und Gebühren abgezogen. Die Art der Penetration richtet sich nach dem Stand, den die lokale Industrialisierung bei Beginn der neuen imperialistischen Expansionswelle erreicht hatte¹³⁵.

h) Länderstudien; Sektorstudien; sonstige Fallstudien

Allgemeinen Betrachtungen über Abhängigkeit als Element einer Erklärung von Unterentwicklung müssen notwendig die enormen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern Lateinamerikas vernachlässigen. Auf diese Unterschiede kommt es aber für die konkrete Analyse¹³⁶ und vor allem für die politische Praxis entscheidend an: Sowohl Chile wie Brasilien sind abhängige Gesellschaften, die politischen Situationen in beiden Ländern dagegen grundverschieden. Den wesentlichen Test für seine Erklärungskraft besteht der Begriff „Abhängigkeit“ daher erst und gerade in der Anwendung auf den Einzelfall.

Ein erheblicher Teil der Dependenz-Literatur befaßt sich daher mit der Analyse der Situation einzelner Länder¹³⁷, der Abhängigkeitsbeziehungen im Gefolge bestimmter Exportprodukte¹³⁸ oder mit sonstigen Fallstudien¹³⁹. Es ist naturgemäß nicht möglich, aus solchen Einzeluntersuchungen gemeinsame Thesen herauszudestillieren; zur Vervollständigung des Bildes (und zur Korrektur eines möglicherweise zu theoretischen und uniformen Eindrucks) sei jedoch auf diesen Teil der Dependenz-Diskussion hingewiesen.

135 Bambilra 1971 unterscheidet danach drei Typen: Solche Länder, in denen die neue Expansion bereits auf eine industrielle Infrastruktur traf; solche, in denen die Industrialisierung erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der neuen Expansion begann; und solche, in denen erst heute ein Industrialisierungsprozeß in Gang kommt (Paraguay, Haiti). — Zur Periodisierung äußern sich Aguilar Monteverde 1971 b, S. 38—39; Cardoso 1971, S. 63 ff.; Cardoso-Faletto 1969, S. 35 ff.; Córdova 1973, S. 56; Dos Santos 1972, S. 245; Fernández 1970; Frank 1969 a, S. 277 ff. und 1971, S. 24 ff.; Marini 1972, S. 37 f.; Quartim de Moraes 1972, S. 13—19; Sunkel 1972 a, S. 266 und 291; Sunkel-Paz 1970, S. 272; Vasconi 1969 a, S. 148.

136 Darauf weist besonders Cardoso 1970 a, hin.

137 Beispiele sind: Alberto Baltra Cortés: *Le Chili et sa dépendance*, in: *Economie appliquée*, Vol. 24 No. 4, Paris 1971, S. 679—698; Guillermo Molina Chocano: *Dependencia y Cambio Social en la Sociedad Hondureña*, in: *Estudios Sociales Centroamericanos* (San José), No. 1, 1972, S. 11—26; *Salvador de la Plaza: Dependencia del Exterior y Clases Sociales en Venezuela*, in: *Problemas del Desarrollo* No. 3, 1970, S. 31—64; Anibal Quijano: *Nationalism and Capitalism in Peru*. New York and London: Monthly Review Press, 1971; Torres Rivas 1971 (für ganz Zentralamerika). Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

138 Beispiele sind: Eustolio Lara Moreno: *La dependencia económica de México evolucionada a través de la exportación de algodón, café y tomate*. México: Universidad Nacional Autónoma de México, 1970. Juan Pablo; Alfonso Perez: *Petroleo y Dependencia*. Caracas: Síntesis Dos Mil, 1971.

6. Kritik

Die Beurteilung der lateinamerikanischen Dependenz-Diskussion läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Als Überwindung von bisherigen unrichtigen Vorstellungen hat sie eine wichtige Funktion, sowohl in wissenschaftlicher wie auch noch mehr in politischer Hinsicht; ob sie für die Zukunft zum handlungsleitenden theoretischen Gerüst werden kann, hängt davon ab, inwieweit es gelingt, jetzt noch vorhandene Mängel zu korrigieren. Um mit den letzteren anzufangen¹⁴⁰:

a) Der grundlegende Mangel der bisherigen Formulierungen ist ihre *theoretische und begriffliche Unschärfe*. Die Dependenz-Debatte ist entstanden aus der Kritik an herrschenden bürgerlichen Theorien einerseits und dem Dogmatismus des „offiziellen“ lateinamerikanischen Marxismus andererseits; beiden gemeinsam ist eine Übertragung europäischer (bzw. nordamerikanischer) Geschichtserfahrung auf Lateinamerika. Um davon Abstand zu gewinnen, war ein gewisses Maß an theoretischer Offenheit und „unbefangener“ Beobachtung der eigenen Realität notwendig. Dies hat sich jedoch zu einem theoretischen Freischaffen verselbständigt, das inzwischen seine Möglichkeit zu spontaner Kreativität verbraucht hat. So stellt sich die Dependenz-Literatur streckenweise als Deskription und Spekulation auf höchster Abstraktionsebene dar, deren Bezug zu gesicherten theoretischen Erkenntnissen unklar bleibt und die daher keinerlei intersubjektive Verbindlichkeit besitzt¹⁴¹.

Besonders die „nationalistische“ Richtung ist von theoretischer Beliebigkeit gekennzeichnet, was dort allerdings — gemessen an dem anderen Theorie-Begriff der bürgerlichen Sozialwissenschaft — keinen Verstoß gegen die eigenen Ansprüche darstellt.

Bei der marxistischen Richtung muß der Verzicht auf theoretische Strenge dagegen als Verarmung gewertet werden. Hier soll keineswegs der kritisierte sterile Dogmatismus der meisten lateinamerikanischen KPs verteidigt werden¹⁴². Es geht auch nicht darum, zu

139 Wie bereits oben erwähnt, kann jedes sozialwissenschaftliche Problem unter dem Aspekt der Abhängigkeit untersucht werden. Dies geschieht zunehmend, ohne daß dabei der Begriff im Titel geführt oder im Text ausdrücklich theoretisch entwickelt würde. Kaum ein Aufsatz in einer neueren Nummer der einschlägigen lateinamerikanischen Zeitschriften, der hier nicht als Beispiel genannt werden könnte.

140 Hier kann nur die Dependenz-Diskussion als Ganzes betrachtet werden; eine Kritik einzelner Aussagen oder einzelner Autoren würde zu weit führen.

141 Ein Beispiel ist das bekannte Buch von Cardoso-Faletto 1969, deren Geschichte der Machtallianzen nirgendwo theoretisch präzisiert und empirisch abgesichert wird.

142 Wegen ihrer Kritik an den moskautreuen KPs ist die Dependenz-Diskussion im Ostblock auf Ablehnung gestoßen, jedenfalls wenn man die Arbeit von A. F. Schulgovski für repräsentativ ansehen darf (Der ideologische Kampf in Lateinamerika in der gegenwärtigen Etappe, in: Institut

leugnen, daß die marxistische Theorie bei ihrer Anwendung auf die Länder der Dritten Welt modifiziert und ergänzt werden muß. Das muß aber explizit und unter genauer Angabe der neuen Begriffsinhalte geschehen¹⁴³.

Die Dependenz-Literatur erweckt dagegen manchmal den Eindruck, daß ihre Autoren in einer allzu intensiven Auseinandersetzung mit den Quellen die Gefahr einer kulturimperialistischen Unterdrückung der eigenen Innovationsfähigkeit und Identitätsbestimmung sehen. Kein Autor gibt eine stringente Ableitung des Dependenz-Ansatzes aus der marxistischen Gesellschaftstheorie¹⁴⁴. Zwar erwähnen mehrere Autoren, daß der Ansatz Bestandteil der Imperialismus-Theorie sei (bzw. ihr Pendant aus der Sicht der beherrschten Länder), aber keiner führt seine Aussagen konsequent darauf zurück¹⁴⁵. Bezüge auf „Klassiker“ sind mehr illustrativer und dekorativer Natur. Die Verwendung der dort geschaffenen Kategorien ist eine Frage der individuellen Vorliebe und braucht auch nicht unbedingt den bekannten Inhaltsbestimmungen zu folgen. Begriffe wie Produktionsweise, Produktionsverhältnisse, Produktivkräfte und Produktionsmittel werden bisweilen fast synonym verwendet und

für Internationale Beziehungen: Lateinamerika, Probleme — Perspektiven. Sonderheft Nr. 2 der Zeitschrift Deutsche Außenpolitik. Berlin/DDR 1971, S. 90—106). Schulgovski handelt die Dependenz-Literatur unter der Überschrift „linksradikale Konzeptionen“ ab, wobei durch ihre Kritik am Eurozentrismus der kommunistischen Orthodoxie so gemäßigte bürgerliche Autoren wie Furtado und Pinto zu „Linksradikalen“ werden. Die politische Konsequenz spricht Max Zeuske (Zur Struktur der Landwirtschaft in Lateinamerika und zur Rolle der Bauernschaft, a.a.O., S. 107—117, S. 115) aus: „Die antifeudalen und demokratischen Aufgaben der Revolution in den Ländern Lateinamerikas (haben sich) außer in Kuba nirgendwo schon erschöpft, wie A. G. Frank nachweisen möchte... Daß in Lateinamerika nur noch die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stehe... ist eine antileninistische, trotzkistische These, die... die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zum Scheitern verurteilen würde.“ Vgl. auch A. Sestopal: Die Krise der ‚integral-elitären‘ Konzeption. Der ideologisch-theoretische Kampf im Zusammenhang mit der Entwicklung der Soziologie in Lateinamerika, in: Marxismus-Digest No. 4, Frankfurt/M. 1972, S. 107—119.

143 Ein Beispiel ist Barans Begriff des potentiellen und realen volkswirtschaftlichen Surplus; Baran, a.a.O., S. 81 ff.

144 Nur wenige „marxistische“ Autoren scheinen das überhaupt als Ziel anzuerkennen. Frank 1972, S. 64, lehnt es sogar ausdrücklich ab, sich als Marxist zu bezeichnen (aber sein Ansatz ist nicht unabhängig vom Marxismus denkbar, also kann er nicht vermeiden, daran gemessen zu werden.)

145 Quartim de Moraes versucht es, aber mit wenig Erfolg: Statt sich auf die wesentlichen Inhalte von Lenins Imperialismus-Theorie zu stützen, hängt er sich an den relativ beiläufigen und untheoretischen Gebrauch des Wortes „abhängig“ bei Lenin an, um seine These zu stützen, daß die Dependenz-„Theorie“ nur für formal unabhängige Länder, nicht für Kolonien gelte.

nach Bedarf ergänzt durch Ausdrücke wie „Produktionssystem“, „Produktionsorganisation“, „Produktionsstruktur“. Bisweilen werden marxistische Termini selbst dort vermieden, wo sie sich geradezu aufdrängen und offensichtlich dem Autor auch vorgeschwebt haben. Solche Umschreibungen erklären sich z. T. aus der politischen Situation, in der viele lateinamerikanische Sozialwissenschaftler arbeiten müssen¹⁴⁶.

Wo die Grundlagen der politischen Ökonomie nicht mehr wenigstens grundsätzlich verbindlich sind, da spricht auch nichts mehr gegen eine Vermengung mit Bestandteilen bürgerlicher Theorien: „Die hauptsächlich positiven Aspekte des Marxismus werden aufgegriffen und nach Möglichkeit weiterentwickelt, ... ohne die positiven Beiträge anderer Richtungen zu leugnen und ungenutzt zu lassen¹⁴⁷.“ Diese „angebliche Bereicherung des Marxismus, die eher seine Negation ist“¹⁴⁸, führt zu einem bewußten oder unbewußten Eklektizismus in Theorie und Methode und damit zur Unklarheit.

Die hauptsächliche Quelle einer solchen „Bereicherung“ ist die strukturell-funktionale Theorie, deren Varianten zwar in ihren Grundannahmen über Ursachen und Ablauf der lateinamerikanischen Unterentwicklung kritisiert werden, aus der jedoch inhaltliche und methodologische Teilstücke weiter als wichtige Bausteine dienen¹⁴⁹. Von da ist es nicht mehr weit zu einer „Theorie“, die umgekehrt den Marxismus als Steinbruch benützt¹⁵⁰ oder zu einer „strukturalistischen Theorie des Imperialismus“ umfunktioniert, die das Verhältnis Zentrum—Peripherie aller spezifisch ökonomischen Inhalte entkleidet¹⁵¹.

Die Mängel dieses Eklektizismus und allgemein der theoretischen Unschärfe werden bei einigen Autoren durchaus kritisch angesprochen, z. T. aber entschuldigt mit der Andersartigkeit der lateinameri-

146 „Klassenkampf“ lautet in „bereinigter“ Fassung so: „Die Spannungen zwischen den sozialen Klassen und Gruppen, die dynamische Konsequenzen in der Gesellschaft hervorbringen können“ (Cardoso-Faletto 1969, S. 17). Oder „Revolution“: „Der Lauf ... der Ereignisse ... wird abhängen ... von der durch politische Energien kanalisierten kollektiven Aktion, die realisierbar machen, was strukturell kaum möglich ist“ (ebda., S. 166).

147 Marcos Kaplan: La ciencia política en la encrucijada, in: Aportes No. 16 1970, S. 138.

148 Marini 1972, S. 36.

149 So ersetzt Hinkelammert 1972, S. 26, den Begriff „Produktivkräfte“ explizit durch „estructura económica“ und führt den Ausdruck „Funktionalisierung“ einer Gesellschaft ein (S. 23).

150 Vgl. Sunkel, a.a.O., und Ribeiro 1971, S. 184: „Die sich vollziehende technologische Revolution macht die Beobachtung Marx' über die Beziehung zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen wieder einmal aktuell.“

151 Johan Galtung: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas 1972, S. 29—120.

kanischen Situation¹⁵², mit der Notwendigkeit einer „unbelasteten“ Sicht¹⁵³ oder eines emotionalen Engagements (?)¹⁵⁴.

b) Die theoretischen und terminologischen Schwächen treten nirgends deutlicher zutage als gerade bei dem *zentralen Begriff* „*Abhängigkeit*“. Eine theoretisch schlüssige Definition gibt es bisher nicht. Soweit überhaupt Versuche der Begriffsbestimmung unternommen werden, ist das Ergebnis eine Addition von deskriptiven Teilaspekten¹⁵⁵, wobei z. T. auch Theoriefremdes, Tautologisches¹⁵⁶ oder schlicht Unverständliches stehen bleibt. Entsprechend vielfältig und undeutlich sind die verschiedenen Bedeutungsgehalte, denen man in der Diskussion begegnet. Metaphorische Umschreibungen wie „Sattelisierung“ oder „interner Kolonialismus“ machen die Sache nicht klarer.

Nicht einmal über die Abstraktionsebene und die ungefähre Reichweite des Begriffs besteht Übereinstimmung: „Abhängigkeit“ kann sein: Eine Theorie, ein Teil einer solchen, ein Begriff oder „Konzept“ innerhalb einer Theorie, eine Variable oder eine „konkrete Situation“. Wer sich von der Zusammensetzung „*dependencia estructural*“ eine Spezifizierung erhofft, muß entdecken, daß damit einmal der Imperialismus auf Weltmaßstab¹⁵⁷, dann wieder eine Komponente der Sozialstrukturen im Innern der unterentwickelten Länder¹⁵⁸, aber schließlich auch die Auslandsverbindung einer bestimmten Firma gemeint sein kann¹⁵⁹. Teils ist „*dependencia*“ ein theoretischer Begriff, der bestimmte empirische Gegebenheiten erklärt, dann wieder bezeichnet er seinerseits eine Summe von solchen empirischen Phänomenen, deren Erklärung anderswo gesucht werden muß.

Man gewinnt den Eindruck, daß der Begriff seine Popularität gerade seiner Unschärfe verdankt, die ein scheinbares Einverständnis über unvereinbare Grundpositionen und ungeklärte Vorverständnisse hinweg ermöglicht. Außerdem scheint er bürgerlichen wie marxistischen Autoren als euphemistische Umschreibung marxistischer

152 Marini 1972, S. 36.

153 Aguilar Monteverde 1971 b, S. 29.

154 Cardoso-Weffort 1970, S. 17.

155 Ein Musterbeispiel ist die Definition von Dos Santos, s. o. Anm. 65. Dos Santos kommt ohne jeden Terminus der politischen Ökonomie aus, dafür wird ein so ideologisch befrachteter Begriff wie „Interdependenz“ verwendet. Was ist eine „Situation“? Was eine „kontinuierliche“ und was eine „unmittelbare“ Entwicklung? Was hat man sich unter einem „Reflex“ vorzustellen? Ist Abhängigkeit wirklich nur eine graduell abgewandelte „Form“ von „Interdependenz“, und kann sie wirklich beliebig „positive oder negative Auswirkungen“ haben? — Weitere definitorische Stilblüten bei Hodara 1971, S. 8 f.

156 Cardoso-Faletto, S. 161—162 und Marini 1972, S. 37, verwenden das Wort „abhängig“, um „Abhängigkeit“ zu definieren!

157 So Ianni 1971, S. 11.

158 So Cardoso, a.a.O., S. 88, und implizit in Cardoso-Faletto 1969, S. 17—33.

159 So derselbe Cardoso 1971, S. 188 f.

Termini zu dienen: Den einen, um unverbindlich Progressivität zur Schau zu tragen, den anderen, um Reizworte zu vermeiden¹⁶⁰.

Das Verständnis wird zusätzlich dadurch erschwert, daß „Abhängigkeit“ neben ihren verschiedenen theoretischen Bedeutungen auch noch auf einer untheoretischen Ebene verwendet wird¹⁶¹. Daß das Wort „Abhängigkeit“ auf unterster Abstraktionsebene eine durch keinen anderen Ausdruck zu ersetzende Funktion für die Bezeichnung konkreter Beziehungen hat, setzt ein großes Fragezeichen hinter seine Verwendbarkeit als theoretisches Konzept. Ob Ausdrücke wie „subalterner“, „peripherer“ oder „unterentwickelter Kapitalismus“ hier auf die Dauer weiterhelfen, erscheint fraglich. Wenn schon die gleichzeitige Verwendung von „Abhängigkeit“ als theoretischer und als vorwissenschaftlicher Ausdruck unvermeidlich ist, dann sollte man darauf verzichten, ihn außerdem noch als operationalisierten Begriff einzuführen¹⁶².

c) Der bisherigen Unschärfe des Dependenz-Ansatzes entspricht die *mangelnde Klärung grundlegender Vorfragen*. Von der unsicheren Bestimmung des Verhältnisses zwischen externen und internen Faktoren war bereits die Rede. Dazu kommen folgende Punkte:

(1) Die Frage, wie sich die kapitalistische Produktionsweise in der „Dritten Welt“ entwickelt hat und welche (graduellen oder qualitativen) Unterschiede sie zum Kapitalismus in den Zentralländern aufweist, ist zwar als wichtige Frage erkannt und angegangen worden, aber noch lange nicht beantwortet.

(2) Weitgehend ungeklärt ist die Frage, welchen theoretischen Stellenwert die nationalstaatliche Organisation der abhängigen Gesellschaften besitzt und wie sie im Verhältnis zu einer Klassenanalyse auf internationalem Maßstab zu sehen ist¹⁶³.

(3) Ebenso fehlt bisher eine theoretische Bestimmung des Verhältnisses zwischen Basis und Überbau — und insbesondere: Wirtschaft und Politik — in den formal unabhängigen, wirtschaftlich aber voll in das imperialistische System integrierten Ländern. Solange in die-

160 Die Unschärfe des Begriffs wird auch von lateinamerikanischen Autoren selbst als Mangel empfunden und kritisiert, siehe z. B. Weffort 1970, S. 389 f.; Frank 1971, S. 18; Ianni 1971, S. 4; Vasconi 1970 a, S. 19; Quartim de Moraes 1972, S. 1.

161 Beispiele s. o. Anm. 79.

162 Es grenzt an vorsätzliche Sprachverwirrung, wenn man „Abhängigkeit“ erst als konstitutives Merkmal aller Sozialstrukturen einführt und dann Meßanweisungen gibt, bei denen auch das Ergebnis „nicht abhängig“ möglich ist, wie es Cardoso und Petras-Cook tun, s. o. Anm. 77 und 78. — Nicht einmal vor der Bedeutung von *dependencia* = „Behörde“ ist man sicher: In diesem Sinne bei Carmona de la Peña 1971, S. 353.

163 Die mangelnde Klarheit über diesen Punkt kritisiert insbesondere Weffort 1970, S. 392—395; seine Konsequenz, den nationalstaatlichen Bezugsrahmen zugunsten einer konsequenten Klassenanalyse völlig zu ignorieren, wird von Quartim de Moraes 1972 zutreffend als zu weitgehend kritisiert.

sen Punkten keine Klarheit besteht, kann jede Formulierung von „Abhängigkeit“ nur provisorisch sein.

d) Zu den theoretischen Schwächen kommen *Mängel der wissenschaftlichen Praxis*. Die Dependenz-Debatte in Lateinamerika ist weder von der hispanischen Tradition des scholastischen Formalismus noch von den bekannten „Kinderkrankheiten“ der Linken frei. Während über abstrakte und häufig rein semantische Fragen erbittert disputiert wird¹⁶⁴, mangelt es an der empirischen Arbeit, auf die sich die theoretische Diskussion stützen könnte. Dadurch geriet die Diskussion in eine gewisse Stagnation, nachdem um 1970 die Phase der „leichten Entdeckungen“ vorüber war¹⁶⁵. Ein Gutteil des seitdem veröffentlichten Schrifttums besteht aus einer verflachenden Wiederholung von bereits Gesagtem.

Derweil ist die intellektuelle Avantgarde in Gefahr, durch ihre plötzliche Berühmtheit in einen akademischen „supranationalen Komplex“ aufgesogen und damit faktisch dem Forschungspotential der imperialistischen Länder angegliedert zu werden¹⁶⁶. Einige der bekanntesten „dependencistas“ bringen bereits eine erhebliche Zeit damit hin, im Jet set von einem internationalen Kongreß zum nächsten zu fliegen.

Wie die Dependenz-Debatte als ganze, so ist auch der zentrale Begriff in Gefahr, zu verflachen und domestiziert zu werden. Während er im Ausland als neuester akademischer Exotismus adaptiert und entschärft wird, gleitet er in Lateinamerika z. T. zu einem emotional gefärbten Schlagwort ab, das zunehmend zum obligaten Bestandteil politischer Folklore besonders der bürgerlich-antiimperialistischen „nationalistischen“ Gruppen gehört und dort nur noch eine etwas festere Verhandlungsposition gegenüber dem Ausland, nicht mehr

164 Ein Beispiel ist der bisher größte dem Thema „dependencia“ gewidmete Kongreß, der X. Congreso Latinoamericano de Sociología, der vom 28. 8. bis 2. 9. 1972 in Santiago de Chile stattfand unter Beteiligung aller offiziellen chilenischen sozialwissenschaftlichen Institutionen und zahlreicher Delegationen aus dem Ausland.

165 Dabei spielt auch eine Rolle, daß in dem wichtigsten Zentrum der Dependenz-Diskussion, in Chile, die Universitäten durch die zunehmend hektische Tagespolitik beansprucht werden.

166 Gemeinsame Forschungsprojekte der deutschen Lateinamerikaforschung mit bekannten „dependencistas“ sind bereits in Planung: Der Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung Jg. 7 1972, Heft 2, S. 51, meldet unter „Neue Forschungsvorhaben“: „Albrecht v. Gleich; Osvaldo Sunkel u. a.: Internationale Wirtschaftsbeziehungen und nationale Entwicklung in Lateinamerika.“ Bei der Vereidigung des neugewählten argentinischen Präsidenten, des Peronisten Cámpora, eröffnete der Senatspräsident Díaz Bialek die zeremonielle Kongreß-Sitzung am argentinischen Nationalfeiertag mit den Worten: „Ich eröffne diese Sitzung der Repräsentanten der nationalen Souveränität am heutigen 25. Mai, dem Tag, an dem wir mit Inbrunst des Vaterlandes gedenken, das 1810 geboren wird unter dem Zeichen der Befreiung und gegen die Strukturen der Abhängigkeit.“ Auch in der Antrittsrede von Cámpora kam „Abhängigkeit“ vor; La Nación 26. 5. 1973.

eine Kritik des kapitalistischen Systems bezeichnet¹⁶⁷. In Gruppen der studentischen Linken gerät man auf anderem Weg in die gleiche Sackgasse: Dort hat „dependencia“ allmählich die frühere Rolle von „imperialismo“ übernommen als einer alles beherrschenden Weltverschwörung der „anderen“ gegen „uns“, die jede weitere Analyse überflüssig macht und die Möglichkeit von Gegenstrategien aus der eigenen Verantwortung hinaus ins Ausland verlagert¹⁶⁸.

Eine solche lähmende Negierung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten steht nur scheinbar im Widerspruch zu gelegentlichen Aufwallungen von euphorischer Selbstüberschätzung und von Sendungsbewußtsein. „Dependencia“ wird vorbehaltlos gefeiert als „die grundlegende analytisch-explikative Kategorie der Ausgestaltung der lateinamerikanischen Gesellschaften“¹⁶⁹; Lateinamerika wird gepriesen als neues intellektuelles Zentrum der Welt¹⁷⁰, mehr noch: „Die Dritte Welt (ist) heute der eigentliche dynamische Faktor der Weltgeschichte“¹⁷¹.

e) Dieses Schwanken zwischen Unter- und Überschätzung der eigenen Möglichkeiten ist andererseits kennzeichnend für die *wichtige politische Funktion*, die die Dependenz-Debatte trotz aller Mängel in Lateinamerika erfüllt. Sie stellt eine entscheidende Etappe auf dem

167 General Hurtado, Chefberater von Präsident Velasco Alvarado und einer der „Köpfe“ der peruanischen „Revolution“, eröffnet ein Interview wie folgt: „Die Charakteristik unseres Landes besteht darin, daß es abhängig und unterentwickelt ist. . . Da wir vom ersten Tag an Kapitalismus und Kommunismus zurückgewiesen haben, hat keiner der beiden Blöcke ein Interesse daran, uns zu helfen“ (Le Monde 9. 2. 1973). Der „nationalistische“ Wirtschaftsminister Aldo Ferrer der argentinischen Militärregierung unter General Levingston erklärt: „Die Inflation wird bekämpft an ihren Wurzeln, der Unterentwicklung und der Abhängigkeit“ und erläutert drei Wochen später vor der Amerikanischen Handelskammer in Buenos Aires: „Nur eine Politik mit nationalem Vorzeichen garantiert Bedingungen der Sicherheit und Rentabilität für die ausländischen Unternehmen“ (Tageszeitung La Nación, 15. 1. und 4. 2. 1971).

168 Diese Gefahren der Verflachung und Primitivisierung kritisieren zahlreiche Autoren, z. B. Cardoso 1971, S. 60; Dos Santos 1969 b, S. 133; González Casanova 1969, S. 9 ff., S. 23 ff.; Hodara 1971 passim; Kaplan 1971, S. 60; Quijano 1970, S. 27; Vasconi 1970 a, S. 19.

169 Bambirra 1971, S. 5.

170 „Lateinamerika . . . (hat) in den 60er Jahren eine theoretisch-ideologische Gegenoffensive begonnen. Die aus den imperialen Metropolen (von West und Ost) stammenden begrifflichen Kategorien und Schemen werden immer häufiger und leichter niedergerissen. . . In Europa lebt man provinziell, in Nordamerika hat man keine Ahnung von irgendwas, in den Ländern mit zentraler Planwirtschaft ist der Marxismus mehr oder weniger eingefroren und mumifiziert. . . Niemals hat es einen solchen Aufschwung der Theorie und des ideologischen Kampfes gegeben wie heute.“ Roberto Castañeda in einer Buchbesprechung, in: Problemas de desarrollo Año II No. 7 Abril-Julio 1971, S. 126.

171 Ribeiro 1971, S. 285.

Weg der Identitätsfindung dar, die unerläßliche Vorbedingung und Bestandteil des Befreiungskampfes der unterentwickelt gehaltenen Völker ist. Wenn die Beherrschten sich ihrer Beherrschung bewußt werden und intellektuelle Instrumente zur Analyse der eigenen Situation erarbeiten, ist der internationale Herrschaftsmechanismus bereits an einer empfindlichen Stelle brüchig geworden¹⁷².

Dabei mußte ein doppeltes Tabu durchbrochen werden: Einmal die in allen bürgerlichen Gesellschaften vorhandene Tabuisierung einer materialistischen Analyse, zum anderen die Unterdrückung eines von der herrschenden Ideologie des Mutterlandes abweichenden Bewußtseins in den Kolonien. Nur indem die lateinamerikanischen Intellektuellen sich die Freiheit nahmen, anerkannte Theorien nicht anzuerkennen, un-methodisch vorzugehen, Begriffe zunächst undefiniert in den Raum zu stellen und Beweise vorerst nicht anzutreten, war ihnen ein Ausbruch aus der ideologischen Einsperrung möglich¹⁷³.

Die traditionelle Funktion der lateinamerikanischen Universitäten als Legitimitätsinstanz sorgte für eine rasche Verbreitung der neuen Ideen auch außerhalb ihres eigenen Bereichs. Die Auswirkungen sind jetzt schon überall in der politischen Diskussion zu spüren und werden sich in Zukunft noch verstärken. Wenn die Dependenz-Debatte keine andere Funktion hätte als die, reaktionären Regierungen die Verschleierung ihrer volksfeindlichen Politik zu erschweren, dann wären damit alle theoretischen Mängel mehr als aufgewogen.

f) Aber auch *auf theoretischem Gebiet* hat der neue Ansatz einen Durchbruch bewirkt. Seine *wesentliche Leistung* besteht in der Kritik früherer eurozentrischer (oder US-zentrischer) Theorien, deren ideologischer Gehalt bloßgelegt wurde. „Man kam weit mehr voran im Sinne einer Bestimmung dessen, was Lateinamerika *nicht ist*, als im Sinne einer positiven Bestimmung¹⁷⁴.“ Unterentwicklung ist damit noch nicht erklärt, aber die Richtung einer Erklärung ist gefunden, die Möglichkeit zu realen Fragen geschaffen. Jahrzehntelange Verdrehungen und Unterlassungen können nicht in wenigen Jahren korrigiert werden, und die Unfertigkeit der Dependenz-„Theorie“ ist kein Beweis für ihre Unrichtigkeit. Es liegen genügend Einzeluntersuchungen und Forschungsansätze vor — z. B. über Marginalität, Importsubstitution, Internationale Konzerne usw. — die die Erklärungskraft des Dependenz-Ansatzes beweisen. Daß Teile der deutschen Lateinamerikaforschung noch heute mit den widerlegten Modernisierungstheorien arbeiten, weil der Dependenz-Ansatz „noch nicht operationalisierbar“ sei, kann nur als geistiger Bankrott oder als bewußte Gegenstrategie gewertet werden.

172 Aguilar Monteverde 1971 b, S. 28, spricht von der traditionellen Sozialwissenschaft als vom „Feind“.

173 „In Lateinamerika können wir uns nicht der Kapitalsünde des Purismus hingeben.“ Dos Santos 1970 c, S. 8.

174 Cardoso-Weffort 1970, S. 26—27.

7. Desiderate

Die Bedeutung des Dependenz-Ansatzes für eine Theorie der Unterentwicklung wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, über das jetzt erreichte Stadium der generellen Bestimmung hinaus die erkannten Beziehungen theoretisch zu präzisieren und durch empirische Arbeit zu konkretisieren.

Im *theoretischen Bereich* gilt es, den Ort einer Theorie der Unterentwicklung zu fixieren in bezug auf die wesentlichen Kategorien des wissenschaftlichen Marxismus, wie sie in der Imperialismus-Theorie, in der politischen Ökonomie allgemein und schließlich im historischen und dialektischen Materialismus erarbeitet wurden¹⁷⁵. Nur durch diese Einordnung des Dependenz-Ansatzes in die vorhandenen Kategorien kann die nötige begriffliche Klarheit und logische Konsistenz erreicht werden, die ihr bisher fehlt. Dabei kann sich durchaus ergeben, daß der Ausdruck „Abhängigkeit“ den Anforderungen an einen wissenschaftlichen Begriff nicht genügt und in den Bereich der vorwissenschaftlichen Beschreibung zurückverwiesen werden muß, ohne daß deswegen die von der Dependenz-Diskussion ausgegangenen Anregungen wertlos würden; ebenso kann sich ergeben, daß der bisherige Begriffsapparat der marxistischen Theorie in der Tat ergänzt werden muß, um das komplexe System mehrdimensionaler Widersprüche in den abhängigen Gesellschaften zu bestimmen.

Aber vielleicht sind in der jetzigen Phase *empirische Fallstudien* vordringlich gegenüber der theoretischen Arbeit, um gesichertes Primärmaterial zu gewinnen und die Umsetzung des neuen Begriffs in Forschungspraxis zu erproben. Das kann nur über Zwischenstufen geschehen in der Weise, daß aus dem allgemeinen Konzept der „Abhängigkeit“ die auf den jeweiligen Einzelfall bezogenen Hypothesen mittlerer Reichweite abgeleitet werden; erst daraus lassen sich in einem zweiten Schritt operationalisierbare Einzelhypothesen herausspezifizieren. „Dependencia“ umfaßt als theoretischer Begriff unendlich viele Faktoren und kann daher niemals selbst operationalisiert oder „bewiesen“ werden (so wenig wie z. B. „Imperialismus“). Eine Fallstudie kann einen wichtigen Beitrag zum Thema der „Abhängigkeit“ liefern, ohne diesen Begriff überhaupt zu verwenden, weil sie sich auf einer viel konkreteren Ebene bewegt.

Das Gebiet möglicher empirischer Arbeit ist praktisch unbegrenzt; als Beispiele relevanter Themenbereiche können die folgenden gelten:

1. Grundlegend für jede weitere Arbeit sind verlässliche *Analysen der Klassen* und Schichten in den verschiedenen Gesellschaften Lateinamerikas. Gibt es noch relevante Reste einer nationalen Bourgeoisie? Welche Rolle spielen die verschiedenen Gruppen der Kleinbourgeoisie (Intelligenz? Nationalistisches Militär?)? Wie stehen Stadt- und Landproletariat zueinander? Sind die „Marginalen“ eine potentiell revolutionäre Kraft oder ein Lumpenproletariat? etc.

¹⁷⁵ Die Verfasser bereiten hierzu eine Arbeit über „Dominanz/Dependenz und historischer Materialismus“ vor.

2. Damit verbindet sich die Untersuchung der „strukturellen Heterogenität“¹⁷⁶, also des Nebeneinanders von monopolkapitalistischen mit vor- und frühkapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Diese Heterogenität kann sowohl vertikal innerhalb einer Klassenanalyse, horizontal im Rahmen einer Studie über die Raumdynamik bestimmter Regionen¹⁷⁷ oder sektorial im Bereich bestimmter Wirtschaftszweige untersucht werden. Die Kenntnis dieser heterogenen Formationen ist sowohl für die Erklärung von Unterentwicklung wie für jede Überwindungsstrategie grundlegend.

3. Im Verlauf der letzten Jahre haben vor allem zwei Akteure entscheidend an Bedeutung gewonnen: Der Staat und die supranationalen Konzerne. Jeder dieser Akteure für sich, aber besonders der *Wechselbeziehung Staat — Ausländisches Großkapital* bedürfen der Untersuchung, um neuere Tendenzen erfassen zu können. Ohne eine solche Analyse lassen sich z. B. „Modelle“ der abhängigen kapitalistischen Entwicklung wie Peru einerseits, Brasilien andererseits nicht abschätzen.

4. Das vielleicht größte Defizit — gemessen an der gesellschaftlichen Relevanz — besteht in der Frage der Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung. Es genügt nicht, die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu fordern. Nötig ist eine genaue Kenntnis der Bedingungen einer emanzipatorischen Bewegung in den einzelnen Ländern. Wo grundlegende Änderungen (noch) nicht möglich erscheinen, müssen auch die Möglichkeiten einer Abschwächung der Abhängigkeit untersucht werden; eine Position des Alles oder Nichts wäre unverantwortlich. Zum Erfolg einer emanzipatorischen Bewegung ist auch notwendig, daß die Perspektiven eines sozialistischen Aufbaus grundsätzlich geklärt sind; hierzu müssen u. a. die Erfahrungen der kubanischen Revolution im Positiven wie im Negativen aufgearbeitet werden. — Auf diese Frage der *Überwindung der Abhängigkeit* beziehen sich letztlich alle Überlegungen zum Problem der Unterentwicklung (oder sollten es tun).

Literatur *

- Acedo Mendoza, Carlos: Pensamiento latinoamericano sobre subdesarrollo
1971 y dependencia externa, in: Cuadernos de la Sociedad Venezolana de Planificación (Carácas) No. 90/91, 1971, S. 3—13.
- Aguilar Monteverde, Alonso: Reflexiones sobre el subdesarrollo latinoamericano, in: Revista Mexicana de Sociología, Vol. XXIX
1967 No. 3, julio—sept. 1967, S. 429—451.

¹⁷⁶ Córdova 1973, im Titel.

¹⁷⁷ Die Verfasser werten derzeit die Ergebnisse einer gemeinsamen Feldforschung in Guatemala aus, die die Stellung einer Mittelstadt im Herrschaftsgefälle zwischen Hauptstadt und agrarischem Hinterland zum Gegenstand hatte.

* Aufgenommen wurde nur die für diesen Aufsatz ausgewertete Literatur. Weitere Literaturhinweise bei Senghaas 1972, S. 390—399, und bei Grabendorff 1973 in den Anmerkungen zu den einzelnen Arbeiten.

- ders. *Problemas estructurales del subdesarrollo*. México: Universidad Nacional Autónoma de México, 1971.
- 1971 a
- ders.: *El capitalismo del subdesarrollo: Un capitalismo sin capital y sin perspectivas*, in: *Problemas del desarrollo* (México), No. 8 Julio—Sept. 1971, S. 17—74.
- 1971 b
- Bambirra, Vania: *Hacia una tipología de la dependencia* (Industrialización y Estructura Socio-Económica). Santiago: CESO, Documento de Trabajo (Versión preliminar) 1971.
- 1971
- Bodenheimer, Susanne: *Dependency and Imperialism. The Roots of Latin American Underdevelopment*, in: *North American Congress for Latin America* (NACLA) Newsletter (New York) Vol. IV No. 3, May—June 1970, S. 18—27.
- 1970
- Caputo, Orlando; Roberto Pizarro: *Imperialismo, dependencia y relaciones económicas internacionales*. Santiago: Universidad de Chile, CESO, 1970.
- 1970
- Cardoso, Fernando H.: „Teoría de la dependencia“ — o análisis de situaciones concretas de dependencia?, in: *Revista latinoamericana de ciencia política* (Santiago), Vol. 1 No. 3, 1970, S. 402—414.
- 1970 a
- ders.: *Impedimentos estructurales e institucionales para el desarrollo*, in: *Revista Mexicana de Sociología*, Vol. XXXII No. 6 Nov.—Dic. 1970, S. 1461—1482.
- 1970 b
- ders.: *Ideologías de la burguesía industrial en sociedades dependientes* (Argentina y Brasil). México: Siglo XXI, 1971.
- 1971
- ders.: *Notes sur l'état actuel des études sur la dépendance*. Dakar: Nations Unies, Institut Africain de Developpement Economique et de Planification, Août 1972 (hektogr.).
- 1972 a
- ders.: *Imperialism and Dependency in Latin America*, in: *New Left Review* No. 74, 1972 (zit. nach hektogr. Manuskript).
- 1972 b
- Cardoso, Fernando H.; Enzo Faletto: *Dependencia y desarrollo en América Latina*. México: Siglo XXI, 1969.
- 1969
- Cardoso, Fernando H.; Francisco Weffort (Hrsg.): *América Latina: Ensayos de interpretación sociológico-política*. Santiago: Editorial Universitaria, 1970.
- 1970
- Carmona de la Peña, Fernando: *Dependencia y cambios estructurales*. Problemas del desarrollo económico de México: Universidad Nacional Autónoma de México, 1971.
- 1971
- Ceceña Cervantes, José Luis: *Superexplotación, dependencia y desarrollo*. México: Editorial Nuestro Tiempo, 1970.
- 1970
- Córdova, Armando: *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1973.
- 1973
- Córdova, Armando; Héctor Silva Michelena: *Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1969.
- 1969
- Dos Santos, Theotonio: *El nuevo carácter de la dependencia*, in: *Matos* 1969 a Mar 1969, S. 11—133.
- 1969 a
- ders.: *Socialismo o Fascismo, Dilema Latinoamericano*. Santiago: Editorial Prensa Latinoamericana, 1969.
- 1969 b
- ders.: *La crisis de la teoría del desarrollo y las relaciones de dependencia en América Latina*, in: *Jaguaribe, Ferrer, Wionczek, Dos Santos* 1970, S. 147—187.
- 1970 a
- ders.: *Lucha de Clases y Dependencia en América Latina*. Bogotá: Editorial Oveja Negra, 1970.
- 1970 b

- ders.: Dependencia y Cambio Social. Santiago: Universidad de Chile, 1970 c CESO, Cuadernos de Estudios Socioeconómicos No. 11, 1970.
- ders.: Über die Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas 1972, S. 243—257. 1972
- Durand Ponte, Victor M.: México: Dependencia o independencia en 1980, 1972 in: El Perfil de México en 1980, tomo III: Sociología — política — cultura. México: Siglo XXI, 1972, S. 209—273.
- Echeverría, Bolívar; Horst Kurnitzky (Hrsg.): Kritik des bürgerlichen 1969 Antiimperialismus. Berlin: Wagenbach Verlag, 1969.
- Fajnzylber, Fernando: La empresa internacional en la industrialización de 1973 América Latina, in: Revista de Comercio Exterior (México) April 1972, zit. nach: Reprint S.E.U.L. (Brüssel) Año V. No. 36 Enero 1973, S. 5—22.
- Fernández, Florestan: Patrones de dominación externa en América Latina, 1970 in: Revista Mexicana de Sociología, Vol. XXXII No. 6, Nov.—Dic. 1970, S. 1439—1459.
- Frank, André Gunder: Kapitalismus und Unterentwicklung in Latein- 1969 a amerika. Frankfurt a. M.: Europäische Verlags-Anstalt, 1969.
- ders.: Latin Amerika: Underdevelopment or Revolution. Essay on the 1969 b Development of Underdevelopment and the Immediate Enemy. New York and London: Monthly Review Press, 1969.
- ders.: Lumpenbürgesía: Lumpendesarrollo. México: Era, 1971. 1971
- ders.: La dépendance est mort, vive la dépendance et la lutte des classes, 1972 in: partisans No. 68, nov.—déc. 1972, S. 52—70.
- Frank, André Gunder; Rodolfo Puigros; Ernesto Laclau: América Latina 1972 — Feudalismo o Capitalismo? Bogotá: Editorial Oveja Negra 1972.
- Furtado, Celso: Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie, in: Seng- 1972 haas 1972, S. 316—334.
- García, Antonio: La Estructura Social y el Desarrollo Latinoamericano, 1970 in: Cardoso-Weffort 1970, S. 45—81.
- ders.: Industrialización y Dependencia en América Latina, in: Trimestre 1971 Económico (México), Vol. XXXVIII No. 151, julio—sept. 1971, S. 731—754.
- González Casanova, Pablo: Sociología de la explotación. México: Siglo 1969 XXI, 1969.
- Grabendorff, Wolf (Hrsg.): Lateinamerika — Kontinent in der Krise. Ham- 1973 burg: Hoffmann und Campe, 1973.
- Guzmán Böckler, Carlos; Jean-Loup Herbert: Guatemala: Una interpre- 1970 tación histórico-social. México: Siglo XXI, 1970.
- Hinkelammert, Franz: El subdesarrollo latinoamericano. Un caso de 1970 a desarrollo capitalista. Buenos Aires: Paidós, 1970.
- ders.: Teoría de la dialéctica del desarrollo desigual, in: Cuadernos de la 1970 b Realidad Nacional (Santiago) No. 6, Dic. 1970, S. 15—220.
- ders.: La teoría clásica del imperialismo, el subdesarrollo y la acumula- 1970 c ción socialista, in: Cuadernos de la Realidad Nacional, No. 4, junio 1970, S. 137—160.
- Hodara, Joseph: La dependencia de la dependencia, in: Aportes No. 21, 1971 Julio 1971, S. 6—15.
- Ianni, Octavio: Imperialismo y cultura de la violencia en América Latina. 1970 México: Siglo XXI, 1970.

- ders.: La sociología de la dependencia en América Latina, in: Revista
1971 Paraguaya de Sociología, Vol. 8 No. 21 Mayo-Agosto 1971,
S. 18—29 (inzwischen deutsch in: Grabendorff 1973, S. 379
bis 399).
- Jaguaribe, Helio: Causas del Subdesarrollo Latinoamericano, in: Matos
1969 Mar 1969, S. 201—219.
- ders.: Dependencia y Autonomía en América Latina, in: Jaguaribe, Ferrer,
1970 Wionczek, Dos Santos 1970, S. 1—86.
- Jaguaribe, Helio; Celso Furtado; Torcuato S. Di Tella u. a.: La Dominación
1968 de América Latina. Lima: Francisco Moncloa Ed., 1968.
- Jaguaribe, Helio; Aldo Ferrer; Miguel S. Wionczek; Theotonio Dos Santos:
1970 La dependencia político—económica de América Latina.
México: Siglo XXI, 1970.
- Kaplan, Marcos: Estado, dependencia externa y desarrollo en América
1969 Latina, in: Matos Mar 1969, S. 158—200.
- ders.: La ciudad latinoamericana como factor de transmisión de poder
1971 socioeconómico y político hacia el exterior durante el período
contemporáneo, in: Revista Paraguaya de Sociología, Año 8
No. 20, Enero-Abril 1971, S. 59—88.
- Lessa, Carlos: De la constitución actual del capitalismo dependiente, in:
1970 Cuadernos de la Sociedad Venezolana de Planificación, 1970
No. 82—83, S. 27—43.
- Marini, Ruy Mauro: Subdesarrollo y revolución. México: Siglo XXI, 1969.
1969
- ders.: Dialéctica de la dependencia: La economía exportadora, in: Sociedad
1972 y desarrollo (Santiago) No. 1 enero—marzo 1972, S. 35—52.
- Matos Mar, José (Hrsg.): La Crisis del desarrollismo y la nueva depen-
1969 dencia. Lima: Moncloa—Campodónico, 1969.
- Peña, Sergio de la: El antidesarrollo de América Latina. México: Siglo
1971 XXI, 1971.
- Petras, James F.; Thomas J. Cook: Argentina: Dependencia y burguesía
1972 nacional, in: Problemas del desarrollo, Año III No. 10,
Febrero—Abril 1972, S. 19—56.
- Pinto, Anibal: Notas sobre Desarrollo, Subdesarrollo y Dependencias, in:
1972 Trimestre Económico Vol. XXXIX No. 154, abril—junio 1972,
S. 243—264.
- Quartim de Moraes, João: Le statut théorique de la notion de dépendance.
1972 Genf: IV. Séminaire latino-américain CETIM, 10.—17. 4. 1972
(hektogr.).
- Quijano, Anibal D.: Dependencia, cambio social y urbanización en Latino-
1968 américa, in: Revista Mexicana de Sociología, Vol. XXX No. 3,
Julio—Sept. 1968, S. 525—570.
- ders.: Redefinición de la Dependencia y Proceso de Marginalización en
1970 América Latina. Santiago: CEPAL, abril de 1970 (hektogr.).
- Reyna, José Luis: Subdesarrollo y dependencia: El caso de América La-
1967 tina, in: Revista Mexicana de Sociología, Vol. XXIX No. 4
Oct.—Dic. 1967, S. 655—668.
- Ribeiro, Darcy: Der zivilisatorische Prozeß. Frankfurt a. M.: Suhrkamp,
1971 1971.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen
1972 über abhängige Reproduktion. Frankfurt a. M.: Suhr-
kamp Verlag, 1972.

- Stavenhagen, Rodolfo: Las clases sociales en las sociedades agrarias. 1969 México: Siglo XXI, 1969.
- Sunkel, Osvaldo: Política Nacional de Desarrollo y Dependencia Externa, 1967 in: Estudios Internacionales, Vol. 1 No. 1, Abril 1967, S. 43—75.
- ders.: Desarrollo, Subdesarrollo, Dependencia y Desequilibrios espaciales, 1970 in: EURE, Revista Latinoamericana de Estudios Urbano-Regionales (Santiago) No. 1 Vol. 1 Oct. 1970, S. 13—50.
- ders.: Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration, 1972 a Der Fall Lateinamerika, in: Senghaas 1972, S. 258 bis 315.
- ders.: Big Business and „Dependencia“, in: Foreign Affairs, Vol. 50 No. 3, 1972 b April 1972, S. 517—531.
- Sunkel, Osvaldo; Pedro Paz: El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo. México: Siglo XXI, 1970.
- Torres Rivas, Edelberto: Interpretación del desarrollo centroamericano. 1971 Procesos y estructuras de una sociedad dependiente. San José (Costa Rica): EDUCA, 1971.
- Vasconi, Tomás Amadeo: Cultura, ideología, dependencia y alienación, in: 1969 a Matos Mar 1969, S. 134—157.
- ders.: Dependencia y superestructura (notas para un programa de trabajo), 1969 b in: Revista Mexicana de Sociología, Año XXXI No. 4, oct.—dic. 1969, S. 795—816.
- ders.: De la dependencia como una categoría básica para el análisis del desarrollo latinoamericano, in: Cuadernos de la Sociedad Venezolana de Planificación, 1970 No. 82—83, S. 19—26.
- ders.: Dependencia y superestructura y otros ensayos (sobre ideología y educación en América Latina. Carácas: Ediciones de la Biblioteca de la Universidad Central de Venezuela, 1970.
- Weffort, Francisco C.: Notas sobre la „teoría de la dependencia“: Teoría de clase o ideología nacional?, in: Revista Latinoamericana de Ciencia Política, Vol. 1 No. 3, 1970, S. 389—401.

Anmerkung der Redaktion

Wie unsere Leser wissen, haben wir in den letzten Jahren den politischen Charakter von Wissenschaft immer wieder hervorgehoben, und unsere Autoren haben aus der politischen Orientierung ihrer Beiträge keinen Hehl gemacht. Umgekehrt fällt es manchen Autoren jedoch immer noch schwer, einzusehen, daß wissenschaftliche Arbeit nur dann eine progressive Politik zu befördern vermag, wenn sie den Kriterien strenger Wissenschaft genügt. Wir bestehen daher darauf, daß auch unsere ärgsten Gegner aus dem monopolkapitalistischen Lager nicht einfach verbal abgeurteilt werden, sondern daß gegen sie rational argumentiert wird. Nicht umsonst heißt unsere Zeitschrift DAS ARGUMENT. Die gleiche rationale Argumentation verlangen wir selbstverständlich auch von den Autoren, die sich an der Theorie- und Strategie-Diskussion innerhalb der Linken beteiligen.

Die Kritik, die von den Verfassern des vorliegenden Aufsatzes auf S. 411 an den lateinamerikanischen Kommunistischen Parteien geübt wird, genügt unseres Erachtens wissenschaftlichen Erfordernissen keineswegs. Es werden Behauptungen aufgestellt und Wertungen

ausgesprochen, ohne daß der Leser die Möglichkeit hat, diese anhand von Belegen zu überprüfen und die Argumentation der Verfasser nachzuvollziehen. Vor allem folgende Aussagen hätten — nicht zuletzt ihrer weitreichenden politischen Bedeutung wegen — näher belegt oder begründet werden müssen:

1. Die Übernahme von „europäischen Modellen und Begriffen“ ohne Berücksichtigung der Situation Lateinamerikas durch die „offiziellen“ (?) KPs.

2. Die Anwendung der Folge von Produktionsweisen auf Lateinamerika „als starres Gesetz“.

3. Alles, was nicht voll entfalteter Kapitalismus war, wurde von den KPs als Feudalismus eingestuft.

4. Undialektisches Nebeneinander- bzw. Nacheinanderstellen von bürgerlicher und sozialistischer Revolution in der Theorie der KPs.

5. Der Einwand der Verfasser gegen die KPs, in vielen Ländern Lateinamerikas bestehe keine nationale Bourgeoisie, und wo sie existiere, gäbe es zwischen dieser und der Kompradorenbourgeoisie keine relevanten Gegensätze.

6. Die KPs wollen den Klassenkampf allein gegen die „feudale Oligarchie“ führen.

7. Die Bündnisstrategie der Kommunisten führte zu „substantiellen (?) Konzessionen ohne entsprechende (?) politische Resultate“.

8. Die lateinamerikanischen KPs befleißigten sich häufig einer „generellen Stillhaltepolitik“.

9. Die KPs erkannten den Imperialismus nicht als „die entscheidende Ursache der Unterentwicklung“; das blieb „Gruppen trotzkistischer Intellektueller“ vorbehalten.

Auf unsere kritische Nachfrage hin milderten die Verfasser bereitwillig einige offensichtlich unhaltbare Formulierungen ab und fügten im übrigen die Anm. 21 als Beleg ein. Die dort wiedergegebenen Zitate belegen aber nicht die Behauptungen des Textes, sondern allein die Unkenntnis der Verfasser hinsichtlich der vor allem von Lenin entwickelten Bündniskonzeption, die bekanntlich zu den wichtigsten Prinzipien im politischen Kampf der Arbeiterklasse gehört. Sie geht von der Einsicht aus, daß die Arbeiterklasse allein niemals zum Sozialismus gelangen kann, sondern der Mitwirkung derjenigen Klassen oder Schichten aus der übrigen Bevölkerung bedarf, die selbst auch ein Interesse an der progressiven Veränderung der gegebenen Verhältnisse haben und im Verlaufe des gemeinsamen Kampfes vielleicht sogar zu größeren oder geringeren Teilen für den Aufbau oder wenigstens für die sympathisierende Duldung des Sozialismus gewonnen werden können. Aus den Zitaten der Anm. 21 geht hervor, daß die lateinamerikanischen Kommunisten in der Tat die Leninsche Bündniskonzeption vertreten, sie jedoch — entgegen den Unterstellungen der Verfasser — entsprechend den geänderten Verhältnissen auf den gegenwärtigen antiimperialistischen Kampf in Lateinamerika bezogen haben.

Daß diese Bündniskonzeption, so sehr sie sich auch in der Vergangenheit bewährt hat, vor allem aber ihre jeweilige Anwendung auf die konkrete Situation eines Landes kritischer Auseinandersetzung nicht entzogen werden darf, versteht sich von selbst. Gerade diese Auseinandersetzung wird aber von den Verfassern nicht geleistet. Sie haben mit ihrem Aufsatz nach Ansicht der Redaktion eine sorgfältige und kritische Analyse der Dependencia-Literatur erbracht. Eine Reihe von Einwänden, die Textgestalt betreffend, haben sie, sofern sie sachlich berechtigt waren, aufgegriffen, indem sie ihre Ausführungen zu verbessern suchten. Nur in diesem einen Punkte beharrten sie bei ihrer vorgefaßten, durch keinen wirklichen Nachweis abgestützten Meinung. Die Vermutung liegt nahe, daß hier ein zumindest latentes antikommunistisches Klischee den Blick auf die Realität verstellt und die sonst so präzis eingehaltenen Regeln wissenschaftlichen Arbeitens außer Kraft gesetzt hat. Doch lassen wir uns gern eines Besseren belehren und geben diese Auseinandersetzung daher an unsere Leser zur Diskussion weiter.

Baber Johansen

Zum Verbot der Union Nationale des Forces Populaires in Marokko

Am 3. April wurde die Sektion Rabat der sozialdemokratischen Partei Marokkos, der ‚Union Nationale des Forces Populaires‘ (UNFP) verboten. Seit Beginn des Jahres wurden etwa 2000 Mitglieder dieser Partei im ganzen Lande verhaftet; seit März befindet sich auch der größte Teil des Parteivorstands in Polizeihaft. Die Ursachen dieser Verfolgungsmaßnahmen müssen vor dem Hintergrund der Entwicklung des Landes seit 1956, dem Datum der politischen Unabhängigkeit Marokkos, gesehen werden. Hier können nur skizzenhaft die Etappen dieser Entwicklung angegeben werden. (Zu allen im folgenden nur angedeuteten Punkten findet sich eine ausführliche Darstellung mit Quellenbelegen in meinem Aufsatz „Die feindlichen Städte. Marokkos blockierter Transformationsprozeß“ in: Das Argument 65, S. 394 ff.)

Zur ökonomischen und politischen Entwicklung Marokkos seit 1956

Das französische Protektorat hinterließ in Marokko eine dualistische Wirtschaftsstruktur: einem kleinen kapitalistischen Industrie- und Handelssektor, der sich überwiegend in europäischer Hand befand, stand die traditionelle vorkapitalistische Agrar- und Handwerksproduktion gegenüber. Produktivitätserhöhung, wirtschaftliches Wachstum und nationale Integration waren deshalb nur auf der Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Planung in nationalem Maßstab denkbar. Die Interessengegensätze zwischen den Organisationen, die den bewaffneten Kampf gegen die Protektoratsmacht geführt hatten, und den Gewerkschaften auf der einen Seite, der städtischen Bourgeoisie auf der anderen, verhinderten, daß diese Gruppen, die alle im ‚Istiqlal‘, der Unabhängigkeitsbewegung des Landes, zusammengeschlossen waren, sich auf eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Planung einigen konnten.

Dieses Problem führte 1959 zur Spaltung der Istiqlal und zur Gründung der von der Gewerkschaft, den résistance-Organisationen und großen Teilen der städtischen Intelligenz unterstützten UNFP. Um die politische Spaltung seinen Interessen nutzbar zu machen, berief der König im Dezember 1958 Vertreter des linken Flügels des Istiqlal, die später der UNFP beitraten, in die Regierung. In den anderthalb Jahren dieser Regierung wurde der erste und bis heute einzige 5-Jahres-Plan verabschiedet, der der Industrialisierung den Vorrang bei der ökonomischen Entwicklung des Landes gab.

Der König billigte offiziell die Industrialisierungspläne, löste jedoch die Regierung auf, als Forderungen nach einer Landreform und einer politischen Kontrolle des Militär- und Polizeiapparats gestellt wurden. Selbst die danach bis 1963 amtierende Istiqlal-Regierung, die sich in vielen Punkten kompromißbereiter zeigte, erwies sich als Gefahr für die ökonomischen Interessen des Monarchen (die königliche Familie ist der größte Landbesitzer Marokkos, sie beherrscht den Großhandel und das Bankwesen). Danach übten nurmehr Vertrauensleute des Königs Regierungsfunktionen aus. Diese betrieben eine neue Form der Entwicklungsplanung: die Investitionen der öffentlichen Hand wurden vorrangig eingesetzt, um die Stärkung und Ausdehnung eines kapitalistischen und mit modernen Methoden arbeitenden Großgrundbesitzes zu erreichen. Diese Politik führte gegen Ende der 60er Jahre zu einem Anwachsen der Landflucht ruinierter Kleinbauern, die jährlich 100 000 von ihnen in die Bidonvilles, die aus den Abfällen der Großstädte erbauten ‚Zinnstädte‘, treibt und das Heer der Arbeitslosen anschwellen läßt. Nach konservativen Schätzungen beträgt die Zahl der kontinuierlichen Arbeitslosen in der Stadt 25 % der arbeitsfähigen Bevölkerung, auf dem Lande beträgt die verdeckte Arbeitslosigkeit etwa 50 %.

Die Verschwörungs-Prozesse als Instrument der Innenpolitik

Die Kraft, die sich dieser Politik am entschiedensten widersetzte, blieb bis Ende 1965 die UNFP. Diese Partei sah sich daher seit dem Ende der fünfziger Jahre immer neuen Verfolgungen ausgesetzt. Als die UNFP 1959 die allgemeine Wehrpflicht und eine Kontrolle der Armee durch parteigebundene Minister verlangte, wurden zahlreiche ihrer Mitglieder, darunter ihre führenden journalistischen Sprecher, verhaftet und der Verschwörung gegen den König angeklagt. Nach einigen Monaten wurden sie entlassen. Zu einem Prozeß kam es nie.

Aber diese offene Verfolgung reichte nicht aus, die UNFP um ihren Einfluß bei den Massen zu bringen. Im Mai 1960 gewann sie — als Regierungspartei, die die Industrialisierung des Landes betrieb — bei den Wahlen zu den Industrie- und Handelskammern in allen großen Städten die Mehrzahl der Sitze. Obwohl ihre Minister unmittelbar danach aus der Regierung entlassen wurden, gewann die kaum ein Jahr alte Partei bei den folgenden Gemeinderatswahlen in den großen Städten die Mehrzahl der Sitze und 54 % aller Stimmen. Eine in den Städten eindeutig dominierende sozialistische Partei aber war mehr, als der König dulden wollte.

Bei der Vorbereitung seines zweiten Schlages ging er daher sorgfältiger vor. Er konzentrierte seine Repression auf die größte marokkanische Gewerkschaft, die UMT (Union Marocaine des Travailleurs). Sie wird direkt aus der Staatskasse bezahlt: „Der gesamte Büroraum der UMT, vom gigantischen zentralen Hauptquartier in Casablanca bis zu ihren örtlichen Filialen, wird mietfrei vom Staat gestellt, der auch die Wasser- und Elektrizitätsrechnungen bezahlt“

(John Waterbury, *The Commander of the Faithful*, London 1970, S. 222). Desgleichen erhalten ihre hauptamtlichen Mitarbeiter — überwiegend vom Dienst befreite Staatsangestellte — während ihrer Tätigkeit für die UMT ihre Gehälter weiter.

Der König stellte die UMT vor die Alternative, sich entweder auf syndikalistische Maßnahmen im engsten Sinne des Wortes zu beschränken und diese Unterstützung zu behalten, oder weiterhin politische Aktionen mit den Mitteln der Demonstration oder des Streiks zu unterstützen und diese Hilfe zu verlieren. Die Gewerkschaftsführung stellte die staatliche Förderung höher als die politische Solidarität, unterwarf sich der Drohung des Königs und zog sich de facto aus den Führungsgremien der UNFP zurück. Damit war die UNFP von der stärksten Gewerkschaft des Landes isoliert. Ihre politische Macht schien zur *quantité négligeable* zu werden.

Um so unangenehm war in den Kreisen des Hofes die Überraschung, als die von allen Seiten totgesagte Partei 1963 bei den Wahlen zum ersten marokkanischen Parlament mit 28 Abgeordneten ins Parlament einzog. Sofort wurden die Gemeinderatswahlen, die einen Monat später stattfinden sollten, vertagt. In der Zwischenzeit entdeckte der marokkanische Geheimdienst eine Verschwörung der UNFP gegen den König. 5000 Mitglieder der Partei wurden verhaftet, darunter 21 Parlamentsabgeordnete. 130 wurden angeklagt. Der Prozeß brachte keine Beweise für die Anklage zustande. Trotzdem wurden 11 prominente UNFP-Politiker zum Tode verurteilt. Die meisten wurden 1965 begnadigt.

Verfolgung und Prozeß zeitigten den gewünschten Erfolg. Die UMT löste ihre Verbindungen zur UNFP jetzt auch offiziell. Die UNFP war in Organisation und Öffentlichkeitsarbeit um Jahre zurückgeworfen. Der Weg für die Aufhebung der Politik der Planung und Industrialisierung war frei.

UMT und UNFP zwischen dem Repressionsapparat und den Massen

Erst nachdem 1967 der Generalsekretär der UMT verhaftet wurde, kam es wieder zu einer Annäherung zwischen Gewerkschaft und UNFP. Im September 1967 wurde ein paritätisch aus UMT- und UNFP-Mitgliedern zusammengesetztes Generalsekretariat gebildet. Daneben wurde ein dreiköpfiges Polit-Büro eingesetzt, dem der Generalsekretär der UMT, der der UMT nahestehende UNFP-Politiker Abdallah Ibrahim und der Generalsekretär der UNFP, Abderrahim Bouabid angehörten. Es sollte vor allem den III. Nationalkongreß der UNFP vorbereiten.

Aber die Leitungsgremien der UNFP sind gegen Ende der sechziger Jahre nicht mehr die allgemein anerkannten Führer der Koalition aus städtischer Intelligenz, Arbeitern und Bidonville-Einwohnern. Unter Studenten und Intellektuellen gibt es starke Gruppierungen, die die UNFP als eine kleinbürgerliche und kompromittierte Organisation betrachten, die den politischen Erfordernissen der Situation Marokkos nicht mehr gerecht werde. Tatsächlich war die Partei-

Organisation nach 1964 außerordentlich geschwächt. 1965, nach der Ermordung des ersten Generalsekretärs der UNFP, Mehdi Ben Barka, durch den Innenminister des Königs, General Oufkir, verließen viele Mitglieder aus Furcht vor weiteren Repressionen die Partei oder arbeiteten nicht mehr aktiv in ihren Gremien mit. Nach der Auflösung des Parlaments im Jahre 1965 gab es auch kein offizielles Gremium mehr, in dem die UNFP politische Entscheidungen beeinflussen konnte. Sie beschränkte sich daher drei Jahre lang im wesentlichen auf eine rein journalistische Opposition.

In der gleichen Zeit aber wirkten sich die Konsequenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Königs aus. Die Arbeiter, die Bidonville-Einwohner, die Kleinbauern und Kleinarbeiter fanden nirgends eine Organisation oder ein Gremium, die ihren sozialen und ökonomischen Forderungen einen in administrative Entscheidungen umsetzbaren politischen Ausdruck geben konnte. Deshalb nahmen sie ihre Zuflucht zu spontanen Verzweiflungsaktionen. Deren bedeutendste war zweifellos der Aufstand in den Bidonvilles von Casablanca von 1965, der nur durch einen mehrtägigen Armee- und Polizei-Einsatz niedergeschlagen werden konnte.

In dieser Zeit, in der die UNFP ihre politische Tätigkeit auf journalistische Opposition reduzierte und in der ihre Organisation von Monat zu Monat mehr verfiel, verzweifelten viele ihrer aktiven Mitglieder an der Partei und ihrer Politik und gingen ihren eigenen Weg. Viele von ihnen mußten, um bevorstehenden Verhaftungen zu entkommen, ins Ausland fliehen. Einige von ihnen trennten sich völlig von der ihnen zu legalistisch erscheinenden Politik der Parteiführung, die ihnen aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche als das bloße Residuum einer verschwundenen Partei erschien.

Dies war auch die Einschätzung, die sich mehr und mehr unter Studenten und Intellektuellen verbreitete. Angesichts der Tatsache, daß spontane Aktionen in den Städten sich mehrten, daß einzelne Gruppen wegen der umfassenden Repression und des Mangels an einer effektiven Opposition sich auf die *résistance* vorzubereiten begannen, schien die UNFP nicht mehr zu sein als eine Zeitung und ein Intellektuellenzirkel. Beschimpfungen der Bouabid-Gruppe als Königsvasallen waren an der Tagesordnung.

Diese Kritik verschärfte sich noch, als 1970 die ersten Bauernunruhen in der Geschichte des unabhängigen Marokko eine qualitativ neue Situation schufen. Sie zeigten, daß die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Politik des Regimes auch den ländlichen Massen bewußt geworden sind und daß sie versuchen, sich gegen sie zu wehren. In dieser Situation stand die UNFP-Führung endgültig vor der Alternative, entweder den ständigen Repressionsdrohungen des Staatsapparates weiter nachzugeben, der Entwicklung nur kommentierend zur Seite zu stehen und sich dadurch jedes politischen Einflusses auf die Massen in Stadt und Land zu begeben oder die politischen Forderungen der Massen auf allen Ebenen zu artikulieren und dadurch erneut in die Gefahr der verstärkten Repres-

sion zu geraten. Wählte sie die zweite Alternative, so war der Wiederaufbau ihrer Organisation in Stadt und Land eine dringende Notwendigkeit. An dieser Frage entzündete sich der Konflikt zwischen UNFP und UMT. Für die UNFP war die Voraussetzung ihrer weiteren politischen Wirksamkeit der Wiederaufbau einer effektiven Partei-Organisation, die es ihr erlaubte, überall als Sprecher der Bauern und Arbeiter, des Kleinbürgertums und der Bidonville-Einwohner präsent zu sein. Für die UMT ging es um die Erhaltung eines vom Staat geförderten Apparates. Dessen Kompetenzen wollte sie durch Regierungsbeteiligung erweitern. Sie sah also keinen Grund, ihren Verhandlungsspielraum mit dem König durch Versuche zur Reorganisation des Parteiapparates einengen zu lassen, auf die, wie sie befürchtete, der Monarch sowieso nur mit der Verstärkung der Repression und nicht mit einem Angebot zur Regierungsbeteiligung reagieren würde. So gerieten die UMT-Vertreter in ein gespanntes Verhältnis zu den Kräften der UNFP, die die Organisation als vorrangige Aufgabe ansehen. Es sind dies vor allem die Vertreter der Basis-Organisationen in den Provinzen. Die UMT kann deren politische Aktion nur als ein Hindernis auf ihrem Weg zur Teilnahme an der Regierung begreifen. Der einzige führende UNFP-Politiker, der sie in dieser Einschätzung unterstützt, ist Abdallah Ibrahim, der Premierminister des Kabinetts von 1958—1960, der seit jeher engere Bindungen zur UMT als zur Parteiorganisation der UNFP hatte.

Von 1970 an verhindern daher die Vertreter der UMT durch einfaches Nicht-Erscheinen das Zusammentreten des Leitungsgremiums der Partei, um dieses an der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Koordinator der Reorganisationsbemühungen zu hindern. Unabhängig davon setzten die Basisorganisationen der Partei ihre Organisationsarbeit in den Provinzen weiter fort.

Das Innenministerium verfolgte diesen Wiederaufbau der UNFP-Organisation mit großem Interesse. Als es feststellte, daß die Partei in größerem Maße auch Kleinbauern und Landarbeiter in ihren Reihen organisierte, erfolgte der nächste Schlag. 1969 begannen die Massenverhaftungen von UNFP-Mitgliedern. 1970 wurde die Entdeckung einer Verschwörung bekanntgegeben. 1971 kam es zum Prozeß. Angeklagt waren 80 Arbeiter und Angestellte, 42 Kleinbauern, 13 Lehrer und Professoren, 7 Studenten, 8 Beamte, 24 Handwerker und Händler und 6 Rechtsanwälte. Hauptpunkt der Anklage war die Bildung von Parteizellen auf dem Lande und in den Bidonvilles. Die Anklage behauptete, diese hätten als Basen für die Organisation bewaffneter Aktionen gedient. Wenn es auch unbestritten ist, daß es bewaffnete Widerstandsgruppen gegeben hat, so sind die Berichte der Prozeßbeobachter sich doch darin einig, daß ein Beweis für die Verbindung von Zellengründungen der UNFP und der Tätigkeit bewaffneter Gruppen nicht geführt werden konnte.

Die Ziele dieses Prozesses waren eindeutig. Erstens sollte die UMT eingeschüchtert und veranlaßt werden, sich von der UNFP zu trennen. Zweitens sollte der Versuch der Reorganisation der UNFP durch seine Kriminalisierung verhindert werden. Das erste Ziel

wurde partiell erreicht. Die UMT-Vertreter fürchteten, ihre Verhandlungsposition mit dem König zu gefährden und die staatliche Förderung ihres Apparates einzubüßen. Sie verhinderten daher, daß das Generalsekretariat der UNFP eine offizielle Erklärung zu den Massenverhaftungen der Mitglieder der Partei abgab. Erst als angesichts des umfassenden Charakters der Verfolgungen der bürgerliche Istiqlal sich mit UNFP und UMT zu einem „Nationalen Block“ zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte zusammenschloß, konnte im Namen dieses „Nationalen Blocks“ eine Erklärung zu dem größten politischen Prozeß Marokkos seit seiner Unabhängigkeit abgegeben werden.

Die brutale Folterung der Mehrzahl der Angeklagten, die einen von ihnen in den Wahnsinn trieb, bei einem anderen einen Schädelbruch zurückließ und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Tod eines dritten im Polizeigewahrsam gestorbenen Angeklagten verursachte, hat Bundesrichter Dr. H. Woesner im „Spiegel“ ausführlich dargestellt.

Dieser Prozeß war, Radio Marokko hat schon vor Beginn der Verhandlungen keinen Hehl daraus gemacht, darauf angelegt, die Mehrzahl der Angeklagten vom Leben zum Tode zu bringen. Er endet dennoch nicht mit diesem Urteil.

Der überraschende Putsch der Generäle vom 10. Juli 1971 zwang den Monarchen zu einer Änderung seiner Taktik. Der Putsch von Skhirat war das erste Anzeichen dafür, daß Teile der Agrar-Bourgeoisie sich gegen den König wenden. Diese Klasse, die sich erst in den letzten 10 Jahren unter den Schirm und Schutz des Königs formiert hatte, beginnt, ihren Anteil an der politischen Macht zu fordern. Sie sieht im wachsenden politischen Bewußtsein der Massen eine Gefahr, und sie ist willens, dieser Gefahr zuvorzukommen und ein Militärregime zu errichten. Sie ist der Meinung, daß der König und das von ihm geförderte System der Korruption zu deutliche Angriffsflächen bieten und die Erhaltung der ökonomischen Position der Agrar-Bourgeoisie gefährden, indem sie die wachsende Kritik des In- und Auslandes nicht nur auf den Monarchen, sondern auf das gesamte von ihm errichtete Regime ziehen. Sie beabsichtigt daher, das verhaßte Symbol einer Politik, von der sie selbst profitierte, zu opfern, um ihre Stellung zu retten.

Der König, so scheint es, interpretiert diesen Putsch in der gleichen Weise. Er versucht, seine Isolation, in die er durch die alleinige Bindung an Armee und Polizei geraten ist, zu durchbrechen. Bereits im August 1971 nimmt er Verhandlungen mit der UNFP und dem Istiqlal auf. Aber beide Parteien halten — anders als die an den Verhandlungen beteiligten UMT-Vertreter — am Prinzip einer kollektiven Verantwortlichkeit der zu bildenden Regierung und am Prinzip einer gewählten Volksvertretung fest. Sie fordern vom König die Garantie dafür, daß die Kontrolle der Regierung über die Administration gewährleistet wird und der König auf sein Recht, direkte Anordnungen an die Verwaltung über den Kopf der Regierung hinweg zu geben, verzichtet. Auf diese Forderungen kann der König

nicht eingehen. Sie implizieren eine Versachlichung des Regierungsapparats durch die Delegation von Kompetenzen und den Zugang zu Entscheidungsbefugnissen auf unteren Ebenen, die das Prinzip und die Form seiner Autokratie in Frage stellen würden. Die Verhandlungen scheitern im März 1972.

Die UMT als ‚Regionales Sekretariat‘ der UNFP

Schon während der Verhandlungen fordern die Basis-Organisationen der Partei die Vorstandsmitglieder mit zunehmendem Nachdruck auf, die praktisch seit Ende 1969 lahmgelegten Leitungsgremien der Partei wieder zur politischen Koordinationsinstanz der Partei-Organisation zu machen.

Damit spitzte sich der Konflikt zwischen den Basis-Organisationen der UNFP und den Vertretern der UMT weiter zu. Um ihren Verhandlungsspielraum mit dem König nicht durch Festlegungen auf Grundsatzpositionen einengen zu lassen, legen diese die Führungsgremien durch Nichterscheinen lahm. Von 1970 bis zum Juli 1972 waren die Administrative Kommission und das Zentral-Komitee, 1971 war auch das Politische Büro nicht mehr zusammengetreten. Bouabid, der Generalsekretär der UNFP, sah seine UMT-Kollegen im Politischen Büro der Partei zum erstenmal seit Monaten bei der Konstituierung des ‚Nationalen Blocks‘ wieder. Als er 1971 vom König zu Verhandlungen über eine eventuelle Regierungsbildung aufgefordert wurde, hatte er große Schwierigkeiten, die UMT-Vertreter im Politischen Büro überhaupt ausfindig machen zu lassen.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der UNFP und dem Monarchen im März 1972 vollzog die UMT zusammen mit Abdallah Ibrahim innerhalb weniger Wochen die faktische Trennung von der UNFP. Abdallah Ibrahim legte, ohne vom Vorstand der Partei dazu legitimiert zu sein, den Behörden in Casablanca eine Liste von Namen vor, die er als Mitglieder des ‚Regionalen Sekretariats‘ der UNFP in Casablanca registrieren ließ. So entsteht der ‚Casablanca-Flügel‘ der UNFP, der im wesentlichen die UMT repräsentiert.

Die UNFP-Führung antwortet darauf, indem sie Abdallah Ibrahim von seinen Partei-Funktionen suspendiert. Gleichzeitig erklärt sie am 30. Juli 1972 die vom II. Nationalkongreß gewählte Administrationskommission zum obersten Gremium der Partei und beschließt, daß diese mindestens einmal monatlich zusammentreten muß. Zwei Aufgaben werden für die nächsten drei Jahre als vorrangig definiert: die Vorbereitung des III. Nationalkongresses und die Koordinierung und politische Leitung der Organisationsarbeit der Partei. Unter dem Druck ihrer eigenen Basis-Organisationen erkennt die Parteiführung zum erstenmal seit vielen Jahren die Reorganisation der Partei offiziell als vordringliche Aufgabe an. Damit hat sie sich dafür entschieden, nicht mehr hauptsächlich journalistische Opposition zu treiben, sondern ihre Kraft vorrangig für die politische Organisation der Arbeiter, Bidonville-Einwohner, Kleinbauern und Landarbeiter in Stadt und Land auf allen Ebenen einzusetzen. Um nicht jeden politischen

Einfluß auf die Massen des Landes zu verlieren, mußte sie diesen Schritt tun, auch wenn sie damit Gefahr lief, die Reaktion des Repressionsapparats auszulösen.

Die UMT hat eindeutig die andere Option bevorzugt. Sie will nicht den — nur durch Staatshilfe aufrechtzuerhaltenden — Apparat, den sie besitzt, riskieren, um eventuell politischen Einfluß zu gewinnen. Auch die zahlreichen wilden Streiks der letzten Jahre, auf die sie keinen Einfluß nehmen konnte, haben an dieser Haltung, die seit 1963 gleich geblieben ist, nichts ändern können.

Dennoch wurde die sich mit der Gründung des ‚Regionalen Sekretariats‘ von Casablanca abzeichnende Spaltung 1972 noch nicht offiziell vollzogen. Ein überraschend eintretendes Ereignis schob sie auf. Am 16. August putschten die Offiziere der Luftwaffe. Wieder suchte der König seine Zuflucht in Verhandlungen mit den Parteien. Wieder stellte die UNFP die gleichen Forderungen wie 1971: eine kollektiv verantwortliche Regierung, Vorbereitung der Wahlen zu einer Nationalversammlung, die die Funktionen zuerst einer Verfassungsgebenden Versammlung, später einer Gesetzgebenden Versammlung haben soll, Aufhebung aller Bestimmungen, die die Ausübung der demokratischen Grundrechte einschränken, Erlaß einer allgemeinen Amnestie (siehe dazu den Brief Bouabids an Hassan II. vom 14. 10. 72 in: *Événements et Perspectives* 3. 11. 72). Im Spätherbst 1972 scheitern auch diese Verhandlungen.

Der totale innenpolitische Krieg und das Verbot der UNFP

Angesichts einer wachsenden Unzufriedenheit, die sich im ganzen Lande und in allen Schichten artikuliert, kann der König — isoliert von der Armee und den Parteien — sich nur noch auf seine Polizei und die Hilfstruppen des Innenministeriums stützen. Er führt jetzt das Programm aus, das er am 21. August 1972 vor Journalisten verkündet hatte: „Gott hat mich auf den Thron gesetzt, um die Monarchie zu bewahren. Für die Erfüllung dieser Aufgabe sieht das Malekitische Recht vor, notfalls nicht zu zögern, ein Drittel der Bevölkerung, das von schädlichen Ideen befallen ist, auszulöschen . . .“ (Kristian Elbersdorf: *Anatomie eines Regimes, Marokko in drei Prozessen*, SFB 3. Programm 14. 4. 73).

Am 13. Januar wurden die elf im Prozeß von Kenitra zum Tode verurteilten Offiziere erschossen, nicht ohne zwischen Urteilsverkündung und Vollstreckung brutal gefoltert worden zu sein. Das Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs, *tribune socialiste*, hat jetzt den Grund für diese Folterungen veröffentlicht. Die Offiziere sollten ausagen, daß Politiker der UNFP und des Istiqlal sie zu ihrem Putsch angestiftet hätten. Man konnte ihnen diese Geständnisse nicht abringen. In den letzten Stunden vor ihrer Hinrichtung nannten sie ihren Rechtsanwälten die Namen derjenigen Politiker, die auf diese Weise des Umsturzes bezichtigt werden sollten. Es handelte sich um den ehemaligen Wirtschaftsminister des Istiqlal, M. Douiri, um den Chefredakteur des UNFP-Organs ‚Al Muharrir‘, Omar Ben Jelloun,

und um den vertrauten Mitarbeiter des Generalsekretärs der UNFP, Mohammed El Yazghi. Die Offiziere baten ihre Rechtsanwälte, diese Politiker zu warnen, da anzunehmen sei, daß sie in Lebensgefahr schwebten (*tribune socialiste* 25. April 1973). Die Warnungen der Rechtsanwälte kamen zu spät. Wenige Stunden nach der Hinrichtung der Offiziere erhielten Douiri, Ben Jelloun und El Yazghi mit der Post Sprengstoffbriefe zugestellt. Die beiden ersten entkamen dem Anschlag. El Yazghi wurde durch den explodierenden Brief schwer verletzt und wird nach einem inzwischen veröffentlichten ärztlichen Gutachten lebenslange Schäden zurückbehalten.

Gleichzeitig begann der König mit der Verfolgung der Studenten. Im Januar wurde die marokkanische Studentenvereinigung, die Union Nationale des Etudiants Marocains (UNEM) aufgelöst, im Februar wurden mehr als ein Drittel der marokkanischen Studenten von den Universitäten relegiert. Viele Mitglieder der UNEM und zahlreiche Gewerkschafter sind in den letzten Monaten entführt worden. Die Gesamtzahl der Entführten — die Verhafteten nicht gerechnet — soll gegenwärtig 300 Personen betragen. Es gibt sichere Nachrichten dafür, daß im Süden Marokkos, in Assa, ein Konzentrationslager für politische Gefangene eingerichtet worden ist. Folterungen an Verhafteten sind allgemein üblich. Die am meisten gefährdeten Folterstationen befinden sich in Rabat und in Casablanca.

Gegen diese totale Repression auf allen Ebenen erhebt sich im ganzen Land Widerstand. Man kann annehmen, daß ein Teil der bewaffneten Organisationen, die in den letzten Wochen überall im Lande ihre Aktivität aufnehmen, vom Ausland aus unterstützt wird. Gleichzeitig wird es zur spontanen Bildung von *Résistance*-Gruppen gekommen sein, wie Marokko sie seit 1965 in den Städten und seit 1970 auf dem Lande kennt.

Vor diesem Hintergrund wurden im März dieses Jahres erneut Massenverhaftungen von UNFP-Mitgliedern vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich Omar Ben Jelloun und der gerade von dem auf ihn verübten Sprengstoff-Attentat genesene M. El-Yazghi. Diesen Verhaftungen folgte am 3. April das Verbot der UNFP. Begründet wurde es mit der Welle bewaffneter Widerstandsaktionen, die sich im ganzen Lande vollzogen, und derentwegen heute ganz Ost- und Südost-Marokko unter dem Ausnahmezustand steht. Aber während das offizielle Communiqué der Regierung in einer Reihe von Fällen konkret auf begangene Attentate und Waffenfunde hinweist, kann es den verhafteten UNFP-Politikern nur Gespräche vorwerfen, die sie mit aus Frankreich kommenden Marokkanern über die politische Situation des Landes geführt haben. Gleichzeitig wird behauptet, daß Geständnisse vorlägen, die sie der Beteiligung am Aufbau eines illegalen Zellsystems überführten.

Die Absicht liegt offen zutage. Der König, der den totalen innenpolitischen Krieg begonnen hat und sich einer wachsenden Widerstandsbewegung gegenüber sieht, will den Kampf gegen die bewaffneten Gegner mit der Zerschlagung der Partei verbinden, die ihm

als der gefährlichste politische Gegner erscheint. Er nützt dazu die Tatsache aus, daß sich unter den jetzigen Widerstandskämpfern auch ehemalige Angehörige der UNFP befinden. Aber er weiß ebensogut wie jeder andere Kenner der innenpolitischen Szenerie Marokkos in den letzten 7 Jahren, daß sich diese Mitglieder seit langem von dem legalen Kurs der Partei losgesagt haben und ihren eigenen Weg gegangen sind. Bouabid hat in seinem ersten Kommentar zum Verbot der UNFP darauf hingewiesen, daß diese Tatsache 1971 und 1972 Gegenstand der Gespräche mit dem König war, der genau wußte, daß die Partei den Kurs ihrer ehemaligen Mitglieder nicht billigte. Es bestand in den Verhandlungen zwischen König und UNFP Einigkeit darüber, daß, wenn eine politische Einigung zwischen UNFP und König erzielt werden könne, diese ehemaligen Mitglieder die Gelegenheit haben sollten, straffrei nach Marokko zurückzukehren.

Jetzt aber wird die Existenz dieser Gruppen zum Vorwand genommen, um die am Prinzip der Legalität und der politischen Demokratie festhaltende Partei zu liquidieren. Eine sozialistische und demokratische Partei, die sich um einen effektiven Wiederaufbau ihrer Organisation bemüht und in Stadt und Land neue Mitglieder rekrutiert, erscheint dem König in seiner isolierten Situation als eine zu große Gefahr. Er wird daher versuchen, sie im Zeichen einer Generalabrechnung mit seinen Gegnern zu vernichten und durch eine organisatorisch und finanziell direkt von der UMT und damit indirekt von der Staatskasse abhängige UNFP auf der Linie des ‚Regionalen Sekretariats‘ von Casablanca zu ersetzen.

In der Methode und der Vorbereitung wird der bevorstehende Prozeß dem von 1971 gleichen. Wieder ist der Hauptanklagepunkt der der Gründung von Zellen in Stadt und Land, wieder setzt man diese Gründungen — ohne anderen Beweis als erfolterte Geständnisse — in Beziehung zu gewalttätigen Aktionen anderer politischer Kreise. Wieder werden die Angeklagten systematisch von der Außenwelt isoliert. Wieder sollen sie — wie ursprünglich auch 1971 — vor ein Militärgericht gestellt werden.

Die physische Liquidierung der UNFP-Mitglieder und die organisatorische Liquidierung der sozialistischen und demokratischen Partei Marokkos sind das unmittelbare Ziel.

Die Zerschlagung der letzten sozialistischen Partei in der arabischen Welt, die an der Idee einer parlamentarischen Demokratie festhält, wäre nicht nur für Marokko, sondern für die gesamte arabische Welt ein schwerer politischer Verlust. Für Marokko aber wäre das Verbot der UNFP und die Liquidierung ihrer Mitglieder in dem totalen Krieg, den der Monarch jetzt gegen alle politischen Organisationen und alle Schichten beginnt, ein weiterer Schritt zur Aufhebung der letzten Reste noch erhaltener demokratischer Freiheiten.

Die demokratischen Kräfte in aller Welt sind aufgerufen, gegen das Verbot der sozialistischen Partei, gegen Mord und Folter und gegen die faktische Aufhebung der Menschenrechte in Marokko zu protestieren.

Diskussion

Frank Niess

Kuba und der „linke“ Antisozialismus

Maschke, der im Frühjahr 1968 als Bundeswehrdeserteur politisches Asyl in Kuba suchte und im Herbst 1969 ausgewiesen wurde, ist mehrfach als Kritiker der kubanischen Revolution hervorgetreten¹. Noch nie allerdings konnte er sich zu einer solidarischen Kritik verstehen: auch hier gibt er wieder ein Beispiel, wie leicht die desillusionierenden Erfahrungen mit den Schwierigkeiten einer Übergangsgesellschaft zum ‚linken‘ Antisozialismus gerinnen. „Wilder Haß, kalte Wut, Ekel“, die ihn gelegentlich befielen, wenn er persönlich die akuten Mängel des kubanischen Sozialismus verspürte², kommen in der aggressiven Diktion und in der denunziatorischen Argumentation seines Berichts wieder zum Vorschein; und es hat den Anschein, als ob er sich darin für die Erkenntnis schadlos halten wollte, daß seine Vorstellungen von sozialistischer Transformation nur wenig mit den objektiven Problemen einer Übergangsgesellschaft gemein haben. All diese Dispositionen bewegen ihn dazu, sich unter den bürgerlichen Kuba-Kritikern jene als Gewährsleute auszusuchen, die für ihren militanten Antikommunismus bekannt sind³. In der Widersprüchlichkeit seiner Argumentation, in der Verzeichnung der theoretischen Probleme und in der einseitigen Selektion der empirischen Daten übertrifft er sie sogar. Es erübrigt sich, näher auf Maschkes Methodik einzugehen⁴. Vordringlich ist eine Korrektur der größten sachlichen Fehlleistungen in seinem Bericht.

1 So u. a. in einem Nachwort zur deutschen Ausgabe der Gedichte Padillas und in der Stuttgarter Zeitung vom 21. 8. 1971.

2 S. Günter Maschke, Cubanischer Taschenkalender, in: Kursbuch 30, Dezember 1972, S. 129.

3 So z. B. Boris Goldenberg, dessen Buch „Lateinamerika und die kubanische Revolution“, Köln 1963, er als die einzige klarsichtige Analyse im deutschen Sprachraum apostrophiert. Goldenberg verließ bald nach dem Sieg der Revolution Kuba, wo er 19 Jahre gelebt hatte. Er leitet heute die Lateinamerika-Redaktion der Deutschen Welle. Aufschluß über die Widersprüchlichkeiten und denunziatorischen Tendenzen in Goldenbergs Schriften gibt exemplarisch eine Rezension seines neuesten Buches „Kommunismus in Lateinamerika“, Stuttgart 1971, in: Mitteilungen des Komitees für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba, No. 1, Oktober 1972, S. 6—9.

4 Sie stimmt in allen relevanten Punkten mit der bürgerlich-antikommunistischen Kuba-Kritik überein; vgl. deshalb Frank Niess, Das Bild der kubanischen Revolution in der bürgerlichen Geschichts- und Sozialwissen-

I.

Dazu gehört das euphemistische Bild, das er von den politischen Zuständen und sozioökonomischen Verhältnissen im vorrevolutionären Kuba zeichnet. Wenn Maschke das Scheitern Batistas mit dem unsystematischen Charakter seiner Repression und mit seinen ständigen Bemühungen um eine Legitimation erklärt⁵, so verfolgt er damit einen hintergründigen Zweck: er will sich die Diskreditierung der kubanischen Revolution, die ihm frontal nicht recht gelingt, durch die unterschwellige Rehabilitierung des korrupten Batista-Regimes erleichtern. Die gleiche Intention ist im Spiel, wo er die kubanische Wirtschaft von 1959 charakterisiert: sie habe der Hälfte der Bevölkerung einen Lebensstandard auf westeuropäischem Niveau ermöglicht, sie sei nicht unter- sondern halb- bzw. disproportional entwickelt gewesen und habe relativ gut funktioniert⁶.

„Es ist bekannt, daß mit dem Putsch Batistas 1952 in Kuba die Zeit der parlamentarischen Demokratie beendet wurde und Batista seine Macht nur durch stetig wachsenden Terror erhalten konnte⁷.“ Wie systematisch er diesen Terror zu entfalten wußte, bewies er ein Jahr nach seiner Machtübernahme bei der Verfolgung und Liquidierung der revoltierenden Studenten und der Rebellenarmee, die am 26. Juli 1953 die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba — erfolglos — überfallen hatte. Das Ausmaß und die Perfektion dieses Terrors sind hinlänglich geschildert und dokumentiert worden. Erst kürzlich hat Haydée Santamaria, die Direktorin der kubanischen Literaturzeitschrift *Casa de las Americas*, die als aktive Partisanenkämpferin am Sturm auf Moncada teilgenommen hatte, noch einmal die unmenschlichen Praktiken des Batista-Regimes bezeugt und beschrieben, wie bestialisch diese Diktatur ihren Bruder und Verlobten gefoltert und zu Tode gebracht hat⁸. Wenn sich das Batista-Regime schon 1955 zu politischen Zugeständnissen gezwungen sah und wenn es wenige Jahre später vor dem Bankrott stand, so lag die Ursache dafür nicht in seiner Unfähigkeit zur systematischen Repression, sondern im Fehlen einer sozialen Basis.

Aus seinen reichlich lapidaren Anmerkungen zur ökonomischen Situation des vorrevolutionären Kuba klammert Maschke wohlweislich die unstrittigen symptomatischen Fakten aus. Er ver-

schaft. Beitrag zu einer Typologie des Antisozialismus, in: *Das Argument*, Nr. 75, Sonderband, Oktober 1972, S. 184—213. Hier wird der Versuch unternommen, die gesamte bürgerliche Kuba-Literatur — soweit greifbar — systematisch nach ihren Argumentationsstrukturen zu befragen. Wie im folgenden zu zeigen, übernimmt Maschke von dieser Literatur die beliebtesten „Aufhänger“: die vorrevolutionären Verhältnisse, das Totalitarismussyndrom und das Knappheitskriterium.

⁵ Vgl. Maschke, a.a.O., S. 142.

⁶ Ebd., S. 136.

⁷ S. Mitteilungen des KOWIZUKU, No. 1, Oktober 1972, S. 7.

⁸ Vgl. Ernesto Cardenal, In Kuba. Bericht von einer Reise, Wuppertal 1972, S. 38.

schweigt, daß die Arbeitslosenzahl 1953 bei 25 % lag, daß von 1949 bis 1958 der Jahresdurchschnitt der Exporte nach den USA 62 % der Gesamtexporte (davon 80 % Zucker) und der Jahresdurchschnitt der Importe aus den USA im gleichen Zeitraum 76 % der Gesamtimporte Kubas betrug⁹. Mit keinem Wort erwähnt er die vorrevolutionären Besitzverhältnisse: 1956 betrugen die Anteile der US-Firmen an der Elektroenergie-Versorgung mehr als 90 %, ebensoviel am Fernsprechnet, an der kubanischen Eisenbahn 50 %, an der Zuckerproduktion 40 %¹⁰. Auch die Konzentration des Grundbesitzes (8 % aller Landbesitzer besaßen 70 % der Anbaufläche) und die skandalöse Unternutzung der Ressourcen scheinen Maschke keines Hinweises wert zu sein¹¹. Genauso übergeht er bei seiner pauschalen Einschätzung des kubanischen Lebensstandards vor 1959 das Faktum, daß sich die große Mehrheit der Bevölkerung nur in geringem Maß mit Lebensmitteln versorgen und daß nur ein minimaler Prozentsatz der Landbevölkerung Hauptnahrungsmittel wie Fleisch (4 %), Fisch (1 %), Milch 11 %) und Brot (3 %) konsumieren konnte¹². Diese Liste von empirischen Daten, die in summa Aufschluß über die sozioökonomische Deformation Kubas vor 1959 geben, ließe sich beliebig verlängern. Dies erübrigt sich jedoch aus zwei Gründen: zum einen, weil diese Daten im großen und ganzen bekannt sind und zum anderen, weil Maschke die vorrevolutionäre Situation Kubas von einer ganz anderen Warte aus betrachtet. Wenn er von einer nichtunterentwickelten und relativ gut funktionierenden Wirtschaft spricht, so wird und kann er — aus apologetischem Interesse? — wohl nur die dem amerikanischen Imperialismus unterworfenen und der nationalen Bourgeoisie dienende „Marktwirtschaft“ im Auge haben.

II.

Es ist unter den bürgerlichen Wissenschaftlern Usus geworden, den akuten Mangel an Nahrungsmitteln und Konsumgütern in Kuba zum Anlaß eines generellen Verdikts über die Revolution zu nehmen. Maschke macht sich dieses Verfahren vorbehaltlos zu eigen. Weit-schweifig rasoniert er über die Knappheit, über die Engpässe in der Versorgung, um zu schließen: „Eine Gesellschaft, für deren Mitglieder die zentrale Frage ist ‚Wo kommt das nächste Abendessen her?‘, kann sich Fragen, um die es im Sozialismus geht, gar nicht erst vorlegen¹³.“ Als wenn der Aufbruch aus der Unterentwicklung, die Überwindung der ehemals katastrophalen Ernährungslage mit

9 Vgl. Cuba. 14 Jahre revolutionäre Entwicklung in Wissenschaft, Erziehung, Wirtschaft und Gesellschaft. Dokumentation zur Ausstellung des KOWIZUKU, Bielefeld 1973, S. 6.

10 Ebd.

11 Vgl. dazu Paul M. Sweezy und Leo Huberman, Sozialismus in Kuba, Frankfurt am Main 1970, S. 55.

12 Vgl. Cuba. 14 Jahre revolutionäre Entwicklung, a.a.O., S. 23.

13 S. Maschke, a.a.O., S. 133.

allen strukturellen Implikationen die Prämisse und nicht ein Moment der sozialistischen Transformation wäre!

Kaum einer der ausländischen Wissenschaftler, Künstler und Journalisten, die Kuba in den vergangenen Jahren besuchten, hat ein Hehl aus der drückenden Last der Lebensmittelkrise gemacht oder die damit zusammenhängenden Erscheinungen wie Rationierungen, Schlangestehen, Schwarzmarkt etc. bagatellisiert¹⁴. Nur haben sich manche von ihnen im Gegensatz zu Maschke, der das Problem der Knappheit verabsolutiert, der Mühe unterzogen, der sozialen Struktur dieser Knappheit auf den Grund zu gehen, Vergleiche anzustellen und Perspektiven abzuschätzen.

Auch wenn Fehler in den wirtschaftspolitischen Dispositionen neben anderen Faktoren in den Jahren 1968 bis 1970 zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt haben und erst nach 1970 wieder schwache Fortschritte erzielt werden konnten¹⁵, ist andererseits doch auch auf folgendes Faktum aufmerksam zu machen. „1970 standen den Kubanern pro Person und Tag 2650 Kalorien + 64 g Proteine (davon 29 g tierische) in Form von Nahrungsmitteln zur Verfügung. Diese Zahlen entsprechen nach einem FAO-Bericht dem Durchschnitt der Pläne der übrigen lateinamerikanischen Länder für 1975/80. Nur: Für Kuba, ein Land mit gleichmäßiger Lebensmittelverteilung, bedeuten diese Zahlen eine ausreichende Ernährung der gesamten Bevölkerung. Für Länder Lateinamerikas mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur dagegen bedeuten sie den rechnerischen Durchschnitt eines Zustands, in dem auch 1985 volle Schaufenster für eine Minderheit einerseits und unterernährte Massen andererseits das Bild bestimmen werden“¹⁶.

Vergessen oder unterbelichtet hat Maschke — und das ist für die Struktur seiner Kritik symptomatisch — die Distribution kostenloser Dienstleistungen. Daß die Mieten radikal gesenkt wurden und nur noch höchstens 10 % des Familieneinkommens betragen, daß auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung (faßbar bei der Entwicklung des medizinischen Personals, der medizinischen Einrichtungen und der Krankheitsstatistik der Bevölkerung) seit 1959 enorme Fortschritte erzielt wurden und daß das Bildungswesen — beginnend mit der Alphabetisierungskampagne von 1961 — außerordentlich expandierte: all das erscheint Maschke nicht bedeutsam genug, um gegen

14 Vgl. hierzu vor allem die Erfahrungsberichte der westdeutschen Wissenschaftler, die in den letzten Jahren durch Vermittlung des KOWIZUKU kürzere oder längere Arbeitsaufenthalte in Kuba absolvierten. Diese Berichte und andere wichtige Materialien zur kubanischen Entwicklung sammelt die KOWIZUKU-Zentrale, Fakultät für Mathematik, 48 Bielefeld, Postfach 8640. Vgl. dazu ferner Cardenal, a.a.O., passim, und Sven Lindqvist, Lateinamerika. Der geplünderte Kontinent, Düsseldorf 1971, S. 208 ff.

15 Vgl. Jacques Valier, Kuba. Die Entwicklung der Bürokratie und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten 1968—1971, in: Sozialistisches Jahrbuch 4, Berlin 1972, S. 69—97, hier: S. 91.

16 S. Cuba. 14 Jahre revolutionäre Entwicklung, a.a.O., S. 23.

die von ihm herausgestellten Mängel relativierend ins Gewicht zu fallen.

III.

Ein dritter Schwerpunkt in Maschkes Kuba-Kritik ist der Vorwurf der Repression und der Illiberalität, den er vor allem mit einem angeblichen Shdanowismus in der Kulturpolitik und mit der Disziplinierung der Arbeit begründet. Als zahlreiche europäische Intellektuelle im Frühjahr 1971 aus Anlaß der Inhaftierung des Schriftstellers Heberto Padilla und seiner Selbstkritik vor der Nationalen Vereinigung Kubanischer Schriftsteller und Künstler die Revolutionsregierung stalinistischer Praktiken bezichtigten und ihre Solidarität mit dem kubanischen Sozialismus aufkündigten¹⁷, wurde bald offenbar, daß sie nicht nur aus ehrlicher Bestürzung, sondern daß sie auch — ohne Kenntnis der näheren Umstände dieser „Affäre“ — überstürzt gehandelt hatten. Einige von ihnen gestanden denn auch ihre vorzeitige Reaktion vor aller Öffentlichkeit ein¹⁸.

Wenn Maschke den Fall Padilla noch einmal aufrollt, um seinen Stalinismus-Vorwurf zu untermauern, ohne den vagen Vermutungen und übereilten Schlußfolgerungen von damals neuere Informationen hinzuzufügen, stellt er seine denunziatorische Absicht bloß. Noch einmal wiederholt er den unzutreffenden Vorwurf, Padillas Gedichtband „Fuera del juego“ sei nicht ausgeliefert worden¹⁹. Wiederum verschweigt er, daß Padilla, nachdem er seine Stelle beim Granma verloren hatte, 1969 nach einer Intervention Fidel Castros an der Universität von Havanna beschäftigt wurde²⁰. Und auch die Analogie zwischen Padillas Selbstkritik und den „Erniedrigungen der Moskauer Prozesse“ ist ihm nicht fadenscheinig genug, um sie nicht noch einmal zu repetieren²¹. Wer die Rede Padillas im Bewußtsein der „unbestreitbaren Schwierigkeiten, denen sich die Intellektuellen der Generation Padillas im heutigen Kuba gegenübersehen“²², liest und bedenkt, daß diese Selbstkritik weniger larmoyant erscheint, wenn man die Superlative der spanischen Sprache in Rechnung stellt²³, der

17 Vgl. Der Fall Padilla. Intellektuelle in der Revolution, hrsgg. von der Vereinigung Schweiz-Cuba, Zürich o. J., S. 13 ff.

18 So z. B. Luigi Nono am 4. Mai 1971; vgl. ebd., S. 27.

19 Vgl. Maschke, a.a.O., S. 145. Richtig ist, daß das Buch ausgeliefert wurde, daß es allerdings statt eines Vorworts einen Vermerk des nationalen Schriftstellerverbands U.N.E.A.C. enthielt, der sich vom ideologischen Gehalt des Buchs distanzierte. Vgl. Adriano G. Leon, Der Fall Heberto Padilla, in: Sozialistisches Jahrbuch 4, S. 53—56, hier: S. 53.

20 Vgl. u. a. Cardenal, a.a.O., S. 121.

21 Vgl. Maschke, a.a.O., S. 146.

22 Jean Moulart in einem Leserbrief an Le Monde; s. Der Fall Padilla. Intellektuelle in der Revolution, S. 26.

23 Vgl. ebd.; hier ist anzumerken, daß die Selbstkritik Padillas vom Spanischen ins Französische und vom Französischen ins Deutsche übertragen wurde und daß sie in dieser Version gravierende Fehler und Mängel aufweist.

wird den Vergleich, den Maschke wagt, nur mit seiner völligen Unkenntnis der Moskauer Prozesse erklären können — Prozesse, in denen die Angeklagten mit ihrer Selbstkritik gewöhnlich ihr eigenes Todesurteil legitimierten, während Padilla nach seiner Selbstkritik in Freiheit einer Arbeit nachging. Auch die Vermutung, seine Selbstbeachtigungen seien Padilla in der Folter abgepreßt worden, flücht Maschke noch einmal — implizit — in die Begründung des Stalinismus-Verdachts ein²⁴. Sofern man sich nur den Stil und Gehalt der Selbstkritiken Castros vergegenwärtigt, wird man Maschke mit Mario Benedetti fragen können: „Wer hat wohl Fidel Castro gefoltert, damit er vor einer Million Kubanern die Hauptverantwortung für den Rückschlag in der 70er Zuckerernte übernahm²⁵?“ Auch in seinen Marginalien zur Disziplinierung der Arbeit geht Maschke leichtfertig mit den Fakten um. Das Arbeitsgesetz vom 17. März 1971 (*Ley contra la vagancia*), das nach langen Diskussionen und vielen Versammlungen in den Betrieben verabschiedet wurde²⁶, um dem Absenteismus ein Ende zu bereiten, tauft er im Stil der bürgerlichen Presse in „Gesetz gegen die Bummelei“ um²⁷, obwohl er wissen dürfte, daß „*vagancia*“ am korrektesten mit „längerer, unbegründeter Abwesenheit vom Arbeitsplatz“ wiederzugeben ist. Aber damit nicht genug: unbekümmert um den genauen Gesetzestext, zitiert er nur die härtesten Sanktionen, die dieser vorsieht, „Strafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren“ Zwangsarbeit. Was Maschke dem Leser vorenthält, ist die Bestimmung, daß diese Strafen nur zu gewärtigen hat, wer zunächst der Arbeit ohne Begründung mehr als 15 Arbeitstage ferngeblieben ist, wer dann nicht den einfacheren, sondern schärferen Sicherheitsmaßnahmen unterworfen wird und diese nicht befolgt²⁸. Nun besagt freilich diese Differenzierung der gesetzlich angedrohten Sanktionen noch nicht allzuviel gegen Maschke, solange der soziale Kontext unerwähnt bleibt — wie bei ihm geflissentlich geschehen.

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß es sich bei Kuba um ein „Entwicklungsland“ und um ein sozialistisches Land handelt. Sodann gilt es festzuhalten, daß die Distribution kostenloser Dienstleistungen und die soziale Sicherheit — Verkehr, Kommunikation, Wohnung, Bildung, Kultur, medizinische Versorgung, Altersversorgung — in Kuba einem ausgedehnten vergesellschafteten Sektor zugehören, daß sie von allen getragen werden und allen zugute kommen²⁹. Der soziale Lohn hat gegenüber dem individuellen Geldlohn bereits unstrittig den Vorrang erhalten³⁰. Unter diesen Aspekten bekommt die Disziplinierung der Arbeit ein durchaus anderes Aussehen.

24 Vgl. Maschke, a.a.O., S. 146.

25 S. Der Fall Padilla. Intellektuelle in der Revolution, S. 55.

26 Wortlaut in deutscher Übersetzung ebd., S. 46 f.

27 S. Maschke, a.a.O., S. 147.

28 Kap. III, Art. 8; Kap. IV, Art. 9 des Arbeitsgesetzes.

29 Vgl. Der Fall Padilla. Intellektuelle in der Revolution, S. 45.

30 Vgl. Valier, a.a.O., S. 81.

IV.

Eine Kritik des ‚linken‘ Antisozialismus, die am Einzelfall zu explizieren hat, zu welchen Halbwahrheiten, Entstellungen, Verschwiegenheiten und perfiden Argumentationen manche ehemals enthusiastisch für die (abstrakte) Revolution eingekommenen ‚Linken‘ greifen, um die Frustrationen zu kompensieren, die sie in der unmittelbaren Berührung mit der (konkreten) Revolution erlitten, kommt leicht in den Geruch, die pure Apologie des kubanischen Sozialismus zu betreiben. Sie ist jedoch Apologie nur insoweit, als sie die elementaren menschlichen Errungenschaften der kubanischen Revolution hervorhebt. Damit entbindet sie sich jedoch keineswegs, wie es in der konkreten Auseinandersetzung den Anschein haben mag, von einer verantwortungsvollen, solidarischen Kritik des kubanischen Sozialismus selbst.

Offener Brief an den Deutschen Romanisten-Verband

In Das Argument Nr. 72, 1972, S. 276 ff., veröffentlichte Michael Nerlich einen Aufsatz über „Romanistik und Antikommunismus“, worin er feststellte, daß die Aggression gegen Sozialismus und bisweilen gegen Demokratie schlechthin geradezu das einigende „philosophische“ Band dieses Faches sei, wie es heute in Westdeutschland in Fortsetzung der einschlägigen reichsdeutschen Tradition betrieben wird. — Der Vorsitzende des „Deutschen Romanisten-Verbandes“ wandte sich in einer in Das Argument Nr. 74, 1972, S. 678 ff., veröffentlichten Stellungnahme gegen die Kritik Nerlichs. Er warf Nerlich vor, „gründlichere Information“ versäumt zu haben, verwies auf den (im Gegensatz zur Germanistik) immanent internationalen Charakter der Romanistik und betonte, daß der „aufgeschlossene Romanist“ „selbstverständlich“ „marxistische Wissenschaftler von Rang ebenso ernst nimmt wie nichtmarxistische“. Als Beweis führte er an, daß auf dem letzten Romanistentag in Freiburg Roger Fayolle gesprochen habe, der Marxist sei; auch ein Assistent, ebenfalls Marxist, sei zu Wort gekommen usw. — Michael Nerlich nutzte die Erwiderung (ebenfalls veröffentlicht in Das Argument Nr. 74, 1972, S. 681 ff.) dazu, zwei öffentliche Anträge an den „Deutschen Romanisten-Verband“ zu stellen. Zunächst griff er die Feststellung des Fachverbands-Vorsitzenden auf, daß es ein „Anachronismus“ sei, von „deutscher Romanistik“ zu reden, und stellte den Antrag, der „Deutsche Romanisten-Verband“ möge auf seiner nächsten Tagung im Oktober 1973 in Heidelberg seinen Namen ändern. Ferner stellte er den Antrag, der Verband möge die in der im Argument veröffentlichten Stellungnahme seines Vorsitzenden betonte Aufgeschlossenheit gegenüber marxistischen Wissenschaftlern dadurch unter Beweis stellen, daß er sich gegen die „Hamburger Beschlüsse“ der westdeutschen Innenminister erkläre, die nicht zuletzt gegen den Zugang marxistischer Wissenschaftler zur Universität gerichtet sind.

Eine unmittelbare Antwort auf diese beiden Anträge liegt nicht vor. Doch verschickte der Vorstand des „Deutschen Romanisten-Verbandes“ inzwischen eine Tagesordnung für den Kongreß, die eine indirekte Antwort zu geben scheint. Der Begleittext mahnt, den „wissenschaftlichen Charakter“ der Tagung zu wahren, und legt nahe, darunter die strikte Einhaltung der Tagesordnung zu verstehen, die für solche Anträge, wie Nerlich sie gestellt hat, keinen Raum offenläßt. Außerdem wird in dem betreffenden Rundschreiben bekanntgegeben, daß der Verband diesmal darauf verzichten wolle, „jüngere Wissenschaftler“ mit eigenen Beiträgen sich vorstellen zu lassen.

Im folgenden veröffentlichen wir einen offenen Brief, in dem führende französische Literaturwissenschaftler und Schriftsteller ihre Unterstützung für Nerlichs Anträge bekunden. Unter den Unterzeichnern befindet sich derselbe Roger Fayolle, den der „Deutsche Romanisten-Verband“ zum Zeugen seiner Aufgeschlossenheit angerufen hat. Weiter ist der Brief von Jaques Seebacher unterzeichnet, der vom Verband eingeladen ist, auf der Heidelberger Tagung einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten.

Angesichts der Tatsache, daß in der BRD und Westberlin mehr als 16 000 Studenten zu Französisch-Lehrern ausgebildet werden, liegen die Gründe für die unmittelbare Betroffenheit der französischen Schriftsteller und Wissenschaftler, die mit deutschen Geistesverfolgungen und Berufsverboten in der Vergangenheit ihre Erfahrungen machen mußten, auf der Hand.

Die Redaktion

Paris, den 5. Januar 1973

An Prof. Dr. J. v. Stackelberg

Präsident des Deutschen Romanisten-Verbandes

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Veröffentlichung Ihres Briefes und der Antwort Professor Nerlichs, Technische Universität Westberlin, in der Zeitschrift *Das Argument*, Nr. 74 (September 72) geht uns unmittelbar an, und zwar vor allem, weil in Ihrem Verband die Professoren zusammengeschlossen sind, denen die Ausbildung von Französischlehrern obliegt. Der Antrag von Professor Nerlich scheint uns ebenso dringend wie gerechtfertigt zu sein.

Von der Sorge getrieben, jedem Angriff auf die für Forschung und Lehre notwendige Gedankenfreiheit zu wehren, schließen wir uns voll und ganz dieser Eingabe an und unterstützen den unterbreiteten Antrag, in dem es heißt:

„Der Deutsche Romanisten-Verband möge auf seiner nächsten Tagung den Beschluß von Bund und Ländern vom 28. 1. 1972 auf das schärfste verurteilen und seine unverzügliche Aufhebung verlangen. Er möge ferner erklären, daß er für selbstverständlich hält, daß Kommunisten an Schulen und Universitäten lehren und forschen dürfen und daß er Repressionen gegenüber Kommunisten und Demokraten im öffentlichen Dienst weder für wissenschaftlich noch für rechtlich oder moralisch verantwortbar hält“ (*Das Argument*, Nr. 74, September 72).

In der vollen Überzeugung, dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der französischen Lehrer und Forscher Ausdruck zu verleihen, bitten wir Sie, diesen Antrag auf Ihrem nächsten Kongreß vorzulegen und dort bekanntzugeben, daß wir ihn uneingeschränkt unterstützen.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung.

Aragon

Pierre Barberis, Président de l'Association française des professeurs de français, Professeur à L'École Normale Supérieure.

Roland Barthes, Directeur d'études à l'École pratique des Hautes Etudes.
Jacques Bersani, Professeur à l'École Normale Supérieure.

Antoine Casanova, Rédacteur en chef de La Nouvelle Critique, Assistant à la Faculté de Lettres de Besançon.

Simone Delesalle, Maître-Assistante de Linguistique française à l'Université de Vincennes.

Jean Dubois, Professeur de Linguistique française à la Faculté de Nanterre.

Françoise Dubois-Charlier, Maître de conférences de linguistique à Paris III, Asnières.

Claude Duchet, Maître de conférences de Littérature française à l'Université de Vincennes.

Robert Escarpit, Professeur, écrivain, commentateur de Le Monde, Directeur de l'Institut de littératures et de techniques artistiques de masse à l'Université de Bordeaux.

Etiemble, Professeur de Littérature française à la Sorbonne.

Jean Fabre, Professeur honoraire de Littérature française à la Sorbonne.

Roger Fayolle, Professeur à l'École Normale Supérieure.

André Gisselbrecht, Maître de conférences de Littérature et Civilisation allemandes à l'université de Vincennes.

Aimé Guedj, Maître - Assistant de Littérature française à la Faculté de Lettres de Besançon.

J. Guilbert, Professeur de Linguistique française à la Faculté de Lettres de Nanterre.

Jean-Louis Lecercle, Professeur de Littérature française à la Faculté de Lettres de Nanterre.

Pierre Le Goffic, Assistant de Linguistique française à Paris III.

Paul Levayer, Assistant de Littérature française à l'Université de Tours.

Pierre Leveque, Doyen Honoraire, Professeur à la Faculté de Lettres de l'Université de Besançon, Membre du CNESER.

Robert Merle

Henri Mitterand, Professeur de Littérature française à l'Université de Vincennes.

Jacques Petit, Professeur de Littérature française, Doyen de la Faculté de Lettres de Besançon, Prix de l'édition critique 1966.

Jean Peytard, Professeur de Linguistique française, Vice-Doyen de la Faculté de Lettres de Besançon.

Claude Prévost, Professeur agrégé d'allemand au Lycée de Poitiers. Membre du Comité de rédaction de la Nouvelle Critique.

Jacques Seebacher, Professeur de Littérature française à la Faculté de Lettres de Caen.

Jean-François Tournadre, Maître - Assistant de Civilisation allemande à Paris III, Asnières (chargé de l'accueil et de l'enseignement des étudiants allemands de romanistique).

France Vernier, Maître - Assistante de Littérature française à l'Université de Tours.

Besprechungen

Philosophie

Völker, Klaus: *Brecht-Chronik. Daten zu Leben und Werk.* Hanser Verlag, München 1971 (159 S., br., 7,80 DM).

„Die vorliegende Chronik“ will „nicht die Biografie Brechts (ersetzen), die bisher nicht geschrieben wurde. Sie stellt lediglich den Rahmen zu einer solchen Biografie dar, der sämtliche gesicherten Daten zu Leben und Werk enthält“ (1). Völker hatte Gelegenheit, als Mitarbeiter bei der Edition der Prosa-Bände der Gesammelten Werke unveröffentlichtes Material im Brecht-Archiv einzusehen, das mit Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte lebender Personen noch nicht allgemein zugänglich ist, also Tagebücher und Briefe. Für einige Arbeitsperioden konnte er spärliche Informationen durch Nachforschungen bei Freunden und Mitarbeitern ergänzen. Als neue Quellen für den Beginn der literarischen Produktion Brechts und die frühen Zwanziger Jahre sind der Nachlaß Caspar Neher's und für die Jahre 1924 bis 1933 die Aufzeichnungen Elisabeth Hauptmann's erschlossen worden; Caspar Neher desgleichen für den Schweizer Aufenthalt zwischen US-Exil und Rückkehr nach Berlin 1947—49. Für die 20er Jahre benutzte Völker Brechts Notizbücher, ab 1938 seine Arbeitstagebücher. Für die späten Berliner Jahre gaben wieder E. Hauptmann, Ruth Berlau und Käthe Reichel Auskunft. Einzelnes ist bei punktuellen Kennern erfragt oder aus entlegenen Publikationen zusammengetragen worden.

Auf dem so entstandenen Flickenteppich passen die Muster nicht zwanglos zusammen. Die chronologische Folge wird zusätzlich nach Brechts Aufenthaltsorten gegliedert, doch oszillieren die Mitteilungen in ihrer Gewichtigkeit, da die Daten nach dem Kriterium ausgewählt wurden, „sämtliche gesicherten“ zu sein. Der Leser ist zum Blättern eingeladen. Er entdeckt, daß Brecht bei dem Versuch, das Reiten zu erlernen, am 25. 4. 1919 vom Pferd stürzt. Er kann Beziehungen zu Frauen, angefangen mit Rosa Marie Aman (1916/17, lyrisch fixiert als die „Erinnerung an die Marie A.“ 21. 2. 1920) bis zu Käthe Reichel (Brief Anfang August 1956) namhaft machen und den mächtigen Einzug des Automobilismus in sein Leben verfolgen (ab August 1926). Neben den geschmäckerlichen finden sich aber gewichtigere Entwicklungslinien, z. B. in teilweise unveröffentlichten Äußerungen Brechts zur literarischen Emigration.

Schon im Juni 1933 schlägt er J. R. Becher, damals Sekretär des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, dem Brecht nicht angehörte, die Einberufung einer Konferenz vor zu dem Zweck, die Arbeit der proletarischen Schriftsteller abzustimmen und auf die linken bürgerlichen Schriftsteller Einfluß zu nehmen, da sie „für den Kampf mit dem Faschismus keinen Standpunkt“ hätten. „Die These, daß man sie im Grunde in Ruhe lassen muß, um ihre Sympathie nicht zu verscherzen, war nie falscher als jetzt. Wenn überhaupt jemals, dann würden sie jetzt für eine wirkliche politische Schulung zu haben sein.“ — Der Beginn der faschistischen Eroberungskriege verunmöglicht vorerst die Versuche direkten literarischen Einwirkens auf die Klassenkämpfe, wie Brecht sie in den dänischen Exiljahren praktizierte (illegale Schriften, Rundfunksendungen). Am 16. 9. 1940 notierte Brecht über die Isolierung seiner Produktion: „Es ist interessant, wie weit die Literatur, als Praxis, wegverlegt ist von den Zentren der alles entscheidenden Geschehnisse.“ (Unsere Deutschlehrer verleihen ihm den Kranz des Olympiers für das, was er in dieser Zeit schrieb.) — Zu den New Yorker Auseinandersetzungen unter den exilierten Deutschen über die Gründung eines Free Germany Committee war bisher der Briefwechsel zwischen Brecht und Thomas Mann bekannt, der stattfand, nachdem Mann seine Unterschrift zurückgezogen hatte. Völker zitiert Brecht, 16. 8. 43: „das ganze ist mulmig und quatschig, aber sogar so will niemand ran, die Feigheit ist ungeheuer“. Gegen Th. Manns Übernahme des Vansittart-Verdikts von der Einheit des Nationalsozialismus mit dem deutschen Nationalcharakter und gegen Manns Ansicht, „diese Linken wie Brecht“ führten Befehle von Moskau aus, schreibt er am 8. 9. 43, Mann könne sich eben nicht vorstellen, „daß man ohne Befehle von irgendwo etwas für Deutschland (und gegen Hitler) tun kann und daß man überhaupt ganz von sich aus, sagen wir aus Überzeugung, in Deutschland etwas anderes erblicken kann als ein zahlkräftiges Leserpublikum“. — Allerdings mißfällt Brecht auch Bechers nationaler Zungenschlag in einem Aufsatz in der „Internationalen Literatur“ als „entsetzlich opportunistischer Quark“. Der „befreundete Dichter“ hat ihm mit der Beschwörung des „Genius eines ewigen Deutschland“ die „Taktik“ zu weit getrieben (10. 11. 43).

Nützlich zu lesen ist das Bändchen für jemanden, den hundert selbstverständlich hingesetzte Namen mehr oder weniger nicht abschrecken, dem sie vielmehr Erinnerungsmarken und Schlüssel zum Weitersuchen bedeuten. Für Vorinformierte gewinnt die gedrängte Chronologie des Disparaten gelegentlich verblüffenden Sinn. „23. Februar 1919: Der ‚Revolutionssonntag‘. Brecht trifft sich mit Neher zum Frühstück bei Gabler.“ (Gablers Taverne wird von Brecht und seinen Freunden bevorzugt.) Der politische Absentismus liegt auf der Hand. Dagegen zielt die Kürze einer anderen Mitteilung auf Präntation: „Anfang Juli 1952: Brecht erwägt chinesisches Exil.“ Er hat allezeit einiges erwogen, ehe er anderes tat.

Problematisch ist also notwendig das Prinzip einer solchen Edition, das unkommentierten Fakten den Schein von Objektivität verleiht.

Nicht deshalb aber unterband der Suhrkamp-Verlag die Auslieferung nach kurzer Zeit. Völker hat sich einige Laxheit in der Frage der Publikationsrechte erlaubt und bisher unveröffentlichte Brecht-Worte herausgenommen.
Herbert Claas (Marburg)

Jens, Inge: Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, dargestellt nach den Dokumenten. R. Piper und Co. Verlag, München 1971 (298 S., br., 34,— DM). — zit. (a)

Brenner, Hildegard: Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 24. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1972 (174 S., br., 14,— DM). — zit. (b)

Nimmt man Hildegard Brenners und Inge Jens' dokumentarische Bestandsaufnahmen zur faschistischen Liquidation der Preußischen Akademie der Künste und deren Sektion für Dichtkunst zur Hand, so fällt sofort auf, wie breit die Kluft geworden ist, die sich im Selbstverständnis von Künstlern zwischen 1933 und 1973 aufgetan hat. Beide Arbeiten verdeutlichen eindringlich jenes auch für fortschrittliche bürgerliche Schriftsteller der Weimarer Republik charakteristische verhängnisvolle Mißverhältnis von künstlerischer Praxis und künstlerischem Selbstverständnis hier und gesellschaftlicher Realität dort, das sich ergibt, wenn Kunst sich als unpolitische begreift und sich gesellschaftlicher Verantwortung enthoben glaubt. Was Brenner in ihrer „Fallstudie“ (b 9) als Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution beschreibt, war in der Tat nichts anderes als die Abdankung der Kunst vor der Gesellschaft und deren politischer Herausforderung: „Fixiert auf die Trennung von Kunst und Politik, ohne Einsicht in die realen Machtverhältnisse und die Grenzen klassenstaatlicher Liberalität, ohne Solidarisierungsfähigkeit...“ (b 7), mußte die Preußische Akademie der Künste — ohnehin ein Kulturinstitut eher bürgerlich-konservativer Prägung und Tradition, wie Jens andeutet (a 62) — dem ersten „Gleichschaltungs“-Angriff der faschistischen Machthaber ohnmächtig erliegen: „Die Preußische Akademie der Künste verkam zu gesellschaftlicher Funktions- und Bedeutungslosigkeit“ (b 11).

Anhand zahlreicher Dokumente (Sitzungsberichte, Schriftwechsel, Personalpapiere der Akademie, Zeitungsberichte) aus der Zeit vor (Jens) und nach (Brenner) der nationalsozialistischen Machtergreifung belegen die Autoren, wie es dazu kommen konnte. Vor allem Brenner macht darauf aufmerksam (b 14), wie wenig selbst die republikanisch-demokratisch orientierten Künstler die Zeichen der Zeit zu deuten vermochten: der soziale Statuswandel des Künstlerberufs — man vergleiche die Kontroverse über „Dichter“ und „Literaten“,

die mit grotesker Hartnäckigkeit in der Sektion für Dichtkunst ausgefochten wurde (a 93 ff.) —, die Kommerzialisierung der Kunst und deren politisch-ökonomische Implikationen haben erst während der letzten Jahre in der Diskussion um Begriffe wie Kunstproduktion und der Hinwendung von Künstlern zu gewerkschaftlichen Organisationsformen ihren adäquaten Ausdruck gefunden. Die Künstler der Preußischen Akademie verstanden sich weitgehend als Sachwalter des „Geistigen“, die „nur sich selbst und der europäischen Geistigkeit verantwortlich“ (H. Mann) zu sein hätten.

Auch nach dem erzwungenen Austritt H. Manns und Käthe Kollwitz' aus der Akademie im Februar 1933, als jedem sichtbar werden mußte, in welchem Sinne und mit welchen Zielen die faschistische Kulturbürokratie die Akademie umzufunktionieren gedachte, blieb die politische Naivität ihrer Mitglieder, soweit sie nicht ausdrücklich mit dem Nationalsozialismus sympathisierten, bemerkenswert. Ihnen ging es allein darum, wie Alfons Paquet an Oskar Loerke schrieb, „die Freiheit des Wortes in Deutschland, und namentlich das Recht des Schriftstellers auf die volle Unabhängigkeit seiner Meinungsäußerung“ zu wahren: „Das Reich braucht in dieser Zeit der Bürgerkriegsstimmung eine letzte Stätte, wo der Zusammenhalt, die Gemeinsamkeit des deutschen Geisteslebens in Dichtung, Künsten und Wissenschaft über alle politischen Gegensätze hinaus (!) unverwüßlich ist und die einzelnen Regierungen überdauert“ (b 43 f.). Ähnlich äußerten sich Ricarda Huch (b 44) und Ina Seidel, die in der künstlerischen „Berufsgemeinschaft“ ein „Gebilde“ sah, „das jenseits aller Partei- und Privatauffassungen die deutsche Kunst als Ausdruck deutschen Geistes repräsentativ vertritt“ (b 47). Und auch wenn R. Huch unter dem Eindruck der Ereignisse vom Frühjahr 1933 aus der Sektion für Dichtkunst der Akademie ausschied, so ließ sie doch keinen Zweifel daran, „daß ich an dem nationalen Aufschwung von Herzen teilnehme“ (a 200).

Die von Jens und Brenner vorgelegten Dokumente erhärten nachdrücklich die Vermutung, daß die faschistische „Gleichschaltung“ der Preußischen Akademie der Künste nicht allein Resultat des terroristischen Drucks von außen war, sondern daß das berufsständisch-elitäre Selbstverständnis und die politische Blindheit der bürgerlichen Künstler wesentlich dazu beitrugen, die Kapitulation der Akademie vorzubereiten. Waren schon vor 1933 keine dezidiert sozialistischen Künstler wie Johannes R. Becher, Willi Bredel und Bert Brecht, die den Widerstand gegen den heraufziehenden Faschismus hätten formulieren und organisieren können, in der Akademie vertreten, so wirkte sich die individualisierende Absonderung der bürgerlichen Künstler von der Arbeiterklasse und deren politischen Organisationen noch verheerender aus. Erst als es zu spät war, besannen sich wenigstens H. Mann und K. Kollwitz auf die Möglichkeiten solidarischer Aktionen mit der Arbeiterklasse (b 28 f.).

Die Arbeiten von Jens und Brenner ergänzen sich insofern vortrefflich, als Jens — am Beispiel der erst 1926 gegründeten Sektion

für Dichtkunst an der Preußischen Akademie der Künste — in erster Linie die Entwicklung bis 1933 darstellt und dokumentarisch belegt, während Brenner sich darauf beschränkt, die politische Formierung der Akademie seit 1933 nachzuzeichnen. Dabei besitzt Brenners Buch den Vorteil, daß es die benutzten Quellen offenlegt und nirgends Zweifel an der Zuverlässigkeit der abgedruckten Dokumente aufkommen läßt; dagegen sucht man bei Inge Jens vergeblich nach exakten Quellenangaben, so daß sich im Vergleich zu Brenner hier und da Unstimmigkeiten ergeben. Auch was die jeweilige Stellungnahme der Autoren zum behandelten Thema betrifft, zeigen sich gewisse Differenzen: während Brenner in ihrer prägnanten Darstellung nationalsozialistischer Akademiapolitik (b 10 ff.) dezidiert politisch Stellung bezieht und die Gründe für das Versagen der bürgerlichen Künstler klassenpolitisch bestimmt, bleibt bei Jens das Urteil zwar nicht völlig in der Schwebe, doch fällt es insgesamt zu wenig klar aus. Schon der Titel ihres Buches scheint mir irreführend zu sein: in Wahrheit hat es vor 1933 nie auch nur die Möglichkeit einer politischen Option der bürgerlichen Schriftsteller für die organisierte Linke gegeben, wie gerade Brenner hervorhebt. Wenn auch nicht gewollt und bewußt, haben die meisten Schriftsteller, gefangen im Gehäuse einer unpraktisch-bornierten „Geistigkeit“, durch ihre politische Abstinenz und Ahnungslosigkeit objektiv dazu beigetragen, „die Akademie in die Krise zu stürzen, die die Krise der republikanisch-parlamentarischen Demokratie war“ (b 16).

Hans-Martin Lohmann (Düsseldorf)

Banuls, André: Heinrich Mann. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1970 (270 S., br., 19,80 DM).

Herden, Werner: Geist und Macht. Heinrich Manns Weg an die Seite der Arbeiterklasse. Aufbau-Verlag, Berlin/DDR-Weimar 1971 (344 S., br., 11,70 M).

André Banuls geht in seiner Untersuchung von zwei Hypothesen aus: zum einen sei Heinrich Mann als Kleinbürger von seiner frühesten Jugend bis ins späteste Alter Vertreter der entsprechenden Mittelstandsideologie gewesen, und zum anderen sei zu dieser sozialen und ideologischen Abhängigkeit die psychische vom Vater getreten, der ihn für einen Versager hielt.

Tatsächlich könnte man von dem von Banuls versammelten Material in seinem chronologisch von Kindheit bis Tod eingeteilten Buch beeindruckt sein, schaut man jedoch genauer hin, dann enthüllt sich die vorgebliche Wissenschaftlichkeit als reiner Bluff. In Wahrheit handelt es sich um ein Pamphlet gegen H. Mann, in dem vom Verfasser kein Register der intellektuellen, politischen und moralischen Diffamierung ungezogen bleibt und das seinen ideologischen Bezugspunkt in den wirren *Betrachtungen eines Unpolitischen* von Th.

Mann hat, die Banuls sich selbst zu eigen macht (aber er verschmäht es auch nicht, ggf. einen Zeugen wie E. von Salomon gegen H. Mann zu mobilisieren).

Dem Zweck entspricht das Mittel: der Begriff des Mittelstandes ist von Banuls so unkritisch und unspezifiziert gebraucht, daß außer dem Adel und dem Industrieproletariat eigentlich alles dazu gehört, wie aus Banuls' völligem Mißverständnis des von H. Mann angeblich angeprangerten Bündnisses von Mittelstand und Adel (100) hervorgeht. Tatsächlich hat H. Mann nie etwas anderes gesehen und verurteilt als das volksfeindliche Bündnis von Adel, Großkapital und Hochfinanz. Auf dem Hintergrund solcher Ahnungslosigkeit gehören dann für Banuls der Untertan Diederich Heßling und H. Mann „jeder auf seine Weise“ zu ein und demselben Mittelstand — wobei die Ahnungslosigkeit ihr Korrelat in der intendierten Diffamierung hat, die Banuls befähigt, je nach Belieben H. Mann mit seinen eigenen literarischen Gestalten, besonders mit solchen wie Heßling zu identifizieren. Es gibt in dieser Untersuchung nicht einen einzigen Versuch, H. Manns soziale Stellung oder „die“ Mittelstandsideologie zu definieren: der mangelnden Präzision wird die erdrückende Zitatfülle entgegengesetzt.

Die Zitate sind dem Zweck entsprechend ausgesucht und werden mangels Masse (H. Manns Äußerung über den Revolutions-„Geist auf Bajonetten“ oder seine Formulierung vom „bolchévisme inférieur“, usw.) von Banuls zwei-, drei-, vier-, fünfmal gebraucht. Da er aber sonst nichts vorzubringen hat, füllt Banuls die Seiten seines Buches mit literarischen Querverweisen jeglicher Art, was streckenweise zu einer regelrechten Zitaten-Schwemme führt: das ausgesprochen nichtssagende Kapitel „Der Kampf der Geschlechter“ benötigt auf vier Seiten (72—76) 47 Namensnennungen bzw. Zitate, um nicht auf zwei Sätze zusammenzuschumpfen. Daß sich bei diesem Verfahren der suggerierte historische Anspruch als Augenschwermerei herausstellt, liegt auf der Hand (symptomatisch S. 126, wo es nach Zitaten von 1923, 1932 und 1944 heißt: „Deshalb zog Heinrich Mann 1919 eine negative Bilanz“).

Da die Konstruktion von allem Anfang an feststeht, wird kein Versuch unternommen, die Werke und Essays von H. Mann aus der Analyse der sozialen und politischen Verhältnisse zu interpretieren. Zahlen und Daten sind wie die H.-Mann-Zitate lediglich Füllsel für die Systemimmanenz eines Produktes, das mit H. Mann kaum, mit Wissenschaft gar nichts zu tun hat. Natürlich ist sein Buch (wie so manches andere Produkt der bürgerlichen H.-Mann-Forschung) gegen Sozialismus, Kommunismus, DDR und UdSSR gerichtet, selbstverständlich setzt er rechts und links (auch von der skizzierten Methode her) gleich, dennoch übersteigt diese Publikation jedes selbst in der H.-Mann-Forschung bekannte Maß: H. Mann zeigt (15) „Zudringlichkeit in Geldfragen“, sein Stück *Madame Legros* geht so gut, daß ein Kritiker es (16) „*Madame Engros*“ nannte, H. Mann zeigt für Rußland kein Interesse, weil er (149) von dort kein „Honorar“ be-

kommt, er nimmt (133) „Geschenke mit distanzierter Überlegenheit an“ und schimpft als Dank für (132) die „Großmut“ der Weimarer Republik. Er zeigt (115) „Hochachtung vor den eigenen Gaben“ neben einem „Streben nach gesicherten Positionen“, „betet“ (113) „in trotziger Enthemmung“ „Gottheiten“ (wie z. B. die Demokratie) „litaneiarartig“ an, hat (95) „Geldnöte“, „Schwierigkeiten und Prozesse mit Verleger(n)“. „Seine Liebe galt Ost-Berlin. Man hatte ihm versichert, er würde dort durch Neuauflagen seiner Werke Millionär werden . . .“ (23). Selbstverständlich war er (u. a. 98, 112) feige, huldigte (92) dem „düsteren Zerstörungsfanatismus, Militärpathos“ und (ibid.) der „krampfhaften Drohgebärde“, gibt im Ersten Weltkrieg (109) „wahre Herzensergießungen eines belagerten Opponenten“ von sich, schreibt (113) später neben „z. T. noch virtuoser Pamphletliteratur“ „trübtriumphierende“ „Wiederholungen“, kann aber (92; cf. auch 112, 91) hinter seinen „schmetternden Tönen“ „die Dürftigkeit der positiven Vorschläge“ nicht verbergen. Er „schreit“ (118) und glaubt dabei, „mit Engelszungen zu reden“, er „verspricht“ sich (90) „viel Gutes von der Abschaffung der Könige“, er „kehrt“ „gern“ (30) „den alten Moralisten und erfahrenen Kenner menschlicher Leidenschaften“ hervor, er „süffelt“ (21) abends zusammen mit Frau Nelly (20), „vormals Bardame am Kurfürstendamm“, die „trank, keifte, schmollte“. Später besitzt er eine „ideologische Leidenschaft“, den Kommunismus, den er (157) allerdings „ohne richtige Kenntnis“ (wahrscheinlich im Gegensatz zu A. Banuls) vertritt. Ja, H. Mann bringt es fertig, in der Herzogin Violante von Assy eine der vielen Vaterfiguren (Henri Quatre, Bismarck, Stalin) zu verehren (161). Darüber hinaus hat er Informationen (168) „selbstverständlich meist aus zweiter Hand“, schreibt (ibid.) „trübselige Possen“ (171), „erbärmliche Einfälle“, „wirre Flut“, „seltsame Produkte“, usw., usf. Das Widerlichste: H. Mann wird mitverantwortlich gemacht für das Zustandekommen des Dritten Reiches (117). Wenn hier ausführlich aus dem Buch von Banuls zitiert wurde, dann weil dieser geistig-moralische Striptease seines Produzenten als Konsequenz bürgerlicher „Wahrheitssuche“ nur noch durch sich selbst darstellbar ist: dieser enragierte Heinrich-Mann-Hasser war der gefeierte Hauptredner bei der Lübecker „Heinrich-Mann-Feier“ 1971.

Im Gegensatz zu Banuls hat Werner Herden ein wissenschaftliches Ziel. Es geht ihm darum, herauszufinden, wie sich H. Manns Annäherung an die Arbeiterklasse vollzogen hat und welche Konsequenzen aus H. Manns Werk und aus der Erkenntnis seiner Entwicklung für die Arbeiterklasse (besonders in der DDR) zu gewinnen sind. Daß dadurch das Forscherinteresse des Verfassers nicht geschmälert, sondern als gesellschaftliches verstanden, behandelt und gerechtfertigt wird, liegt auf der Hand. Der Verfasser kommt daher gar nicht erst auf den Gedanken, privatistische Launen abzureagieren. Es finden sich bei ihm weder Diffamierungen, Beschimpfungen noch Berufungen auf privaten Geschmack und privates Gefallen oder Nichtgefallen, sondern eine wissenschaftliche, d. h. marxistische Untersuchung der politischen Essays von H. Mann: Herden stellt das

Schwanken von H. Mann zwischen bürgerlich-reaktionären und progressiv-liberalen, ja streckenweise bereits sozialistischen Denkkategorien schonungslos dar, versteht dieses Schwanken jedoch nicht wie Banuls als geistiges Auf-der-Stelle-Treten, sondern als komplizierte Entwicklung (cf. S. 12) hin zu Positionen sozialistisch-humanistischen Denkens. Während Banuls bei den reaktionären Ansichten Th. Manns in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* stehengeblieben ist, um mit ihnen das gesamte Werk H. Manns einer „Kritik“ zu unterziehen, die diesen Kriterien entsprechend ausfällt, geht Herden von der Überwindung der Denkpositionen von H. Mann und Th. Mann in und durch diesen in den *Betrachtungen* traurig berühmt gewordenen Konflikt aus, konkret von H. Manns in den zwanziger Jahren erreichter „revolutionär-demokratischer Gesellschaftskonzeption“. Herden deckt die Gründe dafür auf, daß H. Mann trotz dieser fortschrittlichen Gesellschaftskonzeption bis hin zu Hitlers Sieg (und teilweise auch noch danach) sowohl die polit-ökonomische Fragestellung zugunsten einer idealistischen vom Primat des Geistes vernachlässigte als auch keine klaren Einsichten in den Klassenkampf und die revolutionäre Führungskraft der Arbeiterklasse gewann, und vermag auf diesem Hintergrund die Entwicklung H. Manns in den Jahren nach 1933 deutlich zu machen. Auch hier gab es noch Schwankungen bei H. Mann, auf die sich bürgerliche „Interpreten“ wie Banuls stürzen wie Geier auf das Aas, aber dieses Schwanken mit dem in ihm enthaltenen Rückfall in konservative Denkformen ist gemessen an der Fülle der von Herden analysierten Dokumente fortschrittlichen Denkens unbedeutend. Das Verhältnis von bürgerlicher Ideologie und sozialistischen Gedanken verkehrt sich bei H. Mann nach und nach in sein Gegenteil. Ist es in den zwanziger Jahren die bürgerliche Ideologie, die bisweilen von sozialistischen Denkkategorien durchbrochen wird, so ist es nach '33 das grundsätzliche Bekenntnis H. Manns zur Arbeiterklasse und zum Sozialismus, das (zumal in den ersten Jahren des Exils) durchbrochen wird von bürgerlich-humanistischen Ideologemen. Daß H. Mann erkennt, daß Fortschritt und Kultur nur bei der Arbeiterklasse sein können, daß es gegen den kapitalistischen Imperialismus an der Seite der UdSSR zu kämpfen gilt, daß nach dem Krieg Kapitalisten und Landjunker in Deutschland enteignet und entmachtet werden müssen, da sie die eigentlich Schuldigen am Massenmorden sind, ja, daß er sogar am Ende begreift, daß die Frage nach dem Besitz an Produktionsmitteln die Kardinalfrage ist und die Klassengesellschaft von dort her aufgehoben werden muß, das alles, was einer BRD-Germanistik nicht ins Konzept passen kann, weist Herden in seiner mustergültigen Untersuchung des Essay-Werkes von H. Mann aus der Zeit nach 1933 nach. Daß seine bescheiden „literaturpolitisch“ genannte Untersuchung in der BRD-Germanistik kein Echo finden wird, liegt nicht nur daran, daß die Epoche von 1933—1945 tabuisiert ist (von den Essays, die H. Mann nach 1933 schrieb, gibt es in der BRD nur eine fragmentarische, schludrig besorgte Miniaturausgabe von H. M. Enzensberger), sondern auch daran, daß diese Germanistik sie gar nicht zur Kenntnis nehmen

will. (Nach der Redaktion der vorliegenden Rezension erschien im Claassen-Verlag die Lizenz-Ausgabe der DDR-Edition „Verteidigung der Kultur“ [polit. Essays von 33—45].) Michael Nerlich (Berlin/West)

Mann, Golo: *Mein Vater Thomas Mann.* Verlag Gustav Weiland Nachf., Lübeck 1970 (34 S., br., 4,20 DM). — zit. (a)

Bisdorff, Ernest: *Thomas Mann und die Politik.* Edition du Centre, Luxembourg ²1966 (72 S., br., 8,— DM). — zit. (b)

Schröter, Klaus: *Thomas Mann im Urteil seiner Zeit.* Dokumente 1891 bis 1955. Christian Wegener Verlag, Hamburg 1969 (557 S., Ln., 30,— DM). — zit. (c)

Die unbestrittene Anerkennung, die Thomas Mann heute in der BRD genießt, ist Ergebnis eines stillschweigenden Kompromisses, der — in den letzten Lebensjahren Manns geschlossen — sein erzählerisches Werk als klassisch akzeptiert um den Preis des Übergehens seiner politischen Essayistik. Diese Rezeptionsweise ist inzwischen so allgemein, daß kaum noch eine — etwa für den Schulunterricht — relevante Erinnerung an die Auseinandersetzungen besteht, der das Werk Thomas Manns in der Nachkriegszeit aus politischem Anlaß ausgesetzt war. Zuletzt hat Klaus Schröter in seiner Dokumentation (c) neben vielem Anderem eine Reihe Kritiken zusammengetragen und kommentiert, die sich mit Th. Manns politischen Einsichten in den letzten Jahren der USA-Emigration und seiner Einschätzung der im Entstehen begriffenen beiden deutschen Staaten beschäftigten. Während der Emigration hatte Th. Mann zu einem entschiedenen Antifaschismus gefunden, wie er sich u. a. in seinen regelmäßigen Radioreden über BBC „Deutsche Hörer“ (Oktober 1940 bis Mai 1945) niederschlug. Dieser Antifaschismus, der nur in einer ‚Selbstreinigung des Deutschen‘ vom Faschismus die Basis für eine kommende Demokratie sah, war allerdings von derartigem moralischem Rigorismus, daß er Th. Mann von der Teilnahme an praktischen Schritten zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland abhielt; der Briefwechsel mit Ernst Reuter (vgl. c 321—325, 515) und der mit Bertolt Brecht in Sachen des „Council for a Democratic Germany“ (vgl. den c 515 bibliographierten Briefwechsel sowie B. Brecht, *Arbeitsjournal*, 2. Band 1942—1955, Frankfurt/M. 1973, S. 597—599) belegen es. Über Brechts scharfer Kritik an der Haltung Th. Manns, deren Berechtigung jüngst Werner Mittenzwei insoweit einschränkte, als sie „der Gesamthaltung Thomas Manns, seiner humanistischen Grundhaltung nicht voll gerecht geworden sei“ (Einheit, 28. Jg., 1973, H. 1, S. 67), darf aber nicht vergessen werden, daß ungeachtet Th. Manns prinzipiellen Antisozialismus, den Brecht ganz treffend bezeichnete, gerade sein Beharren auf der politischen Moral des Bürgertums Th. Mann gegen jene Apologie immunisierte, der zufolge der Nationalsozialismus einen unerklär-

baren Bruch in der Kontinuität der deutschen Geschichte bilde. Sein Nachdruck in der Betonung der Kontinuität weit mehr als seine anfechtbaren einzelnen Argumente trug Th. Mann Ablehnung und Haß ein. Dementsprechend war die Reaktion etwa auf seine „Rede über Deutschland und die Deutschen“ (Juni 1945), eines „essayistischen Ablegers“ seines 1947 abgeschlossenen Romans „Doktor Faustus“, in den westlichen Besatzungszonen, in denen gerade die Restauration der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung einsetzte, überwiegend negativ. Nicht nur kritisierte Th. Mann wie auch im Streit mit der sog. Inneren Emigration (vgl. dazu auch Schröters umfangreiches Kommentarmaterial, c 516—524) den gegen die Emigranten gewendeten Stolz, den Faschismus „mit- bzw. durchgemacht“ zu haben (K. Sontheimer), er verweigerte sich auch der „Gleichsetzung der Stalinschen Diktatur mit den faschistischen Systemen, insbesondere der Hitlerherrschaft“ (A. Andersch) und dem politischen Grundbekenntnis der entstehenden BRD, ihrem „antikommunistischen Fanatismus“ (W. A. Berendsohn).

Deutlich wird die ablehnende Haltung Th. Mann gegenüber — neben den von Schröter wiederveröffentlichten Quellen — an der Vorgeschichte der Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt am Main 1947. (Die folgenden Zitate entstammen, wo nicht anders vermerkt, unveröffentlichten Akten aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden.) Als der Preis zum dritten Mal nach dem Krieg verliehen werden sollte, stand auch Th. Mann zur Debatte, vor allem als Autor des Romans „Lotte in Weimar“ (1939), der nicht nur das „... weitaus bedeutendste[n], sprachlich reichste[n] und auch vom Gesichtspunkt der Goethekenntnis und der Goethephilologie solideste[n] Goethebuch[es] ... [ist], das die zeitgenössische Literatur kennt ...“ (D. Sternberger in einem Brief an den Kultusminister des Landes Hessen vom 24. 4. 1947), sondern der auch von Th. Mann als Darstellung der wahrhaften deutschen Klassik betont gegen die Beschlagnahme des bürgerlichen Humanismus durch den Faschismus gerichtet war. Das Votum Sternbergers, das auch das Bedauern enthält, „... daß man nicht schon bei der ersten Preisverleihung nach dem Kriege an ihn [Th. Mann] gedacht hat ...“ (ebd.) blieb allein. Andere Voten, die von dem Minister für Kultus und Unterricht des Landes Hessen, Erwin Stein, angefordert worden waren, nannten Friedrich Meinecke, Carl Zuckmayer, Herbert Eulenburg, Thassilo von Schaeffer, Karl Jaspers und — mehrfach — Rudolf Alexander Schröder. Minister Stein hatte „... zeitweilig ... an Hans Carossa gedacht, dessen Schriften besonders eindrucksvoll die Linie des deutschen Humanismus fortsetzen. Carossa war jedoch“, fügt Stein hinzu, „in der Zeit des nazistischen Regimes Mitglied der Dichter-Akademie und hat keine klare politische Haltung gegen den Nationalsozialismus gezeigt“ (Brief an den Frankfurter Oberbürgermeister vom 2. 5. 1947). Zudem hatte Carossa, was Minister Stein nicht erwähnte, den Preis bereits 1938 erhalten. Steins Erachten nach bestanden auch gegenüber der Nominierung Th. Manns „... soviel Zweifel und Bedenklichkeiten, daß man noch davon absehen sollte, Thomas Mann den diesjährigen

Goethe-Preis zu verleihen“ (ebd.). So zieht Stein in einem Brief an den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb die Vorschläge auf die Nennung R. A. Schröders als Preiswürdigsten zusammen und ergänzt sein Votum durch die nachdrückliche Laudatio des Marburger Germanisten Werner Milch auf R. A. Schröder als „Nestor der großen deutschen Lyrik und Statthalter Goetheschen Geistes“ (Brief an den Kultusminister vom 2. 5. 1947). Der Goethe-Preis 1947 wurde von Oberbürgermeister Kolb dann Karl Jaspers verliehen. Die „Zweifel und Bedenklichkeiten“, die weithin gegen Th. Mann bestanden, drückten sich auch in einem Sturm der Entrüstung hessischer Lehrer aus, die Th. Manns „Rede über Deutschland und die Deutschen“ zur Lektüre in „Lehrerpflichtversammlungen und oberen Klassen der höheren Schulen ... und Berufsschulen“ vorgelegt bekamen (Brief des Ministers für Kultus und Unterricht an die Herrn Regierungspräsidenten, Abt. Erziehung und Unterricht vom 15. 12. 1947, sowie die Verfügungen vom 23. 12. 1947 und vom 14. 1. 1948), und die auch in den Lehrplan für den politischen Unterricht aufgenommen worden war (Amtsblatt des Hessischen Ministers für Kultus und Unterricht, 1. Jg. 1948, Nr. 6, S. 169).

Thomas Manns Erfahrungen mit der politischen Entwicklung in den USA hin zum McCarthyismus, der ihn veranlaßte, auch die USA zu verlassen, machten ihn zusätzlich skeptisch gegenüber der Entwicklung in den deutschen Westzonen, nicht nur, was die kaum modifizierte Fortdauer faschistischer Vorstellungen betraf, sondern auch, was von einer Demokratisierung durch diese USA zu erwarten war. Klarer als in der „Rede über Deutschland und die Deutschen“ und dem „Doktor Faustus“ selbst, wird das in dem 1949 abgeschlossenen „Roman eines Romans“: „Die Entstehung des Doktor Faustus“ deutlich. Hier, wo neben der Kommentierung der politischen Positionen des Faustus-Romans auch noch einmal die Streitigkeiten innerhalb der Emigration, die Auseinandersetzung mit der sog. Inneren Emigration und mit dem Echo auf „Deutschland und die Deutschen“ aus Th. Manns Sicht dargestellt werden, finden sich eine Reihe sehr deutlicher Stellungnahmen zur US-amerikanischen Politik. Th. Mann sah im Sommer 1946 mit Sorge die „Kriegsvorbereitungen hierzulande“, kritisierte die „suspekten Deutschfreundlichkeit“ von Churchill und Byrnes anläßlich dessen Stuttgarter Rede, die inzwischen als Geburtsurkunde der BRD gilt, und äußert seine Empörung über das Treiben des ‚Committee for Un-American Activities‘. „Klarer als je“ notiert er für die Jahreswende 1946/47, „zeichnete der Wille zur Wiederaufrüstung Deutschlands gegen Rußland sich ab“, und er stellte sich die Frage, ob „die Reue darüber, daß man mit Rußland Deutschland geschlagen [hat] und nicht lieber Rußland mit Deutschland“, nicht wieder zu Faschismus und Krieg führen werde.

Daß Th. Mann 1949 trotzdem den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt erhielt — ohne daß die Kritik an ihm nachgelassen hätte — ist wohl auf Überlegungen zurückzuführen, daß es der demokratischen Glaubwürdigkeit der BRD abträglich sei, überlasse man die Pflege seines Werkes allein der DDR, deren Kultusminister Johannes R.

Becher Th. Mann schon 1946 gegen seine Angreifer abgewogen verteidigt hatte (vgl. Brief von J. R. Becher an F. Thiess vom 26. 1. 1946, abgedr. in: J. F. G. Grosser, *Die große Kontroverse*, Hamburg 1963, S. 97–102): im selben Jahr 1949 wurde Th. Mann auch der Goethe-Preis der Stadt Weimar verliehen. Unter dem Titel „Frieden mit Thomas Mann“ hatte im Juli 1949 Friedrich Sieburg die Parole ausgegeben, unter der Th. Mann fortan in der BRD rezipiert wurde: „Es ist eine leichte Sache, dem großen Schriftsteller seine politischen Irrtümer vorzuwerfen . . .“ (zit. n. c 375). Die Praxis der Aufspaltung Th. Manns in einen „großen Schriftsteller“ und den Verfasser „politischer Ohnmachtsanfälle“ (zit. n. c 376 f.) demonstrierte Sieburg auch gleich am „Doktor Faustus“, den er „aus Achtung vor der Autonomie des Kunstwerks“ (zit. n. c 377) nicht politisch glauben nehmen zu dürfen, während er „Die Entstehung des Doktor Faustus“ dann aber um so entschiedener ablehnte, da sie diesen Ausweg nicht mehr gestattet.

Einen ähnlichen Tenor hat neben vielen anderen auch die Schrift Ernest Bisdorffs (b), die Th. Mann nachsagt, während des amerikanischen Exils hätten sich seine „Ansichten über Demokratie, Diktatur, Sozialismus, Kommunismus nicht wesentlich entwickelt“ (b 58), und die in Anlehnung an eine abschätzige Bemerkung eines anderen Trägers desselben Goethe-Preises (vom Jahr 1964), Benno Reifenberg, Th. Mann „Ahnungslosigkeit [im] . . . Gelände des Kommunismus“ (b 62) bescheinigt. Die Schrift Bisdorffs brauchte nicht weiter beachtet zu werden, hätte ihrem Ergebnis, daß Th. Mann endlich doch ein unpolitischer Künstler war, der die Jahre bedauerte, die ihm über „demokratischen Platitüden“ (vgl. b 70) für die Dichtung verlorengegangen, nicht Golo Mann sein Gewicht als Sohn hinzugefügt. In einem von Bisdorff abgedruckten Briefauszug bemerkt er: „Für einen wirklichen Politiker . . . habe ich meinen Vater nie gehalten, sei es auch nur darum, weil sie ihn nicht genügend interessierte, weil er in Wahrheit nicht willens war, ihr das Opfer seiner Energie, seiner zeitlichen Ökonomie in entsprechendem Maße zu bringen“ (b 71). Es mag richtig sein, daß Th. Mann seiner künstlerischen Arbeit dieses Gewicht gab, sie ihm „ . . . wichtiger im Grunde [war] als etwa die ganze Weltpolitik, um die sich zu kümmern die bösen Zeitläufte und seine eigene Reizbarkeit ihn trotzdem zwangen . . .“ (a 11), aber in den von Th. Mann selbst zutreffend umrissenen Grenzen seines politischen Engagements als eine Sache des „einfachsten Menschenanstand[s]“, der noch imstande ist, „sich über oder gegen irgendetwas in der Welt zu empören“, war seine Haltung konsequenter, als es Golo Mann aufgrund seiner eigenen politischen Option heute wahrhaben möchte. In seinem aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der Buchhandlung Weiland gehaltenen Vortrag (a) benutzt Golo Mann den Ton familiärer Kenntnis, möglichst allen heute inopportun erscheinenden Widerspruch seines Vaters in harmlos-seigneurale und vor allem unpolitische Klassizität zu glätten. So versichert er seine Lübecker Zuhörer der eigentlich nie gestörten Harmonie zwischen Thomas Mann und seiner Heimatstadt, erwähnt auch, daß er seine Lübecker Schul-

zeit lebenslustiger schilderte als im Schulkapitel der Buddenbrooks, „... soviel Ekel und Angst... war also im wirklichen Erleben nicht“ (a 9) und teilt den Stil seines Vaters plagierend der Heimatforschung — passend zum Anlaß — mit, daß sein Vater der Buchhandlung Weiland in seiner Lübecker Rede (1955) zwar nicht Erwähnung getan habe, „... aber er hat ja überhaupt keine Buchhandlung erwähnt; und wir glauben gern zu wissen, daß er, als der etwas überalterte Sekundaner, der er war, sein Taschengeld bei Weiland mit Vorliebe verausgabte“ (a 5 f.). Intuition, theoretische Unentschiedenheit und Unwilligkeit zu scharfem und dezidiertem Denken (vgl. a 10, 17 f.) sind nach Golo Mann bezeichnende Eigenschaften seines Vaters, was, wenn überhaupt, nur mäßig kritisch gemeint sein kann, fließen Golo Mann doch Entschiedenheit und Dogmatismus recht problemlos ineinander (vgl. a 18). Schließlich versteigt sich Golo Mann bei der Stilisierung seines Vaters zu der Behauptung, daß „um 1900“ „seine spätesten Werke, der ‚Doktor Faustus‘, der ‚Felix Krull‘, in seinem Kopf nahezu fertig“ dagewesen seien (a 10). Abgeleugnet wird auf diese Weise, daß in Romanen überhaupt Erfahrung, im speziellen Fall politische Erfahrung Th. Manns sich niedergeschlagen habe, daß der „Doktor Faustus“ Th. Manns Auseinandersetzung mit Politik, Demokratie und Faschismus widerspiegelt und Auffassungen vertritt, die von denen der „Betrachtung eines Unpolitischen“, die im Faustus ja noch einmal verhandelt werden, deutlich entfernt liegen.

Der sozialistische Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski hat in seinen „Drei Studien über Thomas Mann“ (in: J. Kuczynski, *Gestalten und Werke*, Berlin u. Weimar 1969, S. 245—316), die auf ihr Spezialistentum eingebildeten Literaturwissenschaftlern zur Lektüre nachdrücklich zu empfehlen sind, resümiert, Thomas Mann habe von der Geschichte gelernt. Diesen Lernprozeß zu verfolgen hat schon Th. Mann selbst seinen Lesern nicht leicht gemacht, vor allem deshalb nicht, weil er — Golo Mann rühmt es als Kontinuitätsbewußtsein (vgl. a 7) — sich von vergangenen Positionen und Arbeiten nie hat ausdrücklich distanzieren wollen, mehr noch, weil er dieselben politischen Begriffe und Formulierungen fortwährend aufnahm und erneut diskutierte. Das macht es auch ebenso leicht wie schwer, mit Zitatkompilationen um Th. Manns politische Position zu streiten. Falsch ist es aber sicher, diese immer wieder um- und umgewandte, undefinierte Begrifflichkeit, etwa des Wortes „deutsch“, ausschließlich als fortwährendes Kreisen um die dauernd gleiche Position darzustellen. Die — wenn auch oft zögernd und verspätet vorgetragenen — Parteinahmen für die Weimarer Republik gegen ihre reaktionären Gegner, für den Antifaschismus und gegen den Antikommunismus sind unverwischbare Male einer gewöhnlich „unter Umdeutungen, Umwertungen sich verbergenden Selbstkorrektur“ (c 453) Th. Manns. Der oft diskutierte Frage nach Krisen oder Brüchen in seiner Entwicklung ist Th. Mann schon früh mit der Formel zuvorgekommen, er habe vielleicht seine Gedanken geändert — nicht seinen Sinn. Bezogen auf das Kontinuum, in dem sich seine Entwicklung bewegte, muß man als Wurzel des ‚Sinns‘ seine nie verleugnete und nie ver-

lassene Bürgerlichkeit verstehen. Deutlich charakterisiert die Wahl Tilman Riemenschneiders an Stelle Thomas Münzers zum Gegenpol Luthers in der „Rede über Deutschland und die Deutschen“ das politische Ideal Th. Manns. Aber gerade weil er der revolutionären Volksbewegung, dem Kommunismus immer fremd gegenüberstand (vgl. etwa Th. Manns Aufsatz „Schicksal und Aufgabe“), ist die Konsequenz, mit der er seinen bewußt bürgerlichen Humanismus auch gegen Kalten Krieg und Antikommunismus vertrat, gegenüber den Th. Mann herabsetzenden Lobrednern, die diese Konsequenz nicht besitzen, zu verteidigen. Noch heute, unter den Bedingungen der Hamburger Beschlüsse vom 28. 2. 1972, setzt Thomas Manns Einsicht aus dem Jahr 1944 einen Maßstab bürgerlichen Humanismus, als er bemerkte, er könne „... nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche“ (Th. Mann, Politische Schriften und Reden, Bd. 3, Frankfurt/M. 1968, S. 142).

Gerhard Voigt (Berlin/West)

Soziologie

Winter, Gerd: Sozialer Wandel durch Rechtsnormen, erörtert an der sozialen Stellung unehelicher Kinder. Duncker & Humblot, Berlin/West 1969 (64 S., br., 15,60 DM).

Anhand von drei Gesichtspunkten der Nichteheleichenproblematik (Häufigkeit nichtehelicher Geburten, Sozialisation und Ausbildung, soziales Ansehen nichtehelicher Kinder und Mütter) beschreibt der Autor relativ ausführlich soziale Veränderungen, um diese dann zu einschlägigen Rechtsregeln des BGB von 1900 sowie zu deren sozialrechtlichen Ergänzungen in Beziehung zu setzen. Davon ausgehend, daß Rechtsnormen gesellschaftliche Normen verändern oder gar erzeugen können (11), untersucht er mit Hilfe Parsonscher Kategorien Faktoren aus dem politischen und sozialen System sowie aus dem Persönlichkeitssystem. Sie alle sollen die Bedingungskonstellation der Normwirkung angeben und zu deren Erklärung dienen. Die Ergebnisse verallgemeinernd, formuliert er insgesamt zehn Thesen mit Geltungsanspruch für alle Bereiche sozialen Wandels.

So schließt er aus der Tatsache, daß nichteheliche Kinder heutzutage im Gegensatz zu vorhergehenden Zeiten nicht mehr signifikant häufiger straffällig werden als eheliche, auf eine Verbesserung ihrer

frühkindlichen Sozialisation (25). Dies wiederum erklärt er anhand der vom Gesetzgeber initiierten Veränderung der Aufwuchsplätze. Verallgemeinerndes Fazit: „Einfühlende, individualisierende Arbeit der (als Vormundschaftsgerichte administrativ-helfend tätigen) Gerichte und der Verwaltung kann das gewünschte Rollenverhalten anregen und stabilisieren; sie kann auf das Verhalten disponierte Personen für die Besetzung der Positionen aussuchen und ungeeignete entfernen“ (34).

Weiterhin stellt Winter fest, daß die teilweise Beseitigung spezifischer Ausbildungshindernisse der Nichtehelichen (fehlender Vater, Armut) nicht auch eine inhaltlich bessere Ausbildung zur Folge gehabt habe, weil die Mehrzahl der Erziehungspersonen der nichtehelichen Kinder zur Unterschicht gehöre (44). Daraus entwickelt er die These: „Ein schichtspezifischer Sozialcharakter wird durch Rechtsnormen nicht unmittelbar beeinflusst; jedoch wird er verändert, wenn die Normerwartungen administrativ individualisiert werden oder wenn sie sich auf eine Veränderung der Arbeitswelt richten, in der der Sozialcharakter wurzelt“ (44).

Normsetzungen im Sinne der Veränderung der Arbeitswelt wird man von gesellschaftlichen Kräften mit Normsetzungsbefugnissen kaum erwarten können; ist es doch gerade die Struktur der Arbeitswelt, der sie ihre Macht verdanken. Nur eingeschränkt dürfte die von Winter verfügbar gemachte Kenntnis über Normwirkungen Anwendung finden, nämlich dann, wenn es um die Anpassung von Randgruppen, die Verringerung von cultural lags usw. geht. Überwiegend einem von dieser Zielrichtung gekennzeichneten Sektor sozialer Wirklichkeit entstammt bereits das von Winter herangezogene empirische Material. Allenfalls für diesen Teilbereich können daher auch die von Winter formulierten verallgemeinernden Thesen Geltung beanspruchen.

Karl Ihmels (Gießen)

Simonsohn, Berthold (Hrsg.): Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik. Edition Suhrkamp, Bd. 325. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (346 S., br., 8,— DM).

In diesem Sammelband sind Arbeiten von Pädagogen und Juristen aus den Jahren 1892 bis 1969 zusammengefaßt. Die Autoren (u. a. Franz von Liszt, Helene Simon, August Aichhorn, Karl Peters, Berthold Simonsohn) nehmen zu Fragen jugendlichen Fehlverhaltens Stellung. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dem Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht Vorrang vor der Strafkonzepktion zu schaffen. Nach Simonsohn ist es jedoch „auf keinem anderen Gebiet schwerer, rationalem Denken und menschlichem Handeln zum Durchbruch zu verhelfen, als auf dem der Strafjustiz“ (9).

Immerhin war es ein großer Fortschritt, als mit der Schaffung des 1. Jugendgerichtsgesetzes (JGG) von 1923 das Jugendstrafrecht vom Erwachsenenstrafrecht losgelöst wurde und wenigstens auf diesem Gebiet erzieherische Konzeptionen Einfluß fanden. Doch schon damals gab es Stimmen, die dieses Gesetz für rückständig hielten. Bemängelt wurde vor allem die Kombination von Strafandrohung und Erziehung (86). Bei den Kritikern war von „Doppelzüngigkeit“ des Gesetzes die Rede: „Die Erziehungsmaßnahme für den Jugendlichen, die Strafe (mit Bewährungsfrist) für die — Vergeltung heischende — Öffentlichkeit“ (87).

In dem 1953 neu erlassenen Jugendgerichtsgesetz sind zwar einige erzieherische Vorstellungen mehr als bisher beachtet worden, so die Einbeziehung der 18- bis 21jährigen Täter in das Jugendstrafrecht und die Heraufsetzung der Mindestgrenze der Jugendstrafe von 3 Monaten auf 6 Monate, die pädagogische Einwirkungen auf diese Jugendlichen erleichtert (136). Dieses Gesetz bleibt aber ein Strafgesetz. Es ist hier von Strafregister und von Strafmakel die Rede.

Weitergehende Vorschläge zu einer Neuorientierung des Jugendrechts finden sich in dem letzten Beitrag des Sammelbandes, der „Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt zur Reform des Jugendwohlfahrtsrechts, des Jugendgerichtsgesetzes und der Vormundschaftsgerichte“. Hier wird zunächst die Schaffung eines einheitlichen „Jugendhilfegesetzes“ empfohlen, das an die Stelle der bisherigen Jugendgesetze — vor allem des JGG und des Jugendwohlfahrtsgesetzes — treten soll (267). Ferner wird in der Denkschrift für die Jugendrichter und die Beisitzer eine obligatorische zusätzliche Ausbildung in Psychologie, Pädagogik, Soziologie und Jugendhilfe gefordert (279). Ausgehend von der Ansicht, daß die Erscheinungen der Verwahrlosung und Verstöße gegen Strafbestimmungen in der Regel nur als verschiedene Ausdrucksformen eines Erziehungsnotstandes anzusehen sind, sollen Strafen des Erwachsenenrechts, besonders die Freiheitsstrafen, für Minderjährige nicht mehr in Frage kommen (292). Dieses Prinzip wird jedoch von der Kommission „ganz bewußt“ für die 18- bis 21jährigen Heranwachsenden durchbrochen (307). In Fällen „schwerster Schuld“ (z. B. bei Mordtaten) wird dem „emotionalen Vergeltungsstreben der Öffentlichkeit“ ein Zugeständnis gemacht und der Heranwachsende bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt (307). In der Denkschrift wird nicht versucht, diese Ausnahme wissenschaftlich oder logisch zu begründen. Es wird ausdrücklich gesagt, sie sei nur unter dem „Gesichtspunkt der Opportunität“ zu rechtfertigen (15).

Den Verfassern der Denkschrift ist bei einer eventuellen Neubearbeitung zu empfehlen, ihre vielen guten und wichtigen Vorschläge nicht auf das Jugendrecht selbst einzuschränken. Vielmehr sollten sie den Versuch unternehmen, ihre humanen Ansichten auch auf das Erwachsenenstrafrecht auszudehnen.

Kritisch ist zu den Beiträgen des Sammelbandes anzumerken, daß es zwar durchaus einen Fortschritt darstellt, wenn an die Stelle des

Vergeltungsprinzips im Jugendstrafrecht das Erziehungsprinzip tritt, daß jedoch Maßnahmen der Erziehung allein bei vielen straffällig gewordenen Jugendlichen nicht ernsthaft helfen können. Wirksam werden solche Maßnahmen häufig erst dann, wenn auch die sozialen Bedingungen für die Wiedereingliederung der Straffälligen geschaffen und wenn die Bezugspersonen der Straffälligen einbezogen werden. Es sind also Probleme zu bewältigen wie das der Arbeitsbeschaffung, der zerrütteten Familie, der materiellen Not des Straftentlassenen usw. Jede Strafrechtsreform, die diese Probleme außer acht läßt, greift zwangsläufig zu kurz. Sigrid Ständer (Berlin/West)

Neu, Axel: Ökonomische Probleme des Strafvollzugs in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 118. J. C. B. Mohr, Tübingen 1971 (XIV, 160 S., kart., 35,— DM).

N. versucht, die Methode der cost-benefit-Analyse auf einen relativ neuen Anwendungsbereich zu übertragen: Er untersucht Produktion und Verteilung des Gutes „Innere Sicherheit“. Diese definiert er formal als „Etablierung eines Rechtsfolgesystems, das bestimmte Handlungen zuläßt und andere Handlungen verbietet und die Vornahme einer derartigen Handlung mit einer Sanktion bedroht“ (1). Die weiteren Bestimmungen des Gutes „Innere Sicherheit“ (Konsumtion en bloc wegen seiner Unteilbarkeit, Nichtanwendbarkeit des Ausschlußprinzips) entsprechen denen eines Kollektivgutes, wenn auch in gewissen Teilbereichen eine komplementäre oder substitutive private Produktion, d. h. die Anwendung des Ausschlußprinzips, möglich erscheint.

N. zeigt, daß die staatlichen Ausgaben für öffentliche Sicherheit in der BRD langfristig relativ abgenommen haben — gemessen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand —, er erfaßt aber nur Ausgaben für Polizeiwesen, öffentliche Ordnungsaufgaben der Gemeinden und Rechtspflege. Bei der Erklärung der Höhe und des Anteils dieser Aufwendungen an den öffentlichen Haushalten kann N. nur auf die lapidare Tatsache verweisen, daß diese nicht auf den Entscheidungen konsumierender Individuen beruhen, also nicht über den Markt vermittelt werden, sondern Gegenstand politischer Entscheidungen sind. Bei deren Analyse versagen die Modelle, die von hypothetischen Präferenzordnungen der Entscheidungsorgane gemäß einer sozialen Wohlfahrtsfunktion mit dem Ziel gesamtwirtschaftlicher Nutzenmaximierung ausgehen. Die cost-benefit-Analyse soll hier Abhilfe schaffen; da jedoch kaum geeignete Produktionsmeßziffern für den Bereich der „inneren Sicherheit“ insgesamt gefunden werden können, muß diese aggregierte Größe in kalkulierbare Teilbereiche zerlegt werden. N. greift dazu den Bereich des Strafvollzugs

heraus. Der Schwerpunkt seiner methodisch aufwendigen, auf umfangreichen Statistiken beruhenden empirischen Arbeit liegt auf der Darstellung der Einnahmen, Ausgaben und Beschäftigungseffekte im Strafvollzug sowie auf der Erörterung ökonomischer Konsequenzen möglicher Alternativregelungen.

N. weist auf die eingetretenen Verschiebungen in der Gefangenenarbeit zugunsten von Privatbetrieben und auf deren Folgen hin (das privatkapitalistische Interesse an Arbeiten mit keinen oder nur geringen Einarbeitungs- oder Ausbildungszeiten dominiert über allen Resozialisierungsbemühungen). Eine Untersuchung von 1968 in NRW ergab, daß die manuellen Arbeiten einfacher Art (nicht-handwerklich) im Strafvollzug immer noch mit einem Anteil von über 51 % vertreten sind (35). Ein weiteres Problem stellt die starke Konjunkturabhängigkeit der Beschäftigungsmöglichkeiten für Gefangene dar, der durch das Vordringen des Privatbetriebes weiter Vorschub geleistet wird. Während der Rezession von 1966/67 ging sowohl die Zahl der Arbeitsplätze als auch die durchschnittliche Produktivität der Gefangenenarbeit zurück, während die Belegungsziffern stiegen. Hierdurch wurde das Problem der kurzfristigen Freiheitsstrafen besonders akut. Leider übergeht die Untersuchung die Frage, wie sich die konjunkturellen Schwankungen auf die Neigung zur Verhängung von Freiheits- gegenüber Geldstrafen bzw. die konjunkturelle Wiederbelebung auf die Debatte um die kurzfristigen Freiheitsstrafen ausgewirkt haben (z. B. die Einschränkungen bei der Verhängung solcher Strafen durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom Mai 1969). N. macht zwar einige mögliche Ursachen der Reformdiskussion sichtbar, unterläßt aber die Verknüpfung von ökonomischer und politischer Analyse. Im Kapitel, in dem die Berufsstruktur der Strafgefangenen untersucht und mit der aller Erwerbstätigen verglichen wird, finden sich einige Einsichten in strukturelle Ursachen der Kriminalität, die jedoch idealistisch fehlgedeutet werden: „Geringes berufliches Engagement“ der Hilfsarbeiter wirke kriminalitätsfördernd gegenüber dem „inneren Engagement“ der Lehrer (70 ff.). Wichtiger erscheint der Hinweis, daß die ungelerten Hilfskräfte hinsichtlich der „primitiven Vermögensdelikte“ (76) überrepräsentiert sind. Den Kern der künftigen Strafvollzugsreform erblickt N. — zu Recht — in der Qualifikation und Resozialisierung der jüngeren Strafgefangenen, die der Gruppe der ungelerten Hilfskräfte zugehören. Ob man weiterhin die Existenz einer solchen Reservearmee dulden oder auch auf diesem Gebiet der Integrationspädagogik neue Aufgaben zuweisen wird, dürfte weniger vom guten Willen der Strafvollzugskommission als von künftigen ökonomischen Verwertungsbedingungen abhängen. Die parallelen Tendenzen im Bildungssektor und die Existenz von empirischen Analysen wie der hier besprochenen, die mit Unterstützung der Landesjustizministerien und der Statistischen Landesämter erstellt wurde, geben aber Hinweise darauf, daß im Strafvollzug künftig nicht mehr nur „innere Sicherheit“ produziert werden wird. Hans-Jürgen Weißbach (Berlin/West)

Scheu, Werner: Verhaltensweisen deutscher Strafgefangener heute. Verlag Otto Schwartz, Göttingen ²1971 (140 S., br., 9,50 DM).

Scheu, Arzt und selbst Zuchthaus-Insasse, schildert in diesem Buch die Ergebnisse seiner 10jährigen Beobachtung deutscher Strafgefangener in zwei „Anstalten mit je 700—1000 Insassen“ (138). Er will jüngere kriminologische Studien von Hoppensack und Harbordt ergänzen. Zwar kann er seine Aussagen nicht quantifizieren, aber auf die große Verlässlichkeit seiner teilnehmenden Beobachtung verweisen. Seine Arbeit umfaßt die Einstellung der Delinquenten zu Richtern, zur Kirche, zur Anstaltsleitung und den Vollzugsbeamten und beleuchtet die Kommunikationsformen der Insassen untereinander (Führungsansprüche, Übervorteilungen, sexuelle Kontakte). Dabei kommt er zwar zu keinen Befunden, die nicht auch schon in ähnlichen Untersuchungen dargestellt wurden, jedoch zeichnet sich der vorliegende Bericht durch die detaillierten Fallbeispiele aus. Der Versuch, „Verhaltensweisen, ausgelöst und erkennbar gemacht durch den Freiheitsentzug an sich“, gesondert von „Reaktionen, die institutionell bedingt sind“ (5), zu behandeln, erweist sich allerdings als unglücklich, weil der Freiheitsentzug nicht von seiner konkreten (institutionell fixierten) Form gelöst werden kann. In dieser Trennung deutet sich eine deskriptive Konzeption an, die den Verfasser zwar in die Lage versetzt, viele Einzelheiten detailliert wiederzugeben, die aber den Sinn des konkreten Strafvollzugs und seiner Prinzipien (Vergeltung, Strafe, Freiheitsentzug) ebensowenig befragt wie die Ursachen delinquenten Verhaltens selbst. Da dem Autor gesamtgesellschaftliches Denken fremd ist, benutzt er als Erklärungsmodell allenfalls die Theorie der Individualschuld des Täters und fragt nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen. Ihm scheint nicht bewußt zu sein, daß er in Gestalt des Strafvollzugs die Therapie für eine „Krankheit“ beschreibt, die er nicht diagnostizierte und über deren reale Ursachen er im Grunde kein Wort verliert.

Gerd Ziob (Berlin/West)

Strang, Heinz: Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Beitrag zur Geschichte, Theorie und empirischen Analyse der Armut. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1970 (248 S., br., 32,— DM).

Strang läßt seiner Untersuchung von Kieler Sozialhilfebedürftigen einen historischen und einen theoretischen Teil vorausgehen, in denen er zum einen die geschichtlich konkreten Erscheinungsformen der Armut und Armenpflege in Deutschland seit dem Mittelalter darstellt und zum anderen ihre Veränderung typologisch zu erfassen versucht. Er unterscheidet drei Typen der Armut: die „primäre“,

„sekundäre“ und „tertiäre Armut“. „Primäre Armut herrscht dort, wo nicht einmal die notwendige Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Kleidung und Unterkunft, voran jedoch eine ausreichende Ernährung, sichergestellt ist“ (66). Sie ist also „um die nahezu absolute Grenze des physischen Existenzminimums lokalisiert“ (70). Im Gegensatz zu dieser objektiv feststellbaren Armut erscheine die „sekundäre“ als ein rein „subjektiv-sozial-psychologisches Phänomen, das für das breite Spektrum der Mittelschichten in unserer Gesellschaft relevant sein kann“ (68). Ihre Ursache sei eine „subjektiv empfundene individuelle Diskrepanz zwischen den allgemein gesellschaftlichen Leitbildern und den Mitteln und Möglichkeiten des einzelnen zu ihrer Erreichung“ (69).

Ihre gesellschaftliche Erscheinungsform seien „Statusneurose“ (?) und „Wohlstandskriminalität“ (69). Die „tertiäre“ Armut hingegen sei zwar objektiv feststellbar — wie die „primäre“ —, drücke aber keine absolute, sondern eine relative Verelendung aus, die sich „nach dem in einer Gesellschaft von den meisten erreichten ‚sozialen Mittel‘ ausrichtet“ (70). Im Gang der historischen Entwicklung in Mitteleuropa stellt Strang einen absoluten Anstieg der „sekundären Armut“ etwa seit 1890 fest, während die „primäre“ Armut im „Vor- und Frühindustrialismus“ zwar ansteige, im „fortgeschrittenen Industrialismus“ dagegen stark absinke. In dieser zuletzt angeführten Phase nehme zugleich in starkem Maße die „tertiäre“ Armut zu (vgl. Abb. 1, S. 73). Strangs Hauptthese ist mithin, daß sich die Armut mit der Entwicklung des Kapitalismus wandle: „einst ‚Klassenschicksal‘, ist sie heute zum ‚persönlichen Schicksal‘ geworden“ (50)! Produktivitätsentwicklung, „Vollbeschäftigung, Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, . . . vor allem jedoch die vielfältigen Ausgleichs- und Sicherungsmaßnahmen der staatlichen Sozialpolitik“ hätten den Proletarier in die „moderne Gesellschaft des fortgeschrittenen Industrialismus . . . als Vollbürger integriert“ und „die Armut auf eine . . . periphere Ausnahmesituation am Rande der Gesellschaft reduziert“ (36). Die „tertiäre“ Armut heute sei eine „Einzelfallarmut, die nicht dem sozialen Sicherungssystem angelastet werden kann“ (71). In ihr befänden sich vielmehr all jene, die „den wirtschaftlichen Erfordernissen und materiellen Lebensbedingungen gegenüber versagt“ hätten, die „Invitalen“, die sich aufgrund „unterschiedlichster individueller Schicksale“ in die Gesellschaft nicht sinnvoll einpassen könnten (74). Daher sei sie als „subjektiv (individuell, persönlich) bedingte Mangelsituation . . . ein permanentes, ahistorisches Problem unterschiedlicher menschlicher Gesellschaften“ (72).

Im Anschluß an diese theoretischen Ausführungen will Strang „die Ergebnisse der empirischen Untersuchung daraufhin abfragen, was sie zur Bestätigung, Korrektur und Weiterführung der allgemeinen Theorie der Armut leisten können“ (80). Ein entsprechendes Kapitel aber sucht der Leser ebenso vergeblich wie eine wenigstens partielle Einlösung dieses Versprechens innerhalb der folgenden Kapitel.

Wir müssen daher untersuchen, ob sich Strangs These von der klassenunabhängigen und „subjektiv bedingten“ Entstehung gegenwärtiger Armut mit Hilfe seiner Untersuchung verifizieren läßt. Als Indikator für „Armut in unserer industriellen Gesellschaft“ (78) sieht Strang die Sozialhilfebedürftigkeit an. Er grenzt seine Untersuchung auf jenen Personenkreis ein, „der Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Anstalten erhält“ (81). Eine Stichprobenbefragung dieser Sozialhilfeempfänger der Stadt Kiel fand im Mai 1965 statt. Sie klammerte alle über 70jährigen aus, ein Verfahren, das in allen späteren Erörterungen nicht mehr berücksichtigt wird. Danach ergibt sich, daß 84,8 % aller Sozialhilfeempfänger über 51 Jahre alt und 55,7 % über 61 Jahre alt sind (100, 81). Strang stellt fest, daß fast „die Hälfte der befragten Sozialhilfebedürftigen ... Sozialrentner“ sind (188), wobei allerdings die über 70jährigen de facto diesen Prozentsatz noch vergrößern würden. „Die meisten von ihnen sind wegen Frühinvalidität, ein Teil infolge von Verwitwung und einige Probanden aufgrund ihres Alters Rentenbezieher“ (188). Der Rest der befragten Sozialhilfeempfänger verteilt sich auf Berufslose (fast 10 %), ehemalige Selbständige (keine %-Angabe), alleinstehende Alleinlebende (etwa 20 %), kinderreiche Kleinverdiener (ca. 2 %), „Arbeitsscheue“ bzw. „Asoziale“ (10 %), vaterlose Familien (21,6 %) (aufgrund von Mehrfachnennungen ergibt die Summe mehr als 100 %). 200 der 227 Befragten (i. e. 81 %) haben die Volksschule, 18 (i. e. 7,9 %) die Mittelschule besucht. 170 (rund 75 %) von ihnen sind Frauen, 57 Männer (ca. 25 %). „Die männlichen Sozialhilfebedürftigen rekrutieren sich, abgesehen von einer Gruppe ehemals Selbständiger und wenigen Angestellten, fast ausnahmslos aus der Arbeiterschaft“ (125). „In allen Altersgruppen besteht oft ein mehrfaches Übergewicht der weiblichen Probanden. Während bei der Altersverteilung der Gesamtbevölkerung ungefähr vom 45. Lebensjahre an ein kleiner ... weiblicher Überhang konstatiert werden kann, dominiert in der Struktur der Sozialhilfebedürftigkeit der weibliche Anteil infolge von desorganisierten Ehen und Familien besonders deutlich in den unteren und mittleren Altersklassen, am eklatantesten bei den 41- bis 50jährigen, unter den die Frauen fünf- bis sechsmal häufiger vertreten sind als die männlichen Sozialhilfebedürftigen“ (102). Frauen sind mit zunehmendem Alter häufiger Objekt der Sozialhilfe, weil nach dem Tod ihres Gatten ihr Anteil an seiner Rente nur 60 % beträgt, bzw. nach einer Scheidung verfällt. In der Zusammenfassung der Ergebnisse kommt Strang daher zu der Erkenntnis, daß, obwohl „die Sozialhilfebedürftigkeit ein mehrdimensionales Phänomen ist, ... der ökonomische Aspekt letztlich bei weitem die Hauptrolle“ spielt (222). „Es kann ... nicht von vornherein und durchweg von einer individualspezifischen Partialität und sozialkulturellen Marginalität der Sozialhilfebedürftigkeit gesprochen werden. Ein beachtlicher Teil der Sozialhilfebedürftigen ist durchaus ‚normal‘ integriert und primär nichts weiter als arm“ (222). Aus der Art der Darstellung dieser Erkenntnisse (S. 221—223) geht nicht hervor, ob

sie die anfangs dargestellte Theorie partiell modifizieren oder grundlegend revidieren soll. Selten wird in dieser Deutlichkeit vorgeführt, wie sehr selbst die von den bürgerlichen Wissenschaftlern wahrgenommene und rezipierte Wirklichkeit im Gegensatz zu den von ihnen entworfenen und verbreiteten Theoriegebilden steht.

Gerd Ziob (Berlin/West)

Adams, Ursula: *Nachhut der Gesellschaft.* Lambertus Verlag, Freiburg 1971 (143 S., br., 10,80 DM).

Die Autorin legt mit diesem Buch einen Bericht vor über ihre Erfahrungen in einer Obdachlosensiedlung einer westdeutschen Großstadt. Im Jahre 1965 arbeitete sie als Helferin in der Kinderstube dieser Obdachlosensiedlung, die vom Sozialdienst katholischer Männer e. V. getragen wurde. Ihre Arbeit sollte die sozialen Strukturen und Beziehungen dieser Menschengruppe untereinander und nach außen ermitteln. Weiterhin sollte untersucht werden, ob eine Veränderung des Verhaltens der Siedlungsbewohner nach der Gründung eines „Selbsthilfekomitees“ stattgefunden hatte.

In dieser Zielformulierung deutet sich schon der weitgehend beschreibende Charakter des Buches an, der theoretische Ausführungen zur Genese und Aufrechterhaltung von Obdachlosigkeit durch die bürgerliche Gesellschaft vermissen läßt. So erscheint denn auch implizit das Ziel dieser Sozialarbeit: die Aufhebung defizitärer Symptome („mangelhafter Schulbesuch, Verschuldung, Arbeitsscheu, Unwirtschaftlichkeit, Trunksucht, Verwahrlosung, Unsauberkeit“ [94]) zum Zwecke der widerspruchlosen Einordnung in kapitalistische Produktionsverhältnisse und kleinbürgerliche Ordnungsnormen. Als ein Mittel für diese bürgerliche Resozialisierung wird das Selbsthilfekomitee angesehen, das anfangs zwar die größten Mißstände in der Siedlung beseitigen konnte, dessen Aktivitäten dann aber in der rein äußerlichen „Verschönerung des Lebens“ versandeten (Feste, bauliche Verschönerungen). Um seiner weitergehenden Aufgabe gerecht werden zu können, hätte es aber zu diesem Zeitpunkt die „eigene Lebensproblematik“ der Siedlungsfamilien thematisieren, seine Aufgabe „in dem Aufgreifen einer regelrechten Erwachsenenbildung im umfassenden Sinn des Wortes“ (97) sehen müssen. Dazu hätte es der geschulten Hilfe von außen bedurft. Diese fehlte aber ebenso wie die ausreichende fürsorgliche und medizinische Betreuung von öffentlicher Seite (94). Die Autorin entrüstet sich zwar darüber, „daß das, was heute noch hingenommen wird an Verhältnissen, Zuständen, Entwicklungen menschenunwürdig ist und daß bereits deshalb größere Investitionen an gezieltem Fachkräfteeinsatz, an weiterer Erforschung der gesamten Problematik, an planvoller Zusammenarbeit erforderlich sind“ (95), fragt aber nicht, warum denn alle diese notwendigen Schritte bislang unterblieben. Dazu bedürfte es

der kritischen Analyse der Institutionen und Inhalte der gegenwärtigen Sozialarbeit sowie ihrer Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft.
Gerd Ziob (Berlin/West)

Leudesdorff, René, und Horst Zilleßen (Hrsg.): *Gastarbeiter = Mitbürger*. Burckhardt-Verlag, Gelnhausen 1971 (366 S., br., 20,— DM).

Klee, Ernst: *Die Nigger Europas*. Zur Lage der Gastarbeiter. Patmos-Verlag, Düsseldorf 1971 (136 S., br., 11,80 DM).

Bücher, welche für sich politische Zielsetzungen in Anspruch nehmen, welche sich als Anleitung zum kritischen Nachdenken verstehen und Anweisungen für konkrete Aktionen in Betrieben, Kirchen- und Ortsgemeinden, Jugendgruppen etc. geben wollen, wecken hohe Erwartungen. Den hier vorgestellten Publikationen ist auch außer diesen Absichten mancherlei gemeinsam: Äußerliches und Inhaltliches.

Wie bereits die Verlagsnamen andeuten, entstammen sie beide „dem Raum“ der evangelischen Kirche, dem auch die Herausgeber zuzurechnen sind. Die Bücher sind als Sammelbände konzipiert und enthalten jeweils ein Kaleidoskop von Berichten, Analysen, Dokumenten, Statistiken und Anschriften wichtiger Organisationen.

In „Gastarbeiter = Mitbürger“ werden unter den Rubriken Bilder, Fakten, Gründe, Chancen, Modelle 41 Beiträge sowie 16 Dokumente angeboten. Anhand von 20 Beispielen sollen Formen und Möglichkeiten persönlichen und gemeinschaftlichen Engagements ausgelotet werden.

Dennoch enttäuscht das Buch. Der Bundespräsident Heinemann selbst stimmt den falschen Grundakkord an (in einem vorangestellten Auszug aus einer Ansprache zur Woche der Brüderlichkeit 1970), wenn er fragt: „Sind wir bereit, sie (die Gastarbeiter — G. S.) auch gesellschaftlich und menschlich als gleichberechtigte Partner anzusehen, die mit *ihrer Arbeit zu unserem Wohlergehen* beitragen?“ (Hervorhebung von mir — G. Sch.). In diesem Zitat ist die Doppelbödigkeit des Buches und der populären Diskussion schlechthin eingefangen. Wir bewerten, so wird den deutschen Gast(arbeit)gebern im Vorwort vorgeworfen, die Leistungen der Gastarbeiter für die Volkswirtschaft meist zu gering. Leistungen, die darin bestehen, daß sie „den allgemeinen — also gewiß auch ihren eigenen — Wohlstand“ (VI) fördern. Angeboten wird die alte Platte von Nützlichkeits-erwägungen: Die Gastarbeiter ermöglichen Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerung, sie machen für uns die Dreckarbeiten, wir können uns besser ausbilden, die angenehmeren Berufe ergreifen und die Knochenarbeit den Ausländern zuschieben.

In der peinlichen Mischung von Eigennutz und humanitärem Pathos lassen sich denn auch die inneren Widersprüche mit Händen greifen:

Wie verträgt sich die Forderung nach menschlicher und sozialer Gleichstellung — wobei interessanterweise die wirtschaftliche von vornherein ausgeklammert bleibt, rechtliche und politische allenfalls in abgestufter Dosierung empfohlen wird — mit der kruden Vorteilsbetrachtung? Wie kann man einerseits dazu aufrufen, die Schranken zwischen Ausländern und Deutschen abzubauen, während zugleich eine neue Trennungslinie errichtet wird: *ihre Arbeit = unser Wohlstand*.

Welch ein Widersinn, zu beklagen, daß wir mit den Gastarbeiterkindern in unserem Schulsystem die Hilfsarbeiter von morgen produzieren, die wir eben sonst aus den Mittelmeerländern importieren müssen (siehe Wolfgang Glatzer, Bildungsnachfrage und Bildungsdefizit der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, 61—68). Offenbar findet für den Autor die Kritik an „Bedarfsgesichtspunkten und wirtschaftlich-finanzielle(n) Interessen“ an den Staatsgrenzen ihr Ende.

Was schließlich soll die zitierte These besagen, wir (?) bewerteten die Leistungen der Gastarbeiter für die Volkswirtschaft zu gering? In der Marktwirtschaft, so die einschlägige Literatur, werden die Leistungen für die Volkswirtschaft in den dafür gezahlten Entgelten bewertet. Also eine Forderung nach höheren Löhnen? Wohl kaum. Vielmehr soll doch wohl ein schlechtes Gewissen über die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung mit einem Verweis auf höhere Werte beschwichtigt werden.

Es ist sicher ein Indikator für die Sozialschichtung nicht nur der Autoren dieses Buches, daß die Behauptung, die Gastarbeiter steigerten unseren Wohlstand, nicht genauer analysiert wird. Wie steht es denn mit dem deutschen Kollegen des türkischen Straßenfegers und der Kollegin der griechischen Hilfsarbeiterin, die es ja auch noch gibt? Tragen auch *sie* zu *unserem* Wohlergehen bei?

Zu den Grundübeln des Buches (und der meisten Diskussionsbeiträge überhaupt) gehört der reichliche Rückgriff auf inhaltslose oder solche Begriffe, die eine gesamtgesellschaftliche Interessenharmonie vorspiegeln. Aus einer Befragung von 450 Ausländern (250 Italiener, 100 Portugiesen, 100 Algerier) in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren (keine Panel-Studie) in zwei Ländern (Bundesrepublik und Frankreich) zieht Taliani den Schluß, der „Gastarbeiter“ befinde sich auf dem Wege zur Emanzipation. (Enrico Taliani, Der „Gastarbeiter“ auf dem Wege zur Emanzipation, 69—96).

Der Begriff „Integration“ darf hier nicht fehlen. (Michael Bartelt, Distanz — Integration — Partnerschaft, Grundkonzeptionen gesellschaftlichen Verhaltens gegenüber Gastarbeitern, 133—164). Der Autor greift zurück auf die unsinnige Begriffsdifferenzierung bei Bingemer, Meistermann-Seeger, Neubert, Leben als Gastarbeiter: monistische Integration (Integration durch Unterwerfung) pluralisti-

sche Integration (bei beiden Partnern starre und unelastische Struktur) und interaktionistische Integration (Beispiel: gute Ehe), um dann als Krönung der Integration ein „Partnerschaftsmodell anzubieten.

Durchgehend sind die Beiträge von einem Appell an das moralische Engagement getragen, wobei die Frage nach den strukturellen Momenten und den bewegenden Kräften des Arbeitskräfteimports völlig ins Hintertreffen gerät. Der Leser muß die Immigration als ein Naturereignis begreifen, welches sich der weiteren Hinterfragung entzieht. Einzig der Aufsatz von Klaus Lefringhausen, Geschäftsführer des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik, Bonn, erfaßt unter dem jedoch merkwürdigen Titel „Wirtschaftsethische Aspekte für lokale Aktionen“ (192—201) einen Zipfel des Problems, wenn er in der Eigendynamik des „freien Spiels der Kräfte“ einen Teufelskreis erblickt, welcher Ungleichheit — und damit Migration — zwischen Regionen erzeugt und vertieft. Lefringhausen liefert eine akzeptable Analyse der Dominanzverhältnisse zwischen Metropolen und Peripherie. Allerdings muten seine praktischen Vorschläge illusionär an: berufliche Bildung der Gastarbeiter an den „langen“ Wochenenden, Bildung von Genossenschaften in den peripheren Zonen der Heimatländer, deren Produktion über Bazars (!) oder an die Industrie (wo?) verkauft werden könnte. Solche Vorschläge passen in das Repertoire einer Entwicklungspolitik, welche die eigene wirtschaftliche Zukunft zwar auf Unternehmensgiganten gründet, den unentwickelten Regionen und Ländern jedoch Genossenschaften und Kleinbetriebe anempfiehlt, und über allem dann den „freien Wettbewerb“ als Erfolgskriterium walten läßt.

Völlig an der Wirklichkeit vorbei gehen auch die angeblich politischen Zielsetzungen, etwa diejenigen, die ausländischen Arbeiter in der BRD als Herausforderung aufzunehmen, um ein europäisches Bürgerrecht durchzusetzen, oder die Vorstellung, durch „politische Bildung“ der Gastarbeiter — in welchem Sinn wohl — die Diktaturen Südeuropas aus den Angeln zu heben. In den Ruf nach einem europäischen Bürgerrecht, nach europäischen Parteien und politischen Kompetenzen für das Europäische Parlament läßt sich um so leichter einstimmen, je weiter diese sich von der Realisierung entfernen. Daß dies der Fall ist, lehrt nicht nur die tägliche Erfahrung, sondern auch die historische Analyse. Die Einführung der repräsentativen Demokratie stellte eben nicht die Durchsetzung eines abstrakten Ideals dar, sie hatte eine bestimmte Funktion bei der Herrschaftsübernahme des Bürgertums und damit der Einführung des Kapitalismus. Gerade am Prozeß der europäischen Integration läßt sich deutlich ablesen, daß die parlamentarische Demokratie sich in dem Maße zurückbildet, wie sie zur weiteren Entwicklung des kapitalistischen Systems entbehrlich oder gar hinderlich wird.

Der Anspruch dieses Buches, Orientierungshilfe für politisch aufgeklärtes Handeln zu liefern, ist leider nicht eingelöst worden. Das allein würde sicher nicht die ihm hier eingeräumte Aufmerksamkeit rechtfertigen. Wenn es in dieser Weise zum Widerspruch herausfor-

dert, so nicht zuletzt deshalb, weil es in seiner vorgeblich kritischen Zielsetzung und an dem zweifellos geschickten Arrangement des Stoffes geradezu dafür prädestiniert ist, in die Hände derjenigen zu gelangen, die nach Anleitung und praktischem Rat suchen.

Das Buch von Ernst Klee ist ähnlich aufgebaut: Analysen, Berichte, Dokumente und Statistiken. Es versteht sich gleichfalls als Anstoß zum Nachdenken, vielleicht zur „Initiative“. Der Autor und Herausgeber selbst bezeichnet sich als freier Schriftsteller, hat aber an einer Reihe kirchlicher Aktivitäten mitgearbeitet. Die einzelnen Beiträge stimmen zweifellos besser zusammen. Die anschauliche Beschreibung, die Weitergabe authentischen Materials herrschen vor. Es fehlen die hohlen Phrasen. Als schnelle — wenngleich begrenzte — Information, als eine Abfolge von Bildern, welche den Bürger der BRD diese Landschaft einmal mit den Augen des ausländischen Arbeiters sehen lehren, für solche Zwecke kann das Buch seinen Zweck erfüllen. Ob es aber auch seinem eigenen Anspruch gerecht wird, außer Beschreibung und Anklage auch Hilfe für die Suche nach Lösungen zu bieten, muß bezweifelt werden. Die Wanderungen selbst erscheinen auch hier als ein nicht weiter aufzuschließendes oder steuerbares Phänomen. So beschränken sich die praktischen Anregungen darauf, die Sozialarbeit anders auszurichten. Sie soll „Katalysator einer emanzipatorischen Bewegung“ sein (32). Nähere Ausführungen hierzu sucht man jedoch vergebens.

Günter Schiller (Darmstadt)

Medizin

Schipperges, Heinrich: *Moderne Medizin im Spiegel der Geschichte.* dtv Wissenschaftliche Reihe 4044. Deutscher Taschenbuch Verlag, Georg Thieme Verlag, Stuttgart 1970 (VIII, 327 S., br., 9,80 DM).

Schipperges ist Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin in Heidelberg, außerdem häufig gebetener Festredner zu Kongressen ärztlicher Organisationen. Das letztere mag zunächst verwundern, kann man doch dort folgendes von ihm hören: „... angesichts unserer Ratlosigkeit wäre es freilich ratsam und auch therapeutisch indiziert, die Fakultäten an Haupt und Gliedern eine Weile brach liegen zu lassen, um in der produktiven Pause eine wirkliche Transformation und Transposition durchzuführen.“ Sehen wir genauer hin, welche Substanz hinter solcher Wortradikalität steckt.

Im vorliegenden Band legt Schipperges Studien zur Medizingeschichte vor, die aus Vorlesungen der Jahre 1962—1968 hervorgegangen sind und deren Problemstellungen von den Studenten selbst vorgeschlagen oder erarbeitet wurden. Die auf die Einführung folgenden neunzehn Kapitel (z. B. „Der ärztliche Eingriff“, „Bildung des Arztes“, „Scholastische Heilkunde“, „Probleme der ärztlichen Ausbildung“, „Der öffentliche Gesundheitsdienst“, „Medizin zwischen gestern und morgen“) gehen jeweils von einem aktuellen Fragenkreis aus, „um mit der Frage einen historischen Schwerpunkt zu fassen, der für das aufgeworfene Problem repräsentativ schien und es erlaubte, die einmal angeschlagene Frage vom geschichtlichen Zug aus systematischer an die moderne Medizin heranzutragen“ (III).

Das Ziel der Arbeit wird formuliert: „Der angehende Arzt verläßt heute die Universität mit einem reichen Horizont an Einzelinformationen, ohne mit den fundamentalen Grundbegriffen konfrontiert zu werden, die sich aus dem ärztlichen Eingriff, der methodischen Sonderstellung der Medizin wie auch ihrem wissenschaftstheoretischen Standort ergeben. Insofern könnte diese ‚Geschichte für heute und auf morgen‘ auch dem Arzt eine Hilfe bieten, nicht für die Anforderungen seines Alltags, sondern mehr für die Theorie seiner Therapeutik. Historie wäre demnach — wie *Novalis* sie sah — nichts anderes als angewandte Anthropologie“ (III/IV). Muß nicht eine „Theorie der Therapeutik“ zugleich auch eine Hilfe für die Anforderungen des Alltags bieten? Daß Schipperges die Theorie so von der Alltagspraxis trennt, hängt mit seiner Auffassung von Historie zusammen: Historie ist hier nicht etwa ein Prozeß der Entwicklung von Natur und Gesellschaft, die Entfaltung von Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens, die ständige Auseinandersetzung zwischen wachsenden Produktivkräften und diesem Wachstum entgegenstehenden Produktionsverhältnissen, sondern „nichts anderes als angewandte Anthropologie“.

Diese „Geschichte“ soll Student und Arzt „Hilfe bieten“. Dazu muß er aber auf einem Wege gehen, „der etwas . . . Heiles verspricht“ (267 f.). Mit *Hegel* meint Schipperges, daß dieser Weg von der Theorie gezeigt wird, da theoretische Arbeit mehr zustande bringe als praktische: „ist erst das Reich der Vorstellungen revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus“ (289).

Wem nützt solche Revolution im Reich der Vorstellungen? Die Wirklichkeit hält schon jetzt vor Schipperges Vorstellungen nicht stand: auf Seite 298 spricht er vom „Wegfall der Säuglingssterblichkeit“ als einem Faktum — auch wenn in vielen Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas noch bis zu 400 von 1000 Lebendgeborenen sterben.

Ähnlich sorgfältig geht Schipperges vor, wenn er auf der gleichen Seite behauptet, das, was *Karl Marx* im „Kapital“ analysiert habe, sei der moderne Produktionsprozeß schlechthin, unter dem Schipperges folgendes versteht: „automatisierte Güterherstellung, künstliche Bedürfnisse, vermehrte Teilprozesse im Fließband, Umstellung

des Arbeitsmotivs auf den Gewinn, steigende Verdienste, erhöhte Forderungen“.

Da Mediziner, auch Medizinhistoriker, die *Marx* wenigstens der Erwähnung für Wert befinden, noch die Ausnahme sind und daher eine gewisse Anziehungskraft auf Teile der Studentenschaft ausüben, müssen solche Ärgerlichkeiten erwähnt werden: so wird z. B. auch auf Seite 163/164 mehrfach aus dem „Kapital“ (Band 1) zitiert; offenbar aber nur zu dem Zweck, diese Zitate völlig unvermittelt und undifferenziert mit nicht hergeleiteten, aber allgemeinen Vorurteilen abzutun: damit sei man „am Beginn einer neuen Scholastik, die allen Formalismus der alten Scholastik in den Schatten“ stelle.

An anderer Stelle versucht Schipperges, den Menschen „mit *Dilthey* von seiten der Geistesgeschichte oder *Arnold Gehlen* aus der Sicht der modernen Naturphilosophie“ zu fassen. „Der Mensch ist dann nicht mehr Produkt purer Naturgesetzlichkeit, sondern eher ein Wesen der Stimmung, wie ihn der Philosoph *Max Scheler* oder der Biologe *Adolf Portmann* auffassen wollen“ (53). Diesem Menschen fehle heute „ein Ziel gegen die Zukunft hin“ (115). Schipperges ist auf der Suche nach einer verbindlichen Norm; „nach welchen Kriterien soll sich sittliche Haltung ausrichten?“ (83)

Auch „unsere Ausbildungsstätten“ „ohne inneres Konzept, ohne geschlossenen Bildungsplan, ohne sinnvolle Motivationen und selbst ohne eine adäquate Hochschuldidaktik“ können solche verbindliche Norm nicht aufzeigen. „Der Arzt wird dabei zu einem sozialen Rolenträger degradiert und arrangiert sich dementsprechend: Er paßt sich dem grotesken Geschäft an, das um der Kranken willen von der Industrie, den Versicherungen, dem Gesundheitsdienst organisiert wird“ (82). Die Kritik an unseren Ausbildungsstätten, die offenbar nicht in der Lage sind, „ein Ziel gegen die Zukunft hin“ zu vermitteln, wird man teilen müssen. Aber kann man von den Ausbildungsstätten ein „inneres Konzept“ verlangen, wenn sie doch nur die allgemeine Planlosigkeit einer Gesellschaft widerspiegeln, der — ihr unbewußt, aber doch an allen Ecken zum Vorschein kommend — das Prinzip der Gewinnmaximierung um jeden Preis zugrunde liegt? Daß aber im obigen Zitat gleich Industrie, Versicherungen (gesetzliche und private!?) und der Gesundheitsdienst in einen Topf kommen und — offenbar alle miteinander — groteske Geschäfte organisieren sollen, hätte man doch gerne näher ausgeführt gesehen. Nicht einmal ein Ansatz zur Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit ist hier festzustellen.

Der durch die Studentenbewegung — hier meist bezogen auf die Heidelberger Basisgruppe Medizin — an den Hochschulen initiierte Diskussionsprozeß wird bezeichnet als „kritisch reflektierte Aufklärung“ (203), „aggressiv angelaufene zweite(n), kritische(n) Aufklärung“ (300), deren Ziel „eine neue Theorie der Medizin“ sei (300). „Grade als ‚Erfahrungswissenschaft‘ wird es sich die Medizin nicht länger leisten können, auf die Erfahrung der Philosophie zu verzichten!“ Diese Philosophie aber soll sein „eine Neue Medizinische Anthropologie“ (301).

Diese Medizinische Anthropologie — „ein gesicherter wissenschaftlicher Boden“ (278) — ist die Hauptforderung des Autors. Zu ihr „bedarf es eines methodischen Rüstzeuges, das die Medizin von heute dem Arzt nicht mehr zu bieten hat“ (289). Schipperges ist zuversichtlich: „Alle Naturwissenschaft scheint in der Tat auf dem Wege zum Menschen. Der Geist hat aus der Natur nur das wieder zurückgenommen, wie *Eddington* sagt, was der Geist in die Natur hineingelegt hatte“ (289). Die apriorische Erkenntnis von einem Geist, der in die Natur hineinlegt — was auch immer —, mag Schipperges im Hinblick auf die kommende Medizinische Anthropologie tröstlich sein. Den Anforderungen des Alltags, der Verbesserung der ärztlichen Ausbildung und der medizinischen Betreuung der Bevölkerung — hier, und dort, wo die Säuglingssterblichkeit noch 40 % beträgt —, ist mit diesem Buche nicht gedient.

Solche Medizingeschichte — fern von den wirklichen Problemen der Medizin — wird auch weiterhin ein Fach sein, mit dem sich Studenten zu Recht lustlos oder gar nicht beschäftigen, ein Fach, das allenfalls Themen für feierabendliche Erbauungslektüre liefert und Ärztekongressen würdigen Rahmen verleiht. Eine die Wirklichkeit nicht ignorierende, den Entwicklungsprozeß in Natur und Gesellschaft in seiner wechselseitigen Abhängigkeit auch für das Gebiet der Medizin darstellende Medizingeschichte könnte dagegen dem Studenten die Bedingtheit auch ärztlichen Handelns durch die jeweilige gesellschaftliche Wirklichkeit vermitteln. Sie könnte vielleicht auch „ein Ziel gegen die Zukunft hin“ (115) aufzeigen!

Udo Schagen (Berlin/West)

Scholmer, Josef: Die Krankheit der Medizin. Luchterhand Verlag, Neuwied-Berlin/West 1971 (204 S., br., 7,80 DM).

Josef Scholmer legt die bisher übersichtlichste Gesamtdarstellung der Widersprüche und Mängel des Gesundheitswesens der BRD mit den Schwerpunkten Vorsorge, Betriebsgesundheitswesen, ambulante Behandlung und elektronische Datenverarbeitung vor. Unter Benutzung aktueller Berichte und Denkschriften gibt er in 15 Kapiteln unter anderem einen Überblick über die ersten Erfahrungen mit Reformmodellen (so z. B. mit dem anthroposophischen Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, der Deutschen Klinik für Diagnostik Wiesbaden, den Deutschen Zentren für medizinische Vorsorge GmbH und Co. und der Münchener Krankenhausreform von 1970), registriert die unterschiedlichen Zielvorstellungen des 6. Deutschen Krankentages, des 74. Deutschen Ärztetages sowie der Gewerkschaften und zeigt in einem Anhang die breite Basis gesundheitspolitischer Initiativen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Landesverbänden der Sozialdemokratischen Partei. Ferner versucht er, „jenes gesellschaftliche Kräftespiel zwischen Progressiven und Konservativen

transparent zu machen, von dem in der Bundesrepublik auch die Entwicklung des Gesundheitswesens bestimmt wird“ (5).

In Kapitel 12 („Sozialdemokratische Gesundheitspolitik in den siebziger Jahren“) skizziert Scholmer zwei gesundheitspolitische Richtungen in der SPD, deren konservative (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker und andere Mittelstandsgruppen) sich zwar verbal für Reformen erkläre, tatsächlich aber ärztliche Standespolitik innerhalb der SPD betreibe, deren fortschrittlichere, unter Berufung auf die sozialreformerische Tradition der Weimarer Republik (genannt werden der sozial-hygienische Theoretiker Albert Grotjahn und der gesundheitspolitische Reformler Julius Moses) stärker die Interessen der Sozialversicherten vertrete. Scholmer, der sich selbst als Anwalt der Sozialversicherten versteht, möchte die fortschrittlichen sozialpolitischen Ansätze der zwanziger Jahre zur Bewältigung gesundheitspolitischer Probleme der siebziger Jahre genutzt wissen.

Scholmers Reformkatalog (138) (Aufhebung des Sicherstellungsauftrags der Reichsversicherungsordnung, d. h. Brechung des Behandlungsmonopols der niedergelassenen Ärzte, Errichtung eines Netzes öffentlicher Ambulatorien, Polikliniken und medizinisch-technischer Zentren als Voraussetzung für einen Ausbau der Vorsorge, Abbau der hierarchischen Personalstruktur in medizinischen Institutionen, zentrales Krebsregister, Ausbau des Betriebsgesundheitswesens, Abbau der Zulassungsbeschränkung und Reform des Medizinstudiums, Verschärfung der Arzneimittelzulassungskontrolle mit Bedarfsnachweis für neue Medikamente, Einfrierung der Honorare der niedergelassenen Ärzte usw.) reflektiert zunächst das Verlangen des bürgerlichen Staates nach Schonung und optimaler Verfügbarkeit der Arbeitskraft, entspricht aber andererseits durchaus den vordringlichen Forderungen zur Verbesserung der Gesundheits-sicherung der arbeitenden Bevölkerung. Erweitert um die Kontrolle aller profitbedingten Einflüsse auf Forschung, Lehre und Praxis der Medizin und in Beziehung gesetzt zur Entwicklung der Mitbestimmung als Kampfaufgabe ergäbe sich ein gesundheitspolitisches Programm mit antimonopolistischer Zielsetzung.

In dieser Hinsicht ist Scholmer sehr zurückhaltend. In seiner Analyse der Ursachen der sozialpolitischen Misere finden sich nur wenige Hinweise auf die Widersprüche im Produktionssystem der BRD, die für die „Krankheit der Medizin“ letztlich verantwortlich sind. Wie die Studie des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften zur Gesundheitssicherung und die Spiegelserie „Das Geschäft mit der Krankheit“ verschiebt auch er den Frontverlauf zwischen konservativem und progressivem Lager ein wenig zu sehr ins Gesundheitswesen selbst, anstatt zu zeigen, daß dem Bildungsnotstand, dem Verkehrschaos, der Umweltzerstörung und der Gesundheitsmisere die gleichen übergeordneten ökonomischen und politischen Widersprüche zugrundeliegen. So sagt er z. B. in These 5 seiner Zusammenfassung:

„Die freipraktizierenden Ärzte werden freiwillig keiner durchgreifenden Strukturreform des Gesundheitswesens zustimmen, geschweige denn sie durchführen. Sie können nur durch einen starken gesellschaftlichen Druck dazu veranlaßt werden. In diesem Sinne ist die Gesundheitsreform in der Bundesrepublik Teil der sozialen Auseinandersetzung zwischen den Arbeitnehmern und der bürgerlichen Oberschicht. Dabei befinden sich die freipraktizierenden Ärzte in enger Interessengemeinschaft mit der pharmazeutischen Industrie und den Apothekern. Diese drei Gruppen gehören sowohl materiell als auch ideologisch zur Kerntruppe des Konservatismus in der Bundesrepublik. Sie haben bisher gegen die Sozialversicherten einen ‚Klassenkampf von oben‘ geführt, und sie führen ihn noch.“

Ein Blick auf die Statistik ärztlicher Berufsgruppen-Stagnation und Überalterung bei den niedergelassenen, Anstieg der Zahl der angestellten und beamteten Ärzte — ein Blick auf die vielfältigen Formen der Abhängigkeit auch der „freiberuflichen“ Ärzte von den Interessen der marktbeherrschenden pharmazeutischen Konzerne im besonderen und der Kapitale im allgemeinen könnte Scholmer darüber belehren, daß es den leidenschaftlichen Verteidigern auch dieser „Freiberuflichkeit“ in den nächsten Jahrzehnten nicht anders ergehen wird als den Ingenieuren, Journalisten, Anwälten und Wissenschaftlern aller Sparten. Sie werden sich in einem mehr oder weniger verschleierte Abhängigkeitsverhältnis als bezahlte Lohnarbeiter der Bourgeoisie wiederfinden. Deshalb dürfte es weit-sichtiger sein, die niedergelassenen Ärzte, deren Bewußtsein heute noch von dem allmählich vergehenden gesellschaftlichen Status zehrt, den sie in den letzten Jahrzehnten hatten, heute schon als potentielle Bündnispartner der Sozialversicherten anzusprechen.

Der Verzicht auf Mediziner- und Soziologenfachsprache macht das Buch lesbar für eine größere Gruppe der Betroffenen, als es gewöhnlich bei derartigen Veröffentlichungen der Fall ist.

E. Jansen (Frankfurt/M.)

Zusatz:

Als kenntnisreicher Verfechter der notwendigen Reformen im Gesundheitswesen versäumt Scholmer gleichwohl keine Gelegenheit der Diffamierung fortschrittlicher Positionen. Statt die wissenschaftliche und politische Diskussion zu suchen und zu betreiben, versucht er ihr in bekannter Weise aus dem Weg zu gehen, indem er durch die Etikettierung „kommunistisch“ oder „Kommunisten“ die Überflüssigkeit der Auseinandersetzung signalisieren will. So etwa kommentiert er im „Vorwärts“ vom 21. 9. 1972 den Aufruf zum Marburger Kongreß „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt“ (vgl. Argument 78, S. 144 ff.): „Die Unterzeichner des Aufrufs zum Marburger Kongreß sind zum Teil Kommunisten, zum Teil stehen sie der DKP nahe oder sie gehören zum Mitarbeiterkreis der kryptokommunistischen Zeitschrift ‚Das Argument‘.“ Der gemeinsame Kampf für notwendige Veränderungen im Gesundheitswesen wird dem Antikommunismus

geopfert. Das „Deutsche Ärzteblatt“ (vom 12. 10. 1972) wandte prompt die gleichen Diffamierungsmechanismen gegen Scholmer an: „Scholmers wahre Absichten, Gesundheitspolitik mit Gesellschaftsrevolution und Systemüberwindung gleichzusetzen, sind spätestens seit Veröffentlichung seiner Agitprop-Broschüre über die ‚Krankheit der Medizin‘ satksam bekannt.“ So schlägt auch hier die Strategie des Rechtsopportunismus zurück. (Eine ausführliche Analyse zu den Kampagnen gegen Reformen im medizinischen Bereich ist abgedruckt in Das Argument 71, S. 1 ff.).

Die Redaktion

Schreiber, Georg: Der Medizinbetrieb. Medizin und Öffentlichkeit. Kurt Desch Verlag, München 1971 (356 S., Ln., 26,— DM).

„Der Medizinbetrieb“ von Georg Schreiber besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil sind fünf Diskussionssendungen des Bayerischen Rundfunks zum „Medizinbetrieb“ aufgezeichnet, die es verdienen, „festgehalten“ zu werden (G. Schneider). Diesen Diskussionen ist jeweils ein Sonderkapitel mit Zahlen, Fakten usw. vom Autor zugeordnet worden. Die Diskussionen führte Schreiber mit Fromm (Präsident der Bundesärztekammer), Henser (MdB), Kopf (Direktor der Farbwerke Bayer AG) u. a. Es werden brisante Themen angeschnitten wie: die Misere in der Krankenversorgung, Einfluß der Pharmaindustrie, das Krankenkassenwesen, der Arzt und das Geld u. ä. Fast alle Diskutanten konstatieren Mängel, sind aber nicht in der Lage, die Ursachen dieser Symptome aufzudecken und, daraus resultierend, Veränderungsvorstellungen zu entwickeln. Allzu oft wird auf die „Menschen mit ihren Fehlern und Mängeln“ hingewiesen.

Wer erfahren will, woran das Gesundheitswesen tatsächlich krankt, sollte den ersten Teil nicht lesen; wen aber die Meinung von Prof. Fromm u. a. zu einigen Fragen interessiert, kann sie hier nachlesen; wem einige Fakten aus dem Gesundheitswesen fehlen, der kann versuchen, sie in den Faktenkapiteln zu finden.

Im zweiten Teil greift Schneider einige der bereits angeschnittenen Themen wieder auf, und versucht, sie unter dem Gesichtspunkt „Medizin und Öffentlichkeit“ zu diskutieren. Schneider wird hierbei deutlicher. Er prangert Ärzte als verstockt an, die sich nicht kontrollieren lassen wollen, er charakterisiert die Werbung der Pharmaindustrie als Instrument zur Umsatzmaximierung, er beschäftigt sich mit „Patientenverhalten“, und er versetzt Springers „Bildzeitung“ einen ihr gebührenden Schlag für die Horrorgeschichten aus dem Medizinbetrieb.

Doch wie kann man all diesen Übeln im Gesundheitswesen abhelfen? Indem alle versuchen, sich so gut und so richtig wie möglich zu verhalten. Die Ärzte informieren die Patienten und Journalisten richtig, die Patienten führen ein gesundes, aufgeklärtes Leben und ärgern sich nicht über ihre „APO-Kinder“, die Journalisten werden sach-

kundig und arbeiten mit an der Gesundheitsaufklärung der Bevölkerung, die Pharmaindustrie betreibt die Werbung sachlich und fair, denn „Werbung muß höhere Umsätze besorgen — Medikamente aber sollte man nur im Notfall nehmen“, und das sieht schließlich auch die Pharmaindustrie ein. Mit Ehrlichkeit und gutem Willen sollen so alle Mängel beseitigt werden. Dann braucht man auch keine Angst vor der Sozialisierung des Gesundheitswesens und der Verstaatlichung der Pharma-Industrie zu haben.

Georg Schreiber erkennt zwar viele Mängel, er sieht jedoch nicht, welche Interessen die Gesundheitspolitik bestimmen. Er ist voller Illusionen und vertraut auf den guten Willen der Politiker, die die Gesetze machen, und den der Pharmaindustrie. Dieses Buch ist vielleicht interessant für jemanden, der noch nie krank war, der nicht Krankenversichert ist und der keine Zeitungen liest.

Für alle anderen bringt der „Medizinbetrieb“ keine neuen Informationen, keine weitergehende Perspektive, nicht einmal eine interessante Lektüre, sondern nur den moralischen Appell: Werde ein besserer Mensch!
Ulrike Ullrich (Berlin/West)

Gesundheitspolitik — heute. Symposium der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, 26./27. Juni 1970 in Bern. Schwabe & Co. Verlag, Basel-Stuttgart 1971 (118 S., br., 18,— DM).

Das vorliegende Buch ist nicht, wie der Titel vielleicht suggerieren könnte, eine systematische Abhandlung zu aktuellen Problemen des Gesundheitswesens, sondern Protokoll der Tagung einer Akademie, die die medizinischen Fakultäten der Schweizer Universitäten und die nationalen Organisationen der Schweizer Ärzte repräsentiert und somit das wichtigste Verbindungsglied zwischen der Regierung und der Ärzteschaft in der Schweiz bildet. So reißen dann auch die Beiträge auf sehr unterschiedliche Art nur eine Vielzahl von gesundheitspolitischen Fragestellungen an: „Mensch im technischen Zeitalter“, Umweltschutz, Suchtgefahren, medizinische Vorsorgemaßnahmen und Gerontologie, Probleme der Gesundheitserziehung, Stellung der Werbung in diesem Zusammenhang, sozialmedizinische Ausbildung von künftigen Ärzten und konkrete Bestandsaufnahme und Planung der Schweizer Gesundheitspolitik.

Bei der Untersuchung des Einflusses des technischen Fortschritts auf den Menschen gelangt der Autor zu dem Schluß, daß „der Mensch (durch die Technik, D.L.) zum Konstrukteur seiner Welt geworden ist“ (334), was ihm einerseits größere Freiheit bringe, andererseits aber auch große Verantwortung auferlege. Diese Feststellungen sind insofern typisch für das methodische Verfahren aller Beiträge des

Buches, als hier von der gesellschaftlichen Form, die die Technik im Kapitalismus annimmt, abgesehen wird. Demzufolge wird aus dem Blick verloren, daß der größte Teil der Bevölkerung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen eben gerade nicht Konstrukteur *seiner* Welt werden kann, sondern im Umgang mit der Technik permanent zum Konstrukteur einer ihm fremden, feindlichen Welt, der Welt des Kapitals, zu werden gezwungen ist.

Der Beitrag über „Gesunde Ernährung“ zeigt richtig die Probleme der Fehlernährung, der schädlichen Lebensmittelzusätze und toxischer Rückstände in unserer Nahrung auf. Jedoch wird dann vor prophylaktischen Kollektivmaßnahmen, z. B. vor einem Gesetz, das die Zugabe bestimmter lebensnotwendiger Nährstoffe bei der Produktion von Lebensmitteln festlegt, gewarnt, da solche Mittel die persönliche Freiheit einschränken.

Als Mittel gegen die zunehmende Drogen- und Alkoholsucht wird die „Geborgenheit der Familie“ und die Orientierung der Jugendlichen auf die Identifikation mit positiven Leitbildern empfohlen. Ebenso soll die Verbesserung der Gesundheitserziehung wesentlich über das vorbildliche Verhalten der Gesundheitserzieher erzielt werden. Da die Sucht nicht als Realitätsflucht erkannt und daraus die Notwendigkeit der Realitätsveränderung als einzig mögliche kausale Prophylaxe abgeleitet wird, bleiben die Lösungsvorschläge notwendig nur hilflose symptomkurierende Maßnahmen. — Die Beiträge über Prophylaxe der Erbkrankheiten und Schutzimpfungen lassen in noch viel höherem Maße als die anderen Beiträge jegliche Reflektion auf die politische Dimension dieser Probleme vermissen; die Erkenntnisse, die sie vermitteln, können ausführlicher und besser aus den entsprechenden medizinischen Lehrbüchern entnommen werden. — Für die Früherfassung von Behinderungen wird ein ausführliches Untersuchungsprogramm, das an den Allgemeinpraktiker gerichtet ist, vorgeschlagen und wiederum besonders die Erhöhung der „Tragfähigkeit“ der Familie, die unter anderem durch den „wahren Familienarzt“ erreicht werden soll, als zentrales Moment der Vorsorgemaßnahmen angesehen. Daß nur gesetzlich vorgeschriebene Reihenuntersuchungen aller Kinder die optimale Früherfassung von Behinderungen gewährleisten, bleibt unerwähnt. — Zu Problemen der Gerontologie werden zwar einige akzeptable Lösungsmöglichkeiten vorgelegt, jedoch wird nicht einbezogen, daß die finanziellen Mittel zur Realisierung dieser Lösungen fehlen, weil gerade die materielle Ausstattung derjenigen medizinischen Bereiche, die nicht auf die unmittelbare Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft gerichtet ist, besonders mangelhaft ist.

Für den Unterricht der Studenten im Fach Medizinsoziologie wird das leicht veränderte Modell von Grundy und Mackintosh empfohlen, vielleicht weil es besonders exemplarisch die Strukturen des Gesundheitswesens isoliert von der Gesamtheit der sozialen Beziehungen in der Gesellschaft behandelt? Dorothee Löber (Marburg)

Alken, C. E., G. Döring, J. Stockhausen (Hrsg.): *Programmierte Krankheitsfrüherkennung. Vorsorgeuntersuchungen in der Krankenversicherung.* Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 1971 (242 S., br., 24,— DM).

Walter Steuer: *Gesundheitsvorsorge. Grundlagen, Möglichkeiten, Praxis.* Thieme Verlag, Stuttgart 1971 (317 S., br., 14,80 DM).

Der von Stockhausen herausgegebene und aus Beiträgen der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates und des Ausschusses „Vorbeugende Gesundheitspflege“ der Bundesärztekammer bestehende Leitfaden enthält Richtlinien zur Durchführung der seit dem 1. Juli 1971 in den Pflichtleistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommenen Vorsorgeuntersuchungen. Zielgruppe des Buches sind die niedergelassenen Ärzte und Chefärzte, die, ohne praktisch und theoretisch in ausreichendem Maße darauf vorbereitet zu sein und ohne Nachweis entsprechender Qualifikation, mit den Vorsorgeuntersuchungen betraut wurden. Da eine Verpflichtung der Ärzte zu einer den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft und Technik entsprechenden Fortbildung weiterhin und nachdrücklich von den Ärztefunktionären abgelehnt wird, soll mittels dieses Buches versucht werden, den Ärzten die für die Vorsorgeuntersuchungen notwendigen theoretischen Grundlagen und praktischen Hinweise zu vermitteln. Dabei gehen die Herausgeber des Bandes von der Hoffnung aus, alle mit diesen Untersuchungen betrauten Ärzte zu erreichen.

Gleich im Vorwort lehnt der Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer Stockhausen eine wissenschaftlich schon seit langem für notwendig gehaltene und — wie sich in verschiedenen Modelluntersuchungen zeigte — auch praktisch machbare Ausdehnung der Vorsorgeuntersuchung ab. Diese seien „... im Hinblick auf die im Verhältnis zu hohen Kosten, den enormen zusätzlichen Bedarf an ärztlicher Arbeitskraft und die für allgemeine und gezielte Vorsorgeuntersuchungen nicht ausreichenden technischen Möglichkeiten zumindest im Augenblick weder erstrebenswert noch realisierbar“ (8). Der damit verbundene Aufwand stünde für den einzelnen wie für die Gesamtheit einfach in keinem vernünftigen Verhältnis zu den möglichen Vorteilen. Eine mit derartigen Rechtfertigungen operierende ärztliche Standespolitik arbeitet objektiv den gesundheitlichen Interessen der Kassenpatienten entgegen. Anstatt für den weiteren Ausbau präventivmedizinischer Programme einzutreten, wird hier eine Argumentation aufgebaut mit dem Ziel, ärztliche Privilegien zu retten. Konkret bedeutet das, daß die an den öffentlichen Krankenanstalten tätigen Ärzte (mit Ausnahme der Chefärzte) nicht in die Vorsorgeuntersuchungen miteinbezogen werden, daß einer Erhöhung der Ärztezahlen und der Errichtung von Ambulatorien, die mit modernen Instrumenten ausgerüstet sind, entgegengearbeitet wird. Richtig ist, daß die Einführung genereller Vorsorgeunter-

suchungen nur möglich ist mit wesentlich höheren Investitionen im Gesundheitssektor, als dies derzeit geschieht. Gerade systemkonforme Kritiker des westdeutschen Gesundheitssystems bestreiten jedoch, daß die damit verbundenen Kosten den möglichen Nutzen überschreiten. Sie rechnen im Detail aus, daß kurzfristig höhere Aufwendungen für präventivmedizinische Maßnahmen langfristig eine größere Effektivität des Gesundheitswesens im Sinne einer größeren ökonomischen Rentabilität nach sich ziehen.

Das Buch beschränkt sich pragmatisch aber auch unkritisch auf die von den Krankenkassen inzwischen übernommenen Vorsorgeuntersuchungen. Es verzichtet darauf, aufzuzeigen, warum und wie schon jetzt andere, nicht minder wichtige Früherkennungsuntersuchungen praktiziert werden könnten. Nur die Schwangerenvorsorge, die Untersuchungen im Säuglings- und Kleinkindalter, die Früherfassung von Genitalkarzinomen bei der Frau sowie des Prostata- und Mastdarmkrebses beim Mann werden ausführlich beschrieben, die jeweiligen Untersuchungsvorgänge jedoch nur zum Teil bildhaft vermittelt. Insbesondere der Beitrag von Theopold über die Untersuchungen im Säuglings- und Kleinkindesalter läßt die für die Zielgruppe notwendige didaktische Sorgfalt vermissen. Das Buch hinterläßt den trügerischen Eindruck, als erübrige sich durch diese Darstellung eine praktische Unterweisung der Ärzte in entsprechenden Fortbildungslehrgängen.

Im Gegensatz dazu zeigt Steuer in seinem Buch auf, in welchem Umfang derzeit methodisch und technisch gesicherte Vorsorgeprogramme für alle Altersstufen der Bevölkerung praktiziert werden könnten und in welchem geringem Maße in der BRD zur Zeit hiervon Gebrauch gemacht wird. Die Begründung für die Notwendigkeit umfassender gesundheitlicher Vorsorge wird aus der Medizinalstatistik erbracht: hiernach ergibt sich, daß etwa zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden. In 35—43 % der Fälle waren Krankheiten des Kreislaufsystems Ursachen für die vorzeitige Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß „von dieser Rentenlast sicher ein erheblicher Betrag nicht angefallen wäre, wenn es gelungen wäre, durch ärztliche Frühmaßnahmen die Zahl der vorzeitigen Rentenempfänger zu verringern“ (8). Als weiterer Grund für die Forcierung präventivmedizinischer Maßnahmen werden Veränderungen in der Todesursachenstatistik angeführt. Während Infektionskrankheiten als Todesursachen immer weniger in Erscheinung treten und der prozentuale Anteil der an Altersschwäche gestorbenen Menschen annähernd konstant geblieben ist, traten die Krankheiten des Herzens und der Kreislauforgane, bösartige Geschwülste und Gefäßstörungen des zentralen Nervensystems in den Vordergrund. Während diese 1927 nur 30 % aller Todesfälle ausmachten, waren es 1967 bereits 60 %.

In den folgenden Kapiteln gibt Steuer einen Überblick über die Möglichkeiten umfassender Gesundheitsvorsorge in den verschiede-

nen Altersstufen, wobei er insbesondere auch Schüler, jugendliche Arbeiter und Angestellte sowie Erwachsene miteinbezieht. Daran anschließend werden Vorsorge und Früherkennung bestimmter Krankheiten bzw. Krankheitsgruppen diskutiert und dargestellt: Herzkreislaufkrankheiten, Diabetes mellitus, bösartige Tumoren, Rheumatische Erkrankungen, Nieren- und Harnwegserkrankungen, Leberkrankheiten, Geisteskrankheiten und Infektionskrankheiten. Den Abschluß bildet die Darstellung einer Vorsorgestudie für die erwachsene Bevölkerung (Mössinger Modell). Zahlreiche Statistiken und Abdrucke von Untersuchungsbögen zur Krankheitenfrüherkennung vervollständigen das Buch. Mit detaillierten Belegen weist Steuer hier auf den immer größer werdenden Gegensatz zwischen wissenschaftlich-methodischen Fortschritten in der Früherkennung und Behandlung von Krankheiten und den kläglichen Ansätzen, diese der breiten Bevölkerung nutzbar zu machen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

1. Angeborene Stoffwechselerkrankungen treten mit einer Häufigkeit von 1 : 5000 bis 1 : 40 000 auf und könnten durch eine frühzeitige Diät wirksam bekämpft werden. Der dazu notwendige Früherkennungstest ist durch Filterkarten leicht zu handhaben; trotzdem wird dieser Test in mehreren Bundesländern bis heute nicht vorgenommen, so daß die betroffenen Neugeborenen einer irreversiblen Hirnschädigung zum Opfer fallen.

2. Dreißigtausend Menschen in der BRD brauchten weder taub noch stumm zu sein und könnten auch in ihrem Denkvermögen vollwertige Menschen sein, wenn sie im Kleinkindesalter früh genug einer speziellen ärztlichen oder audiologischen Behandlung zugeführt worden wären. Das durchschnittliche Erfassungsalter von Hörgeschädigten liegt bei fünfeinhalb Jahren. Demgegenüber sollte die pädoaudiologische Betreuung mit eineinhalb Jahren beginnen (99). Auch nach Einführung der Vorsorgeuntersuchungen bei Kleinkindern bleibt zu befürchten, daß viele hörgeschädigte Kinder erst zu spät entdeckt werden, da die niedergelassenen Ärzte kaum über Audiometer zur Hörprüfung verfügen.

3. Zahnärztliche Untersuchungen bei Essener Klein- und Schulkindern wiesen nach, daß von den Dreijährigen schon 51,5 %, den Vierjährigen etwa 67 % und den Fünfjährigen 69 % an Karies erkrankt waren. Demgegenüber liegen die Zahlen an Orten mit relativ guter zahnärztlicher Versorgung um 10 bis 20 % günstiger. Notwendig wäre eine zahnärztliche Untersuchung beginnend mit dem 3. Lebensjahr, die während der Schulzeit zweimal jährlich fortzusetzen wäre. Das würde jedoch den Einsatz von mindestens 1000 Jugendzahnärzten in der BRD notwendig machen, bei einem jährlichen Fehlbedarf von 700 Zahnärzten eine Illusion (125).

4. Etwa ein Prozent der Bevölkerung der BRD leidet an einem nicht erkannten Diabetes. Durch einfache Tests wäre eine frühzeitige Erfassung und damit Verhütung von schwerwiegenden Organkomplikationen zu erreichen. Das gleiche gilt für eine Reihe von Nieren- und Harnwegserkrankungen.

5. Während die DDR 1969 eine Erkrankungshäufigkeit an Tuberkulose von 93,6 pro hunderttausend Einwohner zu verzeichnen hatte, waren es in der BRD 368,8/100 000. Trotzdem wurde die Impfpflicht nicht in die am 1. 7. 71 eingeführten Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder aufgenommen.

6. Die in das Vorsorgeprogramm aufgenommenen Untersuchungen auf Gebärmutterhalskrebs gelten für alle Frauen über 30 Jahre. Diese Altersbegrenzung ist medizinisch nicht zu rechtfertigen, da bereits zwanzigjährige Frauen daran erkranken können.

All dies legt den Schluß nahe, daß in der BRD Vorsorgeuntersuchungen nur insoweit durchgesetzt werden, als sie ohne Mehraufwand an Ärzten und ohne kurz- und langfristige Investitionen durchzuführen sind. Hinzuzufügen wäre: ohne Neustrukturierung der ambulanten Krankenversorgung. Die weitere Ausdehnung von Vorsorgeprogrammen würde nämlich schon allein aus Gründen einer ökonomischen Effektivierung Umwälzungen in der ambulanten Krankenversorgung notwendig machen. Gerade dagegen wehren sich jedoch die ärztlichen Standesorganisationen, da sie befürchten, daß dann das Monopol der ambulanten Versorgung nicht mehr bei den niedergelassenen Ärzten, sondern bei öffentlichen Ambulatorien liegen würde. Es ist fraglich, ob eine so verstandene Standespolitik sich nicht langfristig in Widerspruch zu den Interessen des kapitalistischen Staates begibt.

Richard Reckmann (Kiel)

Soziale Bewegung und Politik

Stavenhagen, Rodolfo: Les classes sociales dans les sociétés agraires. Editions anthropos, Paris 1969 (402 S., br., 30,90 F).

Die Behandlung des Themenkomplexes: Klassen und Klassenkampf in den Ländern der „Dritten Welt“ sieht sich vor einer doppelten Schwierigkeit: der Rekonstitution der durch die verschiedenen „Schichtungstheorien“ verwässerten Klassentheorie überhaupt und dem Problem ihrer Anwendung in Bereichen, für die sie ursprünglich nicht konzipiert war. Die Klassenbildung in den unterentwickelten gehaltenen Ländern ist ein Phänomen sui generis, das zusätzlicher sozialwissenschaftlicher Arbeit bedarf und nicht mit voreiligen Analogieschlüssen aus der europäischen Sozialgeschichte zu erfassen ist.

In diesen Ländern selbst haben sich zumeist unter dem Eindruck des Gegensatzes von Kolonialismus und Kolonisierten populistische Integrationsideologien durchgesetzt; die Existenz von Klassen gilt in diesen als überholt oder verfrüht. Ein Beispiel dafür ist die Bemer-

kung Senghors, der Gebrauch des Klassenbegriffes für afrikanische Gesellschaften sei ein Erbe des wissenschaftlichen Kolonialismus, an dem nur noch einige unbelehrbare afrikanische Marxisten festhielten. Überdies sind Begriffe wie „Klasse“, „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ dem Vokabular vieler Sprachen der „Dritten Welt“ fremd, die andere Dichotomien (z. B. von Archaismus und Modernität oder von Stadt und Land) kennen. Bekannt ist dagegen zumeist ein rein quantitativer Schichtbegriff, gegen den es der qualitative Klassenbegriff der marxistischen Soziologie schwer hat, sich durchzusetzen.

Die Applikation der Klassentheorie ist also immer dem Verdacht des Eurozentrismus ausgesetzt; jedoch gilt, daß die erwähnten Termini nicht bereits deswegen ihre Erklärungskraft einbüßen, weil es sich bei ihnen um importierte Begriffe handelt. Genauso unsinnig wäre es, anzunehmen, für Europa gelte die Existenz von Klassen erst, seitdem die Physiokraten und die Französische Revolution diese auf den soziologischen Begriff gebracht haben. Begriffliches Instrumentarium und reale gesellschaftliche Verhältnisse können durchaus disparat sein. Für die „Dritte Welt“ gilt, daß es gerade die Verhältnisse sind, die mit der Ablehnung und Bekämpfung des Sozialismus und damit der Einsicht in die gegebenen Klassenstrukturen vor ihrer Decouvrierung geschützt werden sollen.

Dies muß der Besprechung einer Arbeit des mexikanischen Soziologen Rodolfo Stavenhagen zur Klassenproblematik in Agrargesellschaften vorangeschickt werden. Stavenhagen ist Schüler G. Balandiers und heute nach langjähriger Arbeit in landwirtschaftlichen Planungsinstitutionen Lateinamerikas Professor in Mexiko und Beauftragter des Internationalen Arbeitsamtes (BIT) in Genf.

Er hat seine Studie in drei Teile gegliedert: eine theoretische Erörterung der Begriffe „Klasse“ und „Unterentwicklung“ und ihrer Bezogenheit aufeinander; zwei Kontinentalstudien (Lateinamerika und Afrika), an denen diese verifizierbar ist; und schließlich zwei Fallstudien (zum Anyi-Stamm an der Elfenbeinküste und zu den Maya). Eine gewisse Ausgewogenheit zwischen theoretischer und empirischer Arbeit ist damit gewährleistet; doch sei gleich vorweg gesagt, daß Stavenhagen die Klassenstrukturen der Länder der „Dritten Welt“ niemals in ihrer Totalität erfassen will, sondern sich ganz auf den agrarischen Sektor beschränkt. Dazu ist er sicherlich berechtigt, insofern in den meisten unterentwickelt gehaltenen Ländern zwischen 60 und 90 Prozent der Beschäftigten dort zu verorten sind. Andererseits macht erst die Hinzuziehung der übrigen gesellschaftlich relevanten Gruppen: nationale Bourgeoisie (Bürokratie, Militär) und industrielles Proletariat, d. h. eine Berücksichtigung des sekundären und tertiären Sektors bzw. des politisch-administrativen Bereichs, eine vollständige Klassenanalyse möglich.

Stavenhagens eigentliches Thema sind die Wandlungen, die die traditionellen Gesellschaften Lateinamerikas und (Schwarz-) Afrikas unter dem Einfluß von Kolonialismus und kapitalistischer Produktionsweise hinsichtlich ihrer Sozialstruktur durchmachen und die Frage, welche neuen sozialen Kategorien während dieses Prozesses

entstehen. Nicht berücksichtigt hat er dabei übrigens die bisher wesentlichsten Arbeiten zu diesem Thema: die Hefte 38 und 39 der „Cahiers internationaux de sociologie“ von 1965 und das 1967 in Moskau erschienene Werk „Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern“ (dt. Berlin — DDR 1969).

Die Klassenanalyse der betreffenden Gesellschaften wird erschwert durch zahlreiche interne Partikularismen und die Überlagerung historisch ungleichzeitiger Entwicklungsstufen, d. h. den Dualismus „traditioneller“ und „moderner“ Produktionsweisen. Doch bekräftigt Stavenhagen die prinzipielle Gültigkeit des Klassenbegriffs für die „Dritte Welt“, der vor allem eine analytische Kategorie zur *Erklärung* gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ist und über den bloß deskriptiven Wert von Schichtmodellen hinausgeht (vgl. 45). Allgemein geht er von der klassischen Leninschen Definition (vgl. Werke, Bd. 29, S. 410) aus, die als Unterscheidungsmerkmal sozialer Gruppen deren Stellung im Produktionsprozeß und ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln hervorhebt. Für den von Stavenhagen bearbeiteten Bereich bedeutet dies eine besondere Gewichtung des Bodens, d. h. der Tatsache von Besitz bzw. Nicht-Besitz von Boden, der quantitativen Ausdehnung des Besitzes, der Identität bzw. Nicht-Identität von Besitzer und Arbeiter, der Existenz von Lohn- und Saisonarbeit usw. (vgl. 109 und 365). Daneben existieren sekundäre und relativ autonome soziale Gruppierungen wie Kasten, Rassen und Minoritäten (46 ff.), deren besondere Rolle und Bedeutung für die „Dritte Welt“ beachtet werden muß. Da die Kasten ganz auf das sozio-kulturelle Spezifikum Indien eingeschränkt werden können, sind vor allem die ethnischen Differenzierungen wichtig, die z. B. in Lateinamerika Ausdruck kolonialer und klassenmäßiger Relationen zugleich sind und in Schwarzafrika zu eigentümlichen Konkurrenzverhältnissen im Bodenbesitz geführt haben (197 ff.).

Wie Stavenhagen ganz richtig betont, meint die Anwendung der Klassentheorie auf die „Dritte Welt“ eine Komplizierung der Problematik, vor allem wegen der angesprochenen Koexistenz „traditioneller“ und „moderner“ Sozialstrukturen. Wesentlich mehr als in vergleichbaren Epochen der europäischen Geschichte liegt hier eine Tendenz zur Überlagerung verschiedener Stratifikationsniveaus vor. Einerseits findet man die für vorkapitalistische Formationen typische Komplexität und Pluralität der Klassengliederung, andererseits eine Tendenz zur Herausbildung der im „Manifest“ prognostizierten Verschärfung und Dichotomisierung des Klassegensatzes mit fortschreitender Teilung der gesellschaftlichen Arbeit. Diese betreffen zwar hauptsächlich den industriellen Bereich, tragen aber — wie Stavenhagen nachweist — auch zur Polarisierung im agrarischen Sektor bei.

Nicht ganz klar ist Stavenhagens Analyse des Klassencharakters traditioneller Gesellschaften. Mit Lévi-Strauss behauptet er prinzipiell: „Der Großteil der primitiven oder archaischen Gesellschaften sind Vor-Klassengesellschaften“ (56), wobei sich der Terminus „Primitivität“ nicht nur auf Urgesellschaften, sondern durchaus auch auf

Feudalsysteme bezieht. Ausdrücklich betont er, daß Klassenstrukturen erst ein Import des Kolonialismus seien; doch führt er noch im gleichen Kapitel (60 ff.) fünf Beispiele vorkolonialer *Klassengesellschaften* an: das vorkolumbianische Amerika (Azteken und Inka), das vorbritannische Indien, Madagaskar, das vorkoloniale Westafrika und die ehemaligen Königreiche des ostafrikanischen Seengebietes (Ruanda). Seine Schlußfolgerung ist: „Klassengesellschaften ... haben auch in anderen Regionen der Welt existiert, bevor sie durch die europäische Expansion modifiziert wurden. (...) Bestimmte traditionelle Sozialstrukturen der unterentwickelten Welt waren Klassenstrukturen“ (73). Diese letzte Aussage ist auch durchaus gültig, da Klassenverhältnisse das historisch durchgängige Phänomen der herrschaftlichen Aneignung gesellschaftlicher Arbeit zum Ausdruck bringen, wie bereits die Marxsche Diskussion der „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“, in den „Grundrissen“ herausgearbeitet hat und was durch die empirischen Studien zur Analyse der asiatischen Produktionsweise vielfach bestätigt worden ist. Alle vorkapitalistischen Formen sind demnach von Klassengegensätzen gekennzeichnet, sobald „Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter abgepreßt wird“ (Kapital I, MEW 23, 231); die Form dieser Abpressung unterscheidet die einzelnen Gesellschaftsformationen. Stavenhagen akzeptiert andererseits im Verlauf seiner empirischen Untersuchung Klassen nur noch in ihrer „modernen“, d. h. kapitalistischen Erscheinungsweise; Klasse und Schicht werden so zu Bezeichnungen für moderne bzw. traditionelle Sozialsysteme. Klassenstrukturen sind dann bei ihm per definitionem neuartige Phänomene, die nicht aus der traditionellen Sozialstruktur ableitbar und nicht in ihr vorfindlich sind, während Schichten sowohl die aktuellen wie die traditionellen sozialen Organisationsweisen widerspiegeln (so 374). Trotz der eingangs vorgenommenen Begriffserläuterung, in der er Schicht nicht als gleichberechtigten, sondern als untergeordneten Begriff und die gesamte Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen herausgestellt hat, haben sich also hier wieder ambivalente Bewertungen des Klassenbegriffs eingeschlichen.

Eine besondere Beschleunigung erfuhr die Klassenbildung durch den Import der kapitalistischen Produktionsweise in Begleitung des europäischen Kolonialismus, der zugleich einen „internen Kolonialismus“ zur Folge hatte, um einen von Stavenhagen an anderer Stelle gebrauchten Ausdruck aufzunehmen. Sechs Elemente sind es, die zu einer Transformation der Sozialstruktur beitragen (77 ff.): die Einführung des Geldäquivalents und der Geldwirtschaft, besonders mit der Entwicklung von Geldabgaben an die Kolonialadministration, und der Lohnarbeit; die Einführung des privaten Landbesitzes und der industriell betriebenen, für den Export bestimmten Monokulturen; die Binnenwanderung; die Urbanisierung; die Industrialisierung; die nationale Integration. Stavenhagen gewichtet diese heterogenen Prozesse nicht weiter; er betont nur, daß die ersten drei für die ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung sind. Die „Bauern“, eine überaus weiträumige Kategorie, differenziert Staven-

hagen nach fünf generellen Typen des Landbesitzes (102 ff.): dem Hacienda-Typ auf der Grundlage von Tagelöhnerarbeit oder kleiner Parzellenbauern, der Familienfarm auf der Basis der Grundrente, dem kleinen Familienbesitz, dem Plantagenbetrieb auf der Grundlage von Sklaven- bzw. Lohnarbeit, der extensiven kapitalistischen „Ranch“. Diese Typologie muß regional ergänzt werden: so existieren in Lateinamerika daneben die großen Viehzucht-domänen, der indianische Gemeinbesitz und als Produkt der Agrarreformen das quasi-genossenschaftliche ejido-System, in Afrika vor allem der kollektive Stammesbesitz.

Am lateinamerikanischen Beispiel ist die Polarisierung der Bauern in die Masse der Landlosen und Mikrofundiensbesitzer einerseits und der Großgrundbesitzer andererseits nachweisbar; in Mexiko z. B. besitzen etwa 50 % der ländlichen Bewohner kein Land. Von den existierenden Grundstücken haben zwei Drittel weniger als 5 ha, 17 % eine Größe von 5 bis 25 ha, 13 % eine Größe von 25 bis 200 ha. Die Besitzer dieser letzten bilden zusammen mit den durch die Agrarreform eigentlich illegalisierten Großgrundbesitzern (Besitz über 200 ha) die ländliche Bourgeoisie, deren Herrschaft in den meisten Ländern Lateinamerikas kaum gebrochen ist und durch zahlreiche Agenturen gesichert wird. Die in Mexiko feststellbare Klassengliederung kann als Modell für die derzeitigen lateinamerikanischen Verhältnisse gelten.

Die Möglichkeiten einer Agrarreform beurteilt Stavenhagen pessimistisch, solange sie nicht von einer wirksamen Veränderung der realen Machtverhältnisse begleitet wird; ihr Effekt war bisher zumeist die Konsolidierung der agrarischen Bourgeoisie bei nur teilweiser Liquidation des Latifundien-Besitzes. Resultat war nicht die Elimination, sondern die Vermehrung der Mikrofundiens, die als bloße Durchgangsstationen zur Proletarisierung der kleinen Landbesitzer gelten können. Das ursprüngliche Ziel, nämlich die Herausbildung einer zahlenmäßig starken Schicht unabhängiger Produzenten, der auf dem Markt konkurrenzfähigen Farmer, hat die Agrarreform verfehlt. Die Folgen dieses Fehlschlages werden, wie z. B. in Ägypten, durch eine außerordentliche demografische Pression erschwert. Auf die sozialistische Alternative dazu, etwa anhand des kubanischen Beispiels, geht Stavenhagen kaum ein.

In den erwähnten case-studies beschäftigt sich Stavenhagen im einzelnen mit der Entstehung neuer sozialer Gruppen, die entweder — wie die liberianischen Plantagenarbeiter — den Grundstock neuer Klassen bilden — oder — wie im Fall der Anyi-Siedler — nur Übergangsschichten sind. Im Übergangsstadium befinden sich auch die gegenwärtig noch stark dem Heimatdorf verbundenen Saisonarbeiter.

Klassengegensätze in agrarischen Gesellschaften lassen sich in zwei Typen zusammenfassen: 1. als Auseinandersetzung von kleinen Landbesitzern und ländlicher Bourgeoisie und 2. als Auseinandersetzung zwischen Großgrundbesitzern bzw. einer ausländischen Company und dem ländlichen Proletariat. Die Rolle der Bauern in diesen Klassenauseinandersetzungen, die Stavenhagen in einem seiner Stu-

die vorangestellten Doppelmotto angesprochen hat, erläutert er nicht weiter. Dort stellt er der bekannteren These Fanons die des amerikanischen Sozialwissenschaftlers R. Redfield, der die prinzipiell konservative Rolle der Bauern im Prozeß des sozialen Wandels bekräftigt, gegenüber. Damit ist zwar die scholastische Diskussion um die „führende Rolle“ einer gesellschaftlichen Gruppe vermieden worden, gleichzeitig aber auch ein wesentlicher Aspekt der Entwicklung von Agrargesellschaften unberücksichtigt geblieben. Stavenhagen kommt lediglich zu dem Schluß, daß die „kleinen ländlichen Gemeinden nicht bloßer passiver Reflex sozialer Wandlungen sind, die von den urbanen Zentren ausgehen. Die kleine Landgemeinde repräsentiert in den unterentwickelten Gesellschaften ebenfalls ein Glied der Kette, die gleichzeitig zur Entwicklung und zur Verschärfung der Unterentwicklung geführt hat und führt“ (376).

Claus Leggewie (Köln)

Steger, Hanns-Albert (Hrsg.): Die aktuelle Situation Lateinamerikas. Beiträge zur Soziologie und Sozialkunde Lateinamerikas, Bd. 7. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1971 (463 S., br., 62,— DM).

In den letzten Jahren hat sich in der BRD wie auch in einigen anderen europäischen Ländern ein besonders starkes Interesse an den Problemen Lateinamerikas entwickelt. Dies hängt sicherlich mit dem spektakulären Ereignis der cubanischen Revolution zusammen; eine allgemeinere Ursache — die vielleicht auch mit zur Erklärung dieser Revolution beiträgt — liegt aber in dem „Entwicklungs“prozeß, den große Teile Lateinamerikas seit dem 2. Weltkrieg durchlaufen. Dieser Prozeß ist gekennzeichnet durch eine starke Expansion meist auslandsabhängiger moderner Sektoren in den Bereichen der extraktiven Industrie und der Importsubstitution — und eine zunehmende Marginalisierung breiter Teile der Bevölkerung, die die Probleme der Unterentwicklung nur noch verstärkt und die Beziehung zwischen äußerer Abhängigkeit und Unterentwicklung immer offensichtlicher macht.

In diesem Zusammenhang ist auch der Aufschwung der lateinamerikanischen Sozialwissenschaft zu sehen, der durch Namen wie Fernando Henrique Cardoso, Orlando Fals Borda, Florestan Fernandes, Andre Gunder Frank, Celso Furtado, Osvaldo Sunkel u. a. charakterisiert wird. Eine Reihe dieser Namen findet sich auch unter den Autoren des vorliegenden Bandes, in dem die Referate des „Zweiten Wissenschaftlichen Übersee-Kolloquiums“, durchgeführt im November 1967 in Münster, Dortmund und Berlin, veröffentlicht werden. An diesem Kolloquium nahmen insgesamt fünfundzwanzig lateinamerikanische und dreiundsechzig deutsche Sozialwissenschaftler teil. Das alles erweckt einige Erwartungen in bezug auf dieses

Buch — Erwartungen, denen einige lateinamerikanische Beiträge voll entsprechen, die aber insgesamt eher enttäuscht werden.

Orlando Fals Borda diskutiert in seinem Beitrag „Wissenschaft und Engagement. Methodologische Probleme des Buches: „Die Subversion in Kolumbien““ (39—50) die Problematik der Beziehung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischem Engagement. Orientiert an nordamerikanischen Kritikern des Wertfreiheitspostulates (C. Wright Mills, Barrington Moore, Robert Redfield u. a.), entwickelt er methodologische Forderungen, die einige Prämissen der kritischen lateinamerikanischen Sozialwissenschaft kennzeichnen: Für den Sozialwissenschaftler geht es erst einmal darum, Distanz zu den herrschenden Normen und Werten zu gewinnen; er darf „nicht zu einem bloßen intellektuellen Unterprodukt der Faktoren sozialer und historischer Stagnation werden“ (43) — wobei eine bewußte Nicht-Neutralität keineswegs den Verlust der Objektivität bedeutet, sondern im Gegenteil Objektivität erst ermöglicht. Diese Distanz setzt einen „teletischen“ Bezugsrahmen voraus, d. h. die Gegenwart wird im „Angesicht der Zukunft und mit dem Ziel, diese bewußt zu gestalten“ (44), untersucht.

Unter anderem folgt daraus, daß Engagement und Wertung die Kriterien für die Auswahl wissenschaftlicher Fragestellungen liefern müssen, und daß weiterhin wissenschaftliche Begriffe, die der sozialen Stagnation verhaftet sind, durch solche ersetzt werden, die den zukunftsorientierten Zielen des Forschers adäquat sind. Fals Borda illustriert dies am Beispiel des Begriffes der „Subversion“: Er muß aus seinem alten Kontext, in dem er „etwas Unmoralisches und die Gesellschaft Zerstörendes“ kennzeichnete, herausgelöst werden und vom Standpunkt desjenigen, der Gesellschaft verändern will, als „etwas Positives, Moralisches und die Gesellschaft Aufbauendes, als eine notwendige Voraussetzung für deren Entwicklung“ (40) angesehen werden.

Zwei weitere Beiträge von Lateinamerikanern schließen sich hier an, in denen — aus einer solchen „engagiert kritischen“ Perspektive — hervorragende Analysen der lateinamerikanischen Gegenwart sowie ihres historischen Hintergrundes geleistet werden:

José Matos Mar liefert in seinem Aufsatz „Herrschaft, ungleiche Entwicklung und Pluralismen in der peruanischen Gesellschaft und Kultur“ (244—273) eine strukturelle und dynamische Analyse der gegenwärtigen Situation Perus, die auf einer Untersuchung der historischen Entwicklung des Landes im Abhängigkeitsfeld des internationalen Systems aufbaut. „Gegenwärtig“ heißt hier 1967, und daher dürften einzelne Bemerkungen heute als Folge der Politik der Militärregierung überholt sein; dies gilt jedoch keineswegs für die Analyse der grundlegenden Probleme Perus.

Durch die spanische Eroberung im 16. Jahrhundert wurde das Land zur Peripherie des sich entwickelnden Kapitalismus in Westeuropa; die indianische Kultur wurde von der nun dominanten kreolischen überlagert. Die Ablösung der spanischen Herrschaft durch die ökonomische Dominanz erst der Engländer, dann der US-Ameri-

kaner führte zu einer nochmaligen Überlagerung vor allem der inneren Metropolen (d. h. in erster Linie Limas) durch die westeuropäisch-nordamerikanische Kultur. Die unterschiedliche wirtschaftliche Integration verschiedener Teile Perus in das kapitalistische Weltsystem, verbunden mit einer unterschiedlichen Penetration der indianischen Kultur durch die verschiedenen fremden Einflüsse resultierte in einer regionalen Differenzierung und Zersplitterung, die weit über die bereits vor dem 16. Jahrhundert bestehenden Entwicklungsunterschiede hinausging und seither die gesamte peruanische Geschichte kennzeichnet.

Matos Mars Untersuchung der gegenwärtigen Situation Perus baut dann einerseits auf dieser historischen Analyse, andererseits auf einer Skizzierung der gegenwärtigen Weltlage auf, wobei er sich u. a. auf die ebenfalls im vorliegenden Buch abgedruckte Arbeit *Furtados* („Probleme der Industrialisierung in Lateinamerika“, 286 bis 290) bezieht. Furtado analysiert die Folgen der „Zweiten Industriellen Revolution“ für die ökonomische Entwicklung unterentwickelter Gesellschaften: Die Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen aufgrund des relativen Bedeutungsverlustes von Rohstoffen gegenüber industriellen Zwischenprodukten (häufig Rohstoffsubstitute) sowie dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern führte zusammen mit einer wachsenden Außenverschuldung zu einer fortschreitenden Vergrößerung des Abstandes zwischen industrialisierten und unterentwickelten Regionen. Im Kampf um die Verringerung dieses Abstandes erhalten z. Z. die Expansion der Produktion und der Exportmöglichkeiten von Fertigwaren sowie wissenschaftliche und technische Innovationen grundlegende Bedeutung, wobei, so Furtado, die Lösung des Problems „die Dimensionen einer Dritten Industriellen Revolution annehmen wird“ (289). Die starke Penetration Perus durch die kapitalistischen Metropolen (vgl. die Daten 251 f.) vermittelt diese globalen Entwicklungstendenzen auf die innerperuanische Problematik.

(a) Seit 1945, im Zusammenhang mit der beginnenden Gewichtsverlagerung von der Produktion von Rohstoffen zu der von Fertigprodukten, wird die nationale Macht Perus nicht mehr durch eine homogene Elite repräsentiert, sondern stellt, entsprechend der Abhängigkeit von unterschiedlichen ausländischen Interessen, ein Konglomerat von heterogenen Gruppen dar.

(b) Die Penetration führt zur Übertragung von Konsummodellen aus den kapitalistischen Metropolen nach Peru. Vor allem auf die Bevölkerung der innerperuanischen Peripherie wirkt der Demonstrationseffekt dieser Konsummodelle sehr stark, vermittelt über eine starke Verdichtung des Kommunikationsnetzes (Radio, Straßenbau). Er führt im Zusammenhang mit der Bevölkerungsexplosion und der Starrheit der Landbesitzsysteme zu einer ständig wachsenden Wanderungsbewegung vom Land in die Städte, d. h. vor allem nach Lima. Als Folge dieser Migration wächst die Vorherrschaft der städtischen Welt innerhalb der Gesamtgesellschaft, entwickelt sich

aber auch eine „Verländlichung“ der städtischen Kultur: Da die ehemaligen Bauern als Folge der Arbeitsknappheit meist nicht in die städtisch-kapitalistische Wirtschaft und damit auch nicht in die städtische Gesellschaft eingegliedert werden, bewahren sie für lange Zeit ihre traditionellen bäuerlichen Verhaltensweisen und bringen so ländliche Elemente in das städtische Milieu. Bei diesem Marginalisierungsprozeß als Folge der Migration handelt es sich wohl einerseits um eine Form von Verelendung, andererseits aber auch um einen Prozeß wachsender nationaler Integration, in dem überhaupt die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gesellschaft, damit aber auch der Zustand der Unterentwicklung und Abhängigkeit, bewußt wird.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sieht Matos Mar folgendermaßen:

„Die zunehmende Eingliederung großer marginalisierter Gruppen, der mit stets größerer Akzeleration ansteigende Bevölkerungszuwachs, die unharmonische globale Stagnation, die Armut, die Starre der sozialen Klassen und die Beibehaltung der gegenwärtigen sozialen Organisation des Landes, die sich weder als wirksam noch als rational erwiesen hat, bereiten das für die zukünftigen radikalen Wandlungen, denen Peru in den nächsten Jahrzehnten entgegen sehen muß, angemessene Klima vor“ (273).

Am Beispiel Brasiliens untersucht *Florestan Fernandes* in seinem Aufsatz „Klassengesellschaft und Unterentwicklung“ (95—162) den Typus einer „unterentwickelten Gesellschaft“:

Fernandes geht von der Grundthese der lateinamerikanischen „Dependencia“-Diskussion aus: Die Entwicklung einer kapitalistischen Weltwirtschaft läßt zwei unterschiedliche, einander komplementär entsprechende kapitalistische Formationen entstehen:

„In dem einen Extrem haben wir es mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu tun, die mit den aus den Kolonialwirtschaften überführten und erbeuteten wirtschaftlichen Überschüssen wuchs. In dem anderen Extrem sehen wir uns einer kapitalistischen Marktwirtschaft gegenüber, die, indem sie wächst, Gefahr läuft, stets noch abhängiger zu werden. Diese Charakteristika ... zeigen, daß die kapitalistische Marktwirtschaft der unterentwickelten Gesellschaften strukturelle Dimensionen sowie gewisse wirtschaftliche Mechanismen aufzeigt, die von ihren wesentlich heteronomen Existenzbedingungen determiniert sind“ (108).

Um die spezifischen Unterschiede der Klassenstrukturen unterentwickelter und entwickelter kapitalistischer Gesellschaften herauszuarbeiten, analysiert Fernandes dann die gesellschaftliche Struktur unterentwickelter Länder mit theoretischen Modellen, die am Beispiel entwickelter Gesellschaften erarbeitet worden sind, nämlich den Klassentheorien von Weber, Marx und Durkheim. Ausgehend von der (auf wirtschaftlichen Interessen basierenden) Dynamik politischer Elemente (Weber), der strukturellen Charakterisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Marx) sowie den „Mechanismen der moralischen Solidarität“ als Folgen von sozialer Struktur

und Organisation (Durkheim), kommt Fernandes zu dem Ergebnis, daß die Unterentwicklung kein Zustand ist, „der von *innen* heraus geschaffen und erhalten wird, sondern ein Zustand, der *von außen her* geschaffen, bedingt und geregelt wird, durch Faktoren der Struktur und Konjunktur des Weltmarktes“ (125). Entsprechend trägt auch das Klassenregime im unterentwickelten Kapitalismus nicht nur dazu bei, die klassenkonstituierenden sozio-ökonomischen Interessen zu organisieren, sondern auch, die „Ausbeutung von außen nach innen“ zu garantieren (129). Der optimale Einsatz wirtschaftlicher Faktoren wird im unterentwickelten Kapitalismus nicht durch die Erfordernisse des eigenen Wirtschaftssystems bestimmt, „sondern durch eine plastische Anpassung an die Schwankungen der *Nachfrage von außen*“ (130), was schließlich denjenigen einheimischen Unternehmer bevorzugt, der seine Wirtschaftsaktivitäten an den Konsumschwankungen und Finanzspekulationen des Weltmarktes orientiert. Dadurch wird das Entstehen einer sich selbst tragenden kapitalistischen Wirtschaft verhindert, die Monopolisierung des Wachstums im modernen Sektor gefördert und somit die Diskrepanz zwischen diesem und dem archaischen Sektor noch verstärkt. Schließlich untermauert die Übernahme politischer Ideologien aus den kapitalistischen Metropolen einen Zustand, den Fernandes als „*Kreislauf der Unbestimmtheit*“ (149; Hervorhebungen von Fernandes) bezeichnet: Auslandsabhängiges kapitalistisches Wirtschaftsverhalten in unterentwickelten Ländern fördert Denk- und Verhaltensweisen, die ihrerseits die Fremdbestimmung durch Faktoren, die in bezug auf das eigene System von zufälliger Natur sind, noch verstärken.

Eine „bürgerliche Revolution“, die diesen Kreislauf durchbrechen wollte, müßte einerseits die Banden der Abhängigkeit gegenüber dem Ausland, andererseits die Koexistenz sich ausschließender Wirtschaftsformen brechen; eine solche geschichtliche Möglichkeit könne man sich „im Rahmen des vorher Beschriebenen“ jedoch nicht vorstellen (159). Im Kontext dieser Analyse von Fernandes selbst scheint seine abschließende Bemerkung, auch der abhängige Kapitalismus könne in einer kapitalistischen Wirtschaft, die sich auf den Internationalismus zu bewege, eine Wiederbelebung erfahren (161), allerdings unbegründet.

Die Beziehung zwischen sozio-ökonomischen Strukturen und dem Verhalten sozialer Gruppen und Klassen in Lateinamerika steht im Mittelpunkt des Beitrages von *Fernando Henrique Cardoso* („Die sozialen Träger des Wandels und der Beherrschung in Lateinamerika“, 200—222), in dem ein Forschungsprogramm skizziert wird. Nach einer Kennzeichnung der verschiedenen sozialen Kräfte („Volksektoren“, „Unternehmersektoren“ und „traditionelle Sektoren“) fragt Cardoso nach der möglichen Rolle des Staates in der Steuerung der Entwicklung lateinamerikanischer Länder: In erster Linie sei es notwendig, diejenigen Gruppen zu analysieren, die man als „öffentliche Unternehmer“ bezeichnen könne, d. h. die Gründer und Leiter staatlicher Unternehmen sowie die Verantwortlichen für die Ausarbeitung von Entwicklungsplänen und -projekten. Dabei müsse man „den Mecha-

nismus bloßlegen, durch den sie Zugang zu den Entscheidungen haben, die Grenzen ihrer Autonomie aufzeigen, sowie die Folgen der Politik und der Allianzen herausstellen, die sie mit anderen Gruppen in bezug auf die Richtung des sozialen Wandlungsprozesses schließen“ (222).

Norbert Lechner („Ideologie und Entwicklung“, 178—186) untersucht die Ideologisierung von Entwicklungsmodellen und unterscheidet zwischen Nationalismus (als Ideologie einer „herodianischen“ Großbourgeoisie), Populismus (als Koalition zwischen verfügbarer Elite und der unteren „Volksklasse“, die sehr verschiedene Spielarten vom Peronismus bis zum Castrismus umfaßt) und „Cepalismus“ (abgeleitet von CEPAL = Comisión económica para América Latina; Ziel: die Errichtung einer stabilen parlamentarischen Demokratie und eines Wohlfahrtsstaates europäisch-sozialdemokratischer Prägung). Im Gegensatz zu diesen Entwicklungsideologien, die jeweils Entwicklungsprogramme mit unmittelbaren Zielen, somit reformistische Strategien, beinhalten, verlangt Lechner die Konzipierung einer „systematischen Ideologie“, die einerseits das Phänomen der Unterentwicklung in einem historisch-universalen Kontext interpretiert und andererseits eine revolutionäre Umgestaltung der industriellen und der unterentwickelten Gesellschaften impliziert.

Diese Beiträge machen deutlich, daß die Analyse gesellschaftlicher Phänomene Lateinamerikas (und das gilt natürlich auch für jede andere Region) die Untersuchung der globalen Strukturen voraussetzt, die die Bedingungen ihrer gegenwärtigen konkreten Ausprägung sowie ihrer zukünftigen Entwicklung setzen: Im Fall der Unterentwicklung verlangt das ihr Verständnis als einen komplementären Prozeß zur industriellen Expansion der kapitalistischen Metropolen, der durch ökonomische, politische und kulturelle Abhängigkeit vermittelt wird.

Welche Konsequenzen die Analyse bestimmter sozialer Probleme unter Vernachlässigung des sie bedingenden Kontextes hat, machen die Beiträge zu den Hochschulproblemen Lateinamerikas deutlich: Jaime Jaramillo Uribe beschreibt die Funktionen der Universität ohne jeden kritischen Bezug zur lateinamerikanischen Realität („Funktionen der Universität in der lateinamerikanischen Gesellschaft der Gegenwart“, 366—371) als (1) Ausbildung von Technikern (Fachleuten) (2), Übermittlung der eigenen nationalen Kultur und der Werte der westlichen Kultur sowie (3) der Heranbildung politischer und sozialer Führungspersönlichkeiten und Forscher. Die eindeutige Wertbezogenheit auf individualistisch-kapitalistische Ideologien — trotz Urbes Forderung nach wertfreier Wissenschaft (367) — wird bestärkt durch Sätze wie: „Was den Studenten betrifft, so muß für sein Wohlergehen gesorgt und in ihm der Sinn für eigene Verantwortung und die Überzeugung gestärkt werden, daß sein Schicksal vor allem von seinen eigenen Anstrengungen abhängt und nicht vom Paternalismus der Institutionen...“ (371). — Die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen der gegenwärtigen Universität

und von Reformen bleibt genauso außerhalb des Blickfeldes wie die nach den gesellschaftlichen Zielen einer Universitätsreform.

Dies gilt in ähnlichem Maße für die drei weiteren Aufsätze dieses Abschnittes: *Félix Martínez Bonati* („Die Universitätssituation Lateinamerikas am Beispiel Chiles“, 371—378) kritisiert die ständig vergebliche Universitätsreform in Chile mit dem Hinweis darauf, daß die Universitäten ihre „eigentlichen“ Grundfunktionen nicht erfüllten und zum Teil von Personen getragen würden, „die ihrem Geist fremd sind“ (378). Die Studenten seien vom Studium „nicht begeistert“ und daher bereit zu — meist politischen — „Ersatz-tätigkeiten“ (375); die Professorenschaft sei zu einem großen Teil unqualifiziert, ihre wissenschaftlich-erzieherische Funktion zu erfüllen.

Bei den beiden anderen Aufsätzen handelt es sich um detaillierte Beschreibungen der mexikanischen Studentebewegung von 1966; beide eröffnen jedoch ebenfalls keine Perspektiven in bezug auf eine Analyse des sozio-ökonomischen Kontextes lateinamerikanischer Universitäten.

Bereits die starke Divergenz der verschiedenen Beiträge läßt den Band als Ganzes ein wenig fragwürdig erscheinen. Sicher ist eine gewisse Heterogenität bei der Veröffentlichung von Tagungsbeiträgen unvermeidlich — einige vermittelnde Abschnitte des Herausgebers oder vielleicht schon die Publikation einiger Diskussionsbeiträge zu den einzelnen Referaten wären allerdings dem Gesamtzusammenhang des Buches dienlich gewesen.

Auf der anderen Seite sind eine ganze Reihe von Beiträgen aufgenommen worden, die unter dem Titel „Die aktuelle Situation Lateinamerikas“ nichts zu suchen haben; so z. B. *Dieter Oberndörfers* Aufsatz „Zur Lage der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ (63—84), *Clemens Geisslers* „Regionale Einzugsbereiche deutscher Universitäten — Probleme der regionalen Hochschulplanung“ (416—430) und wohl auch *Günther Kahles* Beitrag über die „Grundzüge der deutsch-mexikanischen Beziehungen bis zum Ersten Weltkrieg“ (431—442). Schließlich bringt auch der Abdruck einiger offizieller Ansprachen und Berichte keinen Beitrag zum Thema (z. B. die ganze Einführung, 7—23); Bemerkungen wie die von Walter Rüegg, ein Thema des Kolloquiums sei die „Grenze zwischen kritischer und subversiver Soziologie“ (10), akzentuieren bestenfalls den Unterschied zwischen einer engagiert-kritischen, sich auch politisch-subversiv verstehenden Sozialwissenschaft, wie sie in einigen lateinamerikanischen Beiträgen demonstriert wird, und einer pseudo-kritischen, die sich in akademischen Diskussionen erschöpft. Der Verzicht auf diese und einige andere nicht zum Thema gehörenden Aufsätze hätte das Buch sicherlich erschwinglicher gemacht.

Auch angesichts der fast unzumutbaren Zeit von vier Jahren, die zwischen Kolloquium und Veröffentlichung verging, ist diese Form der Publikation von etwas zweifelhaftem Wert. Demgegenüber wäre es ein Verdienst gewesen, die oben referierten Aufsätze schon 1968 oder 1969 in einer preiswerten Taschenbuchausgabe herauszugeben

— sie enthalten Beiträge zum Problem der Unterentwicklung, die es wert gewesen wären, schneller und von einem breiteren Leserkreis rezipiert zu werden.

Wolfgang Hein (Konstanz)

Boris, Dieter, Elisabeth Boris u. Wolfgang Erhardt: Chile auf dem Weg zum Sozialismus. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1971 (289 S., br., 9,80 DM).

Die Autoren legen mit dieser Arbeit eine fundierte Länderstudie über Chile vor. Ihre Absicht ist es, „Material und Analysen über die Geschichte und Struktur Chiles aufzuarbeiten, um hierdurch ein solideres Fundament für politische Einschätzungen zu gewinnen“ (7). Der politökonomische Ansatz erschließt dem Leser nicht nur die besonderen chilenischen Verhältnisse, sondern die wesentlichen Bedingungen der Unterentwicklung. Ist es nach der Absicht der Studie folgerichtig, die „Präsentierung von Informationen“ (7) in den Vordergrund zu rücken, so werden ebenfalls einige wichtige Fragen der Theorie der Unterentwicklung behandelt.

Zunächst fällt der weit gespannte Rahmen der Untersuchung auf, der von der Kolonialperiode bis zum ersten Jahr der Regierung der Volkseinheit unter Präsident Allende reicht. Die Behandlung der frühen historischen Epochen wird damit begründet, daß „ohne Kenntnis der besonderen Kampfsituation der spanischen Siedler gegenüber den Eingeborenen z. B. die zentralistische Struktur des politischen Systems oder die Tradition des chilenischen Militärs unverständlich bleiben müssen. Ebenso reicht die frühe Entstehung einer militanten Arbeiterklasse und die Bedeutung der verhältnismäßig umfangreichen und politisch relevanten kleinbürgerlichen Zwischenschichten in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurück“ (8 f.).

So gelingt es den Autoren, die ‚Besonderheiten‘ historisch-materialistisch zu erklären und mit dieser wissenschaftlichen Begründung das Fadenscheinige der auf Zufälle verweisenden Erklärungen bürgerlicher Autoren hervorzuheben. Im Zusammenhang dieser ersten zwei Kapitel („Zur Kolonialgeschichte Chiles“ und „Die Phase von der Unabhängigkeit bis zur Weltwirtschaftskrise“) werden zwei wichtige Fragen angesprochen. In aller Kürze gehen die Autoren auf die Franksche These von der ‚Entwicklung der Unterentwicklung‘ aus dem Metropolen-Satelliten-Verhältnis ein (22 f.). Die Konsequenzen, die sich aus der Übernahme dieses Theorems ergeben, sind für die Strategie der lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen fundamental. Die Einschätzung der nationalen Bourgeoisie für diesen Befreiungskampf wie die Frage der Zuspitzung der Klassenverhältnisse aus der eigenen Entwicklung des Kapitalismus werden davon betroffen. Das Beispiel Chile mit der Bündnispolitik der Volkseinheit

ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der durch die zwei marxistischen Parteien, der Kommunistischen und der Sozialistischen, vertretenen Einschätzung. Sie berücksichtigt das Eigeninteresse der nationalen, nicht monopolistischen Bourgeoisie und versteht die Entwicklung der chilenischen Klassengesellschaft als die zum Sozialismus treibende Kraft. Überzeugend ist der Hinweis der Autoren auf den Fehler im Frankschen Ansatz: „Die Verschärfung der feudalen Ausbeutung als Proletarisierungsprozeß mißzuverstehen, kann nur dann unterlaufen, wenn von moralisierenden Kriterien ausgegangen wird, die Austauschbeziehungen in der Erscheinungswelt hypostasiert werden und die Analyse ihren Weg zu den konkreten Produktionsverhältnissen nicht findet.“ (25)

Dagegen vermißt man im Zusammenhang der Darstellung der Entwicklung und Funktion des Staates in Chile, die im 2. Kapitel begonnen wird und in der weiteren Arbeit sich fortsetzt, eine theoretische Bestimmung. Zwar gibt die exakte Beschreibung Anhaltspunkte, doch bleibt das Besondere der Staatsmittel, die nicht aus Steuern, sondern aus den enorm wachsenden Einnahmen (1833: 1 770 000 US-Dollar, 1875: 15 937 000 US-Dollar; 33) des weitgehend auslandsabhängigen extraktiven Sektors resultieren, theoretisch unvermittelt.

Gerade diese Frage könnte auch zu einer Klärung in der Auseinandersetzung mit der Frankschen These beitragen. Die Förderung der nationalen Bourgeoisie durch den Staat, wie sie in der Arbeit für die bisherigen Etappen der chilenischen Geschichte nachgewiesen wird, gilt es dabei ebenso einzuschätzen wie die Bedeutung des Staates als Herrschaftsinstrument und das parlamentarische System in Chile. Dieses Problem führt direkt in die gegenwärtige theoretische Diskussion innerhalb der Volkseinheit.

In den weiteren Kapiteln wird die „sozioökonomische Entwicklung Chiles von 1930—1964“ (82) behandelt, die der dann folgenden Bestimmung der „politisch-soziale(n) Entwicklung von 1936—1964“ (145) als Grundlage dient. Im 5. und 6. Kapitel gehen die Autoren auf die aktuelle Entwicklung in Chile ein. „Das Frei-Experiment“ (180) wird ausführlich behandelt und zutreffend in seiner Bedeutung für den Wahlsieg der Volkseinheit 1970 interpretiert. Den Abschluß des Buches bildet der Versuch, „ein Jahr ‚Unidad Popular‘“ (242) zu skizzieren, die Hauptprobleme aufzuzeigen, die Arbeit der Volkseinheit anzusprechen und auch auf die inneren Auseinandersetzungen innerhalb der Unidad Popular einzugehen.

Besonders hingewiesen werden soll auf die Behandlung der folgenden Fragen, die sich durch den zweiten Teil als Hauptprobleme der Entwicklung Chiles hindurchziehen: Die Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern in den wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen und ihre Folgen; die Entwicklung des kapitalistischen Systems in Chile und damit verbunden die Organisierung der Arbeiterschaft sowie die fortgeschrittene Monopolisierung; die Auseinandersetzungen der zwei marxistischen Parteien über den Weg zur Macht, wobei gerade am Beispiel der Volksfrontregierung (1938—1948) eine

detailliertere Bestimmung der politischen Faktoren und ihrer Einschätzung durch die fortschrittlichen Kräfte in Chile versucht wird. Hier hätte man sich eine ausführlichere Würdigung der tatsächlichen weltpolitischen Bedingungen und ihrer Bedeutung auch für Randzonen wie Chile gewünscht. Dann wäre sicher das „Argument“ der Abhängigkeit der Kommunisten von der Moskauer Zentrale nicht in der Weise in die Arbeit eingegangen, wie dies der Fall ist. Schließlich sind — selbst wenn die offensichtlichen parteipolitischen Kräfteverhältnisse so waren, wie in der Arbeit dargestellt — einige andere Faktoren auch zu berücksichtigen, z. B. die besonders engen Beziehungen des deutschen Imperialismus zu Chile, die große Zahl an Deutsch-Chilenen mit ihrer dominierenden Stellung im Süden des Landes und die auswärtige Politik des faschistischen Deutschland. Vor allem aber müßte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß gegenüber den vielfältigen faschistischen Entwicklungen in verschiedenen kapitalistischen Ländern und der aggressiven Politik gegenüber der UdSSR die Frage der jeweils realen Faschisierungstendenzen *in einem Land* nicht allein über eine Volksfrontpolitik entscheiden konnte. Der Kampf gegen den Faschismus war ja gerade für kommunistische Parteien zu einer internationalen Notwendigkeit geworden.

Zur näheren Bestimmung dieser Zusammenhänge wäre es erforderlich gewesen, die Diskussion der kommunistischen und sozialistischen Parteien Chiles aus den Jahren vor dem 2. Weltkrieg eingehend aufzuarbeiten, ein Vorhaben, das über die Absicht und Möglichkeiten dieser Schrift hinausgeht.

Wenn auch nicht alle vorhandenen Informationen in dieser Schrift verarbeitet werden konnten, so wird dieses Buch doch den Stand der Chilediskussion in der Linken der BRD maßgeblich beeinflussen. Zukünftig wird derjenige, der mit dem ‚Revisionismusvorwurf‘ den chilenischen Weg disqualifizieren will, die in dieser Monographie detailliert vorgetragenen Probleme und Zusammenhänge berücksichtigen müssen.

Dankwart Danckwerts (Hamburg)

Füchtner, Hans: Die brasilianischen Arbeitergewerkschaften, ihre Organisation und ihre politischen Funktionen. Edition Suhrkamp, Bd. 564. Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1972 (278 S., br., 6,— DM).

In der Strategie des Imperialismus nimmt Brasilien auf dem lateinamerikanischen Kontinent die Funktion des Subzentrums ein, dessen ökonomische Ressourcen als das bedeutendste Potential aller kapitalistisch ausgerichteten Entwicklungsländer anzusehen sind. Mit dem vorliegenden Buch füllt Füchtner im deutschen Sprachraum eine Informationslücke, indem er aus den nach der Machtergreifung

durch die Militärs von 1964 noch erreichbaren Quellen die Geschichte der Industriearbeitergewerkschaften (9 ff.) und der Landarbeitergewerkschaften (115 ff.) nachzeichnet und deren Bedeutung in der Politik Brasiliens darstellt (171 ff.).

In der Entwicklung der brasilianischen Arbeiterbewegung unterscheidet Führtner vier Phasen:

- die Zeit der Gründung der Industriearbeitergewerkschaften und ihre freie Entfaltung zu Beginn dieses Jahrhunderts;
- die Unterwerfung der Arbeiterbewegung nach der „Revolution von oben“ durch G. Vargas ab 1930;
- die „demokratische Phase“ von 1952—64 mit der Herausbildung starker Industriearbeitergewerkschaften sowie der Gründung und Entfaltung von Bauernligen und Landarbeitergewerkschaften und
- die Machtergreifung durch die Militärs seit dem Jahre 1964 und die völlige Liquidierung demokratischer Rechte.

Die Anfänge gewerkschaftlicher Organisierung in den damals schwach entwickelten Zentren Südostbrasilien (Rio, São Paulo) waren begleitet von ideologischen Auseinandersetzungen: dominierten zunächst anarcho-syndikalistische Strömungen, so gelang es Ende der 20er Jahre den kommunistischen Kräften, die Arbeiterschaft politisch zu einigen und eine zentrale Gewerkschaftsführung einzurichten. Damit war auch ein erklärtes Ziel der 1922 gegründeten und drei Monate später in die Illegalität verdamnten Partido Comunista Brasileiro (PCB) erreicht. Die Gewerkschaftsbewegung entwickelte trotzdem zu wenig Kraft (von 1,5 Mio. Industriearbeitern waren nur ca. 100 000 organisiert), um die weitere Entwicklung Brasiliens mitbestimmen zu können.

Die „Revolution von oben“ durch G. Vargas (1930) verhalf den Interessen der schwach ausgebildeten nationalen Bourgeoisie, sich erstmals gegen die Herrschaft der Kaffeefazendeiros, Viehzüchter und Zuckerbarone durchzusetzen. In enger Anlehnung an den italienischen Faschismus (Carta del lavoro) wurden die brasilianischen Gewerkschaften diszipliniert und unter die Kontrolle des Arbeitsministeriums gestellt. Mit dem Estado Nôvo (1937) etablierte Vargas per Staatsstreich seine Diktatur und verbot alle politischen Organisationen. Die Gewerkschaften wurden „zu gehorsamen Organen der Mitarbeit“ (40), und der brasilianische „Trabalhismo“ (die die Gesellschaft einende Kraft ist die Arbeit) wurde zur herrschenden Ideologie, um Klassengegensätze zu bestreiten und Klassenkämpfe ggf. auch bekämpfen zu können (wie 1935). Die „Consolidação das Leis do Trabalho“ (CLT) von 1943, die von bürgerlichen Autoren als fortschrittlich beschriebene Arbeits- und Sozialgesetzgebung der Regierung Vargas, enthält (bis 1952 und ab 1964 wieder) als bezeichnendes Merkmal den „atestado de ideologia“, den polizeilich beglaubigten Nachweis ideologischer Unbedenklichkeit, den Kandidaten bei Gewerkschafts„wahlen“ der Staatsaufsicht vorzulegen haben.

Das Interesse einzelner Gewerkschaften, „sich in ‚horizontalen‘ Organisationen zusammenzuschließen und damit die Isolierung zu

durchbrechen und die gemeinsamen Belange wahrzunehmen“ (105), konnte in der „demokratischen Phase“ von 1952—64 gegen Verbote und eigene Organisationsschwierigkeiten entfaltet werden und führte zwischen 1960 und 1962 zu politisch bedeutsamen Dachverbänden. Ausdruck der gewonnenen Kraft sind die ersten Generalstreiks und ersten politischen Streiks der Gewerkschaften nach 1930 im Juli und September 1962. Die Gewerkschaftsbewegung war in diesen Jahren aus dem Verbot der politischen Betätigung ausgebrochen und formierte sich in zwei Flügeln, den Nationalisten, die die Unterstützung der immer noch illegalen PCB hatten und bestrebt waren, „Seite an Seite mit der nationalen Bourgeoisie eine antiimperialistische, antif feudale, nationale und demokratische Revolution herbeizuführen“ (226), und ihnen gegenüber die sogenannten Demokraten, antikommunistische und christlich-demokratische, katholische Gewerkschaften. Ein Erfolg im politischen Bereich blieb der Arbeiterbewegung versagt. Der letzte gewählte Präsident Brasiliens, Goulart (1961—64), konnte sein Programm der nationalen Befreiung nicht durchsetzen; zu sehr war er der Ideologie des „Trabalhismo“ verhaftet, denn für ihn war „die Behauptung, daß Arbeiter und Unternehmer gleiche Interessen hätten, . . . sozusagen selbstverständlich“ (229). So konnte er die Klassenkämpfe Anfang der 60er Jahre als solche nicht verstehen und zeigte sich außerstande, mit dieser Kraft vor allem den mächtigen ausländischen Kapitalinteressen entgegenzutreten.

Ähnlich erfolglos blieben die innerhalb weniger Jahre erstarkten Bauernligen und Landarbeitergewerkschaften in ihrem Kampf für eine Agrarreform. Die ideologische Auseinandersetzung innerhalb der Landarbeiterbewegung entzündete sich an der Einschätzung der ländlichen Produktionsverhältnisse (Feudalismus vs. Kapitalismus) und der Strategie für eine sozialistische Revolution; proklamierten die Bauernligen 1963/64 den bewaffneten Kampf, so beteiligten sich die der PCB nahestehenden kommunistischen Landarbeitergewerkschaften an deren Entwaffnung.

Mit den Militärdiktaturen seit April 1964 wurden alle rechtsstaatlichen Grundsätze und demokratischen Errungenschaften der vergangenen Jahre liquidiert; mit Nachdruck wurde den disziplinierenden Vorschriften der CLT erneut Geltung verschafft; die Landarbeiterbewegung wurde ebenfalls zerschlagen. Brutale Säuberungen der Gewerkschaften brachten wieder die „pelegos“ in ihr Amt, das sind solche Gewerkschaftsführer, „die sich ganz mit der Mittlerrolle zwischen den Interessen der Regierung und denen der Arbeiterschaft identifizieren“ (108) und mit denen nach Marschall Branco (1964—67) „eine ‚herzliche Verständigung‘ möglich war“ (236).

Die umfangreichen Informationen zur Entwicklung der Gewerkschaften, zu den sozio-ökonomischen Voraussetzungen und zur Bedeutung der Gewerkschaften im politischen System Brasiliens bleiben bei Füchtner nebeneinander stehen. Die Verknüpfung der drei Bereiche wird dem Leser überlassen, der dann zu Fehleinschätzungen gelangen dürfte, wenn ihm z. B. Schwächen in der Darstellung der

ökonomischen Entwicklung entgehen: So sind die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Brasilien ohne Bezugnahme auf den baumwollverarbeitenden Textilbereich mit seinen spezifischen Arbeitsverhältnissen (Frauenarbeit, patriarchalische Betriebsführung u. ä.) nicht vollständig zu erfassen; die Krisenerscheinungen der ökonomischen Entwicklung in den Jahren vor dem Militärputsch werden auf strukturelle Faktoren zurückgeführt; die „Grenzen des Wachstums“ (73) wären aber ohne den Investitionsboykott des Auslandes als Reaktion auf Goularts Politik nicht so deutlich zum Vorschein gekommen. Ebenso bleibt die Inflationserklärung (76) ungenau, wenn nicht die defizitäre Haushaltspolitik Kubitscheks (1956—61) genannt wird.

Schwerwiegender ist die fehlende Vertiefung des Gegensatzes zwischen dem „Trabalhismo“ der Regierung Goulart und der Strategie des Staates der nationalen Demokratie, vertreten durch die „Nationalisten“; auch ist die ideologische Grundlage letzterer nicht entwickelt. Daher wird ein wichtiger Aspekt für die Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften in Hinblick auf das Ende der „demokratischen Phase“ in Brasilien nicht ausreichend diskutiert. Wenn Fächter auch kein Material zum gegenwärtigen illegalen Kampf vorlegt, so ist seine Arbeit doch ein wertvoller Beitrag zur Einschätzung der brasilianischen Arbeiterbewegung wie auch zum Verständnis der Rolle Brasiliens im System des Imperialismus.

Ulrich Bernath (Gießen)

Lee, Franz John Tennyson: Der Einfluß des Marxismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika. Mit besonderer Berücksichtigung des Stalinismus und Trotzismus. Selbstverlag, Frankfurt/M. 1971 (243 S., br., 7,50 DM).

ders: Südafrika vor der Revolution? Fischer Taschenbuch, Bd. 1334. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (188 S., br., 4,80 DM).

Lees Buch ist, nach eigenem Verständnis, ein Beitrag zur Abschaffung der Apartheid und der Errichtung einer demokratischen Ordnung in Südafrika. Die Darstellung des Einflusses des Marxismus auf die Befreiungsbewegungen ist eine ideologische Auseinandersetzung mit anderen Positionen, besonders der Congress-Bewegung und der KP (SACP), und der Versuch, eine revolutionäre Praxis zu propagieren. Das Buch ist nicht ohne Kenntnis der ökonomischen und politischen Entwicklung des südafrikanischen und europäisch-amerikanischen Imperialismus sowie der nachrevolutionären Sowjetunion zu verstehen. Es finden sich aber im Text immer wieder Hinweise auf historische und gesellschaftliche Bedingungen, die den Zusammenhang zur jeweiligen Phase der nationalen Opposition herstellen.

Lee unterscheidet drei Phasen in der Geschichte der Befreiungsbewegungen: „1. die Formation der ersten nationalen Bewegungen, 2. der erste Versuch der Bildung einer vereinten Front (Volksfront), 3. die Entwicklung einer Theorie des Guerillakampfes und seine praktische Vorbereitung“ (167). Es folgen eine Auseinandersetzung mit stalinistischen und trotzkistischen Richtungen in den ersten marxistischen Organisationen und ihrer Politik in der Volksfront, eine (trotzkistisch inspirierte) Analyse der Land- und Nationalfrage als wichtigster praktischer und theoretischer Ansatzpunkt der revolutionären Befreiungsbewegungen, Diskussion von Organisationsformen und -vorstellungen des revolutionären Kampfes der verschiedenen Gruppen und eine kurze Gegenüberstellung der Situationseinschätzung des Verfassers mit denen anderer Autoren, meist liberaler Herkunft.

Als „stalinistisch“ bezeichnet Lee die „Ritualisierung der marxistischen Theorie“ (23), die Mobilisierungsstrategie durch Anknüpfung an unmittelbare Probleme, Bedürfnisse und Bewußtseinsformen der Massen (24), die abstrakte Forderung nach einer zukünftigen sozialistischen Revolution“ (24) und Abhängigkeit von der KPDSU bei Boykottierung anderer marxistischer Richtungen (24). Als „trotzkistisch“ wird die Richtung benannt, deren Theorie besagt, daß die „proletarisch geführten armen Bauern“ (20) sowohl die bürgerliche Revolution durchführen und verteidigen und gemäß einer immanenten Logik in eine sozialistische überführen müssen (20). Während SACP und andere Organisationen eine Massenbasis schaffen konnten, verharren die Trotzkisten in bloßer Reflexion, ohne daß beiden, so Lee, eine Synthese zwischen revolutionärer Theorie und Praxis gelungen wäre.

Die Auseinandersetzung um den Einfluß des Marxismus geht aus von den Versuchen der Afrikaner, sich gegen Kolonialismus und Imperialismus zu wehren. „Dieser Einfluß ist nicht Produkt des Marxismus, sondern der südafrikanischen Geschichte oder präziser, der Geschichte des Kolonialismus“ (91). Lee versucht, den Zusammenhang von Befreiungsbewegung und Marxismus hinsichtlich der „zur Sozialisierung führenden Transformation der Gesellschaft“ (209) als nicht fixiertes und fixierbares Verhältnis zu begreifen. Von seiner durch seine praktische Arbeit für eine Befreiungsbewegung bestimmten Position aus anerkennt und kritisiert er z. B. die Politik des gewaltlosen Widerstandes und die der SACP, der er falsche Einschätzung der revolutionären Situation vorwirft, für die Frühphase des Widerstandes und die heutigen Befreiungsbewegungen jedoch mobilisierende und organisierende Funktion zubilligt. Analyse der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung Südafrikas und Kritik der Theorie und Praxis der bisherigen Versuche der Veränderung führen Lee zu der Auffassung, daß heute die Situation für eine Revolution günstig ist (205), da sich im Bewußtsein der städtischen Massen und der Intelligenz die Vorstellung von Gewalt als notwendigem Mittel der Befreiung entwickelt habe (207).

Die wertvollen Hinweise auf Geschichte, Theorie und Praxis der Befreiungsbewegungen können einem gravierenden Mangel an Information über Organisation und Wirksamkeit des Befreiungskampfes nicht abhelfen. Lee weist jedoch zu Recht auf notwendige Geheimhaltung während der konstituierenden Phase der Guerillabewegung hin (27). Umfassende Kenntnis der südafrikanischen Befreiungsbewegungen sind sowohl für eine Theorie der Befreiung des südlichen Afrikas als auch für die praktische Solidarität der sozialistischen Bewegung in der ganzen Welt notwendig, wenn sie nicht nur auf den Eigendarstellungen der Exilgruppen beruhen sollen. Lees Buch kann nicht mehr sein als ein notwendiger Anfang dazu.

Das inzwischen bei Fischer in der Reihe „Informationen zur Zeit“ erschienene Buch „Südafrika vor der Revolution?“ ist eine überarbeitete und erweiterte Auflage der hier besprochenen Schrift. In der neuen Ausgabe sind Kapitel 1 A, eine Charakterisierung der in der BRD erschienenen politischen Literatur über Südafrika, und Kapitel 5 D, eine kurze Information über Namibia, dem vorliegenden Text eingefügt worden. Auch hat Lee verschiedene Umstellungen vorgenommen. Neu ist das letzte Kapitel, das die Frage der Gewalt, der gegenwärtigen Lage der Befreiungsbewegungen und den Versuch einer revolutionären Strategie der Guerilla behandelt. Lee äußert sich kritisch über die bisherigen Ansätze des Guerillakampfes und deutet eine neue Konzeption an, die in der Forderung nach einer revolutionären Partei gipfelt, die in einer „vorrevolutionären Phase“ (165) die Aufgabe der psychologischen, organisatorischen und militärischen Vorbereitung des städtischen Proletariats für eine sozialistische Revolution übernehmen soll. Lees Vorbild sind nicht die Revolutionen in Rußland, China, Kuba und Vietnam, sondern Entwicklung und Kampf der PAIGC in Guinea-Bissau. Dieses Kapitel sollte deshalb bei der Lektüre von Lees Darstellung nicht übergangen werden, weil es eine differenzierte Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Befreiungsbewegungen und das Bewußtsein der Schwierigkeiten des Befreiungskampfes enthält, eine Reflexion, die in seiner Dissertation fehlt.

Werner Korte (Gießen)

Iqbal, Muhammad: *Persischer Psalter*. Ausgewählt und übersetzt von Annemarie Schimmel. Verlag Jakob Hegner, Köln 1968 (192 S., Ln., 8,80 DM).

Italiaander, Rolf (Hrsg.): *Die Herausforderung des Islam*. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1965 (281 S., Ln., 22,50 DM).

Das Verständnis des indisch-pakistanischen Krieges setzt die Aufarbeitung der neueren Geschichte des indischen Subkontinents voraus, insbesondere seit der Aufspaltung der dortigen Nationalbewe-

gung und der Gründung zweier souveräner Nationalstaaten aus einem einheitlichen Territorium im Rahmen des Dekolonisationsprozesses: Indien und Pakistan. In diesem Zusammenhang werden die Schriften von Muhammad Iqbal (1873—1938), dem Ideologen der Staatsgründung Pakistans, aktuell. Die Befürchtung der bürgerlichen Kräfte in den von Muslimen bewohnten Gebieten des indischen Subkontinents, von ihrem Konkurrenten, dem Hindu-Bürgertum, in einem gesamtindischen Nationalstaat überrollt zu werden — zumal die Hindu in einem solchen Staat die Mehrheit bilden würden —, ließ sie separatistische Tendenzen entwickeln und ihre Kräfte darauf konzentrieren, einen gesonderten Dekolonisationsprozeß für die islamischen und die Hindu-Gebiete des Subkontinents zu ermöglichen. So war die dortige antikolonialistische Bewegung von Anfang gespalten. Während das Hindu-Bürgertum, sich seiner Kräfte bewußt, einen gesamtindischen Nationalstaat, der auch die von Muslimen bewohnten Gebiete umfaßt, anstrebte und deshalb nicht religiös, sondern säkular, d. h. gesamtindisch-national argumentierte, mußte das islamische Bürgertum des Subkontinents auf religiöse Ideologien zurückgreifen, um seine separatistischen Neigungen, geboren aus der Angst, die ökonomische Basis zu verlieren, zu legitimieren. Iqbals Synthese aus Islam und bürgerlich-europäischen Ideologien stellt den einflußreichsten Versuch dar, die Gründung des Staates Pakistan ideologisch zu untermauern.

Die vorliegende, von Annemarie Schimmel besorgte Textauswahl enthält die wichtigsten Schriften Iqbals, allerdings vorwiegend in gekürzter Form. Schimmels Einleitung zeugt bedauerlicherweise von einem hastigen Arbeitsstil, wie man ihn aus früheren Veröffentlichungen schon kennt; sie trägt kaum zum Verständnis des Iqbal-schen Denkens bei und geht über allzu generelle, nicht fundierte Aussagen nicht hinaus.

Die ersten Versuche, eine Synthese aus Islam und europäischem Gedankengut herzustellen, unternahm Iqbal während seiner Studien in England und Deutschland, die er 1907 in München mit der Promotion abschloß. Iqbal, der Selbstzeugnissen zufolge Nietzsche seinen Denkimpetus verdankt, verwahrte sich stets dagegen, als Atheist bezeichnet zu werden. In seinen nietzschianisch mimetisch anmutenden Gedichten stellt er Nietzsche als einen Denker vor, dem islamische Frömmigkeit anstand: „Er warf ins Herz des Westens einen Speer — / Rot seine Hand noch von des Kreuzes Blut! / Er, der aufs Heiligtum den Tempel baute: / Heidnisch sein Hirn, gläubig sein Herz und gut“ (85). Über Massignon, den französischen Interpreten des islamischen Mystikers Halladsch (vgl. meine Besprechung „Märtyrer der Gottesliebe“ in: Das Argument Nr. 66, S. 609 f.), rezipierte er dessen Theorie. Halladsch gilt ihm als islamischer Nietzsche. Mit Halladsch und Nietzsche versucht Iqbal, das muslimische Individuum aus seinem tiefen Schlaf zu wecken und es gegen Europa zu mobilisieren. Das Individuum begreift er nicht als Partikularität, sondern als Kollektiv-Ego, das stets religiös be-

gründet ist (cf. 48, 154). So unterstellt Iqbal ein indisch-muslimisches Kollektiv-Ego, um auf dieser Basis für die Trennung der von Muslimen bewohnten Gebiete von Indien und für die Konstituierung eines islamisch-indischen Staates zu plädieren. Damit weist er sich als Ideologe der Muslim League aus, der Vorkämpferin des heutigen Pakistan. Die Muslim League trat zu Iqbals Lebzeiten in scharfen Konflikt zu der von Gandhi und Nehru angeführten indischen Congress Party, die für einen säkularen indischen Nationalstaat kämpfte, in dem Muslime und Hindus als indische Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten leben könnten. Nach Iqbal aber kann es kein gesamtindisches Kollektiv-Ego geben, weil die gemeinsame Religionszugehörigkeit fehlt. Auch lehnte er die Eingliederung der indischen Muslime in einen säkularen Nationalstaat ab, da er den Islam stets als Regierungssystem und nicht als private Angelegenheit der Gläubigen verstand (cf. seine Pakistan-Rede, 141 ff.).

Wie alle islamischen Modernisten sah Iqbal die nationalstaatlichen Tendenzen in den internationalen Beziehungen. Er war bestrebt, den Islam diesen Tendenzen anzupassen. Während die Traditionalisten treu an einem noch nicht akkulturierten Islam festhielten, an seinen Universalismus glaubten und daher alles Nationale ablehnten, setzte Iqbal sich für einen islamischen Nationalstaat ein. Er übernahm die europäische Nationsidee und okulierte sie auf den Islam. Beruht nach Iqbal die nationale Form sozialer Verbindlichkeit bei dem Europäer auf der Zugehörigkeit zu einem Land, so ist sie für den Muslim zutiefst religiös verankert. „Das Gefühl in beiden Fällen ist das gleiche, nur mit verschiedenen Objekten verbunden. Fanatismus ist Patriotismus für die Religion; Patriotismus Fanatismus für das Land“ (39). Diesen Fanatismus hält Iqbal für „berechtigt“; denn, „in die Sprache der Biologie übersetzt, ist Fanatismus nichts als das Prinzip der Individuation, das in einer Gruppe wirkt“ (38). Würden die Muslime ihre „Solidarität als Gemeinschaft“ verlieren, so verlören sie zugleich ihr Kollektiv-Ego und seien damit „nirgendwo“ existent (40).

Von Bergson, den Iqbal persönlich kannte, entlehnte er eine zentrale Kategorie: die der Intuition, um sie in den Islam einzuholen. Ausgehend von seiner Konzeption des Kollektiv-Ego unterstreicht Iqbal, daß Intuition alleine als Kollektiv-Intuition zu verstehen sei (101). So erblickt er im Gebet, das nach islamischem Ritual kollektiv praktiziert wird, ein „Mittel zur geistigen Erleuchtung“ (99), eine Kollektiv-Intuition.

Durch seine Interpretation des Islam glaubte Iqbal, diesen wieder lebensfähig zu machen. Weder der säkulare Nationalismus noch der Sozialismus sind nach Iqbal für den Aufbau des Orient brauchbar; „einzig und allein die Religion, die in ihren höheren Manifestationen weder Dogma, noch Priesterschaft, noch Ritual ist, kann den modernen Menschen ethisch vorbereiten für die Last der großen Verantwortlichkeit“ (113), die der Orient in seiner jetzigen Phase

tragen müsse. Heute, nach mehr als drei Dezennien, erweisen sich Iqbals Vorstellungen als Illusionen. Der Islam blieb ein Dogma; seine Prägung erfuhr er weiterhin von der — im Dogma nicht verankerten — islamischen Priesterschaft: den Scheichs und Ulema. Die Okulierung der Nationsidee auf den Islam konnte zwar zur Legitimation der Spaltung Indiens und Gründung Pakistans dienen; in anderen Teilen des Orients aber siegte der säkulare Nationalismus und drängte den Islam in den Hintergrund.

Auf den unterschiedlichen Entstehungsprozeß des Nationalismus in den arabischen Ländern des Orients und in Indien geht der Sohn Muhammad Iqbals, Javid Iqbal, ein; als einflußreicher Jurist pflegte er das Erbe seines Vaters in Pakistan. In seinem Aufsatz (in dem von Italiaander herausgegebenen Sammelband) „Der Islam schuf Pakistan“ (118 ff.) betont er, daß die indischen Muslime (d. h. die muslimische Obrigkeit des Subkontinents) sich „völlig klar“ darüber waren, daß sie „eine Minderheit“ in einem gesamtindischen Staat darstellen würden und „daß sie deshalb, politisch gesehen, in Indien stets in der Defensive bleiben mußten“ (123). So versuchten sie stets, eine nationale Bewegung, getrennt von der vom Hindu-Bürgertum angeführten, zu gründen. In der ersten Phase vertrat das muslimische Bürgertum Indiens panislamische Ideen; die indischen Panislamisten gehören zum reaktionärsten Flügel der panislamischen Bewegung. Nach der Auflösung des Kalifats durch die siegreiche kemalistische Revolution in der Türkei hat der Panislamismus seinen Alternativ-Charakter für das indische muslimische Bürgertum verloren. Es gab keine Möglichkeit mehr, die von Muslimen bewohnten Teile des Subkontinents an ein islamisches Großreich anzuschließen; „man kam zu der Einsicht, daß ein Zustand erreicht sei, in dem sich die islamischen Nationen ausschließlich auf sich selbst und ihre besondere Situation zu besinnen und politisch wie wirtschaftlich eine Neuorganisation vorzunehmen hätten“ (123 f.). Durch die Preisgabe der panislamischen Zielsetzung „konnte sich der Islam dem Nationalismus derart angleichen, daß sie beide praktisch für identisch galten . . . Die Entwicklung des ‚islamischen‘ Nationalismus führte zu einer Aufspaltung der indischen Nationalbewegung und endete schließlich mit der Trennung des islamischen Mehrheitsgebietes von Indien und der Gründung Pakistans“ (124). Javid Iqbal weist an dieser Stelle darauf hin, daß die Formulierung des Begriffs „islamischer Nationalismus“ — als Legitimation der Aufteilung des indischen Subkontinents in zwei Staaten nach Erlangung der nationalen Souveränität vom britischen Kolonialsystem — als Verdienst seines Vaters anzusehen ist. Diese Ideologie hat sich bis heute behauptet und nährt die nationalen Vorurteile in Pakistan gegen Indien; sie ermöglicht die Verschleierung der Klassenkonflikte innerhalb Pakistans. Daß diese nationalistische Ideologie „human ist und bleiben soll“ (128), wie Javid Iqbal als Hüter des ideologischen Erbes behauptet, kann angesichts der innerpakistanischen Zustände und der Einstellung gegenüber Indien nur als Zynismus angesehen werden.

Die restlichen vierzehn Beiträge sowie das Vorwort des Italiaander-Sammelbandes sind kaum der näheren Beachtung wert. Schon der Titel des Bandes ist verwirrend: objektiv handelt es sich nicht um die „Herausforderung des Islam“, wie der Herausgeber es versteht, sondern um den herausgeforderten Islam, wie es auch in einigen Beiträgen deutlich wird, etwa A. Schimmel (11 ff.) oder Badawi (71 ff.). Das Vorwort Italiaanders enthält kaum mehr als Anekdoten und Reiseerinnerungen an islamische Länder. Der Herausgeber will dem deutschen Leser damit nahebringen, daß Muslime auch „nette Menschen“ sind. Insgesamt trägt der Band nichts zum wissenschaftlichen Verständnis des heutigen Islam bei. Die Autoren gehen kaum über die Verherrlichung ihrer Religion hinaus; sie sind vorwiegend Amtsträger aus sich islamisch titulierenden Ländern und berufsmäßige Antikommunisten (einer dieser „Wissenschaftler“, Hayit, wird gerühmt, „unter den ständigen Attacken sowjetischer Autoren“ zu stehen. „Die Sowjets traten gegen ihn bisher mit mehr als 80 Aufsätzen in 19 Büchern, 5 speziellen Broschüren, auf 6 Konferenzen und mit zahlreichen Rundfunk-Sendungen auf“ [279]). Bei keinem von ihnen findet man jene intellektuelle Redlichkeit, die man bei den frühen islamischen Modernisten antrifft. „Die Herausforderung des Islam“ erweist sich bei näherem Hinsehen, wie schon ein früherer Rezensent anmerkte, noch „nicht einmal als Provokation. Sie ist eine Zumutung.“ (B. Johansen in: Neue Politische Literatur, Bd. 12 [1967], H. 2, S. 255).

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Ökonomie

Meissner, Herbert: Theorie des Wirtschaftswachstums — Hoffnung und Dilemma der bürgerlichen Ökonomie. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 20. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972 (76 S., br., 3,— DM).

Mit dieser Schrift legt M. eine erweiterte und aktualisierte Fassung des 11. Kapitels des von ihm herausgegebenen Bandes „Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus“ (Berlin - DDR 1967) vor. — Daß die bürgerliche Wachstumstheorie „nicht eine Theorie neben mehreren anderen, nicht eine ideologische Strömung neben anderen“, sondern „zu einem wesens- und strukturbestimmenden Bestandteil der bürgerlichen politischen Ökonomie geworden“ ist (10), führt M. auf die veränderten ökonomischen und politischen Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus zurück: Der Übergang zum Monopol-

kapitalismus hat die Regulierung des Reproduktionsprozesses durch den Krisenzyklus „im wesentlichen außer Kraft gesetzt“. Dieses „Fehlen einer objektiven ökonomischen Regulierung“ muß zu immer „tieferen sozialen Erschütterungen des ganzen Systems führen“, wenn die in der Herrschaft der Monopole angelegten wirtschaftspolitischen Möglichkeiten nicht genutzt werden. Der Staat als Träger der Wirtschaftspolitik benötigt dazu Instrumente, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Bedingungen eines störungsfreien Wachstums beruhen (14). — Zum anderen ist die Entwicklung und Verbreitung der Wachstumstheorie Ausdruck der Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Staaten, deren rasches, kontinuierliches und planmäßiges Wirtschaftswachstum für den Kapitalismus eine ideologische Herausforderung mit zunehmender Intensität bedeutet (19 f., 45 f., 65). Den dritten entscheidenden Faktor, das „Problem der Entwicklungsländer“, erwähnt M. nur beiläufig (20). — Mit dieser Einschätzung der Wachstumstheorie als Ausdruck der Existenz besonderer historischer Reproduktionsbedingungen des Monopolkapitalismus weist M. Versuche bürgerlicher Ökonomen zurück, eine ideengeschichtliche Kontinuität von den Merkantilisten über die Klassiker bis zur Wachstumstheorie nachzuweisen (20).

In knapper aber präziser Form stellt M. die Hauptrichtungen der Wachstumstheorie vor: die postkeynesianische Konzeption Harrods und Domars (21 — 34) und die vor allem von Solow und Meade entwickelte neoklassische Variante (34—46), wobei er besonders darum bemüht ist, die Axiome und Prämissen der einzelnen Modelle hervorzuheben und ihre Realitätsnähe zu prüfen.

Die eng begrenzte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Wachstumstheorie stellt M. zunächst geschickt durch die Wiedergabe der Diskussion in der aktuellen bürgerlichen Literatur dar. Die bürgerliche Kritik als eine immanente kann aber nicht die Ursache für das ständige Auseinanderfallen von Anspruch und Leistung der Wachstumstheorie erfassen: Das Ausklammern aller Fragestellungen, die Erkenntnisse über die Widersprüchlichkeit und damit Historizität der kapitalistischen Produktionsweise ermöglichen würden, verhindert die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Reproduktionstheorie, allein in deren Rahmen Aussagen über Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung des ökonomischen Wachstumsprozesses getroffen werden könnten (25 ff., 64 f.). Einen Ausweg sucht die Wachstumstheorie in der Einbeziehung von bisher der produktionstechnischen Beschränkung zum Opfer gefallen Faktoren in ihre Analyse: Über den durch Zwang zur Beeinflussung der wissenschaftlich-technischen Revolution bedingten Versuch, den bisher nur als Restgröße in den Modellen enthaltenen „technischen Fortschritt“ zu explizieren, geraten vor allem Probleme des Strukturwandels, der Qualifikation der gesellschaftlichen Arbeit sowie der Programmierung und Prognostik in den Vordergrund bürgerlichen Erkenntnisinteresses. Diese Erweiterung des wachstumstheoretischen Ansatzes trägt der veränderten Qualität des Staates innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses Rechnung und soll zur Erarbeitung von prakti-

kablen wirtschaftspolitischen Instrumenten führen (48 f.). Das gilt auch für die Berücksichtigung verteilungstheoretischer Aspekte, in der sich die Notwendigkeit der Stabilisierung des Wachstums durch politische Manipulation der Einkommensverteilung spiegelt (63 f.).

Leider enthält M.'s Schrift nicht mehr als abstrakte Ansätze einer materialistischen Analyse der Wachstumsproblematik des hochentwickelten Kapitalismus als Alternative zu den Modellbasteleien der bürgerlichen Ökonomie. Zwar geht er auf die unterschiedlichen Ansätze von marxistischer Reproduktions- und bürgerlicher Wachstumstheorie ein (24 ff.), jedoch wendet er die hier gewonnenen Erkenntnisse nicht auf die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Entwicklung an, so daß letztlich doch unklar bleibt, welche konkreten Verwertungsschranken sich hinter der Wachstumsdiskussion verbergen, in welchem Verhältnis das Ziel eines stabilen, „gleichgewichtigen“ Wachstums zu den anderen im „magischen Fünfeck“ enthaltenen Postulaten staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik steht und inwieweit eine Gestaltung des Wachstumsprozesses durch den Staat möglich ist. So gerät auch die Behandlung der unter dem Schlagwort „Grenzen des Wachstums“ weitverbreiteten Diskussion der gesellschaftlichen Auswirkungen externer Effekte wirtschaftlichen Wachstums unbefriedigend: Die Erkenntnis, „daß die der Lösung dieser Probleme durch das Verwertungsstreben des Kapitals gezogene Grenze immer deutlicher sichtbar wird“ (57), schließt nicht aus, daß die Monopole, deren Raubbau an der Natur ihnen zu immensen Profiten verhalf, durch staatliche Vermittlung nun wiederum gewaltige Kapitalmassen in der partiellen Beseitigung des von ihnen angerichteten Schadens verwerten können.

M. stellt zu sehr die Systemauseinandersetzung als Bedingung der kapitalistischen Wachstumstheorie und -politik in den Vordergrund, wobei er zudem ausschließlich die ideologische Komponente behandelt und die unmittelbar materiellen Auswirkungen des sozialistischen Wachstumsprozesses nicht einmal erwähnt. Während aber ein Demonstrationseffekt der stetigen und raschen wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder von der bürgerlichen Propaganda und Informationsmanipulation gerade in den meisten Zentren des Kapitalismus (vor allem in den USA) bisher weitgehend verhindert werden konnte, setzt die wachsende Wirtschaftskraft des Sozialismus der Verwertungs- und Expansionsstrategie des Kapitals immer engere ökonomische Grenzen, z. B. durch die Fähigkeit der sozialistischen Staaten, den Völkern der Dritten Welt, die sich aus der Abhängigkeit vom Imperialismus befreien wollen, die dazu notwendige materielle Unterstützung zu gewähren.

M.'s abschließende Forderung nach Beseitigung der „Zielsetzung der Profitmaximierung“ (66) durch klassenkämpferische Einflußnahme der werktätigen Bevölkerung auf die staatliche Wachstumspolitik wäre überzeugender, wenn er zuvor diese Zielsetzung als Triebkraft der Wachstumspolitik analysiert und die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse durch einen Hinweis auf die intensiven Be-

strebungen der Monopole, sie der profitorientierten Wirtschaftspolitik unterzuordnen, hervorgehoben hätte.

Trotz dieser Mängel, die wohl der Kürze der Schrift zuzuschreiben sind, ist M.'s Arbeit eine wichtige Argumentationshilfe vor allem für Studenten der Wirtschaftswissenschaften, aber auch für mit ökonomischen Grundbegriffen vertraute Gewerkschaftler. Der ausführliche Quellenapparat ermöglicht dem Leser ein tieferes Eindringen in die Wachstumsproblematik.

Bernd Schüngel (Berlin/West)

Bönisch, Alfred: *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus. Eine kritische Studie.* Verlag Die Wirtschaft, Berlin/DDR 1969 (208 S., br., 12,— M).

Unter dem Titelbegriff „Programmierung“ versteht Bönisch „das System staatlicher Analysen, Prognosen, Pläne, Koordinierungsmaßnahmen, Ziele und wirtschaftspolitischer Mittel, mit dem das Finanzkapital seine ökonomischen, politischen und militärischen Absichten durchsetzen will“ (8). Im Gegensatz zur staatlichen Regulierung im monopolistischen Kapitalismus, in dem „die staatlichen Organe vorwiegend reaktiv, unkoordiniert und prognostisch nicht begründet bestimmte Krisenerscheinungen zu überwinden suchten“ (8), sei „die Phase staatsmonopolistischer Regulierung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat und die mit dem Begriff Programmierung bezeichnet wird“, durch „systematisch(e) kurz-, mittel- und langfristige Prognosen und Pläne“ gekennzeichnet, die mit dem Ziel erarbeitet würden, „Krisen zu vermeiden, den Anforderungen der hochvergesellschafteten Produktion zu entsprechen, die technische Revolution zu stimulieren und alle ökonomischen und politischen Potenzen gegen den Sozialismus zu mobilisieren“ (8/9).

Im ersten Abschnitt untersucht der Autor „Wesen und Bedeutung der kapitalistischen Unternehmensplanung“: „Im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ein Unternehmensplan ein (...) systematisch erarbeitetes, auf Analysen und Prognosen beruhendes Leitungsinstrument, das Maßnahmen zur Intensivierung der Ausbeutung, zur Realisierung der Waren, zur Ausnutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts enthält, um langfristig maximale Profite zu erzielen“ (23). Der zweite Abschnitt ist der Frage gewidmet, wie die bürgerliche Wirtschaftstheorie die Programmierung erkläre. Die bürgerliche Theorie sei „nur insoweit an der Aufdeckung von Gesetzen interessiert, als sie diese für die Durchsetzung monopolistischer Interessen ausnutzen kann und der Bestand des kapitalistischen Systems nicht gefährdet wird“ (61), ansonsten beschränke sie sich darauf, „die Regelmäßigkeiten im Handeln der Menschen festzustellen“, womit „nur bestimmte Seiten der Wirkungsweise der

ökonomischen Gesetze“ erfaßt würden (62). Resümierend stellt der Autor fest, die „Apologetik in der (...) bürgerlichen Politischen Ökonomie“ sei „eine entscheidende Ursache dafür, daß trotz der Analyse wichtiger ökonomischer Zusammenhänge und Ursachenkomplexe“ die Möglichkeit ihrer Verwendung „für Prognose- und Planungszwecke beschränkt bleibt, da zahlreiche (...) planungsrelevante Probleme entstellt und ignoriert werden“ (74). Der Hauptteil des Buches beschäftigt sich mit „Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Programmierung“. Der gegenwärtige Kapitalismus werde durch die Notwendigkeit charakterisiert, „daß er durch Planungsmaßnahmen der verschiedensten Art dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte in gewissem Umfang gerecht werden muß“ (84). „Diese Notwendigkeit widerspricht jedoch den sich aus dem kapitalistischen System ergebenden Möglichkeiten und Formen der Wirtschaftsführung. Der heutige Kapitalismus verfügt über keinen seinem Wesen entsprechenden Mechanismus, der eine Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht, die langfristig technischen Fortschritt, optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren und stetiges Wachstum der Wirtschaft garantiert“ (85). Daraus folge die Widersprüchlichkeit staatlicher Planung, die „durch eine — theoretisch — noch so ‚gut‘ konzipierte Wirtschaftspolitik nicht überwunden werden kann“ (93). Bönisch liefert sodann eine detaillierte Darstellung der diversen staatlichen Programmierungsinstrumente (Input-Output-Analyse, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Mittelfristige Finanzplanung, Prognosen etc.), sowie Kurzanalysen der Programmierungspraxis in Schweden und Frankreich. „Die partielle Übereinstimmung von wirtschaftspolitischen Zielen und den erreichten Ergebnissen ist zwar ein gewisses Kriterium für die Wirkung der staatsmonopolistischen Programmierung, aber kein Beweis für eine bewußte Lenkung der gesellschaftlichen Produktion. Die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze erfolgt in den durch das System gezogenen Grenzen und ist der Spontaneität untergeordnet“ (175). Im letzten Abschnitt zeigt der Verfasser die Notwendigkeit einer demokratischen Wirtschaftsplannung auf, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung dient.

Bönisch wertet in seiner Arbeit eine große Menge empirischen Materials aus, und hierin: in der informatorischen Funktion bezüglich der theoretischen und praktischen Programmierungsmethoden, liegt die Stärke des Buches. Allerdings besitzt es auch erhebliche Mängel. Über Theorien schreibt Bönisch: „Jede wissenschaftliche Theorie erfüllt eine explikative und eine prognostische Funktion, d. h. in jeder Theorie ist implizit eine Aussage über mögliche Ereignisse der Zukunft enthalten. Nach Morgenstern sind Wirtschaftstheorien jeder Art ‚letztlich dazu bestimmt, Voraussagen zu ermöglichen‘, und Albert betrachtet die prognostische Verwendung wissenschaftlicher Theorien als Grundlage erfolgreichen Handelns. (...) Der Theoretiker kann seine Theorien durch ex-post Prognosen überprüfen, weil dann alle Daten zur Verfügung stehen. Die Prognose ist somit (...) auch gleichzeitig Kriterium für den Wahrheitsgehalt einer Theorie“ (63). Nicht dagegen, daß hier eine Theorie-Konzeption ver-

treten wird, die sich an wissenschaftstheoretischen Auffassungen analytischer Provenienz orientiert, wendet sich der Einwand des Rezensenten, wohl aber dagegen, daß dies nicht diskutiert wird — obwohl beim derzeitigen wissenschaftstheoretischen Diskussionsstand die Ansicht dominiert, dialektisch-materialistische und analytische Methodologie schließen sich in wesentlichen Punkten gegenseitig aus. (Wie will Bönisch z. B. die Mehrwerttheorie und ihren Erklärungswert durch ex-post Prognosen testen?) Sobald übrigens die Konsequenzen der obigen methodologischen Position nicht in Bönischs sonstige Konzeption passen, revoziert er sie einfach; so heißt es noch auf derselben Seite: „Die eingetroffenen staatlichen Prognosen in den kapitalistischen Ländern sind allerdings weder eine wissenschaftliche Bestätigung für eine Theorie noch ein zuverlässiges Wahrheitskriterium. Die apologetische Funktion der Theorien und Voraussagen schließt beides aus“ (63), wobei „Apologetik“ zuvor „als ein System von Anschauungen über den Kapitalismus, das die Einheit der kapitalistischen Beziehungen, aber nicht ihre inneren Widersprüche sieht und erforscht“ (14), definiert wurde. Ist nun die richtige Prognose „Kriterium für den Wahrheitsgehalt einer Theorie“ oder nicht? Bönisch entzieht sich einer Antwort, obwohl er eines der schwierigsten Probleme jeder gegenwärtigen Kritik der bürgerlichen Ökonomie angesprochen hat: wenn es nämlich richtig ist, daß bürgerliche Theorien nicht die inneren Widersprüche des Kapitalismus berücksichtigen, wenn gar die Prognosen „weniger auf der Basis von Theorien als auf empirisch festgestellten Regelmäßigkeiten aufgestellt“ werden (64); kurz: wenn die marxistische Einschätzung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften als Vulgärökonomie zutreffend ist — wie erklären wir dann die relativ hohe prognostische Leistungsfähigkeit von Prognosen, die auf der bürgerlichen Wirtschaftstheorie basieren?

Auch diese Frage bleibt bei Bönisch offen, und es verwundert daher nicht, daß seine Beurteilung des Erfolgs kapitalistischer Planung eher deklamatorisch ist: die Programmierung „schränkt die spontane Wirkung bestimmter ökonomischer Gesetze ein und nutzt ökonomische Gesetze im Interesse der Monopole aus. Ihre Ergebnisse zeigen jedoch, daß das kapitalistische System unfähig ist, die gewünschten Fernwirkungen zu erzielen“ (175). Aber welche Gesetze genau werden „ausgenutzt“? Und welche derzeit noch nicht „ausgenutzt“ Gesetze können später „ausgenutzt“ werden? Gibt es hier Grenzen, und, wenn ja, wo liegen sie? Bönisch stellt diese Fragen gar nicht erst; und auch sein Urteil über die Erfolglosigkeit kapitalistischer Planung verdankt sich nicht einer marxistischen Analyse, sondern ist lediglich deskriptives Konstatieren (die „Ergebnisse zeigen . . .“) eines empirischen Tatbestandes.

Insgesamt kann das Buch jedem empfohlen werden, der sich einen Überblick über die derzeitigen kapitalistischen Planungsmethoden verschaffen will. Wer aber eine materialistische Erklärung der dargestellten Phänomene sucht, wird von Bönischs Arbeit enttäuscht werden.

Karl-Ernst Lohmann (Bonn)

Merhav, Meir: *Technological Dependence, Monopoly and Growth.* Pergamon Press, Oxford - London u. a. 1969 (205 S., Ln., 25,90 DM).

In der Diskussion um die Perspektiven nachholender kapitalistischer Industrialisierungsprozesse stehen häufig die ökonomischen Beziehungen der entwickelten kapitalistischen Länder zu denen der „Dritten Welt“ im Vordergrund. Analysen, die vorwiegend den Satellitenaspekt beleuchten, d. h. zunächst einmal von den internen Schwierigkeiten eines unterentwickelten Landes, die Produktivkräfte auf kapitalistische Weise zu entwickeln, ausgehen, sind seltener. Die Arbeit von M. versucht, die Probleme der Größenordnung der in den Entwicklungsländern etablierten bzw. zu etablierenden Produktionsanlagen, deren Wirkung auf die Marktstrukturen und die Entwicklungsrichtung der Produktionsstruktur sowie die Abhängigkeit dieser Investitionen von den Importen aus den kapitalistischen Metropolen zu einer theoretischen Globalaussage über die Möglichkeiten und Grenzen kapitalistischer Industrialisierungen in den Entwicklungsländern zusammenzufügen.

Im Gegensatz zu den meisten Analysen (auch linker Autoren) unterstellt M. nicht a priori dynamische und progressive Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, welche nur durch vorkapitalistische Formationen, außerökonomische Faktoren und exogene Momente an ihrem vollen Durchbruch gehindert werden. „Wir sind daher nicht von der Fragestellung befreit, ob eine Wiederholung des klassischen Wachstumsprozesses, der das privatwirtschaftliche System als natürlich unterstellte . . . , noch am besten ist oder zumindestens noch vernünftige Chancen einschließt, ein hohes Niveau der Entwicklung zu erreichen, oder ob vielmehr unter gegebenen Bewegungsgesetzen eines solchen Systems und den objektiven Bedingungen des historischen Augenblicks, in dem es zu existieren beginnt, es zwangsläufig auf endgültige Grenzen stößt. Und falls solche Grenzen ausgemacht werden können — welches sind die sie tragenden Momente, und wie unvermeidbar sind sie?“ (5) Das zentrale Argument der Studie, daß in den Entwicklungsländern unter kapitalistischen Bedingungen sich früher und stärker als in den entwickelten kapitalistischen Ländern Stagnationstendenzen einstellen und die „Gegensteuerungsmittel“ geringer und weniger effektiv sind, entwickelt der Autor in fünf Kapiteln. In den beiden ersten untersucht er die allgemeinen Zusammenhänge zwischen Unterentwicklung, Marktgröße und technologischer Abhängigkeit einerseits und Akkumulationsbedingungen unter monopolistischen Bedingungen andererseits. In den drei folgenden Kapiteln analysiert er die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums unter der Annahme einer geschlossenen, nach *laissez-faire*-Prinzipien geordneten Wirtschaft (der allerdings jederzeit ausreichend Devisen zu Investitionsgüterimporten zur Verfügung stehen und von M. daher als „pseudo-closed“ bezeichnet wird), zweitens unter der Annahme von massiven Staatsein-

griffen und einem relativ großen staatlichen Sektor und schließlich im letzten Kapitel unter zusätzlicher Einbeziehung des Außenwirtschaftsbereichs.

Merhav geht zunächst davon aus, daß die Situation der Unterentwicklung entscheidend gekennzeichnet ist durch geringe Marktgröße und technologische Abhängigkeit, letztere verstanden als strukturelle Unfähigkeit, die für das Wirtschaftswachstum erforderlichen Investitionsgüter selbst zu produzieren. Die Entwicklungsländer müssen daher Produktionsmittel importieren, deren Kapazitätsgrad (scale of output) und Spezialisierungsgrad den Märkten der entwickelten kapitalistischen Länder entspricht. Die zu importierende, in Produktionsanlagen vergegenständlichte Technologie, die Ökonomie sowohl des variablen wie konstanten Kapitals je output-Einheit bei entsprechender Größe des Gesamtoutputs (und unterstellter voller Kapazitätsauslastung) ermöglicht und bis zu einem hohen Grad auch notwendig macht, bestimmt nach M. in entscheidendem Maße die „normale“ Größe von Produktionsunternehmen; jedenfalls in weit höherem Maße als die sog. „Faktorpreise“, wie empirische Untersuchungen über die Durchschnittsgröße von Unternehmen in sehr verschiedenen Ländern zeigen. Daher bestimmt — von staatlichen und außenwirtschaftlichen Einflüssen zunächst einmal abgesehen — die Marktgröße bzw. genauer: der Zeitpunkt des Zusammentreffens von anfänglicher Marktgröße und anfänglich eingeführter Technologie den Grad der Konzentration und der Marktbeherrschung. In den Entwicklungsländern ist er nicht nur dem prozentualen Anteil der Unternehmen am Gesamtoutput nach größer als in den entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern auch die absolute Anzahl solcher marktbeherrschender Unternehmen ist wesentlich geringer.

Der andere entscheidende Aspekt der „technologischen Abhängigkeit“ besteht in der Abhängigkeit der Investitionen von Importen. Hierdurch wird die Produktions- und Beschäftigungserweiterung, die durch die Investitionen erzielt werden könnte, proportional zum Anteil der Importe an den Investitionen reduziert. Dies ist unabhängig von der Entwicklung des Exportvolumens. Umgekehrt aber ist der Exportsektor maßgebend für die Investitionsentwicklung, da er die Importkapazität bestimmt. „Der Exportsektor ist das ökonomische Äquivalent des Produktionsgütersektors der entwickelten Wirtschaft, da er die Devisen für den Import von Produktionsgütern liefert. Aber in dieser Hinsicht besteht gerade die *differentia specifica* der Unterentwicklung, daß es hier keine technische und ökonomische Interdependenz und Komplementarität zwischen Exportsektor und Konsumgütersektor, wie er zwischen letzterem und dem Produktionsgütersektor in den entwickelten Wirtschaften besteht, gibt“ (57 f.).

Der Binnen- und der Exportsektor hängen in ihren Expansionsmöglichkeiten von den Produktionsgüterimporten ab, ihr Verhältnis zueinander ist nicht „komplementär“, sondern „kompetitiv“. Sie können sich — anders als beim Verhältnis von Produktionsgüter- und Konsumgütersektor in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft

— strukturell, nicht bloß zyklisch auseinanderentwickeln. Das Niveau des Ausstoßes und der Beschäftigung, und daher auch der Investition im Exportsektor, ist unabhängig vom Niveau der Nachfrage im Binnensektor (aber nicht vice versa, da die Nachfrage nach Produktionsgütern aus dem Binnensektor letztlich durch die Importkapazität, die durch den Exportsektor bestimmt ist, begrenzt wird).

Die spezifischen Bedingungen monopolistischer Marktstrukturen in unterentwickelten Ländern rufen nach M. hauptsächlich Neuinvestitionen hervor (wenn sie überhaupt produktive Investitionen sind), welche der Produktinnovation und -diversifikation dienen. Gegenüber den anderen Möglichkeiten der Wiederanlage von Monopolprofiten, den kostenreduzierenden Innovationen und den Erweiterungsinvestitionen auf gleicher technischer Basis haben diese dann den Vorrang, „je geringer die Nachfrageelastizität nach den ursprünglichen Produkten ist, je höher die Überkapazitäten sind und je niedriger der Spezialisierungsgrad der Produktionsanlagen der Unternehmen ist“ (89). Gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo die Diversifizierung und Innovation überwiegend die Nachfrage von Investitionsgütern stimuliert, Beschäftigung schafft und die Märkte verbreitert, sind diese Wirkungen aufgrund des hohen Importkoeffizienten der Investitionen erheblich reduziert. Die gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern noch ungleichere Einkommensverteilung, insbesondere aber auch die geringe absolute Größe der Anteile höherer Einkommen, legen die Ausmaße und die Art des (vorwiegend) unternehmensinternen Diversifizierungsprozesses in unterentwickelten Ländern fest. Wegen des tendenziell steigenden Kapitalkoeffizienten und der Importkomponente der Investitionen wie auch durch den Umstand, daß ein nicht unerheblicher Teil der im kapitalistischen Sektor entstandenen Lohn-einkommen Waren aus dem sich langsam auflösenden agrarischen Subsistenzsektor nachfragt, ist die Steigerung der kapitalistisch erzeugten Massenkonsumgüter über einen bestimmten Punkt hinaus relativ geringfügig. Die Diversifizierung wendet sich nun in stärkerem Maße Luxuswaren für die gehobenen Einkommensschichten zu. Dadurch wächst die Disparität zwischen anfänglicher Marktgröße und optimaler Betriebsgröße. Die auf dieser Stufe betriebene Importsubstitution birgt, trotz Anstieg des Produktionsniveaus und der Beschäftigung, entscheidende Stagnationstendenzen in sich. „Die zusätzliche industrielle Produktion, die sich zunehmend auf einen ökonomisch entleerten Raum hin bewegt, entwickelt sich zu einer auf kleiner Größenordnung und hohen Kostenstrukturen basierenden Luxusgutproduktion; die knappen Devisen werden daher umgelenkt von dem nichtessentiellen Import fertiger Luxusgüter zu dem Import von Produktionsgütern zur Herstellung dieser nichtessentiellen Luxuskonsumgüter zu Hause. In der Tat findet durch diese Substitution . . . eine zusätzliche einheimische Wertschöpfung statt, aber zu sehr hohen gesellschaftlichen Opportunitätskosten. Expansion in dieser Richtung schafft eine Produktionsstruktur, die ein Ansteigen des Konsums der Kapitalisten und anderer hoher Einkommensgrup-

pen erfordert und daher, allgemein gesprochen, einen Abzug vom gesamten kapitalistischen Akkumulationsfonds bedeutet“ (124).

Die staatlichen Regulierungsmaßnahmen zwecks Korrektur dieser Entwicklung sind M. zufolge gering und wenig effektiv, solange die Regierung nicht gewillt ist, das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben. Eine Steigerung der effektiven Nachfrage nach den Waren des kapitalistischen Sektors durch staatliches „deficit spending“ und öffentlichen Arbeiten hat insofern nur eine unzureichende Wirkung, als durch diese zusätzlichen Lohneinkommen vor allem mehr landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel nachgefragt werden. Preissteigerungen dieser vermehrt nachgefragten Waren können sogar zu Lohnanhebungen im industriell-kapitalistischen Sektor führen, welche die Profitrate von dieser Seite her drücken. — Insgesamt sind diese Passagen bei M. verhältnismäßig knapp und oberflächlich ausgefallen: Die Möglichkeiten der staatlichen Infrastrukturinvestitionen als kostenreduzierende, profitsteigernde und gleichzeitig markterweiternde Hebel werden mit dem Hinweis auf zusätzliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten abgetan; die Möglichkeiten der Übertragung von Ressourcen vom vorkapitalistischen in den kapitalistischen Sektor erwähnt M. zuweilen als historische Tatsache der klassischen kapitalistischen Industrialisierungen (151, 156), ohne sie jedoch als reale Möglichkeit für die Gegenwart näher in Betracht zu ziehen. Die Möglichkeiten von Regierungen staatskapitalistischer oder nicht-kapitalistischer Orientierung, die technologische Abhängigkeit zu reduzieren und/oder die Kontrolle über die nationalen Ressourcen wiederzugewinnen, werden ohne weitere Problematisierung nur angedeutet (156 f., 159).

Im letzten Kapitel untersucht M. die Möglichkeiten des Auswegs vermöge der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die sowohl nach Gebrauchswert- wie Tauschwertgesichtspunkten bestehende Nicht-Komplementarität zwischen Export- und einheimischem Sektor und die einseitige Abhängigkeit des einheimischen vom Exportsektor lassen das Problem entstehen, daß unter den Bedingungen ungenügender Expansion der Exporte die Möglichkeiten des ökonomischen Wachstums beschnitten werden: sowohl im Hinblick auf die erforderliche Importkapazität wie auch in bezug auf die durch sie bedingte Ausweitung des Binnenmarktes durch Erhöhung des Einkommens und der Beschäftigung. Demgegenüber ist aber ein beginnender industrieller Wachstumsprozeß gerade durch die im Verhältnis zum Gesamteinkommen rascher ansteigenden Importbedürfnisse charakterisiert. Bezüglich der Ausdehnung der Primärgüterproduktion sieht Merhav sowohl von der Produktions- wie Absatzseite her Schwierigkeiten. Steigerungen der Exportkapazität erfordern oft hohe Investitionssummen und/oder haben eine lange Anlaufzeit; ihnen steht eine verhältnismäßig geringe Elastizität der Nachfrage gegenüber. Was die Exportchancen von industriellen Fertigwaren angeht, so weist M. darauf hin, daß deren Grundlage in jedem Fall der einheimische Markt und die dort vorherrschenden Produktionsbedingungen sind. Viele Untersuchungen legen nahe, „daß die geringen Lohnhöhen nur

partiell die Verluste durch ungenügende Größendimension der Produktion (economies of scale) kompensieren. Hauptsächlich wegen der höheren Kapitalkosten, aber auch wegen der höheren Materialkosten und der geringeren Arbeitsproduktivität wird die absolute Kostendifferenz gewöhnlich die gesamten Lohnkostenvorteile in unterentwickelten Ländern übertreffen, selbst wenn es sich um ähnliche Größendimensionen im Ausstoß handelt“ (186). Abwertungen haben nur einen begrenzten Effekt, da sie mit der potentiellen Steigerung der Exporte die Kosten für importierte Produktionsgüter verteuern und in der Regel Konzentrationswellen auf dem einheimischen Markt hervorrufen, die zu einer Verfestigung der monopolistischen Strukturen beitragen.

Die Arbeit von M. ist wertvoll, da sie in Fragestellung und methodischem Ansatz ein zentrales Problem der Unterentwicklung berührt. Ihr Verdienst liegt in der genauen Analyse der Stagnationstendenzen auf früher Stufe der Entwicklung, der Spezifik des sich hieran anschließenden Diversifizierungsprozesses sowie in der präziseren Bestimmung des Begriffes „technologische Abhängigkeit“. Allerdings ist anzumerken, daß M.'s Analyse nicht durchweg mit den Kategorien der Marxschen Politischen Ökonomie arbeitet, sondern — ähnlich wie manche US-amerikanische Marxisten — sich teilweise kritisch gewendeter keynesianischer Kategorien bedient. Dies macht sich insbesondere dann nachteilig bemerkbar, wenn nicht zwischen Mehrwertrate und Profitrate unterschieden wird und etwa Lohnveränderungen eine direkt proportionale Wirkung auf die Profitrate zugeschrieben wird (128 f. und 151). Auch die häufige Gleichsetzung von kaufkräftiger Nachfrage mit Nachfrage aus Lohneinkommen — unter Vernachlässigung der zwischenunternehmerischen Käufe und Verkäufe, so gering sie in manchen Fällen und anfänglich sein mögen — simplifiziert die Frage nach der Markterweiterung durch den kapitalistischen Akkumulationsrhythmus selbst. Auch M.'s Äußerungen zu dem Gewicht und dem Aktionsfeld des Staates in unterentwickelten Ländern bleiben angreifbar. Seine Behauptung, daß dessen Aktionsrahmen in unterentwickelten Ländern auf Grund der eindeutigeren Klassenscheidung und der Absenz von „countervailing powers“ geringer sei als in entwickelten kapitalistischen Ländern (141), ist wenig einsichtig und auf keinen Fall zu verallgemeinern.

In seinem Epilog relativiert M. vieles von dem, was er im Hauptteil als zwingende Notwendigkeit analysiert hatte. „Viel kann unter günstigen Umständen sogar im Rahmen eines Systems, welches wesentliche Charakteristika einer privatkapitalistischen Wirtschaft beibehält, getan werden. Es ist möglich, die exzessive Fragmentierung der Märkte zu vermeiden und die Entwicklung zu höherer Effizienz und größerer Konzentration zu führen. Es ist möglich, den Grad der Spezialisierung anzuheben und die Einkommensverteilung so zu beeinflussen, daß der Markt erweitert wird, ohne gleichzeitig notwendigerweise die Akkumulationskraft zu reduzieren. Es ist möglich — dort wo Entwicklung von breiten Massen verlangt wird — den Bereich der öffentlichen Unternehmen auszuweiten, insbesondere was

den Außenhandel und die Schaffung eines Produktionsgütersektors anbetrifft, so daß auf diese Weise die entscheidende technologische Abhängigkeit der Wirtschaft reduziert wird . . . Es ist ebenso möglich, das private Risiko durch Planung zu reduzieren und derart die Investitionsmöglichkeiten zu erhöhen, vorausgesetzt, daß die Planung durch die Bereitschaft der Regierung gestützt wird, einzuspringen, wenn der Investor verschwindet“ (203). Zu welchem Ausmaß dies tatsächlich eintritt, hängt kurz- und mittelfristig von dem Stärkeverhältnis der verschiedenen sozialen Kräfte ab. Daß eine so umrissene, aber als unwahrscheinlich angesehene Perspektive längerfristig für verschiedene Entwicklungsländer unmöglich ist, ist auch durch die Studie von Merhav nicht zwingend erwiesen worden. Um hier zu tragfähigeren Einschätzungen und theoretisch plausiblen Hypothesen zu gelangen, scheint eine stärkere Integration von ökonomischer und Klassenanalyse ebenso notwendig zu sein wie eine Differenzierung zwischen den Entwicklungsländern mit verschiedenem Produktivkraftstand und Entwicklungspotential.

Dieter Boris (Marburg)

Khalatbari, Parviz: *Ökonomische Unterentwicklung. Mechanismus — Probleme — Ausweg.* Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1971 (337 S., Ln., 22,— M).

K., tätig am Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer an der Hochschule für Ökonomie Berlin (DDR), hat sich schon in früheren Veröffentlichungen, u.a. in einer größeren Arbeit zur „Überbevölkerung in den Entwicklungsländern“ (1968), mit grundlegenden sozioökonomischen Problemen der Dritten Welt befaßt.

Es geht in der vorliegenden Arbeit einmal um die Untersuchung des Wirkungsmechanismus der vom Imperialismus geschaffenen sozioökonomischen Strukturen in den Entwicklungsländern — speziell in der ersten Phase ihrer politischen Unabhängigkeit, zum andren um das Problem eines optimalen Entwicklungsmodells zur Überwindung jenes Unterentwicklung bedingenden Mechanismus. K. geht dabei von der Überzeugung aus, daß nur der nicht-kapitalistische Weg den Entwicklungsländern jene ökonomische Unabhängigkeit bringt, die auf Dauer Bedingung wirtschaftlichen Wachstums ist. Das wird im einzelnen nicht weiter entwickelt. Desgleichen werden Genesis der Unterentwicklung und die Rolle der Entwicklungsländer im Reproduktionsprozeß des kapitalistischen Weltsystems, also überhaupt der Rahmen, in dem die Probleme des Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer stehen, nur relativ flüchtig skizziert.

Der Autor bedient sich, nicht zuletzt wegen der oft erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Entwicklungsländern, der „Methode der Modellierung“ (22), d. h. er entwickelt seine Überlegungen

an Abstraktionen, in die nur ganz bestimmte von ihm nach ihrer Bedeutung für die zu untersuchende gesellschaftliche Realität selbst ausgewählte Strukturmerkmale eingehen. K. hebt als entscheidende Deformation der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer die „Herausbildung eines hybriden Wirtschaftssystems“ (53) heraus, in dem kapitalistische und vor-kapitalistische Produktionsverhältnisse nebeneinander existieren. Dieses Dualsystem ist nach K. das Resultat der widersprüchlichen Strategie des Imperialismus gegenüber diesen Ländern: einmal bedeutete die Konservierung des traditionellen Systems „Ausschaltung der potentiellen Konkurrenzkräfte“ (51) bei der Ausbeutung der Rohstoffquellen, andererseits machte eben deren Erschließung die Schaffung eines „Lohnarbeiter produzierenden Systems“ (ebd.) erforderlich. Die verhängnisvollen Folgen für den gesamten Reproduktionsprozeß, die aus dem Nebeneinander eines inländischen, im Agrarbereich rückständigen (87 ff.) und industriell nur im Bereich der Konsumgüterproduktion mäßig entwickelten Sektors (73 ff.) und eines von ausländischem Kapital beherrschten „hypertroph entwickelten“ Industriesektors (56 ff.) resultieren, entwickelt K. sehr detailliert und überzeugend in Anlehnung an die Marxschen Reproduktionsschemata (158—93). Die Defekte dieses Reproduktionsprozesses rühren daher, daß der ausländische Sektor ganz auf die Bedarfsstruktur der kapitalistischen Industrieländer orientiert ist. Darum können seine Produkte weitgehend nur dort abgesetzt werden (62 f.). Dieser Sektor bildet in diesem Sinn keinen Bestandteil des einheimischen Reproduktionsprozesses (57). Dementsprechend haben auch Akkumulation und Investition dieses Sektors einen unterschiedlichen Standort: die im Entwicklungsland erzielten Gewinne werden zum überwiegenden Teil im Ausland angelegt (63).

Da die einheimische Industrie im wesentlichen nur Konsumgüter produziert, sind die Entwicklungsländer in der Reproduktion ihrer Produktionsmittel abhängig von den Industrieländern (180 f.) und auf den Außenhandel verwiesen. Die Produkte der Leichtindustrie der Entwicklungsländer sind aber kaum exportfähig, nicht zuletzt wegen der diskriminierenden Zollpolitik der kapitalistischen Industrieländer, daher müssen an ihre Stelle vornehmlich Agrarexporte treten (166). Der Austausch von Agrarprodukten gegen Industrieprodukte bringt allerdings zusätzliche Belastungen des Reproduktionsprozesses auf Grund der permanenten Verschlechterung der *terms of trade* — Sinken der Agrarpreise bei gleichzeitigem Anstieg der Industriepreise (184 ff.). Woher aber die Agrarexporte nehmen? An sich kann der durch „relative Stagnation“ (88) unter den Bedingungen „halbfeudaler Verhältnisse“ (113) gekennzeichnete Agrarsektor selbst den nur bescheiden wachsenden Anforderungen der einheimischen Industrie nicht entsprechen. Unter diesen Umständen läßt sich die Masse der austauschbaren Agrarprodukte nur steigern auf Kosten der unmittelbaren Produzenten, also durch weitere Deformation der Wirtschaftsstruktur: indem sich die Großgrundbesitzer nicht allein das gesamte Mehrprodukt, sondern selbst noch einen Teil des notwendigen Produkts aneignen (145). „Die Aufpfropfung kapitalistischer

Verhältnisse auf vorkapitalistische Verhältnisse“ (146) potenziert also die Übel beider. Schafft der Widerspruch zwischen stetig wachsender Bevölkerung und relativer Stagnation der Agrarproduktion an sich schon „überschüssige Bevölkerung“, d. h. Arbeitskräfte, die im Unterschied zu „freigesetzten Arbeitskräften“ nicht produktiv beschäftigt werden können (197), so schafft die Aneignung des von K. so genannten „agrарischen Überschusses“ (agrіkoles Mehrprodukt plus einen Teil des notwendigen Produkts) eine weitere Form der agrарischen Überbevölkerung (153, 213). Die „Einsparung“ an notwendigem Produkt ist, wie empirische Untersuchungen gezeigt haben (148 f.), größer als der durch verminderte Arbeitsleistung bedingte Verlust an agrіkolem Mehrprodukt; jedenfalls bis zu einem bestimmten Punkt fällt die Arbeitsleistung weniger stark ab als der Arbeitslohn. Die Masse von angeeignetem und austauschbarem Produkt ist daher für den Großgrundbesitzer größer, als wenn er die Arbeitskraft ihrem Wert entsprechend entlohnt, während sich gleichzeitig die verminderte Arbeitsleistung in einem verminderten agrарischen Gesamtprodukt niederschlägt (148—53). Die Verelendung der unmittelbaren Produzenten macht sich also für die Großgrundbesitzer bezahlt.

Dem Agrarsektor kommt quantitativ wie qualitativ eine Schlüsselstellung für das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zu (194), weil in ihm die Masse der Bevölkerung tätig ist und weil von seiner Produktivität abhängt, ob und in welchem Umfang Arbeitskräfte gerade für nicht-agrarische Tätigkeiten freigesetzt werden können (207) und Maschinenimporte zur Ankurbelung des Industrialisierungsprogramms möglich sind (262). Die Steigerung der Agrarproduktion und die produktive Verwendung des agrіkolen Mehrprodukts setzt eine radikale Agrarreform voraus (158, 215). K. meint offenbar, daß sie in der Regel die Form einer Aufteilung des Bodens an die einzelnen Bauern annimmt, also mit Zersplitterung des Bodens verbunden ist, die erst später schrittweise über Bildung von Produktionsgenossenschaften u. ä. überwunden werden muß (245). Immerhin gibt es z. B. in Lateinamerika dafür Gegenbeispiele. K. entwickelt den Prozeß des Wirtschaftswachstums, den er nur in seiner Anfangsphase und gemessen an seiner Darstellung des Mechanismus der Unterentwicklung skizzenhaft untersucht, am Modell des Kreislaufs von wachsender Freisetzung und Absorption von Arbeitskräften (einschließlich der überschüssigen Bevölkerung). Dies vor allem darum, weil die Lösung der Beschäftigungsfrage die gegenwärtig wichtigste Aufgabe der Entwicklungsländer ist (195 f.). In dieser Anfangsphase fehlt es an Geld für den Import von Investitionsgütern und an Fachkräften; beim Aufbau der Industrie ist deshalb der Einsatz „arbeitsintensiver“ Technik nicht zu umgehen. Langfristig gesehen kann aber nur der Einsatz „kapitalintensiver“ Technik genügend Arbeitskräfte für eine beschleunigte Industrialisierung freisetzen (289 f.); nur moderne Technik initiiert den Aufbau neuer Industrien (271, 289 f.), und erst der Ausbau der „kapitalintensiven“ Produktionsmittelindustrie hilft die Abhängigkeit von den kapitali-

stischen Industrieländern überwinden (286). Bürgerlichen Ökonomen wirft er in diesem Zusammenhang vor, daß sie statt dieses „kombinierten Weges“ (266) einseitig den Einsatz niedriger, arbeitsintensiver Technik empfehlen und damit der Perpetuierung der bestehenden internationalen Arbeitsteilung und damit der abhängigen Stellung der Entwicklungsländer das Wort reden (227).

Immerhin signalisieren diese Empfehlungen offenbar Veränderungen der Strategie gegenüber den Entwicklungsländern, deren Resultate dem von K. herausgearbeiteten Wirkungsmechanismus nur noch bedingt unterliegen dürften. Sie aber ließe sich nur durch eine Analyse der Veränderungen in den internationalen ökonomischen Beziehungen beantworten. Hinweise, allerdings nicht mehr, auf solche Veränderungen finden sich in der Einleitung, wo es u. a. heißt, daß „Rückständigkeit und Stagnation dieses Teils der Welt (d. h. der unterentwickelten Länder, K.M.), die einmal in vollem Einklang mit Struktur und Kapazität der hochentwickelten Länder standen, in Widerspruch zu den wachsenden und qualitativ veränderten Bedürfnissen des Kapitalismus (geraten)“ (13). Klaus Marezky (Berlin/West)

Bohnet, Michael (Hrsg.): Das Nord-Süd-Problem. Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. R. Piper & Co. Verlag, München 1971 (305 S., br., 19,80 DM).

Erklärtes editorisches Ziel des von Bohnet vorgelegten Readers ist es, ausgewählte Autoren der unterschiedlichsten wissenschaftlichen und politischen Provenienz zum sogenannten Nord-Süd-Problem zu Wort kommen zu lassen: Revolutionstheoretiker ebenso wie Reformmer (10).

Das Theorem von der tendenziellen oder bereits perfekten Überlagerung des Ost-West-Antagonismus durch den Nord-Süd-Konflikt gehört zu den wichtigsten Varianten der Konvergenztheorie. Es soll auf der Basis der Industriegesellschaftsdoktrin besagen, daß sich die Antagonismen zwischen Kapitalismus und Sozialismus infolge technologischer Zwänge bereits weitgehend abgeschliffen und dem „auf ökonomischen, nationalen, geopolitischen oder rassischen Widersprüchen beruhenden Gegensatz zwischen den ‚armen‘ und ‚reichen‘ Völkern, dem ‚reichen Norden‘ und dem ‚armen Süden‘“ (Rose) Platz gemacht haben.

Unter den Beiträgen, die nach vier Gesichtspunkten geordnet sind — Problemstellung; Ursachen der Armut in der Dritten Welt; Konflikte und Strategien; Perspektiven des Nord-Süd-Konflikts — dominieren nach Umfang, Anzahl und Geschlossenheit vor allem im aktuell diagnostischen und therapeutischen Teil die Arbeiten der „Friedensspezialisten“ und „Entwicklungstechniker“. Aus den mar-

xistischen Analysen zur politischen Ökonomie der Armen Welt — im vorliegenden Band ohnehin unterrepräsentiert — hat Bohnet seine Auswahl so getroffen und die einbezogenen Texte derart aus ihrem originären Kontext herausgetrennt, daß es den Anschein hat, als beschränke sich der Diskussionsbeitrag von dieser Seite auf einige historische und perspektivische Aspekte des Problems — und auch dies nur sehr fragmentarisch oder oberflächlich. Wer sich guten Glaubens der pluralistischen Attitüde von Bohnet anvertraut, ohne einige Grundkenntnisse der marxistischen Theorie der Unterentwicklung zu besitzen, ist jedenfalls schlecht beraten. Er nähme besser erst die Monographien von Baran, Schuhler u. a. zur Hand, um die Mißverständnisse und Informationsbarrieren abzubauen, die der Herausgeber eingangs beklagt.

Die thematische Exposition liefert der Planungschef im Bundeskanzleramt Jochimsen. Er charakterisiert das Nord-Süd-Gefälle, indem er — nach dem Kriterium des Pro-Kopf-Einkommens — drei „ökonomische Klassen“ von Ländern präsentiert, ihre interne und die Struktur ihrer Beziehungen untereinander kurz erläutert und zuletzt eine antirevolutionäre Prophylaxe empfiehlt. Die Länder der Klasse I und III (entwickelte westliche und östliche Länder) sollen gemeinsam eine Verstärkung und Multilateralisierung der Entwicklungshilfe anstreben, um das langfristige Wachstum des Sozialprodukts im Süden zu steigern und den Ost-West-Konflikt zu entschärfen (45). Dies ist der diagnostische und therapeutische Rahmen, in dem sich die Urteile und Empfehlungen der meisten Beiträge dieses Bandes bewegen. Auch wenn die strukturellen Anomalien in den Beziehungen zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern — wie die Terms of Trade — gelegentlich zur Sprache kommen: das System, das sie hervorbringt, wird in der Regel stillschweigend affirmiert. Entsprechend immanent fallen die Entwicklungsstrategien aus; einige reproduzieren lediglich die amtliche Entwicklungshilfe-Ideologie.

Zwei Beispiele mögen diese Tendenz verdeutlichen. Kraus, Grosche und Lehmann-Richter versuchen in ihrem Beitrag den Anteil der Privatinvestitionen an der Ausbeutung der Entwicklungsländer zu bagatellisieren. Sie plädieren für eine Nord-Süd-Partnerschaft, die auf Auslandsinvestitionen beruht und in der kein Teil nach den Gewinnen des anderen fragt (156). Handke sieht in der Entwicklungshilfe nicht nur eine materielle, sondern auch eine „gedankliche Brücke zwischen den beiden Ländergruppen“ (160). Kein Wunder also, daß er den Völkerverständigungseffekt der Entwicklungshilfe in seiner Bedeutung für die Zukunft der Menschheit höher einschätzt als die materiellen Fortschritte der Entwicklungsländer (178). Um Bohnets Editionsprinzip noch genauer zu charakterisieren, seien im folgenden zwei Beiträge ausführlicher besprochen. Einer, der vom Herausgeber als „Widerlegung der zentralen Argumente der Spätmarxisten“ (13) präsentiert wird, und ein anderer, den er dem Leser als den „für den gesamten Sammelband zentralen Beitrag“ empfiehlt (19).

In seinem Aufsatz über „Die Zukunft der Entwicklungsländer als Problem des Spätmarxismus“ versucht sich R. F. Behrendt in der Destruktion der marxistischen Theorie der Unterentwicklung. Es ist interessant, von ihm zu erfahren, daß sich die kapitalistische Dynamik — entgegen den Analysen und Prognosen von Marx und Engels — in den entwickelten Ländern als „unerwartet lebenskräftig und auch sozial fruchtbar“ erwiesen hat, während ihre Ausstrahlungskraft in den marginalen Ländern nicht ausreichte, um „das von Marx vorgesehene und vorhergesehene materielle Substrat“ wie auch seinen psycho-sozialen Überbau — das revolutionäre Klassenbewußtsein — „als Voraussetzungen des Umschlags in den Sozialismus“ zu schaffen (87). Von der chinesischen, kubanischen und vietnamesischen Revolution, von den revolutionären Bewegungen allenthalben in der Dritten Welt scheint Behrendt also keine Kenntnis genommen zu haben. Und daß es mittlerweile eine Fülle von nicht-„spätmarxistischen“ Analysen zu den Folgen der ungeheuren, ja ungeheuerlichen „Ausstrahlung der kapitalistischen Dynamik“ auf die unterentwickelten Länder gibt (von A. G. Frank u. v. a.), scheint ihm ebenfalls entgangen zu sein. Statt dessen preist er den „kapitalistischen Imperialismus“ als die Quelle der Leitideen: „Menschenwürde, Gleichheit, Verbesserung menschlicher Lebensumstände als Möglichkeit und Recht, nationale Einheit, Unabhängigkeit, Geltung u. a. m.“ (91). Um sich des lästigen und emotional verfärbten Themas der Ausbeutung und Profitmaximierung gänzlich zu entledigen, weiß Behrendt zu berichten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Metropolen und ihren Satelliten in ihrer Bedeutung weit unter den sozialpsychologischen Aspekten kolonialer und semi-kolonialer Herrschaft rangieren. Schließlich überrascht es nicht mehr, wenn Behrendt den Kolonialismus implizit im Vergleich zu den gegenwärtigen Verhältnissen als die bessere Alternative empfiehlt, zumal die Folgen der Dekolonisation „viel eher für die ehemaligen Kolonialen negativ (waren) als für die ehemaligen ‚Herren‘“ (92). Da seine Hauptthese besagt, „daß die entscheidenden Ursachen der Unterentwicklung interne Faktoren der betreffenden Gesellschaften sind, generell gesprochen Mangel an dynamischen Impulsen“ (95), scheint das Heil der Entwicklungsländer — und hier schließt sich der Kreis in Behrendts Argumentation — einzig darin zu liegen, daß sie endlich in vollem Umfang die Ausstrahlung der kapitalistischen Dynamik des Imperialismus erfahren.

Den „für den gesamten Sammelband zentralen Beitrag“ liefert der Norweger Johan Galtung mit seiner Arbeit „Über die Zukunft des internationalen Systems“, die auf systemtheoretischen Ansätzen und auf Kernsätzen der Industriegesellschaftsdoktrin fußt. Der Autor beschreibt die Trends in den entwickelten Gesellschaften zur sub-, multi-, trans- und supranationalen Identifikation angesichts schwindender nationaler Identifikationsmuster (220—230) und sodann den Trend im weniger entwickelten Teil der Welt zu einem wachsenden Nationalismus und allenfalls zu subnationalen Identifikationen. Die Beziehungen zwischen höher und weniger entwickelten Län-

dern faßt Galtung in einer Typologie zusammen (235 ff.) und kommt schließlich u. a. zu der Prognose, daß „Anfang der siebziger Jahre . . . sich eine stark ideologisch und nicht so sehr durch organische Zusammenarbeit gekennzeichnete Organisation der Entwicklungsländer bilden (wird)“ (242), eine Art Gewerkschaft der Entwicklungsländer, die die entwickelten Länder zu einer Wohlfahrtspolitik zwingen mag. „Ein großer internationaler Klassenkrieg zwischen reichen und armen Ländern ist unwahrscheinlich, kann jedoch gegen Ende der siebziger Jahre eintreten.“ Diese Prognose scheint nicht gerade aufregend, wenn man wie Galtung davon ausgeht, daß sich die wohlhabenden Länder „zur Verhinderung eines internationalen Klassenkrieges . . . auch auf militärische und paramilitärische Präventivoperationen verlegen“ werden (242). Vollends unklar bleibt, worauf Galtung seine Prognosen überhaupt stützt. Schließlich will er nicht mehr als „Mutmaßungen“ darüber angestellt haben, wohin die skizzierten Trends führen, „wenn wir nicht eingreifen“ (244). „Wir“: das sind für Galtung die „sich mehr global identifizierenden Entscheidungsträger“; für sie liefert er sogleich einen Katalog dessen mit, was zu tun sei. Man nehme „die internationale Klassenstruktur als das, was sie ist, und trage zu ihrer Institutionalisierung . . . bei (!). Man betreibe eine gewerkschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Politik im Weltmaßstab . . . Man verklammere dies System mit möglichst vielen egalitären INGOs und IGOs sowie Super-INGOs und Super-IGOs . . .“ usw. usf. (244). Unter diesen internationalen Organisationen INGOs und IGOs (international [non-] governmental organizations) werden auch die Berufsorganisationen der „Weltwohlfahrts-Spezialisten“ sein, nämlich der „internationalen Friedensspezialisten“ und der „internationalen Entwicklungstechniker“, „also zwei weitere INGOs, die sich wahrscheinlich schon Anfang der siebziger Jahre etablieren müssen“ (225).

Die große Verlegenheit der Friedensforschung und ihr großes Hindernis bei der Entfaltung einer praxisrelevanten Strategie zur Überwindung der Unterentwicklung scheint in der Tat darin zu bestehen, daß sie bisher kein anderes gesellschaftsveränderndes Subjekt ausgemacht hat als den „Wohlfahrts-Spezialisten“, der ja inzwischen in den kapitalistischen Ländern sogar staatlich gefördert, institutionalisiert ist.

Renate Brückner (Frankfurt/M.) und Frank Niess (Heidelberg)

DAS ARGUMENT 80

Schule und Erziehung (V)

Arbeit und Ausbildung in kapitalistischen und sozialistischen Ländern

Heinz-Joachim Heydorn: Zum Widerspruch im Bildungsprozeß; Autorenkollektiv: Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals; Johannes Henrich von Heiseler: Der Mensch und seine Arbeit — Bericht über eine empirische Untersuchung zum Problem der Arbeitszufriedenheit; Uwe Zänker: Polytechnische Erziehung in der UdSSR; Ruth Hagemann: Entwicklung des kubanischen Schulsystems 1959—1972

Ausbildungsinhalte

Gerwin Schefer: Gesellschaftslehre und Primarstufe — Kritik der hessischen Rahmenrichtlinien; Peter Kaßner, Klaus Matußeck, Ulf Preuß-Lausitz: Bedingungen und Konzeption von Gesellschaftslehre an Gesamtschulen; Arno Bamme und Eggert Holling: Zur Kritik der Curriculumtheorie

Lehrerorganisation und Lehrerbewußtsein

Wolfgang Stöhr: Lehrerschaft und Arbeiterbewegung — Zur Organisationsgeschichte der gewerkschaftlichen Lehrerbewegung 1918—1933; Renate Morell: Die Anfänge der westdeutschen Lehrerbewegung nach 1945; Arnulf Hopf: Empirische Untersuchung zum politischen Bewußtsein junger Lehrer

Dankwart Danckwerts: Sozialpädagogik in der BRD; Wolfgang Jantzen: Theorien zur Heilpädagogik

Besprechungen

Schwerpunkte: Bildungsökonomie; Sozialisation; pädagogische Psychologie; Sprache; Unterrichtsinhalte und Didaktik

Sonderband, außerhalb des Abonnements. oa. 320 S.

14,— DM, für Studenten 10,— DM

II

<i>Brenner, Hildegard: Ende einer bürgerlichen Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933 (H. M. Lohmann)</i>	477
<i>Barnuls, André: Heinrich Mann (Nerlich)</i>	479
<i>Herden, Werner: Geist und Macht. Heinrich Manns Weg an die Seite der Arbeiterklasse (Nerlich)</i>	479
<i>Mann, Golo: Mein Vater Thomas Mann (Voigt)</i>	483
<i>Bisdorff, Ernest: Thomas Mann und die Politik (Voigt)</i>	483
<i>Schröter, Klaus: Thomas Mann im Urteil seiner Zeit (Voigt)</i>	483

Soziologie

<i>Winter, Gerd: Sozialer Wandel durch Rechtsnormen, erörtert an der sozialen Stellung unehelicher Kinder (Ihmels)</i>	488
<i>Simonsohn, Berthold (Hrsg.): Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik (Ständer)</i>	489
<i>Neu, Axel: Ökonomische Probleme des Strafvollzugs in der BRD (Weißbach)</i>	491
<i>Scheu, Werner: Verhaltensweisen deutscher Strafgefangener heute (Ziob)</i>	493
<i>Strang, Heinz: Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit (Ziob)</i>	493
<i>Adams, Ursula: Nachhut der Gesellschaft (Ziob)</i>	496
<i>Leudesdorf, René, und Horst Zilleßen (Hrsg.): Gastarbeiter — Mitbürger (Schiller)</i>	497
<i>Klee, Ernst: Die Nigger Europas. Zur Lage der Gastarbeiter (Schiller)</i>	497

Medizin

<i>Schipperges, Heinrich: Moderne Medizin im Spiegel der Geschichte (Schagen)</i>	500
<i>Scholmer, Josef: Die Krankheit der Medizin (Jansen)</i>	503
<i>Schreiber, Georg: Der Medizinbetrieb (U. Ullrich)</i>	506
<i>Gesundheitspolitik — heute (Löber)</i>	507
<i>Alken, C. E., G. Döring und J. Stockhausen (Hrsg.): Programmierte Krankheitsfrüherkennung (Reckmann)</i>	509
<i>Steuer, Walter: Gesundheitsvorsorge (Reckmann)</i>	509

Soziale Bewegung und Politik

<i>Stavenhagen, Rodolfo: Les classes sociales dans les sociétés agraires (Leggewie)</i>	512
<i>Steger, Hanns-Albert (Hrsg.): Die aktuelle Situation Lateinamerikas (Hein)</i>	517
<i>Boris, Dieter, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt: Chile auf dem Weg zum Sozialismus (Danckwerts)</i>	524
<i>Füchtner, Hans: Die brasilianischen Arbeitergewerkschaften (U. Bernath)</i>	526
<i>Lee, Franz John Tennyson: Der Einfluß des Marxismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika (Korte)</i> . . .	529
<i>Lee, Franz John Tennyson: Südafrika vor der Revolution? (Korte)</i>	529
<i>Iqbal, Muhammad: Persischer Psalter (Tibi)</i>	531
<i>Italiaander, Rolf (Hrsg.) Die Herausforderung des Islam (Tibi)</i>	531

Ökonomie

<i>Meissner, Herbert: Theorie des Wirtschaftswachstums (Schüngel)</i>	535
<i>Bönisch, Alfred: Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus (K. E. Lohmann)</i>	538
<i>Merhav, Meir: Technological Dependence, Monopoly and Growth (Boris)</i>	541
<i>Khalatbari, Parviz: Ökonomische Unterentwicklung (Maretzky)</i>	546
<i>Bohnet, Michael (Hrsg.): Das Nord-Süd-Problem (Niess und Brückner)</i>	549

Wir bitten, folgenden **Druckfehler in Argument 78** zu verbessern:

S. 197 vorletzte Zeile der Besprechung von *Dietrich Böhler: Metakritik der Marx'schen Ideologiekritik* statt „Ende des Anarchismus“ lies „Erbe des Anarchismus“